



Birgit Niess

---

## Lampedusa in Hamburg

Wie ein Protest die Stadt bewegte.  
Eine Ethnografie



Universitätsverlag Göttingen

**KAE**



Birgit Niess  
Lampedusa in Hamburg

Dieses Werk ist lizenziert unter einer  
[Creative Commons  
Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen  
4.0 International Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/).



erschienen als Band 7 in der Reihe  
„Göttinger Studien zur Kulturanthropologie/Europäischen Ethnologie“  
im Universitätsverlag Göttingen 2018

---

Birgit Niess

Lampedusa in Hamburg

Wie ein Protest die Stadt bewegte

Eine Ethnografie

Göttinger Studien zur  
Kulturanthropologie/Europäischen  
Ethnologie, Band 7



Universitätsverlag Göttingen  
2018

## Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

„Göttinger Studien zur Kulturanthropologie/Europäischen Ethnologie“,  
herausgegeben von

Prof. Dr. Regina Bendix	E-Mail: <a href="mailto:rbendix@gwdg.de">rbendix@gwdg.de</a>
Prof. Dr. Moritz Ege	E-Mail: <a href="mailto:mege@uni-goettingen.de">mege@uni-goettingen.de</a>
Prof. Dr. Sabine Hess	E-Mail: <a href="mailto:shess@uni-goettingen.de">shess@uni-goettingen.de</a>
Prof. Dr. Carola Lipp	E-Mail: <a href="mailto:Carola.Lipp@phil.uni-goettingen.de">Carola.Lipp@phil.uni-goettingen.de</a>

Georg-August-Universität Göttingen  
Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie  
Heinrich-Düker-Weg 14  
37073 Göttingen

*Anschrift der Autorin*  
Birgit Niess  
E-Mail: [birgit.niess@posteo.de](mailto:birgit.niess@posteo.de)

Dieses Buch ist auch als freie Onlineversion über die Homepage des Verlags sowie über den Göttinger Universitätskatalog (GUK) bei der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (<http://www.sub.uni-goettingen.de>) erreichbar. Es gelten die Lizenzbestimmungen der Onlineversion.

Satz und Layout: Birgit Niess  
Umschlaggestaltung: Jutta Pabst  
Titelabbildung: Birgit Niess

© 2018 Universitätsverlag Göttingen  
<http://univerlag.uni-goettingen.de>  
ISBN: 978-3-86395-393-5  
DOI: <https://doi.org/10.17875/gup2018-1121>  
eISSN: 2512-7055

## Danke.

Ohne die kompetente, ehrliche und vertrauensvolle Unterstützung und Ermutigung vieler Menschen hätte ich diese Arbeit weder begonnen noch beendet. Ich denke dabei an mehr Menschen, als ich an dieser Stelle aufzählen kann.

Insbesondere danke ich allen Mitgliedern und Unterstützer\_innen der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe: dafür, dass sie mich inspiriert und mir vertraut haben, dass sie ihren Alltag und ihre Gedanken mit mir geteilt haben, dass wir ein Stück Weg miteinander gegangen sind. Ich danke meinen Interviewpartner\_innen, die mir ihr Vertrauen und ihre Zeit geschenkt und mir geholfen haben, unterschiedliche Perspektiven einzunehmen und zu verstehen.

Ich danke den Aktivist\_innen und Wissenschaftler\_innen im *Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet)* und im *Labor Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung Göttingen*, die mich durch produktive Debatten, Workshops und Flurgespräche vorangebracht und meinen Horizont erweitert haben. Das gemeinsame Hin- und Herdenken mit ihnen hat meiner Ana-

lyse gutgetan und sie um einige Perspektiven reicher gemacht. Daneben waren mir Michael Westrich und Wolf-Dieter Just wichtige Wegbegleiter, die mir stets Mut gemacht haben. Durch gemeinsames Nachdenken am Küchentisch und auf Tagungen, durch kritische Fragen und freundschaftliche Hinweise, durch ihre Erfahrungen, an denen ich teilhaben durfte, habe ich viel gelernt.

Mein Dank gilt außerdem allen, die mir Unterschlupf gewährt, ihre Balkone, Esstische und andere Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt haben, damit ich in Ruhe lesen, denken und schreiben konnte. Inga und Jörg Neufert, Jonas und Judith Neufert, Karen und Markus Neufert, Fanny und Astrid Dethloff und die *Christliche Gemeinschaft Altona*: Es war schön, bei euch zu sein. Lilia Klug danke ich für wohlthuende gemeinsame Schreibsessions in unserem gemeinsamen Zuhause.

Ich danke allen Menschen, die mir zwischendurch Essen gekocht, handgeschriebene Witzebücher zukommen lassen, Lachanfälle am Telefon beschert und warme Socken für kalte Wintertage geschenkt haben. Ohne sie hätte ich womöglich nicht das nötige Durchhaltevermögen aufbringen können und definitiv weniger Freude bei der Arbeit gehabt. Sie haben mich daran erinnert, wie bunt das Leben ist. Mein besonders herzlicher Dank geht in diesem Zusammenhang auch an meine Mitbewohnerinnen Svenja Lücke und Franziska Denker, die mich im Feldforschungs- und Schreiballtag ausgehalten und begleitet haben, die mich meist sehr ernst genommen – und in den passenden Momenten erfreulicherweise genau darauf verzichtet haben.

Mein herzlicher Dank gilt der *Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e. V.* und den wunderbaren Kolleg\_innen in der Geschäftsstelle und im Vorstand, die mich all die Jahre begleitet und in vielfältiger Weise unterstützt haben, sowie der *Hanns-Lilje-Stiftung*, deren großzügige Forschungsförderung mir den nötigen Freiraum verschafft hat, genügend Zeit mit meiner Forschung zu verbringen. Namentlich bedanke ich mich bei Prof. Dr. Christoph Dahling-Sander für sein persönliches Engagement in diesem Zusammenhang.

Der vorliegende Text hätte sichtlich mehr Lücken, Unschärfen und Fehler, wenn ich nicht kompetente und engagierte Korrekturleser\_innen gehabt hätte: Nils Baudisch, Isabel Dean, Marie Fröhlich, Insa Graefe, Christoph Keienburg, Hans-Joachim Neufert, Inga Neufert und Joachim Niess. Ihnen gilt mein ganzer Respekt und herzlicher Dank – für ihre Zeit, ihre Geduld, ihre ehrlichen Anmerkungen und ihr großes Interesse an der Thematik und meinen Gedanken dazu. Außerdem danke ich Matthias Fenner, ohne dessen treue, geduldige und hochprofessionelle technische Unterstützung diese Arbeit deutlich anders aussähe und erst viel später fertig geworden wäre. Nicht zuletzt danke ich an dieser Stelle Sascha Bühler sehr herzlich dafür, dass er meinen Text mit großem Interesse und aufmerksamem Blick lektoriert und ihm den letzten Schliff gegeben hat. Die angenehme



Danke.

---

Zusammenarbeit mit ihm hat mir auf den letzten Metern vor der Veröffentlichung Mut gemacht.

Jutta Pabst und Petra Lepschy vom Universitätsverlag Göttingen danke ich ebenso herzlich für die unkomplizierte, freundliche, wohlwollende Begleitung und dafür, dass sie die Publikation meiner Arbeit in dieser Form ermöglicht haben.

Meiner Betreuerin und meinen Betreuern an der Georg-August-Universität Göttingen, Prof. Dr. Sabine Hess, Prof. Dr. Moritz Ege und Dr. Torsten Näser, danke ich von ganzem Herzen für ihre jahrelange Unterstützung und Ermutigung, ihre unmittelbaren und konstruktiv-kritischen Reaktionen in allen Phasen meiner Forschung. Ohne Sabine Hess, die den Prozess von Anfang an begleitet hat, wäre mein ganzes Forschungsprojekt so nicht denkbar gewesen. Ihre große Bereitschaft, sich auf mein Thema einzulassen, ihre ehrlichen Rückmeldungen und ihre aufmerksame Begleitung waren mir eine unglaublich wichtige Hilfe, um beherzt in die Feldforschung einzusteigen, einen roten Faden zu entwickeln, ein gutes Gleichgewicht zwischen Liebe zum Detail und Pragmatismus herzustellen und in all dem nicht zu vergessen, auf mich selbst aufzupassen.

Schließlich danke ich allen Menschen, die mich in den vergangenen Jahren liebevoll durch Höhen und Tiefen begleitet haben, einfach da waren und auf ihre Weise einen unverzichtbaren Beitrag zu dieser Arbeit geleistet haben, ganz besonders meinen Eltern – Irmgard und Hans-Joachim Neufert –, Inga Neufert und Joachim Niess.



# Inhalt

1	<b>Einleitung</b>	15
	#lampedusahh . . . . .	31
2	<b>Beginn. Bewegung. Bürgerschaft: Die Anfänge des <i>Lampedusa in Hamburg-Protests</i></b>	35
2.1	Von Italien nach Hamburg: Binnenmobilität in Europa . . . . .	36
2.1.1	Grenzen und Mobilitäten innerhalb Europas . . . . .	36
2.1.2	Kollektivität und Performativität: Eine Protestbewegung formiert sich . . . . .	41
2.1.3	Wie Grenzen und Bürgerschaft verhandelt werden . . . . .	45
2.1.4	Subjektformierung vs. Viktimisierung . . . . .	51
2.2	Das „Recht, Rechte einzufordern“? Rechtliche Hintergründe von <i>Lampedusa in Hamburg</i> . . . . .	55
2.2.1	Rechtspluralismus im <i>Europa der Anderen</i> . . . . .	55
2.2.2	Die Hierarchisierung von Rechten in Europa . . . . .	59
2.2.3	Recht(e) in der Praxis . . . . .	64
2.2.4	<i>Acts of Citizenship</i> und Kritik der Bürgerschaft . . . . .	67

2.3	Dazwischen: Leben im „Grenzregime“ . . . . .	72
2.3.1	Entwicklungen biopolitischer Grenzen . . . . .	72
2.3.2	Das „Grenzregime“ . . . . .	77
2.4	Wie die Stadt reagiert – Teil 1: Staatliches Regieren oder zivilgesellschaftliches Handeln? . . . . .	83
2.4.1	<i>Urban Anthropology</i> und die Stadt als Laboratorium sozialer Interaktion . . . . .	83
2.4.2	Die Straße . . . . .	87
2.4.3	Debatten städtischer Entscheidungsträger_innen . . . . .	89
2.5	Wie die Stadt reagiert – Teil 2: Die Zivilgesellschaft wird affiziert . . . . .	94
2.5.1	Zivilgesellschaftliche Vernetzungen . . . . .	94
2.5.2	Affekte und Solidaritäten . . . . .	99
2.6	Wenn eine Kirche ihre Türen öffnet: Die widersprüchlichen Politiken des Humanitarismus . . . . .	106
2.6.1	Wenn eine Kirche ihre Türen öffnet . . . . .	106
2.6.2	Die widersprüchlichen Politiken des Humanitarismus . . . . .	110
2.6.3	Die Bedeutung des Stadtteils . . . . .	114
	#lampedusahh . . . . .	117

<b>3</b>	<b>Bewegung. Beobachtung. Forschung: Unterwegs mit <i>Lampedusa in Hamburg</i></b>	<b>121</b>
3.1	Teilnahme und Beobachtung: Methodologien des Forschens aus der Nähe . . . . .	122
3.1.1	„Situieretes Wissen“ und die (Un-)Möglichkeiten teilnehmender Beobachtung . . . . .	122
3.1.2	Menschliche Dimensionen des Forschens . . . . .	130
3.2	Forschung und Aktivismus: Zwischen widersprüchlichen Positionalitäten . . . . .	134
3.2.1	Forschung im Zwischenraum . . . . .	134
3.2.2	Vertrauen und Reziprozität . . . . .	136
3.2.3	Vorsicht und Skepsis . . . . .	138
3.2.4	Methodologische Details . . . . .	142
3.3	#lampedusahh: Digitale Dimensionen ethnografischer Protestforschung . . . . .	147
3.3.1	<i>Digital Politics</i> als Ausgangspunkt einer Methodologie . . . . .	147
3.3.2	Digitale Ethnografien und Macht . . . . .	151
3.3.3	Jenseits der Linearität . . . . .	153
	#lampedusahh . . . . .	156

<b>4</b>	<b>Protest. Stadt. Europa: Alltag einer Bewegung</b>	<b>159</b>
4.1	Protest der Prekarisierten: Realitäten an Europas Grenzen . . . . .	160
4.1.1	Protest an der Grenze . . . . .	161
4.1.2	Prekarisierte Körper . . . . .	170
4.1.3	Agency der Prekarisierten . . . . .	174
4.1.4	Prekarisierung und Affekt, Politik und Menschsein . . . . .	178
4.2	Alltag in der Stadt: Urbane Sozialitäten und staatliche Kontrolle . . . . .	180
4.2.1	Flüchtige Sozialität in urbanen Grenzräumen . . . . .	180
4.2.2	Begegnung und Begehren . . . . .	194
4.3	Leben in der Warteschleife: Die Zeitlichkeit der Grenze . . . . .	199
4.3.1	„We are just waiting. What are we doing here? Just waiting.“ . . . . .	199
4.3.2	Warten als Aktivität? . . . . .	205
4.3.3	Zeit, Macht, Grenze: Wenn die Warteschleife zum Gefängnis wird . . . . .	207
4.4	Alltägliche Rassismen: Wechselwirkungen von Rassismus und Neoliberalismus . . . . .	212
4.4.1	Strukturelle Rassismen . . . . .	212
4.4.2	„Neoliberale Rassismen“ und „rassialisierter Neoliberalismus“ . . . . .	214
4.4.3	Rassismuskritik nach dem <i>material</i> bzw. <i>affective turn</i> . . . . .	220
4.5	Sprachen schaffen Wirklichkeiten: Sprachen, Macht und Medien als Elemente des Protests . . . . .	223
4.5.1	Sprache als „machtvolles Handeln“ . . . . .	223
4.5.2	„What’s on the news?“ – Mythen und Medien . . . . .	230
	#lampedusahh . . . . .	234
<b>5</b>	<b>Dynamiken. Bündnisse. Brüche: Bewegung auf dem Höhepunkt</b>	<b>237</b>
5.1	„United we stand“? Vielfach verwobene Bündnisse . . . . .	238
5.1.1	Zwischen <i>Lampedusa in Hamburg</i> und der Zivilgesellschaft . . . . .	239
5.1.2	Zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Akteur_innen . . . . .	245
5.1.3	Innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen . . . . .	252
5.1.4	Zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen . . . . .	261

5.2	Bewegung macht mobil: Protest zwischen Mobilität und staatlicher Kontrolle . . . . .	263
5.2.1	Sommer 2013: Agency und Unterstützung auf dem Höhepunkt . . . . .	263
5.2.2	Mobilitäten . . . . .	265
5.2.3	Mobilisierung, Wut, Eskalation. . . . .	268
5.3	Brüchige Momente: <i>Acts of Citizenship</i> und ihre Grenzen . . . . .	272
5.3.1	Die Vorgeschichte . . . . .	272
5.3.2	Die Spaltung . . . . .	276
5.3.3	Widersprüchliche Realitäten . . . . .	283
5.4	Endlich eine Lösung? Komplexitäten und Widersprüche rechtsstaatlichen Regierens . . . . .	289
5.4.1	Lesarten des Rechts . . . . .	289
5.4.2	Die Praxis des Rechts(staats): Widersprüche und Verunsicherungen . . . . .	292
5.5	Gebremste Bewegung: Wie sich Agency mit der Zeit verändert . . . . .	294
5.5.1	Potenziale und Verwerfungen im veränderten Alltag . . . . .	294
5.5.2	Vernetzte Proteste . . . . .	299
	#lampedusahh . . . . .	301
<b>6</b>	<b>Spuren. Splitter. Aussichten: Was bleibt?</b>	<b>305</b>
6.1	Vom Rand ins Zentrum: Wie sich Grenzen verschieben . . . . .	306
6.1.1	„Flucht“ in öffentlichen Diskursen . . . . .	306
6.1.2	Grenzen im Zentrum der Debatte . . . . .	308
6.2	Der alltägliche Kampf: Prekarisierung als Beschränkung des Protests . . . . .	313
6.2.1	<i>Acts of Citizenship</i> und die Grenzen des Unerwarteten . . . . .	313
6.2.2	Bleibender Protest zwischen Prekarisierung und Hoffnung . . . . .	315
6.3	Netzwerke von Netzwerken <i>reloaded</i> : Über <i>Lampedusa in Hamburg</i> hinaus . . . . .	324
6.3.1	Transnationale und lokale Vernetzungen . . . . .	324
6.3.2	Potenziale für zukünftige Netzwerke . . . . .	328
6.4	Leerstellen einer Erzählung: Ein Fazit . . . . .	330

<b>7</b>	<b>Anhang</b>	<b>341</b>
7.1	Literatur . . . . .	341
7.2	Feldforschungsmaterial . . . . .	390
7.3	Abbildungen . . . . .	392
7.4	Zeittafel . . . . .	394





# 1 Einleitung

Es ist April. Der 15. April 2013. Damit endet das diesjährige Winternotprogramm in Hamburg. Wie jeden Winter fanden hier auch in diesem Jahr einige Hundert Menschen Unterkunft, um nicht obdachlos auf der Straße leben zu müssen und damit ihr Leben zu riskieren. Sie kommen aus Hamburg, Deutschland, Europa und der ganzen Welt. Sie überstehen so die kältesten Monate des Jahres. Doch das Winternotprogramm endet unabhängig vom Wetter. In diesem Jahr ist es besonders kalt und regnerisch. Neben dem Wetter, das jedes Jahr im April herb und unfreundlich sein kann, ist in diesem Jahr jedoch vor allem eines anders: Mindestens 360 Menschen, die im Winternotprogramm untergekommen waren, werden mit Bussen ins Zentrum der Stadt gefahren. Von hier aus sollen sie weiterreisen. Zurück nach Italien, denn sie sind über Libyen und Italien nach Hamburg gekommen. Doch Hamburg hält sich nicht für zuständig. Der Senat bietet ihnen sogar an, ihre Rückfahrkarte nach Italien zu bezahlen. Hauptsache, sie verlassen die Stadt und die Bundesrepublik so schnell wie möglich.

Viele kennen sich inzwischen untereinander. In den gemeinsamen Wochen im Winternotprogramm stellten sie fest, dass sie eine nahezu identische Geschichte verbindet. Sie sind sich einig, dass es so nicht weitergehen kann. Sie brauchen eine Perspektive in Hamburg. Erste Überlegungen, wie sie dies erreichen können, stellten sie noch während des Winternotprogramms an. Doch spätestens jetzt, wo sie gemeinsam am Hauptbahnhof gestrandet sind, sind sie eine Gruppe, teilen ein Schicksal und überlegen gemeinsam, was sie nun tun können. Einer von ihnen hatte schon im Vorfeld Kontakt zu Aktivist\_innen aufgenommen, die seit Jahr und Tag für die Rechte von Geflüchteten und Migrant\_innen auf die Straße gehen. Diesen Kontakt werden sie erneut suchen, um gemeinsam weiterzudenken und weiterzumachen.

Fest steht für sie schon jetzt: Die Rückkehr nach Italien kommt nicht infrage. „Wir sind hier und wir gehen nicht zurück!“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. ATESH Für eine sozialrevolutionäre Perspektive 2013. Siehe auch Kapitel 2.1. Vgl. darüber hinaus Feldtagebuch 2013: 16.06.2013 und Interview 8-2013. Ein Verzeichnis aller von mir verwendeten, unveröffentlichten Feldforschungsmaterialien findet sich am Ende dieser Arbeit.

„And they dropped us at the train station. And the bus left.“<sup>2</sup>

Jacob Hayes

Sie heißen *Welcome2Barmbek*, *Refugees Welcome Karo Viertel*, *Herzliches Harvestehude* oder *Eimsbüttel hilft*: In unzähligen Initiativen engagieren sich Menschen, um die Ankommenden in Hamburg zu begrüßen, kennenzulernen und im Alltag zu begleiten. In verschiedenen Stadtteilen unterstützen sie geflüchtete Menschen und setzen ein Zeichen dagegen, dass die EU-Mitgliedstaaten zunehmend versuchen, die Verantwortung für die Aufnahme von Geflüchteten von sich zu weisen, und dass Menschen dadurch wie Objekte quer durch Europa verschoben werden. Diese und zahlreiche weitere zivilgesellschaftliche Initiativen wurden vielerorts im Sommer 2015 gegründet. Der „lange Sommer der Migration“<sup>3</sup> markiert einen Meilenstein im öffentlichen Bewusstsein für die Situation von Menschen auf der Flucht. Spätestens seit jeden Tag Hunderte von Menschen auf dem Weg nach Nordeuropa am Hauptbahnhof strandeten, entstanden in Hamburg Aufmerksamkeit und Engagement. Zahlreiche Menschen organisierten ab dem Spätsommer 2015 für die *Transitgeflüchteten* Übernachtungsplätze, Essen und Getränke, warme Decken und medizinische Versorgung, die in Zelten auf dem Bahnhofsvorplatz und später im nahegelegenen *Bieber*-Haus angeboten wurden.<sup>4</sup> Tausenden Menschen gelang es in dieser Zeit, ohne offizielle Registrierung nach Dänemark, Schweden oder Norwegen weiterzureisen. In jenen Wochen wurde die *Dublin III*-Verordnung zeitweise ausgehebelt. Menschen konnten Grenzen passieren und in das europäische Land ihrer Wahl reisen, um dort um Asyl oder eine andere Möglichkeit des Aufenthalts zu ersuchen.

Doch schon mehr als zwei Jahre zuvor waren Vorboten in Hamburg angekommen, die den politischen Verhältnissen ein Gesicht gaben und so lautstark von den Grenzen Europas und vom Scheitern europäischer Migrationspolitik erzählten, dass sie in der ganzen Stadt – und weit darüber hinaus – gehört und gesehen werden konnten. Sie hatten die Grenzen Europas überwunden, als die temporäre Öffnung von Grenzen und ein „Wir schaffen das“<sup>5</sup> von Bundeskanzlerin Angela Merkel noch unvorstellbar gewesen waren. Die Protestierenden der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe zeigten schon damals auf, welche Lücken die europäische Migrationspolitik aufwies. Sie machten schon im Jahr 2013 das öffentlich, was erst im Sommer 2015 durch zahlreiche ankommende Menschen unübersehbar wurde: Die bestehenden Verordnungen auf EU-Ebene sorgen mitnichten für eine menschen-

<sup>2</sup> Jacob, in: Interview 8-2013.

<sup>3</sup> Kasparek/Speer 2015.

<sup>4</sup> Vgl. z.B. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Hamburg e.V. 2016.

<sup>5</sup> Zit. nach: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2015.

würdige Versorgung von Geflüchteten in ganz Europa.<sup>6</sup> Diese Migrationspolitik und ihre Auswirkungen zeigen sich nicht allein an den vermeintlichen Rändern Europas. Vielmehr machte die Gruppe schon durch ihren Namen deutlich: Die Grenzen befinden sich nicht irgendwo an einem imaginären Außen des Kontinents, an Orten wie der kleinen italienischen Insel Lampedusa, sondern sie ereignen sich hier. Mitten in Europa. Mitten in der Stadt. Auch in Hamburg.

Der *Lampedusa in Hamburg*-Protest reiht sich ein in eine Vielzahl selbstorganisierter migrantischer Proteste, deren Beginn in Deutschland bereits in den 1960er- und 1970er-Jahren verortet werden kann.<sup>7</sup> Migrant\_innen protestierten damals wie heute gegen die restriktive und diskriminierende deutsche und europäische Migrationspolitik und für ihre Rechte.<sup>8</sup> Seit 2012 entstanden vielerorts in Deutschland – und darüber hinaus – neue Protestbewegungen wie z.B. der „Refugee Strike“ in Berlin und die bundesweiten sogenannten „Refugee Struggles for Freedom“, die mitunter in radikaleren Protestformen wie Hungerstreiks ihren Ausdruck fanden und finden.<sup>9</sup> Die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe steht somit in einem größeren Kontext kollektiver Proteste. Gleichzeitig sind die Gegebenheiten und Entwicklungen vor Ort immer auch spezifisch. Anstelle einer vergleichenden Analyse widme ich mich daher meiner Geschichte mit *Lampedusa in Hamburg* in ihrer Spezifik, in Form von konkreten Momenten und Situationen, anhand von spezifischen Erfahrungen, die ich persönlich in und mit der Protestbewegung gemacht habe. Diese Geschichte erzähle ich als Genealogie im Sinne Michel Foucaults.<sup>10</sup> Mir geht es daher gerade nicht in erster Linie um die Kontinuitäten, sondern vielmehr um die Diskontinuitäten und Unfertigkeiten, um die „Bruchstellen und Wandlungsprozesse“<sup>11</sup> der Protestbewegung. Während des Protests und auch nach seinen Höhepunkten habe ich in der Stadt – im medialen wie auch im persönlichen Kontext – immer wieder Erklärungsversuche gehört. Ich möchte in dieser Arbeit jedoch auf die Momente, Situationen und Dynamiken fokussieren, die ich *nicht* verstanden habe, die Fragen aufwerfen und offen lassen. Ich möchte den Lücken nachspüren, die in der Geschichte, die ich mit *Lampedusa in Hamburg* erlebt habe, bestehen bleiben und sich nicht zu einer linearen, stringenten, schlüssigen Erzählung schließen lassen. Auf diese Weise versuche ich nicht zuletzt, der Komplexität des Protests und der um ihn herum entstandenen Ereignisse gerecht zu werden. Ich verstehe

<sup>6</sup> Zu den rechtlichen Zusammenhängen siehe im Detail Kapitel 2.2.

<sup>7</sup> Vgl. Bojadžijev 2012 [2008].

<sup>8</sup> Vgl. z.B. The Caravan for the Rights of Refugees and Migrants 2003.

<sup>9</sup> Vgl. Refugee Struggle for Freedom 2012.

<sup>10</sup> Vgl. beispielsweise Foucaults Aufsatz „Nietzsche, die Genealogie, die Historie“ (Foucault 1987 [1974]: 69–90).

<sup>11</sup> Hess u.a. 2018 im Rückgriff auf Foucault.

meine Forschung somit grundsätzlich als „prozessorientierte Untersuchung“ im Sinne Brian Massumis:

„This is what a process-oriented exploration does: complexify its conceptual web as it advances. It tries not to reduce. It tries not to encapsulate. It does not end in an overview. Rather, it works to become more and more adequate to the ongoing complexity of life. This means that it does not arrive at any final answers. It does not even seek solutions. It seeks to repose the problems life poses itself, always under transformation.“<sup>12</sup>

Mein Weg mit *Lampedusa in Hamburg* begann wenige Wochen nach Beginn ihres Protests. Schon beim Deutschen Evangelischen Kirchentag Anfang Mai 2013 hatte ich erstmals Mitglieder der Gruppe getroffen. Wenige Wochen später erfuhr ich über Freund\_innen und Bekannte von dem Versuch, ein Zelt als provisorische Unterkunft am Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) aufzubauen.<sup>13</sup> Ein Freund war dabei und berichtete mir davon. Ein paar Tage später machte auch ich mich auf den Weg. Das war Ende Mai 2013. Ich bin kein Mitglied der Gruppe und kann es gar nicht sein. Ich bin nicht die Wege gegangen, die die Gruppenmitglieder zusammengeführt haben. Ich konnte daher die inneren Prozesse der Gruppe nie kennenlernen oder verstehen. Doch ich konnte die Gruppe als Aktivistin, als Unterstützerin ihres Protests und als Forscherin begleiten. Von Mai 2013 bis Mai 2014 und am Rande auch noch in den darauffolgenden Jahren war ich unterwegs mit *Lampedusa in Hamburg*.

Ich rekonstruiere meine Geschichte mit *Lampedusa in Hamburg* als Geschichte eines Kollektivs, dem ich gefolgt bin. Die Gruppe selbst hat sich bewusst als solche organisiert, hat sich kollektiv öffentlich geäußert. Gleichzeitig war ich im Gespräch mit zahlreichen einzelnen Gruppenmitgliedern, die mir ihre persönlichen, individuellen Erfahrungen und Einschätzungen geschildert haben. Wenn ich einzelne Gruppenmitglieder zitiere, spiegeln ihre Aussagen nicht notwendigerweise die Perspektive der gesamten Gruppe wider. Dennoch betrachte ich sie nicht bloß als individuelle, von der Gruppe unabhängige Sichtweisen. Vielmehr verstehe ich diese einzelnen Äußerungen als Bestandteile eines vielschichtigen Geflechts, eines von Vielfalt geprägten Kollektivs, das folglich nicht frei ist von Widersprüchen. Auch diese teilweise vorhandene Widersprüchlichkeit darzustellen und bestehen zu lassen, anstatt sie aufzulösen, ist für mich notwendig, um die Protestbewegung und ihre komplexen Wirklichkeiten nachzuzeichnen.

<sup>12</sup> Massumi 2015: xi. Es sei allerdings angemerkt, dass ich diese Arbeit dennoch – entgegen diesem Ansatz Massumis – bewusst in einem zusammenfassenden Fazit enden lasse und dadurch einen Überblick über die zentralen Erkenntnisse meiner Forschung und mögliche Anknüpfungspunkte zukünftiger Forschungen gebe.

<sup>13</sup> Vgl. Kapitel 2.1.4.

In meiner Forschung folgte ich der Protestbewegung und entwickelte meine Forschungsfragen anhand der Bewegung, im Prozess, in der Praxis: Wie gelang es *Lampedusa in Hamburg*, eine derartige öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen? Wie versetzte die Gruppe die Stadt Hamburg, ihre regierenden Politiker\_innen und ihre Zivilgesellschaft in Aufruhr? Und wie schaffte sie es, die ihnen angedrohte „Rückführung“<sup>14</sup> nach Italien zu verhindern? Während ich diesen Fragen nachging, folgte ich außerdem den im Folgenden beschriebenen Grundannahmen, die mir ebenfalls in der konkreten Praxis des Protests immer wieder begegneten. Grundsätzlich gehe ich vom Ansatz der *Autonomie der Migration*<sup>15</sup> aus, der Migration als politische und soziale Bewegung begreift und die widerständigen Potenziale der Migration in den Vordergrund stellt. Gerade angesichts der weitverbreiteten Viktimisierungsversuche, die gegenüber Migrant\_innen unternommen werden, und gerade im Kontext einer Protestbewegung, die sich gegen staatliche Rückführungsmaßnahmen richtet, erscheint mir diese Perspektive als unverzichtbarer Ausgangspunkt einer Analyse. Den Forschungen von Peter Nyers, Kim Rygiel u.a. zufolge eignen sich gerade die Analysen migrantischer Proteste dafür, diese Widerständigkeiten der Migration in den Blick zu nehmen und so den gängigen Bildern der vermeintlichen Sprachlosigkeit, Unsichtbarkeit und Passivität von Migrant\_innen etwas entgegenzusetzen.<sup>16</sup> Sie sehen in diesen Protesten das Potenzial, neue Perspektiven für eine politische Gemeinschaft zu entwickeln und weiterzudenken: „New political subjectivities may reflect different ways of organizing political community through a condition of mobility, in which values of equality, justice and recognition come to be redefined from the perspectives of mobile subjects.“<sup>17</sup> Während sie die Bedeutsamkeit migrantischer Proteste aufzeigen, weisen sie jedoch auch darauf hin, dass die verschiedenen Proteste noch zu wenig öffentliche Aufmerksamkeit erhalten würden und erst noch verwurzelt werden müssten in der „kollektiven Imagination“<sup>18</sup>. Auch in dem Protest von *Lampedusa in Hamburg* sehe ich die Chance, politische Zusammenhänge, die weit über die Grensräume, in denen sie geschehen, hinaus weisen, sichtbar zu machen und aus ihnen zu lernen. Mit Kien Nghi Ha lässt sich hier die politische Dimension der „Transnationalisierung der spätmodernen Lebenswelt“<sup>19</sup> erkennen:

<sup>14</sup> Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2013.

<sup>15</sup> Vgl. Moulier Boutang 2002 und 2007. Siehe dazu Kapitel 2.1.3.

<sup>16</sup> Vgl. z.B. Nyers 2006 und Nyers/Rygiel (Hg.) 2012a.

<sup>17</sup> Nyers/Rygiel 2012b: 3.

<sup>18</sup> Ebd.: 7. Übersetzung BN. Im Original: „collective imagination“. Vgl. auch Lewis 2006 sowie Moulin/Nyers 2007, um nur einige wenige Beispiele zu nennen.

<sup>19</sup> Ha 2009: 69.

„Sie [die Transnationalisierung; Anm. BN] hat ein wachsendes Bewusstsein geschaffen, das auf einem globalen Gewissen im Verbund mit der immer drängenderen Frage nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit für alle Menschen basiert. Das Bedürfnis vieler Menschen, sich politisch zu artikulieren und sich quer zu den nationalen und sonstigen Grenzen zu vernetzen, spiegelt sich am augenfälligsten in der universellen Bewegung für eine alternative Globalisierung wider. Die Suche nach einer anderen Welt nimmt entsprechend der existenten Probleme lokal unterschiedliche Formen an. In Bezug auf die deutschen und europäischen Verhältnisse sind in diesem Zusammenhang soziale Bewegungen wichtig, die als Flüchtlinge und Migrantinnen, als People of Color und antirassistische Aktivist:innen die supranationalen Grenzregime angreifen und die jegliche Vorstellung von ‚Europa‘ als klar definierten und in sich abgeschlossenen Kulturraum mit einer streng zu überwachenden politischen Ökonomie in Zweifel ziehen.“<sup>20</sup>

Die Gruppenmitglieder von *Lampedusa in Hamburg* selbst formulieren immer wieder, dass sie für ihre Rechte kämpfen, und tun dies in unterschiedlichen Formen. Um diesen Kampf um Rechte und die damit verbundenen Protestformen zu beschreiben, erscheint mir das Konzept der *Acts of Citizenship*<sup>21</sup> nach Engin F. Isin produktiv. Es begreift Bürgerschaft nicht als gegebenen Status, der auf der Verortung in einer bestimmten politischen Gemeinschaft basiert, sondern vielmehr als eine Bürgerschaft im Werden, eine Bürgerschaft von unten.<sup>22</sup> Menschen, denen der Status des Bürgers bzw. der Bürgerin nicht zuerkannt wird, können sich in der Praxis als Bürger\_innen verhalten und dadurch in gewisser Weise zu ebensolchen werden – so die Grundannahme. Sie schaffen dadurch neue Ausformungen von Bürgerschaft, stellen bestehende Konzepte und damit auch die bestehenden Praxen der Anerkennung von Rechten radikal infrage.<sup>23</sup> Gerade die an den Rand gedrängten Menschen, diejenigen, die wie *Lampedusa in Hamburg* in den Grenzräumen der Gesellschaft leben, geben Aufschluss darüber, wie es um Bürgerschaft in Europa bestellt ist. Engin Isin schlägt dazu folgende Elemente für eine weitergehende Analyse vor:

„[R]ights (civic, political, social, sexual, cultural, ecological), sites (bodies, courts, borders, networks, media), scales (cities, empires, nations, states, federations, leagues), subjects (citizens, subjects, abjects) and acts (voting, volunteering, blogging, protesting, resisting and organising) are the elements that constitute a focus for investigating European citizenship.“<sup>24</sup>

Die hier genannten Elemente – Rechte (*rights*), Orte/Schauplätze (*sites*), Ebenen (*scales*), Subjekte (*subjects*) und Akte (*acts*) – dienen auch mir als zentrale Analyseka-

<sup>20</sup> Ebd.

<sup>21</sup> Isin 2008b sowie Isin/Nielsen (Hg.) 2008.

<sup>22</sup> Vgl. dazu beispielsweise Isin 2013 sowie Andrijasevic 2013 und Nyers/Rygiel (Hg.) 2012a.

<sup>23</sup> Mehr zum Konzept der *Acts of Citizenship* siehe Kapitel 2.1.3.

<sup>24</sup> Isin 2013: 27–28.

tegorien, die ich in den folgenden Kapiteln immer wieder aufgreifen werde. Grundsätzlich werden im Zusammenhang mit Mobilitätsrechten globale Ungleichheitsverhältnisse in besonderer Weise sichtbar. Diese Ungleichheiten werde ich an geeigneter Stelle aufzeigen. Mein Schwerpunkt liegt allerdings nicht auf den Ausschlüssen, die durch „restriktive[r] Mobilitätsregime“<sup>25</sup> produziert werden, sondern auf den dennoch stattfindenden Mobilitätspraxen – mit den Worten von Nyers und Rygiel: „Unser Anliegen ist es [...], aufzuzeigen wie die Praxis und die Erfahrung von Mobilität – auch in ihren eingeschränkten Varianten – neue Formen von *citizenship* und politischer Subjektivität hervorbringen kann.“<sup>26</sup> Die widerständigen Praxen der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe bilden somit den Ausgangspunkt meiner Analyse und liefern Erkenntnisse, die durch eine ausschließliche Analyse institutionalisierter Politikformen nicht generiert werden könnten.<sup>27</sup>

*Acts of Citizenship* finden jedoch nicht ohne Begrenzungen und Widersprüche statt. Sie werden innerhalb politischer Strukturen praktiziert, die Widerständigkeiten einzuhegen versuchen. Diese Begrenzungen verstehe ich als notwendige Bedingung des Widerstands und als Rahmen, der überhaupt erst Neues – wie beispielsweise neue Praktiken der Bürgerschaft – hervorbringt.<sup>28</sup> Gerade das Aufeinandertreffen von Widerstand und staatlichen oder nicht staatlichen Regierungsweisen, die diesen zu beschränken versuchen, führt zu Widersprüchen, die aufschlussreiche Analysen über die politischen Verhältnisse erlauben. Hier liegt das analytische Potenzial von *Acts of Citizenship*: „The potential of ‚acts‘ lays in the fact that they enable investigation of contradictions precisely because it is through specific actions that contradictions and paradoxes become visible.“<sup>29</sup> Diese Widersprüchlichkeiten sind somit auch ein wesentlicher Bestandteil meiner Forschung, der insbesondere in Kapitel 5 zum Tragen kommen wird.

Der Begriff des Bruchs dient mir dabei als Analysekategorie, die in meiner Geschichte von *Lampedusa in Hamburg* immer wieder eine wichtige Rolle spielt. Mein Verständnis des Bruchs ist dem Foucault'schen Begriff der Diskontinuität nahe. Diese impliziert für ihn das Rätselhafte und Unerwartete, Abweichungen und Erschütterungen, Unterbrechungen und Transformationen, Einschnitte und Übergänge, Umstürze und Erneuerungen.<sup>30</sup> Auch für Foucault liegen die beiden Begriffe, die er nicht immer trennscharf voneinander unterscheidet, nah beieinan-

<sup>25</sup> Nyers/Rygiel 2014: 197.

<sup>26</sup> Ebd.: 198.

<sup>27</sup> Vgl. dazu auch die auf den Ansätzen der feministischen Standpunkttheorie basierenden Überlegungen von Andrijasevic (2013) zu „acts of citizenship as methodology“ sowie Kapitel 3.

<sup>28</sup> Vgl. dazu auch Dave 2012: 3.

<sup>29</sup> Andrijasevic 2013: 61.

<sup>30</sup> Vgl. Foucault 1971: 269 und 335 sowie Foucault 1994 [1973]: 13.



der. Zwar beschreibt er im Zusammenhang mit der Wissenschaftsgeschichte Brüche als radikaler und als so einschneidende Veränderungen, dass sie beispielsweise nicht an vorangegangene Theorien anknüpfen, sondern völlig neu sind. Diese Inkommensurabilität lässt sich in diesem Zusammenhang als zentrales Merkmal eines Bruchs verstehen.<sup>31</sup> Doch gleichzeitig verbindet er die Begriffe des Bruchs und der Diskontinuität immer wieder miteinander, wie auch die oben beschriebenen, mit Diskontinuitäten assoziierten Formulierungen – z.B. *Unterbrechung* – zeigen. Während die beiden Begriffe demnach eine große inhaltliche Nähe aufweisen, habe ich mich bewusst für den Begriff des Bruchs entschieden, da er seinen Ausgangspunkt indirekt in der Protestbewegung selbst hat. In ihrer Hochphase stand immer wieder die Frage nach der *Spaltung* der Gruppe im Raum und wurde kontrovers diskutiert. Hier wurde die Brüchigkeit des Protests also explizit von der Protestbewegung in Worte gefasst. Die Analyse von Brüchen bietet die Möglichkeit, die Geschehnisse nicht auf – vermeintlich – kausale Zusammenhänge zu reduzieren, sondern ihrer Richtungslosigkeit und Komplexität, ihren Unregelmäßigkeiten und Querverbindungen nachzugehen. Mich interessieren der Druck und die Kräfte, denen *Lampedusa in Hamburg* im Verlauf des Protests ausgesetzt war, die entstandenen Trennlinien und Trennflächen, die Störungen und Verwerfungen und die entsprechenden Bewegungen, Instabilitäten, Verschiebungen und Veränderungen, die sie mit sich gebracht haben. Dabei konzeptualisiere ich Brüche einerseits als etwas Trennendes und andererseits als Veränderung, durch die neue Potenziale freigesetzt werden, als etwas, das Raum für Neues öffnet, als Markierung eines Neuanfangs. Insofern suche ich auch nach den produktiven Momenten, die mit ihnen einhergehen. Die mit Brüchen verbundene Potenzialität ist eines ihrer wesentlichen Merkmale. Momente der Diskontinuität lassen sich also begreifen als Momente, in denen etwas bricht, in denen sich etwas Bestehendes nicht fortsetzt, in denen etwas Neues geschieht, das sich nicht mit dem Vorangegangenen erklären lässt.<sup>32</sup> Im Kontext von *Lampedusa in Hamburg* gehört dazu auch das in der Bewegung gezeigte Bemühen, den Protest wieder zu einem Ganzen zusammenzufügen und – obgleich verändert – fortzusetzen. Den Fokus werde ich im Folgenden immer wieder, insbesondere jedoch in Kapitel 5 und 6, auf die brüchigen Momente und auf die Frage richten, wie sich diese Brüche, Instabilitäten und Neuanfänge in der Praxis darstellten. Außerdem steht der Begriff des Bruchs analytisch in engem Zusammenhang mit dem Konzept der *Acts of Citizenship*, eine meiner zentralen Analysekategorien, auf die ich in Kapitel 2.1.3 im Detail eingehen werde.

<sup>31</sup> Vgl. Foucault 1971 und Ruoff 2013 [2007]: 94f.

<sup>32</sup> Vgl. Foucault 1971: 307.

Während Kapitel 3 mein methodisches Vorgehen im Detail darstellt, erläutere ich an dieser Stelle einige grundsätzliche methodologische Überlegungen, die meiner Forschung zugrunde liegen. Durch die Methode der teilnehmenden Beobachtung war ich nah dran an der Protestbewegung und an einzelnen Beteiligten des Geschehens. Ich konnte dadurch Einblicke in viele verschiedene, oftmals sehr persönliche Einschätzungen und Sichtweisen erhalten. Diese Vielfalt der Perspektiven stelle ich in meiner Erzählung so präzise wie möglich dar. Allerdings verstehe ich den Schutz der jeweiligen Quellen und somit den Schutz der Menschen, die mich im Vertrauen an ihren Gedanken, Gefühlen und Beobachtungen haben teilhaben lassen, als notwendigen Bestandteil einer verantwortungsvollen Forschung. Deswegen mache ich meine Quellen nicht in allen Fällen transparent, sondern beziehe mich teilweise lediglich darauf, dass ich Dinge im Kontakt mit involvierten Menschen gehört, gesehen oder gelesen habe, und verzichte auf eine nähere Nennung der Namen oder der institutionellen Position. Darüber hinaus dient die weitestgehende Anonymisierung meines Materials dem Schutz der beteiligten Menschen und ihrer Privatsphäre. Zudem sei angemerkt, dass ich durch die persönlichen Kontakte im Feld die meisten Menschen mit Vornamen angeredet habe. Um diese Nähe auch in meinem Text auszudrücken, verwende ich in aller Regel auch hier lediglich die – je nach Vereinbarung anonymisierten oder realen – Vornamen der zitierten Gruppenmitglieder und Unterstützer\_innen. Nachnamen nenne ich nur in seltenen Fällen, wenn ich mich auf öffentliche Äußerungen der Gruppe beziehe oder wenn ich die realen Namen von Menschen verwende, die als Personen des öffentlichen Lebens bekannt sind und als solche mit ihren vollständigen Namen erkennbar sein sollen.

In meiner Geschichte mit *Lampedusa in Hamburg* geht es um viele Menschen, eine Gruppe, ein Kollektiv. Die Namen mancher Einzelpersonen tauchen zwar immer wieder auf, dennoch sind es nicht in erster Linie individuelle Geschichten. Vielmehr sind sie verflochten mit den vielschichtigen Erzählungen von *Lampedusa in Hamburg* insgesamt. Ihre Namen sind in dieser Narration frei erfunden, um die Anonymität der Personen zu wahren.<sup>33</sup> Die einzige Ausnahme bilden öffentliche Äußerungen, durch die die betreffenden Personen sich selbst erkennbar gezeigt haben, sowie ausgewählte Interviewpassagen, sofern die jeweiligen Interviewpartner\_innen diese autorisiert oder mir von vornherein mitgeteilt haben, dass sie auf eine Anonymisierung verzichten. In diesen Fällen habe ich bewusst die tatsächlichen Personennamen verwendet.

---

<sup>33</sup> Zu Fragen der Anonymisierung sowie weiteren forschungsethischen Überlegungen vgl. auch von Unger u.a. (Hg.) 2014.

Die Methode der teilnehmenden Beobachtung ermöglichte mir, die Praxen der verschiedenen beteiligten Akteur\_innen zu untersuchen. Für die Analyse sozialer Bewegungen erscheint mir ein solcher praxeologischer Ansatz insbesondere deshalb wichtig, weil die politischen Ziele allzu oft „eher in Aktionen denn in Veröffentlichungen“<sup>34</sup> artikuliert werden. In einer rein textbasierten Analyse würden somit entscheidende Aspekte der Protestbewegung unsichtbar bleiben. Hinzu kommt, dass ich mit Helen Schwenken davon ausgehe, dass in manchen Situationen „die Rhetorik radikaler ist als die Strategien und Aktionen“<sup>35</sup> und sich auch deshalb die Berücksichtigung konkreter Praxen für eine pointierte Analyse empfiehlt. Dabei weist Schwenken jedoch auch auf die Gefahr hin, dem Handeln der Akteur\_innen eine Linearität und Intentionalität beizumessen, die mitnichten immer gegeben ist. Auch um dieser Gefahr entgegenzuwirken, widme ich mich besonders den Brüchen und Widersprüchen der Protestbewegung.<sup>36</sup>

In meinem Text kehren bestimmte Begrifflichkeiten wieder, die an dieser Stelle kurz erläutert seien. Ich benutze meist den Begriff *Gruppenmitglieder*, wenn ich von den Menschen in der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe schreibe. Dabei beziehe ich mich auf die Bezeichnung, die sie selbst in der Öffentlichkeit zumeist verwendeten. Betont wird auf diese Weise die Tatsache, dass sie sich als Gruppe organisiert und als solche politisch agiert haben. Alternativ bezeichne ich die Gruppenmitglieder, wenn es um ihre Migrationswege geht, als *Migrant\_innen* bzw. *Geflüchtete*, wobei ich bewusst den Terminus *Flüchtling* vermeide. Er existiert zwar nach wie vor als rechtliche Kategorie,<sup>37</sup> reduziert die betreffenden Menschen jedoch allzu sehr auf die Geschichte ihrer Flucht. Dadurch liefert er nicht zuletzt den Nährboden für eine pauschalisierende Viktimisierung geflüchteter Menschen,<sup>38</sup> statt sie als Subjekte mit Handlungsmacht zu begreifen.

Ich folge in meiner Narration der Chronologie von Lampedusa in Hamburg, der Chronologie einer Protestbewegung und dessen, was sie in Hamburg und weit darüber hinaus ausgelöst hat. Gleichzeitig stelle ich in meinem Text inhaltliche Querverbindungen her, weise auf Überschneidungen, Wiederholungen, Verwobenheiten, Widersprüche hin und breche dadurch manches Mal mit ebendieser Chronologie. So bietet die Chronologie des Protests einerseits Orientierung und

---

<sup>34</sup> Schwenken 2006: 79 zum Ansatz der *Framing*-Analyse in sozialen Bewegungen.

<sup>35</sup> Ebd.: 79.

<sup>36</sup> Vgl. ebd.: 82.

<sup>37</sup> So können Menschen beispielsweise den Status des Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention erlangen und dadurch bestimmte Rechte zuerkannt bekommen (vgl. UNHCR 1951).

<sup>38</sup> Zu den Implikationen des Labels *Flüchtling* und damit verbundenen Viktimisierungstendenzen siehe auch Kapitel 4.1.3.

den Rahmen für eine strukturierte Analyse und lässt andererseits Raum für Widersprüchlichkeiten, die sich nicht in der Enge einer linearen Erzählung einfangen lassen. Um diese Chronologie besser nachvollziehen und im Blick behalten zu können, befindet sich am Ende dieser Arbeit eine Zeittafel, in der alle für meine Analyse wichtigen Ereignisse aufgeführt sind. Dabei beschränke ich mich auf die Hauptphase meiner Feldforschung und somit auf die Jahre 2013 und 2014.

Zusammenfassend stelle ich im Folgenden die verschiedenen Kapitel meiner Arbeit und die darin enthaltenen theoretischen Bezüge vor. In Kapitel 2 zeichne ich den Beginn der Bewegung von und um *Lampedusa in Hamburg* nach. Ich untersuche insbesondere die Performativität der Gruppe und ihrer Akte. Dabei dient mir, wie bereits erwähnt, das Konzept der *Acts of Citizenship* als zentrale Analysekategorie, die es mir ermöglicht, die transformativen Kräfte der Protestbewegung unter die Lupe zu nehmen (2.1). Diese Perspektive wird ergänzt durch den Ansatz der *Autonomie der Migration*, auf die ich ebenfalls in Kapitel 2.1 näher eingehe. Im nächsten Schritt stelle ich die rechtlichen Zusammenhänge vor, innerhalb derer sich die Gruppenmitglieder bewegen und die den Ausgangspunkt der zentralen Forderungen von *Lampedusa in Hamburg* bilden (2.2). Eine besondere Bedeutung kommt hierbei den Verordnungen der Europäischen Union zu, die das Migrationsrecht auf europäischer Ebene regeln und die von der Protestbewegung herausgefordert und infrage gestellt werden. Darüber hinaus wende ich mich hier dem Aspekt der Menschenrechte, ihrer Verankerung in nationalen und internationalen Vereinbarungen und ihrer Bedeutung für den Protest zu. Die Rahmenbedingungen, innerhalb derer der Protest stattfindet, sind maßgeblich geprägt von den Grenzen der Europäischen Union und vom dazugehörigen „Grenzregime“ (2.3). Den Begriff des „Grenzregimes“ und seine Implikationen erläutere ich anhand seiner konkreten Ausprägungen im Alltag von *Lampedusa in Hamburg* und der damit verbundenen Entrechtung. Grundsätzlich betrachte ich Grenzen hier sowohl in ihrer räumlichen als auch in ihrer zeitlichen Dimension, wobei in Kapitel 2 die Räumlichkeit im Vordergrund steht, während Kapitel 4 den Schwerpunkt auf die Temporalitäten der Grenze legt. Der Protest hat deutlich gemacht, dass die europäischen Grenzen sich im konkreten, urbanen Alltag zeigen. Während ich diesem Protest und seiner Ausbreitung in der Stadt Hamburg folge, begegne ich auch Fragen nach der Zivilgesellschaft, ihrer Verantwortung und ihrem Engagement (2.4). Hier stelle ich die kontroversen Diskussionen um den Begriff dar und nähere mich auf diese Weise auch den Machtverhältnissen, innerhalb derer sich der Protest von *Lampedusa in Hamburg* ereignet. Da die Zivilgesellschaft in enormem und außergewöhnlichem Umfang in den Protest involviert war, gehe ich der Frage nach, wodurch dieses große Engagement ausgelöst und wie die Zivilgesellschaft affiziert wurde und inwiefern die Protestbewegung als Ganze von Affekten

durchzogen war (2.5).<sup>39</sup> Der Einbezug der Zivilgesellschaft war eine wichtige Strategie von *Lampedusa in Hamburg*, um Unterstützung und öffentliche Aufmerksamkeit zu erhalten. Gerade hier, an der Schnittstelle zwischen Protestbewegung und Zivilgesellschaft, entstanden immer wieder Dynamik und Chaos. Ausgehend von diesen empirischen Erkenntnissen lege ich einen grundsätzlichen inhaltlichen Schwerpunkt auf diese Schnittstelle und widme mich nicht nur in Kapitel 2, sondern auch in den weiteren Kapiteln immer wieder den hier stattfindenden Dynamiken. Schließlich führe ich den Begriff des Humanitarismus ein und analysiere, inwiefern humanitäre Praktiken dazu genutzt werden, den Protest zu regieren, (Grenz-)Kontrolle auszuüben und Widerstände einzuhegen (2.6).

Wie bereits angedeutet, stelle ich in Kapitel 3 mein Unterwegssein mit *Lampedusa in Hamburg* und damit die von mir verwendeten Forschungsmethoden vor. Meine Forschung nimmt ihren Ausgangspunkt in der Empirie und setzt sich zusammen aus einer Vielfalt von Methoden, die charakteristisch ist für europäisch-ethnologisches Forschen (3.1). Hier eröffnet sich ein weites Spektrum methodischer Möglichkeiten, die im Prozess unterschiedlich viel Gewicht bekommen und je nach Bedarf miteinander kombiniert werden können. Gerade diese Prozesshaftigkeit ethnografischer Methodologien und das Oszillieren zwischen Nähe und Distanz in der Forschungspraxis bleiben nicht ohne Widersprüche (3.2). Diese Widersprüche verstehe ich als integralen Bestandteil meiner Forschung, den ich reflektiere und in meine Analyse einfließen lasse. Immer wieder erweist sich der Prozess hier als mindestens ebenso aufschlussreich wie das erzielte vermeintliche Forschungsergebnis. Im Zusammenhang mit den von mir angewandten Methodologien hebe ich einen Aspekt explizit hervor: Mit den Ansätzen der *Digital* und *Virtual Anthropology* nähere ich mich den digitalen Dimensionen der Protestbewegung und meiner Forschung an (3.3). Konkret untersuche ich hier auch die akustischen und visuellen Elemente des Protests, bei deren Analyse mir die Erkenntnisse

<sup>39</sup> Im Zusammenhang mit zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen konzentriere ich mich in dieser Arbeit bewusst auf Kirchen und Gewerkschaften. Dies hat jedoch nicht allein inhaltliche, sondern auch pragmatische Gründe. Die Involviertheiten und inneren, gewachsenen Strukturen der vielen Akteur\_innen des linkspolitischen, antirassistischen und zivilgesellschaftlichen Spektrums in Hamburg erschienen mir zu umfangreich, als dass ich sie in ihrer Komplexität hätte erfassen und analysieren können. Stattdessen entschied ich mich bewusst dafür, meiner Analyse einen klaren Fokus zu geben. Infolgedessen stelle ich in meinem Text manche Akteur\_innen in den Vordergrund und lasse andere – beispielsweise diverse Unterstützer\_innen des Protests – in Erscheinung treten, ohne ihre jeweiligen organisationalen Zusammenhänge näher zu analysieren. Nicht zuletzt lag diese Schwerpunktsetzung auch darin begründet, dass mir in der höchst angespannten politischen Situation während meiner Feldforschung schlicht und ergreifend der Zugang zu bestimmten, für mich eigentlich interessanten Gruppierungen fehlte. In Kapitel 3.2 gehe ich näher auf die Herausforderungen des Feldzugangs und die Bedeutung von Vertrauen und Misstrauen für meine Forschung ein.

der *Soundethnografie* wie auch der *Visual Anthropology* wichtige Werkzeuge sind. Die Ergebnisse meiner Untersuchungen zu Digitalitäten finden sich am Ende jedes Kapitels – mit Ausnahme von Kapitel 6, an dessen Ende das Fazit (6.4) bewusst für sich steht. In diesen Zwischenkapiteln stelle ich unter dem Titel *#lampedusabb* digitale Aspekte des Protestalltags vor. Diese Teilkapitel stehen im Präsens, weil sie sich der Chronologie dieser Erzählung ein Stück weit entziehen und eine eigene, gewissermaßen zeitlose Geschichte erzählen. Hier thematisiere ich die verschiedenen digitalen Dimensionen der Protestbewegung, die sich – wie die Zwischenkapitel durch diese Arbeit – durch den gesamten Protest ziehen. Der Titel *#lampedusabb* gibt den Twitter-Hashtag wieder, der auf dem Höhepunkt der Bewegung eingerichtet wurde, und steht somit sinnbildlich für digitale und internetbasierte Elemente des Protests.<sup>40</sup>

Der Alltag der Protestbewegung liefert den Rahmen für Kapitel 4. Er ist besonders geprägt von Prekarisierung (4.1). Auch im weiteren Verlauf werde ich den Techniken der Prekarisierung und ihren Auswirkungen auf die Protestbewegung nachgehen. Immer wieder wird auf diese Weise der Protest beeinflusst, herausgefordert und durchbrochen. Doch auch andere Elemente prägen den Alltag der Protestbewegung. Hier zeigen sich konkrete urbane Praxen, die insbesondere geformt sind von Netzwerken und einer daraus hervorgehenden spezifischen „Netzwerk-Sozialität“<sup>41</sup> (4.2). Sie weisen Charakteristika auf, die erst in und von den urbanen Grenträumen hervorgebracht werden. In diesen Praktiken des Alltags wird in besonderer Weise auch die Temporalität der Grenze sichtbar (4.3). Wie bereits erwähnt, wird Zeit hier zu einer zentralen Kategorie meiner Analyse der Grenze, die eine entscheidende Ergänzung zu ihrem in Kapitel 2 dargestellten räumlichen Verständnis darstellt. Dabei gehe ich insbesondere dem Aspekt des Wartens nach und frage, wer in welcher Form über Zeit verfügt, sie begrenzt oder ausgestaltet. Der Alltag von *Lampedusa in Hamburg* war nicht selten geprägt von Rassismuserfahrungen (4.4). Ich gehe diesen Erfahrungen nach und untersuche dabei, wie in Hamburg der Diskurs um Rassismus und Rassismuskritik in der Protestbewegung und darüber hinaus geführt wurde. Anknüpfend an rassistische und somit diskriminierende Strukturen widme ich mich auch weiteren prägenden Machtverhältnissen, innerhalb derer sich *Lampedusa in Hamburg* bewegt. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Aspekt der Sprache (4.5). Viele verschiedene Sprachen waren im Protest präsent. Besondere Bedeutung kam jedoch immer wieder den früheren Kolonialsprachen zu. Sprache wird hier zu einem Spiegel der Macht und der Kolonialität.

<sup>40</sup> Genauere Hintergründe zur methodischen Einordnung der *#lampedusabb*-Kapitel erläutere ich in Kapitel 3.3.

<sup>41</sup> Vgl. Wittel 2006: 163ff.

In den Kapiteln 5 und 6 rücken meine empirischen Materialien und die daraus generierten Erkenntnisse in den Vordergrund. Die in den Kapiteln 2, 3 und 4 eingeführten theoretischen Bezüge greife ich hier auf, verwende sie als Analysewerkzeuge, verbinde sie miteinander und führe sie anhand meiner empirischen Forschungsergebnisse weiter. Kapitel 5 beschäftigt sich mit den Dynamiken, Bündnissen und Brüchen der Protestbewegung. Zunächst skizziere ich die Bündnisse, die *Lampedusa in Hamburg* im Laufe des Protests geschlossen hat, und folge ihren Brüchigkeiten (5.1). Dazu untersuche ich die Wechselwirkungen zwischen *Lampedusa in Hamburg* und der Zivilgesellschaft, zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Akteur\_innen, innerhalb dieser Organisationen sowie zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Der „Höhepunkt der Bewegung“ bedeutete auch einen Höhepunkt der Mobilität. Doch diese Mobilität steht nicht für sich allein, sondern wird geprägt, beschränkt und prekariert durch staatliche Kontrolle (5.2). Ebenso unterliegen die von *Lampedusa in Hamburg* praktizierten *Acts of Citizenship* nachweisbaren Begrenzungen durch staatliche und nicht staatliche Regierungstechniken (5.3). Diese Regierungstechniken weisen in sich Widersprüche auf. Dadurch lassen sich Unstimmigkeiten und Eigeninteressen entlarven, auf denen die Argumentationen basieren, mit denen die Regierenden selbst ihr Handeln begründen (5.4). Im Zuge der brüchigen Momente des Protests erfolgt mehr oder weniger unmittelbar nach dem Höhepunkt eine deutliche Verlangsamung der Bewegung (5.5). Ich folge den Fragen, wie und inwiefern die um sie herum entstandenen Dynamiken gebremst werden und wie sich die Agency von *Lampedusa in Hamburg* im Laufe der Zeit verändert – und damit auch ihre öffentliche Aufmerksamkeit sowie ihre politische Transformationskraft. Nach Herriger und Scherr verstehe ich Agency als Handlungsmächtigkeit, durch die Menschen in der Lage sind, „eigene Vorstellungen über ihre Lebensbedingungen, Bedürfnisse und Interessen [zu] entwickeln, [...] ihr Leben aktiv [zu] führen sowie sich eigensinnig mit den Zwängen und Bedingungen auseinander[zusetzen], mit denen sie konfrontiert sind“<sup>42</sup>. Mit dem Begriff der Agency wird diese Handlungsmächtigkeit nicht unabhängig, sondern im Kontext gesellschaftlicher Ungleichheitsstrukturen betrachtet, z.B. in Bezug auf den ungleichen Zugang zu Bildung, ökonomischem Kapital, Netzwerkressourcen etc. Die Bedeutung des Kontexts ist jedoch nicht zu verwechseln mit sozialer Determiniertheit. Agency begreift Menschen vielmehr „als immer schon vergesellschaftete Subjekte, deren Chancenräume zu Selbstbestimmung sozial hervorgebracht und strukturiert werden“. Sie beruft sich auf

---

<sup>42</sup> Scherr 2013: 229. Vgl. auch Herriger 2014.

„die kreative und eigensinnige Fähigkeit der Subjekte, in ihren Alltagsroutinen und Identitätsprojekten alternative (‚bessere‘) Lebensmöglichkeiten zu imaginieren und zu realisieren sowie auf ihr Vermögen, die begrenzenden Qualitäten sozialer Strukturen zu überwinden und deren ermöglichende Qualitäten produktiv zu nutzen“<sup>43</sup>.

Wenn ich mich in Kapitel 6 den Spuren, Splintern und Aussichten der Protestbewegung zuwende, blicke ich damit nicht zuvorderst in die Zukunft, sondern vor allem in die Gegenwart. Ich frage danach, was *Lampedusa in Hamburg* hinterlassen hat, was von dem Protest übrig bleibt. Dabei untersuche ich zunächst, wie die Grenzen Europas durch den Protest unübersehbar vom Rand ins Zentrum verschoben wurden und werden (6.1). Die Bewegung hat in Hamburg für ein Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit gesorgt, das der Situation an den Grenzen der Europäischen Union bis dahin noch nicht zugekommen war. Doch die Grenzen Europas befinden sich auch weiterhin in Hamburg – und mit ihnen ebenso die prekarierten Lebensverhältnisse der *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder (6.2). In dieser Lebenssituation spiegeln sich nicht zuletzt die ungleichen Verhältnisse wider, in denen die Gruppe bis heute lebt, auch wenn die individuellen Lebensumstände der Gruppenmitglieder inzwischen durchaus verschieden sind (6.3). Schließlich lässt sich festhalten, dass die Erzählung meiner Geschichte mit *Lampedusa in Hamburg* Leerstellen sichtbar macht – in Debatten, in der Gesetzgebung und im Bewusstsein – und gleichzeitig selbst Leerstellen aufweist (6.4). Es ist eine Geschichte mit Lücken. Diese Lücken aufzuzeigen, offene Fragen beim Namen zu nennen und in Teilen auch offenzulassen, ist das Ziel dieser Arbeit. Sie bleibt somit ebenso wie der *Lampedusa in Hamburg*-Protest selbst eine „Baustelle“ im Sinne Étienne Balibars, mit der ich mich aktuellen Fragen der Bürgerschaft in Europa widme: „Wir sollten im Denken, Erfinden und Kämpfen alle möglichen *Baustellen* der *Bürgerschaft* eröffnen.“<sup>44</sup>

---

<sup>43</sup> Herriger 2014: 44.

<sup>44</sup> Balibar 2005 [2001]: 16.



## #lampedusahh



<https://vimeo.com/66114512><sup>45</sup>

Ein Mann, der mit Plastiktüte in der Hand den ganzen Tag durch die Stadt läuft.<sup>46</sup> Menschen im Regen auf der Straße nach einem verhinderten Aufbau von Zelten, in denen die Mitglieder der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe hätten übernachten können. Und eine Gruppe von Demonstrant\_innen mit Mikrofon und Lautsprechern. Mit diesen und weiteren Bildern wird die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe erstmals in der Öffentlichkeit sichtbar. Es sind Bilder von der Straße. Bilder des Alltags, der genau dort stattfindet. Auf der Straße. Tag und Nacht. In Trubel und Eintönigkeit. In Lärm und Sprachlosigkeit. Mit wenigen Habseligkeiten in der Tasche und Transparenten in der Hand. Es sind Bilder der Prekarisierung, die ein wesentliches Merkmal der Protestbewegung sein und bleiben wird. Und es sind Bilder des Protests gegen die explizite Aufforderung, das Land möglichst schnell zu verlassen.

Die *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder schaffen durch ihr bloßes Dasein auf der Straße Bilder, die sich einprägen. Sie zeigen, was es bedeutet, im Grenzraum zwischen Italien und Deutschland, zwischen den Zuständigkeiten und Verantwortungen verschiedener Länder zu leben. Sie geben den politischen Verhältnissen ein Gesicht. Und diese Bilder sind so stark, dass sie immer weitere Verbreitung finden und immer wieder der Sichtbarmachung europäischer und bundesdeutscher Migrationspolitik dienen. Auch Jahre später noch wird man Bilder von Demonstrationen, vom Infozelt an einer verkehrsreichen Hauptstraße, von der temporären Unterkunft in der St. Pauli-Kirche oder anderen Stationen der Protestbewegung sehen.<sup>47</sup> Oft genug sind es auch bewegte Bilder von der Straße, die die Gruppe produziert. Einer der ersten Beiträge, den die Gruppe auf ihre Homepage stellt,

<sup>45</sup> The VOICE Refugee Forum Network 2013.

<sup>46</sup> Vgl. taz, die tageszeitung 2013b. Das dazugehörige Foto ist inzwischen nicht mehr online.

<sup>47</sup> Siehe auch Kapitel 6.1.2.



*Abbildung 1: Neben dem Infozelt.*

ist ein Video von dem späteren Gruppensprecher Affo Tchassei, das bis heute online anzusehen ist.<sup>48</sup> Andere Bilder und Texte sind jedoch inzwischen nicht mehr online, manche Webseiten existieren nicht mehr, manche Inhalte werden online nicht mehr vollständig angezeigt. Hier zeigt sich eine zeitliche Grenze, die unvermeidlich mit Digitalität verbunden ist und die auch der Darstellung digitalisierter Inhalte in dieser Arbeit eine Grenze setzt.

<http://www.ndr.de/regional/hamburg/fluechtlinge289.html>

[http://www.welt.de/print/die\\_welt/hamburg/article116861561/FC-St-Pauli-hilft-Fluechtlingen-aus-Libyen.html](http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article116861561/FC-St-Pauli-hilft-Fluechtlingen-aus-Libyen.html)

<http://mobil.abendblatt.de/hamburg/article116867187/Scholz-Keine-Perspektive-fuer-Afrika-Fluechtlinge.html>

<http://mobil.abendblatt.de/hamburg/article116861832/Nachtlager-fuer-afrikanische-Fluechtlinge-unter-dem-Kruzifix.html>

<http://www.mopo.de/nachrichten/nachtsyl-fuer-80-libysche-fluechtlinge-eine-kirche-als-xxl-schlafzimmer,5067140,23126106.html>

<http://www.jungewelt.de/2013/06-05/042.php>

Beispiel einer verlinkten Presseschau vom 06.06.2013<sup>49</sup>

Der Einsatz von Bildern ist eng verbunden mit ihrer medialen Distribution. Neben den Printmedien werden die Bilder sowie die Berichte über den *Lampedusa* in

<sup>48</sup> Siehe QR-Code und Link oben.

<sup>49</sup> *Lampedusa in Hamburg* online 2013–2017: <http://lampedusa-hamburg.info/presse-2/presse/>.

*Hamburg*-Protest insbesondere über Onlinemedien, unterschiedlichste Webseiten und Facebook zirkuliert. Die Fülle der Onlineberichterstattung wird schon bald von der Gruppe und ihren Unterstützer\_innen gebündelt und als Linksammlung auf die Homepage von *Lampedusa in Hamburg* gestellt bzw. regelmäßig – phasenweise täglich – über den gemeinsamen E-Mail-Verteiler geschickt. Gerade die digitale Bereitstellung der Presseberichte ermöglicht eine schnelle und weitreichende Verbreitung. Durch Hyperlinks werden Texte auf Webseiten und in E-Mails direkt mit den jeweiligen Onlineartikeln verknüpft. Auch internationale Medien berichten über *Lampedusa in Hamburg* und sind über das Internet wiederum unmittelbar mit Journalist\_innen und Rezipient\_innen auf der ganzen Welt verbunden. Online lassen sich vielfältige und direkte Querverbindungen zwischen unterschiedlichsten Akteur\_innen und Orten herstellen, die völlig losgelöst von geografischen Distanzen sind und eine weitreichende, transnationale Aufmerksamkeit für den Protest der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe ermöglichen.



## 2 Beginn. Bewegung. Bürgerschaft: Die Anfänge des *Lampedusa in Hamburg*-Protests

Sie gehen mit entschlossenen Schritten und aufgespannten Regenschirmen zügig auf das Hamburger Rathaus zu. Es ist ein verregneter Tag im Mai 2013. Ungefähr 60 Menschen, die dicht beieinanderlaufen. Eine Gruppe in Bewegung. Das Transparent, das sie vor sich her tragen, ist mit Sätzen auf Französisch, Englisch und Deutsch versehen: „Wir haben nicht den NATO-Krieg in Libyen überlebt, um auf Hamburgs Straßen zu sterben.“ Sie müssen es gut festhalten, weil der Wind es immer wieder nach oben weht und dann die Schrift nicht mehr zu lesen ist. Als sie den Eingang erreichen, kommt Unruhe auf. Die halb geöffnete Tür ist deutlich schmaler als das Transparent, das sie halten, und als die Reihe, in der sie vorher gelaufen sind. Viele reden durcheinander, rufen sich gegenseitig Hinweise zu, die im Chaos kaum zu verstehen sind. Der Polizist, der am Eingang gestanden hat, verschwindet irgendwo in der Gruppe und geht wortlos mit ihnen zusammen ins Foyer des Rathauses. Jemand ruft: „Freedom, freedom!“ Es dauert eine Minute,

dann haben sie sich als Gruppe wieder gesammelt und gemeinsam aufgestellt, immer noch das ausgebreitete Transparent in den Händen haltend. Sie verteilen eine Erklärung mit ihren Forderungen.

Einige Menschen sitzen auf Bänken und beobachten das Geschehen. Manche bleiben stehen, um ihren Blick der Gruppe zuzuwenden. Manche bekunden ihre Solidarität. Unter den Beobachter\_innen sind viele junge Menschen, vermutlich Schulklassen, die für eine Rathausführung gekommen sind. Im Hintergrund hallt die unbeantwortete Frage eines Mädchens: „Was macht ihr da?“ Dann werden alle Unbeteiligten aus dem Rathaus geführt.

Auch die Demonstrierenden werden gebeten, das Rathaus zu verlassen. Sonst werde man das Rathaus von der Polizei räumen lassen. Bevor sie gehen, bitten sie um einen Gesprächstermin mit Bürgermeister Olaf Scholz. Sein Büroleiter teilt ihnen mit, dass der Bürgermeister selbst gerade nicht da sei. Er bemühe sich aber um einen Gesprächstermin und werde sich diesbezüglich am Abend bei ihnen melden. Die Demonstrierenden machen sich wieder auf den Weg. Zurück in den Regen.

Am Abend ruft der Büroleiter an. Seine Botschaft lautet: Einen Gesprächstermin mit Bürgermeister Scholz oder Sozialsenator Scheele zu vereinbaren, sei nicht möglich gewesen.<sup>1</sup>

## 2.1 Von Italien nach Hamburg: Binnenmobilität in Europa

„Wir sind hier und wir gehen nicht zurück.“  
Lampedusa in Hamburg

### 2.1.1 Grenzen und Mobilitäten innerhalb Europas

Am 28. Februar 2013 endeten die *North Africa Emergency Provisions* (ENA), durch die Geflüchteten aus Nordafrika (Algerien, Ägypten, Libyen, Marokko und Tunesien) ein zeitlich begrenzter Aufenthaltsstatus aus humanitären Gründen in Italien zuerkannt worden war.<sup>2</sup> Mit dem Ende der *North Africa Emergency Provisions* wurden zahlreiche Unterkünfte aufgelöst. Hunderte von Geflüchteten wurden dadurch obdachlos. Sie erhielten die Aufforderung, das Land möglichst bald zu verlassen. Manchen wurden bis zu 500 Euro ausgehändigt, um ausreisen zu

<sup>1</sup> Nach *Lampedusa in Hamburg* 2013a und 2013b.

<sup>2</sup> Die ENA hatte die italienische Regierung am 5. April 2011 eingeführt. Sie galten ausschließlich für Menschen, die zwischen dem 1. Januar und 5. April 2011 eingereist waren (vgl. dalla Pellegrina u.a. 2014).

können. Andere erhielten gar kein Geld, aber dieselbe Aufforderung: aus Italien auszureisen.<sup>3</sup> Viele begaben sich auf den Weg Richtung Norden: in die Schweiz, nach Österreich, Frankreich, Belgien, Dänemark, Schweden, in die Niederlande, nach Deutschland. Einige kamen in Bielefeld an, einige in Berlin, einige in Hamburg. „Die Migrationspolitik (Italiens) [...] scheint unter einem politischen Mobilitätsimperativ der latenten Abschreckung zu firmieren, welcher Migrant\*innen vom eigenen Nationalterritorium *wegmobilisiert*“<sup>4</sup>, fassten Federica Benigni und Marika Pierdicca diese Praktik italienischer Migrationspolitik zusammen. Dieses „Wegmobilisieren“ findet im Kontext einer europäischen Migrationspolitik statt, die sich in erster Linie mit Verwaltungs- und Zuständigkeitsfragen befasst und als oberste Ziele Sicherheit und Kontrolle proklamiert. Die „Wegmobilisierung“ erweist sich als logische Konsequenz dieser Politik und eröffnet Räume, in denen die Zuständigkeit für die Aufnahme von Geflüchteten ständig zwischen Nationalstaaten hin- und hergeschoben wird. Zusammen mit der Zuständigkeit werden auch die Menschen immer wieder über Grenzen hinweg verschoben. Gleichzeitig entsteht dadurch aber auch eine neue Form von Binnenmobilität innerhalb Europas. Durch Praktiken der Migration mobilisieren Geflüchtete sich selbst und decken so die Unzulänglichkeiten europäischer Migrationspolitik auf. Bei dem Versuch, Kontrolle und Abschreckung zu verstärken, erreicht diese auch immer wieder das Gegenteil: Sie liefert den Nährboden für Momente der Intervention, für wachsende Mobilitäten.

Diese Binnenmobilitäten *innerhalb* Europas stehen im Fokus dieser Arbeit. Während in der Forschung bisher hauptsächlich die Erstankünfte in Europa untersucht wurden, widmen sich bislang nur wenige Forschungen den „Zweitbewegungen“<sup>5</sup> von Migrant\_innen in Europa. Ihre Wege enden zumeist nicht nach der Ankunft in Europa, sondern setzen sich innerhalb des jeweiligen Landes oder über Staatsgrenzen hinweg fort, wie auch an den Bewegungen der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppenmitglieder deutlich wird: Sie wurden nach ihrer Ankunft im Jahr 2011 von Lampedusa aus in verschiedene Städte in Italien gebracht oder begaben sich selbst dorthin und machten sich im Jahr 2013 auf den Weg in Richtung Norden.<sup>6</sup> Auch angekommen in Hamburg blieben sie mobil. Viele bewegen sich bis

<sup>3</sup> Vgl. auch die Ausführungen von *Lampedusa in Hamburg*-Sprecher Asuquo Udo, in: *Parlons-on*, Freies Sender Kombinat (FSK), in: Transkribierte Audio- und Videomaterialien 2013–2015: 31.05.2013.

<sup>4</sup> Benigni/Pierdicca 2014: 30. Hervorhebung im Original.

<sup>5</sup> Borri/Fontanari 2015: 193. In der englischsprachigen Literatur ist hier von *secondary movements* die Rede (vgl. Fontanari 2018).

<sup>6</sup> Vgl. Borri/Fontanari 2015.

heute regelmäßig zwischen Deutschland und Italien hin und her.<sup>7</sup> Die Begriffe der Zweitbewegungen und Binnenmobilitäten schließen an die aus den *Mobility Studies* kommende Perspektive der Mobilität an.<sup>8</sup> Migration wird hier nicht als lineare Bewegung von einem Anfangspunkt A zu einem Zielpunkt B, sondern als zirkuläre Bewegung verstanden.<sup>9</sup> Orte bleiben dabei keine rein geografischen, statischen Punkte. Sie sind vielmehr als Punkte eines sozialen Netzwerks zu begreifen.<sup>10</sup> Eine so verstandene Mobilität nimmt auch die Agency der Migrant\_innen stärker in den Blick, da diese sich durch ihre Bewegungen und Netzwerke kollektives Wissen – beispielsweise über die bürokratische Praxis an unterschiedlichen Orten – aneignen. Dieses Wissen geben sie sich gegenseitig weiter und nutzen es zum Überwinden oder Umgehen von Grenzen.<sup>11</sup>

Der Blick auf Migration als Mobilität und somit als dynamisches Geschehen rückt auch die Binnengrenzen Europas mehr in den Fokus. Hier zeigt sich, dass die Grenzen nicht allein an den Außengrenzen Europas oder einzelner Nationalstaaten zu lokalisieren, sondern dass sie beispielsweise durch Passkontrollen und Einschränkungen der Mobilität oder des Zugangs zum Arbeits- und Wohnungsmarkt etc. im Alltag von Migrant\_innen allgegenwärtig sind. So entstehen im Alltag immer wieder „Grenzsituationen“<sup>12</sup>. Die Erscheinungsformen des europäischen Grenzregimes sind somit „völlig losgelöst vom geographischen Ort der Grenze oder von Momenten der Grenzüberschreitung“<sup>13</sup>. Die Binnengrenzen Europas zeigen sich insbesondere auch in einer Statushierarchie, die durch verschiedene Aufenthaltsstatus, die Migrant\_innen zugesprochen werden, entsteht. Auf diese Weise werden Zugänge und Zugehörigkeiten zu Gesellschaften sowohl auf europäischer Ebene als auch im Rahmen nationaler Gesetze geregelt.<sup>14</sup>

In Zusammenhang mit Binnenmobilität innerhalb Europas kommt den Ausprägungen des EU-Grenzregimes auf lokaler bzw. städtischer Ebene – und nicht allein auf Ebene der EU-Außengrenzen oder der nationalstaatlichen Grenzen innerhalb Europas – eine besondere Bedeutung zu. Hierzu gibt es bislang kaum empi-

<sup>7</sup> Siehe dazu auch Kapitel 5.2.2 und 6.4.

<sup>8</sup> Vgl. beispielsweise Sheller/Urry 2006 sowie Cresswell 2006.

<sup>9</sup> Vgl. Borri/Fontanari 2015: 193.

<sup>10</sup> Vgl. Schmoll/Semi 2013.

<sup>11</sup> Vgl. dazu auch Borri/Fontanari 2015 sowie Benigni/Pierdicca 2014 und Squire (Hg.) 2011a.

<sup>12</sup> Lebuhn 2012: 354.

<sup>13</sup> Ebd.: 353.

<sup>14</sup> Vgl. beispielsweise Borri/Fontanari 2015 unter Bezugnahme auf De Genova 2013 sowie Faist/Häußermann 1996 und Mezzadra/Neilson 2013. Die komplexen Mechanismen, nach denen diese Zugehörigkeiten hergestellt werden, bezeichnen Sandro Mezzadra und Brett Neilson als „differenzielle Inklusion“ (Mezzadra/Neilson 2013: 157ff. Übersetzung BN. Im Original: „differential inclusion“).



rische oder konzeptionelle Forschungsarbeiten im europäischen wie auch deutschsprachigen Kontext. Einen wichtigen Beitrag zu einem stärkeren Fokus auf den binneneuropäischen Dimensionen des Grenzregimes leisteten in den vergangenen Jahren Henrik Lebuhn (2010 und 2012), Markus Euskirchen und Gene Ray<sup>15</sup>, Jeroen Doomernik und Michael Jandl (2008) und Birgit zur Nieden (2009), die sich in ihren Forschungen mit ebendiesen Dimensionen europäischer Grenzen beschäftigen. Urbane Zentren werden dabei zu entscheidenden Orten, an denen sich eine neue Allgegenwärtigkeit der Grenzen Europas zeigt. Hier wird eine Re kategorisierung und Reskalierung von Grenzräumen sowie eine Ausweitung von Strategien und Praktiken der Grenzkontrolle sichtbar.<sup>16</sup> So „legt sich die Grenze als repressiv ausgestalteter Hoheitsraum über alle anderen sozialen Orte, die wir klassischerweise als öffentlichen Raum kennen“<sup>17</sup>, wie Markus Euskirchen u.a. feststellen. „In der Folge ist ganz Europa zu einem riesigen Grenzraum geworden.“<sup>18</sup> Doch auf lokaler Ebene werden nicht allein europäische und nationalstaatliche Grenzen produziert. Vielmehr werden sie auch hier verhandelt und infrage gestellt. Henrik Lebuhn weist deshalb darauf hin, dass a) den Akteur\_innen auf lokaler Ebene einige Spielräume bei der Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben seitens der EU oder der BRD gegeben sind, dass b) „die Ausweitung der Grenze als kontingentes Ergebnis politischer und institutioneller Konflikte, Widersprüche und Praktiken zu beschreiben“ sei, anstatt von einer „kohärenten Umsetzung einer *top-down*-Strategie oder -Technik“<sup>19</sup> auszugehen, und dass c) auf lokaler Ebene eine Vielzahl von Maßnahmen existieren, durch die marginalisierte Gruppen unterstützt werden.<sup>20</sup> Meine Arbeit knüpft hier an und untersucht die Logiken und Praktiken in europäischen Grenzräumen auf lokaler Ebene. Am Beispiel des *Lampedusa in Hamburg*-Protests gehe ich insbesondere den Aushandlungsprozessen und Widerständigkeiten und somit den Erscheinungsweisen der Grenze in all ihrer Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit nach.

Den nationalstaatlichen und europäischen Politiken, die maßgeblich zur Binnenmobilität innerhalb Europas und zu ihren konkreten Ausformungen beitragen, liegt ein staatliches Sicherheitsparadigma zugrunde, das sich allein schon in einer notstandsbezogenen Rhetorik zeigt. Sie „wirkt versicherheitlichend und mün-

15 Z.B. Euskirchen u.a. 2007 und 2009.

16 Vgl. Lebuhn 2012: 350.

17 Euskirchen u.a. 2009: 73.

18 Ebd.: 74.

19 Lebuhn 2012: 356.

20 Hier sei als Beispiel die medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere genannt, die inzwischen in vielen Städten Deutschlands durch sogenannte *Clearingstellen* organisiert und finanziert wird (vgl. z.B. Flüchtlingszentrum Hamburg 2012).

det in die unmittelbare Rechtfertigung außergewöhnlicher, notstandsbedingter, letztendlich *unsicherer* Migrationsmaßnahmen“<sup>21</sup>. Auch die *North Africa Emergency Provisions* in Italien spiegeln ebendiese Rhetorik wider und zielten nicht auf eine dauerhafte Aufnahme von Geflüchteten ab. Sie waren zeitlich und finanziell begrenzt und führten am Ende zu einer Prekarisierung diesseits und jenseits der italienischen Staatsgrenzen: In Italien wurden die Geflüchteten zu Obdachlosen ohne Essen und Trinken, medizinische Versorgung und Arbeit, und in allen anderen EU-Staaten hatten sie keinen Rechtsanspruch auf jegliche Versorgung. Doch auch die Prekarisierung in Italien steht nicht für sich allein, sondern ist als Konsequenz der Europäischen *Dublin II*- bzw. inzwischen der *Dublin III*-Verordnung zu begreifen.<sup>22</sup> Sie regelt, welcher europäische Staat für die Aufnahme von Geflüchteten zuständig ist.<sup>23</sup> Grundsätzlich gilt, dass die Zuständigkeit bei dem Staat liegt, in dem die Menschen das erste Mal europäischen Boden betreten haben. Eine Ausnahme bildet die Möglichkeit jedes Staates, von seinem *Selbsteintrittsrecht* Gebrauch zu machen – auch bzw. gerade dann, wenn laut *Dublin II/III*-Verordnung zunächst ein anderes Land das Asylverfahren durchführen müsste.<sup>24</sup> Auf diese Weise können auch chronisch – aufgrund ihrer geografischen Lage – nicht zuständige Staaten wie beispielsweise Deutschland sich bereit erklären, von der Überstellung bzw. Rückführung in das europäische Ankunftsland abzusehen und das Aufenthaltsverfahren selbst durchzuführen. Dies kommt jedoch verhältnismäßig selten vor und geschieht oft erst durch intensive Bemühungen beispielsweise im Rahmen von Gerichtsverfahren<sup>25</sup> oder Kirchenasyl<sup>26</sup>. Faktisch führt das *Dublin*-System dazu, dass die meisten Asyl- und sonstigen aufenthaltsrechtlichen Verfahren an den Rändern Europas durchgeführt werden müssen: Italien, Spanien, Griechenland,

<sup>21</sup> Benigni/Pierdicca 2014: 31.

<sup>22</sup> Am 26.06.2013 wurde die *Dublin III*-Verordnung verabschiedet und löste die *Dublin II*-Verordnung ab. Sie trat am 19. Juli 2013 in Kraft und wird seit dem 01.01.2014 angewendet (vgl. Europäisches Parlament/Rat der Europäischen Union 2013).

<sup>23</sup> Die *Dublin*-Verordnung gilt für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie für Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz (vgl. Europäische Kommission 2014a).

<sup>24</sup> Vgl. Rat der Europäischen Union 2003 [*Dublin II*-Verordnung; Anm. BN]: Artikel 3 (2) bzw. Europäisches Parlament/Rat der Europäischen Union 2013 [*Dublin III*-Verordnung; Anm. BN]: Artikel 17 (1).

<sup>25</sup> Vgl. z.B. den Beschluss des Verwaltungsgerichts der Freien und Hansestadt Bremen (AZ 3 V 52/14; VG Bremen 2014) vom 10.02.2014 sowie weitere Gerichtsbeschlüsse in der Rechtsprechungsdatenbank des Informationsverbunds Asyl und Migration 2017.

<sup>26</sup> Vgl. Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V. 2016.

Ungarn, Bulgarien.<sup>27</sup> Das *Dublin*-System bringt somit eine gesetzlich und praktisch manifestierte innere Hierarchisierung Europas mit sich und reflektiert sie.

### 2.1.2 Kollektivität und Performativität: Eine Protestbewegung formiert sich

In Hamburg trafen sich viele derjenigen, die von Italien aus weiter in Richtung Norden gezogen waren, im Winternotprogramm.<sup>28</sup> Dort bekommen obdachlose Menschen eine Unterkunft für die Wintermonate.<sup>29</sup> Sie lernten sich kennen, stellten fest, dass sie eine gemeinsame Geschichte verband und eine gemeinsame Frage: Wie würde es nach dem Winter weitergehen? Einer von ihnen lief an einem Samstagnachmittag durch die Hamburger Innenstadt und sah dort eine große Demonstration. Es war eine Demo gegen Rassismus und Ausgrenzung, zu der über 60 Initiativen aus ganz Deutschland eingeladen hatten. Sie forderten „die sofortige Abschaffung der Residenzpflicht, den Stopp aller Abschiebungen, die Schließung aller Flüchtlingslager und die Anerkennung aller Asylsuchenden als politische Geflüchtete“<sup>30</sup>. Als er nachfragte, wer zu den Organisator\_innen gehörte, wurde er auf die *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen (Hamburg)* verwiesen. Sie sprachen miteinander, vereinbarten ein erstes Treffen und konnten sich vorstellen, gemeinsam in Aktion zu treten. Kurz darauf endete das Winternotprogramm und die Gruppe formierte sich in der Tat.<sup>31</sup>

Mitte April wurden dann zahlreiche Geflüchtete in Bussen aus ihren Unterkünften zum Bezirksamt Hamburg-Mitte gebracht.<sup>32</sup> Sie wurden gesammelt aus

<sup>27</sup> Kritik an den Dysfunktionalitäten des *Dublin*-Systems ist in den vergangenen Jahren so regelmäßig und umfassend von verschiedensten zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen geäußert worden, dass an dieser Stelle nur beispielhaft das gemeinsame „Memorandum: Für die freie Wahl des Zufluchtlandes in der EU“ genannt sei, das 2015 von dem Deutschen Anwaltverein, der AWO – Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., der Diakonie Deutschland, PRO ASYL, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, der Neuen Richtervereinigung e.V., dem Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland, der Rechtsberaterkonferenz und dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. herausgegeben wurde (vgl. dies. 2015).

<sup>28</sup> Manche hatten sich jedoch bereits an den Rändern Europas getroffen. Sie waren einander in Italien oder gar in dem Boot begegnet, mit dem sie das Mittelmeer überquert hatten. So sprach beispielsweise Andreas Listowell in einem Interview davon, dass ein paar seiner „boat friends“ (zit. nach: NDR 2013b) hier seien.

<sup>29</sup> Vgl. Pressestelle der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) 2013.

<sup>30</sup> Bündnis *Gegen Rassismus und Ausgrenzung* 2013. Die Demonstration fand am 06.04.2013 statt.

<sup>31</sup> Vgl. Interview 1-2013.

<sup>32</sup> Vgl. auch *Lampedusa in Hamburg* 2013b.

der Versorgung „entlassen“ und zur Behörde gebracht. Mindestens eine Unterkunft, aus der Menschen abgeholt und zum Bezirksamt gefahren wurden, befand sich in einigen Kilometern Entfernung, im Nordwesten der Stadt.<sup>33</sup> Mindestens eine andere Unterkunft, in der viele untergekommen waren, lag jedoch nur einige Hundert Meter vom Bezirksamt entfernt – das *Pik As*. Doch warum wurden für diese geringe Distanz Busse eingesetzt? Wollte die Stadt Hamburg sichergehen, dass sich wirklich alle in Richtung Hauptbahnhof und somit potenziell in Richtung Italien bewegten? Letzten Endes unterstützte der Staat so in gewisser Weise die Kollektivierung, die die sich selbst organisierende Gruppe bereits praktizierte, um sich gemeinsam gegen die drohende Rückführung nach Italien zur Wehr zu setzen.

Im Bezirksamt wurden zunächst ihre Pässe eingesammelt. In einem weiteren Akt der staatlichen Kollektivierung wurden die Pässe der Geflüchteten kopiert: „Die Pässe wurden in ihrer Gesamtheit (sozusagen als Stapel) fotografiert, um neben dem aus Sicht des Kollegen anscheinend nicht korrekten Verhalten italienischer Stellen zu dokumentieren, wie viele Personen hier vorgesprochen haben“, teilte das Bezirksamt Hamburg-Mitte auf Nachfrage mit.

„Da niemand aus der Gruppe hier einen aufenthaltsrechtlichen Antrag stellen wollte, wurden hier keine Personendaten erfasst und keine Akten angelegt.

Ergänzend wurden zwar exemplarisch von einigen der Pässe die ersten Seiten fotografiert, jedoch nur mit dem Ziel, neben der Erstellung von Dokumenten durch italienische Stellen einen Überblick über die ursprünglichen Heimatländer der Betroffenen dokumentieren zu können. Es sind zwar in die Dokumente eingetragene Namen erkennbar, jedoch fehlen weitere Personendaten und Lichtbilder. Eine Identifizierung der Betroffenen über die Fotos ist somit nicht möglich, war auch nie gewollt. Die Pässe waren dazu von den Leuten freiwillig überlassen worden, nachdem sie darum gebeten worden waren.“<sup>34</sup>

Alle Personen durften ihre Pässe am Ende wieder mitnehmen, die Passkopien waren aufenthaltsrechtlich nicht verwendbar. Diese Geschichte wurde mir von unterschiedlichen Beteiligten unterschiedlich erzählt. Nachvollziehbare Gründe, die das Kopieren der Pässe legitimiert hätten, kamen in keiner der Überlieferungen vor. Auch wenn die Pressestelle des Bezirksamts den oben in Teilen zitierten Erklärungsversuch machte, blieben die Informationen doch rätselhaft. Zudem sprach das Bezirksamt von einer Gruppe von lediglich ca. 100 Personen, die an jenem 15. April „in der Ausländerabteilung des Bezirksamtes zeitgleich vorsprach“<sup>35</sup>. Sicher ist zumindest, dass die ungewöhnlichen Passkopien angefertigt wurden. Dies

<sup>33</sup> Vgl. dazu Interview 8-2013.

<sup>34</sup> E-Mail-Antwort: Pressestelle des Bezirksamts Hamburg-Mitte: 15.12.2015.

<sup>35</sup> Ebd.

erscheint als ein bizarrer Akt der Kontrolle, ein Versuch, wenigstens irgendeine Form der Dokumentation vorzunehmen, wenn es schon keine Legitimierung für erkennungsdienstliche oder sonstige aufenthaltsrechtlich begründete Maßnahmen gab. So entstand erneut eine „Grenzsituation“<sup>36</sup>, die weit weg von nationalstaatlichen Grenzen im urbanen Raum stattfand.

Wenige Wochen vergingen, bis die Geflüchteten zum ersten Mal öffentlich als *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe auftraten: Beim Deutschen Evangelischen Kirchentag, der vom 1. bis 5. Mai 2013 in Hamburg stattfand, demonstrierten sie gemeinsam mit Unterstützer\_innen aus verschiedenen Initiativen wie der *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen* und *ATESH Für eine sozialrevolutionäre Perspektive* für ihre Rechte. Nicht zuletzt die Kontakte, die Anfang April durch die große Demo des Bündnisses *Gegen Rassismus und Ausgrenzung* entstanden waren, kamen hier zum Tragen. Zu Beginn des Kirchentags erreichte ein Schiff mit 70 Bronzestatuen, die Geflüchtete auf einem überfüllten Boot symbolisieren sollten, den Traditionsschiffhafen Hamburg. Es handelte sich um eine Installation, die in den darauffolgenden Tagen auf die Situation von Geflüchteten an den EU-Außengrenzen aufmerksam machen sollte. Als die *MS Anton* und mit ihr die Statuen in den Hafen einfuhren, standen dort am 01.05.2013 ca. 60 Menschen, die tatsächlich über das Meer geflohen und von Libyen über Italien nach Deutschland gekommen waren. Am 03.05.2013 kam die Gruppe wieder. Auch Kirsten Fehrs, die für Hamburg zuständige Bischöfin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche), erschien an diesem Tag an der *MS Anton*, um dort eine liturgisch-politische Aktion, einen *Kreuzweg für die Rechte der Flüchtlinge*, zu eröffnen. Sie war bereits von einem kirchlichen Mitarbeiter, der wiederum mit der *Karawane* in Kontakt war, informiert worden und wusste um die prekäre Situation der Geflüchteten seit dem Ende des Winternotprogramms. Das Aufeinandertreffen der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe und der Bischöfin war also kein Zufall.<sup>37</sup>

Als die Gruppe am 03.05.2013 zurückkehrte, um Bischöfin Fehrs zu treffen, machten die Aktivist\_innen nicht nur durch ihre bloße Präsenz auf sich aufmerksam: Sie kamen mit Lautsprechern und Mikrofonen, mit Musik und Redebeiträgen, mit Essen und Informationsmaterial für die Öffentlichkeit. Ihre zentralen Forderungen fanden sich auf Transparenten, die sie hielten bzw. auf der *MS Anton* als Flagge hissten, sowie auf Flyern, die sie verteilten: „Wir sind hier und wir gehen nicht zurück“. „Der NATO-Krieg in Libyen hat unsere Flucht verursacht. Wir fordern unsere Rechte“. „Wir sind Flüchtlinge aus Italien mit Internationalem Schutz, aber ohne Rechte“. „Unite against colonial injustice in Germany“. Die großen The-

---

<sup>36</sup> Lebuhn 2012: 354.

<sup>37</sup> Vgl. Interview 3-2013.

men und Forderungen, die die Gruppe im Laufe ihres Protests immer wieder stark machen würde, kamen hier bereits zum Ausdruck: Es ging um Europa, Rechte und Kolonialität, um politische Subjektivität und Kollektivierung, um Anerkennung, Zugehörigkeit und Arbeit.<sup>38</sup>

Was den Protestierenden Gehör verschaffte, war ihre Performativität<sup>39</sup>, ihr kollektives, sicht- und hörbares Auftreten, ihre klar formulierten Forderungen im Rahmen von Versammlungen auf den Straßen Hamburgs. Sie erregten nicht zuletzt durch den Bruch mit der gesellschaftlichen Erwartung Aufsehen: Trotz der unmissverständlichen Aufforderung, die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen, blieben die Protestierenden schlicht und ergreifend in Hamburg und kämpften für ihre Rechte. Judith Butler zufolge ist „das Performative“ das, wodurch soziale Aushandlungsprozesse öffentlich gemacht und in ebendieser Öffentlichkeit ausgetragen werden. Es ist das Performative, wodurch bestehende Ordnungen durcheinandergebracht und transformiert werden. Performativität zeichnet sich laut Butler vor allem dadurch aus, dass sie sich nicht an einen vorher gegebenen Status – wie z.B. einen Aufenthaltsstatus in Deutschland – hält und diesen in der Praxis bestätigt. Vielmehr werden im Performativen die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse infrage gestellt und angefochten, indem sich hier Subjekte neu formieren, reformulieren und ausprobieren, indem diejenigen zu Sprechenden und Handelnden werden, denen ebendiese Subjektivität bisher nicht zuerkannt wurde.<sup>40</sup> Das Konzept der Performativität deutet somit auf das hin, was Isin mit dem Begriff der *Acts of Citizenship* beschreibt, sowie auf die politischen Auseinandersetzungen, die in Grenzräumen stattfinden: Menschen,

„die keinen legalen Status besitzen, aber gleichzeitig durch ihre Beanspruchungen eine politische Präsenz innehaben, befinden sich weder innerhalb noch außerhalb des Staates sondern dazwischen. Es ist genau diese Spalte, die den Spielraum frei lässt, in dem Migrant\*innen zu politischen Akteur\*innen werden.“<sup>41</sup>

<sup>38</sup> Vgl. auch ATESH Für eine sozialrevolutionäre Perspektive 2013.

<sup>39</sup> Der Begriff der Performativität geht zurück auf John L. Austin und dessen Theorie der Sprechakte. Er ging damit der Frage nach, inwiefern Sprache mehr als deskriptiv sei und inwiefern das Ausdrücken von Sprache begleitet werde von bestimmten Aktionen – wie beispielsweise der Satz „Ich taufe dieses Schiff auf den Namen ‚Queen Elizabeth‘“, währenddessen eine Glasflasche am Rumpf des betreffenden Schiffs zerschlagen wird, oder der Satz „Ja, ich will“ als Teil einer Trauzeremonie (vgl. Austin 2002 [1962/1975]: 28f.). Die Debatte um das Konzept der Performativität wurde seitdem im Rahmen der Sprechakttheorie vor allem in den Sprach- und Literaturwissenschaften sowie in den Gender Studies fortgeführt (vgl. Loxley 2007: 1–5).

<sup>40</sup> Zu genaueren Implikationen des Konzepts der Performativität, insbesondere zur transformativen Kraft von Akten, die darin zu greifen versucht wird, vgl. auch Wolfrum u.a., in: Wolfrum/Brandis (Hg.) 2015: 27–56.

<sup>41</sup> Benigni/Pierdicca 2014: 37 unter Bezugnahme auf Mezzadra 2011a: 128.

### 2.1.3 Wie Grenzen und Bürgerschaft verhandelt werden

Die gesamte Protestbewegung *Lampedusa in Hamburg* fand in diesem Zwischenraum statt. Die meisten Gruppenmitglieder beschrieben, dass sie bis zu ihrer Ankunft in Hamburg nicht politisch aktiv gewesen seien. Doch bereits ihre Praxis der Migration selbst lässt sich als politischer Akt begreifen.<sup>42</sup> Diese politische Lesart der Migration zeigt sich in besonderer Weise im Konzept der *Autonomie der Migration*. Deren Ausgangspunkt stellen die Überlegungen des französischen Marxisten Yann Moulier Boutang dar, der in den 1990er-Jahren erstmals den Autonomiebegriff<sup>43</sup> in Bezug zu den Bewegungen und Kämpfen der Migration setzte:

„Verknüpft man sie [die Autonomie; Anm. BN] aber mit Foucaults ‚Wunsch der Massen, nicht auf diese Weise regiert zu werden‘, und schlägt den Bogen zum Konzept der Flucht oder des Exils wird sie ergiebig: denn Flucht ist die Weigerung der Massen, sich regieren zu lassen: eine Antwort auf asymmetrische Machtverhältnisse.“<sup>44</sup>

Im Zentrum des Konzepts der Autonomie der Migration steht die These, dass Migration selbst eine politische und soziale Bewegung darstellt, „die Wissen besitzt, eigenen Regeln folgt und ihre Praxis kollektiv organisiert“<sup>45</sup>. Dabei ist die Perspektive grundsätzlich geprägt von Foucaults Begriffsverständnis und Analytik der Macht. Demnach gehe es darum,

„den Widerstand als chemischen Katalysator zu gebrauchen, mit dessen Hilfe man Machtverhältnisse ans Licht bringt, ihre Position ausmacht und ihre Ansatzpunkte und Verfahrensweisen herausbekommt. Statt die Macht von ihrer inneren Rationalität her zu analysieren, heißt es, die Machtverhältnisse durch den Gegensatz der Strategien zu analysieren.“<sup>46</sup>

So rückt auch das Konzept der Autonomie der Migration insbesondere die Perspektive der Migrant\_innen, ihre widerständigen Potenziale, ihre Ausbeutung – nicht aber ihre Viktimisierung –, die Situiertheit von Wissen – und somit auch ein Bewusstsein für die vor allem (post-)kolonialen Herrschaftsverhältnisse, in denen es entsteht –, die eigenständige Flucht aus asymmetrischen Machtverhältnissen sowie die Perspektive der Mobilität in den Fokus.<sup>47</sup> Autonomie der Migration ist somit

<sup>42</sup> Vgl. Nyers/Rygiel 2012b.

<sup>43</sup> Der Begriff der Autonomie geht auf die Bewegung der Arbeiter\_innen im Italien der 1960er-Jahre zurück. Die *autonomia operaia* begründete den Operaismus als politische Bewegung und Theorie, die sich gegen die Politik der italienischen KP richtete (vgl. dazu Hess u.a. 2018).

<sup>44</sup> Moulier Boutang 2007: 172.

<sup>45</sup> Moulier Boutang 2002. Vgl. beispielsweise auch Hess/Tsianos 2010: 56 und Papadopoulos/Tsianos 2013: 184.

<sup>46</sup> Foucault 1994: 245.

<sup>47</sup> Vgl. Moulier Boutang 2007: 170f.

als Methode zu verstehen: als „ein Ausgangspunkt, ein heuristisches Modell und nicht die Antwort auf eine Frage“<sup>48</sup>. Ausgehend von den subjektiven Praktiken in der Migration entwickelt der Ansatz „ein komplexes Verständnis von Subjekten und Gesellschaften in ihrer globalen Dimension mit einer essentiellen Pluralität von Handlungsfähigkeiten, Diversität von Kämpfen sowie emanzipatorischen Vorstellungen“<sup>49</sup>. Jenseits von Viktimisierung und Kriminalisierung, die sich in Begriffen wie *Flüchtling* oder *Illegale* manifestieren, eröffnet der Ansatz der Autonomie der Migration Räume für politische Subjektformierungen.<sup>50</sup> Anders als in romantisierenden und heroisierenden Darstellungen von Migration als „Kosmopolitismus von unten“<sup>51</sup> oder als „Globalisierung von unten“<sup>52</sup> versteht sich das Konzept als „Hinweis auf den konstitutiven Gegenpol von Herrschaft und Ausbeutung“<sup>53</sup>. In dieser Weise dient es auch als methodologische Grundlage meiner Forschung und der Erzählung meiner Geschichte mit *Lampedusa in Hamburg*, die ausgehend von der migrantischen Protestbewegung selbst ihre Strategien und Praktiken, ihre Verbindungen und Bruchlinien wie auch ihre Auseinandersetzungen mit den vielfältigen Akteur\_innen der bestehenden Herrschaftsverhältnisse aufzeigt. Dabei orientiere ich mich auch an dem von Sandro Mezzadra formulierten „Blick der Autonomie“, durch den er die Zusammenhänge andeutet, die diesen Blick schärfen, und zudem die Möglichkeit offen lässt, auch andere „Blicke“, die außerhalb Europas zu lokalisieren sind, einzubeziehen.<sup>54</sup>

Das politische Moment, das der Migration innewohnt, zeigt sich in besonderer Weise an den Grenzen. Angekommen in Europa, fanden die späteren Mitglieder von *Lampedusa in Hamburg* sich in Grensräumen und somit in Aushandlungsräumen wieder, in denen die „Widersprüche und Paradoxien der Grenzen selbst“<sup>55</sup> und des europäischen Grenzregimes<sup>56</sup> ausgetragen werden. Grenzen werden dabei als Praktiken „im Sinne eines *doing borders*, als ein dynamisches Konflikt- und Aus-

<sup>48</sup> Ebd.: 169.

<sup>49</sup> Bojadžijev 2011: 141.

<sup>50</sup> Vgl. Scheel 2015. Hier zeigt sich eine entscheidende Verbindung zum Konzept der *Acts of Citizenship*, auf das ich im Folgenden noch näher eingehen werde und das in gleicher Weise von Stereotypen, die Migrant\_innen als Opfer oder Kriminelle darstellen, Abstand nimmt (vgl. Rygiel, in: Rygiel u.a. 2015).

<sup>51</sup> Mezzadra 2011b: 154. Mezzadra stellt diesen bewusst in Gegensatz zur *Autonomie der Migration*.

<sup>52</sup> Hess/Tsianos 2010: 243. Hess und Tsianos beziehen sich ebenso kritisch und abgrenzend auf diese Begrifflichkeit.

<sup>53</sup> Mezzadra 2011b: 154.

<sup>54</sup> Ebd.: 156. Vgl. auch Mezzadra 2011a.

<sup>55</sup> Karakayalı/Tsianos 2007: 13.

<sup>56</sup> Auf den Begriff des Grenzregimes werde ich in Kapitel 2.3.2 näher eingehen.



handlungsverhältnis unterschiedlichster lokaler, regionaler, nationaler und über- bzw. transnationaler Akteure<sup>57</sup> verstanden. Diesen Grenzen konnten sich die Gruppenmitglieder seit ihrer Ankunft in Europa nicht entziehen.<sup>58</sup> Und sie brachten ebendiese Grenzen, ihre Konfliktpotenziale und Widersprüche mit sich, als sie weiterreisten nach Hamburg. Der kollektive Akt des Bleibens – anstelle des Gehorsams, der sie zurück in prekärste Verhältnisse in Italien gebracht hätte – stellte eine konsequente Fortsetzung des *doing border* in der Stadt Hamburg dar. Hier verbanden sich Grenzen und Bürgerschaft, *doing border* und *doing citizenship*, denn der Akt des Bleibens lässt sich als *Act of Citizenship* begreifen, wie Isin u.a. ihn konzeptualisieren.

Dabei gehen diese von der Grundannahme aus, dass Menschen nicht per se Bürger\_innen *sind*, sondern dass sie durch ihr sichtbares Handeln, durch das Performative zu Bürger\_innen *werden* – unabhängig von ihrem rechtlichen Status. Sie fordern somit dazu heraus, Bürgerschaft nicht auf einen Rechtsstatus und ein bestimmtes Sein zu reduzieren, sondern vielmehr davon auszugehen, dass Bürgerschaft in einem aktiven Prozess, im Handeln selbst entsteht. In den Praktiken der Prekarisierung, der Notversorgung und nicht zuletzt im Label *Flüchtling* und ähnlichen Namen, die der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe gegeben wurden, zeigten sich gängige Diskurse, durch die Menschen kategorisiert und viktimisiert werden.<sup>59</sup> Menschen, die geflohen sind, werden vielfach – als sogenannte *Flüchtlinge*<sup>60</sup> oder *Geflüchtete* – in geradezu selbstverständlicher Weise nicht als politisch Handelnde oder als Bürger\_innen wahrgenommen.<sup>61</sup> „Indeed, inasmuch as refugee political action is ‚unexpected, unpredictable and unknown‘<sup>62</sup>, it represents a more profound rupture in habitus than many acts by citizens.“<sup>63</sup> Bürgerschaft bleibt durch diese Überraschungen, Unvorhersehbarkeiten und Unwissenheiten immer

<sup>57</sup> Hess/Tsianos 2010: 248.

<sup>58</sup> Siehe oben.

<sup>59</sup> Der vollständige Name *Lampedusa in Hamburg* begegnete mir im Verlauf des Protests relativ selten. Am häufigsten hörte ich Begriffe wie *Lampedusa-Flüchtlinge*, *Lampedusa Refugees*, *Refugees* oder *Lampedusas* (vgl. Feldtagebuch 2013, zur Bezeichnung *Lampedusas* vgl. ebd.: 11.08.2013).

<sup>60</sup> Während der Begriff *Flüchtling* auch einen rechtlichen Status bezeichnet, beschränkt sich die umgangssprachliche Verwendung des Begriffs nicht auf Menschen, die nach der Genfer Flüchtlingskonvention als Flüchtlinge anerkannt sind. Vielmehr sind damit in der Regel alle Menschen gemeint, die aus unterschiedlichen Gründen aus ihrem Herkunftsland geflohen sind (vgl. PRO ASYL 2016).

<sup>61</sup> Wie die Protestbewegung auf dieses Labelling reagierte und in welcher Weise sie diese und eigene Labels als Taktik einsetzte, werde ich in Kapitel 4.1.3 genauer analysieren. Dabei werde ich insbesondere auf die Bedeutung des Labellings als *Flüchtling* eingehen.

<sup>62</sup> Sartre 1957: 613, zit. nach: Isin 2008b: 27.

<sup>63</sup> Johnson 2012: 121.

in Bewegung und wird so zu einer dynamischen Kategorie, deren Wesen Instabilität ist.<sup>64</sup> Diesen dynamischen, instabilen Prozessen folge ich, indem ich der Protestbewegung von *Lampedusa in Hamburg* nachgehe.<sup>65</sup>

Folgt man der *Citizenship*-Definition von Isin, entsteht *Enacted Citizenship* dadurch, dass Menschen sich als *Bürger\_innen verhalten*: „[T]o be a citizen is to make claims to justice: to break habitus and act in a way that disrupts already defined orders, practices and statuses.“<sup>66</sup> Dadurch, dass sie der Aufforderung, nach Italien zurückzukehren, nicht folgten, taten die Mitglieder von *Lampedusa in Hamburg* genau das: Sie brachen mit dem Habitus, der ihnen als viktimisierten, vermeintlich „abschiebbaren“<sup>67</sup> Geflüchteten zugeschrieben wurde, sie brachten die vorgesehenen hegemonialen Ordnungen und Praktiken ins Wanken, setzten sich über den ihnen zugesprochenen Status hinweg, der ihnen gleiche Rechte und Zugehörigkeit vorenthalten sollte, durchbrachen die vermeintlich klaren Gesetze, denen zufolge Italien für ihre Aufnahme in Europa zuständig sein sollte. Das Konzept der *Acts of Citizenship* nimmt solche Momente der Unordnung und des Konflikts, des Bruchs und des Widerstands in den Fokus und als Ausgangspunkt für Bürgerschaft, für *Enacted Citizenship*. Dass Staatsbürgerschaft eine umkämpfte Kategorie darstellt, an der sich Auseinandersetzungen um gleiche Rechte, Anerkennung, Partizipation und Zugehörigkeit entzünden, ist nicht neu. Schon Ende des 18. Jahrhunderts, wenige Jahre nach der bürgerlichen Revolution, zeigten sich solche Kämpfe. Damals stritten Frauen in Europa um Anerkennung und gleiche Rechte und widersetzten sich den exklusiv männlichen Kategorien von Bürgerschaft.<sup>68</sup> Ähnliche Kämpfe führten zeitgleich Sklav\_innen und Freie in Haiti, die unter der Kolonialherrschaft Frankreichs rassistisch diskriminiert wurden. Auch in den darauffolgenden Jahren und Jahrhunderten gab es immer wieder einander ähnelnde Kämpfe, deren Gemeinsamkeit darin bestand, dass die „Exklusion aus der Gemeinschaft der Gleichen“<sup>69</sup> ihren Ausgangspunkt bildete. Kämpfe und Dynamiken, die sich um die Kategorie Bürgerschaft herum entwickeln, stehen somit in einer langen Tradition. Verhältnismäßig neu ist jedoch, dieses kämpferische Moment als konstituierend für Bürgerschaft zu betrachten. Obgleich in den vergangenen Jahren vermehrt Publikationen über eine solche aktivistisch verstandene Bürgerschaft erschienen

<sup>64</sup> Vgl. Isin 2009: 383.

<sup>65</sup> In welcher Form ich dem Protest in der Praxis folgte und dabei einerseits selbst immer stärker affiziert und involviert wurde und das Geschehen andererseits als Beobachterin begleitete, werde ich in Kapitel 3 näher erläutern.

<sup>66</sup> Isin 2009: 384.

<sup>67</sup> Nicholas De Genova spricht hier von „deportability“ (De Genova 2002).

<sup>68</sup> Vgl. Holland-Cunz 2003.

<sup>69</sup> Köster-Eiserfunke u.a. 2014: 178, bezugnehmend auf Marshall 1992.

sind,<sup>70</sup> sind entsprechende Veröffentlichungen im deutschsprachigen Raum noch rar gesät.<sup>71</sup> Vor allem aber mangelt es bisher an ausführlichen empirischen Studien sowie analytischen Verknüpfungen mit Migrationsbewegungen und mit den Kämpfen um Rechte, die Geflüchtete seit Jahren in Europa führen.

Mit dem Konzept der *Acts of Citizenship* nähere ich mich diesem aktivistischen Verständnis von Bürgerschaft und seiner Bedeutung für Protestbewegungen an den Grenzen Europas an. *Acts* konzeptualisiert Isin in Abgrenzung zu *Actions*.<sup>72</sup> Eine Aktion ist ihm zufolge eine Handlung, eine *Performance*, etwas, was getan wird, was sich auf ontischer Ebene ereignet. Ein Akt hingegen beinhaltet darüber hinaus transzendente Qualitäten und geschieht auf ontologischer Ebene. „[W]hile bodies perform actions, acts perform subjects“<sup>73</sup>, fasst Isin zusammen und stellt so erneut den konstituierenden Charakter heraus, den Akte für *Bürger\_innen* und *Bürger-schaft* haben. Einen Akt versteht er zudem als Interpretation, als analytische Konstruktion, durch die einer Aktion Bedeutung zugeschrieben wird.<sup>74</sup> Sein Wesen ist der „Bruch mit dem Bestehenden“<sup>75</sup>: „[T]he essence of an act, as distinct from conduct, practice, behaviour and habit, is that an act is a rupture in the given.“<sup>76</sup> Dieser Bruch ist gleichzeitig immer auch der Beginn von etwas Neuem. Hier sei auf Hannah Arendts Herleitung des Begriffs *Akt* hingewiesen, die sich auf dessen Verwendung im antiken Griechenland bezieht: Er bedeutete sowohl *regieren* als auch *beginnen*.<sup>77</sup> Im Begriff des Akts verbinden sich somit das Politische und der Neuanfang, die gleichermaßen wichtige Aspekte von *Acts of Citizenship* darstellen.

Entsprechend der Differenzierung zwischen Aktionen und Akten unterscheidet Isin auch zwischen *Active Citizens* und *Activist Citizens*. *Active Citizens* verhalten sich in einem gegebenen rechtlichen Rahmen als Bürger\_innen, agieren im Rahmen der bestehenden politischen Ordnung, gehen zur Wahl, unterschreiben Petitionen. *Activist Citizens* hingegen durchbrechen und unterbrechen die gegebene politische Ordnung, indem sie unerwartet und unvor(her)gesehen handeln,

<sup>70</sup> Hervorzuheben sind hier besonders die diversen Veröffentlichungen von Isin, Nyers und Rygiel und des *Citizenship Studies Media Lab* (CSML) insgesamt, die eine wesentliche Grundlage meiner Forschung darstellen (vgl. z.B. Isin 2008b, Isin/Nielsen (Hg.) 2008 und Nyers/Rygiel (Hg.) 2012a).

<sup>71</sup> Eine der wenigen Zusammenstellungen findet sich in der Einführung von Anna Köster-Eiserfunke u.a. in dem 2014 erschienenen Band *Grenzregime II* (vgl. Köster-Eiserfunke u.a. 2014).

<sup>72</sup> Vgl. Isin 2008b: 25.

<sup>73</sup> Isin 2013: 23.

<sup>74</sup> Vgl. ebd.: 22.

<sup>75</sup> Köster-Eiserfunke u.a. 2014: 187.

<sup>76</sup> Isin 2008b: 25.

<sup>77</sup> Vgl. Isin 2013: 24 in Bezug auf Arendt 1958.

ohne Legitimation durch Staat und Status. Durch die Akte, die sie praktizieren, hinterfragen sie bestehende Gesetze – manchmal auch, indem sie sie brechen.<sup>78</sup> Was sie leben, ist *Activist* oder auch *Enacted Citizenship*.<sup>79</sup> Ich übertrage den Begriff des *Enacted Citizenship* in bewusst freier Übersetzung als verhandelte Bürgerschaft ins Deutsche und verwende ihn auch im Folgenden, da er mir in seiner Doppeldeutigkeit besonders geeignet erscheint für die Analyse der komplexen Praktiken von *Lampedusa in Hamburg*. Zum einen lässt sich aus dem Wort *Ver-Handeln* der Begriff des Handelns lesen, das entscheidend und sogar konstitutiv für diese Form von Bürgerschaft ist. Als Neologismus kann Verhandeln verstanden werden als etwas, das zu etwas Tätigem gemacht wird: Bürgerschaft wird ver-handelt, wird sozusagen mit Handeln versehen, mit Tätigkeit versetzt, in etwas Tätiges umgewandelt. Zum anderen liegt in dem Begriff der verhandelten Bürgerschaft ein kämpferisches Moment, das Verhandeln, durch das Menschen sich selbst zu Bürger\_innen machen, sich transformieren zu handelnden Subjekten, anstatt dem Bild der passiven, objektivierten Opfer zu entsprechen.<sup>80</sup> Damit gehe ich absichtlich über den von Isin eingeführten Begriff des *Enacted Citizenship* hinaus. Die Tatsache, dass verhandelte Bürgerschaft umkämpft bleibt und in der Praxis durch verschiedene Regierungstechniken unterbrochen wird, halte ich für so wichtig, dass sie meines Erachtens auch begrifflich sichtbar sein sollte. An dieser Stelle erscheint mir daher eine inhaltliche Erweiterung des Begriffs *Enacted Citizenship*, wie Isin ihn verwendet, sinnvoll.

Verhandelte Bürgerschaft ist eine Bürgerschaft im Werden,<sup>81</sup> die die Grenzen dessen sprengt, was gemeinhin für politisch gehalten wird: „To investigate acts of citizenship is to draw attention to acts that may not be considered as political and demonstrate that their enactment does indeed instantiate constituents (which may mean being part of a whole as well as being a member of a constituency).“<sup>82</sup> Auch *Lampedusa in Hamburg* ließ sich nicht greifen. Die Gruppenmitglieder stellten immer wieder politische Forderungen und gestalteten dabei ihre ganz eigene Form von Alltag. Dazu gehörte auch der ständige Versuch, ihrer Obdachlosigkeit ein Ende zu setzen. Dazu baten sie Bischöfin Fehrs dringend um Hilfe. Der theologische Referent der Bischöfin, Thomas Kärst, beschrieb dies als die beiden Stränge,

<sup>78</sup> Vgl. Isin 2008b: 39.

<sup>79</sup> Isin verwendet die beiden Begriffe nahezu synonym, indem er *Enacted Citizenship* als das bezeichnet, was *Activist Citizens* praktizieren (vgl. Isin 2013: 22).

<sup>80</sup> Siehe auch meine Ausführungen zur Viktimisierung von Migrant\_innen und Reaktionen darauf in Kapitel 2.1.4.

<sup>81</sup> Vgl. dazu auch die Überlegungen von Balibar und Rancière zu einer *Demokratie im Werden* (Balibar 2009 unter Bezugnahme auf Rancière 2011).

<sup>82</sup> Isin/Nielsen 2008: 18.

die von vornherein den Protest ausgemacht hätten: einerseits der politische Protest, der eine Kritik am „völlig verfehlte[n] Asylsystem in Europa“ implizierte, andererseits „die ganz konkret menschlich-humanitäre [Linie]: Hier sind Leute auf der Straße, die haben kein Dach über dem Kopf, die wollen untergebracht werden.“<sup>83</sup> Aus der Perspektive der verhandelten Bürgerschaft lassen sich diese beiden Ebenen jedoch nicht voneinander trennen. Sie sind Ausdruck ein und derselben Bürgerschaft. Auch wenn die Frage nach einer Unterkunft ohne erkennbares *politisches Vokabular* auskam, war sie doch nicht weniger politisch: Das Übernachten in Hamburg war eine Aktion, die auf praktischer Ebene den Akt des Hierbleibens ermöglichte. Auch die Suche nach einer Unterkunft wurde so zu einer zutiefst politischen Handlung. Die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe durchbrach dabei nicht allein durch ihren Akt des Bleibens die üblichen Ordnungen, sondern auch durch den Akt des *Zusammenbleibens*. Eine von der Regierung erzwungene Kollektivierung, wie sie beispielsweise durch die Unterbringung in großen „Gemeinschaftsunterkünften“<sup>84</sup> stattfindet, wird von vielen Seiten lautstark kritisiert.<sup>85</sup> Doch *Lampedusa in Hamburg* hatte sich bereits selbst als Kollektiv organisiert und sah diese Kollektivität in ihrem Fall als wichtige Grundlage für die Stärke des Protests an, durch die ihr Zusammenhalt und ihre politischen Organisationsprozesse gefördert werden sollten. Damit durchbrach die Gruppe die gängige kirchliche Praxis, die sich tendenziell auf *Einzelfallhilfe* bezog.<sup>86</sup>

#### 2.1.4 Subjektformierung vs. Viktimisierung

Nach den ersten öffentlichen Aktionen am Anfang des Monats folgte am 14. Mai 2013 die „Öffentliche Erklärung und Aufforderung zum ernsthaften Gespräch“, die die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe an die Hamburgische Bürgerschaft und Bürgermeister Olaf Scholz richtete. Darin thematisierten die Gruppenmitglieder einerseits ihre Prekarisierung: Sie schrieben von ihrer „katastrophalen Situation“, von ihrer „Notlage“, von „Qualen“, vom Leben auf der Straße. Sie verwiesen auch auf die Dringlichkeit, die aus ihrer prekären Situation folgte: „Unsere Obdachlosigkeit lässt keinen Aufschub zu.“ Andererseits machte die Gruppe deutlich, dass

<sup>83</sup> Kärst, in: Interview 23-2014.

<sup>84</sup> Freie und Hansestadt Hamburg 2016.

<sup>85</sup> Vgl. beispielsweise PRO ASYL 2013. Auch die oben nachgezeichneten Praxen, die Gruppenmitglieder gesammelt in Bussen zum Hauptbahnhof zu bringen sowie ihre Pässe aufeinander gestapelt zu kopieren, lassen sich als Elemente derartiger Kollektivierungen begreifen (siehe S. 40f.).

<sup>86</sup> Ein Beispiel dafür ist die Gewährung von Kirchenasyl für Einzelpersonen und Familien.

sie – obgleich „Opfer des Krieges in Libyen“ und „Opfer der europäischen Flüchtlingspolitik“ – dennoch eigenständige, handlungsfähige Subjekte seien. Sie betonten, dass sie „nicht Spielball der europäischen Politik [...] bleiben“ würden. Auch wenn versucht werde, sie „unsichtbar zu machen, [...] zu vereinzeln und [...] der Verelendung zu überlassen“: „Es wird jedem verständlich sein, dass wir das nicht stillschweigend ertragen können.“ Abschließend stellte die Gruppe konkrete Forderungen, die sie auch im weiteren Protest immer wieder formulierte:

„Die Probleme müssen gelöst und unsere Rechte anerkannt werden. Der erste Schritt und unsere erste Forderung an die politischen Vertreter dieser Stadt ist ein Dach über unseren Köpfen. Daran schließt sich der Zugang zum Arbeitsmarkt an, damit wir uns versorgen können. Der Zugang zu medizinischer Versorgung und zu Bildung sollte ebenfalls selbstverständlich sein. [...] Wir appellieren eindringlich an alle Parteien und Institutionen, umgehend in direkten Kontakt mit uns zu treten und Lösungen zu finden. Unsere Obdachlosigkeit lässt keinen Aufschub zu.“<sup>87</sup>

Die Mitglieder von *Lampedusa in Hamburg* wurden von den Mechanismen und Akteur\_innen des Grenzregimes in Lebensbedingungen gedrängt, die in der Tat prekär waren und dazu führten, dass sie im Alltag auf Unterstützung angewiesen waren. Sie versuchten, sich gegen eine diskursive und praktische Viktimisierung zu wehren, die sie auf die Rolle als Opfer reduzierte, denen eine grundsätzliche, erzwungene Passivität unterstellt wurde. Sie verbalisierten und skandalisierten daher die Prekarisierungsprozesse und setzten dieser „neuartigen Herrschaftsform“<sup>88</sup> ihre politische Subjektivität entgegen. Doch „MigrantInnen müssen sich zumeist, wollen sie gehört werden, auf die ‚Leiden der Migration‘ beziehen und selbst als Opfer sprechen.“<sup>89</sup> Genau das taten die Mitglieder von *Lampedusa in Hamburg* auch: Sie führten die prekäre Situation, in der sie zu hilfebedürftigen Menschen geworden waren, als Argument für eine notwendige Veränderung an und versuchten so, ihren politischen Forderungen umso mehr Nachdruck zu verleihen. Die Umsetzung dieser Strategie stellte ein widersprüchliches Unterfangen dar. Einerseits reproduzierten die Gruppenmitglieder dadurch das „Viktimisierungsdispositiv“<sup>90</sup>, die Rhetoriken und Logiken, gegen die sie eigentlich ankämpften. Andererseits entlarvten und konterkarierten sie – sozusagen mit dessen eigenen Worten – das Viktimisierungsdispositiv und damit die Regierungstechnik der Prekarisierung, mit der die

<sup>87</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2013b. Hier kommt bereits eine Dringlichkeit zur Sprache, die auf die Temporalität von Prekarisierung hinweist. Auf diese und weitere Dimensionen der Prekarisierung werde ich in Kapitel 4.1 noch näher eingehen.

<sup>88</sup> Bourdieu 1998: 100. Hervorhebung im Original.

<sup>89</sup> Karakayalı 2008: 21.

<sup>90</sup> Karakayalı 2008. Dabei bezieht er sich auf den Foucault'schen Begriff des *Dispositivs* (vgl. beispielsweise Foucault 1983 [1977]).

politischen Verantwortungsträger\_innen auf europäischer, deutscher und hamburgischer Ebene einen „allgemeine[n] Dauerzustand der Unsicherheit“<sup>91</sup> errichteten und so versuchten, Druck auszuüben und ihre Objekte leichter regierbar zu machen. In ihrer Positionierung als Opfer (trans)nationaler Politik zeigte sich so – durch ihre daraus gefolgerten politischen Forderungen – gleichzeitig ein Moment von Agency. Die Gruppenmitglieder ließen nicht zu, dass sie unkommentiert von anderen als Opfer und Hilfeempfänger\_innen dargestellt wurden und so ihre Ausgrenzung als gesellschaftlicher Normalfall präsentiert wurde. Vielmehr eigneten sie sich die Bezeichnung des Opfers an, indem sie sich selbst zu ebensolchen erklärten und im selben Atemzug lautstark äußerten, wer die Verantwortung dafür trage: Europa. Und damit auch die Stadt Hamburg – als Teil Europas und als Ort, an dem sie infolge einer gescheiterten europäischen Migrationspolitik angekommen waren.

Die Forderungen an Bürgerschaft und Bürgermeister fortführend, lud die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe zu einer Pressekonferenz am 17. Mai 2013 ein. Der Slogan „Wir haben nicht den Krieg in Libyen überlebt, um auf Hamburgs Straßen zu sterben“ bildete den Einstieg in ihre Einladung. Mit dem Verweis auf die Ursachen ihrer Flucht und auf ihre prekäre Lebenssituation als Geflüchtete in Hamburg wandten sie sich an in die Öffentlichkeit: „We want the media themselves to really come closer to us, and get the right information from us, before you can be able to signal out or write your article, so that it will not destabilise the masses or the society, even our supporters.“<sup>92</sup> Gruppensprecher Asuquo Udo spielte hier mit Formulierungen wie „richtige Information“ – im Gegensatz zu „falschen Informationen“ – und „Destabilisierung der Massen“, die es zu verhindern galt, auf die Macht der Medien an. Indem die Gruppe die Nähe zu dieser mächtigen Instanz suchte, wollte sie ihre Hör- und Sichtbarkeit gezielt verstärken. Dadurch, dass die Gruppe offensiv auf Medienvertreter\_innen zuing, versuchte sie zu verhindern, dass diese ihre Macht gegen sie einsetzen konnten. Angesichts einer zunehmenden öffentlichen und medialen Debatte in der Stadt, die *Lampedusa in Hamburg* selbst verursacht und intendiert hatte, bestand das Bestreben der Gruppe nun darin, den Diskurs mit ihren eigenen Argumenten und Perspektiven zu versehen. Sie ließ nicht zu, dass lediglich von außen über sie berichtet wurde, sondern schrieb sich selbst immer wieder in die Debatte ein. Die Veranstaltung nicht nur dieser, sondern vieler Pressekonferenzen wurde so zum *Act of Citizenship*, durch den die Gruppe sich aus der ihr zugeschriebenen passiv-defensiven Position befreite, aus der heraus sie bloße Zuschauer\_innen medialer Darstellungen gewesen wären. Stattdessen wurden die

---

<sup>91</sup> Marchart 2013: 7.

<sup>92</sup> Udo, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 19.06.2013. Vgl. auch *Lampedusa in Hamburg* 2013c.

Gruppenmitglieder zu Gestalter\_innen medialer Prozesse: *Sie* luden ein, *sie* berichteten von ihren Fluchtwegen, ihren Lebenssituationen in Italien und Hamburg, *sie* legten die inhaltliche Richtung der Pressekonferenz fest, *sie* beantworteten Fragen.

Nach der ersten großen Pressekonferenz am 17. Mai 2013 folgten weitere Bemühungen um eine praktische Lösung für die Situation der Gruppe. Um diese zu schaffen, versuchten Unterstützer\_innen am 21.05.2013, ein Camp auf einer Grünfläche in der Nähe des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) aufzubauen. Die Zelte sollten sowohl eine Mahnwache als auch eine Unterkunft für Mitglieder der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe sein. Gruppenmitglieder und Unterstützer\_innen hatten zuvor bereits versucht, ein Camp offiziell als Mahnwache anzumelden, doch ohne Erfolg – das Bezirksamt Hamburg-Mitte gab keine Genehmigung. Es handele sich um eine Grünfläche. Sie sei für eine Mahnwache ungeeignet. Außerdem sei das Übernachten dort grundsätzlich verboten.<sup>93</sup> Bei dem angekündigten, aber nicht angemeldeten Versuch der Unterstützer\_innen, das Camp dennoch zu errichten, schritt nach kurzer Zeit die Polizei ein. Sie untersagte den weiteren Aufbau und beschlagnahmte ein bereits stehendes Zelt. Innensenator Michael Neumann kommentierte den verhinderten Zeltaufbau Monate später mit folgenden Worten: Eine Unterbringung in Zelten für „Menschen [...], die hier Zuflucht suchen [...] in einer der reichsten Städte der Welt und auch Europas [...] – das geht nicht“<sup>94</sup>.

In den darauffolgenden Tagen und Wochen führte *Lampedusa in Hamburg* immer wieder Protestaktionen durch. Am 23.05.2013 errichtete die Gruppe schließlich am Hauptbahnhof ein kleines Zelt, dessen Aufbau offiziell genehmigt worden war: 3 x 6 m<sup>2</sup> als Anlaufstelle und Treffpunkt zur Organisation gemeinsamer Aktionen, als Ort, um vor dem Regen geschützt zu sein, und als Dauermahnwache, um rund um die Uhr sichtbar zu bleiben.<sup>95</sup> Die Anmelder\_innen der Mahnwache waren in erster Linie Mitglieder der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe. Ihr sogenanntes Infozelt würde auch in den Monaten und Jahren danach ein wichtiger Ort des Protests bleiben.

<sup>93</sup> Vgl. Reinhard Krogmann, in: taz. die tageszeitung 2013c: 24 sowie *Lampedusa in Hamburg* online 2013: 22.05.2013.

<sup>94</sup> Neumann beim Julius-Leber-Forum, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 29.10.2013.

<sup>95</sup> Vgl. *Lampedusa in Hamburg* online 2013. Zuletzt abgerufen: 26. Mai 2013.



## 2.2 Das „Recht, Rechte einzufordern“<sup>96</sup>? Rechtliche Hintergründe von *Lampedusa in Hamburg*

„*What we are seeking is recognition as part of Europe.*“  
Asuquo Udo

### 2.2.1 Rechtspluralismus im *Europa der Anderen*

In Italien erhielten die Mitglieder der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe Aufenthaltspapiere. Allerdings bekamen nicht alle den gleichen Status zuerkannt: Manchen wurde ein Aufenthalt aus humanitären Gründen gewährt, manchen politisches Asyl, manchen subsidiärer Schutz etc. Dementsprechend waren die Papiere für eine unterschiedlich lange Dauer befristet. Manche waren ein Jahr lang gültig, andere hatten eine Gültigkeit von bis zu fünf Jahren.<sup>97</sup> Was die – fehlende – Freizügigkeit<sup>98</sup> innerhalb Europas betraf, die lediglich Unionsbürger\_innen zusteht, galten jedoch für alle dieselben rechtlichen Rahmenbedingungen: Sogenannten Drittstaatsangehörigen, die „Inhaber eines gültigen Aufenthaltstitels“<sup>99</sup> sind, ist gemäß dem Schengener Grenzkodex ein Aufenthalt „von bis zu drei Monaten je Sechsmonatszeitraum“<sup>100</sup> erlaubt.

Die Durchführung eines weiteren aufenthaltsrechtlichen Verfahrens in einem anderen europäischen Land, das zu den Unterzeichnern des Schengener Übereinkommens gehört, ist zunächst rechtlich nicht vorgesehen. Dennoch waren die Mitglieder der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe von einem überforderten Italien nach Deutschland bzw. in andere europäische Länder geschickt worden – mit der Andeutung, dass sie dort versorgt werden würden. Was in Italien passierte und wie dort mit Geflüchteten umgegangen wurde, war im deutschen Bundesministerium des Innern bekannt. Daraus hätte man die Notwendigkeit einer eigenen Verantwortungsübernahme und dadurch einer Entlastung Italiens schlussfolgern können. Der damalige Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich deutete die gegenwärtige Situation und die „gemeinsame europäische Verantwortung“ jedoch so, dass sie in jedem Fall möglichst weit entfernt wäre von einer bundesdeutschen Verantwortung:

„Wir haben die Bundesländer im März [2013; Anm. BN] informiert, dass es Hinweise gibt, dass Italien temporäre Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen schließt und die

<sup>96</sup> Isin 2009: 371. Übersetzung BN. Im Original: „the right to claim rights“ als Weiterführung des von Hannah Arendt formulierten „Recht[s], Rechte zu haben“, in: Arendt 1955: 444.

<sup>97</sup> Vgl. beispielsweise Interview 3-2013, Interview 4-2013 und Feldtagebuch 2017: 24.03.2017.

<sup>98</sup> Vgl. Europäisches Parlament/Rat der Europäischen Union 2004.

<sup>99</sup> Europäisches Parlament/Rat der Europäischen Union 2006.

<sup>100</sup> Ebd.

betroffenen Flüchtlinge mit Aufenthaltsdokumenten und Geld ausstattet. Gleichzeitig haben wir die italienische Regierung zur Rede gestellt. Daraufhin ist uns zugesagt worden, dass Italien die Flüchtlinge zurücknimmt. Jetzt sind die betroffenen Länder, wie etwa Hamburg, gefragt, die Papiere der Flüchtlinge zu prüfen und dann den Aufenthalt der Flüchtlinge hier zu beenden.“<sup>101</sup>

Was sich in dieser Aussage zeigte, bestimmte auch in den darauffolgenden Wochen und Monaten die politische Debatte: die Frage nach der Zuständigkeit. Die Bundesrepublik Deutschland – namentlich das Bundesinnenministerium – verwies auf Hamburg und Italien, Hamburg verwies auf die Bundesrepublik und Italien, Italien verwies auf die Bundesrepublik. Und alle verwiesen auf Europa.<sup>102</sup> Doch zuständig wollte niemand sein. Statt sich als gleichberechtigten und gleich verantwortlichen Teil dieses Europas zu verstehen, imaginierten alle politischen Verantwortungsträger\_innen ein *Europa der Anderen* im doppelten Sinne. Es waren die Anderen – im Sinne der jeweils anderen Nationen –, die die Verantwortung für die Aufnahme von Migrant\_innen übernehmen sollten. Doch dieses Europa, das beispielsweise die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe aufnehmen würde, existierte faktisch nicht. „[D]iese Gruppe von Flüchtlingen, die durch alle Raster fallen“<sup>103</sup>, machte durch ihre bloße Existenz und durch die oben beschriebenen rechtlichen Fragen auf eine Lücke im europäischen Asylsystem aufmerksam: Was geschieht mit Menschen, die bereits einen Aufenthaltstitel in einem europäischen Land erhalten haben, dort aber dennoch unversorgt bleiben? Das *Europa der Anderen* lässt sich zudem als ein Europa verstehen, das – im Sinne eines *Othering* – für diejenigen gilt, die als Andere, als Fremde imaginiert werden.<sup>104</sup> Europa wird hier zu einem Konstrukt, das für diese vermeintlich Anderen weniger Rechte bereithält als für Menschen, die in Europa geboren und aufgewachsen sind und als *einheimisch* wahrgenommen werden. Dieses *Europa der Anderen* stellt sich somit gänzlich anders dar als die grenzenlose (Staaten-)Gemeinschaft, die Europa gemeinhin vorgibt zu sein.

Hintergrund der unterschiedlich interpretierten Zuständigkeit für die Aufnahme von Geflüchteten sind komplexe transnationale rechtliche Zusammenhänge. Um sie zu beschreiben und zu deuten, orientiere ich mich an den Ansätzen der

<sup>101</sup> Zit. nach: Rheinische Post 2013.

<sup>102</sup> So z.B. auch Ksenija Bekeris (SPD) in der Hamburgischen Bürgerschaft: „Der politische Kampf für eine bessere europäische Flüchtlingspolitik kann nicht auf kommunaler Ebene geführt werden“ (in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013a: 4666).

<sup>103</sup> Schneider (DIE LINKE.), in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013b: 4736.

<sup>104</sup> Zum Begriff des *Othering* siehe auch Kapitel 2.3.1.

Rechtsanthropologie.<sup>105</sup> Insbesondere seit den 1970er-Jahren beschäftigt sich die Rechtsanthropologie – vor allem in Debatten um Rechtspluralismus – mit der Frage, „wie man komplexe normative und institutionelle Ordnungen beschreibt und analysiert; und welche Fragen hinsichtlich einer allgemeinen Gesellschaftstheorie auftreten“<sup>106</sup>. Dem liegt ein Rechtsverständnis zugrunde, das eine Vielzahl sozialer Phänomene wie z.B. Konzepte, Regeln, Beziehungen, Entscheidungen, Prinzipien, Prozedere oder sonstige Regulierungsformen umfasst, die auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen organisiert sind.<sup>107</sup> Dieses Recht zeigt sich zum einen auf der Mikroebene, d.h. beispielsweise im städtischen Alltag, in Haushalten oder Gerichten. Es manifestiert sich in konkreten Menschen, die durch ihren rechtlichen Status definiert und klassifiziert werden, und wird in spezifischen Situationen und Fallkonstellationen konkret. Recht geschieht jedoch zum anderen auch auf der Makroebene. Damit sind nach Franz von Benda-Beckmann die größeren geografischen und räumlichen Kontexte gemeint, in denen soziale Prozesse stattfinden und erforscht werden, wie z.B. ein Staat oder transnationale, globale Kontexte.<sup>108</sup> Rechtsanthropologische Forschungen gehen insbesondere der Relation von Mikro- und Makroebene nach. Mikrosituationen sind dabei immer einzuordnen in die größeren institutionellen Kontexte, die über ein konkretes Ereignis hinausgehen. So stellt sich beispielsweise die Frage, in welcher Weise größere rechtliche Strukturen konkrete Situationen und Handlungen beeinflussen, wie diese sich auf der Mikroebene darstellen und reproduziert werden. Die Frage der Ebene – also beispielsweise die Frage nach der Mikro- oder Makroebene – ist eine der zentralen Fragen rechtsanthropologischer Forschungen geworden. Wie Franz von Benda-Beckmann es formuliert:

„We have to trace them [legal rules; Anm. BN] through time and space, look at their intended and unintended consequences (Giddens 1984), see to which extent they ‚carry over into another micro/situation‘ (Collins 1992: 90) and trigger off chains of interdependent actions.“<sup>109</sup>

Dieser Ansatz stellt bewusst einen Gegenpol zu deskriptiven, verallgemeinernden Darstellungen rechtlicher Systeme dar und betont die Bedeutung von „law in place,

<sup>105</sup> Ein Überblick über die Entwicklung der Rechtsanthropologie ab dem 19. Jahrhundert findet sich beispielsweise bei Fikentscher 2009, Moore 2001, Nader 1965, Rouland 1994, Schott 1982 sowie Snyder 1993.

<sup>106</sup> Von Benda-Beckmann 1994: 3. Vgl. auch F./K. von Benda-Beckmann 2006: 2 und von Benda-Beckmann 1994: 5. Als Ausnahme und besonders frühe Vertreter rechtspluralistischer Überlegungen in der Ethnologie seien hier Paul Bohannan und Leopold Pospíšil genannt (vgl. Bohannan 1965 und Pospíšil 1958 und 1971).

<sup>107</sup> Vgl. F./K. von Benda-Beckmann 2006: 13.

<sup>108</sup> Vgl. F. von Benda-Beckmann 2001: 128.

<sup>109</sup> Ebd.: 127.

the law in people's lives – the law that actually forms the context within which people act“<sup>110</sup>. Zudem ermöglichen anthropologische Studien einen umfassenden Blick auf rechtliche Zusammenhänge, der sich nicht allein auf die staatlichen und institutionellen Strukturen richtet, sondern auch weitere, zuvor unsichtbar gemachte gesellschaftliche Ebenen mit einbezieht, wie Laura Nader hervorhebt: „[I]t is clear that there is a continued interest in anthropologically-rooted studies concerned with the less visible face of law and the view from below.“<sup>111</sup> Für die Analyse des *Lampedusa in Hamburg*-Protests liefert die Rechtsanthropologie hier somit einen weiteren Anknüpfungspunkt, denn es waren Aushandlungen um Rechte und um ein Rechtsverständnis, das über (rechts-)staatliche Strukturen hinausgeht, die die Protestbewegung auslösten und weiterhin prägten. Recht aus der Perspektive von *Lampedusa in Hamburg* zu analysieren bedeutet, Recht aus der Perspektive des Widerstands zu analysieren.<sup>112</sup>

Damit wies das von der Protestbewegung verfochtene Rechtsverständnis auch über *nationalstaatliche* Kategorien hinaus. So deutet sie auf einen weiteren Schwerpunkt rechtsanthropologischer Forschungen seit Mitte der 1990er-Jahre hin, die sich im Zuge der Globalisierung verstärkt mit transnationalen Dimensionen des Rechts beschäftigten.<sup>113</sup> Dabei rückt das Konzept des Rechtspluralismus immer mehr in den Fokus. Es setzt sich damit auseinander, dass in einem Territorium Menschen mit unterschiedlichem Recht leben. So kann z.B. für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen unterschiedliches Recht gelten, auch wenn sie gemeinsam in ein und demselben Nationalstaat leben. Die angesichts dieser verschiedenen Rechtssysteme entstehenden Missverständnisse begreift von Benda-Beckmann als „Teil eines Streites um politische und wirtschaftliche Macht, der in der Form des Rechts ausgetragen“<sup>114</sup> wird. Auch im Kontext von *Lampedusa in Hamburg* führt die Frage nach ihren Rechten zu konfliktiven Auseinandersetzungen. Als besonders wichtige Dimension erscheinen dabei internationales Recht und dessen Querverbindung zu nationalem, Landes- und kommunalem Recht. Internationales Recht und transnationale Beziehungen gewinnen seit einigen Jahren an Aufmerksamkeit innerhalb der Rechtsanthropologie. Immer wieder stellen sie eine wichtige Ausprägung gegenwärtigen Rechtspluralismus dar. Die Erscheinungsformen internationalen Rechts beschreibt Keebet von Benda-Beckmann für die Rechte indigener Völker wie folgt:

<sup>110</sup> Ebd.: 125.

<sup>111</sup> Nader 1997 [1969]: vi.

<sup>112</sup> Zu einem solchen erweiterten Verständnis von Recht vgl. beispielsweise auch Nader/Yngvesson 1973.

<sup>113</sup> Vgl. F./K. von Benda-Beckmann 2006: 3.

<sup>114</sup> Von Benda-Beckmann 1994: 9, Bezug nehmend auf von Benda-Beckmann 1993.

„International law is not tightly structured but rather fragmented. For example, Human Rights treaties are the most important international instruments for protecting human rights of indigenous peoples, but they are not the only ones. Several other, more specific treaties and declarations also have clauses to protect human rights for specific groups.“<sup>115</sup>

Neben Nationalstaaten werden hier internationale Zusammenschlüsse und Netzwerke, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zu wichtigen Akteur\_innen. Diese „transnationale Mobilität des Rechts“<sup>116</sup> hat in der Praxis paradoxe Auswirkungen: Sie führt einerseits zu mehr gegenseitiger Annäherung und Abhängigkeit und bringt andererseits durch die mit ihr einhergehende Multiskalarität eine Pluralisierung von Recht mit sich, Rechtsformen und Interpretationen, die nebeneinander existieren.<sup>117</sup>

### 2.2.2 Die Hierarchisierung von Rechten in Europa

Ein solcher transnationaler Rechtspluralismus zeigt sich in der Protestbewegung um *Lampedusa in Hamburg* dadurch, dass die europäische, die nationalstaatliche, die Bundesländer- und die kommunale Ebene hier ineinander greifen.<sup>118</sup> Das dem zugrunde liegende Mehrebenen-System ist elementarer Bestandteil der Europäischen Union und wird im Rahmen der Protestbewegung besonders deutlich sichtbar. Was sich hier zeigt, wird in der kritischen Geografie als *Rescaling* staatlicher Räume begriffen. Der Staat agiert demnach nicht allein auf der Ebene des Nationalstaats selbst, sondern konkretisiert sich in Praktiken und Institutionen auf städtischer Ebene – sogenanntes *Downscaling* – wie auch auf supranationaler, in diesem Fall europäischer Ebene – sogenanntes *Upscaling*.<sup>119</sup> Staatliche Regulierungsformen werden so von der nationalstaatlichen Ebene verschoben und dezentriert.<sup>120</sup> Die Analyse eines solchen *Rescalings* nähert sich den komplexen gegenwärtigen Erscheinungsformen und Dynamiken des Staats und verabschiedet sich vom Staat als gegebenem, statischem Konstrukt. Neil Brenner formuliert:

„In contrast to the earlier fetishization of the national scale of political power, scholars have begun to analyze a range of rescaling processes through which new, multiscalar

<sup>115</sup> K. von Benda-Beckmann 2001: 35.

<sup>116</sup> Ebd.: 44. Übersetzung BN. Im Original: „transnational mobility of law“.

<sup>117</sup> Vgl. ebd.

<sup>118</sup> Zur „Mehrebenenverflechtung in der Europäischen Union“ vgl. auch Benz in dem gleichnamigen Artikel (2006 [1996]).

<sup>119</sup> Vgl. Brenner 2004: 447ff.

<sup>120</sup> Vgl. ebd.: 448.

hierarchies of state institutional organization, political authority and regulatory conflict are being generated. Accordingly, the scalar organization of state power is no longer understood as a pre-given background structure, but is increasingly viewed as a constitutive, contested, and therefore potentially malleable dimension of political-economic processes.<sup>121</sup>

Im Kontext europäischer Migrationspolitik greifen die Ebene der Europäischen Union, des Nationalstaats und der Kommune ineinander. Auf europäischer Ebene bildet insbesondere das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS)<sup>122</sup> die Grundlage der transnationalen Migrationspolitik. Dazu gehören vor allem die Qualifikationsrichtlinie zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft (Richtlinie 2011/95/EU), die Verfahrensrichtlinie zur Durchführung des Asylverfahrens (Richtlinie 2013/32/EU), die Aufnahme richtlinie zur menschenwürdigen Aufnahme von Asylsuchenden und zur Gewährleistung von vergleichbaren Aufnahmebedingungen in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Richtlinie 2013/33/EU) und das Europäische Asyl-Unterstützungsbüro (EASO)<sup>123</sup> als Institution, die zur Harmonisierung der Umsetzung der europäischen Migrationspolitik beitragen soll.<sup>124</sup> Doch trotz dieser gemeinsamen transnationalen Gesetze und Verordnungen agieren die Nationalstaaten weiterhin eigenständig, so z.B. durch individuelle Grenzschließungen wie im Jahr 2015 in Ungarn, Schweden, Österreich etc.<sup>125</sup> Solche Widersprüche und Reibungen entstehen auch an anderen Schnittstellen und gehören unweigerlich zum Mehrebenen-System dazu.<sup>126</sup>

Auf der nationalen Ebene der Migrationspolitik ist in der Bundesrepublik Deutschland vor allem das Asylgesetz (AsylG) von Bedeutung. Es regelt das Asylverfahren, für dessen Durchführung das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zuständig ist.<sup>127</sup> Darüber hinaus wurde auf Bundesebene das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beschlossen, durch das festgelegt ist, zu welchem Zeitpunkt welchen Antragsteller\_innen welche „Leistungen“ – für Unterbringung, Essen, Kleidung, Gesundheitsversorgung etc. – zustehen.<sup>128</sup> Die Umsetzung des AsylbLG findet jedoch nicht allein auf Bundesebene statt, sondern wird

<sup>121</sup> Ebd.: 449, Bezug nehmend auf Hollingsworth/Boyer 1997 und Jessop 2002.

<sup>122</sup> Vgl. Europäische Kommission 2014b.

<sup>123</sup> Im Englischen: „European Asylum Support Office“ (Europäische Kommission 2011).

<sup>124</sup> Die entsprechenden Dokumente sind in der Onlinerechtsdatenbank der Europäischen Union (Europäische Union 1998–2017) zu finden. Vgl. dazu außerdem Schammann/Kühn 2016: 6.

<sup>125</sup> Vgl. z.B. Speer 2016 sowie Schammann/Kühn 2016: 6.

<sup>126</sup> Vgl. auch Schammann/Kühn 2016: 3.

<sup>127</sup> Vgl. Deutscher Bundestag 2016 [1992]. Dabei ist die Situation im Herkunftsland der Asylsuchenden ausschlaggebend für die Gewährung von Asyl, während auf Länder- bzw. kommunaler Ebene – d.h. durch die Ausländerbehörden – alle Anträge geprüft werden, die sich auf die Lebenssituation der Antragsteller\_innen in Deutschland beziehen.

<sup>128</sup> Vgl. Deutscher Bundestag 2016 [1993].

in weiten Teilen auf die Länderebene delegiert. Hinzu kommt, dass auch die Bundesebene selbst nicht einheitlich ist, sondern wiederum aus verschiedenen Ebenen besteht. So liegt das AsylbLG in der Verantwortung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), während die Verantwortung für das AsylG und sonstige aufenthaltsrechtliche Fragen wie auch die Fachaufsicht über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beim Bundesministerium des Innern (BMI) angesiedelt ist. Hannes Schammann und Boris Kühn konstatieren in einer Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung:

„In dieser Ressortzuständigkeit manifestiert sich ein Spannungsverhältnis zwischen einem wohlfahrtsstaatlichen Ansatz (Versorgung und arbeitsmarktorientierte Integration) und einem ordnungsrechtlichen (Migrationskontrolle). Dieser Konflikt prägt die Flüchtlingspolitik auf Bundesebene und setzt sich, da er dort institutionell nicht gelöst wird, als ständiges Ringen um Kohärenz auf Ebene der Länder und Kommunen fort.“<sup>129</sup>

Außerdem wird die Tatsache, dass das Asyl- und Aufenthaltsrecht überhaupt unter dem Dach des Bundesministeriums des Innern und damit als ordnungspolitische Angelegenheit behandelt wird, vielfach kritisiert. So stellte beispielsweise der Rat für Migration 2013 fest, dass

„das Bundesministerium des Innern mit seiner Konzentration auf Sicherheitspolitik und Gefahrenabwehr das falsche Zentralressort ist: für die Förderung von Willkommenskultur gegenüber der nötigen Zuwanderung ebenso wie für Integrationspolitik im Sinne teilhabeorientierter Gesellschaftspolitik für alle.“<sup>130</sup>

Stattdessen fordert der bundesweite Zusammenschluss von Wissenschaftler\_innen ein „Querschnittsministerium“, das die mit Migration und Integration verbundenen Aufgaben verknüpft mit Arbeits- und Sozialpolitik und weiteren relevanten Aufgabenfeldern. Er schlägt ein „Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Migration und Integration“ vor, das aus dem gegenwärtigen Bundesministerium für Arbeit und Soziales hervorgehen sollte.<sup>131</sup>

Auf der Ebene der Bundesländer ist vor allem das Aufenthaltsrecht von Relevanz, z.B. im Zusammenhang mit Integration, Familie, Arbeit, Ausbildung und humanitären Aufenthaltstiteln. Letztere können von den obersten Landesbehörden vergeben werden – sowohl individuell, z.B. durch Entscheidungen der jeweiligen Härtefallkommission, als auch kollektiv in Abstimmung mit dem Bundesmi-

<sup>129</sup> Schammann/Kühn 2016: 7. Die weitere Verzweigung einzelner Ebenen geschieht nicht nur auf Bundesebene. Auch die kommunale Ebene ist oftmals wiederum zweigeteilt in Landkreise und Gemeinden (vgl. Schammann/Kühn 2016: 37).

<sup>130</sup> Rat für Migration (RfM) 2013: 2.

<sup>131</sup> Ebd.

nisterium des Innern, wie etwa bei der Anwendung von § 23 AufenthG.<sup>132</sup> Grundsätzlich werden die Normen des AufenthG weitestgehend von den Bundesländern umgesetzt. Dies geschieht durch die Institution der Ausländerbehörden, die meist jedoch als kommunale Behörden geführt und deren Tätigkeiten weitestgehend als *weisungsgebundene Pflichtaufgaben*<sup>133</sup> praktiziert werden. Da Kommunen staatsrechtlich gesehen einen Teil des jeweiligen Bundeslandes darstellen, können die Bundesländer diese Aufgaben so an die Kommunen delegieren.<sup>134</sup>

Es zeigt sich bei der Betrachtung dieser verschiedenen Ebenen der Migrationspolitik, dass die Umsetzung europäischer Gesetze und Verordnungen sich in nationalstaatlichem – in diesem Fall: bundesdeutschem – Handeln konkretisiert und dass wiederum bundesdeutsche Gesetze und landesgesetzliche Bestimmungen größtenteils auf kommunaler Ebene ausgelegt und in die Praxis umgesetzt werden. Hier ergeben sich somit große Gestaltungsspielräume, die insbesondere auch durch unbestimmte Rechtsbegriffe und vorgesehene Ermessensspielräume eröffnet werden.<sup>135</sup> Wie Schammann und Kühn feststellen, werden Kommunen zwar „häufig als letztes Glied in der Kette föderaler Flüchtlingspolitik betrachtet“. Dabei handelt es sich ihnen zufolge jedoch um eine Fehleinschätzung, da

„Kreise, Städte und Gemeinden erhebliche Spielräume in nahezu allen Handlungsfeldern der Flüchtlingspolitik [haben]. [...] Die Kommune muss – oder darf – diese mehrdeutige Rechtslage in eindeutige Verwaltungspraxis umwandeln. Damit wird sie zur eigenständigen Politikgestalterin.“<sup>136</sup>

*Lampedusa in Hamburg* verweist beständig auf ebendiese Zusammenhänge: Lampedusa ist in Hamburg, die Grenzen Europas sind in der Stadt, europäische Migrationspolitik zeigt sich vor Ort in den Kommunen. Die Protestbewegung ergreift das *Rescaling* europäischer Politiken als Chance, indem sie Europa nicht als weit entfernte, wenig greifbare Institution versteht, sondern seine lokalen Auswirkungen und Verwicklungen in den Blick nimmt und infrage stellt. Die politischen Möglichkeiten, die sich durch *Rescaling*-Prozesse eröffnen, beschreibt auch Neil Brenner in seinen Untersuchungen zu *Urban Governance* als Ausformung einer neuen Staatlichkeit:

„[E]ven in the midst of the wide-ranging rescaling processes that have unsettled traditional, nationally focused regulatory arrangements and institutional forms, national states have attempted to retain control over major subnational political-economic

<sup>132</sup> Zu dessen Bedeutung im Zusammenhang mit *Lampedusa in Hamburg* siehe unten.

<sup>133</sup> Bei *weisungsgebundenen Pflichtaufgaben* sind Kommunen formal abhängig vom Land. Nach Schammann und Kühn werden dabei Inhalte und Durchführung der Aufgaben im Detail auf der Landesebene entschieden und vorgegeben (vgl. Schammann/Kühn 2016: 7).

<sup>134</sup> Vgl. ebd. unter Bezugnahme auf Wehling 2009: 9.

<sup>135</sup> Vgl. Schammann/Kühn 2016: 9.

<sup>136</sup> Ebd.: 4.



spaces by integrating them within operationally rescaled, but still nationally coordinated, accumulation strategies. [...] Yet, even as these rescaling processes appear to close off some avenues of political regulation and democratic control, they may also establish new possibilities for sociospatial redistribution and progressive, radical-democratic political mobilization at other spatial scales.“<sup>137</sup>

Die hier skizzierten Ebenen von Staatlichkeit und somit von Gesetzgebung und Rechtspraxis im Kontext europäischer Migrationspolitik sind als gegenwärtige Ausprägung von Rechtspluralismus zu verstehen. Im Zusammenhang mit *Lampedusa in Hamburg* zeigt sich dieser darüber hinaus auch in Form einer Hierarchisierung von Rechten. Diese lässt sich mit Étienne Balibar als „europäische [...] ‚Apartheid‘“<sup>138</sup> begreifen, durch die für Staatsbürger\_innen mehr Rechte gelten als für alle Menschen, die diesen Status nicht zuerkannt bekommen. Insbesondere erhalten Letztere nicht den Gestaltungsspielraum, um über die sie betreffenden Gesetze mitzubestimmen.<sup>139</sup> Diese „Apartheid“ ist in verschiedensten europäischen Staaten zu erkennen – so auch in Italien und Deutschland und somit auch im Kontext der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe. Den geflüchteten Menschen stand aufgrund ihres Status in Italien ein Recht auf Mobilität zu, das im Schengener Grenzkodex festgelegt ist.<sup>140</sup> Doch es war ein prekäres Recht auf Mobilität, das zum einen zeitlich auf drei Monate innerhalb eines halben Jahres begrenzt war, zum anderen auch den Zwang zur Mobilität beinhaltete, den Italien durch die Schließung ihrer Unterkünfte auf sie ausübte. Der Schengener Grenzkodex führt somit im Prinzip und in der Praxis zu einer Hierarchisierung und Fragmentierung des Rechts: Obwohl der Begriff *Schengen* oftmals sinnbildlich für Freizügigkeit und Mobilität in-

<sup>137</sup> Brenner 2004: 481.

<sup>138</sup> Balibar 2005 [2001]: 89. In Bezug auf eingewanderte Arbeiter\_innen in Frankreich erläutert er ihre Mechanismen: „[D]er eingewanderte Arbeiter [gilt] als Ausländer (*non-national*, engl. *alien*), der mehr oder weniger in das System der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten eingebunden ist, aber gewissermaßen in einem Minderheitenstatus gehalten wird. Im Tausch für seine Arbeitskraft kann er eine Ausbildung und eine soziale Sicherheit erhalten, die ihn dem Staatsbürger angleiche, jedoch unter der Bedingung, daß er die Klauseln eines ‚Vertrags‘ respektiert, dessen Bedingungen er nie mitbestimmen darf (wie eben die Behandlung von Fragen wie denen der Einbürgerung oder der Aufenthaltserlaubnis zeigt)“ (Balibar 2005 [2001]: 86).

<sup>139</sup> Vgl. dazu auch von Benda-Beckmann 2014: 13. Ungleichheiten vor dem Gesetz beschreibt von Benda-Beckmann dort wie folgt: „We find most legal certainty and stability where it serves the interests of elites and powerful sectors of society who have relatively greater command over the direction of legal change. That is one of the reasons why comparatively speaking elites have tended to have most confidence in the legal system and in their own capacity to direct change to suit their interests. For the least privileged groups those parts of the law that protect their interests are weaker and more subject to change and they are less capable of influencing the direction of change.“

<sup>140</sup> Siehe oben.

nerhalb Europas verwendet wird, gelten diese Rechte doch nicht allen Menschen. Sie werden je nach Status gar nicht oder nur eingeschränkt zuerkannt. So befördert der Schengener Grenzkodex gleichermaßen die Binnenmobilität in Europa wie auch ihre radikale Begrenzung bis hin zum Ausschluss vom Recht auf jene Mobilität. Auch die *Dublin II/III*-Verordnung ist widersprüchlich angelegt. Sie sorgt für unfreiwillige Mobilitäten in Form von – angedrohten oder tatsächlich durchgeführten – Rückführungen und für prekäre Mobilitäten, wenn Menschen versuchen, sich dem *Dublin*-System und seinen Mechanismen zu entziehen.<sup>141</sup> Während die europäische Migrationspolitik offensichtlich bestrebt ist, Migration – und damit auch Mobilität – zu verhindern,<sup>142</sup> erreicht sie somit genau das Gegenteil: Sie produziert Mobilitäten.<sup>143</sup>

### 2.2.3 Recht(e) in der Praxis

Die komplexe rechtliche Situation von *Lampedusa in Hamburg* wird nicht nur an den theoretischen rechtlichen Zusammenhängen deutlich. Auch wenn die Argumentationslinie des Hamburger Senats sowie des Bundesinnenministeriums zur Frage, wer nun zuständig für die Aufnahme der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe sei, sich entlang der theoretischen Rechtsnormen entsponnen und dabei eine klare Zuständigkeitsregelung suggerierte, ist Recht doch weder als bloße Theorie noch als etwas Statisches zu verstehen. Vielmehr unterliegt es fortlaufenden Prozessen der Deutung, der Konkretion und der Auseinandersetzung in der Praxis. Statt durch den Staat vorgegeben und festgeschrieben zu sein, wird Recht „von einer Multitude von Akteuren, Apparaten und Systemen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um dessen Bedeutung permanent aufs Neue produziert“<sup>144</sup>. So existieren auch im Zusammenhang mit der *Dublin II/III*-Verordnung Hunderte von Entscheidungen von Verwaltungsgerichten, die die menschenunwürdigen Lebensbedingungen für Geflüchtete in Italien bestätigten und zu einem Selbstein-

<sup>141</sup> Vgl. dazu auch PRO ASYL 2015.

<sup>142</sup> Der fehlende politische Wille, eine Freizügigkeit für alle zu realisieren und die Anerkennung sozialer Rechte von Migrant\_innen umzusetzen, zeigt sich in besonderem Maße auch in den Überlegungen zur *Dublin IV*-Verordnung, die von vielen Seiten vehement kritisiert wird. Die zentralen Kritikpunkte fasst beispielsweise Constantin Hruschka in seinem Blogbeitrag „Dublin ist tot! – Lang lebe Dublin!“ zusammen und bringt das Wesen der *Dublin IV*-Verordnung auf den Punkt, wenn er von der „Verhinderung von Sekundärbewegungen durch Menschenrechtsverletzungen“ (Hruschka 2016) schreibt.

<sup>143</sup> Siehe dazu auch Kapitel 2.1.1 und 5.2.2.

<sup>144</sup> Buckel u.a. (Hg.) 2006: XI-XII unter Bezugnahme auf Laclau/Mouffe 2000 sowie Mouffe 2005.

tritt der Bundesrepublik Deutschland führten.<sup>145</sup> Doch die *Dublin*-Verordnung – und mit ihr die Möglichkeit des Selbsteintritts – gilt nicht für Menschen, die in einem anderen EU-Mitgliedsstaat internationalen Schutz gewährt bekommen haben. Diese gelten grundsätzlich als versorgt. In der Praxis ist die Situation, in der sich Geflüchtete *mit* Aufenthaltstitel – auch mit nationalem Aufenthaltstitel, beispielsweise aus humanitären Gründen – befinden, jedoch oftmals noch prekärer als die von Geflüchteten während des aufenthaltsrechtlichen Verfahrens. In umfassenden Berichten schildern verschiedene Organisationen wie z.B. *bordermonitoring.eu e. V.* oder die *Schweizerische Flüchtlingshilfe* diese Zustände.<sup>146</sup> Sie berichten von Obdachlosigkeit, fehlender medizinischer Versorgung und fehlenden Lebensmitteln. Verwaltungsgerichte hätten jedoch die Möglichkeit, Entscheidungen zu treffen, durch die die Bundesrepublik Geflüchtete aufnehmen müsste, auch wenn sie bereits einen Aufenthaltsstatus in einem anderen europäischen Land erhalten haben. In diesem Fall wäre dann nicht der zugesprochene Status in Italien und die daraus theoretisch resultierende Versorgung entscheidend, sondern die Praxis: die faktische Nichtversorgung. Bundesinnenminister Friedrich freute sich hingegen über eine gänzlich andere Antwort auf die gegenwärtigen Aufnahmebedingungen in Europa:

„Wir haben vergangene Woche einen wichtigen Erfolg errungen: Aufgrund unserer Initiative wurde jetzt ein Notfallmechanismus eingeführt, der zeitlich befristete Binnengrenzkontrollen wieder ermöglicht, wenn ein Mitgliedsstaat seinen Verpflichtungen aus dem Schengen-Vertrag nicht mehr nachkommen kann. Jedes Schengen-Mitglied muss seine Verpflichtungen auch einhalten, das können wir verlangen!“<sup>147</sup>

Auf die Verstärkung von Grenzkontrollen als staatliche Reaktion auf Fluchtbewegungen werde ich in Zusammenhang mit dem *Leben im „Grenzregime“* in Kapitel 2.3.1 noch näher eingehen.

Die Uneinigkeit europäischer Staaten darüber, wer verantwortlich für die Aufnahme von Geflüchteten sei, war nicht zuletzt ein Grund für die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe, sich an die Öffentlichkeit zu wenden und ihren politischen Protest zu beginnen. In dem Moment, in dem sie in Europa angekommen seien, habe der Kampf zwischen Italien und anderen EU-Ländern begonnen, sagte Salissou Kone, einer der Gruppensprecher, sinngemäß in einer Besprechung mit einem Fachanwalt.<sup>148</sup> Deshalb müsse eine politische Lösung gefunden werden. Dieser Ar-

<sup>145</sup> Mit Stand vom 09.08.2016 waren es laut dem früheren Rechtsanwalt Klaus Walliczek 636 Entscheidungen, in denen Gerichte die Überstellung nach Italien verhinderten (vgl. Walliczek 2016).

<sup>146</sup> Vgl. *bordermonitoring.eu e. V.* 2013 und *Schweizerische Flüchtlingshilfe* 2013 und 2016.

<sup>147</sup> Rheinische Post 2013. Vgl. Bundesministerium des Innern (BMI) 2013: 08.10.2013.

<sup>148</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 30.05.2013.

gumentation folgend entwickelte die Gruppe in den darauffolgenden Wochen gemeinsam mit Unterstützer\_innen, zu denen auch Rechtsanwält\_innen gehörten, die Strategie, ein Aufenthaltsrecht nach § 23 AufenthG zu fordern.<sup>149</sup> Dieses kann gewährt werden, wenn

„die oberste Landesbehörde [...] aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland [...] [anordnet], dass Ausländern aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. [...] Zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit bedarf die Anordnung des Einvernehmens mit dem Bundesministerium des Innern.“<sup>150</sup>

Parallel zum Protest von *Lampedusa in Hamburg* fand § 23 AufenthG in der Tat Anwendung: 20 000 Geflüchtete aus Syrien konnten auf Grundlage von § 23 Abs. 2 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis bekommen.<sup>151</sup> Es war also durchaus möglich und gewollt, den Paragraphen wirklich anzuwenden. Allerdings wird in der Formulierung von § 23 AufenthG ein politischer Wille vorausgesetzt, der seine Umsetzung in der Praxis erschwert. Darauf deutet beispielsweise die oben erwähnte notwendige Zustimmung des Bundesinnenministers hin.<sup>152</sup> Ebendieser politische Wille war gegenüber der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe nicht zu erkennen. Doch die Gruppenmitglieder forderten weiterhin die Anerkennung ihrer Rechte in Deutschland, nachdem sie bereits als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK),<sup>153</sup> als politisch Verfolgte oder als schutzwürdig aus humanitären Gründen in Italien anerkannt worden waren. Für sie war dies die logische Folgerung aus einer gesamteuropäischen Verantwortung für Geflüchtete: „We are not here to seek for second asylum in Hamburg [...] or Germany. [...] We have already gotten asylum or our documents from Italy. But what we are seeking is recognition as part of Europe.“<sup>154</sup> Im Gespräch mit mir führte auch der Sprecher David die Forderung nach Anerkennung in Europa und konkret in Deutschland weiter aus. Er deckte auf, dass ihnen in Deutschland und Europa bisher nur eingeschränkte Rechte zugesprochen worden waren, und forderte ihre Anerkennung, um als gleichberechtigte Bürger\_innen anerkannt zu werden statt Bürger\_innen zweiter Klasse zu sein.<sup>155</sup>

<sup>149</sup> Vgl. ebd.: 19.06.2013 (Pressekonferenz).

<sup>150</sup> § 23 Abs. 1 AufenthG (Deutscher Bundestag 2016 [2004]).

<sup>151</sup> Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 2014.

<sup>152</sup> Vgl. auch die Ausführungen eines Rechtsanwalts bei einer Informationsveranstaltung von *Lampedusa in Hamburg*, in: Feldtagebuch 2013: 11.08.2013.

<sup>153</sup> Vgl. UNHCR 1951.

<sup>154</sup> Udo bei einer Pressekonferenz am 26.07.2013, zit. nach: Feldtagebuch 2013.

<sup>155</sup> Vgl. Interview 1-2013.

Die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe machte deutlich, dass es ihr nicht um eine Unterordnung unter bestehende und vermeintlich feststehende Gesetze ging. Sie wies darauf hin, dass Recht kein neutrales Vermittlungsmedium ist, „sondern immer *auch* eine ‚Technologie der Macht‘, welche die gesellschaftlichen Institutionen und Subjekte erst produziert, die sie nur zu regulieren vorgibt“<sup>156</sup>. Die Basis ihres Protests waren somit nicht der Schengener Grenzkodex und die *Dublin II/III*-Verordnung, die sich in den Lebensrealitäten von Migrant\_innen längst als gescheitert erwiesen hatten, sondern das grundsätzliche „Recht, Rechte einzufordern“<sup>157</sup>. Dieses von Isin formulierte Konzept stellt eine Weiterführung des von Hannah Arendt benannten „Recht[s], Rechte zu haben“<sup>158</sup> dar. Die Reformulierung begründet er wie folgt: „[T]he concept popularized by Arendt ‚the right to have rights‘ sounds too passive and possessive to capture the activist figure of citizenship.“<sup>159</sup> Im „act of declaration“ geschieht nach Isin ein doppelter Akt der politischen Subjektformierung: Er produziert „a subject with specific claims and a subject with the right to have rights“<sup>160</sup>. Diese politische Subjektivität impliziert somit das grundsätzliche Recht, Rechte zu haben, sowie konkrete politische Forderungen. Hier spiegeln sich nach Judith Butler auch zwei Dimensionen des Rechts wider. Die erste Dimension ist das Recht, Rechte zu haben, das „von keinem Staat jemals gebilligt werden“<sup>161</sup> würde. Die zweite Dimension stellen all jene Rechte dar, „die durch eine wie auch immer geartete Rechtsstaatlichkeit autorisiert“<sup>162</sup> würden.

#### 2.2.4 *Acts of Citizenship* und Kritik der Bürgerschaft

Die Mitglieder von *Lampedusa in Hamburg* praktizierten dieses Recht, Rechte zu haben. Sie übten ihr grundsätzliches Recht auf Freiheit aus, indem sie sich frei versammelten und gemeinsam auf die Straße gingen. Gleichzeitig verlangten sie die tatsächliche Verwirklichung und Legitimation jener Freiheit. Sie konkretisierten daher ihre generelle Forderung nach Freiheit, indem sie verlangten, dass ihnen ein „freier Zugang zum Arbeitsmarkt, freier Zugang zu Bildung, freier Zugang zu medizinischer und sozialer Versorgung, freie Wahl des Aufenthaltsortes bzw. Wohn-

<sup>156</sup> Buckel u.a. (Hg.) 2006: XIV.

<sup>157</sup> Isin 2009: 371. Übersetzung BN. Im Original: „the right to claim rights“.

<sup>158</sup> Arendt 1955: 444.

<sup>159</sup> Isin 2013: 33.

<sup>160</sup> Ebd.

<sup>161</sup> Butler, in: Butler/Spivak 2007: 45.

<sup>162</sup> Ebd.

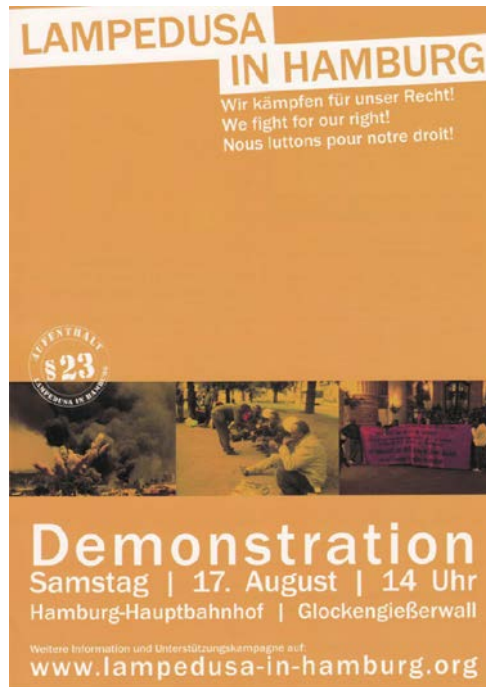


Abbildung 2: Flyer.

ortes innerhalb der EU“<sup>163</sup> gewährt werde. Immer wieder stellten sie dabei die Verbindung zwischen den zwei Dimensionen von Rechten her – zwischen dem grundsätzlichen aller Rechte einerseits, nämlich dem Recht, Rechte zu haben, und spezifischen, juristisch verankerten Rechten andererseits. So beriefen sich die Gruppenmitglieder performativ und verbal auf eine Vielzahl von Rechtsnormen. Dabei spielten auch international wie national verankerte Grund- und Menschenrechte eine große Rolle. Manche der Rechte übten sie durch ihren Protest bereits aus, wie beispielsweise folgende: das Recht „jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen“ (Art. 13(2) AEMR<sup>164</sup>), das Recht auf „Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung“ (Art. 19 AEMR, vgl. auch Art. 5 GG<sup>165</sup>) und das Recht, „sich friedlich zu versammeln und zu Vereinigungen zusammenzuschließen“ (Art. 20 AEMR, vgl. auch Art. 8 GG). Andere Rechte forderten sie mit ihrem Protest ein: das Recht auf „körperliche Unversehrtheit“ (Art. 2(2) GG), das Recht auf „Leben, Freiheit und Sicherheit der Person“ (Art. 3 AEMR), das Recht, „sich innerhalb ei-

<sup>163</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2013d.

<sup>164</sup> Vereinte Nationen 1948.

<sup>165</sup> Deutscher Bundestag 2014 [1949].

nes Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen“ (Art. 13(1) AEMR), das Recht auf „Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit“ (Art. 23 AEMR)<sup>166</sup> und das Recht

„auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände“ (Art. 25 AEMR).<sup>167</sup>

Neben diesen international und national beschlossenen Menschenrechten bezog sich *Lampedusa in Hamburg* auch explizit auf den Begriff der Bürgerschaft: „Je le repète, que nous sommes des *simples* citoyens, qui cherchent à être élevés dans les bonnes conditions comme tout le monde, à avoir le même sourire comme vous aussi, les citoyens européennes“<sup>168</sup>, formulierte Sprecher Affo Tchassei bei einer Pressekonferenz am 19.06.2013. Als „einfache Bürger\_innen“ forderten sie, anerkannt zu werden. *Lampedusa in Hamburg* praktizierte somit *Acts of Citizenship* und berief sich auch verbal auf das Konzept der Bürgerschaft.

Gleichzeitig liegt in den *Acts of Citizenship* eine implizite Kritik am Konzept der Bürgerschaft selbst. Wie beschrieben, weisen *Acts of Citizenship* über Konzepte von Bürgerschaft hinaus, die diese als rein rechtsstaatliche, statusbezogene Kategorie begreifen. Sie schaffen Möglichkeitsräume, in denen Bürgerschaft sich im Handeln neu konstituiert. Andere Autor\_innen fassen ihre Kritik noch weiter als Isin u.a. und fechten den Begriff der Bürgerschaft grundsätzlich an. Marciniak und Tyler führen dazu den Begriff der *Acts against Citizenship* an und argumentieren, dass sich die von Isin u.a. formulierten performativen Akte gegen das Konzept der Bürgerschaft an sich richten und deshalb auch nicht innerhalb von Bürgerschaft gedacht werden sollten.<sup>169</sup> Protestbewegungen wie *Lampedusa in Hamburg* begehren auf gegen den Ausschluss von Rechten, die nur denjenigen zugesprochen werden, die formal als Bürger\_innen gelten. Proteste und Kritiken, die sich gegen diesen ausgrenzenden Charakter richten, müssten sich demnach konsequenterweise auch

<sup>166</sup> Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird dieses Recht jedoch radikal eingeschränkt – es gilt nur für „alle Deutschen“: „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden“ (Art. 12(1) GG; Deutscher Bundestag 2014 [1949]).

<sup>167</sup> Vereinte Nationen 1948.

<sup>168</sup> Zit. nach: Feldtagebuch 2013: 19.06.2013. Übersetzung BN: „Ich wiederhole: Wir sind *einfache* Bürger\_innen, die danach streben, wie alle an den guten Lebensbedingungen teilzuhaben und dasselbe Lächeln im Gesicht zu tragen wie Sie – die europäischen Bürger\_innen.“

<sup>169</sup> Vgl. Marciniak/Tyler 2013.

gegen das Konzept der Bürgerschaft selbst wenden, denn „citizenship is coexistent with borders“<sup>170</sup>. Nur so lange diese Begrenzung von Rechten existiert, ergibt die Kategorie der Bürgerschaft Sinn – oder umgekehrt: „If you include everyone and if you assign rights to everyone, citizenship becomes obsolete. ‚Citizenship for all‘ is an impossible term“<sup>171</sup>, wie Dimitris Papadopoulos und Vassilis Tsianos feststellen. Das Konzept der Bürgerschaft erhält somit ebenjene Grenzen aufrecht, die *Acts of Citizenship* zu überwinden versuchen. Bürgerschaft – egal, wie sehr sie gegen staatliche Kontrolle und Exklusionsprozesse aufbegehrt – lässt sich somit auch nicht trennen von staatlicher Souveränität und Kontrolle. Kämpfe *für* Bürgerschaft laufen daher Gefahr, die staatlichen Mechanismen, die eine notwendige Voraussetzung von Bürgerschaft sind, als gegeben hinzunehmen, statt sie infrage zu stellen und zu kritisieren. Darüber hinaus werden Bürgerschaft und Bürgerrechte oft in Zusammenhang mit Menschenrechten gebracht. Der Verweis auf Menschenrechte soll hier eine weitere Argumentation für den Zugang zu Bürgerschaft und den damit verbundenen Rechten liefern. Dabei wird jedoch übersehen, dass die Grundlage von Menschenrechten ihre nationale wie auch internationale Ratifizierung ist – und dass sich auch die vermeintlich universellen Menschenrechte somit nicht ohne Staaten, ihre Machtausübung und die durch Bürgerschaft vorgenommenen Ausschlüsse denken lassen. Anderson u.a., die im Kontext von Protesten illegalisierter Migrant\_innen geforscht haben, stellen diesen Zusammenhang wie folgt dar:

„The practices of states in terms of both entry and deportation are constantly being challenged legally and politically with reference to human rights claims even as it becomes obvious that human rights frameworks themselves assume citizenship, rely on the compliance of national states for enforcement, and are (therefore) especially unhelpful when it comes to the claims of the illegalized.“<sup>172</sup>

Weitere Zweifel lässt der Begriff der Menschenrechte dadurch aufkommen, dass er sich zur Aufrechterhaltung globaler Ungleichheiten mobilisieren lässt. Costas Douzinas spricht in diesem Zusammenhang von einer Teilung der Menschheit, die im Namen der Menschenrechte ständig reproduziert werde:

„One part is the humanity that suffers, the human as victim; the other is the humanity that saves, the human as rescuer. Humanity’s goodness depends on its suffering but without goodness suffering would not be recognised. The two parts call each other to existence as the two sides of the same coin. You cannot have a rescuer without a victim and there is no victim unless a rescuer recognises him as such.“<sup>173</sup>

<sup>170</sup> Papadopoulos/Tsianos 2013: 183. Vgl. auch Marciniak/Tyler 2013: 150.

<sup>171</sup> Papadopoulos/Tsianos 2013: 182.

<sup>172</sup> Anderson u.a. 2009: 7f unter Bezugnahme auf Bosniak 2004 und Bloch 2010.

<sup>173</sup> Douzinas 2007: 68.



Die „Opfer“ und „Retter\_innen“ sind hier die Figuren eines globalen, postkolonialen Gefüges, dessen Profiteur\_innen den globalen Süden als Empfänger *humanitärer Hilfe*<sup>174</sup> des Westens konstruieren. Die Länder des globalen Südens erscheinen in diesem Kontext als Orte des Versagens, der Korruption und der Ineffizienz, als Gesellschaften, denen es an Modernisierung mangelt und denen deshalb in ihrem Leiden geholfen werden muss.<sup>175</sup> Die jahrhundertelange Kolonialzeit und die bis heute fortdauernden Strukturen der Ausbeutung, Ausgrenzung und Unterdrückung finden in diesem Konstrukt keine Erwähnung. Auch Miriam Ticktin geht der Konstruktion „leidender Körper“ nach, die ohne globale, historische Zusammenhänge imaginiert werden. Unter Bezugnahme auf Malkki und Fassin beschreibt sie den Körper der so geschaffenen Opfer: „This is a body imagined outside time and place, outside history and politics, one that can (therefore) be universally recognized.“<sup>176</sup> Gerade in der proklamierten Universalität des Leidens und der Menschenrechte, denen zufolge diesem Leiden ein Ende bereitet werden müsse, gehen die für sie verantwortlichen Machtverhältnisse, die spezifischen Geschichten von Ungleichheit und Ausbeutung verloren.

Trotz der Paradoxien der Menschenrechte folgte *Lampedusa in Hamburg* aus ihnen den Anspruch auf die Verwirklichung von Bürgerrechten. Die Gruppe kritisierte somit gleichzeitig den bisherigen Ausschluss von diesen Rechten und bezog sich auf staatliche Macht samt all ihrer Verwobenheiten auf lokaler und globaler Ebene und somit auf die Mechanismen, die ihren Ausschluss erst ermöglichten. Der *Lampedusa in Hamburg*-Protest bewegt sich innerhalb dieser Widersprüche. Gerade an der Schnittstelle zu zivilgesellschaftlichen Organisationen setzten sich diese Paradoxien fort. Und doch verfolgte die Protestbewegung damit klare strategische Ziele. Sie schloss bewusst Bündnisse mit etablierten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und suchte nach Argumentationslinien, die auch in diesen Organisationen Überzeugungskraft entwickeln und Verständnis auslösen könnten. Sie schuf so eine Verbindung zwischen ihren eigenen Forderungen und dem, was sie in Kooperation mit diesen Organisationen für möglich hielt. Das bedeutete jedoch auch, dass sie argumentativ immer wieder innerhalb der Grenzen blieb, in denen sich auch diese Organisationen bewegten. Und diese agierten ganz und gar nicht unabhängig, sondern hielten sich an das bestehende Rechtssystem, zu dessen Zugehörigen und Profiteur\_innen sie gehörten. Dennoch: Durch ihre *Acts of Citizenship* und insbesondere durch den zentralen Akt des Bleibens äußerten die Gruppenmitglieder eine klare Kritik am bestehenden System der Bürgerschaft. Sie setzten seinem ausgrenzenden Charakter ihre Subjektivitäten entgegen. Über die perfor-

<sup>174</sup> Zur weiteren Analyse des gegenwärtigen Humanitarismus siehe insbesondere Kapitel 2.6.

<sup>175</sup> Vgl. Douzinas 2007: 70f.

<sup>176</sup> Ticktin 2011: 11 unter Bezugnahme auf Malkki 1996 und Fassin 2001.

matischen Akte, die *Acts of Citizenship* hinaus wehrten sie sich auch durch klandestine Alltagspraktiken gegen ihre Ausgrenzung und die fehlende Anerkennung ihrer Rechte und ihrer Präsenz.<sup>177</sup> Sie nutzten so – wenn auch nicht ohne Widersprüche – das Konzept der Bürgerschaft, um die Grenze zwischen ihren und den Rechten von Bürger\_innen sichtbar zu machen. Insoweit halten auch Marciniak und Tyler das von Isin u.a. reformulierte Verständnis von Bürgerschaft für produktiv:

„This redefinition of citizenship has proved fruitful for thinking about the ways in which populations who are disenfranchised by the states in which they reside, and are ‚outside of politics‘ in any normative sense, are able to act in ways that allow them to (temporarily) constitute themselves as political subjects under sometimes extreme conditions of subjugation. The radical potential of immigrant protests precisely resides in the ways in which migrants organize and act despite their lack of access to the rights and protections of citizenship.“<sup>178</sup>

### 2.3 Dazwischen: Leben im „Grenzregime“

„We are just in between death and life.“<sup>179</sup>  
John Adetoba

#### 2.3.1 Entwicklungen biopolitischer Grenzen

*Lampedusa in Hamburg.* Es geht um Grenzen. Die Gruppe trägt diese Grenzen mit-samt ihren transnationalen Verbindungen bereits im Namen. Nach wie vor werden die europäischen Grenzen oftmals an der Peripherie<sup>180</sup> lokalisiert und sichtbar gemacht. Seit Jahrzehnten kursiert eine Vielzahl von medial weit verbreiteten Bildproduktionen migrierender, leidender, sterbender, überlebender, kämpfender Menschen auf Lampedusa und Lesbos, auf dem Mittelmeer und in der Ägäis oder in anderen vielfach repräsentierten Grenzregionen. Während die Grenzen durch solche Bilder an den Rändern Europas verortet werden, bewegen sie sich jedoch weit über ihre geografisch-kartografierte Lokalisierung hinaus. Die Grenzen Europas befinden sich „mehr oder minder verstreut überall da, wo die Informationen, Personen und Gegenstände zirkulieren und kontrolliert werden, beispielsweise in globalen Städten“<sup>181</sup>; so auch in Hamburg. Grenzen lassen sich somit weder an

<sup>177</sup> Auf diese Alltagspraktiken werde ich in Kapitel 4 näher eingehen.

<sup>178</sup> Marciniak/Tyler 2013: 149f.

<sup>179</sup> John, in: Interview 3-2013.

<sup>180</sup> Zum Begriff der Peripherie vgl. beispielsweise Wallerstein 2006 [2004].

<sup>181</sup> Balibar 2005 [2001]: 18.

den Rändern des Kontinents noch an den Rändern von Staats- oder Stadtgebieten festmachen. Sie sind so dynamisch wie die Bewegung der Migration selbst. Schon die bloße Präsenz von Migrant\_innen bringt die Grenzen in die Städte Europas. *Lampedusa in Hamburg* transportiert zudem durch ihren lautstarken und sichtbaren Protest in besonderer Deutlichkeit die Aushandlungen, Widersprüche und Widerstände, die sich in – nicht nur – europäischen Grenzräumen ereignen, vom vermeintlichen Rand des Kontinents mitten in die Stadt Hamburg, mitten in die politische Debatte. Anknüpfend an das in Kapitel 2.2.2 dargestellte *Rescaling*, bei dem Staatlichkeit auf verschiedenen Ebenen praktiziert wird, lässt sich hier mit Neil Brenner auch von einer *Reterritorialisierung* der Grenzen sprechen. Nicht nur Staatlichkeit, sondern auch Grenzen werden verlagert. So zeigen sich die Grenzen eines Staates oder einer Staatengemeinschaft eben nicht allein an deren Außengrenzen, sondern sie erscheinen auf unterschiedlichen Ebenen, in unterschiedlichen Räumen: „Boundaries [...] are being analyzed as multidimensional semiotic and political-economic practices through which state power is articulated and contested at a range of geographical scales and in a range of institutional sites.“<sup>182</sup> Ich folge somit einem dynamischen Verständnis von Grenzen, das seit Jahren in den *Border Studies* vertreten wird und dabei aufzeigt, dass Grenzen nicht gegeben oder statisch sind, sondern dass sie durch *border work* immer wieder aufs Neue produziert und aufrechterhalten werden.<sup>183</sup> So ist „eine neue Sensibilität für das performative und prozessuale *doing border* sowie für die Multidimensionalität, Multilokalität und die Mikrophysik der Grenze“<sup>184</sup> entstanden. In diesem Sinne plädiert beispielsweise William Walters für eine Denaturalisierung der Grenzen, die ihre historischen Entstehungs- und Konstruktionsweisen berücksichtigt und sich so ihren Komplexitäten und Kontingenzen annähert. In seinen Überlegungen zu „Schengenland“<sup>185</sup> stellt er dar, wie sich geopolitische und nationale Grenzen immer mehr zu biopolitischen Grenzen entwickelt haben, die sich über das Territorium der gesamten Europäischen Union und darüber hinaus erstrecken. Damit verfolgt er – ganz im Sinne eines genealogischen Projekts und ohne Anspruch auf Vollständigkeit – entscheidende historische und gegenwärtige Entwicklungen europäischer Grenzen und geht dabei den kontingenten Konfigurationen von Souveränitäten, Territorien und Bevölkerungen nach.<sup>186</sup>

So wie Stadtgrenzen in ihrer Bedeutung im 19. Jahrhundert nationalen Grenzen wichen, so hat sich im Schengen-Raum die Wichtigkeit nationaler Grenzen

<sup>182</sup> Brenner 2004: 449 mit Verweis auf Newman/Paasi 1998 und Perkmann/Sum (Hg.) 2002.

<sup>183</sup> Vgl. Rumford 2006, Parker u.a. 2009 und Heimeshoff u.a. (Hg.) 2014.

<sup>184</sup> Hess u.a. 2018.

<sup>185</sup> Walters 2002.

<sup>186</sup> Vgl. ebd.: 576.

hin zu den Außengrenzen Europas verschoben. Die nationalistische Logik, die zwischen *Freund\_in* und *Feind\_in* unterscheidet, gilt hier in Bezug auf alle, die *von außen* kommen. Neben dem bereits beschriebenen *Downscaling*, das europäische Grenzen und Politiken bis auf die kommunale Ebene trägt, ist hier somit auch ein *Upscaling* zu beobachten, das nationalstaatliche Logiken auf die europäische Ebene hebt. Die Praktiken der Grenze sind – wie Henk van Houtum und Ton van Naerssen detailliert aufzeigen – zugleich Praktiken des Ordnen und des *Otherings*.<sup>187</sup> Durch Grenzen wird versucht, regierbare räumliche Einheiten zu schaffen, in denen ein vermeintlicher Zusammenhalt dadurch entsteht, dass die als *Fremde* oder *Anderere* konstruierten Menschen *draußen* bleiben: „The making of a place must hence be understood as an act of purification, as it is arbitrarily searching for a justifiable, bounded cohesion of people and their activities in space which can be compared and contrasted to other spatial entities.“<sup>188</sup> Dabei werden diese *Anderere* nicht nur durch die Grenzen produziert, sondern sie sind auch notwendig und konstitutiv für die Bildung von Grenzen – mit den Worten van Houtums und van Naerssens: „Others are needed and therefore constantly produced and reproduced to maintain the cohesion in the formatted order of a territorially demarcated society.“<sup>189</sup> Dieses an den Grenzen praktizierte *Othering* wirft nicht zuletzt Fragen nach Gerechtigkeit auf. Was für den Zusammenhalt der *Einen* sorgen soll, schränkt radikal die Freiheit der *Anderere* – z.B. ihre Freiheit zu entscheiden, wo sie leben – ein. So stellt sich die grundsätzliche Frage nach der Festlegung und Legitimierung von Grenzen:

„Where is the border between pleasure and danger, between opportunity and fear, between the stranger inside and the stranger outside, between real and imagined? If we accept that spatial morality is intrinsically ambivalent and acknowledge that otherhood and strangeness is mutual, which border then is a just border? Is it at all possible then to negotiate and justify a separation in space?“<sup>190</sup>

Der von Walters verwendete Begriff der biopolitischen Grenze bezieht sich auf den Foucault'schen Begriff der Biopolitik bzw. Biomacht.<sup>191</sup> Michel Foucault spricht

<sup>187</sup> Vgl. van Houtum/van Naerssen 2002. *Othering* ist ein Konzept, das in den *Postcolonial Studies* entwickelt wurde und insbesondere auf Edward Said (1978) und in dieser Begrifflichkeit auf Gayatri C. Spivak (1985) zurückzuführen ist. Im deutschsprachigen Raum ist es beispielsweise in der kritischen Rassismusforschung und Migrationspädagogik (vgl. Attia 2014, Mecheril 2004, Broden/Mecheril (Hg.) 2007 und 2010a, Eggert u.a. (Hg.) 2009 [2005], Gutiérrez Rodríguez 1999 und Riegel 2016, um nur einige wenige zu nennen) aufgegriffen worden.

<sup>188</sup> Van Houtum/van Naerssen 2002: 126.

<sup>189</sup> Ebd.: 134.

<sup>190</sup> Van Houtum/van Naerssen 2002: 135.

<sup>191</sup> Vgl. Walters 2002: 571.

von Biopolitik als Regierungstechnik, die Mitte des 18. Jahrhunderts den Beginn der „Ära einer ‚Bio-Macht‘“ markiert und „verschiedenste Techniken zur Unterwerfung der Körper und zur Kontrolle der Bevölkerung“<sup>192</sup> beinhaltet. Dabei geht es zum einen um die Dressur und Disziplin des individuellen „Körper[s] als Maschine“<sup>193</sup>, um die Nützlichkeit und „politische Anatomie“<sup>194</sup> des Körpers, die bereits ab dem 17. Jahrhundert an Bedeutung gewinnt und sich beispielsweise in Schulen, Internaten, Fabriken oder Kasernen zeigt. Zum anderen umfasst Biopolitik die Regulierung der Bevölkerung – gewissermaßen als Kollektiv von Körpern – im Hinblick auf biologische Prozesse wie Fortpflanzung, Geburten- und Sterblichkeitsrate, Gesundheitsniveau oder Lebensdauer.<sup>195</sup> Seit Foucaults Einführung der Begriffe der Biopolitik und der Biomacht sind diese in den Sozialwissenschaften vielfach weiterentwickelt und beispielsweise von Michael Hardt und Antonio Negri in ihrem Konzept des *Empire* aufgegriffen worden.<sup>196</sup> Indem Walters Grenze und Biopolitik zusammendenkt, stellt er eine Verbindung zwischen Grenzen – mit ihren Regulations- und Kontrollmechanismen – und der Bevölkerung – ihren Bewegungen, ihrer Sicherheit, ihrer Gesundheit und ihrem Wohlstand – her.<sup>197</sup> Dazu gehört eine Reihe von Technologien wie Pässe, Ausweise, Visa, Einladungsschreiben, Fingerabdrücke, Wachtürme, Gesetze, Verordnungen, Grenzbeamten\_innen sowie eine Menge hochtechnisierter, biometrischer Verfahren. Anders als der öffentliche Diskurs vermuten ließe, sind derartige administrative Hürden, die Migrationsbewegungen den Weg versperren sollen, ein noch verhältnismäßig neues Konstrukt.<sup>198</sup> So zeigen beispielsweise Studien über die Migrationsgeschichte der USA und Großbritanniens, dass Migrationsbewegungen bis in das späte 19. Jahrhundert weder registriert noch reguliert wurden. Während das Konzept der Migrationskontrolle heutzutage in aller Selbstverständlichkeit praktiziert wird, ist es doch historisch gesehen noch relativ jung und alles andere als selbstverständlich. Die Wende kam mit dem 20. Jahrhundert. Insbesondere die Wirtschaftskrisen führten Anfang des 20. Jahrhunderts in vielen Ländern zu einer „Politisierung der Immigration“<sup>199</sup>, zu einer verfestigten Konstruktion des *Fremden* und in der Konsequenz zu dessen Ausgrenzung: „The coupling of state sovereignty and na-

<sup>192</sup> Foucault 1983 [1977]: 135.

<sup>193</sup> Ebd.: 134.

<sup>194</sup> Ebd.: 135.

<sup>195</sup> Vgl. ebd.: 134ff.

<sup>196</sup> Vgl. Hardt/Negri 2002 und 2004. Vgl. dazu auch den von Marianne Pieper u.a. herausgegebenen Band „*Empire* und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri“ (2007).

<sup>197</sup> Vgl. Walters 2002: 562.

<sup>198</sup> Vgl. z.B. Bernard 1998 und Marrus 2002.

<sup>199</sup> Walters 2002: 571. Übersetzung BN. Im Original: „politicization of immigration“.

tionalism with border control made the ‚foreigner‘ an outsider.“<sup>200</sup> Im Zuge dessen manifestierte sich die biopolitische Grenze auch durch die zunehmende Bedeutung von rassialisierten Diskriminierungen. Doch der Grundstein für solche diskriminierenden Politiken war schon vorher gelegt worden. Bereits um die Jahrhundertwende existierten Gesetze, die Chines\_innen und anderen Asiat\_innen die Immigration in die USA verwehrten oder die Rechte polnischer Arbeiter\_innen in Preußen einschränkten, sowie Einreisebeschränkungen für Jüd\_innen in Großbritannien und die *White Australia Policy* in Australien.<sup>201</sup>

Mit ihrer Ankunft in Europa, mit der vermeintlichen Überwindung der Grenzen konnten die *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder die Grenzen und damit den Zwischenraum, in dem sie sich befanden, nicht hinter sich lassen.<sup>202</sup> Dazu gehörten insbesondere die beschriebenen rechtlichen Implikationen der Grenze und die Prekarisierungsprozesse, die mit ihr verbunden sind.<sup>203</sup> Auf Lampedusa wie auch auf dem italienischen Festland blieb die Lebenssituation der Geflüchteten prekär: „Die Bedingungen dort waren nicht lebenswert. Zuerst das Leben in oder vor völlig überfüllten Camps, zu wenig Essen, dann Obdachlosigkeit und Übergriffe in den Städten, keine Chance auf Bildung, keine Chance auf Arbeit. Derartiges haben alle von uns erlebt.“<sup>204</sup> So beschrieb die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe ihre Situation in Italien in einer Pressemitteilung vom 01.06.2013. Auch wenn Gren-



Abbildung 3: Ausstellung von Lampedusa in Hamburg.

<sup>200</sup> Sassen 1999: 78.

<sup>201</sup> Vgl. Walters 2002: 571.

<sup>202</sup> Für weitere Überlegungen zum Begriff des Zwischenraums bzw. des „Dazwischen“ vgl. beispielsweise auch Fontanari 2018 und Brighenti (Hg.) 2013.

<sup>203</sup> Auf die Prekarität dieses Lebens im Zwischenraum werde ich im Folgenden immer wieder eingehen, insbesondere in den Teilkapiteln 2.4, 2.5 und 4.1.

<sup>204</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2013d.

zen grundsätzlich durch unterschiedliche Praktiken kontrolliert und undurchlässig gemacht werden sollen: In verschiedenen Überlegungen, wie die Mitglieder der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe untergebracht werden könnten, gab es den übereinstimmenden ersten Vorschlag – einen Zaun zu bauen. Einen solchen Vorschlag äußerte beispielsweise eine Mitarbeiterin der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI), die sich Ende Mai 2013 um eine kollektive Unterkunft bemühte.<sup>205</sup> Auch für ein zwischenzeitlich angedachtes Camp auf dem Gelände der St. Pauli-Kirche gab ein Mitarbeiter der *Johanniter*, der an unterschiedlichsten Orten Lager für Geflüchtete organisiert hatte und den Pastoren daher als kompetenter Ansprechpartner erschienen war, den entsprechenden Ratschlag: Im ersten Beratungsgespräch malte er unter dem Titel „Basislager St. Pauli-Kirche“ einen Plan auf und erläuterte, was seiner Meinung nach am wichtigsten wäre. „Das Erste, was er uns gesagt hat“, erinnerte sich Pastor Sieghard Wilm, „Wissen Sie was? Sie müssen einen Riesenzaun bauen! Mindestens drei Meter hoch. Und zwar, um die Leute da draußen vor den Flüchtlingen zu schützen und um die Flüchtlinge vor den Leuten da draußen zu schützen.“ Das war die allerallererste Ansage.<sup>206</sup> Dass zuallererst ein Zaun errichtet werden sollte, war in beiden Fällen ein starker symbolischer Akt der Grenzziehung. Dabei ging es offensichtlich nicht in erster Linie darum, Menschen eine Unterkunft zu geben. Es ging um Grenzen: um Ordnung und Kontrolle, um die Schaffung eines *Diesseits* und *Jenseits* der Grenze und um die so produzierten *Anderen*, die in offensichtlicher Weise nicht dazugehören sollten.<sup>207</sup>

### 2.3.2 Das „Grenzregime“<sup>208</sup>

Auch wenn die oben beschriebenen Konzeptualisierungen von Grenze einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Grenzen als dynamische Gebilde zu erfassen, sind diese doch oftmals beschränkt auf die Regierungsweisen der Grenzen, d.h. auf die Perspektive der staatlichen wie auch nichtstaatlichen und wirtschaftlichen Grenzschrützer\_innen. Was dem Blick der Forscher\_innen dadurch entgeht, sind jedoch

<sup>205</sup> Vgl. E-Mail-Korrespondenz: 30.05.2013.

<sup>206</sup> Wilm, in: Interview 22-2014.

<sup>207</sup> Genauere Ausführungen zu den Verhandlungen zwischen Senat und Kirche bezüglich einer Unterkunft für *Lampedusa in Hamburg* sowie zum Engagement der St. Pauli-Kirche siehe Kapitel 2.6.

<sup>208</sup> TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hg.) 2007: 23ff. sowie Hess/Kasperek (Hg.) 2010.

die Widerständigkeiten, denen diese Regierungsweisen begegnen. In der Praxis stehen dem Grenzschutz Grenzüberschreitungen entgegen. Die Grenzen sind nicht nur dynamisch, sie sind auch durchlässig. Es sind die Aushandlungsprozesse und Kämpfe der Migration<sup>209</sup>, die einen wesentlichen und konstitutiven Bestandteil von Grenzen darstellen.<sup>210</sup> Seit den frühen 2000er-Jahren sind diese vielschichtigen und widersprüchlichen Prozesse zu einem zentralen Bestandteil kulturanthropologischer, sozial- und politikwissenschaftlicher Analysen von Grenzen geworden. Um die verschiedenen Dimensionen des *doing border* analytisch zu greifen, wurde im Rahmen des Forschungsprojekts TRANSIT MIGRATION der Begriff des Grenzregimes eingeführt und als ethnografische (Grenz-)Regimeanalyse methodologisch umgesetzt.<sup>211</sup>

Der Regimebegriff wurde bereits Anfang der 1970er-Jahre in den Internationalen Beziehungen formuliert und seitdem in verschiedenen Disziplinen aufgegriffen.<sup>212</sup> Er versucht – ähnlich wie andere, derzeit vielfach diskutierte Konzepte wie Assemblage, Governance, Gouvernamentalität, Dispositiv oder Rhizom –, „die Netzwerkförmigkeit beziehungsweise das Netzwerkförmig-Werden des Regierens zu beschreiben“<sup>213</sup>. In Theorie und Praxis gehen die Begriffe allzu oft ineinander über und werden vielfach fast synonym verwendet. Der Regimebegriff hat jedoch spezifische Implikationen, die gerade im Kontext von Migrationsbewegungen als wichtiges Analysewerkzeug dienen. Anders als die Betrachtung von *Migrationssystemen* lässt sich mit dem Regimebegriff

„eine Vielzahl von Akteur\_innen [...] einbeziehen, deren Praktiken zwar aufeinander bezogen sind, nicht aber in Gestalt einer zentralen (systemischen) Logik geordnet, sondern vielfach überdeterminiert sind. [...] Mit dem Regimebegriff wird das Verhältnis zwischen den Handlungen der Migrant\_innen und den Agenturen der Kontrolle nicht als einfaches Subjekt-Objekt-Verhältnis gedacht.“<sup>214</sup>

Ein Regime lässt sich folglich als dynamisches Ensemble von Diskursen, Subjekten und gesellschaftlichen – auch staatlichen – Praktiken verstehen, die nicht in gegebener Weise angeordnet sind, sondern durch laufende Prozesse, Fragen und Problematisierungen immer wieder neu reagieren und Antworten entwickeln müs-

<sup>209</sup> Mit Kämpfen der Migration meine ich sowohl klandestine Praktiken, die Migration trotz militärisch abgesicherter Grenzen ermöglichen, als auch performative Formen von Kämpfen, wie sie in den vielfältigen Protesten von Migrant\_innen – z.B. *Lampedusa in Hamburg* – sichtbar werden (vgl. auch Bojadžijev 2012 [2008]).

<sup>210</sup> Vgl. z.B. Mezzadra/Neilson 2013.

<sup>211</sup> Vgl. TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hg.) 2007 sowie Hess/Kasperek (Hg.) 2010.

<sup>212</sup> Vgl. Karakayalı/Tsianos 2005: 47 und Hess u.a. 2018.

<sup>213</sup> Hess u.a. 2018.

<sup>214</sup> Karakayalı/Tsianos 2005: 46.



sen.<sup>215</sup> Eine Analyse von Grenzregimen ethnografisch durchzuführen bietet sich aufgrund der vielfältigen und prozessorientierten Methoden der Ethnografie an. Sie ermöglichen durch ihren praxeologischen Ansatz eine detaillierte Darstellung von Praktiken und Strukturen, Dynamiken und Netzwerken, Komplexitäten und Widersprüchen.<sup>216</sup>

Der Regimebegriff ist theoriepolitisch eng verbunden mit der Perspektive der Autonomie der Migration.<sup>217</sup> Er erweitert den analytischen Horizont über die regierenden Akteur\_innen und die damit verbundenen Wissensproduktionen und Orte hinaus. Grenzen werden so an alltäglichen Orten und in alltäglichen Erfahrungen von Menschen sichtbar. Ihr liegt ein Verständnis von Migration zugrunde, das diese weiter fasst als in den verbreiteten ökonomistischen oder integrationistischen Diskursen und Migrationstheorien. Migration sei weit mehr als „the evacuation of a place and the occupation of a different one“, wie Vassilis Tsianos formuliert:

„[I]t is the making and remaking of one’s own life on the scenery of the world. World-making. You cannot measure migration in changes of position or location, but in the increase in inclusiveness and the amplitude of its intensities. Even if migration starts sometimes as a form of dislocation (forced by poverty, patriarchal exploitation, war, famine), its target is not relocation but the active transformation of social space.“<sup>218</sup>

Aus diesem Verständnis heraus bezieht die ethnografische Grenzregimeanalyse Kämpfe, Aushandlungen und Brüche mit ein und zeigt dadurch zum einen Dynamiken und Instabilitäten von Grenzen auf. Zum anderen werden so vielfältige Subjektivitäten und Subjektformierungen greifbar. In diesem Sinne halte ich auch im Zusammenhang mit den Protesten von *Lampedusa in Hamburg* eine ethnografische Grenzregimeanalyse für produktiv.

Eine solche Grenzregimeanalyse, die die Kämpfe und Widerständigkeiten der Migration in den Fokus nimmt, legt den Schwerpunkt weniger auf die Abschottung und mehr auf die Entrechtung, die durch Grenzen praktiziert wird.<sup>219</sup> In den Aushandlungen der Grenzen zeigen sich die Grenzen der Anerkennung von Rechten und somit die Grenzen politischer Gemeinschaft, Zugehörigkeit und politischer Subjektivität.<sup>220</sup> Analysen von Grenzräumen sind daher, wie Mezzadra und Neilson im Rückgriff auf Walzer darlegen, von zentraler Bedeutung, um Fragen

<sup>215</sup> Vgl. Karakayalı/Tsianos 2007: 14.

<sup>216</sup> Siehe dazu auch Kapitel 3.

<sup>217</sup> Vgl. Hess u.a. 2018.

<sup>218</sup> Tsianos 2007: 169f. Vgl. dazu auch Hess u.a. 2018.

<sup>219</sup> Vgl. Karakayalı/Tsianos 2005: 49 und Mezzadra/Neilson 2012: 186.

<sup>220</sup> Vgl. Rygiel 2015: 3.

der Zuerkennung von Rechten und somit Fragen nach Gerechtigkeit nachzugehen:

„The decision about membership, which is necessarily one made on the borders and boundaries of political subjectivity, must thus be constantly reiterated for the distributive rationality of justice to become viable and evident. According to Walzer, the very notion of distributive justice presupposes a ‚limited world‘ within which distributions can take place. Such a limited world presupposes the division of ‚members‘ and ‚foreigners‘ and thus makes the question of borders central to any theory of justice.“<sup>221</sup>

Die Frage nach Zugehörigkeit und nach dem Anteil an öffentlichen Gütern wird an den Grenzen verhandelt. Wem welcher Anteil zusteht, steht dabei in engem Zusammenhang mit ökonomischen Aspekten. Grenzziehungen und *Grenzschießungen* sind maßgeblich von ökonomischen Verhältnissen geprägt. Wie Walters auf den Punkt bringt, stellt sich *Schengen* dar als „a new iron curtain, designed to protect its member countries from the world’s poor“<sup>222</sup>. Auch Nyers und Rygiel verweisen auf umfangreiche empirische Studien, die anhand von Visa-kontrollen aufzeigen, dass das Recht auf Mobilität zwischen reichen Ländern ungleich größer ist als zwischen den Ländern des globalen Südens und des globalen Nordens.<sup>223</sup> Die Ausstellung von Visa erfolgt abhängig vom Herkunftsland anhand von grundsätzlich unterschiedlichen und ökonomisierten Voraussetzungen. Die Anerkennung von Rechten ist somit immer wieder territorial bestimmt und durch die Geburt vorgegeben. Diese „birthright lottery“<sup>224</sup>, wie Ayelet Shachar sie bezeichnet, ist ein entscheidender Ausgangspunkt globaler Ungleichheiten. Dabei werden Menschen je nach ihrer Herkunft als *Arme* und in direkter Konsequenz als *Andere* stigmatisiert. So werden rassialisierte Ausschlüsse produziert, bei denen die – tatsächlichen oder unterstellten – ökonomischen Verhältnisse ein zentrales Kriterium sind.<sup>225</sup>

Nicht zuletzt sei an dieser Stelle die zeitliche Dimension des Grenzregimes angemerkt.<sup>226</sup> Die entscheidende Frage ist nicht nur: „Wo ist die Grenze?“, sondern

<sup>221</sup> Mezzadra/Neilson 2012: 187 unter Bezugnahme auf Walzer 1984.

<sup>222</sup> Walters 2002: 576.

<sup>223</sup> Vgl. Nyers/Rygiel 2014: 197 mit Verweis auf Mau 2010.

<sup>224</sup> Shachar 2009. Vgl. auch Shachar 2007.

<sup>225</sup> Die machtvolle Verschränkung von Rassismus und Fragen ökonomischer Verwertbarkeit, die ich mit dem Begriff *Neoliberalismus* zu greifen versuche, wird auch im Protest von *Lampedusa in Hamburg* konkret. Dabei orientiere ich mich nicht nur inhaltlich, sondern auch begrifflich an den von mir hinzugezogenen Autor\_innen wie beispielsweise Alana Lentin und Gavan Titley (2011). Sie haben meines Erachtens in überzeugender Weise die Querverbindungen zwischen ökonomistischen – wie sie es formulieren: *neoliberalen* – und rassistischen Logiken und Praktiken hergestellt. Darauf werde ich in Kapitel 4.4 näher eingehen.

<sup>226</sup> Für genauere Ausführungen zur Zeitlichkeit der Grenze siehe Kapitel 4.3.

auch: „Wann ist die Grenze?“<sup>227</sup> Die Temporalität von Grenzen hat enorme Auswirkungen auf die alltäglichen Erfahrungen von Menschen in Grenzräumen. Anderson u.a. skizzieren dies wie folgt:

„Being able to imagine a future with oneself in it (even if, at the time of imagining, a person is content with living in the moment), feeling that one can anticipate and take risks, and have a sense of possibility, these are important aspects of human experience and subjectivity. Immigration controls and the relationships that they generate undermine these and can force people to live in an eternal present.“<sup>228</sup>

Während das Leben in der von Anderson u.a. beschriebenen „ewigen Gegenwart“ sich als Auswirkung der Grenze begreifen lässt, sind andere zeitliche Dimensionen vielmehr konstitutiv für Grenzen und die mit ihnen einhergehenden Ungleichheiten. Menschen, die in Deutschland geboren oder – nach bestenfalls sechs Jahren des „gewöhnliche[n] und rechtmäßige[n] Aufenthalt[s] in Deutschland“<sup>229</sup> – eingebürgert sind, haben mehr Rechte als Menschen, die neu in Deutschland ankommen.<sup>230</sup> Die zeitlichen Dimensionen der Grenze erscheinen dadurch gleichzeitig als rechtliche Grenze.<sup>231</sup>

Die Zeitlichkeit von Grenzen verdeutlicht zudem einmal mehr ihre Vielschichtigkeit und Veränderbarkeit: Grenzen *sind* nicht, Grenzen *werden gemacht*, Grenzen *geschehen*. An diesem Werden von Grenzen wirken eine Vielzahl von Dimensionen und Akteur\_innen, Regierungsweisen und Widerständigkeiten, Räumen und Temporalitäten mit. Grenzen werden so zu einer gleichermaßen lebendigen

<sup>227</sup> Anderson u.a. 2009: 7. Übersetzung BN. Im Original: „[W]hen is the border?“

<sup>228</sup> Ebd.

<sup>229</sup> Die Bundesregierung 2017. Dazu erläutert die Bundesregierung: „Diese Voraussetzung erfüllt, wer seit acht Jahren seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland hat und eine Aufenthaltserlaubnis oder eine Niederlassungserlaubnis besitzt, oder z.B. als freizügigkeitsberechtigter Unionsbürgerin oder Unionsbürger ein Aufenthaltsrecht ohne Aufenthaltstitel. Bei erfolgreicher Teilnahme an einem Integrationskurs nach dem Aufenthaltsgesetz verkürzt sich diese Frist auf sieben Jahre. Bei besonderen Integrationsleistungen kann die Frist auf sechs Jahre verkürzt werden“ (ebd.). Darüber hinaus sind für eine erfolgreiche Einbürgerung eine Reihe weiterer Kriterien zu erfüllen.

<sup>230</sup> Siehe S. 78 zur von Ayelet Shachar formulierten „birthright lottery“.

<sup>231</sup> Dabei sei allerdings darauf hingewiesen, dass die Zeit allein nicht als Kriterium für die Zuerkennung von Rechten gewertet werden kann. So gibt es beispielsweise zahlreiche Menschen, die zwar seit vielen Jahren in Deutschland leben, jedoch anstelle eines Aufenthaltstitels lediglich eine „Duldung“ erhalten haben, deren Gültigkeit regelmäßig erneuert werden muss. Mit Stand vom 30.06.2016 waren es laut Ausländerzentralregister 168 212 Personen, davon 11 760 seit mehr als 15 Jahren (vgl. Deutscher Bundestag 2016). Ihre Lebenssituation ist folglich geprägt von radikal eingeschränkten Rechten und der ständig drohenden Abschiebung. Darüber hinaus sind auch alle anderen Menschen, die einen wie auch immer gearteten Aufenthaltsstatus haben und nicht eingebürgert wurden, von der oben beschriebenen „europäischen Apartheid“ betroffen (vgl. dazu Balibar 2005 [2001]: 73ff.; siehe auch Kapitel 2.2.2).

und existenziellen Erfahrung. Das machen die lebensgefährlichen Wege, die Menschen auf sich nehmen, um nach Europa zu gelangen, deutlich. Auch hier zeigt sich, dass die Grenzen nicht nur an den Rändern Europas zu finden sind, sondern dass sie und die mit ihnen verbundenen Kämpfe und Aushandlungen Europa durchziehen. Genauso durchziehen sie auch die Entscheidungen, Wege und Alltage von Migrant\_innen. John berichtete mir im Interview von seiner Situation in Libyen und der Entscheidung, sich auf den Weg nach Europa zu machen:

„Look at death at your back, and look at sea in the front. You have to decide. Sea: at least you can still see the sea. Maybe the boat is capsizing, you can still see it. But somebody sending you a bullet from nowhere – how can you escape it? So, we are just in between death and life.“<sup>232</sup>

Die Geschichten, die andere Gruppenmitglieder erzählten, klangen sehr ähnlich: „I missed the flight to go back home“, schilderte Efraim Idowu einmal bei einer Informationsveranstaltung. „The risk of going back home [from Libya] through the routes was very high.“ Er erzählte von schwer bewaffneten Rebellen und der Unmöglichkeit, durch die Wüste zurückzukehren nach Mali. „So, I had to come to Europe.“<sup>233</sup> Während die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe Europa erreicht hat und das, was an den Grenzen geschieht, benennt und sichtbar macht, sind weit mehr Menschen als die 360 Gruppenmitglieder davon betroffen. An den Rändern Europas existieren die Grenzen derweil weiter – mit existenziellen Konsequenzen für die Nächsten, die sich auf den Weg machen: „And as I am talking to you now, many people still die on the sea. Many. Many people, their boat capsizes; many people, their boat tear into two. Those who survive it, they keep up the story, how it happened.“<sup>234</sup>

<sup>232</sup> John, in: Interview 3-2013.

<sup>233</sup> Zit. nach: Feldtagebuch 2013: 10.12.2013.

<sup>234</sup> John, in: Interview 3-2013.

## 2.4 Wie die Stadt reagiert – Teil 1: Staatliches Regieren oder zivilgesellschaftliches Handeln?

„*We were always on the streets.*“

Jacob Hayes

### 2.4.1 *Urban Anthropology* und die Stadt als Laboratorium sozialer Interaktion

Seit Mitte April 2013 lebten die Mitglieder der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe auf der Straße. „We were always on the streets. [...] We were just roaming around“<sup>235</sup>, erinnerte sich Jacob an diese Wochen und Monate. Es war ein Leben draußen, bei Wind und Wetter, mit dem Lärm der Straße, ohne Rückzugsraum, ohne Ruhe. Immer wieder erzählten mir die Gruppenmitglieder von diesem Leben ohne Zuhause – so auch Efraim, als ich wieder einmal mit ihm im Infozelt am Hauptbahnhof beisammen saß: „I have no place to go to, I have no place to call home – not in Italy, not here. [...] I didn’t even have a place to put my bag. And it was so heavy on my shoulders and I just wanted to put it somewhere.“<sup>236</sup> Auch die Gesundheitsgefährdung, die mit der Obdachlosigkeit einher ging, erwähnten sie immer wieder:

„A friend of mine fainted in my hands [...], when we were waiting for the bus [at the end of the Winternotprogramm; Anm. BN] – because of the winter. And now [six months later; Anm. BN] the guy is still outside! And we are going to face the same thing. Our lives have been miserable ever since we left Africa to Europe.“<sup>237</sup>

Nachdem die italienischen Behörden die Geflüchteten förmlich auf die Straße gesetzt hatten, taten die Behörden der Stadt Hamburg nach dem Ende des Winternotprogramms das Gleiche. Manche schliefen in Autos, manche bei Privatpersonen, manche in den Parks der Stadt. Einige übernachteten zu Füßen des ca. 34 Meter hohen, größten Bismarck-Denkmal der Welt, das ihn als Symbol für „den Schutz des Reiches für Hamburgs Seefahrt und Handel“ und als Dokumentation für „den imperialen Anspruch von Hamburg als ‚Tor zur Welt‘“ darstellt.<sup>238</sup> Ihre Betten bestanden aus Pappen und Teppich-Reststücken. Doch selbst ein solches provisorisches Nachtlager wurde ihnen verwehrt. Ende Mai 2013 ging die Stadt Hamburg ordnungsrechtlich gegen die Menschen vor, die dort schliefen:

<sup>235</sup> Jacob, in: Interview 8-2013.

<sup>236</sup> Efraim, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 03.06.2013.

<sup>237</sup> Jacob, in: Interview 8-2013.

<sup>238</sup> Herbold 2015.

„Hiermit werden Sie aufgefordert, bis zum 29.05.2013, 15:00 Uhr, die Parkanlage zu verlassen. Sollten Sie dieser Weisung nicht Folge leisten, werden gegen Sie unverzüglich, nach Fristenablauf, Zwangsmaßnahmen eingeleitet. Sie verstoßen gegen geltendes Recht. Hier: Grün- und Erholungsanlagen.“<sup>239</sup>

In der Tat existiert auf Landesebene ein Gesetz über Grün- und Erholungsanlagen (GrAnlG HA), durch das geregelt ist, wie und zu welchem Zweck Grünanlagen zu nutzen sind. „Eine Benutzung der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen, die über den Rahmen der Zweckbestimmung der Anlagen hinausgeht, bedarf der Erlaubnis der zuständigen Behörde“<sup>240</sup>, heißt es im Gesetzestext. Diese Erlaubnis war bei den Übernachtungen von *Lampedusa in Hamburg*-Mitgliedern im Park nicht gegeben. Konsequenterweise dem Gesetz über Grün- und Erholungsanlagen folgend, wurden die Platzverweisungen den betreffenden Menschen vom Bezirksamt Hamburg-Mitte in Schriftform zugestellt, so gut es ging. Teilweise wurden diese Briefe an die wenigen Habseligkeiten geklebt, die tagsüber in Büschen versteckt lagen und der einzige Beweis dafür waren, dass dort Menschen ihre notdürftige Bleibe aufgebaut hatten.<sup>241</sup> Christiane Schneider, Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft, kontaktierte daraufhin den stellvertretenden Bezirksamtsleiter und bat ihn am Telefon um eine Stellungnahme zu den Verfügungen. Als er darauf verwies, dass es um die Grünanlagen ginge, erwiderte Frau Schneider, dass es um die Menschenwürde ginge. Daraufhin antwortete er: „Das mögen Sie für wichtiger halten, hier geht es um die Grünanlagen.“<sup>242</sup>

In diesem und dem folgenden Unterkapitel widme ich mich der Frage, wie „die Stadt“ auf die Protestbewegung reagiert und welche Wechselwirkungen dadurch entstehen. Dabei stehen unterschiedliche städtische Akteur\_innen im Fokus, die mit der Gruppe interagieren: sowohl politische Entscheidungsträger\_innen (2.4) als auch die Zivilgesellschaft (2.5).<sup>243</sup> Die Stadt dient dabei „nicht nur als vorfindbarer, empirischer Raum [...], sondern als ein von konkurrierenden Bedeutungen und Praktiken hergestellter Raum der Interaktion“<sup>244</sup> – oder wie Ulf Hannerz es formuliert: „The city is a piece of territory where much human interaction is

<sup>239</sup> Bezirksamt Hamburg-Mitte, zit. nach: Schneider, in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013a: 4671.

<sup>240</sup> § 4, Abs. 2 GrAnlG HA (Freie und Hansestadt Hamburg 2011 [1957]).

<sup>241</sup> Vgl. Interview 22-2014.

<sup>242</sup> Zit. nach Schneider, in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013a: 4671.

<sup>243</sup> Ich gehe jedoch, wie die Kapitelüberschrift andeutet, in Teilen auch in Kapitel 2.4 schon auf die Bedeutung und den Begriff der Zivilgesellschaft ein.

<sup>244</sup> Kleinen/Kühn 2015: 8. Dominik Kleinen und Cornelia Kühn beziehen sich hier insbesondere auf den Raumbegriff bei Henri Lefebvre, dessen Überlegungen beispielsweise bei Lefebvre 1972 nachzulesen sind.

crammed in.“<sup>245</sup> Dieses Verständnis der Stadt als Laboratorium sozialer Interaktion wurde insbesondere von der *Chicago School of Urban Sociology* entwickelt, die bis heute „als die bedeutendste Strömung der Stadtforschung“<sup>246</sup> gilt. Im Zuge der zunehmenden Verstädterung gewann die Erforschung von Städten und städtischen Lebenswelten insbesondere Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts immer mehr an Bedeutung und fand einen ersten Höhepunkt in der *Chicago School* in den 1920er-Jahren bzw. genauer zwischen 1915 und 1932.<sup>247</sup> Die Anfänge der Stadtforschung lassen sich jedoch zunächst im Viktorianischen London lokalisieren. Jenseits wissenschaftlicher Sphären hatte sich bereits Mitte des 19. Jahrhunderts der *Morning Chronicle* in seiner Serie *Labour and the Poor* mit der Situation der Arbeiter\_innen in England beschäftigt. Darin berichtete der Journalist Henry Mayhew als „Spezialkorrespondent“<sup>248</sup> über die gegenwärtige Situation in London. Er wurde so, wie Rolf Lindner formuliert, zum „Pionier der Stadthethnographie“<sup>249</sup>. *Labour and the Poor*, das in Auszügen 1971 in Buchform veröffentlicht wurde, gilt inzwischen „als frühes Meisterwerk der Sozialforschung im städtischen Raum, das den Gebrauch von Statistiken mit Betrachtungen vor Ort und vor allem mit der Erhebung hunderter Lebensgeschichten der Armen verband“<sup>250</sup>. Darüber hinaus sei hier Charles Booths „Life and Labour of the People in London“<sup>251</sup> als frühes Beispiel stadthethnografischer Forschung genannt, eine 17 Bände umfassende Studie über Armut und soziale Ungleichheit in London. Nur wenige Jahre später sind es die Begründer der *Chicago School*, allen voran William I. Thomas und Robert E. Park sowie Ernest W. Burgess, Louis Wirth und Ellsworth Faris und ihre Nachfolger<sup>252</sup>, die sich in „ethnographischen Studien kleiner Lebenswelten, Milieus und Szenen im urbanen Kontext“<sup>253</sup> vielfältigen Phänomenen des städtischen Lebens widmen. Die Stadt Chicago liefert ihnen dabei eine Vielzahl von thematischen Anknüpfungspunkten. Schon damals kommt migrationsbezogenen Themen eine

<sup>245</sup> Hannerz 1980: 305.

<sup>246</sup> Lindner 2004: 113. Vgl. dazu auch Hannerz 1980: 19ff. sowie Lindner 2004: 16f. Neben der *Chicago School* sei auch das *Rhodes-Livingstone Institute* in Sambia, das nach dem Erreichen der Unabhängigkeit Sambias zum *Institute for Social Research of the new University of Zambia* umbenannt wurde, als wichtiges Beispiel der frühen Stadtforschung genannt (vgl. Hannerz 1980: 119ff.).

<sup>247</sup> Vgl. Lindner 2004: 113.

<sup>248</sup> Ebd.: 46.

<sup>249</sup> Ebd.: 43.

<sup>250</sup> Ebd.: 51.

<sup>251</sup> Vgl. Booth 1969 [1902].

<sup>252</sup> Dazu zählen beispielsweise Everett C. Hughes, Herbert Blumer und W. Lloyd Warner sowie die Soziologen der sogenannten *Second Chicago School*, Howard Becker, Erving Goffman, Anselm Strauss, Gary Fine u.a.

<sup>253</sup> Lindner 2004: 113.

zentrale Bedeutung zu, wie beispielsweise Nels Andersons Studie *The Hobo* (1923) über migrantische Arbeiter\_innen in Chicago zeigt.<sup>254</sup> Nach diesen frühen Anfängen ethnografischer Stadtforschung wird der Begriff der *Urban Anthropology* erst in den 1960er-Jahren eingeführt.<sup>255</sup> Wie Ulf Hannerz in einem Überblick über die Entstehungsgeschichte der *Urban Anthropology* skizziert, stehen – ähnlich wie schon in der frühen *Chicago School* – in den 1960er-Jahren insbesondere Themen wie Ethnizität und Armut im Vordergrund. Gerade in Europa sei darüber hinaus die internationale Arbeitsmigration ebenso wie – wenn auch in geringerem Maße – die Migration von Geflüchteten aus Krisengebieten ausschlaggebend für Veränderungen in den Städten gewesen und dadurch schon damals in den Fokus anthropologischer Forschung gerückt.<sup>256</sup> Sowohl hier als auch in den Studien der *Chicago School of Urban Sociology* und in den geografischen, soziologischen und kultur-anthropologischen Forschungen der 1970er- und 1980er-Jahre in den USA wie auch im europäischen und deutschsprachigen Raum lassen sich Anknüpfungspunkte für meine Forschung finden.<sup>257</sup> Damals entstanden – neben räumlich und zeitlich großräumig angelegten Studien, die eine historisch eingebettete „anthropologische Theorie der Stadt“<sup>258</sup> zu erarbeiten versuchten – insbesondere auch Forschungen, die einen „räumlich und sozial überschaubaren Raum [...] in Abhängigkeit von und Wechselwirkung mit viel größeren Einheiten begriffen und vor allem als Indikatoren von Wandelprozessen benutzt[en]“<sup>259</sup>. Nach Gisela Welz steht dabei

„im Vordergrund der Forschung die Frage danach, wie sich Veränderungen auf der Ebene der umfassenden Systeme in den lokal begrenzten Lebenswelten auswirken und welche Praxen die Menschen dort entwickeln, um den neuen, von außen an sie herangetragenen Situationen zu begegnen.“<sup>260</sup>

Bereits in den 1970er-Jahren gewann der „practice approach“<sup>261</sup> an Bedeutung in der US-amerikanischen *Urban Anthropology*. Er fragt, so Welz, „nach kulturellen Praxen als Indikatoren sozialer Asymmetrie“<sup>262</sup>. So können im Kontext der Stadt

<sup>254</sup> Vgl. Hess 2015: 13. Vgl. auch Lindner 2004.

<sup>255</sup> 1968 taucht er erstmals als Buchtitel auf (vgl. Eddy 1968), gefolgt von weiteren Publikationen in den 1970er-Jahren von Southall 1973, Gutkind 1974, Uzzell/Provencher 1976 und Basham 1978, um nur einige zu nennen. Außerdem erschien 1972 die erste Ausgabe der Zeitschrift *Urban Anthropology*.

<sup>256</sup> Vgl. Hannerz 1980: 1.

<sup>257</sup> Vgl. beispielsweise Lindner 2004, Hannerz 1980 und Welz 1991.

<sup>258</sup> Welz 1991: 446.

<sup>259</sup> Ebd.: 447. Vgl. dazu beispielweise auch Hannerz 1980 (296f.) mit zusammenfassenden Überlegungen zu diesen zwei Zugängen zu stadtanthropologischen Forschungen.

<sup>260</sup> Welz 1991: 447.

<sup>261</sup> Ebd.: 457.

<sup>262</sup> Ebd.



Machtverhältnisse und Ungleichheiten, Zugehörigkeiten und Ausschlüsse sichtbar gemacht werden. Sabine Hess fordert daher mit Beate Binder, „die Frage von Grenzziehungsprozessen im Sinne von symbolischen, politischen und kulturellen Konstitutionsprozessen urbaner Zugehörigkeit genauer zu beforschen und unsere ganzen basalen Vorstellungen und Artikulationen von Urbanität als intersektional umkämpftes Terrain zu rekonzeptualisieren“<sup>263</sup>. Die hier skizzierten Zugänge finden sich auch in meinem praxeologischen, von den Widerständigkeiten und Widersprüchen, von den Aushandlungsprozessen um (Un-)Gleichheit und Zugehörigkeit ausgehenden Forschungsansatz wieder.

#### 2.4.2 Die Straße

Das städtische Leben in all seinen Widersprüchen ereignet sich nirgendwo sonst so dicht wie auf der Straße. Sie wird, so Gisela Welz, „von den hier ansässigen Menschen zum Schauplatz ihrer Aktionen und Interaktionen gemacht“<sup>264</sup>. „Street Life“, um es mit dem Begriff von Welz zu bezeichnen, mit dem sie auch ihre Studie im New Yorker Stadtteil Bushwick (1991) betitelte, ist ihr zufolge der Inbegriff des Alltagslebens und ein „Phänomen [...], das aus vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Menschen und ihrer Umwelt be- und entsteht“<sup>265</sup>. Die Grundlagen dafür, welche Bedeutung die Straße für das städtische Leben hat, finden sich bereits weit vor den Anfängen der Stadtforschung: Der Treffpunkt am Gemischtwarenladen auf dem Land lässt sich als „funktionales Äquivalent [sic]“<sup>266</sup> der urbanen Straßenecke begreifen.<sup>267</sup> Nach Elijah Anderson ist die Straße als ein Raum zu verstehen, „wo jeder einzelne einen eigenen ‚Platz‘ beanspruchen kann, der seine Berechtigung aus der Kompetenz im Umgang mit gruppenspezifischen Selbstdarstellungstechniken bezieht und der ihn die Tatsache vergessen lässt, daß in der Außenwelt kein ‚Platz‘ für ihn ist“<sup>268</sup>. Die bereits beschriebenen sozialen Interaktionen, die charakteristisch für das Leben in der Stadt sind und im Fokus der Stadtanthropologie stehen, werden somit auf der Straße in besonderer Weise sichtbar. Die Studien der US-amerikanischen Stadtsoziologie und -anthropologie der

<sup>263</sup> Hess 2015: 15, Bezug nehmend auf Binder 2009.

<sup>264</sup> Welz 1991: 16.

<sup>265</sup> Ebd.: 32. Vgl. auch ebd.: 19.

<sup>266</sup> Ebd.: 24.

<sup>267</sup> In ähnlicher Weise stellt auch Rolf Lindner Bezüge zwischen der klassischen Forschung im Dorf und der „Ghetto-Ethnographie“ (Lindner 2004: 172) her, deren Ausgangspunkt er bei Ulf Hannerz’ „Soulside“ (1969) verortet.

<sup>268</sup> Welz 1991: 22, Bezug nehmend auf Anderson 1978.

1970er- und 1980er-Jahre beziehen sich dabei vielfach auf den in den 1970er-Jahren in der US-amerikanischen Volkskunde bedeutsam gewordenen Begriff der *Performance*. Die Perspektive der *Performance* und somit einer – mit den Worten von Welz – „ganzheitlich zu betrachtende[n] Inszenierung einer Kommunikationssituation“<sup>269</sup> richtet das Augenmerk nicht nur auf den *Text* sozialer Interaktionen, sondern auch auf den *Kontext*. Weitere Implikationen des Begriffs der *Performance* und der Performativität sowie seiner Bedeutung im *Lampedusa in Hamburg*-Protest habe ich bereits in Kapitel 2.1 ausführlich dargestellt.

Auch im Fall der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe wurde die Straße immer wieder zu einem entscheidenden Kontext und zu einem Raum, in dem sich die Lebenssituation der Gruppenmitglieder verdichtete. Besonders wichtig erscheint hier die Tatsache, dass sie im wahrsten Sinne des Wortes – Tag und Nacht – auf der Straße lebten. Die Straße als prekärer Ort war somit der Ausgangspunkt ihres Protests. Durch diesen Protest eigneten sie sich die Straße als Raum an und beanspruchten hier gewissermaßen ihren Platz in der Stadt und in der Gesellschaft als Ganzes.<sup>270</sup> Dass die Gruppenmitglieder überhaupt auf der Straße lebten, geschah nicht ohne Grund. Ihre Prekarisierung verdankte sich der Tatsache, dass Akteur\_innen auf städtischer, bundesdeutscher und europäischer Ebene keine Verantwortung übernahmen. So kam es zu ihrer Obdachlosigkeit und so blieb sie auch weiterhin bestehen. Die Stadt Hamburg erschwerte durch die oben beschriebenen ordnungspolitischen Schritte sogar die Lebensbedingungen auf der Straße. Alle Kommunen sind jedoch verpflichtet, Obdachlose unterzubringen und ihnen dadurch ihr Grundrecht auf Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) sowie ihr Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG) zu gewähren. Die kommunale Unterbringungspflicht basiert auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und wurde zuletzt im November 2015 durch ein Rechtsgutachten unter Berufung auf Entscheide des Bundesverfassungsgerichts erneut bestätigt. Diese Rechte

„stehen allen natürlichen Personen zu, also auch Ausländern und Kindern. Jeder Mensch besitzt die Menschenwürde, „ohne Rücksicht auf seine Eigenschaften, seine Leistungen und seinen sozialen Status“<sup>271</sup>. Auch ausländische Personen, die in Deutschland leben, können sich somit auf deren Geltung berufen.“<sup>272</sup>

Damit hat das Bundesverfassungsgericht das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland unmissverständlich interpretiert und deutlich gemacht, dass keine

<sup>269</sup> Welz 1991: 22.

<sup>270</sup> Vgl. dazu auch die Ausführungen von Welz 1991.

<sup>271</sup> BVerfGE 87, 209–233: Rn 114 (Bundesverfassungsgericht (BVerfG) 1992).

<sup>272</sup> Ruder 2015: 15. Vgl. auch BVerfGE 132, 134: Rn 63 (Bundesverfassungsgericht (BVerfG) 2012).

Einschränkung von Grundrechten aufgrund des Herkunftslands oder des Aufenthaltsstatus erfolgen darf. Dennoch sah sich die Stadt Hamburg nicht zuständig für die Obdachlosigkeit von *Lampedusa in Hamburg* und stellte mit ihren ordnungspolitischen Maßnahmen den Schutz von Grünanlagen höher als den Schutz von Menschenrechten.

### 2.4.3 Debatten städtischer Entscheidungsträger\_innen

Doch als die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe an die Öffentlichkeit ging und sich selbst und ihre Situation sichtbar machte, mussten die Verantwortungsträger\_innen der Freien und Hansestadt Hamburg reagieren. Ab April 2013 wurde die Situation der Gruppe oftmals in der Hamburgischen Bürgerschaft, dem Landesparlament und zugleich der Kommunalvertretung der Freien und Hansestadt Hamburg diskutiert. Das Thema wurde mit unterschiedlichen Fragestellungen von unterschiedlichen Fraktionen an sie herangetragen: Von der CDU über DIE LINKE., FDP, Bündnis 90/Die Grünen und SPD wurden mal Schriftliche Kleine Anfragen gestellt, mal Fragen in die Aktuelle Stunde eingebracht.<sup>273</sup>

Die Debatte war durchzogen von verschiedenen Diskurssträngen. Zunächst ging es um Prekarität, um die aktuelle Lebenssituation der Gruppe. Christiane Schneider (DIE LINKE.) konstatierte zu Beginn:

„Seit dem 15. April, seit über sieben Wochen, lebt eine große Gruppe von Kriegsflüchtlingen aus Libyen in Hamburg auf der Straße – Wind, Regen und Kälte ausgesetzt. Sie sind ohne Dach über dem Kopf, mittellos und ohne Anspruch auf öffentliche Leistungen. Viele sind krank und waren wochenlang ohne medizinische Versorgung.“<sup>274</sup>

Was die gegenwärtigen Lebensbedingungen der Gruppenmitglieder betraf, schienen sich Vertreter\_innen aller Fraktionen einig zu sein. Doch die Schlüsse, die sie daraus zogen, waren grundverschieden. Während DIE LINKE. den Senat dringend aufforderte, zu handeln statt länger zuzusehen und – ohne Erfolg – zu *verhandeln*, wurde seitens des ausschließlich aus SPD-Abgeordneten zusammengesetzten Senats die prekäre Lebenssituation der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe als Ausgangspunkt ihrer politischen Strategie genutzt. Sozialsenator Scheele betonte gleich zu Beginn seiner Rede: „Hier redet heute der Sozialsenator und nicht mein Kollege [Innensenator; Anm. BN] Neumann, weil es ein humanitäres Problem gibt. Wir

<sup>273</sup> Siehe dazu etliche Dokumente in der Parlamentsdatenbank der Hamburgischen Bürgerschaft: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2015a.

<sup>274</sup> Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013a: 4664.

haben uns abgestimmt, wir vertreten die gleiche Position, aber es redet ausdrücklich der Sozialsenator.<sup>275</sup> Der Kommentar Scheeles deutet auf das in Kapitel 2.2 skizzierte Spannungsverhältnis zwischen Innen- und Sozialpolitik hin, das die bundesdeutsche Migrationspolitik auf den verschiedenen Ebenen prägt. In diesem Fall nutzten die politischen Entscheidungsträger\_innen die verschiedenen beteiligten Ressorts, um eine bewusste Diskursverschiebung zu vollziehen – hin zum „humanitären Problem“<sup>276</sup> –, durch die sie die Debatte um Rechte, europäische Grenzen und Migrationspolitik, die *Lampedusa in Hamburg* durch ihren Protest unüberhörbar eröffnet hatte, in den Hintergrund drängten. So ignorierten sie die Protestbewegung als solche und reduzierten die Demonstrant\_innen erneut auf ihre Rolle als hilfbedürftige Flüchtlinge, als Opfer ohne Stimme. Sie folgerten daraus auch keine mögliche Verantwortung oder eine konkrete praktische Lösung durch die Stadt Hamburg. Vielmehr rechtfertigte Sozialsenator Scheele die fehlende städtische Lösung gerade mit der allzu großen Prekarität der Gruppe und der dadurch entstandenen „Unmöglichkeit“, schnell zu reagieren:

„Der Senat verkennt nicht, dass das Leben auf der Straße unbarmherzig ist. Gerade in diesem Mai war es das, es hat ununterbrochen geregnet. Die Forderung nach Zelten habe ich immer abgelehnt, denn man kann gegenwärtig in Hamburg nicht mehrere Hundert Menschen auf Wiesen unterbringen. Das geht leider nicht, denn die Wiesen sind in einem Zustand, in dem es einfach nicht geht. Sonst wäre das vielleicht ein Weg gewesen, aber das ist faktisch völlig unmöglich.“<sup>277</sup>

Was eine tatsächliche Lösung der Unterbringungsfrage betraf, sah der Sozialsenator nicht allein die Freie und Hansestadt Hamburg in der Pflicht, sondern berief sich insbesondere auf den Einsatz zivilgesellschaftlicher Organisationen. Der Senat sei bereit, für vier bis sechs Wochen eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen. „Das versuchen wir mit der Diakonie und der Kirche hinzubekommen, die Geld und ehrenamtliches Engagement geben. Wir bedanken uns ausdrücklich, dass wir hier nicht alleine stehen.“<sup>278</sup> Auch Kai Voet van Vormizeele (CDU) bestätigte, dass „eine zivilgesellschaftliche Lösung gefunden werden [müsse]. Sie werden meine Fraktion bei der Suche nach einer solchen Lösung durchaus an Ihrer Seite finden.“<sup>279</sup> Vor allem aber verband Sozialsenator Scheele die Unterbringung der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe mit einer vermeintlich klaren Rechtslage, sodass die Unter-

275 Ebd.: 4669.

276 Wie gerade die Diskurse und Praktiken der „humanitären Hilfe“ mit Machtstrukturen verwoben sind und sich in einem staatlichen und nicht-staatlichen Humanitarismus äußern, werde ich in Kapitel 2.6 genauer analysieren.

277 Scheele, in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013a: 4670.

278 Ebd.

279 Voet van Vormizeele, in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013a: 4667.

bringung lediglich „aus humanitären Gründen [als] Schutz vor Krankheiten“<sup>280</sup> stattfinden solle und „unter der Bedingung, dass das ein Bestandteil der Rückreise nach Italien ist“<sup>281</sup>. Der hier hergestellte Bezug politischer Akteur\_innen zur Zivilgesellschaft rückt bereits eine wesentliche Kritik am Begriff der Zivilgesellschaft in den Fokus: Entgegen dem weit verbreiteten Verständnis, dass die Zivilgesellschaft eine unabhängige Kraft sei,<sup>282</sup> die dem Staat gegenüberstehe und insbesondere als Korrektiv staatlicher Politik agiere, bestehen in der Praxis zahlreiche mal mehr, mal weniger offensichtliche Querverbindungen zwischen den beiden. Die in der Zivilgesellschaft subsumierten Gruppierungen sind z.B. gesellschaftliche Basisgruppen, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände oder Wohlfahrtsorganisationen.<sup>283</sup> Allgemein werden die entsprechenden Organisationen vielfach auch als NGOs – *Non-Governmental Organisations*, d.h. *Nichtregierungsorganisationen* – bezeichnet. Hier wird allein durch ihre Bezeichnung ihre politische Unabhängigkeit suggeriert. Wie ich im Folgenden, insbesondere in Kapitel 5, aufzeigen werde, liefern jedoch gerade die Entwicklungen um *Lampedusa in Hamburg* herum zahlreiche Nachweise für die Verwobenheiten von Zivilgesellschaft und Politik. Immer wieder werden situativ Koalitionen gebildet. Die Vorstellung von einer unabhängigen Zivilgesellschaft hat insbesondere Antonio Gramsci kritisiert und postuliert, dass die Unterscheidung zwischen Zivilgesellschaft und Staat rein methodologischer Natur sei, wohingegen „in der Wirklichkeit der Tatsachen Zivilgesellschaft und Staat ein und dasselbe sind“<sup>284</sup>. Hinzu kommt die Unschärfe des Begriffs, durch den er sich für eine Analyse als problematisch erweist. Zu vielfältig stellen sich die Strukturen und Institutionalisierungsgrade, Netzwerke und Machtverhältnisse, Strategien und inhaltlichen Ausrichtungen der gemeinten Gruppierungen und Einzelpersonen dar, als dass sie sich mit dem Begriff der Zivilgesellschaft greifen ließen. Ich habe mich dafür entschieden, ihn im Folgenden dennoch zu verwenden. Sowohl in der Protestbewegung selbst als auch in den um sie herum entstandenen Netzwerken wurde immer wieder von der „Zivilgesellschaft“, von einer „zivilgesellschaftlichen Lösung“ etc. gesprochen. Da meine Analyse ihren Ausgangspunkt in der Protestbewegung hat, erscheint mir auch die Verwendung ihrer Begriffe schlüssig. Dennoch verzichte ich darauf, Zivilgesellschaft als analytische Kategorie zu verwenden. Stattdessen beziehe ich mich

---

280 Ebd.: 4670.

281 Ebd.

282 Vgl. beispielsweise Gellner/Glatzmeier 2005.

283 Vgl. z.B. Europäische Kommission 2001.

284 Gramsci 1996 [1975]: 1566. Für weitere Ausführungen zu Gramscis Staatsverständnis und der darin liegenden Implikationen für den Begriff der Zivilgesellschaft siehe auch Buckel/Fischer-Lescano (Hg.) 2007.

in der Analyse auf spezifische, jeweils konkret benannte Organisationen, die ich als Vertreter\_innen einer institutionalisierten Bürgerschaft konzeptualisiere.

Die Debatte um Rechte, die als dritter Diskursstrang ebenfalls Bestandteil der Auseinandersetzungen in der Hamburgischen Bürgerschaft war, entspannt sich insbesondere um die Frage, ob die Rechte – bzw. Nichtrechte – von *Lampedusa in Hamburg* eindeutig zu benennen seien oder nicht. Kai Voet van Vormizeele (CDU) äußerte sich dazu wie folgt: „Noch einmal klar und deutlich: Die Lösung lautet, kurzfristige humanitäre Hilfe, aber dann Rückführung nach Italien.“<sup>285</sup> Auch Sozialsenator Scheele hielt die Rückführung nach Italien für den einzig rechtsstaatlichen Weg<sup>286</sup> und Innensenator Neumann sprach davon, dass „die Rechtslage völlig eindeutig“<sup>287</sup> sei und die Ausreise der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe nach Italien zu den „rechtlichen Notwendigkeiten“<sup>288</sup> gehöre. Für diese Ausführungen erhielt Neumann am 12.06.2013 großen Applaus aus verschiedenen Fraktionen. In der vermeintlich eindeutigen Rechtslage, die für alle Gruppenmitglieder gleichermaßen gelten, aber gleichzeitig durch individuelle Verfahren ihre praktische Umsetzung finden sollte, zeigte sich erneut die Widersprüchlichkeit der politischen Strategie, die zwischen Kollektivierung und Vereinzelung hin und her schwankte: Durch Einzelverfahren würde der Senat für die „Abschiebbarkeit“<sup>289</sup> sorgen, durch die Kollektivierung suggerierte er vorzeitig den Ausgang der Verfahren.<sup>290</sup> Während der Senat und die dazugehörigen Bürgerschaftsfraktionen also die Durchführung individueller Verfahren zusicherten, erwähnten sie explizit ihr Ziel, die gesamte Gruppe möglichst schnell abzuschieben. Dass es ihnen bei den Einzelverfahren somit nicht um die Durchsetzung der Rechte der *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder, sondern um die Umsetzung von angeblich unvermeidlichen Abschiebungen ging, war allzu offensichtlich.

Die Debatten um *Lampedusa in Hamburg* wurden in der Hamburgischen Bürgerschaft mit großer Emotionalität geführt. Es gab zahlreiche energische Zurufe<sup>291</sup> und regen Beifall. Auch die Redebeiträge selbst waren in ihrer Wortwahl und Argumentation hoch emotional. Teilweise wurden dafür die Medienberichte der vorangegangenen Tage verantwortlich gemacht. Im Umkehrschluss baten

<sup>285</sup> Voet van Vormizeele, in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013a: 4667.

<sup>286</sup> Vgl. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013a: 4669.

<sup>287</sup> Neumann, zit. nach: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013b: 4740.

<sup>288</sup> Neumann, zit. nach: ebd.

<sup>289</sup> De Genova 2002. Übersetzung BN. Im Original: „deportability“. Siehe auch Kapitel 2.1.

<sup>290</sup> Vgl. beispielsweise auch Bekeris (SPD), in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013b: 4736.

<sup>291</sup> Von „Sie müssen mal hinhören!“ über „Nun warten Sie doch mal ab!“ bis hin zu beschwichtigenden, emotional ebenso aufgeladenen Hinweisen wie „Ruhig Blut“, um nur ein paar Beispiele zu nennen (in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013a).

manche Redner\_innen um eine Versachlichung der Debatte.<sup>292</sup> Diese Bitte wurde beispielsweise von Ksenija Bekeris (SPD) genutzt, um sich vermeintlich für die Geflüchteten einzusetzen, obwohl sie in ihrem restlichen Redebeitrag vehement für ihre Rückführung nach Italien plädierte: „Ich wünsche mir eine Versachlichung der Debatte. Das ist angesichts der Not der afrikanischen Flüchtlinge nicht leicht, aber den Flüchtlingen helfen keine emotionsgeladenen Versprechungen.“<sup>293</sup> Darüber hinaus wurde die Debatte an vielen Stellen bewusst emotionalisiert, um die eigene Argumentation zu unterstreichen. So erklärte beispielsweise Innensenator Michael Neumann Italien zum Freund und zog daraus – entgegen anderslautenden Berichten<sup>294</sup> – den Schluss, dass man dem italienischen Staat keine mangelhafte Versorgung von Geflüchteten nachsagen dürfe:

„Es gibt keine hinreichenden Anhaltspunkte, dass Italien seinen EU-rechtlichen Verpflichtungen gegenüber den Betroffenen nicht nachkommt, und somit gibt es auch keine Gründe, die einer Rücküberstellung nach Italien entgegenstehen. Das kann man gern behaupten, aber es ist weder gerichtlich festgesetzt noch so entschieden worden, und es wäre gleichzusetzen mit einer Ächtung des Staates Italien. Hier sollte bei allem Respekt vor der Hamburgischen Bürgerschaft Vorsicht walten. Wir haben nicht das Recht, den Stab über unsere italienischen Freunde zu brechen.“<sup>295</sup>

Die Stimmung erschien mir am 29.05.2013, als ich selbst als ZuhörerIn und Dolmetscherin für einen der Gruppensprecher von *Lampedusa in Hamburg* in der Sitzung anwesend war, eindeutig: Die Redebeiträge, in denen deutlich für eine Rückführung der Gruppe nach Italien plädiert wurde, überwogen. Und sie wurden mit lautstarkem Applaus belohnt. Während Partei für die Protestierenden ergriffen wurde, war jedoch nur vereinzelt Applaus zu hören.

Nicht zuletzt forderten mehrere Politiker\_innen immer wieder „Ehrlichkeit“ – und bezogen sich dabei auf die ihres Erachtens eindeutige Rechtslage, die dazu führen müsste, dass die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe Deutschland wieder verlasse. Wiederholt argumentierte die CDU-Fraktion auf diese Weise:

„Wir müssen [sic] aber auch deutlich – und das ist gerade für die betroffenen Menschen wichtig – für eine ehrliche Debatte und eine ehrliche Signalsetzung einsetzen. Und das Signal kann und darf nicht sein, dass diese 300 Flüchtlinge mit dieser Ausgangslage eine Zukunft in dieser Stadt haben. Das wird es nicht sein und das darf es nicht sein; das gehört zur Ernsthaftigkeit dieser Debatte auch dazu.“<sup>296</sup>

<sup>292</sup> Vgl. z.B. ebd.: 4666.

<sup>293</sup> Ebd.

<sup>294</sup> Vgl. insbesondere die Berichte von bordermonitoring.eu e.V. 2013 und der Schweizerischen Flüchtlingshilfe 2013. Siehe auch Kapitel 2.2.

<sup>295</sup> Neumann, in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013b: 4740f.

<sup>296</sup> Voet van Vormizeele, in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013a: 4667.

Am 12.06.2013 verfolgte die CDU diese Argumentationslinie weiter, indem sie betonte, es könne „keine – keine! – Perspektive für diese Flüchtlinge hier in Hamburg [...] geben. Und wer etwas Anderes behauptet, spielt mit dem Schicksal dieser Menschen. Und das ist unehrlich. Und wir tun das genau nicht, weil wir klipp und klar sagen, was wir wollen und was passieren wird.“<sup>297</sup> Es folgten laute Zwischenrufe. Auch die SPD folgte dieser Argumentation: „Eine dauerhafte Bleibeperspektive können wir ihnen aber nicht bieten, so ehrlich müssen wir sein.“<sup>298</sup> Im Gegensatz dazu setzten sich jedoch einzelne Fraktionen und insbesondere einzelne Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft für die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe ein. Dazu gehörte auch ein Hamburger Moratorium, das die Fraktionen und Landesverbände von Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE. forderten. Dadurch sollte die Gruppe ein Bleiberecht für mindestens sechs Monate erhalten. Diese Zeit sollte insbesondere genutzt werden, um im Rahmen der Innenministerkonferenz eine Lösung zu entwickeln, die für alle Bundesländer gelten würde und die „der spezifischen Not- und Fluchtsituation der Gruppe angemessen Rechnung trägt und dabei die Ausgangsfluchtsituation in Libyen mit berücksichtigt“<sup>299</sup>. Das Moratorium wurde zudem von zahlreichen politischen wie auch zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen aus Kirchen, Gewerkschaften, Kulturinstitutionen und Initiativen unterzeichnet. Doch der Senat lehnte ab.<sup>300</sup> Das Moratorium wurde nicht umgesetzt. Die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe blieb dennoch. Was politisch nicht durchsetzbar schien, war in der Praxis doch möglich: durch den kollektiven Akt des Bleibens.

## 2.5 Wie die Stadt reagiert – Teil 2: Die Zivilgesellschaft wird affiziert

*„We cannot continue to depend on the solidarity of the people.“*  
Asuquo Udo

### 2.5.1 Zivilgesellschaftliche Vernetzungen

Seit Mitte April 2013 lebten die Mitglieder der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe auf der Straße. Auf der Politik- und Verwaltungsebene erfolgten die oben beschriebenen Reaktionen. Die Menschen, die in der Stadt leben, reagierten auf ihre Weise. Immer wieder berichteten meine Gesprächspartner\_innen davon, dass sie durch

<sup>297</sup> Voet van Vormizeele, in: Transkribierte Audio- und Videomaterialien 2013–2015: 12.06.2013.

<sup>298</sup> Bekeris, in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013a: 4666.

<sup>299</sup> Bündnis 90/Die Grünen/DIE LINKE. Hamburg 2013b.

<sup>300</sup> Vgl. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013b.



Menschen, die im wahrsten Sinne des Wortes am Boden lagen, auf die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe aufmerksam geworden waren. Auch hier war die Straße als prekärer Ort ein wichtiger Ausgangspunkt. So trug zunächst insbesondere die unübersehbare Prekarität ihrer Lebenssituation maßgeblich dazu bei, dass die Gruppenmitglieder in der Stadt sichtbar wurden. Menschen, die später zu Unterstützer\_innen werden würden, fühlten sich zum Handeln aufgefordert. Sieghard Wilm, Pastor der St. Pauli-Kirche, die noch zu einem wichtigen Ort des Protests werden würde, erzählte mir von seinen ersten Beobachtungen: „[D]ie ersten Flüchtlinge habe ich überhaupt erst an dem Donnerstag [30.05.2013; Anm. BN] gesehen. Da war ich beim Bismarck-Denkmal. Da habe ich eine Runde mit dem Fahrrad gedreht und *da* lagen Lampedusa-Flüchtlinge.“<sup>301</sup> Ähnlich erging es Nana, einer späteren Unterstützerin: „[A]n einem Tag sah ich [...] frühmorgens einige Jungs<sup>302</sup>, die an der Europa-Passage<sup>303</sup> schliefen, an allen möglichen verschiedenen Stellen, und habe ein oder zwei auch angesprochen [...]. Und sie haben mir dann halt erzählt, dass sie aus Italien kommen usw.“<sup>304</sup> Das war der Anfang. Nana beschloss dann, regelmäßig Essen für die obdachlosen Geflüchteten zu kochen – das sei ohnehin ihr Hobby – und ihnen zu bringen.<sup>305</sup> Immer mehr Menschen sahen oder hörten von den Migrant\_innen, die auf der Straße lebten – erst recht nach den ersten öffentlichen Protesten der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe Ende Mai 2013. Sie backten Kuchen, spendeten Obst oder Brot, brachten Schlafsäcke zum Infozelt am Hauptbahnhof, besuchten die Gruppenmitglieder dort oder andernorts und verbrachten Zeit mit ihnen. Im Plenum von Gruppenmitgliedern und Unterstützer\_innen am Hauptbahnhof wurden unterschiedliche Formen der Unterstützung koordiniert. Es wurden AGs für die Bereiche gegründet, in denen am dringendsten Unterstützung gebraucht wurde: Essen, Schlafplätze, Camp/Anmeldung<sup>306</sup>, medizinische Versorgung, Social Media, weitere Unterstützungsmöglichkeiten.<sup>307</sup> Schon nach kurzer Zeit waren erste Strukturen entwickelt. Täglich kochten Men-

<sup>301</sup> In: Interview 22-2014.

<sup>302</sup> Die Bezeichnung *Jungs* für die Mitglieder von *Lampedusa in Hamburg* begegnete mir insbesondere im Kontext des Stadtteils St. Pauli häufig (vgl. z.B. Interviews 6-2013, 15-2014 und 19-2014). Ich führe dieses Label auf den Stadtteil und dessen Nähe zum Fußballverein *FC St. Pauli* zurück, da ich annehme, dass es sich um eine Übertragung der – nicht nur dort – weit verbreiteten alltagssprachlichen Bezeichnung von Fußballspielern als *Jungs* handelt.

<sup>303</sup> Dass die Geflüchteten ausgerechnet in der *Europa*-Passage schliefen, sei hier nur als kleine Absurdität angemerkt. Es handelt sich dabei um ein großes Einkaufszentrum in der Stadtmitte Hamburgs zwischen Mönckebergstraße und Jungfernstieg.

<sup>304</sup> In: Interview 15-2104.

<sup>305</sup> Vgl. ebd.

<sup>306</sup> So lange es keine andere Unterbringungsmöglichkeit gab, wurde weiterhin versucht, Zelte als Notunterkunft aufzubauen (vgl. Feldtagebuch 2013: 28.05.2013 u.a.).

<sup>307</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 28.05.2013.

schen für die Gruppe und brachten das Essen in Wäschewannen zum Infozelt.<sup>308</sup> Andere machten in ihren Stadtvierteln auf die Lebenssituation der Geflüchteten aufmerksam, mobilisierten weitere Unterstützer\_innen, akquirierten Spenden in Supermärkten oder Bäckereien.<sup>309</sup> So begann die Bewegung sich nach und nach in der Stadt auszubreiten.



Abbildung 4: Infozelt von innen.

Um die Gruppe herum bildete sich ein immer größer werdendes, immer weiter verzweigtes Netzwerk von Unterstützer\_innen, von Einzelpersonen, Initiativen, gewerkschaftlichen, kirchlichen Gruppen, Moscheen, weiteren Organisationen. *Lampedusa in Hamburg* schaffte dabei etwas, was jahrzehntelang nicht gelungen war: Unterschiedlichste Menschen, die teilweise nicht mehr miteinander geredet hatten, setzten sich an einen Tisch. „Früher war es so: Hier war *Kein Mensch ist illegal*, da war der Flüchtlingsrat, und die *Karawane* hat wieder 'was Anderes gemacht. Und plötzlich geht das mit allen zusammen“<sup>310</sup>, schilderte Christian, ein Unterstützer, die Entwicklung. Mit *Lampedusa in Hamburg* wurden plötzlich wieder Verbindungen sichtbar, gemeinsame Ziele, die es zu verfolgen galt. Auch Aline, langjährige Aktivistin, kam von sich aus auf das Thema zu sprechen:

„[I]ch fand es erstaunlich und sehr positiv auch in der Entwicklung, wie dann verschiedene Zusammenhänge oder auch einzelne Leute aus unterschiedlichen Lebensbereichen zusammenkamen und da sowas wie früher im Inkreis [in der Hafenstraße;

<sup>308</sup> Vgl. Interview 15-2014.

<sup>309</sup> Vgl. Judith, in: Interview 12-2013.

<sup>310</sup> Christian, zit. nach: Feldtagebuch 2013; 29.08.2013.

Anm. BN] zusammen entstanden ist, wo man sich gegenseitig auch respektiert und akzeptiert.“<sup>311</sup>

Im Zuge der zunehmenden Vernetzung erschienen auch größere zivilgesellschaftliche Organisationen auf der Bildfläche. Dazu gehörten – neben der bereits erwähnten Nordkirche – beispielsweise Gewerkschaften. Es waren zunächst die jungen Gewerkschafter\_innen, die im Juni 2013 auf die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe zuzogen, kurz nachdem diese die Dauermahnwache am Hauptbahnhof aufgebaut hatten:

„[D]ann bin ich mit einigen von unserem Nachwuchs-Qualifizierungsprogramm ‚U35‘ – das ist so ein Anschlussprojekt an die Jugend, was wir hier im Landesbezirk seit zwei Jahren haben, was es auch noch in anderen Landesbezirken gibt, aber jetzt nicht unbedingt bundesweit –, mit sehr engagierten, jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern haben wir uns dann überlegt, weil das klar war, das wird [...] Stadthema: Was können wir machen [...] [an] ganz praktische[r] Unterstützung? Und weil es sehr sehr heiß war – und wir haben am Zelt nachgefragt, was sie brauchen, und es hieß: Getränke –, haben wir dann einen Rieseneinkauf an Getränken gemacht, mit einem unserer Wagen hier, den vollgestopft und den vorbei gebracht als Spende.“<sup>312</sup>

Neben der Versorgung mit Essen war die größte Herausforderung die Suche nach einer Unterkunft für die Gruppenmitglieder. Viele übernachteten, wie bereits beschrieben, auf der Straße, an der Europa-Passage, am Bismarck-Denkmal. Einige schliefen in ausrangierten Autos. Doch selbst diese prekäre Schlafgelegenheit war nicht von Dauer: Die Altwagen des Schrottplatzes, auf dem einige übernachtet hatten, wurden am 23. Mai 2013 exportiert.<sup>313</sup> Einige knüpften Kontakte und fanden bei Privatpersonen Unterschlupf, andere wurden von Moscheen aufgenommen.<sup>314</sup> Mit den wachsenden Unterstützungsstrukturen boten immer mehr Einzelpersonen und Hausprojekte Übernachtungsmöglichkeiten an. In der Praxis bedeutete dies, dass einzelne Unterstützer\_innen fast täglich neu koordinieren mussten, wie viele Menschen an den jeweiligen Orten würden schlafen können. Die Übernachtungsangebote unterlagen immer den Schwankungen des Alltags: Wenn beispielsweise in einem Hausprojekt eine Veranstaltung geplant war, wurden die Räume dafür gebraucht und konnten für eine oder zwei Nächte nicht als Unterkunft genutzt werden.<sup>315</sup> Außerdem mussten viele ihre Bleibe tagsüber verlassen. Durch

<sup>311</sup> Aline, in: Interview 16-2014.

<sup>312</sup> Jonas, in: Interview 20-2014.

<sup>313</sup> Bericht über die aktuelle Situation vom 23. Mai 2013, in: *Lampedusa in Hamburg* online 2013: 24.05.2013.

<sup>314</sup> Vgl. z.B. Feldtagebuch 2013: 06.06.2013.

<sup>315</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013.

die prekären Lebensumstände war auch die Kollektivität der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe von Anfang an brüchig. Die Gruppenmitglieder waren in der Regel in Gruppen von fünf bis 30 Menschen untergebracht, manche hatten individuelle Übernachtungsmöglichkeiten aufgetan.<sup>316</sup> Sie waren über die Stadt verteilt. Ihre eingeschränkte Mobilität machte die Herausforderung, als Gruppe zusammenzubleiben, besonders groß. Ihre prekäre Mobilität im urbanen Alltag war die Fortsetzung ihrer ebenso prekären Mobilität auf transnationaler, europäischer Ebene: Aufgrund ihrer fehlenden Anerkennung in Deutschland und der damit verbundenen fehlenden Arbeitserlaubnis mangelte es ihnen an den notwendigen ökonomischen Mitteln. Nur mühsam wurden sie innerhalb der Stadt mobil – durch Geldspenden, die sie für Fahrkarten verwenden konnten, sowie durch gespendete Fahrräder. Ihre Mobilität war dadurch eng verknüpft mit der Abhängigkeit von Unterstützer\_innen, die ihnen die benötigten Mittel zu Verfügung stellten.

Für Essen, Unterkunft, medizinische Versorgung und alle sonstigen Dinge des täglichen Bedarfs war *Lampedusa in Hamburg*, da die Gruppenmitglieder selbst nicht arbeiten durften, auf Spenden und Engagement angewiesen. Sie selbst und die Unterstützer\_innen, die von vornherein am Protest beteiligt waren, verbreiteten regelmäßig Spendenaufrufe. Lange bevor große Organisationen wie die Kirchen und Gewerkschaften als Unterstützer\_innen auftauchten, waren andere Einzelpersonen und Initiativen da gewesen. In den Bündnissen der ersten Stunde entstand Vertrauen, das auch in den darauffolgenden Monaten große Bedeutung behielt. Das stellten auch die Pastoren der St. Pauli-Kirche, die erst Wochen später mit in die Unterstützung eingestiegen waren, selbstkritisch fest – nicht nur in Bezug auf ihre Kirchengemeinde, sondern auf die Kirche als Ganzes: „Aber [...] man muss es einfach mal sehen: Die Kirche war auch *nicht rechtzeitig* da. Die Kirche *war* nicht rechtzeitig bei den Flüchtlingen.“<sup>317</sup> Andere Unterstützer\_innen seien hingegen von Anfang an da gewesen und haben, fuhr Sieghard Wilm fort, „das Vertrauen der Flüchtlinge gewonnen“<sup>318</sup> und enorm viel Unterstützung geleistet. „Und das haben wir auch wertgeschätzt.“<sup>319</sup>

Ebenfalls relativ am Anfang des Protests hatte *Lampedusa in Hamburg* begonnen, sich mit anderen, ähnlichen Protestgruppen zu vernetzen. Diese Vernetzung zeigte sich damals nicht immer in der Öffentlichkeit, sondern insbesondere in den gemeinsamen Treffen der Gruppenmitglieder und ihrer Unterstützer\_innen, an denen auch ich teilnahm. Am 28.05.2013 notierte ich im Plenum, dass das *Recht auf Stadt*-Bündnis in Hamburg aktuell an einer Solidaritätserklärung arbeitete. Au-

<sup>316</sup> Vgl. z.B. David, in: Interview 1-2013.

<sup>317</sup> Wilm, in: Interview 22-2014.

<sup>318</sup> Wilm, in: ebd.

<sup>319</sup> Wilm, in: ebd.

ßerdem war *Lampedusa in Hamburg* damals bereits in Kontakt mit der Gruppe *Lampedusa in Berlin*, die zu den Protestierenden am Oranienplatz gehörte.<sup>320</sup> Gerade die Verbindungen zu *Recht auf Stadt* gewannen im Laufe des Protests immer mehr an Bedeutung, auch auf dem Höhepunkt der Bewegung.<sup>321</sup>

Darüber hinaus eröffnete sich hier ein Feld, in dem sich unterschiedliche zivilgesellschaftliche Akteur\_innen engagierten. So veröffentlichte beispielsweise der Landesverband der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) am 05.06.2013 einen Spendenaufruf, durch den er versuchte, Geldspenden, Sachspenden und ehrenamtliches Engagement zu akquirieren. Die Sachspenden konnten zum einen im Gewerkschaftshaus bei Peter Bremme, dem Fachbereichsleiter *Besondere Dienstleistungen* (Fachbereich 13) von ver.di, abgegeben werden. Zum anderen stellte ver.di hier eine Querverbindung zur St. Pauli-Kirche her: Für Geldspenden wurde das Konto der St. Pauli-Kirche angegeben, es wurde darauf hingewiesen, dass Sachspenden auch dort abgegeben werden könnten, und es wurde die Möglichkeit aufgezeigt, sich dort zu engagieren.<sup>322</sup> So unspezifisch der Begriff der Zivilgesellschaft sein mag, zeigten sich hier zumindest Verbindungen zwischen verschiedenen Organisationen, die deren Zusammenfassung unter einem Begriff schlüssig machten. Was die Organisationen durch ihr offensichtlich gemeinsames Engagement demonstrierten, war eine Einheit und Einigkeit, die zur Sichtbarkeit des Protests in einer breiten Öffentlichkeit beitrug. Auch verschiedene religiöse Gemeinschaften riefen zu Spenden auf. In den Stadtteilen St. Georg und Borgfelde arbeiteten eine Moschee und mehrere evangelische Kirchengemeinden eng zusammen, machten gemeinsam auf den Spendenbedarf zur Unterstützung von *Lampedusa in Hamburg* aufmerksam und versorgten die Gruppe mehrmals pro Woche bzw. teilweise täglich mit Mahlzeiten.<sup>323</sup>

### 2.5.2 Affekte und Solidaritäten

Neben praktischer Hilfe gab es weitere Aktionen, durch die die Zivilgesellschaft sich mit der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe solidarisierte und versuchte, die politische Debatte mitzugestalten. Ende Mai 2013 wurde eine Petition verfasst, die

<sup>320</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 28.05.2013.

<sup>321</sup> Mehr dazu insbesondere in den Kapiteln 4.1 und 6.3.

<sup>322</sup> Vgl. ver.di Hamburg 2013. Auf die Bündnisse verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteur\_innen und die damit verbundenen Dynamiken werde ich in Kapitel 5.1 noch näher eingehen.

<sup>323</sup> Vgl. Muslimischer Familienverein e.V. Masjid Rahma/African Christian Church Hamburg/Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde St. Georg-Borgfelde 2013.

von Unterstützer\_innen unterzeichnet werden konnte. Sie unterstützte explizit die Forderungen, die die Gruppe selbst zuvor schon öffentlich gestellt hatte. Immer wieder bekundeten im weiteren Verlauf des Protests zahlreiche Initiativen und Organisationen ihre „Solidarität“ mit *Lampedusa in Hamburg*. Es gab so viele „Soli“-Erklärungen, dass die Gruppe sie im Herbst 2013 laminierte und am Infozelt am Hauptbahnhof aushängte.<sup>324</sup> Das Ausmaß der Solidarität sollte auf diese Weise greifbar und sichtbar gemacht werden. Dennoch werde ich diesen verbalen Solidaritätsbekundungen nicht im Detail nachgehen. Egal, wie explizit sie sich auf *Lampedusa in Hamburg* bezogen und wie sehr darin die Forderungen der Gruppe unterstützt wurden: Was es praktisch bedeutete, dass sich Gruppierungen mit der Protestbewegung *solidarisierten*, blieb dabei meist offen. Diese inhaltliche Unklarheit lässt sich mitunter auf die Unschärfe des Begriffs der Solidarität zurückführen.<sup>325</sup> Wie Serhat Karakayalı vorschlägt, kann jedoch gerade die Uneindeutigkeit des Begriffs als Ausgangspunkt seiner Analyse dienen. Sie lässt sich

„als Indiz für einen Konflikt oder eine Spannung im Herzen des modernen Gemeinwesens interpretieren, eine Spannung, die sich im Rahmen einer gewissen Problematik abspielt, welche die Randbedingungen des Begriffs liefert: Allgemein beschreibt der Begriff nämlich ein prinzipiell – wenn auch nicht immer faktisch – wechselseitiges füreinander Eintreten von Individuen und Kollektiven, in materieller, politischer oder sozialer Hinsicht, mit dem auch der Vereinzelung oder Atomisierung der Individuen in der Moderne entgegengewirkt werden soll.“<sup>326</sup>

Auch Sally J. Scholz beschreibt ein ähnliches Grundverständnis von Solidarität, wenn sie den Begriff der politischen Solidarität als moralisches Verhältnis beschreibt, als politische Bewegung, in der Individuen aufgrund ihrer „positiven Verpflichtung als Antwort auf eine wahrgenommene Ungerechtigkeit“<sup>327</sup> miteinander verbunden sind und die unabhängig von einer eigenen Erfahrung dieser Ungerechtigkeiten besteht. Doch gerade angesichts der hier deutlich werdenden normativen Implikationen des Begriffs warnt beispielsweise Miriam Ticktin vor der Gefahr, die historische Entstehung gesellschaftlicher Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten und damit die Verwobenheit gegenwärtiger Solidaritäten mit den Machtverhältnissen in Geschichte und Gegenwart zu ignorieren: „[R]egimes of care allow us to ignore painful histories, entrenched inequalities, and our complicity in these

<sup>324</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 12.11.2013.

<sup>325</sup> Kritische Betrachtungen zum Begriff der Solidarität sind beispielsweise bei Ticktin 2011, Scholz 2008, Messerschmidt 2006, Karakayalı 2013a oder Broden/Mecheril 2014 zu finden.

<sup>326</sup> Karakayalı 2013a: 21.

<sup>327</sup> Scholz 2008: 6. Übersetzung BN. Im Original: „Political solidarity is a moral relation that marks a social movement wherein individuals have committed to positive duties in response to a perceived injustice.“

by blocking out all but the present.“<sup>328</sup> Auch Scholz stellt die zentrale Frage: „[Is there a model to] adequately address the possibilities for participation in solidarity of those who were formerly privileged by the oppression“<sup>329</sup>? Sie begibt sich dabei auf die Suche nach epistemologischen Strategien „that might be entailed in the solidary commitment in order to avoid repeating social structures of domination within the solidary group“<sup>330</sup>. Sie weist somit darauf hin, dass auch solidarische Bewegungen – ebenso wie die übrigen gesellschaftlichen Strukturen – nicht frei von Machtverhältnissen oder den Prägungen machtvoller geschichtlicher Zusammenhänge sind.<sup>331</sup>

So vage und widersprüchlich der Begriff der Solidarität bleiben mag, so relevant erscheint mir die Frage, wie es überhaupt zu den vielfältigen „solidarischen“ Reaktionen der Zivilgesellschaft auf die Obdachlosigkeit der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe und ihren beginnenden Protest kam – sei es durch konkrete Unterstützung im Protestalltag, verbale Solidaritätsbekundungen oder andere Formen der Unterstützung. Auf praktischer Ebene entstand die Verbindung auf zwei Wegen. Zum einen wandte sich die Gruppe gezielt und strategisch an verschiedene Initiativen und Organisationen: Um bei der Organisation ihres politischen Protests unterstützt zu werden, kontaktierte sie zunächst die *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen*, auf der Suche nach einer Unterkunft wandte sie sich an die Bischöfin der Nordkirche in Hamburg. Zum anderen gingen – umgekehrt – die jeweiligen Akteur\_innen von sich aus auf die Gruppe zu und reagierten somit auf den öffentlich wahrnehmbaren Protest. Die Gewerkschaft ver.di bot beispielsweise aktiv ihre Unterstützung an. Peter Bremme sprach die Gruppe am Infozelt an.<sup>332</sup> Er erinnerte sich im Gespräch mit mir an seine erste Kontaktaufnahme zur Gruppe und an die Skepsis, mit der die Sprecher der Gruppe auf sein Unterstützungsangebot reagierten:

„Ich fand das, ehrlich gesagt, ganz sympathisch: Es gab ein richtiges *Misstrauen*. Es gab richtig misstrauische Fragen. Welches Interesse hast du dabei? Wieso willst du uns unterstützen? Welche Ziele verfolgst du? [...] Ich will das mal so sagen: Fragen, die ich von klugen, gebildeten Moderatoren kenne [...], die den Hintergrund ausleuchten wollen, wieso man bestimmte Themen anbringen möchte oder nicht – und damit

<sup>328</sup> Ticktin 2011: 58. Als „regimes of care“ bezeichnet Ticktin dabei „a set of regulated discourses and practices grounded on [...] a moral imperative to relieve suffering“ (ebd.: 3).

<sup>329</sup> Scholz 2008: 15.

<sup>330</sup> Ebd.

<sup>331</sup> Den sich daraus ergebenden Widersprüchen und Aushandlungsprozessen werde ich mich in den Kapiteln 4 und 5 noch näher widmen. In Kapitel 6.4 werde ich darüber hinaus auf die Potenziale einer in Grensräumen entstehenden Solidarität eingehen.

<sup>332</sup> Vgl. Bremme, in: Interview 18-2014 sowie die übereinstimmende Darstellung von David, in: Interview 1-2013.

hatte ich gar nicht gerechnet. Also, ich hätte eher damit gerechnet [...]: Super, dass du uns unterstützt! Oder: [...] Toll, dass jemand bei uns mitmachen will! Und: Gerne, reih' dich ein! Und das Gegenteil war der Fall. [...] Und es war gut. Es hat aber, glaube ich, auch eine ganz gute Basis gelegt für ein Vertrauensverhältnis – fand ich.<sup>333</sup>

Dass Peter Bremme eigentlich mit Dankbarkeit für die Unterstützung gerechnet hatte und von der Protestbewegung eine gänzlich unerwartete Reaktion erhielt, war eine erste Unterbrechung, die exemplarisch für die *Acts of Citizenship* der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe und das, was sie damit auslöste, steht. An dieser Schnittstelle zwischen der konstituierten und der konstituierenden Bürgerschaft<sup>334</sup>, die als Protestbewegung bestehende Institutionen – wie Gewerkschaften, Kirchen oder Bürgerschaft an sich – unterbrach und überraschte, entstand Raum für Auseinandersetzung und Veränderung. Doch wie genau wurde dieser Raum *zwischen* der Protestbewegung und den übrigen Akteur\_innen geschaffen und ausgestaltet?

Hier, wo es um Dankbarkeit oder ihr Ausbleiben ging, um Vertrauen oder Misstrauen, deutete die Protestbewegung auf etwas hin, was auch in ihrem weiteren Verlauf von großer Bedeutung war: Affekte und Emotionen. Die Geschehnisse rund um *Lampedusa in Hamburg* waren durchzogen von Wut, Traurigkeit, Hoffnung, Freundschaft, Mitleid, Angst, Begeisterung, Erschöpfung, Irritation und einer Vielzahl weiterer, komplexer physiologischer und psychologischer Erfahrungen. Sie tauchten mal nacheinander, mal gleichzeitig, sich ergänzend, sich widersprechend auf. Einen Affekt verstehe ich hierbei als physiologische Empfindung, eine Emotion hingegen als psychologische Erfahrung. Beide sind untrennbar miteinander verbunden, gehen ineinander über, folgen keiner Chronologie oder Kausalität. Rei Terada nimmt diese Verbindung auch begrifflich vor, indem sie sich für die Bezeichnung Gefühl<sup>335</sup> entscheidet, die nach ihrer Definition physiologische wie auch psychologische Aspekte umfasst.<sup>336</sup> Ich werde dennoch die separaten Begriffe „Affekt“ und „Emotion“ verwenden und dabei insbesondere die Implikationen des Affekts herausarbeiten, da mir der Begriff im Zusammenhang mit der Protestbewegung, ihren Kollektivierungs- und Subjektformierungsprozessen, ihren Unvorhersehbarkeiten und Transformationen besonders produktiv erscheint. Zusammengefasst sind Affekte Fähigkeiten, Modalitäten, Arrangements, Energien und Intensitäten, die sich – in unterschiedlicher Form, Temporalität, Geschwindig-

<sup>333</sup> In: Interview 18-2014.

<sup>334</sup> Ich knüpfe hier an den Begriff der konstituierenden und konstituierten Macht von Étienne Balibar an, den Robin Celikates in seinen Überlegungen zur Demokratisierung der Demokratie aufgreift und weiterdenkt (vgl. Celikates 2010).

<sup>335</sup> Übersetzung BN. Im Original: „feeling“.

<sup>336</sup> Vgl. Terada 2001: 4.



keit und Räumlichkeit – „an Körpern vollziehen, durch Körper produziert werden und von Körpern übertragen werden“<sup>337</sup>. Sie stellen somit ein Erleben dar, das über individuelle Emotionen und Kognitionen hinausführt. Anders als Emotionen, die in erster Linie als subjektive Erfahrung begriffen werden, sind Affekte relational zu verstehen. Sie geschehen in Beziehung, in Begegnung, im Zwischenraum zwischen Kontexten, Situationen, menschlichen und nicht menschlichen Körpern, Individuen und Gruppierungen.<sup>338</sup> Nach Spinoza ist der Ausgangspunkt die Fähigkeit „to affect and to be affected“<sup>339</sup>, also: zu affizieren und affiziert zu werden, zu bewegen und bewegt zu werden. Genau in dieser Formel findet sich die Relationalität von Affekten wieder: „When you affect something, you are at the same time opening yourself up to being affected in turn, and in a slightly different way than you might have been the moment before. You have made a transition, however slight.“<sup>340</sup> Die Transformationskraft von Affekten heben auch Gilles Deleuze und Félix Guattari – und mit ihnen Autoren wie Baruch Spinoza und Henri Bergson – hervor, indem sie sie als eigenständige Entitäten begreifen, die über die Subjekte, die sie erfahren, hinausgehen: „Affects are no longer feelings or affections; they go beyond the strength of those who undergo them. Sensations, percepts, and affects are *beings* whose validity lies in themselves and exceeds any lived.“<sup>341</sup> Diese „Autonomie des Affekts“<sup>342</sup> lässt sich, anders formuliert, als Überschuss begreifen, durch den sich Potenziale und Lebendigkeiten verwirklichen.<sup>343</sup> Affekte sind ein Prozess, ein kollektives und kollektivierendes Werden, ein In-Bewegung-versetzt-Werden, das sich in konkreten Situationen ereignet und doch über einzelne Situationen hinausweist und Verbindungen zwischen ihnen herstellt.<sup>344</sup> Gerade in diesen (trans-)situativen Werdensprozessen entfalten Affekte ihre politische Dimension.<sup>345</sup> „When I think of my body and ask what it does to earn that name, two things stand out“, formuliert Massumi. „It moves. It feels. In fact, it does both at the same time. It moves as it feels, and it feels itself moving.“<sup>346</sup> Diese Bewegungen, die Affekte hervorgerufen oder durch Affekte hervorgerufen werden, sind sowohl körperlich als auch

<sup>337</sup> Lorimer 2008: 552. Übersetzung BN. Im Original: „act on bodies, are produced through bodies and transmitted by bodies“.

<sup>338</sup> Vgl. Gregg/Seigworth (Hg.) 2010a, Massumi 2015, Lea/Woodward 2010, Anderson 2006 und Brown/Stenner 2001.

<sup>339</sup> Zit. nach Massumi 2015: ix.

<sup>340</sup> Massumi 2015: 4.

<sup>341</sup> Deleuze/Guattari 1994: 164. Vgl. auch Anderson 2006: 735 sowie Clough 2010: 207.

<sup>342</sup> Massumi 2002. Übersetzung BN. Im Original: „autonomy of affect“.

<sup>343</sup> Vgl. Massumi 2002: 35.

<sup>344</sup> Vgl. ebd.: 217.

<sup>345</sup> Vgl. Massumi 2015 und Lea/Woodward 2010.

<sup>346</sup> Massumi 2002: 1.

politisch zu verstehen. Ein solches Verständnis von Affekten ist eng verknüpft mit dem Konzept der *Acts of Citizenship*, die sich ebenfalls in konkreten Handlungen in spezifischen Momenten vollziehen und so eine Bürgerschaft im Werden konstituieren. Die Kraft politischer Bewegungen liegt demnach nicht allein in ihren Zielen und Taktiken, sondern in ihrer Fähigkeit, durch performative Akte und kollektivierende Momente zu affizieren und affiziert zu werden.<sup>347</sup>

Wie bereits angedeutet, stellen Affekte und Emotionen Unterbrechungen dar und greifen so eine Perspektive der Diskontinuitäten und Unvorhersehbarkeiten auf. Sie beleuchten Lücken und Kontingenzen, Momente der Überraschung und des Chaos und knüpfen so an die übrigen methodologischen Ansätze an, mit denen ich arbeite. „Affect and emotion, after all, point just as well as poststructuralism and deconstruction do to the subject’s discontinuity with itself, a discontinuity of the subject’s conscious experience with the non-intentionality of emotion and affect“<sup>348</sup>, so Patricia Clough. Auch im Kontext von *Lampedusa in Hamburg* waren es die Affekte und Emotionen, die die Gruppenmitglieder bewegten und die sie in anderen auslösten – in Kirchen und Gewerkschaften, Initiativen und Nachbarschaften, politischen Gremien. So führten nicht zuletzt ihre Wut über die europäische Migrationspolitik, ihre Angst vor weiteren Monaten oder Jahren auf den Straßen Hamburgs oder Italiens und ihr Aufbegehren gegen die bestehenden Machtverhältnisse zu ihrer Formation als Protestbewegung. Und mit dieser Bewegung steckten sie andere an, verursachten Wirbel, indem sie das Bestehende durchbrachen. Immer wieder wurden so Situationen rekonfiguriert und das politische Gefüge transformiert. Durch ihre performativen und affizierenden Akte eröffneten sie sich unvorhersehbare Möglichkeitsräume: „At every turn we are invited to shift our footing, even if only slightly, gradually: a situated movement, like an affirmation that paradoxically makes it possible to opt for desire even while we find ourselves struggling against positions that keep us caged like rats.“<sup>349</sup> Der hier auftauchende Widerspruch zwischen Einschränkung und Ermöglichung lässt sich mit Massumi als faktische Ergänzung lesen: „[W]alking is controlled falling. Continuity embraces discontinuity as walking includes falling.“<sup>350</sup> Das eine gehört zum anderen. Er empfiehlt daher, mit den Einschränkungen zu spielen statt sie zu

<sup>347</sup> Massumi zeigt dies exemplarisch anhand der Antiglobalisierungsbewegung auf, die zwar nicht all ihre Ziele erreicht, aber innerhalb kurzer Zeit zu einer Diskursverschiebung geführt habe, die sich bis heute darin zeige, dass auf internationaler Ebene keine politischen Treffen mehr denkbar seien, bei denen Themen wie Armut oder Gesundheit nicht auf der Tagesordnung stünden (vgl. Massumi 2015: 16).

<sup>348</sup> Clough 2010: 206.

<sup>349</sup> Lea/Woodward 2010: 170.

<sup>350</sup> Massumi 2002: 217.

vermeiden.<sup>351</sup> In diesem Sinne komme ich auch der Protestbewegung von *Lampedusa in Hamburg* auf die Spur und verfolge die Situationen und Praktiken, mit denen sie angesichts immenser rechtlicher Einschränkungen entgegen ihres Status doch für ihre Rechte kämpfte und in Hamburg blieb.

Schließlich bedeutet meine Bezugnahme auf Affekte auch, das konkret Menschliche der Protestbewegung im Blick zu behalten und zu konzeptualisieren. Nach Massumi sind Affekte der Inbegriff der Verwobenheit von Situation und menschlicher Erfahrung.<sup>352</sup> Solche menschlichen Erfahrungen – wie beispielsweise die Bedrohung ihrer Existenz aufgrund von Obdachlosigkeit oder die Wut über ihre Entrechtung – hatte *Lampedusa in Hamburg* performativ auf die Straße getragen. Dadurch hatte die Gruppe vielfältige Akteur\_innen auf den Plan gerufen und affiziert. Ihre öffentlich gewordene Prekarisierung löste eine Vielzahl von Emotionen und Affekten aus, sorgte für Wut, Traurigkeit, Entsetzen und Empathie und in deren Folge für unterschiedlichstes Engagement zur Unterstützung ihres Protests. Eine Unterstützerin erinnerte sich im Interview an diese ersten Wochen:

„[E]s war, ich erinnere, auch eine harte Zeit – für mich auch, weil ich immer nach Hause gefahren bin und ich ständig am Nachdenken war, wie man diese Menschen von der Straße kriegt. Und dann eben auch so traurig, aber auch wütend war, dass das hier in dieser Stadt so passieren kann.“<sup>353</sup>

Viele Menschen aus der Zivilgesellschaft teilten seitdem, wie beschrieben, den politischen Protest der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe und unterstützten diese auf unterschiedlichsten Ebenen. Fest stand jedoch: Es musste sich etwas ändern. „We cannot continue to depend on the solidarity of the people [...]. The future is at stake“<sup>354</sup>, so Sprecher Asuquo Udo bei einer Pressekonferenz am 19.06.2013. Trotz aller Unterstützung blieb ihre Lage äußerst prekär. Gemeinsam mit ihren Unterstützer\_innen kämpfte die Gruppe dafür, dass sich daran etwas ändern würde.

---

<sup>351</sup> Vgl. Massumi 2015.

<sup>352</sup> Vgl. ebd.: 14.

<sup>353</sup> Judith, in: Interview 12-2013.

<sup>354</sup> Udo, zit. nach: Felddagebuch 2013: 19.06.2013.

## 2.6 Wenn eine Kirche ihre Türen öffnet: Die widersprüchlichen Politiken des Humanitarismus

„Are we safe here?“<sup>355</sup>

David Amoya

### 2.6.1 Wenn eine Kirche ihre Türen öffnet

Während in jenen Wochen immer mehr Menschen in Hamburg – und darüber hinaus – auf die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe aufmerksam wurden, begann die Bischofskanzlei der Nordkirche gemeinsam mit dem Diakonischen Werk Hamburg im Mai 2013, die bereits skizzierten Verhandlungen mit der Stadt zu führen. Dabei ging es in erster Linie um eine Unterkunft für die Gruppe. Die BASFI betonte, wie in Kapitel 2.2 erwähnt, dass um das mögliche „Pavillondorf“ im Stadtteil Langenhorn ein Zaun gebaut werden müsste, um die Menschen in der benachbarten Kindertagesstätte sowie die Anwohner\_innen „zu beruhigen“<sup>356</sup>. Diese Errichtung einer Grenze innerhalb der Stadt korrespondierte mit dem Verweis auf das europäische Grenzregime, das sich in dem klar formulierten Ziel der Unterbringung widerspiegelte: Es ging der Stadt nicht darum, der Obdachlosigkeit der Gruppe ein Ende zu setzen, sondern darum, die Gruppenmitglieder zu registrieren und ihre Rücküberstellung nach Italien vorzubereiten. Am 01.06.2013 erklärten Kirche und Diakonie daher die Verhandlungen mit der Stadt für vorerst gescheitert. Bei einer Pressekonferenz fasste Dirk Hauer vom Diakonischen Werk Hamburg den Dissens wie folgt zusammen:

„Die Rahmenbedingungen in Langenhorn sind so gesetzt [...] zurzeit, dass die Abschiebung vorbereitet wird. [...] Die Behörde geht davon aus, dass die Flüchtlinge *pauschal* abzuschieben sind und bereitet das jetzt vor. Wir sagen: *keine* pauschalen Urteile. Das ist nicht angesagt. Angesagt ist eine dezidierte und genaue *Einzelfallprüfung*. Das ist der Unterschied [...] – sage ich jetzt mal, auf *der* Ebene – zwischen uns und der Behörde.“<sup>357</sup>

In den Verhandlungen kam immer wieder die Frage auf, wer welche Verantwortung trüge. Die kirchlichen Akteur\_innen machten deutlich, dass die politische Verantwortung für die Unterbringung nicht bei ihnen läge, dass sie sich aber dafür verantwortlich sähen, humanitäre Hilfe zu leisten.<sup>358</sup> Umso mehr wehrten sie sich dagegen, eine Unterbringung in die Tat umzusetzen, die in erster Linie an

<sup>355</sup> David, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 02.06.2013.

<sup>356</sup> Verena Orth (Mitarbeiterin der BASFI), so wurde mir berichtet.

<sup>357</sup> Zit. nach: Feldtagebuch 2013: 01.06.2013.

<sup>358</sup> Nach Hauer und Stoltenberg, zit. nach: ebd.

ordnungspolitischen Überlegungen orientiert und zudem als „Abschiebelager“<sup>359</sup> konzipiert gewesen wäre.<sup>360</sup>

Während Kirche und Diakonie mit der Stadt Hamburg verhandelten, bereiteten Mitglieder der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe, einzelne Unterstützer\_innen und wenige Kirchengemeinden im Hintergrund praktische Schritte für eine Unterbringung der Gruppe vor.<sup>361</sup> So kam es, dass ca. 50 Gruppenmitglieder am folgenden Tag – einem Sonntag – am Gottesdienst der Hamburger Hauptkirche St. Michaelis teilnahmen. Ein Sprecher der Gruppe, Affo Tchassei, erhielt wenige Minuten Redezeit, um die Situation der Gruppe darstellen zu können. Anschließend führten sie ein Gespräch mit dem dortigen Pastor, Alexander Röder, der ihnen Hilfe zusagte, aber keine Möglichkeiten einer Unterbringung sah.<sup>362</sup> Auf der Suche nach einer Unterkunft liefen sie weiter durch die Stadt. Nur wenige Kilometer vom Michel<sup>363</sup> entfernt liegt die St. Pauli-Kirche. Auch dort baten sie um Hilfe.

„Und dann – gegen Mittag – standen die Lampedusa-Flüchtlinge bei mir vor der Kirche“, erinnerte sich Pastor Sieghard Wilm an jenen Sonntag Anfang Juni 2013. Er und sein Kollege, Pastor Martin Paulekun, waren bereits durch verschiedene Ereignisse und persönliche Hinweise auf *Lampedusa in Hamburg* und deren Suche nach einer Unterkunft aufmerksam geworden. Die entsprechenden Gespräche hatten im Frühling und vermehrt ab Mai 2013 stattgefunden.<sup>364</sup> Am 31. Mai konkretisierte sich die Anfrage dann. Johann Malik, ein Unterstützer der Gruppe und Gemeindeglied in St. Pauli, teilte Sieghard Wilm mit, dass einige Gruppenmitglieder am Sonntag kommen und um Hilfe bitten würden. Während Pastor Wilm in Hamburg und Pastor Paulekun über das Wochenende verreist war, beschlossen die beiden Kollegen, Mitglieder der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe aufzunehmen, falls sie tatsächlich zwei Tage später bei ihnen anklopfen würden. „Es ging ja wirklich auch nur um den Moment“, so war Sieghard Wilms Einschätzung damals.

<sup>359</sup> Stoltenberg, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 01.06.2013.

<sup>360</sup> Vgl. Stoltenberg, in: Pressestelle der Bischofskanzlei Hamburg und Lübeck (Nordkirche) 2013. Nicht zuletzt hätte die BASFI dadurch gegen das in Art. 18 GG formulierte Willkürverbot verstoßen. Es handelte sich somit um einen eindeutig rechtswidrigen Vorschlag seitens der Behörde.

<sup>361</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 02.06.2013.

<sup>362</sup> Vgl. Berichte von *Lampedusa in Hamburg*-Mitgliedern in der Vollversammlung am 02.06.2013, in: Feldtagebuch 2013: 02.06.2013 sowie Presseberichte vom 03.06.2013, z.B. Bild.de 2013.

<sup>363</sup> Der Turm der St. Michaelis-Kirche wird als „Michel“ bezeichnet. In der Umgangssprache gilt dieser Name auch der gesamten Kirchengemeinde.

<sup>364</sup> Vgl. Interview 22-2014.

„Am Anfang ging es nur darum, dass Leute außen auf dem Gelände übernachten können. Ich wusste ja auch gar nicht, wie viele Leute kommen würden [...]. Und ich ging immer noch davon aus: Das dient der allgemeinen Beruhigung und ansonsten finden das DW [Diakonische Werk; Anm. BN] und der Sozialsenator eine Lösung.“<sup>365</sup>

Doch die allgemeine Beruhigung und die erhoffte Lösung traten nicht ein. Die Verhandlungen scheiterten just an diesem Wochenende.<sup>366</sup>

Schon in diesen ersten, bewegten Wochen blieb ich dem Protest dicht auf den Fersen. Es war ungefähr 15 Uhr, als ich den Kirchgarten der St. Pauli-Kirchengemeinde betrat. Ich hatte in den Tagen zuvor nur Gerüchte gehört, dass die St. Pauli-Kirche angeblich eventuell einige Menschen unterbringen würde. Am Sonntagmittag erreichte mich dann die SMS einer Freundin, die bereits an der St. Pauli-Kirche war. 13:39 Uhr: „Ca 40 sind soeben in st pauli angekommen“<sup>367</sup>. So schnell wie möglich machte auch ich mich auf den Weg und radelte nach St. Pauli. Als ich ankam, waren in der Tat bereits über 40 Mitglieder der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe und ein paar Unterstützer\_innen dort. Ich sah einige bekannte Gesichter. Wir hatten uns schon an der Mahnwache am Hauptbahnhof oder bei Veranstaltungen von *Lampedusa in Hamburg* getroffen. Auf der Wiese vor der Kirche bauten wir eine lange Tafel auf, trugen Papphocker in den Garten, bereiteten alles für ein gemeinsames Mittagessen vor. Nach kurzer Zeit war der Tisch reich gedeckt: Fladenbrote, Gurken, Tomaten, Wurst, Käse, Tee, Kaffee. Ein junger Mann aus der Gruppe ging beim Essen um den Tisch herum und bediente alle mit Tee. Die Atmosphäre war schön, ruhig, gemütlich. Ein echter Kontrast zu den Anstrengungen und Anspannungen der vorangegangenen Tage und Wochen.<sup>368</sup>

Doch es waren noch viele organisatorische Details zu klären. In einer andert-halbstündigen Versammlung besprachen wir, d.h. die Mitglieder von *Lampedusa in Hamburg* und ihre Unterstützer\_innen, den bisherigen Protest, die sich überschlagenden Ereignisse der vergangenen Tage, die weiteren Pläne – wie z.B. eine Demonstration am darauffolgenden Samstag – und die organisatorischen Rahmenbedingungen für die Übernachtung in der St. Pauli-Kirche. Vermutlich würde in naher Zukunft ein Camp im Kirchgarten der St. Pauli-Kirche aufgebaut werden. Am nächsten Tag sollte es ein Treffen von *Lampedusa in Hamburg* und einzelnen

<sup>365</sup> Wilm, in: Interview 22-2014.

<sup>366</sup> Siehe oben.

<sup>367</sup> Monika, in: SMS, 02.06.2013. Beim Zitieren von SMS oder E-Mails lasse ich Rechtschreibfehler oder Abkürzungen bewusst und im Folgenden unkommentiert bestehen. Ich begreife sie nicht zuletzt als Ausdruck der Temporalität digitaler Kommunikation, die insbesondere durch ihre hohe Geschwindigkeit geprägt ist. Siehe dazu auch *#lampedusabh* zwischen Kapitel 4 und 5.

<sup>368</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 02.06.2013.

Unterstützer\_innen mit Bischöfin Kirsten Fehrs von der Nordkirche geben. Danach würde man weitersehen. Doch für die erste Nacht würde die Kirche als Unterkunft zur Verfügung stehen. Kissen und Decken wurden von einer Jugendherberge gestellt und zur Kirche gebracht.<sup>369</sup> Auch in den darauffolgenden Tagen, Wochen und Monaten übernachteten ca. 80 Mitglieder der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe in der Kirche, auf dem Holzfußboden aus früheren Schiffsplanken, am Hamburger Hafen, mitten in St. Pauli.<sup>370</sup>



*Abbildung 5: An der St. Pauli-Kirche.*

<sup>369</sup> Vgl. Transkribierte Audio- und Videomaterialien 2013–2015: 02.06.2013 und Feldtagebuch 2013: 02.06.2013.

<sup>370</sup> Parallel dazu bemühten sich kirchliche Vertreter\_innen ab Juni 2013 weiterhin um Unterkünfte (siehe auch Feldtagebuch 2013: 01.06.2013, Fehrs: „Das Bemühen geht weiter.“ (Pressekonzferenz im Diakonischen Werk)). Die Ideen waren vielfältig, aber in ihrer Umsetzbarkeit zunächst ungewiss, und reichten vom Aufbau großer Zelte in der Hafencity bis hin zur Nutzung eines früheren Krankenhauses in kirchlicher Trägerschaft (vgl. Feldtagebuch 2013: Juni 2013).

### 2.6.2 Die widersprüchlichen Politiken des Humanitarismus

So sehr der Impuls, die Gruppenmitglieder aufzunehmen, von der St. Pauli-Kirchengemeinde selbst ausgegangen war, war die Gemeinde doch auch Teil der machtvollen Institution Kirche. Und diese war schon seit einigen Wochen mit dem Senat und der BASFI im Gespräch über eine *Lösung für Lampedusa in Hamburg*. Es war somit offensichtlich, dass die Kirche sowohl durch die direkten politischen Verhandlungen als auch durch die Unterbringung von Gruppenmitgliedern in der St. Pauli-Kirche als politische Akteurin involviert war. Gleichzeitig war in der Öffentlichkeit stets zu hören, dass die Kirche lediglich „humanitäre Hilfe“<sup>371</sup> leiste. Es war gerade der humanitäre Diskurs, der eine logische Brücke schlug zwischen Kirche und Politik, zwischen Moral und Regierung, und der Kirche so erlaubte, selbst zur politischen Akteurin zu werden. Eine solche „humanitäre Regierung“<sup>372</sup> lässt sich mit Didier Fassin definieren als „the administration of human collectivities in the name of a higher moral principle that sees the preservation of life and the alleviation of suffering as the highest value of action“<sup>373</sup>. Durch solche humanitären Regierungen werden Menschen zu Leidtragenden, zu Opfern gemacht, ohne dabei die globalen Ungleichheiten zu thematisieren, die zu diesem Leiden führen. Wer humanitäre Hilfe empfängt, wird als körperlich leidendes Individuum konstruiert, nicht aber als Mensch, der unter Ausbeutung, Unterdrückung oder Armut leidet.<sup>374</sup>

Wissenschaftler\_innen verschiedener Disziplinen widmen sich seit Jahren den verschiedenen Ausformungen humanitärer Regierungen. Im Bereich der Internationalen Beziehungen und Internationalen Rechtswissenschaften liegt der Fokus meist auf den Formen nationalstaatlicher und globaler Regierung, wie z.B. sogenannten humanitären Interventionen, die von Staaten und Staatengemeinschaften vollzogen werden. NGOs spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Im Gegensatz dazu beschäftigen sich Forschungen, die im Kontext von politischem Aktivismus und sozialen Bewegungen stattfinden, vorwiegend mit den neuen Akteur\_innen und Netzwerken, die auf nationaler und internationaler Ebene in Erscheinung treten. Sie untersuchen in erster Linie NGOs, ihre Motive und Modalitäten und die immer weiter ausgebauten transnationalen Querverbindungen.<sup>375</sup>

<sup>371</sup> Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland 2013a.

<sup>372</sup> Übersetzung BN. Im Original: „humanitarian government“.

<sup>373</sup> Fassin 2007: 151.

<sup>374</sup> Vgl. z.B. Ticktin 2011: 24f. Siehe auch Kapitel 2.2.4.

<sup>375</sup> Vgl. Fassin 2007: 151. Fassin bezieht sich hier auf ein erweitertes Verständnis des Regierens, das im Rückgriff auf Foucault nicht auf das Handeln staatlicher Organe beschränkt ist, sondern gerade auch in sogenannten *Nicht*regierungsorganisationen zu finden ist.



In der „zweiten humanitären Ära“<sup>376</sup>, deren Beginn Didier Fassin an der Gründung von *Médecins sans Frontières (MSF)* Anfang der 1970er-Jahre und der damit verbundenen Aufhebung der monopolartigen Stellung des Roten Kreuzes festmacht, erfahren humanitäre Politiken und Praktiken eine neue Popularität. Fassin stellt in seinen Ausführungen beispielsweise dar, wie militärische Interventionen seit Anfang der 1990er-Jahre humanitär begründet wurden. Er führt dazu u.a. das Beispiel der USA und der UN in Somalia 1992 an, die die Situation als „humanitäre Krise“ bezeichneten und in der internationalen Resolution ebenfalls damit argumentierten, dass die Versorgung mit „humanitärer Hilfe“ nicht möglich gewesen sei. Obwohl der Humanitarismus ursprünglich durch NGOs wie das Rote Kreuz entwickelt wurde, die staatlich unabhängig am Rande von Konflikten zwischen Nationalstaaten agieren wollten, und von MSF etc. weitergeführt wurde, deren Ziel es war, nicht nur unabhängig von staatlicher Gewalt, sondern sogar in direkter Opposition zu ihr zu handeln, eignen sich staatliche Akteur\_innen nun die Praktiken und Rhetoriken des Humanitären an. Während im öffentlichen Raum der symbolische Wert von Humanität und Mitgefühl wächst, erweist sich die Übernahme des humanitären Vokabulars als taktischer Zug, um staatliches Handeln zu legitimieren. Vor allem aber entsteht hier ein Humanitarismus, der die Grenzen zwischen dem Militärischen und dem Humanitären, zwischen staatlich und nicht staatlich, zwischen Staatsgewalt und vermeintlich unabhängigen Organisationen, zwischen Regierung und Nichtregierung verschwimmen lässt und so zu einer zunächst unsichtbaren Ausweitung staatlicher Macht führt:

„Each of these changes in policy relied much more on an invisible work of conviction, negotiation, and collaborative construction than on a frontal attack. This porous border between the governmental and nongovernmental spheres thus moves according to multiple logics rarely seen for what they are.“<sup>377</sup>

Die Humanitarisierung des Staats bedeutet auch, dass er die eigenen Regierungspraktiken mit humanitärem Vokabular beschreiben kann und sich dadurch einfügt in die Kommunikationskampagnen von Nichtregierungsorganisationen. Die gemeinsame Sprache schafft die Basis für Verhandlungen, Vereinbarungen und gemeinsame Strategien staatlicher und nicht staatlicher Akteur\_innen.<sup>378</sup>

Auch im Kontext des kirchlichen Engagements für die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe zeigten sich die durchlässigen Grenzen zwischen Staat und Zivilgesellschaft, zwischen Politik und Kirche in Form humanitaristischer Praktiken und

<sup>376</sup> Fassin 2007: 151. Übersetzung BN. Im Original: „second humanitarian era“.

<sup>377</sup> Fassin 2007: 155. Vgl. zu den Entwicklungen der neuen humanitären Ära auch Ticktin 2006 und Douzinas 2007.

<sup>378</sup> Vgl. Douzinas 2007: 62 sowie Fassin 2007: 152ff.

Rhetoriken. Das gemeinsame Vokabular tauchte in kirchlichen wie auch in politischen Zusammenhängen auf. Die Nordkirche wandte sich bereits wenige Wochen, nachdem die St. Pauli-Kirche ihre Türen für *Lampedusa in Hamburg* geöffnet hatte, an eine breite Öffentlichkeit. Mit dem Flyer „Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge. Die Nordkirche informiert“ kommentierte sie das eigene Engagement an der Seite der Protestbewegung. Bischöfin Fehrs schickte diesen Flyer an 171 evangelische Kirchengemeinden in Hamburg. In einem Begleitbrief warb sie um weitere Unterstützung, beispielsweise durch die Unterbringung weiterer Gruppenmitglieder in anderen Kirchengemeinden.<sup>379</sup> Die dort so bezeichnete „humanitäre Hilfe“ tauchte in den darauffolgenden Monaten immer wieder in öffentlichen und informellen Debatten sowie in Presseartikeln auf. Während der Begriff der humanitären Hilfe geradezu unpolitisch anmutete, formulierten die Pastoren der St. Pauli-Kirche im Nachhinein, dass sich die politische Dimension ihres Handelns zu keinem Zeitpunkt wegdenken ließ: „Also, das wurde sozusagen als Protestaktion wahrgenommen – es war aber humanitäre Nothilfe. Und wir hatten gar kein politisches Konzept, aber wir merkten, das ist zutiefst politisch, was wir jetzt gerade tun.“<sup>380</sup>



*Abbildung 6: In der St. Pauli-Kirche.*

Doch die „humanitäre Hilfe“ hob sich begrifflich keineswegs von der Politik ab. Auch die politischen Gremien beschrieben ihr Handeln als „humanitäre Hilfe“ und verstanden es sogar explizit als gemeinsames Handeln mit Akteur\_innen wie der Kirche. „Humanitäre Hilfe ist selbstverständlich, da sind sich SPD-Fraktion

<sup>379</sup> Vgl. DIE WELT 2013 sowie Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland 2013a.

<sup>380</sup> Wilm, in: Interview 22-2014. Auch sein Kollege Martin Paulekun bestätigte im Gespräch diese Einschätzung.

und Senat auch absolut einig. Die Stadt ist auch nach wie vor offen für eine gemeinsame Lösung mit Kirche und Diakonie<sup>381</sup>, so die SPD-Abgeordnete Ksenija Bekeris in der Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft am 12.06.2013. Auch Kai Voet van Vormizeele (CDU) stellte diese Verbindung her: „Wir erwarten, dass senatsseitig humanitäre Angebote gemacht werden. Wir erwarten aber auch, dass die Verhandlungspartner, sei es die Diakonie oder seien es Kirchengemeinden, diese Angebote annehmen und dass man da zusammenarbeitet.“<sup>382</sup> Wie in Kapitel 2.4.3 beschrieben, war die von SPD, CDU und FDP geforderte „humanitäre Hilfe“ jedoch unmissverständlich gekoppelt an die Rückführung der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe nach Italien. Beides wurde in einem Atemzug genannt: Die Gewährung „humanitärer Hilfe“ stand keineswegs im Widerspruch zur vorschnellen Verneinung einer dauerhaften Aufenthaltsperspektive in Hamburg. Die Kirche versuchte zwar, als humanitäre Akteurin aufzutreten und sich dadurch von dieser Politik abzugrenzen. Doch statt eine klare Grenze zwischen Senat und Kirche zu ziehen, manifestierte sich gerade in den Praktiken und Rhetoriken des Humanitarismus ihre Porosität.

Als die St. Pauli-Kirche ihre Türen für die Gruppe öffnete, ermutigte Sprecher David den Rest der Gruppe, dem Schutz der Kirche zu vertrauen: „Please [...] be attentive to what the preacher is trying to explain to us“<sup>383</sup>. Es war nicht „Herr Wilm“, auf den David hier Bezug nahm, sondern „the preacher“. Er bezog sich somit eindeutig auf die institutionellen Zusammenhänge, die die Unterbringung in der St. Pauli-Kirche überhaupt erst ermöglichten. Dabei schien es ein grundlegendes Vertrauen zu geben, ohne das *Lampedusa in Hamburg* die Kirchengemeinde gar nicht erst um Unterstützung gebeten und dieser Form der Unterbringung zugestimmt hätte. Doch schon zum damaligen Zeitpunkt – wenige Wochen, nachdem *Lampedusa in Hamburg* die Nordkirche erstmals offiziell um Unterstützung gebeten hatte – war das Vertrauen nicht ungebrochen. Zwar sprach die Gruppe immer wieder von einem grundsätzlichen Vertrauen gegenüber der Zivilgesellschaft, weshalb sie durchaus gerne mit der Kirche kooperieren würden. Doch als Ende Mai 2013 ein Beratungsgespräch zwischen einem Anwalt, der u.a. in einer Rechtsberatungsstelle in kirchlicher Trägerschaft arbeitet, Sprechern der Gruppe und ein paar wenigen Unterstützer\_innen aus dem gemeinsamen Plenum stattfand, äußerte David nicht nur fehlendes, sondern enttäushtes Vertrauen in die Nordkirche. „The church and the authorities are working together. Will you be bold enough to fight in front of court? [...] The church made promises and they didn’t fulfill it. So, I

<sup>381</sup> Bekeris, in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013b: 4736.

<sup>382</sup> Voet van Vormizeele, in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013b: 4737.

<sup>383</sup> Zit. nach: Feldtagebuch 2013: 02.06.2013.

am disappointed and I have no confidence in them anymore“<sup>384</sup>, sagte er bei dem Treffen. Was später auf dem Höhepunkt der Bewegung<sup>385</sup> einer der entscheidenden Dissense werden würde, trat hier bereits als Konfliktfeld auf: Gruppenlösung und Einzelfalllösung standen als widersprüchliche Strategien im Raum. *Lampedusa in Hamburg* kämpfte für eine kollektive Lösung, während führende kirchliche Vertreter\_innen sich für eine Einzelfallprüfung einsetzten.<sup>386</sup> Auch das wachsende mediale Interesse war nicht förderlich für ein uneingeschränktes Vertrauen der Gruppe in die Kirche. In Presseberichten wurden immer wieder die Verhandlungen zwischen Stadt und Kirche thematisiert. Während in manchen Medienberichten die darüber entstandene Kontroverse deutlich wurde<sup>387</sup>, blieb in anderen Fällen intransparent, wie die beiden Akteurinnen zueinanderstanden und welche Rolle genau die Kirche dabei spielte. Diese Unklarheit förderte latent ein immer wieder auftauchendes Misstrauen der Protestbewegung gegenüber der Kirche.<sup>388</sup>

### 2.6.3 Die Bedeutung des Stadtteils

Die Bedeutung kirchlicher Akteur\_innen und insbesondere der St. Pauli-Kirche im *Lampedusa in Hamburg*-Protest lässt sich ohne den Stadtteil St. Pauli nicht denken. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts war St. Pauli selbst noch Grenzraum hin zur damals dänischen Stadt Altona.<sup>389</sup> Es ist ein besonderer Stadtteil, der den weiteren Verlauf des Protests maßgeblich mitgeprägt hat. Er ist bunt, lebendig, nachbarschaftlich, dicht. Wer vor der St. Pauli-Kirche steht und sich einmal im Kreis dreht, erblickt die Elbe, den Hafen, die metallenen Palmen des *Park Fiction*<sup>390</sup>, mehrere Kneipen und Cafés, den Kiosk an der Ecke, einen ambulanten Pflegedienst, ein kleines Büro, Wohnhäuser. Wer vor der St. Pauli-Kirche steht, befindet sich mitten in St. Pauli. Im Viertelstundentakt macht sie durch den Klang der Kirchenglocken auf sich aufmerksam und ist so im ganzen Stadtteil zu hören. Wer in St. Pauli lebt oder sich regelmäßig dort aufhält, kennt die Kirche. Die Nachricht, dass die Kirche ihre Türen geöffnet habe, verbreitete sich wie ein Lauffeuer im Stadtteil. An jenem

<sup>384</sup> David, zit. nach: ebd.: 30.05.2013.

<sup>385</sup> Siehe dazu Kapitel 5.

<sup>386</sup> Dazu erhielt ich am 30.05.2013 Informationen aus kirchlichen Kreisen.

<sup>387</sup> Vgl. z.B. NDR 2013a: 28.05.2013.

<sup>388</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 30.05.2013 sowie z.B. Hamburger Abendblatt 2013a: 28.05.2013.

<sup>389</sup> Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg 2017.

<sup>390</sup> Der *Park Fiction* ist ein aus der Nachbarschaft heraus entstandenes und gestaltetes Projekt mit Blick auf den Hafen, das insbesondere für die dort installierten metallenen Palmen und die um sie herum angelegte Grünfläche bekannt ist (vgl. auch Interview 18-2014).

ersten Sonntag im Juni 2013 setzten sich innerhalb kürzester Zeit die ersten Nachbar\_innen in Bewegung. Die Unterstützerin Marie erzählte, wie sie damals zuerst eine Rundmail verschickt hatte, um andere Menschen über die neue Entwicklung zu informieren. „Und dann habe ich mich halt auf den Weg gemacht“, erzählte sie weiter. „Und da traf ich auch schon die Ersten, die auch gerade los stratzten. Das ist hier halt irgendwie ganz schön, das sind ja kurze Wege [...] und man kennt sich.“<sup>391</sup> So kam es, dass viele Nachbar\_innen der St. Pauli-Kirche zu Unterstützer\_innen der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe wurden – auch diejenigen, die bis dahin wenig mit der Situation von Geflüchteten oder mit der Kirche zu tun gehabt hatten. Sie verbrachten Zeit mit ihren neuen Nachbarn, übernahmen Nachtschichten (durch die immer ein\_e Ansprechpartner\_in vor Ort war), halfen beim Frühstück, nahmen Spenden entgegen, dokumentierten die Aktivitäten der Gruppe mit Fotos oder Filmen und packten mit an, wo auch immer helfende Hände benötigt wurden.<sup>392</sup> Ähnlich wie Marie fassten auch andere Unterstützer\_innen die Eigendynamik des Stadtteils in Worte: „Man kennt sich halt“<sup>393</sup> und „Leute kannten die Kirche. Vielleicht kannten sie auch die Pastoren. [...] Und ich glaube, es kamen auch viele Leute, die sonst auch nichts mit der Kirche zu tun hatten und gesagt haben: ‚Oh, die Kirche hat aufgemacht‘“<sup>394</sup>. Immer wieder erhielt ich von Unterstützer\_innen auf die Frage, wie sie zur *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe gefunden hatten, Antworten wie: „Ich wohne hier“<sup>395</sup>, „Wir sind gerade auf den Kiez gezogen“<sup>396</sup> oder „Ich wohne direkt an der St. Pauli-Kirche“<sup>397</sup>. Der Stadtteil ist geprägt von nachbarschaftlichem, solidarischem Zusammenleben, das sich fast schon selbstverständlich auf die neue Nachbarschaft mit den Mitgliedern von *Lampedusa in Hamburg*, die in der St. Pauli-Kirche untergekommen waren, übertrug – und umgekehrt. Die fortlaufende, gegenseitige Affizierung wirkte auch über die Menschen, die dort im Stadtteil wohnen oder arbeiten, hinaus. Die spürbare Lebendigkeit des Stadtteils, die eine Vielzahl von Menschen anzieht, führte somit auch geradezu automatisch zu Begegnungen mit *Lampedusa in Hamburg* und folglich zu einem hohen Maß an Unterstützung vor Ort.

Die Gruppe lebte nach wie vor in prekarierten Verhältnissen und war somit auf genau diese Unterstützung angewiesen. Einige Gruppenmitglieder hatten nun

<sup>391</sup> Marie, in: Interview 16-2014.

<sup>392</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013 sowie die zahlreichen Ausgaben von *Der Newsletter. Humanitäre Hilfe für Afrikanische Flüchtlinge*, der regelmäßig von Unterstützerinnen an der St. Pauli-Kirche verschickt wurde (vgl. z.B. Unterstützer-Kreis St. Pauli 2013 und 2014).

<sup>393</sup> Johannes, in: Interview 11-2013.

<sup>394</sup> Mona, in: Interview 19-2014.

<sup>395</sup> Johannes, in: Interview 11-2013.

<sup>396</sup> Kyara, in: Interview 6-2013.

<sup>397</sup> Peter, in: Interview 18-2014.

dort in der Kirche ein Dach über dem Kopf gefunden, mussten aber weiterhin jeden Tag mit Lebensmitteln versorgt werden. Auch hier engagierte sich der Stadtteil – z.B. in Gestalt verschiedener Gastronom\_innen. In mehreren Interviews erzählten mir Menschen, dass unmittelbar nach der Ankunft der Geflüchteten an der St. Pauli-Kirche „Sören da diese Suppe gekocht hat für die Flüchtlinge“<sup>398</sup>. Dieser Satz fiel im Übrigen genau dort, wo Sören Monate zuvor jene Suppe gekocht hatte: in seinem Café, 50 Meter von der St. Pauli-Kirche entfernt, wo wir zum Interview beisammen saßen. Immer wieder kochten die lokalen Gastronom\_innen und spendeten das Essen der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe.

Weitere wesentliche Unterstützung kam vom *FC St. Pauli*. Der Stadtteil ist ohne seinen Fußballclub nicht vorstellbar.<sup>399</sup> Und so war der *FC St. Pauli* auch in der Unterstützung der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe von vornherein präsent. „Stell dir vor: Ulli [der damalige Präsident des *FC St. Pauli*; Anm. BN] organisierte 300 mal Bettwäsche auf einen Anruf hin! Das muss man sich vorstellen!“, erinnerte sich Martin Paulekun und fuhr fort:

„Den habe ich angerufen: ‚Weißt du‘, sag‘ ich, ‚wir brauchen Bettwäsche und Handtücher.‘ – Sagt er: ‚Wieviel braucht ihr?‘ Dann habe ich ihm diese unvorstellbare Zahl gesagt. – Ich sag‘: ‚Wäre toll, wenn ihr etwas übernehmen könnt.‘ – ‚Ja, machen wir.‘ – Ich sag‘: ‚Wieviel?‘ – ‚Ja, könnt ihr haben. Kriegt ihr. In drei Tagen.‘ [...] Solche Ergebnisse hatten wir.“<sup>400</sup>

<sup>398</sup> Michael, in: Interview 11-2013. Vgl. auch Interview 22-2014.

<sup>399</sup> Neben dem Club selbst spielte insbesondere die Fanszene eine wichtige Rolle in der Unterstützung der Gruppe. Mehr dazu im nächsten Zwischenkapitel *#lampedusahh*.

<sup>400</sup> Paulekun/Wilm, in: Interview 22-2014. Der Club spendete neben der Bettwäsche auch Handtücher, Trikots, weitere Kleidung und viele andere Dinge des täglichen Bedarfs innerhalb kürzester Zeit. Mitglieder des Clubs brachten lastwagenweise Spenden vorbei. Spieler des *FC St. Pauli* besuchten ihre neuen Nachbarn in der St. Pauli-Kirche (vgl. beispielsweise Feldtagebuch 2013: 11.08.2013, Interviews 19-2014 und 22-2014).

## #lampedusahh



<https://www.youtube.com/watch?v=rL6RFnWhkn4><sup>401</sup>

*Lampedusa in Hamburg* versucht mit kollektiven Kräften, sich Gehör zu verschaffen. Ihre lautstarken Äußerungen lassen sich greifen mit dem, was Brandon LaBelle als „the hinge of sound“ bezeichnet: „It could be understood as a particular form of politics, giving entry to the excluded, the repressed, the silenced through an ever-present flow of challenging noise.“<sup>402</sup> Die Gruppe protestierender Geflüchteter, die stillschweigend die Bundesrepublik verlassen sollte und zu deren Alltag darüber hinaus auch stille und sprachlose Momente gehören<sup>403</sup>, rebelliert gegen ebendiese Stille: Sie meldet sich zu Wort, wird laut, wird hörbar.

Gesprochene Worte, skandiierte Slogans, Gesänge, Geräusche und Musik sind die Klangspuren, die der Protest hinterlässt. Ebenso ist mein Forschungsprozess von ganz eigenen Klängen durchzogen. Es sind Klänge des Alltags, die auch auf den Audioaufnahmen der Interviews, die ich geführt habe, zur Geltung kommen: vom Klingeln eines Handys über Motorengeräusche, Sirenen, Hupen, Kirchenglocken, Baustellenlärm, der durch geöffnete Fenster in den Raum dringt, bis hin zu Menschen, die durch geöffnete Türen freundlich im Vorbeigehen grüßen, oder Wind, der ums Eck pfeift.<sup>404</sup> Ich schreibe in meiner Erzählung immer wieder über diese Klänge. Zudem werden in den Zwischenkapiteln – #lampedusahh – die Klänge selbst hörbar. Die Eindrücke, die die Klänge vermitteln, gehen über die bloßen Worte und über die reduzierende Darstellung von geschriebenen Worten hinaus. Auch nonverbale Äußerungen kommen hier zur Geltung, Musik und gesprochene Worte werden tatsächlich hörbar – mit allen Nuancen, Stimmlagen, Schwingungen, Tempi. In den Zwischenkapiteln und darüber hinaus stelle ich eine Verbin-

<sup>401</sup> ATESH Für eine sozialrevolutionäre Perspektive 2013.

<sup>402</sup> LaBelle 2010: 1.

<sup>403</sup> Siehe Kapitel 4.

<sup>404</sup> Vgl. beispielsweise Interviews 1-2013, 2-2013, 3-2013, 8-2013, 14-2014, 22-2014.

dung zwischen Text und Ton her und versuche auf diese Weise, eine vielschichtigere und intensivere Geschichte zu erzählen – oder wie Brandon LaBelle es formuliert:

„To write about sound, to house it within words, is to welcome hearing into language, as a force that brings rupture and order together, to dissolve the strict duality of rationality in favor of the work of the imagination – that, as Arjun Appadurai suggests, may act as a form of new labor by which the intensities of contemporary culture are managed.“<sup>405</sup>

Bereits vom ersten Moment an, in dem *Lampedusa in Hamburg* öffentlich präsent ist – auf den Straßen Hamburgs, im Rathaus, beim Deutschen Evangelischen Kirchentag – ist die Gruppe auch virtuell präsent. Sie nutzt von Anfang an soziale Medien, um auf sich aufmerksam zu machen und für ihren Protest zu mobilisieren. So lädt die Gruppe beispielsweise von den allerersten Aktionen im Mai 2013 Videos bei Youtube hoch. Dadurch wird ihr Protest sehr schnell einer enorm großen Öffentlichkeit bekannt. Die Gruppe nutzt somit zum einen das Tempo und die Reichweite virtueller Distributionen und zum anderen die Möglichkeit, förmlich hörbar zu werden. So erfahren innerhalb kürzester Zeit Hunderte und Tausende von Menschen von ihrer ersten Protestaktion beim Deutschen Evangelischen Kirchentag wie auch – unter der Adresse <https://www.youtube.com/watch?v=dgIFn-EDzoY><sup>406</sup> – von ihrer ersten Kundgebung im Hamburger Rathaus. Sie sehen und hören per Video, in welcher Situation sich die Gruppe befindet und was sie von den politischen Entscheidungsträger\_innen fordert.



Mit dem Fortbestehen des Protests sammeln sich schier unzählige Videos auf Youtube, die immer wieder Protestaktionen von *Lampedusa in Hamburg* dokumentieren und sie bis heute im Internet hör- und sichtbar halten. So führt beispielsweise die Internetadresse <https://www.youtube.com/watch?v=sKtSN-z2dgo><sup>407</sup> das virtuelle Publikum zu einer Kundgebung vor dem Hamburger Thalia Theater. Unter dem Motto „You must win against Hamburg“ machen Gruppenmitglieder am 19. März 2014 vor dem Theater auf ihre Situation aufmerksam und äußern ihre Forderungen, während im

Theater Bürgermeister Olaf Scholz beim *Thalia-Freunde Themenabend* eine Rede über „Hamburg, Europa und die Grenzen“ hält. Es ist, als wären es zwei Europas,

<sup>405</sup> LaBelle 2010: 1f.

<sup>406</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2013a.

<sup>407</sup> Zeugen des Krieges 2014.



die hier repräsentiert werden: Während Olaf Scholz *im* Theater von durchlässigen Grenzen innerhalb Europas spricht, erzählen draußen *vor* dem Theater Geflüchtete von dem Europa, das ihre Rechte nicht anerkennt und sie hier nicht leben lassen möchte, obwohl sie faktisch längst angekommen und ein Teil Europas geworden sind. Während im öffentlichen Diskurs allzu oft die von Olaf Scholz dargestellten Perspektiven zum Tragen kommen, sind es in dem Youtube-Video allein die europäischen Realitäten von *Lampedusa in Hamburg*, die zu sehen und zu hören sind.<sup>408</sup>

Ihre Hör- wie auch ihre Sichtbarkeit an unterschiedlichsten Orten ist eine notwendige Voraussetzung für das weit verzweigte Netzwerk, das *Lampedusa in Hamburg* um sich herum aufbaut. Das Internet spielt dabei eine entscheidende Rolle. Es kann als das Netzwerk von Netzwerken schlechthin verstanden werden.<sup>409</sup> Für eine Annäherung an die Komplexität gegenwärtiger Netzwerke ist der Einbezug internetbasierter Netzwerke unabdingbar. Dabei geht es – mit den Worten von John Postill – um „the plurality and flux of social and political formations that one invariably finds in contemporary localities (e.g. peer groups, cohorts, associations, gangs, clans, sects, mosques, factions, families, action committees, mailing lists, Facebook groups, Twitter trends)“<sup>410</sup>. Auf die grundsätzliche Bedeutung von Netzwerken als „defining social formations of our era“<sup>411</sup> gehe ich insbesondere in Kapitel 4.2 näher ein. An dieser Stelle sei jedoch beispielhaft die Fanszene des *FC St. Pauli* genannt. Mit dieser Szene hat *Lampedusa in Hamburg* ein enorm großes, weit verzweigtes, gut organisiertes und auch online sehr aktives Netzwerk auf seiner Seite. Anfang Juni 2013 verbreiten St. Pauli-Fans innerhalb kürzester Zeit die Nachricht von der notwendigen Unterstützung für ihre neuen Nachbarn über Facebook, Internet-Foren und andere digitale Kommunikations- und Vernetzungsformen und mobilisieren so binnen Stunden viele Menschen aus dem Stadtteil.<sup>412</sup> Auch die E-Mail-Adresse,



<sup>408</sup> Zur Rede von Olaf Scholz siehe auch Kapitel 4.4.2 und 6.1.1.

<sup>409</sup> Vgl. Postill 2012: 170. Zum Netzwerk von Netzwerken im urbanen Alltag siehe auch Hannerz 1980: 305 sowie Kapitel 4.2.1 und 5.1.

<sup>410</sup> Postill 2012: 170.

<sup>411</sup> Ebd.: 168 unter Bezugnahme auf Manuel Castells (2001b und 2009).

die zur Koordination der Unterstützung an der St. Pauli-Kirche eingerichtet wird, stellt die Verbindung zum *FC St. Pauli* her und trägt den Slogan „fcsphilftlampedusa“<sup>413</sup> in sich.

---

<sup>412</sup> Vgl. Interview 19-2014.

<sup>413</sup> Vgl. beispielsweise Unterstützer-Kreis St. Pauli 2013.

### 3 Bewegung. Beobachtung. Forschung: Unterwegs mit *Lampedusa in Hamburg*

Es regnet, als ich mich mit dem Fahrrad auf den Weg zum Infozelt mache. Es sind ca. 30 Leute da. Einige sind im Zelt, einige draußen. Viele trinken Wasser oder heiße Getränke aus Plastikbechern. Im Zelt liegen Informationen aus, zur Situation der Gruppenmitglieder und zu aktuellen Ereignissen: Heute um 14 Uhr kommen z.B. Leute vom *medibüro*, um Menschen ärztlich zu versorgen oder an andere Ärzt\_innen zu vermitteln. Weiter hinten steht ein Kopierer. Das Zelt dient offenbar auch als Minibüro der Gruppe. Von außen ist das Zelt mit Transparenten versehen: „Unite against colonial injustice in Germany“ und „Wir haben nicht den NATO-Krieg in Libyen überlebt, um auf Hamburgs Straßen zu sterben!“ Einige Menschen grüßen mich freundlich, einige nehmen Blickkontakt auf oder unterhalten sich miteinander. Insgesamt vernehme ich eine ruhige, offene Stimmung. Ich spreche mit Omri, einem Politikwissenschaftler aus Liberia. Dies sei eine „peace-

ful revolution“: „[A] peaceful revolution is a slow revolution“, sagt er, als würde er ahnen, wie lange dieser Protest dauern wird.<sup>1</sup>

Es sind meine ersten Aufzeichnungen der gemeinsamen Zeit mit *Lampedusa in Hamburg*. Was folgt, sind Wochen und Monate des Protests, die ich oftmals so verbringen werde wie an jenem ersten Tag: auf dem Rad. Bei Wind und Wetter fahre ich durch ganz Hamburg, folge dem Protest in alle Ecken der Stadt. Ich bewege mich so schnell ich kann durch den Verkehr, um möglichst wenig zu verpassen. Doch die Dichte der Ereignisse ist enorm. Oft finden parallel an verschiedenen Orten Besprechungen oder Veranstaltungen statt. Dazwischen passiert der Alltag, den ich möglichst ausgiebig mit den Gruppenmitgliedern verbringen möchte. Ich bin oft übermüdet und erschöpft, trete einfach nur noch in die Pedale, hoffe, dass sich auf dem Weg irgendetwas in meinem Kopf sortiert oder dass die frische Luft mir Energie zurückgibt. Die Menschen von *Lampedusa in Hamburg* kennen mich nur mit meinem Rad. Wenn sie mich einmal zu Fuß irgendwo antreffen, fragen sie nach: „Where is your bike?“ „Où est ton vélo?“ Auch wenn wir uns verabschieden, denken viele an mein Fahrrad. Sie fragen nach, wo ich geparkt habe, und begleiten mich bis dorthin. Erst dann trennen sich unsere Wege. Bis zum nächsten Treffen.<sup>2</sup>

### 3.1 Teilnahme und Beobachtung: Methodologien des Forschens aus der Nähe

„*This is not theory at all.*“<sup>3</sup>  
Friday Emitola

#### 3.1.1 „Situieretes Wissen“<sup>4</sup> und die (Un-)Möglichkeiten teilnehmender Beobachtung

Ab Ende Mai 2013 war ich unterwegs mit *Lampedusa in Hamburg*. Durch Presseberichte und verschiedene persönliche Kontakte war ich im Vorfeld immer wieder auf die Gruppe angesprochen und aufmerksam gemacht worden. Das konnte und wollte ich nicht einfach so geschehen lassen, ohne etwas zu tun. Zu oft hatte ich in den vergangenen Jahren miterlebt, was es im Alltag bedeutete, mit prekärem oder ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland zu leben, hatte aus erster Hand

<sup>1</sup> Feldtagebuch 2013: 27. und 28.05.2013.

<sup>2</sup> Vgl. ebd.: 01. und 07.10.2013.

<sup>3</sup> Emitola, in: *Transkribierte Audiomaterialien 2013–2015*: 19.03.2014.

<sup>4</sup> Haraway 1995: 73ff.

gehört, wie Menschen in der Hamburger Ausländerbehörde behandelt oder wie gnadenlos Menschen abgeschoben wurden. Europäische und bundesdeutsche Migrationsgesetze erwiesen sich immer wieder als Hindernisse für ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben. Auch im Fall von *Lampedusa in Hamburg* zeigte sich offensichtlich und offensichtlicher denn je die Dysfunktionalität dieser Gesetze und ihrer Praxis. Nach den ersten Begegnungen am Infozelt am 27. Mai 2013 ging ich regelmäßig zum Plenum, verbrachte Zeit mit Menschen am Infozelt, ging bei zahlreichen Demonstrationen mit ihnen auf die Straße, besuchte sie in Unterkünften und andernorts, nahm an Versammlungen und Pressekonferenzen teil, begleitete den Protest als Unterstützerin und Forscherin, war als teilnehmende Beobachterin in vielfacher Weise involviert.

Eine teilnehmende Beobachtung lässt sich als zentrale Methode der Feldforschung begreifen. Letztere ist als „methodenplurales Vorgehen“<sup>5</sup> zu verstehen, zu dem neben teilnehmender Beobachtung auch andere Methoden wie (informelle) Gespräche oder Interviews gehören. Die Spezifik einer teilnehmenden Beobachtung liegt darin, dass die „Forscherinnen und Forscher zur Informationsbeschaffung an den Interaktionen der zu untersuchenden Personen teilnehmen, diese beobachten und die resultierenden Eindrücke festhalten“<sup>6</sup>. Diese Methode eignet sich insbesondere für Forschungen, in deren Fokus das Handeln von Menschen und die sich daraus ergebenden Sinnzusammenhänge stehen.<sup>7</sup> Eine wesentliche Grundlage dafür ist das bereits erwähnte persönliche „Involviert-Werden der Forschenden“, die „Konfrontation der eigenen Subjektivität und des eigenen situierten Blicks mit dem Blick und der Subjektivität der Anderen, der Gegenüber und des Kontexts“<sup>8</sup>. Eine längerfristige teilnehmende Beobachtung ermögliche, so Hess und Tsianos, „nicht-intendierte, nicht-intentionale, nicht- (wie im Falle von auf Interviews basierenden empirischen Arbeiten) gestellte Situationen, Kontexte und Gespräche mitzuverfolgen: zufällig sich ergebende Gegebenheiten und Gelegenheiten“<sup>9</sup>. Der Forschungsprozess ist auf diese Weise geprägt von Interaktionen und Reflexionen, von Dynamik und Flexibilität, von Spontaneität und Unvorhersehbarkeiten:

„Accounts by researchers have revealed that social research is not just a question of neat procedures but a social process whereby interaction between researcher and researched will directly influence the course which a research programme takes [...].

<sup>5</sup> Cohn 2014: 72.

<sup>6</sup> Ebd. Zu den Methoden der Feldforschung und insbesondere zur Methode der teilnehmenden Beobachtung vgl. z.B. Bischoff u.a. (Hg.) 2014 sowie die Grundlagentexte von Schmid-Lauber 2007 und Hauser-Schäublin 2008. Für weitere Ausführungen zur Methode des Beobachtens sei beispielsweise auf Scheffer 2002 verwiesen.

<sup>7</sup> Vgl. Cohn 2014: 72f.

<sup>8</sup> Hess/Tsianos 2010: 257.

<sup>9</sup> Ebd.

Accordingly the project, and the methodology, is continually defined and redefined by the researcher and in some cases by those researched. In these terms, researchers have constantly to monitor the activities in which they are engaged.“<sup>10</sup>

Die Positionalität, mit der ich in diesen dynamischen Forschungsprozess involviert war und bin, ist mit einer Unvollständigkeit dessen verbunden, was sich ethnografisch abbilden lässt. James Clifford spricht hier davon, dass ethnografische Darstellungen immer „partial truths“<sup>11</sup> seien. Zu diesen Teilwahrheiten gehört Clifford zufolge auch, dass sie positioniert und somit parteilich sind. Entgegen einem Verständnis ethnologischer Forschung von „außen“ formuliert Lila Abu-Lughod, dass das „Außenseiter-Selbst [...] niemals einfach draußen [steht]. [...] Was wir als ‚außen‘ bezeichnen, ist eine Position *innerhalb* eines größeren politischen und historischen Zusammenhangs.“<sup>12</sup> Meine Position als Forscherin ist hier insbesondere im Kontext globaler, (post-)kolonialer Verhältnisse zu situieren, die eng mit der Entwicklung der Anthropologie im Allgemeinen verbunden sind. Abu-Lughod fasst diese Zusammenhänge wie folgt zusammen:

„[D]ie ganze Disziplin ist um die historisch hergestellte Scheidelinie zwischen dem Westen und dem Nicht-Westen herum aufgebaut. Sie war und ist in erster Linie die Erforschung des nicht-westlichen Anderen durch das westliche Selbst, auch wenn sie in neuem Gewand ausdrücklich dem Anderen eine Stimme zu verleihen sucht oder einen Dialog zwischen dem Selbst und dem Anderen darstellen will, sei dies in Form von Texten oder durch die Darstellung der Begegnung in der Feldforschung. Und zumindest seit der Entstehung der Anthropologie ist die Beziehung zwischen dem Westen und dem Nicht-Westen geprägt gewesen durch westliche Herrschaft.“<sup>13</sup>

In der Forschungspraxis bedeuteten diese Machtverhältnisse auch, dass ich in besonderer Weise erlebt habe, wie ich als Weiße<sup>14</sup> Frau wahrgenommen wurde.<sup>15</sup>

<sup>10</sup> Burgess 1984: 31. Wie diese ungeordneten Prozesse aussahen und die Forschung im Werden prägten, werde ich in Kapitel 3.2 genauer darstellen.

<sup>11</sup> Clifford 1986: 1ff.

<sup>12</sup> Abu-Lughod 1996: 19.

<sup>13</sup> Ebd.: 16.

<sup>14</sup> Ich schreibe die Begriffe Weiß und Schwarz in dieser Arbeit absichtlich groß, um sie – in Abgrenzung zu einer bloßen Farbbeschreibung – als „politische Kategorie mit rassenkonstruktivistischer Bedeutung“ (Ha 2014: 27) kenntlich zu machen (vgl. auch Arndt (Hg.) 2006). Den Begriff Schwarz habe ich übernommen, da er regelmäßig eine Selbstbezeichnung darstellt, wie sie auch in vielen Gesprächen mit *Lampedusa in Hamburg*-Mitgliedern oder beispielsweise im Interview mit Nana auftauchte.

<sup>15</sup> Auf die spezifische Bedeutung von Gender im Kontext meiner Feldforschung und somit auch vor dem Hintergrund globaler, (post-)kolonialer Machtverhältnisse werde ich in Kapitel 4.2.2 näher eingehen. An dieser Stelle sei lediglich angemerkt, dass die Nähe, auf die ich mich als Forscherin einließ, durch meine Rolle als Weiße Frau begrenzt wurde. Zum einen war mir dies aus forschungsethischer Sicht wichtig, weil ich durch die entstehende zwischenmenschi-

Auch mein Leben ist eingebunden in die jahrhundertelangen, auch nach der formalen Auflösung westlicher Kolonien fortbestehenden Geschichten kolonialer Expansionen und Ausbeutungsverhältnisse. Dadurch wurden auch Fragen hinsichtlich meines methodischen Vorgehens aufgeworfen. Meine Forschung steht im Kontext des Versuchs, Methoden zu dekolonialisieren.<sup>16</sup> Wie Olaf Kaltmeier und Sarah Corona Berkin zusammenfassen, ist das Ziel dekolonialisierter Methodologien, nicht mehr *über* oder *für* die Anderen zu sprechen, sondern *mit* ihnen. Auf diese Weise würden „horizontaler Austausch, Dialog und Reziprozität zum Ausgangspunkt für die Produktion von Wissen, wobei deren Bedingungen im Forschungsprozess permanent mit dem Gegenüber ausgehandelt werden müssen“<sup>17</sup>. Der Einsatz dekolonialisierter Methoden betrifft demnach den gesamten „Forschungsprozess von der Planung des Forschungsdesigns über die Annäherung an das Feld und die Erhebungstechniken bis hin zur textuellen Repräsentation“<sup>18</sup>. Einer solchen Forschungsethik liegt ein Verständnis von Wissensproduktion zugrunde, das nicht zwischen „Theorie als abstrakte[r], reine[r] und universelle[r] Form des Wissens“ einerseits und erhobenen Daten andererseits trennt. Diese Trennung entlarven Kaltmeier und Corona Berkin als Symptom eines wissenschaftlichen Eurozentrismus:

„Diese Trennung führt zu einer Abwertung des Wissens des Anderen, der auf den Status eines Informanten, der Hilfsarbeiten für die meisterliche Wissensproduktion des Wissenschaftlers ausführt, reduziert wird. Lokales Wissen wird als Hilfswissen der universellen Wissenschaft untergeordnet. Dialogische Methoden hingegen müssen darauf abzielen, das Wissen des Anderen anzuerkennen und in der eigenen, westlichen Hierarchie des Wissens aufzuwerten. Damit wird der Forschungsprozess und die Produktion von Wissen auch als politischer Akt verstanden, der normativ darauf abzielt, ein besseres (Zusammen-)Leben zu ermöglichen.“<sup>19</sup>

Auch meine Forschung im *Lampedusa in Hamburg*-Protest begreife ich als politischen Akt – sowohl indem ich als Aktivistin am Protestalltag beteiligt war als auch in der Art und Weise, wie ich meine Forschung durchgeführt habe. Das Wissen der Protestbewegung ist der Ausgangspunkt meiner Forschung gewesen – angefangen von der Entwicklung der Forschungsfragen, die stets die Fragen waren, die der Protest selbst aufwarf, über die Wichtigkeit von Demonstrationen, *Lampedusa in*

---

che Nähe keine Erwartungen wecken wollte, die über eine kollegial-freundschaftliche Ebene hinausgingen. Zum anderen war ich als Frau in einem überwiegend männlichen Forschungsfeld angesichts von verbalen und körperlichen Übergriffen herausgefordert, eine gewisse Distanz zu wahren und mich dadurch selbst zu schützen.

16 Vgl. dazu Kaltmeier/Corona Berkin (Hg.) 2012a.

17 Kaltmeier/Corona Berkin 2012b: 7.

18 Ebd.: 8.

19 Ebd.: 9.

*Hamburg*-Veranstaltungen und informellen Gesprächen im Alltag als Forschungsmaterial, detaillierte Absprachen – statt Vorgaben – bei der Organisation von Interviews bis hin zur Textualisierung, in der Zitate aus der Protestbewegung eine zentrale Rolle spielen. Ich folgte dem Protest somit nicht nur physisch, auf dem Fahrrad, sondern auch inhaltlich.

Ich begann Ende Mai 2013 mit meiner Feldforschung. Damals hatte ich eine grobe Vorstellung, was mich an dem Protest interessierte – die Forderungen der Gruppe, ihre Größe und Organisiertheit, die Tatsache, dass es so etwas in Hamburg noch nicht gegeben hatte. Aber eine konkrete Fragestellung, die meiner Feldforschung eine Richtung und klare Begrenzungen gegeben hätte, hatte ich nicht. Stattdessen folgte ich den Debatten, Ungereimtheiten und Irritationen, den Wirbeln, Dynamiken und Brüchen, den Alltagsmomenten, Spannungen und Euphorien. Nicht ich machte die Vorgaben, sondern die Protestbewegung selbst lieferte den Rahmen, die Richtung, die Fragen. Ich war Teil dieser Bewegung. Weil ich mich selbst in Bewegung versetzen ließ, konnte ich mich den Dynamiken, Taktiken und Praktiken von *Lampedusa in Hamburg* nähern. Weil ich den Menschen so nahe kam, konnte ich Augenblicke mit ihnen teilen, mir ihre Geschichten anhören und Fragen stellen. Doch die Umsetzung dieses horizontalen Forschungsansatzes sieht sich mit praktischen Herausforderungen konfrontiert, die in den faktisch fortbestehenden (post-)kolonialen Machtverhältnissen begründet liegen. Zum einen sind auch Dialoge durch ebendiese Machtverhältnisse strukturiert und konditioniert.<sup>20</sup> Zum anderen finden beispielsweise die Datenanalyse und ihre Verschriftlichung zumeist monologisch statt, egal wie dialogisch die Datenerhebung erfolgt sein mag. Gerade in der Analyse und Textualisierung wohnt der Forscherin erneut eine machtvolle Position inne, wie auch Olaf Kaltmeier konstatiert:

„Innerhalb der bestehenden Geopolitik des Wissens<sup>21</sup> und der Struktur des akademischen Feldes ist es meines Erachtens kaum möglich, diesen Akt epistemologischer Gewalt vollständig zu überwinden. Daraus aber den Schluss zu ziehen, dass alle (Fremd-)Repräsentationen des Anderen zu vermeiden seien, ist kaum eine Lösung, da hier nur die bestehenden Bedingungen subalternen Sprachlosigkeit und Unsichtbarkeit reproduziert werden. Nicht-Repräsentation ist also ebenso ein Akt epistemologischer Gewalt.“<sup>22</sup>

Die hier skizzierte Haltung gegenüber dem eigenen Forschungsfeld ist folglich durchzogen von Widersprüchen und Herausforderungen.<sup>23</sup> Sie bedeutet nicht die

<sup>20</sup> Vgl. z.B. Rufer 2012: 65.

<sup>21</sup> Anm. BN: Der Begriff der „Geopolitik des Wissens“ geht auf Walter Mignolo zurück (vgl. z.B. Mignolo 2002).

<sup>22</sup> Kaltmeier 2012: 36.

<sup>23</sup> Mehr dazu auch in Kapitel 3.2.



Auflösung globaler Strukturen, aber sie versucht, zu deren Sichtbarmachung beizutragen und durch (Selbst-)Reflexion darüber hinauszudeuten:

„Das Konzept der geteilten Geschichte – in seinem doppelten Sinn als gemeinsame und getrennte Geschichte – verpflichtet uns, geteilte Methoden im Sinne der zwei aufgezeigten Bedeutungen zu verwenden. Auf der einen Seite ist es wichtig, die Unterschiede zwischen den Lebenswelten und den erlebten Geschichten anzuerkennen. Auf der anderen Seite sollte über eine selbst-reflexive Infragestellung der eigenen Position ein Verständnis des Anderen erreicht werden, das den Aufbau einer gemeinsamen Verstehensbasis ermöglicht.“<sup>24</sup>

In diesen Reflexionen und Sichtbarmachungen liegt das politische Potenzial von Forschung. Mein Forschungsansatz lässt sich daher mit Marion Hamm verstehen als

„Beitrag zu einer *reflexiven aktivistischen Wissenschaftlichkeit*, innerhalb derer die engagierte Forschende ihre politische und manchmal auch persönliche Involviertheit einbringen kann, und sich gleichzeitig der Interessen und Hierarchien, die sich aus ihrer Rolle als Wissenschaftlerin ergeben, bewusst bleibt“<sup>25</sup>.

Es geht, um mit Mario Rufer zu sprechen, somit insbesondere darum, das eigene „epistemische Privileg zu akzeptieren“<sup>26</sup>. Ein produktiver Umgang mit ebendiesem Privileg bedeutet vor allem, zuzuhören, fragend zu bleiben und das eigene Nichtwissen zum Ausgangspunkt der Forschung zu machen.<sup>27</sup> All das ist nicht mehr und nicht weniger als ein Anfang, ein Versuch, „vorläufige Strategien zu wählen, die unseren Hoffnungen entsprechen, aber ohne sich selbstgerechte Illusionen über den weiterreichenden Wert unserer Beiträge zu machen“<sup>28</sup>.

Angesichts der machtvollen Geschichte ethnologischer bzw. kulturanthropologischer Forschungen wird deutlich, dass das *Selbst* und die *Anderen* nicht als gegebene Kategorien zu verstehen sind. Vielmehr zeigt sich hier, dass es sich um Systeme der Differenz – wie z.B. „Rasse“ oder Klasse – handelt, die sich überschnei-

<sup>24</sup> Kaltmeier 2012: 40.

<sup>25</sup> Hamm 2013: 62.

<sup>26</sup> Rufer 2012: 62.

<sup>27</sup> Vgl. ebd. sowie z.B. auch die Ausführungen des *Colectivo Situaciones* zur Praxis der *militant research* (2003). Die Arbeit mit dem eigenen Nichtwissen drückte sich zudem in der kollaborativen Arbeitsweise aus, die ein wichtiger Bestandteil meiner Forschung war. Ohne die produktiven Debatten und Austauschmöglichkeiten im Rahmen der Gruppeninterviews, des *Labors Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* in Göttingen, der Tagungen des *kritnet* (*Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung*) sowie weiterer Fachtagungen im Kontext der praktischen Arbeit mit dem Thema „Migration“ wäre meine Forschung nicht denkbar gewesen.

<sup>28</sup> Abu-Lughod 1996: 41. Vgl. zu den Möglichkeiten und Grenzen dekolonialisierter Forschungsmethoden auch Giebeler/Meneses 2012.

den und zu mehrfachen, intersektionalen Ausschlüssen führen. Systeme der Differenz werden so gleichzeitig zu Systemen der Ungleichheit.<sup>29</sup> Abu Lughod sieht auch im Konzept der Kultur ein solches pauschalisierendes, Ungleichheiten produzierendes System der Differenz. In ihrem Artikel „Gegen Kultur Schreiben“<sup>30</sup> plädiert sie daher für einen Abschied vom Konzept der Kultur und skizziert drei Weisen des „Gegen-Kultur-Schreibens“: 1. Diskurs und Praxis, 2. Verbindungen



*Abbildung 7: Work in progress. Vorbereitung der Analyse.*

und 3. „Ethnographien des Partikularen“<sup>31</sup>. Der Ansatz von Diskurs und Praxis greift insbesondere auf Michel Foucault und Pierre Bourdieu zurück. Anders als es das Konzept der Kultur ermöglicht, lässt sich ein Diskurs als Rahmen begreifen, der Ideen und Praxis, Text und Welt als zusammengehörig statt voneinander getrennt betrachtet.<sup>32</sup> Praxis wiederum lässt sich im Anschluss an Bourdieu als Ansatz verstehen, der „um die Probleme von Widerspruch, Missverständnis und Fehlwahrnehmung herum organisiert [ist. Er] bevorzugt Strategien, Interessen und Improvisationen gegenüber den eher statischen Kulturelementen wie Regeln, Modellen und Texten“<sup>33</sup>. In diesem Sinne bin auch ich den Praxen und Diskursen von

<sup>29</sup> Vgl. z.B. Abu-Lughod 1996.

<sup>30</sup> Der Titel bezieht sich auf den einflussreichen Sammelband „Writing Culture“ von James Clifford und George Marcus aus dem Jahr 1986 (vgl. Clifford/Marcus (Hg.) 1986).

<sup>31</sup> Abu-Lughod 1996: 26ff.

<sup>32</sup> Vgl. Abu-Lughod 1996 sowie Foucault 1994 [1973].

<sup>33</sup> Abu-Lughod 1996: 26.

*Lampedusa in Hamburg* nachgegangen und habe so versucht, die dynamischen, widersprüchlichen, brüchigen Momente des Protests zu greifen. Meine Teilnahme an Demonstrationen, sonstigen Veranstaltungen und Alltagsmomenten brachte eine Vielzahl von Interaktionen und sinnlichen Eindrücken ebenso wie eine große Sammlung schriftlichen Materials mit sich, durch die ich der Vielschichtigkeit und Lebendigkeit des Protests nachspürte. Als zweite Schreibweise gegen Kultur nennt Abu-Lughod „Verbindungen“ und bezieht sich dabei auf zeitliche und politische Querverbindungen zwischen Forschenden und ihrem Forschungsfeld:

„Einen wichtigen Schwerpunkt sollten die verschiedenen historischen und zeitgenössischen Verknüpfungen und Zusammenhänge zwischen einer Gemeinschaft und den AnthropologInnen bilden, die dort arbeiten und über sie schreiben, ganz zu schweigen von der Welt, der sie angehören und die es ihnen ermöglicht, gerade an diesem Ort diese Gruppe zu erforschen.“<sup>34</sup>

Nicht zuletzt stellen in ihrer Konzeption Ethnografien des Partikularen eine Möglichkeit dar, sich von der generalisierenden Arbeits- und Schreibweise, wie sie bis heute in den Sozialwissenschaften weit verbreitet ist, zu entfernen. Das erscheint gerade deshalb erstrebenswert, weil die vermeintliche Objektivität solcher Forschungen dazu führt, dass globale Machtverhältnisse unsichtbar und ungreifbar bleiben: „The more value-neutral a conceptual framework appears, the more likely it is to advance the hegemonous interests of dominant groups, and the less likely it is to be able to detect important actualities of social relations [...]“<sup>35</sup> Dem Bewusstsein für die Kontexte und Machtverhältnisse, in denen Wissen produziert wird, entspringt ein Verständnis von „situiertem Wissen“<sup>36</sup>, wie es in der feministischen Forschung hervorgebracht und weiterentwickelt wurde. Kern dessen ist eine grundsätzliche Kritik an Objektivität und Universalität und an den dadurch produzierten Ausschlüssen. In vermeintlich objektiven, verallgemeinerten Analysen werden regelmäßig diejenigen Subjektivitäten, die als *Andere* konstruiert werden, ignoriert, ausgeschlossen und unsichtbar gemacht.<sup>37</sup> Mit einem Fokus auf subjektive Erfahrungen geht auch eine Konzentration auf lokale Interaktionen einher, wobei dadurch mitnichten die globalen Verhältnisse vernachlässigt werden. „Im Gegenteil“, so Abu-Lughod, „manifestieren sich die Folgen außerlokaler und langzeitlicher Prozesse nur lokal und spezifisch; sie werden hervorgebracht in den Handlungen von Individuen, die ihr partikulares Leben leben, sind eingeschrieben in ihre Körper und Worte.“<sup>38</sup> In Ethnografien des Partikularen kann ein „Diskurs

<sup>34</sup> Ebd.: 27.

<sup>35</sup> Harding 2004: 6.

<sup>36</sup> Haraway 1995: 73ff. Vgl. dazu beispielsweise auch Andrijasevic 2013.

<sup>37</sup> Als Beispiele nennt Lorraine Code Frauen, Minderheiten und Arme (vgl. Code 1993).

<sup>38</sup> Abu-Lughod 1996: 30.

der Nähe“<sup>39</sup> entstehen, der das Alltägliche und Menschliche aufzeigt und gerade durch diese Konkretionen eine unverzichtbare Grundlage für detaillierte, komplexe Analysen liefert – oder um es mit den Worten von Abu-Lughod zu formulieren:

„[D]ie Alltäglichkeit bricht die Kohärenz und führt die Kategorie der Zeit ein; sie orientiert uns so auf Ablauf und Widerspruch. Und das Partikulare weist darauf hin, dass andere so leben, wie auch wir unser Leben sehen, nicht als Roboter, die mit kulturellen ‚Regeln‘ programmiert sind, sondern als Menschen, die durchs Leben gehen und sich dabei mit Entscheidungen herumschlagen, Fehler machen, versuchen, gut auszusehen, Tragödien und persönliche Verluste ertragen, Freude an anderen haben und Augenblicke des Glücks finden. Die Sprache der Verallgemeinerung kann diese Art von Erfahrungen und Tätigkeiten nicht vermitteln.“<sup>40</sup>

### 3.1.2 Menschliche Dimensionen des Forschens

So zeigte sich auch meine Positionalität immer wieder im konkreten Alltag, als Mensch unter Menschen. Zu meinem Menschsein in der Forschung gehören die Beziehungen, in denen ich lebe. Im Laufe der Zeit entstanden immer mehr freundschaftliche Beziehungen zu Mitgliedern und Unterstützer\_innen der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe. Wir teilten Zeit, Herzlichkeit, nette Gesten. Wann immer ich Menschen besuchte, empfingen sie mich mit großzügiger Gastfreundschaft – sei es am Infozelt, wo sie mir einen Sitzplatz anboten, oder in der Unterkunft, wo sie mir zu trinken gaben.<sup>41</sup> Wir bauten Vertrauen auf, lernten uns kennen. Und wenn vom Lautsprecherwagen eine Stimme zu hören war, erkannte ich die Stimme, auch ohne zu sehen, wer da sprach. Wir teilten ein Stück Alltag, ein Stück Weg in einem komplexen politischen Protest. Und somit erlebten wir mitnichten nur schöne Augenblicke, sondern auch hitzige Diskussionen, zähe Auseinandersetzungen, nervöse Momente, Missverständnisse und große Ratlosigkeit. In diesen Beziehungen entwickelte sich die bereits beschriebene Reziprozität, die ein prägendes Merkmal meiner Forschung war. Sie führte dazu, dass diese permanent im Werden begriffen war. Wir dachten nach und reflektierten miteinander die jeweils aktuellen Geschehnisse. Doch sowohl (post-)koloniale als auch institutionelle Machtstrukturen begrenzten die Horizontalität unserer Beziehungen. Mein Blick war somit – in Bezug auf die Protestbewegung wie auch auf die übrigen Akteur\_innen – weder ein Blick von außen noch von innen. Es war ein Blick aus dem Zwischenraum, der immer wieder von Vertrauen geöffnet oder von Misstrauen verschlossen wurde.<sup>42</sup>

<sup>39</sup> Ebd.: 39.

<sup>40</sup> Ebd.: 38.

<sup>41</sup> Vgl. Feldtagebücher 2013 und 2014.

<sup>42</sup> Siehe auch Kapitel 3.2.

Zu meinem Menschsein gehören meine Emotionen und Affekte.<sup>43</sup> Sie haben mich angetrieben und ausgebremst. Ich habe gelacht und geweint, war wütend, traurig und fassungslos, habe mich geärgert, gefreut, gewundert. Doch wie war ich überhaupt dazu gekommen, der Protestbewegung zu folgen, mit ihr auf die Straße zu gehen, ihr in meiner Forschung genauer auf den Grund zu gehen, mich als Mensch in den Prozess hineinzugeben? Auch ich war affiziert, angesteckt, angeregt worden. Auch ich war in Bewegung versetzt worden. Ich war mitgerissen worden von den Dynamiken des Protests und hatte beschlossen, genau diesen Bewegungen, den Wirbeln und Wirrungen, dem Unerwarteten und Unverständlichen nachzugehen. Darin zeigt sich, dass die Erkenntnisse der Affekttheorie eine wichtige Grundlage für ethnografische Forschungsprojekte liefern können:

„Because affect emerges out of muddy, unmediated relatedness and not in some dialectical reconciliation of cleanly oppositional elements or primary units, it makes easy compartmentalisms give way to thresholds and tensions, blends and blurs. As Brian Massumi (2002) has emphasized, approaches to affect would feel a great deal less like a free fall if our most familiar modes of inquiry had begun with movement rather than stasis, with process always underway rather than position taken.“<sup>44</sup>

So wie meine Emotionen und Affekte sich auf meine Perspektiven auf die Protestbewegung auswirkten, wiesen sie auch auf meine eigene Positionalität hin. Denn Empfindung ist immer positioniert, wie Sara Ahmed exemplarisch aufzeigt: „So we may walk into the room and ‚feel the atmosphere‘, but what we may feel depends on the angle of our arrival. Or we might say that the atmosphere is already angled; it is always felt from a specific point.“<sup>45</sup> Gerade in Zusammenhang mit meinen eigenen Affekten war meine Selbstreflexivität gefragt. Ich verfasste regelmäßig Feldtagebucheinträge, in denen ich meine Affekte und Emotionen während bestimmter Situationen in Worte zu fassen versuchte und reflektierte. Sie gehörten zu den nicht intendierten Elementen meiner Forschung. Sie drängten sich förmlich auf. Ob ich wollte oder nicht, war ich selbst verwickelt in ein dichtes Wirrwarr von körperlichen und gefühlten Regungen und Äußerungen, die ich bei anderen wahrnahm und die in mir selbst aufkamen. Wenn ich an die Anfänge von *Lampedusa in Hamburg* zurückdenke, erinnere ich mich zum Beispiel an hoch emotionale Plena: an eine einerseits konzentrierte und motivierte und andererseits besorgte und

<sup>43</sup> Ich bleibe hier auch im Zusammenhang mit Emotionen und Affekten bewusst bei dem humanistischen Begriff des Menschseins, da sich darin meines Erachtens verschiedene, zentrale Aspekte meiner Forschungserfahrung verbinden. Für weitere affekttheoretische Überlegungen, die über ein rein humanistisches Verständnis hinausgehen, siehe Kapitel 2.5. Zu den emotionalen Dimensionen einer Feldforschung vgl. beispielsweise auch Tsing 2005.

<sup>44</sup> Gregg/Seigworth 2010b: 4.

<sup>45</sup> Ahmed 2010: 37.

angespannte Stimmung. Ich selbst war damals zugleich beeindruckt von der Protestbewegung, erfreut über das Engagement der Zivilgesellschaft und in latenter Sorge vor einer baldigen Abschiebung der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe.

Zu meinem Menschsein gehört meine Körperlichkeit. Und mein körperliches Tätigsein. Ich machte Fotos und bücherweise handschriftliche Notizen. Wann immer ich an einer Demonstration, Pressekonferenz oder sonstigen Veranstaltung teilgenommen oder einfach Zeit mit Mitgliedern der Gruppe verbracht hatte, schrieb ich meine Beobachtungen anschließend auf. Die Schreibzeit war stets Zeit, die ich mit einplanen musste, wenn ich einen Tag lang unterwegs war. Ich machte meine Notizen so zeitnah wie möglich, manchmal noch in einer Veranstaltung oder auf dem Nachhauseweg, um möglichst wenig zu vergessen. Auch die Originaltöne, die ich festhielt, vermerkte ich somit immer direkt in dem jeweiligen Moment oder entnahm sie meinem Kurzzeitgedächtnis. Dennoch ist es mir gewiss nicht gelungen, jedes Zitat hundertprozentig originalgetreu wiederzugeben. In meinen Quellenangaben verweise ich immer auf meine Feldtagebücher, um deutlich zu machen, dass es sich möglicherweise nur um eine sinngemäße Wiedergabe handelt. Da die Zitate jedoch in jedem Fall sehr nah an den tatsächlich gesprochenen Worten sind, verwende ich sie letzten Endes wie transkribierte Originaltöne. Hinzu kommen zahlreiche Audio- und Videomaterialien, die ich entweder bei öffentlichen Veranstaltungen selbst erstellt und ausschließlich als Gedächtnisstütze verwendet habe, oder die die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe, ihre Unterstützer\_innen, Medien, etc. produziert und online gestellt haben. Diese Materialien habe ich auszugsweise transkribiert und verwende sie ebenfalls als wörtliche Zitate.

Die Körperlichkeit meiner Forschung implizierte auch, dass meine physischen und psychischen Grenzen den Forschungsprozess prägten. Ich war mit ganzer Energie an dem Protest beteiligt, aber ich ging auch regelmäßig an meine körperlichen Grenzen, um möglichst oft da zu sein, mitzumachen, die Dinge in ihrer Intensität und Komplexität wahrzunehmen. In der Folge war ich oft erschöpft, müde, erkältet. Ich musste manches Gespräch abbrechen, weil ich vor Erschöpfung nicht mehr stehen konnte, weil ich etwas essen musste oder weil sich in meinem Kopf französische Wörter im Kreis drehten.<sup>46</sup> Ein Feldtagebucheintrag blieb unvollständig, weil ich mitten im Satz nicht mehr weiter geschrieben hatte. „Schade, hier hören meine handschriftlichen Notizen auf“, ergänzte ich später. „Ich weiß nicht, welches Wort hier fehlt – ein deutliches Zeichen dafür, wie müde ich zum Zeitpunkt des Aufschreibens war.“<sup>47</sup> Was ich als einzelner Mensch – mit meiner

<sup>46</sup> Vgl. z.B. Feldtagebuch 2013: 17.06.2013.

<sup>47</sup> Ebd.: 12.07.2013.

Geschichte, meinen Sprachfähigkeiten, meiner Konzentration – sehen und hören und anderweitig wahrnehmen konnte, hatte Grenzen. Innerhalb dieser Grenzen sammelte ich „Teilwahrheiten“<sup>48</sup>. So wie sich Subjektivität in konkreten Körpern manifestiert, impliziert damit auch die Parteilichkeit und Unvollständigkeit ethnografischer Forschungen eine körperliche Ebene.

Zu meiner Datenerhebung gehörten nicht zuletzt auch umfangreiche Materialsammlungen, die aus der Protestbewegung heraus entstanden: von Stellungnahmen, Flyern, Plakaten und Pressemitteilungen von *Lampedusa in Hamburg* über Presseberichte und Protokolle bis hin zu Korrespondenzen auf dem gemeinsamen E-Mail-Verteiler der Gruppe und ihrer Unterstützer\_innen. Ich hielt alles fest, was helfen würde, die Protestbewegung aus möglichst vielen Perspektiven nachzuzeichnen. Darüber hinaus führte ich zahlreiche informelle Gespräche, die ich in meinen Feldtagebüchern dokumentierte, und 23 halbstrukturierte Interviews<sup>49</sup> mit Einzelpersonen oder kleinen Gruppen, die – als Gruppenmitglieder, als Unterstützer\_innen, als institutionelle Vertreter\_innen – in den Protest involviert waren. Meinen Möglichkeiten als einzelne Forscherin waren auch hier die beschriebenen körperlichen Grenzen gesetzt. Die Zahl der Menschen, die ich kennenlernen, der Gespräche, die ich führen, und der Veranstaltungen, die ich besuchen konnte, war gewissermaßen körperlich begrenzt. Dennoch taten die vielen verschiedenen Kontakte und der lange Zeitraum, über den ich den Protest begleitete, ihr Übriges, um viele Perspektiven nachzuvollziehen und ein möglichst vielschichtiges Bild zu zeichnen. Es ist und bleibt nicht *die* Geschichte von *Lampedusa in Hamburg*, sondern *meine* Geschichte mit *Lampedusa in Hamburg*. Diese Geschichte spiegelt all das wider, was ich persönlich in den Interaktionen in meinem *Feld*<sup>50</sup> beobachtet und erlebt habe. Eine teilnehmende Beobachtung lässt sich so auch als produktives Element einer ethnografischen Grenzregimeanalyse begreifen. Es gehe dabei, so Sabine Hess und Vassilis Tsianos,

„um das Selbst-Erleben, das sinnliche Wahrnehmen von Enge, Angst und Freude sowie einen reflektierten (postkolonialen) Umgang damit, der die Irritationen und

<sup>48</sup> Clifford 1986: 1ff. Übersetzung BN. Im Original: „partial truths“. Siehe oben.

<sup>49</sup> Mehr dazu siehe Kapitel 3.2.

<sup>50</sup> Das Feld verstehe ich hier nicht als etwas Lokales, sondern als „im Forschungsprozess konstruiertes Netzwerk“ (Cohn 2014: 75), das ich selbst im Verlauf meiner Forschung immer wieder neu absteckte. Es ist somit nichts Gegebenes, sondern ein maßgeblich von mir selbst festgelegtes und begrenztes Konstrukt. Ich habe entschieden, wo mein Feld beginnt und wo es aufhört. Diese Begrenzung fand auf unterschiedlichen Ebenen statt, insbesondere bezüglich des Zeitraums, der Orte und der Netzwerke, die ich untersuchte.

ungeahnten Empathien ebenso mitreflektiert wie Betroffenheits- und andere Gefühle. Es geht auch um die längerfristige Anwesenheit, um das Vertrautwerden mit den Plätzen, Diskursen und Menschen.<sup>51</sup>

## 3.2 Forschung und Aktivismus: Zwischen widersprüchlichen Positionalitäten

„*You have to be very diplomatic.*“

David Amoya

### 3.2.1 Forschung im Zwischenraum

Während meiner Feldforschung rotierte nicht nur mein Fahrrad, sondern auch ich selbst. Genau so, wie ich auf dem Fahrrad nicht hinterherkam und von einer Veranstaltung zur nächsten eilte, erging es mir auch inhaltlich. Ich folgte der Protestbewegung im Sinne eines „studying through“<sup>52</sup>, das sich wesentlich unterscheidet vom auf die Eliten und Machtzentren konzentrierten „studying up“<sup>53</sup> wie auch vom dem entgegen gesetzten traditionellen „studying down“<sup>54</sup>. „Studying through“ impliziert nach Susan Reinhold „tracing ways in which power creates webs and relations between actors, institutions and discourses across time and space“<sup>55</sup>. Es fokussiert auf die Interaktionen und Trennungen zwischen verschiedenen Orten und Ebenen und entspricht so dem Wesen der *multi-sited ethnography*<sup>56</sup>. Ich befand mich folglich in einem permanenten Prozess des *tracing* und *tracking*<sup>57</sup>, begab mich auf Spurensuche und folgte diesen Spuren. In seinen Ausführungen zur *multi-sited ethnography* erweitert George Marcus den Begriff des Feldes. Das *tracing*

<sup>51</sup> Hess/Tsianos 2010: 257.

<sup>52</sup> Shore/Wright 1997: 14 unter Bezugnahme auf Reinhold 1994.

<sup>53</sup> Nader 1972.

<sup>54</sup> Shore/Wright 1997: 14. Dabei sei darauf hingewiesen, dass ich meine Forschung aufgrund der bestehenden Machtverhältnisse dennoch auch aus einer Machtposition heraus durchführte. Somit blieben in meiner Forschung, ob ich wollte oder nicht, Elemente des „studying down“ erhalten. Entscheidend ist für mich jedoch vielmehr die Tatsache, dass ich diese Machtposition und damit verbundene Begrenztheiten und Widersprüchlichkeiten in meine Analyse einfließen lasse und immer wieder reflektiere (siehe beispielsweise die Ausführungen zu meiner (post-)kolonialen Positionalität in Kapitel 3.1.1.).

<sup>55</sup> Ebd., Bezugnehmend auf Reinhold 1994: 477–479.

<sup>56</sup> Marcus 1995.

<sup>57</sup> Ebd.



und *tracking* bezieht sich nicht allein auf geografische Orte, sondern schließt unterschiedlichste Forschungsgegenstände ein. Er spricht davon, Menschen, Dingen, Metaphern, Handlungssträngen, Geschichten und Allegorien, dem Leben und Biografien sowie Konflikten zu folgen.<sup>58</sup> Auch wenn Marcus' Feldbegriff allzu oft rein geografisch-räumlich gelesen wird, geht es ihm dabei vielmehr um das Verhältnis zwischen Lokalem und Globalem, zwischen Lebenswelt und System.<sup>59</sup> In meiner Feldforschung ging ich zunächst vom Lokalen und Lebensweltlichen aus. Ich folgte konkreten Ereignissen und konnte doch kaum folgen, trug Fragezeichen im Gepäck, erweiterte Tag um Tag das Chaos in meiner Materialsammlung und in meinem Kopf. Ich sammelte Eindrücke, Emotionen und Erzählungen und wusste, ich würde vieles erst später, mit zeitlichem und innerlichem Abstand, sortieren können. Bereits während meiner Feldforschung und insbesondere nach dem Abschluss ihrer Hauptphase im Mai 2014 begann ich, dieses innerliche und physische Material in Augenschein zu nehmen, Stück für Stück zu analysieren und somit die Verbindungen zum Globalen herzustellen.

Im Zwischenraum zwischen Lokalem und Globalem verbanden sich auch meine Rollen als Aktivistin und als Forscherin. Es war ein teilweise gleichzeitiges, teilweise zeitversetztes Oszillieren zwischen diesen beiden Positionalitäten. Mal geriet die eine mehr in den Vordergrund, mal die andere, mal ließ sich das eine vom anderen nicht trennen. „Irgendwie sitze ich da sowieso auch zwischen den Stühlen“, notierte ich einmal, als eine Debatte zwischen unterschiedlichen Unterstützer\_innen geführt wurde. „Und an sich fühle ich mich da ja auch immer ganz wohl [...]. Aber es ist eben manchmal auch nervig und anstrengend, in diesem Zwischenraum zu sein.“<sup>60</sup> Es ist ebendieser Zwischenraum, der die Grundlage ethnografischen Forschens darstellt, der Beobachten und Zuhören, aktives Involviertsein und Mitdiskutieren, emotionale Nähe und Distanz gleichermaßen impliziert. All das gehörte in aller Widersprüchlichkeit zusammen. Es liegt im Wesen dieses Zwischenraums, den Paul Routledge als „Third Space as Critical Engagement“<sup>61</sup> bezeichnet, dass er sich nicht eindeutig zuordnen lässt, sondern „sowohl politisch als auch wissenschaftlich bespielt werden kann“<sup>62</sup>.

---

58 Vgl. ebd.: 106ff.

59 Vgl. Hess/Schwertl 2013: 27.

60 Feldtagebuch 2013: 06.06.2013.

61 Routledge 1996.

62 Hamm 2013: 67.

### 3.2.2 Vertrauen und Reziprozität

Die Methodologien, die ich angewandt habe, hatten auch weiterreichende inhaltliche Hintergründe. So griff ich beispielsweise den Ansatz der ethnografischen Grenzregimeanalyse<sup>63</sup> auf, indem ich auf die vielschichtigen Ausprägungen der Grenzen und der sich in Grensräumen zeigenden Praxen einging. Außerdem spielte das Konzept der *Autonomie der Migration*<sup>64</sup> methodologisch eine wichtige Rolle. Es spiegelt sich beispielsweise in der Tatsache wider, dass ich alltäglichen Praxen und Orten nachging. Diese Perspektive ermöglicht auch den Blick dafür, um es mit den Worten von Stephan Scheel zu formulieren, „dass migrantische Kämpfe zumeist an alltäglicheren Orten stattfinden und weniger spektakulär sind, als es reißerische Medienberichte erwarten lassen“<sup>65</sup>. In einem ähnlichen Sinne denke ich auch das Konzept der Bürgerschaft gewissermaßen von den Alltagspraxen an den Rändern, den Grenzen, von den Marginalisierten her. Die Tatsache, dass ich *Acts of Citizenship* anstelle formalistischer Verständnisse von Bürgerschaft in den Vordergrund stelle, schlägt sich auch in meiner methodischen Herangehensweise nieder:

„In order to detect the relevance of collective mobilisations by marginal groups for studies of EU citizenship, there is a need for a different entry point for analysis that approaches citizenship starting precisely from mobilisations of marginal groups rather than from an institutional or representational angle. That starting point, I suggest, is offered by the concept of ‚acts of citizenship‘ that brings to the fore those instances of political participation, such as mobilisations by marginal and oppressed groups, that are often overlooked when the focus is on formal rights or legislation.“<sup>66</sup>

Gegenseitiges Vertrauen war eine wichtige und deutlich spürbare Grundvoraussetzung für die teilnehmende Beobachtung, die damit verbundenen informellen Gespräche wie auch für die Interviews, die ich führte. In den Gesprächsprotokollen erwähnte ich oft die „sehr vertrauensvolle Stimmung“<sup>67</sup>, die herzlichen Begrüßungen und Verabschiedungen, die Gemütlichkeit, wenn wir bei Tee, Kaffee und leckerem Essen beisammensaßen.<sup>68</sup> Alle Menschen, die ich interviewte, kannte ich vorher schon – entweder durch den *Lampedusa in Hamburg*-Protest selbst oder aus anderen Zusammenhängen. Das Vertrauen war also nicht aus dem Nichts gekommen, sondern langsam im Prozess entstanden. Es war für mich auch in der Planung der Interviews eine wichtige Orientierung. Dadurch konnte ich die Gespräche so

<sup>63</sup> Siehe Kapitel 2.3.

<sup>64</sup> Siehe Kapitel 2.1.

<sup>65</sup> Scheel 2015: 4.

<sup>66</sup> Andrijasevic 2013: 48f.

<sup>67</sup> Interview 18-2014: Gesprächsprotokoll.

<sup>68</sup> Vgl. die diversen Gesprächsprotokolle der Interviews 2013 und 2014.

organisieren, dass es auch zu den einzelnen Menschen passte. Wenn ich beispielsweise mitbekam, dass jemand gerade angesichts des zermürbenden Protestalltags „auf dem Zahnfleisch“<sup>69</sup> ging, hielt ich mich mit einer Interviewanfrage zurück und wartete auf einen geeigneteren Zeitpunkt. Oder ich fragte vorab, ob, wann und in welchem Rahmen die Menschen sich ein Interview überhaupt vorstellen konnten.

In meiner Feldforschung spielten somit Netzwerke eine besonders wichtige Rolle. Es ging um Beziehungen, um Netzwerke von Menschen, Institutionen und Räumen, um Netzwerke von Einzelpersonen, Gewerkschaften, Kirchen, Initiativen und unterschiedlichsten Orten des Protests. Hier zeigt sich eine methodologische Verbindung zwischen ethnografischer Praxis und der *Actor-Network-Theory* (ANT), wie Sabine Hess und Maria Schwertl zusammenfassen:

„[D]ie Frage nach ‚Feld‘ [ist] nicht mehr alleine eine Frage nach der räumlichen Lokalisierbarkeit, sondern nach dem *doing* von Feldforschung. Folgt man Ansätzen von Bruno Latour und der *Actor-Network-Theory* (vgl. Latour 1993; 2005), die nicht Entitäten, sondern Verflechtungen und Netzwerken folgt, so wird klar, dass die Frage nach dem Feld vor allem auch eine Frage danach ist, welche Konnektivitäten Forscher herstellen können. Feld ist damit aus dieser Perspektive eine praxeologische Konstruktion von Forschenden.“<sup>70</sup>

Neben der Tatsache, dass meine Involviertheit in die Protestbewegung und ihre Netzwerke unmittelbare Auswirkungen auf meine Forschung hatte, wirkte meine Forschung – umgekehrt – auch auf den Protest zurück. Während manche Wissenschaftler\_innen den Standpunkt verfechten, dass – auch ethnografische – Forschungen einzig oder vor allem den Forschenden selbst nützen würden<sup>71</sup>, stellt die geschilderte Situation eines Gruppeninterviews ein plastisches Beispiel dafür dar, wie Aktivismus ebenfalls von Forschung profitieren kann. „Im oftmals atemlos-hektischen Feld des Aktivismus“, so Marion Hamm, „kann die Forschungsbegegnung reflexive Mikrosituationen schaffen, in denen ein nicht an unmittelbare Notwendigkeiten geknüpftes Nachdenken möglich ist.“<sup>72</sup> Auch in anderer Weise konnte ich meine Forschungstätigkeiten in den Alltag der Protestbewegung einbringen. In unseren Plenumsitzungen schrieb ich beispielsweise dann und wann Protokoll oder übernahm die Moderation, da ich mir ohnehin Notizen machte und die Diskussionen mit großer Aufmerksamkeit verfolgte. Es bot sich also geradezu an, dies auch für die Gruppe nutzbar zu machen. Am häufigsten ergaben sich jedoch Übersetzungstätigkeiten, die angesichts der verschiedenen Sprachen, die die

<sup>69</sup> Vgl. eigene Überlegungen, in: Interview 12-2013.

<sup>70</sup> Hess/Schwertl 2013: 32.

<sup>71</sup> Vgl. z.B. Wolcott 2005.

<sup>72</sup> Hamm 2013: 68.

Gruppenmitglieder verstanden, durchgehend nötig waren. Ich dolmetschte in vielen Besprechungen und Veranstaltungen, meist in Form von Flüsterübersetzung. Diese Tätigkeit war im Alltag des Protests gleichermaßen notwendig und sensibel. Als Übersetzerin fand ich mich, ob ich wollte oder nicht, in einer Machtposition wieder. Alle praktischen Erfahrungen in der Protestbewegung und das gewachsene Vertrauen zur Gruppe waren wichtige Grundlagen für die Übersetzungstätigkeiten und dafür, in ebendieser Position verantwortungsvoll zu handeln. Alle Informationen, die die Gruppenmitglieder erhielten und die ich übersetzte, konnten für sie existenziell werden. Es ging schließlich um Austausch, Debatten, Strategieüberlegungen und immer wieder um große Fragen: Wie geht es weiter? Wie kann der Protest erfolgreich fortgesetzt werden? Wie kann die Gruppe es schaffen, eine dauerhafte Perspektive in Hamburg zu finden?<sup>73</sup> Die Tatsache, dass meine Forschungstätigkeit auf diese Weise auch der Protestbewegung zugute kam, ist für mich die praktische Umsetzung horizontaler Methodologien. So sehr ich mich als Forscherin in einer Machtposition befand und von den Erkenntnissen der Protestbewegung profitierte, gab es auf diese Weise doch immer wieder Momente des Gebens und Nehmens. Die dennoch bleibenden Widersprüche in der Forschungspraxis fasst Marion Hamm in Bezug auf partizipative und somit ebenfalls explizit horizontale Methoden zusammen:

„Wichtiger als die generalisierende Frage, ob partizipative Methoden der Königsweg zu einer emanzipativen Forschung sind, erscheint es mir, genau zu überlegen, wer an was und zu welchem Zweck partizipiert, wer davon wie profitiert und welche Machtverhältnisse in der asymmetrischen Partizipation von Forschenden und Erforschten am gleichen Forschungsprozess entstehen. Mit seiner Betonung von Reflexivität und Prozessualität ist das methodische Instrumentarium der Ethnographie nach wie vor zur Klärung solcher Fragen geeignet. [...] Ihre Interventionen können affirmativ oder kritisch sein, ihre Analysen können im Dienste der Macht stehen oder gegen sie gerichtet sein, ihre Praxis kann manchmal auch widerständige Qualität annehmen. [...] [O]ft wird man zu dem Schluss kommen müssen, dass sich in der Praxis affirmative und kritische Aspekte miteinander verschränken.“<sup>74</sup>

### 3.2.3 Vorsicht und Skepsis

Dass ich den Protest auch als Forscherin begleitete, machte ich von vornherein transparent. Es war mir wichtig, nicht den Eindruck geheimer Recherchen zu erwecken, sondern im Gespräch mit allen Beteiligten zu bleiben. Die Gruppenmitglieder, mit denen ich viel in Kontakt war, informierte ich über meine Forschung

<sup>73</sup> Zu den Implikationen von Übersetzungstätigkeiten siehe auch Kapitel 4.5.

<sup>74</sup> Hamm 2013: 69f.

und fragte sie um Erlaubnis, in anonymisierter Form von unseren Begegnungen zu schreiben. Zu Beginn des Protests und meiner Forschung fragte ich außerdem gezielt David als einen der Sprecher, ob es in Ordnung wäre, wenn ich hin und wieder Dinge mitschreiben und aufzeichnen würde. Er willigte sofort ein, fügte aber mit Bedacht und Deutlichkeit hinzu: „You have to be very diplomatic“<sup>75</sup>, und dass ich bitte aufpassen möge, was ich schreibe. Dieser Bitte wollte ich gerne nachkommen und hätte es auch ohne seinen Hinweis getan. Dennoch schwang in seiner Anmerkung eine gewisse Vorsicht mit. Der Zugang zum Feld erwies sich hier als wichtige, aufschlussreiche und herausfordernde Phase meiner Forschung. Auch in der Literatur wird der Feldzugang immer wieder als entscheidendes Moment einer ethnografischen Forschung begriffen: „One of the key and yet most difficult steps in ethnography is gaining access to a social setting that is relevant to the research problem in which you are interested“<sup>76</sup>, konstatiert Alan Bryman. Barbara Friebertshäuser kommt sogar zu dem Schluss, dass die ersten Tage und Wochen einer Feldforschung die schwierigsten seien, und beschreibt die Herausforderung für die Forscherin, die eigenen Absichten verständlich zu machen, das Vertrauen und die Kooperationsbereitschaft der Menschen im Feld zu gewinnen, die eigene Rolle zu finden und sich in dem – in aller Regel – neuen und unbekanntem Feld zu bewegen.<sup>77</sup>

Die anfängliche Vorsicht mancher Gruppenmitglieder und Unterstützer\_innen mir gegenüber blieb auch in den darauffolgenden Monaten erhalten, obwohl wir uns besser kennenlernten und viel Zeit miteinander verbrachten. Immer wieder war ich herausgefordert, Vertrauen aufzubauen, zu erhalten oder zurückzugewinnen. In den komplexen Zusammenhängen des Sommers 2013 entwickelte sich beispielsweise bei David eine offensichtliche Skepsis gegenüber meiner Forschung und meinen möglichen Absichten, die er in einem Gespräch an der St. Pauli-Kirche äußerte. Wir hatten uns über eine Woche nicht gesehen und freuten uns beide über das Wiedersehen, begrüßten uns mit einem gegenseitigen „Long time no see“. Im Laufe des Gesprächs fragte er genauer nach, was für eine Forschung ich eigentlich machte. Dann kam plötzlich die für mich überraschende Frage: „Are you working with the police?“ Später notierte ich in meinem Feldtagebuch:

„Darüber bin ich ziemlich erschrocken, aber auch hier erläutere ich wieder einiges, erzähle davon, dass ich einfach nur an der Uni bin und dass die Leute, mit denen ich zusammenarbeite, auch Leute sind, die selbst Aktivist\_innen sind, die ich teils z.B. bei ‚unserer‘ Demo [am 17.08.2013] hier auf der Straße wiedergesehen habe. Das scheint

<sup>75</sup> Zit. nach: Feldtagebuch 2013: 29.05.2013.

<sup>76</sup> Bryman 2008 [2001]: 403.

<sup>77</sup> Vgl. Friebertshäuser 1997: 513 sowie Kaspar Maases Ausführungen im Vorwort zu Bausinger u.a. 1999 [1978]: XV.

David zu gefallen. Und doch hakt er nochmal nach – weil wir uns so lange nicht gesehen haben – ob ich jetzt nur noch an der Kirche hier sei. Das verneine ich und sage, dass ich immer versuche, möglichst viel an den verschiedenen Orten zu sein.<sup>78</sup>

David überprüfte damals meine Aussage, zählte Orte auf und fragte, ob ich mich dort regelmäßig aufhalten würde. Am Ende schien ich ihn davon überzeugt zu haben, dass ich in der Tat viele verschiedene Orte des Protests aufsuchte, dass der Protest aber doch so groß geworden war, dass wir einander dort nicht immer begegneten. Dennoch: Davids Skepsis war nicht zu überhören. Meiner Forschung und dem Vertrauen, das ich gewinnen konnte, waren Grenzen gesetzt. Dies stand auch im Kontext verstärkter Polizeikontrollen im Sommer 2013, die meines Erachtens einen Beitrag zu grundsätzlich verstärkter Vorsicht und Misstrauen in der Gruppe leisteten. Hinter Davids Frage steckte deutlicher denn je die Frage, wer von meiner Forschung und somit auch von den Erkenntnissen der Protestbewegung profitieren würde. Wurde meine Forschung von politischen Entscheidungsträger\_innen oder anderen Institutionen genutzt? Hatte ich eine\_n Auftraggeber\_in? Ich versuchte David deutlich zu machen, dass eine solche Querverbindung nicht existierte – mehr noch: dass ich gerade aus der Perspektive der Protestbewegung heraus forschte und es in meinem Interesse war, dass meine Forschung sich in den oben beschriebenen Formen für die Protestbewegung nutzbar machen ließ – und nicht etwa für ihre politischen Gegner\_innen.

Auch andere Gruppenmitglieder reagierten mit Zurückhaltung auf meine Forschung. Ich versuchte mit mehreren Menschen Interviewtermine zu vereinbaren. Menschen, mit denen ich ohnehin viel Zeit verbrachte und Gespräche führte, wollte ich gern einmal in konzentrierter Form und mit Aufnahmegerät sprechen. Ich dachte, dass sie auf dem Wege vielleicht noch mehr Gedanken mit mir teilen würden und ich mehr Originaltöne von ihnen in meine Forschung einfließen lassen könnte. Doch das Gegenteil war der Fall. Einer derjenigen, mit denen ich mich lose für ein Interview verabredet hatte, war Jona. Seit wir darüber gesprochen hatten und er zugesichert hatte, dass er das total gerne machen würde, konnte er einmal wegen eines verletzten Fußes nicht kommen und verwies bei unserer nächsten Begegnung auf später – dazu kam es aber nicht, weil wenig später eine Versammlung der Gruppe stattfand und er sich wiederum wenig später schon von mir verabschiedete. Bei unserem nächsten Wiedersehen sprachen wir wieder nur kurz zwischen Tür und Angel. Das Interview erwähnte ich nicht mehr. Ich war mir inzwischen recht sicher, dass er es lieber nicht machen würde.<sup>79</sup> Im weiteren Verlauf des Protests trafen wir uns noch viele Male. Über das Interview sprachen wir nie wieder.

<sup>78</sup> Feldtagebuch 2013: 29.08.2013.

<sup>79</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 16.08.2013.

Mit anderen Gruppenmitgliedern erlebte ich Ähnliches: Sie willigten grundsätzlich ein, sich in Interviewform mit mir zu unterhalten, aber dann kam es doch nicht dazu. Im Laufe der Zeit sah ich ein, dass sich die Gespräche in aller Regel ohne vorherige Planung ergaben und sich das Konzept der teilnehmenden Beobachtung somit in der Praxis bewährte. Gerade dieser informelle Rahmen und das darin spürbare Vertrauen waren offenbar wichtig für unseren Kontakt und für die Gespräche, die so zustande kamen. Nach einem der vermeintlich gescheiterten Interviewversuche machte ich folgende Notiz:

„Die Unterhaltung entstand eben genau in dem Moment, genau an dem Ort – wenn wir [Desmond und ich] uns irgendwo anders hingesetzt hätten, nach einem ruhigen Platz für die Aufnahme gesucht und das Diktiergerät angeschaltet hätten, dann wäre das Gespräch in dieser Form vielleicht nicht zustande gekommen. So war es dann auch später mit Yanis, den ich ursprünglich auch hatte interviewen wollen und von dem ich mich stattdessen überzeugen ließ, noch zum Ehrenamtlichen-Treffen zu bleiben – wo ich dann auch für ihn übersetzte – und mit dem ich mich dann, als wir an meinem Fahrrad standen, noch eine Weile unterhielt.“<sup>80</sup>

Ich verzichtete daher auf weitere Versuche, Interviews in der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe zu planen. Lediglich zu der bereits erwähnten Gruppendiskussion lud ich im November 2013 noch ein. Hier ging es mir um eine Austauschrunde, die ohne Planung so nicht zustande gekommen wäre und die ich als „reflexive Mikrosituation“<sup>81</sup> für alle Beteiligten für interessant hielt. So konnten in dem beschriebenen Sinne Momente der Reziprozität entstehen. In der Tat betonte einer meiner Gesprächspartner während des Interviews, wie wichtig er es fände, so in Ruhe miteinander zu sprechen: „Everybody is in misery now. So, I think – to me, in my opinion – the ‚Duldung‘ and the ‚Non-Duldung people‘ have to come together and discuss like we are doing now.“<sup>82</sup> Was in Obeds Anmerkung auf anderer Ebene durchschimmerte, war auch die Differenzierung zwischen den Menschen „mit“ und den Menschen „ohne Duldung“. Auf die Bedeutung dieser Trennung und auf die Frage, ob die Gruppe demnach seitdem gespalten war, gehe ich in Kapitel 5 näher ein.

Das Hin- und Herpendeln zwischen meinen Positionalitäten als Forscherin und Aktivistin war oftmals mit großen inneren Widersprüchen verbunden. Wie das *Colectivo Situaciones* in seinen Reflexionen über die Praxis der *militant research* zusammenfasst, befindet sich die Forschungsaktivistin<sup>83</sup> „as far from institutional procedures as from ideological certainties; and is distinct from both the academic researcher and political militant, not to mention the NGO humanitarian,

<sup>80</sup> Ebd.: 07.10.2013.

<sup>81</sup> Hamm 2013: 68. Siehe oben.

<sup>82</sup> Obed, in: Interview 10-2013.

<sup>83</sup> Freie Übersetzung BN. Im Original: „researcher-militant“.

the alternative activist, or the simply well intentioned person“<sup>84</sup>. Diese schwierige Gratwanderung passierte nicht allein in meinem Innern, sondern hatte in starkem Maße auch mit den Wahrnehmungen anderer Menschen zu tun. Die dementsprechend vielschichtigen und paradoxen Dynamiken von Vertrauen und Misstrauen, Verstehen und Missverstehen waren bemerkenswert.<sup>85</sup>

### 3.2.4 Methodologische Details

„Ich bin halt genau im richtigen Moment da gewesen, dass es mich komplett ergriffen hat, und jetzt bin ich hier“<sup>86</sup>, kommentierte die Unterstützerin Kyara ihr Engagement. Damit beschrieb sie im Grunde genau das, was auch meine Feldforschung durchgängig prägte: Es ging um Momente. Auch bei mir war es ein einzelner Moment, in dem ich auf *Lampedusa in Hamburg* aufmerksam wurde und mich auf den Weg zum Infozelt begab. Seitdem folgte eine Vielzahl von Momenten, in denen Strategien, Widersprüche, Dynamiken, Emotionen und Affekte sich verdichteten. Die Vielfalt ethnografischer Methoden bietet sich an, um diesen vielschichtigen Momenten im Detail nachzugehen, ihre unterschiedlichen Perspektiven und Tiefendimensionen aufzuzeigen, unterschiedliche Akteur\_innen und Netzwerke einzubeziehen und anhand konkreter Situationen und Praktiken eine Analyse durchzuführen. Zentrales Element dieser ethnografischen Vorgehensweise war die ca. einjährige Feldforschung, die ich durchgeführt und oben beschrieben habe. Die bereits erläuterte Methode der teilnehmenden Beobachtung brachte eine Nähe mit sich, durch die ich Kontakte zu späteren Interviewpartner\_innen knüpfen konnte und die unerlässlich für eine detaillierte Analyse war. Dass die halbstrukturierten, schwerpunktmäßig narrativen Interviews, die ich führte, eingebettet waren in meine Feldforschung und folglich in ein Ensemble verschiedener Forschungsmethoden, lässt sich mit Robert G. Burgess als gängige Praxis begreifen: „The unstructured interview<sup>87</sup> is rarely conducted in isolation; it is often part of a broader programme of research and draws on the knowledge that the researcher has of a social situation.“<sup>88</sup> Mit der Art der Interviews bezweckte ich – ergänzend zu meinen eigenen Beobachtungen – die Ergründung konkreter Momente, Situationen und

<sup>84</sup> *Colectivo Situaciones* 2003.

<sup>85</sup> Vgl. z.B. Feldtagebuch 2013: 07.08.2013 und 11.08.2013.

<sup>86</sup> Kyara, in: Interview 6-2013.

<sup>87</sup> Anmerkung BN: Der Ansatz von Burgess lässt sich m.E. unmittelbar auf halbstrukturierte Interviews übertragen, zumal die Übergänge zwischen unstrukturierten und halbstrukturierten Interviews ohnehin fließend sind.

<sup>88</sup> Burgess 1984: 106.



Geschichten. Dazu eigneten sich narrative Interviews in besonderer Weise, weil sie zunächst „auf die Hervorlockung und Aufrechterhaltung von längeren Erzählungen [zielen] oder allgemeiner formuliert zu [sic] autonom gestalteten Präsentationen einer bestimmten Thematik [...], die zunächst ohne weitere Interventionen von Seiten der InterviewerInnen produziert werden können“<sup>89</sup>. Erst im weiteren Verlauf des Interviews stellte ich gezielte Nachfragen, um Erzählungen zu bereits angesprochenen Themen anzustoßen. Den Sinn und Zweck dieser verschiedenen Interviewphasen fasst Gabriele Rosenthal wie folgt zusammen: „Während im Erzählvorgang Gefühle oder auch Gedanken wieder gegenwärtig werden können, regen direkte Nachfragen zur Konstruktion aus der Perspektive der Gegenwart an, die sich prinzipiell von der in den vergangenen Situationen unterscheidet.“<sup>90</sup> Anders als in rein narrativen Interviews gehörten zu den halbstrukturierten Interviews, die ich führte, darüber hinaus auch spezifische Fragen, die ich in Form eines Leitfadens vorbereitet hatte. Sie bezogen sich auf zuvor gemeinsam erlebte Situationen oder andere konkrete Momente im Verlauf des Protests. So verband ich die Methodiken von narrativen, themenzentrierten und Leitfadeninterviews miteinander.<sup>91</sup> Im Vordergrund stand dabei immer die Gesprächssituation und der sich ergebende Verlauf des Interviews. Dabei setzte ich die vorbereiteten Fragen flexibel ein, verzichtete auf manche davon oder konzentrierte mich in einigen Gesprächen auf spontane Nachfragen zu den Erzählungen. In der Gesamtheit meiner Interviews nutzte ich den von Fritz Schütze bezeichneten „ereignisspezifischen Kreuzvergleich [...]“<sup>92</sup> zwischen den verschiedenen Erzählungen“, durch den ein „Handlungszusammenhang, an dem die zu interviewenden Personen beteiligt waren“<sup>93</sup>, nachgezeichnet werden konnte. Dabei geht es laut Rosenthal „um die Rekonstruktion des Erlebens von Ereignissen, die alle Befragten selbst miterlebt haben“<sup>94</sup>. Nach der Phase der Feldforschung folgte die Analyse, deren Basis die Kodierung meines gesammelten Materials war – von Feldnotizen über *Lampedusa in Hamburg*-Stellungnahmen und -Pressemitteilungen bis hin zu Interviewtranskripten und Presseberichten, um nur einige zu nennen. Dabei habe ich in erster Linie *In-vivo-Codes* verwendet, wie sie im Zusammenhang mit der *Grounded Theory* entwickelt wurden. Damit sind all jene Codes gemeint, die im Feld selbst entstehen

---

<sup>89</sup> Rosenthal 2014 [2005]: 151.

<sup>90</sup> Ebd.: 157.

<sup>91</sup> Zur Vertiefung der verschiedenen Interviewtechniken vgl. Schlehe 2003.

<sup>92</sup> Schütze 1976 und 1977.

<sup>93</sup> Rosenthal 2014 [2005]: 151f.

<sup>94</sup> Ebd.: 152.



Abbildung 8: Materialkiste.

und in denen Begriffe aus dem Feld wörtlich übernommen werden.<sup>95</sup> So habe ich Begrifflichkeiten, die in der Protestbewegung immer wieder auftauchten, aufgegriffen und als Codes eingesetzt – z.B. Unterkunft und Kolonialismus – und daraus wiederum zusammenfassende Kategorien – z.B. Prekarisierung und Machtverhältnisse – entwickelt. Parallel zu meiner Feldforschung arbeitete ich auch die theoretischen Bezugspunkte immer weiter heraus, die mein Handwerkszeug für die Analyse bilden sollten. In einem kontinuierlichen, zyklischen Prozess reflektierte ich sowohl meine Feldforschung als auch die theoretischen Bezüge und spiegelte dabei die Praxis an der Theorie – und umgekehrt. Diese gleichzeitige Arbeit an meinem Feldforschungsmaterial und an der Theorie war eine wesentliche Grundlage meiner Analyse. So kamen Codes wie Bürgerschaft oder Ökonomie/Neoliberalismus hinzu, die nicht in dieser expliziten Formulierung, aber doch thematisch immer wieder in der Protestbewegung vorkamen. Die Codes und Kategorien dienten mir dazu, mein Material zu sortieren und zu deuten. In einer Materialkiste – einem Pappkarton, der mit einem bunten Sammelsurium von farbig markierten Materialschnipseln gefüllt war – sammelte und ordnete ich die kodierten Texte. Während die Chronologie des Protests mir eine Orientierung für die grundsätzliche Reihenfolge und Einteilung der Kapitel lieferte, sorgten die Codes und Kategorien für die

<sup>95</sup> Vgl. Hedlund-de Witt 2013. Zur Einführung in die *Grounded Theory* sei auf Strauss/Corbin 1996 verwiesen.

inhaltliche Struktur innerhalb der jeweiligen Kapitel sowie für Querverbindungen zwischen ihnen.<sup>96</sup> Zur Analyse meines eigenen Materials zog ich zudem eine Vielzahl anderer Autor\_innen hinzu. Die genauen Quellenangaben befinden sich im Literaturverzeichnis. Dort sind auch all jene Quellen genannt, auf die die jeweils zitierten Autor\_innen ihrerseits verweisen. Mein eigenes, unveröffentlichtes Material selbst ist, wie anfangs bereits erwähnt, in einem separaten Verzeichnis im Anschluss an das Literaturverzeichnis aufgeführt.

Auf die Analyse des Materials folgte die Textualisierung. Den Beginn jedes Kapitels bilden Einstiegserzählungen, die ich im Präsens verfasst habe, um die Bedeutung des Moments unabhängig von seiner zeitlichen Einordnung zu betonen. Auch wörtlich zitierte Auszüge aus meinen Feldtagebüchern belasse ich im Präsens, damit erneut die Eindrücke und Momente für sich stehen. Den übrigen Text schreibe ich im Präteritum, um meine Forschung in die Chronologie des Protests und somit in dessen zeitliche Abfolge einzufügen. Zur konkreten Textualisierung meines Materials sei zudem angemerkt, dass ich alle Interviews mit einem Audioaufnahmegerät festgehalten und anschließend teilweise oder vollständig transkribiert habe. Die hier zitierten Interviewpassagen entsprechen meinen Transkripten, in denen ich zur besseren Lesbarkeit auf die Wiedergabe von Lauten wie „äh“ verzichtet habe. Bei kursiv gedruckten Wörtern handelt es sich um Hervorhebungen der jeweiligen Interviewpartner\_innen oder, sofern sie in eckigen Klammern stehen, um Anmerkungen zu Tonfällen oder nonverbalen Äußerungen, z.B. Lachen. In den wenigen Fällen, in denen ich selbst zu Analyse Zwecken eine Hervorhebung vorgenommen habe, habe ich diese explizit durch meine Initialen gekennzeichnet.

Ein ethnografischer Text versucht, die Komplexität der untersuchten Wirklichkeiten – beispielsweise durch eine teilweise Unterbrechung von Linearität – abzubilden. Dennoch sind der verbalen Darstellung von Mehrdimensionalitäten und Komplexitäten Grenzen gesetzt. Ich ergänze meinen Text daher um Bilder und Klänge.<sup>97</sup> Die Fotos, die ich im Laufe meiner Feldforschung gemacht habe und die in diese Erzählung einfließen, verstehe ich im Sinne einer *Visual Anthropology* als Bestandteil meiner ethnografischen Beobachtungen.<sup>98</sup> Meine Kamera wurde zur Unterstützerin meines Gedächtnisses. Mehr noch: Die Kamera und die durch sie produzierten Bilder lieferten spezifische Informationen und stellten Interaktionen und Kontexte dar, die sich so in verbaler Form im Notizbuch nicht hätten greifen

<sup>96</sup> Zur Methodik des Kodierens und Kategorisierens vgl. beispielsweise Muckel 2007.

<sup>97</sup> Auf die Verwendung von Audio- und audiovisuellem wie auch generell digitalem Material werde ich in meiner Einführung zu den Zwischenkapiteln – *#lampedusabh* – in Kapitel 3.3 näher eingehen.

<sup>98</sup> Vgl. z.B. die Arbeiten von Pink (2001 und 2006) und Collier Jr./Collier (1986 [1967]) zu den Implikationen visuell-anthropologischer Methodologien.

lassen. Einerseits war mit der Kamera eine präzisere Dokumentation materieller Realitäten möglich, die durch die Begrenzungen meiner Konzentration und meines Gedächtnisses möglicherweise selektiert worden wären. Andererseits ist gerade der Blick durch die Kamera selektiv und durch ihre rein materiellen Möglichkeiten – beispielsweise durch die Brennweite des Objektivs – begrenzt. Es lässt sich jedoch festhalten, dass die Begrenzungen der Fotografie letzten Endes vergleichbar sind mit den Begrenzungen menschlicher Beobachtung.<sup>99</sup> Es gibt in keinem Fall die eine Wahrheit, die sich sehen oder darstellen ließe. Es gibt nicht die eine Repräsentation einer Situation. Vielmehr ist es immer eine von vielen Wahrheiten, eine von vielen Repräsentationen. Auch wenn ich Bilder in erster Linie als Illustrationen meiner Beobachtungen verwende, sollten sie nicht für sich allein als vermeintlich realistische Darstellung betrachtet werden. Stattdessen beinhalten sie vielschichtige Interpretationsmöglichkeiten, Emotionen, Erfahrungen und Diskurse und haben somit immer auch einen „expressiven“ Wert.<sup>100</sup> Während ich die Bilder nicht unmittelbar kommentiere, gehe ich jeweils an anderer Stelle in meinem ethnografischen Text näher auf die Situationen ein, die ich in Bildern repräsentiert habe. So können die Bilder zunächst eine eigene Wirkung entfalten und gleichzeitig eine verbale, wenn auch fragmentarische Kommentierung im Rahmen meiner Analyse erfahren.<sup>101</sup> Nicht zuletzt ist mit der Produktion von Bildern eine ethische Dimension verbunden, die ich in meine Forschung einbezogen habe. Wenn ich Menschen aus der Nähe fotografiert habe und sie somit als Individuen erkennbar sind, habe ich sie in aller Regel im Vorfeld gefragt, ob sie damit einverstanden sind. Sofern ich diese Bilder hier verwende, habe ich die Gesichter dennoch verpixelt und dadurch anonymisiert. Wenn ich Menschen von hinten, im Profil oder aus weiterer Entfernung abgelichtet habe, habe ich nicht in jedem Fall separat nachgefragt. Allerdings habe ich erst zu einem Zeitpunkt begonnen zu fotografieren, als die Beteiligten bereits wussten, dass ich den Protest auch als Forscherin begleite. Somit kannten sie mich und den Zweck meiner Materialsammlung und waren bereits über meine Forschungsethik und folglich meinen Umgang mit dem Material informiert.

<sup>99</sup> Vgl. dazu auch Collier Jr./Collier 1986 [1967]: 9ff.

<sup>100</sup> Pink 2001: 126ff. Vgl. auch Pink 2001 in Rückgriff auf Edwards 1997.

<sup>101</sup> Vgl. zu diesem Vorgehen auch Pink 2001: 125f.

### 3.3 #lampedusahh: Digitale Dimensionen ethnografischer Protestforschung

„Welcome! You are subscribed to the infochannel ‚lampedusahh‘ now.“  
SMS vom 22.10.2013

#### 3.3.1 *Digital Politics* als Ausgangspunkt einer Methodologie

Die Mediatisierung politischer Proteste lässt sich in Deutschland bereits im 16. Jahrhundert an den zahlreichen Flugschriften der Reformationszeit festmachen.<sup>102</sup> Weiterhin kamen während der Französischen Revolution um 1789 Flugblätter und Plakate als „Massenmedien und Mittel zum politischen Kampf“<sup>103</sup> zum Einsatz. Seitdem werden verschiedenste Medien genutzt, um Protestbewegungen in einer breiten Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Performative und mediale Protestformen sind dabei stets untrennbar miteinander verbunden.<sup>104</sup> Im Internet setzt sich diese Verbindung fort. Es geht um die Vervielfältigung und Verbreitung von Informationen, von der Mobilisierung zum Protest im Vorwege bis hin zu Bildern, Filmen, Texten und Audioaufnahmen von Protestaktionen im Nachhinein. Bereits in den 1990er-Jahren wurde Digitalität in der ethnografischen Methodenliteratur diskutiert und fand um 2000 herum – spätestens mit Christine Hines *Virtual Ethnography*<sup>105</sup> – weitere Aufmerksamkeit.<sup>106</sup> Seitdem hat sich die digitale Anthropologie bzw. die digitale Ethnografie etabliert und ist in den vergangenen Jahren zu einem wesentlichen Bestandteil kulturanthropologischer Forschung geworden.<sup>107</sup> Davon ausgehend werden in den Analysen der *Digital Politics* seit wenigen Jahren Digitalität und Politik zusammen gedacht. John Postill spricht hier von „the birth of an interdisciplinary field that studies both the digitization of traditional politics as well as the rise of new forms of political life originating in the digital world, such as WikiLeaks or the Anonymous movement“<sup>108</sup>. Er betont dabei die Notwendigkeit, *Digital Politics* nicht getrennt zu betrachten – wie etwa in der Differenzierung von „virtual“ und „real-life politics“<sup>109</sup> –, sondern vielmehr als *eine* Dimension po-

<sup>102</sup> Vgl. beispielsweise Beyer 1994, Germanisches Nationalmuseum Nürnberg (Hg.): 1983 und Simon (Hg.) 1980.

<sup>103</sup> Böhm u.a. 2009: 235.

<sup>104</sup> Vgl. dazu auch Schönberger/Sutter (Hg.) 2009.

<sup>105</sup> Hine 2000.

<sup>106</sup> Vgl. beispielsweise die Forschungen von Baym 1999, Correll 1995, Gray/Driscoll 1992, Haken 1999, Ito 1997, Lindlof/Shatzer 1998 sowie Lyman/Wakeford 1999.

<sup>107</sup> Vgl. beispielsweise die Arbeiten von Horst/Miller (Hg.) 2012a, Boellstorff 2012, Nardi 2010, Coleman 2010, Postill 2011, Ginsburg u.a. (Hg.) 2008 und Pink u.a. 2016.

<sup>108</sup> Postill 2012: 165.

<sup>109</sup> Ebd.: 178.

litischer Prozesse zu verstehen.<sup>110</sup> Er zeigt jedoch auch auf, wie wenig die Zusammenhänge der *Digital Politics* bislang erforscht sind. Zwar gibt es längst eine Vielzahl technologischer Konzepte, die sich mit digitalen Medien beschäftigen – Nancy Baym bezieht sich beispielsweise auf sieben Variablen zur Analyse: Interaktivität, zeitliche Struktur, soziale Stimuli, Archivierung, Replikabilität, Reichweite und Mobilität<sup>111</sup> –, doch zur Typisierung von Onlinekollektivitäten führt sie lediglich Communitys und Netzwerke an.<sup>112</sup> John Postill weist jedoch auf die Wichtigkeit weiterer analytischer Kategorien hin, die für umfassende soziologische Analysen von Digitalität und insbesondere *Digital Politics* unabdingbar seien:

„Yet relying on this odd couple [communities and networks; Anm. BN] for our social and political mapping is unwise. For one thing, both notions have had chequered careers as social scientific concepts. More importantly, the vast diversity of social and political formations found among humans – ranging from predigital nuclear families, associations and organizations at one end of the spectrum to digital-era formations such as Facebook groups, Twitter hashtags and mobile phone contacts at the other – can hardly be captured with two terms. This is akin to expecting that a team of biologists embarking on a survey of Amazonian biodiversity make do with the terms *plant* and *animal*.“<sup>113</sup>

Das Ziel, diese analytischen Lücken zu schließen, erscheint umso erstrebenswerter, als Digitalität in den vergangenen Jahren ein immer größerer und selbstverständlicherer Bestandteil von Alltagspraktiken geworden ist und nach wie vor an Wichtigkeit gewinnt. Nimmt man solche Alltagspraktiken und somit auch „routines, mobilities and socialities“<sup>114</sup> stärker in den Blick, gehören dazu unvermeidlich sowohl analoge als auch digitale Orte bzw. lassen sich diese immer weniger voneinander trennen. Digitale Ethnografien, die praxeologische Zugänge zu Digitalität suchen, werden so zu einer Fortführung der *multi-sided ethnography*<sup>115</sup>. Digitale Orte werden dabei ebenso wie nicht digitale Orte zu *sites*, an denen sich Alltagspraxen untersuchen lassen – oder wie Heather A. Horst und Daniel Miller

<sup>110</sup> Auch Tom Boellstorff fordert, virtuelle bzw. Onlinerealitäten als ebenso real zu betrachten wie physische Wirklichkeiten und sie als solche in Forschungen des Digitalen zu berücksichtigen: „This recalls how some scholars of the online seem unable to stop referring to the physical as the ‚real‘, even though such inaccurate phrasing implies that the online is unreal – delegitimizing their field of study and ignoring how the virtual is immanent to the human“ (Boellstorff 2012: 42).

<sup>111</sup> Vgl. Baym 2010: 7. Übersetzung BN. Im Original: „interactivity, temporal structure, social cues, storage, replicability, reach and mobility“.

<sup>112</sup> Ebd.: 72ff. Übersetzung BN. Im Original: „communities and networks“.

<sup>113</sup> Postill 2012: 178.

<sup>114</sup> Pink/Postill 2012: 124.

<sup>115</sup> Marcus 1995. Siehe auch Kapitel 3.2.1.

es formulieren: „Our final principle acknowledges the materiality of digital worlds, which are neither more nor less material than the worlds that preceded them.“<sup>116</sup>

Anschließend daran sind laut Hands und Postill digitale Technologien inzwischen auch als integraler Bestandteil politischer Kämpfe zu verstehen.<sup>117</sup> Auch der *Lampedusa in Hamburg*-Protest fand sich in dieser digitalen Fortführung mediatisierter Proteste wieder. Immer wieder zeigte sich Digitalität als wesentliches Element des Protestalltags. Für mich als Forscherin ließ sich diese Facette nicht ausblenden. Zu sehr gehörte sie zum Alltag der Protestbewegung dazu. In der Konsequenz erweiterte ich meine ethnografischen Methoden um den Aspekt der „internet-related ethnography“<sup>118</sup>, die sich nicht ausschließlich, aber unter anderem mit internetbezogenen Praktiken wie beispielsweise der Nutzung von sozialen Medien wie Facebook oder Youtube auseinandersetzt.<sup>119</sup> So rücken Praktiken in den Fokus, durch die mehr oder weniger permanent Informationen in Form von Bildern, Videos und Texten – oftmals per Hyperlink<sup>120</sup> – geteilt und aktualisiert werden. In meiner Forschungspraxis überschnitten sich dabei immer wieder unterschiedliche Medien. So entstand eine zunächst unüberschaubare Menge an Informationen, die zum „messy web“<sup>121</sup> dazugehört. Um diese Informationsmenge zu reduzieren und zu bündeln, verzichtete ich weitestgehend darauf, den aktuellen Ereignissen selbst auf Twitter oder Facebook zu folgen. Da ich Auszüge davon regelmäßig über den gemeinsamen E-Mail-Verteiler von *Lampedusa in Hamburg* und ihren Unterstützer\_innen erhielt, ging ich davon aus, eine aussagekräftige Essenz der jeweils aktuellen Informationen zu erhalten. Unterschiedliche Generationen von Technologien und ihre Möglichkeiten, Informationen zu verbreiten, zu teilen und zu verlinken, griffen hier ineinander.<sup>122</sup> Dadurch, dass ich selbst nicht aktiv alle Medien nutzte, verringerten sich jedoch auch meine Möglichkeiten der Interaktionen auf digitaler Ebene, die in anderen Forschungsprojekten durchaus einen wichtigen Bestandteil internetbezogenen Ethnografierens darstellen.<sup>123</sup> Meine In-

---

<sup>116</sup> Horst/Miller 2012b: 4.

<sup>117</sup> Postill 2012: 169 unter Bezugnahme auf Hands 2011.

<sup>118</sup> Pink/Postill 2012: 125.

<sup>119</sup> Pink und Postill plädieren generell für eine „internet-related ethnography“ anstelle einer „internet ethnography“, weil sich Praxen sozialer Medien ihres Erachtens nie als Phänomene greifen lassen, die ausschließlich online stattfänden (vgl. Pink/Postill 2012).

<sup>120</sup> Siehe dazu auch den Aspekt des Hypertexts weiter unten.

<sup>121</sup> Pink/Postill 2012 in Fortsetzung von Law 2004 und O'Reilly 2005: Law bezeichnete soziale Wirklichkeiten im Allgemeinen und O'Reilly ethnografische Prozesse im Speziellen als „messy“.

<sup>122</sup> Vgl. Pink/Postill 2012.

<sup>123</sup> Vgl. zu diesem Aspekt auch John Postills Beispiele aus seiner Feldforschung (vgl. Pink/Postill 2012).

teraktionen fanden zwar hauptsächlich in Offline-Zusammenhängen statt, knüpften jedoch an digitale Interaktionen, wie beispielsweise E-Mail-Verteiler und sonstige Kommunikation per E-Mail wie auch per Handy, an.

Grundsätzlich verbanden sich in meiner Feldforschung analoge und digitale Materialitäten in geradezu selbstverständlicher Weise. Einmal ließ ich beispielsweise mein Diktiergerät am Laptop liegen, während der Livestream einer Bürgerschaftsdebatte weiterlief und ich mich bereits wieder auf den Weg in Richtung Hauptbahnhof machte, um mich am Infozelt mit anderen Aktivist\_innen zu treffen. Digitalität ermöglichte mir in diesem Fall etwas, was sonst undenkbar scheint: an zwei Orten gleichzeitig zu sein. Auch wenn ich physisch nicht in der Bürgerschaftssitzung bzw. noch nicht einmal in der Beobachtung des Livestreams bleiben konnte, konnte ich doch im Nachhinein die Debatte im Detail verfolgen und analysieren. Durch die klanglichen Eindrücke konnte ich sogar – mehr noch als bei der bloßen Lektüre des offiziellen Protokolls, das im Nachhinein wiederum online auf der Webseite der Hamburgischen Bürgerschaft verfügbar war<sup>124</sup> – die dort herrschenden Stimmungen einfangen und interpretieren.<sup>125</sup> Immer wieder zeigte sich Digitalität hier als Element einer Methodologie und nicht allein als Forschungsobjekt. Boellstorff treibt diesen Ansatz auf die Spitze, indem er Digitalität ausschließlich als Methodologie begrift:

„The linchpin of my analysis will be an argument for treating the digital not as an object of study, but as a methodological approach, founded in participant observation, for investigating the virtual and its relationship to the actual. [...] Digital anthropology is a technique, and thus a domain of study only indirectly. It is an approach to researching the virtual that permits addressing that object of study in its own terms (in other words, not as merely derivative of the offline), while keeping in focus how those terms always involve the direct and indirect ways online sociality points at the physical world and vice versa.“<sup>126</sup>

Digitalität als Bestandteil der Protestbewegung und Digitalität als Bestandteil meiner Methodologie griffen dabei regelmäßig ineinander. Immer wieder verbanden sich digitale Elemente des Protests mit digitalen Elementen meiner Forschungspraxis. So verfolgte ich beispielsweise den Onlinejournalismus rund um den Protest und archivierte die entsprechenden Presseartikel, indem ich sie nicht nur lokal, sondern auch in einer Cloud abspeicherte. Dadurch erstellte ich zum einen Sicherungskopien, zum anderen waren die Artikel für mich immer verfügbar – egal, an welchem Arbeitsplatz ich mich gerade befand und von wo aus ich somit auf die Materialien zugreifen wollte.

<sup>124</sup> Vgl. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013b.

<sup>125</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 12.06.2013.

<sup>126</sup> Boellstorff 2012: 40.



### 3.3.2 Digitale Ethnografien und Macht

Der methodologische Ansatz digitaler Ethnografien erscheint mir nicht zuletzt deshalb ergiebig, weil er ein wichtiges Mittel darstellt, um Machtverhältnisse zu theoretisieren. Die Analyse von Digitalitäten ist inzwischen unabdingbar geworden, um gesellschaftliche Wirklichkeiten in all ihrer Komplexität abzubilden. „To theorize the Web is to theorize the self, society, and the world“, so Jenny Davis und Nathan Jurgenson.

„Although digital social technologies are relatively new, the Web is hardly a ‚virtual reality‘ or a ‚new frontier‘; rather, it is a deeply embedded part of our existing social world, which has been well-described in many traditions of social thought. However, mainstream conversations about social technologies tend to emphasize the technological at the expense of the social. Such framings result in partial understandings of the Web, which are disconnected from questions of power and social justice – and from public discourse.“<sup>127</sup>

Im Internet und im Web 2.0 spiegeln sich gesellschaftliche Machtverhältnisse wider und werden manifestiert. Manche Kritiker\_innen argumentieren, dass durch das Internet autoritäre Regime sogar noch stärker wirken würden, wie beispielsweise im Fall von China oder Iran deutlich werde.<sup>128</sup> Selbst wenn man diese Argumentationslinie vernachlässigt und von tendenziell freien Zugangs- und Zugriffsmöglichkeiten auf digitale Orte ausgeht, kann die Resonanz auf Onlineaktivitäten allzu unterschiedlich und ungleich sein. Leigh-Anne Goins spricht hier in Rückgriff auf Saskia Sassen von der Frage, „what is the relative impact engagements in digitally mediated spaces, like non mediated spaces, have on perceptions of self and access to positive recognition and value, or social citizenship“<sup>129</sup>. Inwieweit Repräsentationen im Internet wahrgenommen und anerkannt werden, ist somit maßgeblich mit grundsätzlichen Fragen von Zugehörigkeit und Teilhabe verbunden. Doch auch die prinzipiellen Zugangsmöglichkeiten zum Internet sind nicht so frei, wie sie zunächst erscheinen mögen, sondern von Widersprüchen geprägt. Es gibt offensichtliche Zugangsbeschränkungen, in denen erneut globale Machtverhältnisse reproduziert werden. Wie Lorraine Daston es formuliert, wird das Internet

„zur Spielwiese derer, die das meiste Geld haben. Sehen Sie sich Einträge umstrittener Personen auf Wikipedia an. Da schreibt jemand einen Text – und dann wird er umgeschrieben und abgeändert von jenen Kräften, die ein starkes ideologisches Interesse sowie Zeit und Geld haben. Am Schluss gewinnt die Kraft mit dem meisten Geld oder der meisten Sturheit.“<sup>130</sup>

<sup>127</sup> Davis/Jurgenson 2015: 1.

<sup>128</sup> Vgl. Postill 2012: 168.

<sup>129</sup> Goins 2015: 10.

<sup>130</sup> Zit. nach: Süddeutsche.de 2017.

Auch Rainer Winter weist darauf hin, dass soziale und kulturelle Differenzen und Ungleichheiten im Kontext der Internetnutzung reproduziert und stabilisiert werden.<sup>131</sup> Dabei betont er unter anderem die Notwendigkeit – und die ungleiche Verfügbarkeit – materieller Ressourcen, um sich die nötige Hard- und Software leisten zu können, sowie die Wichtigkeit literaler Kompetenzen, um das Internet tatsächlich effektiv und sinnvoll nutzen zu können. Dennoch sei an dieser Stelle auch auf die – wenn auch von Widersprüchen und Einschränkungen geprägten – Möglichkeiten, globale Machtverhältnisse ein Stück weit herauszufordern oder gar zu durchbrechen, hingewiesen.<sup>132</sup> Trotz der beschriebenen Einschränkungen kann der Zugang zum Internet immer noch als relativ niedrigschwellig betrachtet werden. Er ist im Verhältnis zu anderen Medien mit geringen zeitlichen und finanziellen Kosten verbunden.<sup>133</sup> Auch die *Anteillosen*<sup>134</sup> im Rancière'schen Sinne können so im Internet ihre Stimme erheben, Informationen verbreiten und Wirklichkeiten aus ihrer Perspektive darstellen. Youtube-Videos, Homepage-Beiträge oder Fotos auf Facebook – um nur einige wenige Beispiele zu nennen – ermöglichen Menschen unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Position, sich zu äußern und eine Art „Bürgerjournalismus“<sup>135</sup> zu praktizieren, den Goins unter Bezugnahme auf Mary Grace Antony und Ryan Thomas wie folgt umschreibt: „Within this form of journalism, citizens with little power and access can use Web 2.0 to move from passive consumption to an active and engaged production ‚of their own media,‘ that provides ‚continuous feedback and responses via online postings and user comments‘.“<sup>136</sup> Auch das Hochladen von Youtube-Videos oder die Einrichtung einer eigenen Homepage werden hier zum *Act of Citizenship*, durch den Menschen zu Bürger\_innen werden, die sich unabhängig von ihrem Status öffentlich äußern, Gehör finden und in die Interaktion mit anderen Bürger\_innen eintreten.

---

131 Vgl. Winter 2010: 47ff. unter Bezugnahme auf Couldry 2004.

132 Vgl. ebd.: 49 unter Bezugnahme auf Mossberger u.a. 2008.

133 Vgl. auch Shirky 2009 sowie Postill 2012.

134 Vgl. Rancière 2002 [1995]. Siehe auch Kapitel 4.1.

135 Übersetzung BN. Im Original: „citizen journalism“, in: Goins 2015: 9 unter Bezugnahme auf Antony/Thomas 2010.

136 Ebd., Bezug nehmend auf Antony/Thomas 2010: 1285.

### 3.3.3 Jenseits der Linearität

Schließlich erzähle ich meine Geschichte mit *Lampedusa in Hamburg* in Teilen als Hypertext. Ein Hypertext lässt sich ganz allgemein als Text verstehen, „der mit Hilfe von Verweisen und Knotenpunkten einzelne Texte oder Textteile miteinander verknüpft“<sup>137</sup>. Er ist durch Gleichzeitigkeiten und Querverbindungen gekennzeichnet, setzt sich über die Linearitäten klassischer Textformen hinweg und ähnelt darin auch den Vielschichtigkeiten und Unvorhersehbarkeiten meiner Feldforschung. Allerdings verstehe ich Hypertexts nicht im Umkehrschluss als gänzlich nicht linear, wie in manchen Definitionen vorgesehen.<sup>138</sup> Vielmehr schließe ich mich dem Verständnis von Bella Dicks und Bruce Mason an, die von der Multilinearität von Hypertexten ausgehen:

„[H]ypertexts will always include some degree of linearity. Whether this takes the form of reading paths taken through the hypertext by readers, or of written paths mapped out in advance by the author, there will always be a linear movement traced through the hypertext itself. It is more appropriate to think of hypertext as multi-linear and multi-directional rather than non-linear or non-sequential.“<sup>139</sup>

In diesem Sinne lässt sich Hypertext auch als Fortsetzung der Konzepte der *multi-sited ethnography* und des Rhizoms<sup>140</sup> begreifen: „Hypertext thus begins to deconstruct the notion of a closed ‚field‘. It allows many different voices to be brought into creative juxtaposition with each other, through the possibility of incorporating many different kinds of text and data archive.“<sup>141</sup>

Ich folge diesen verschiedenen Text- und Datenformen, die die Protestbewegung selbst hervorgebracht hat, indem ich jedem Kapitel ein Teilkapitel unter dem Titel #lampedusahh hinzufüge. Mit dem Titel verweise ich zum einen auf soziale Medien – und konkret auf Twitter – und somit auf eine spezifische Form von Digitalität, die im *Lampedusa in Hamburg*-Protest Verwendung fand und sinnbildlich für die Bedeutung von Digitalitäten in der Protestbewegung stehen soll. So weist beispielsweise der Hashtag #lampedusahh<sup>142</sup> auf den Protest im Allgemeinen hin, repräsentiert #heretostay einen der zentralen Slogans von *Lampedusa in Hamburg* und beziehen sich Hashtags wie #2501 auf einzelne, jeweils aktuelle Ereignisse und Protestaktionen – in diesem Fall eine Demonstration am 25.01.2014. Zum anderen verweist der Titel #lampedusahh auf den interaktiven

<sup>137</sup> Eberl 2003.

<sup>138</sup> Vgl. Titon 1995.

<sup>139</sup> Dicks/Mason 1999.

<sup>140</sup> Deleuze/Guattari 1992. Siehe auch Kapitel 2.3.

<sup>141</sup> Dicks/Mason 1999.

<sup>142</sup> Am 26.11.2013 hieß es auf Twitter: „#lampedusahh geht bei twitter online“ (*Lampedusa in Hamburg* 2013v).

Charakter digitaler Praktiken, wie sie auch im Fall von *Lampedusa in Hamburg* sichtbar wurden. Gerade in Zusammenhang mit Digitalitäten – angefangen bei Youtube-Videos von Demonstrationen über rege genutzte E-Mail-Verteiler bis hin zu SMS-Listen, Tweets und Facebook-Posts – zeigte sich die Dynamik und Interaktivität der Protestbewegung. Ihre Reichweite und Schnelligkeit war von besonderer Bedeutung für den Protest. Hier wurde – manchmal innerhalb von Minuten – geteilt, aktualisiert, kommentiert, reagiert, mobilisiert. Die Multidimensionalität, Multilinearität und Multimedialität der Protestbewegung ist somit der Ausgangspunkt meines Hypertexts. Über geschriebene, linear lesbare Worte hinaus verknüpfte ich im Rahmen von *#lampedusahh* meinen Text durch QR-Codes und Hyperlinks mit audiovisuellen Elementen des Protests. Indem ich auch den Bildern, Klängen, sonstigen digitalen Spuren des Protests und ihren Querverbindungen folge, kann ich mich der Vielschichtigkeit und Prozesshaftigkeit der Protestbewegung in besonderer Weise nähern.<sup>143</sup>

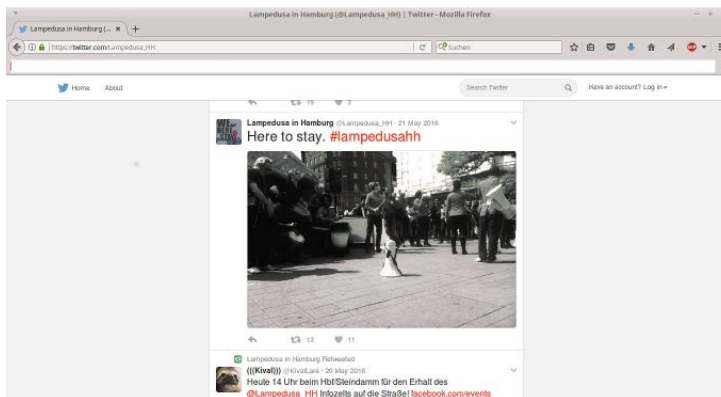


Abbildung 9: Screenshot der Twitter-Seite von Lampedusa in Hamburg.

Die unter dem Titel *#lampedusahh* stehenden Zwischenkapitel stehen für digitale Dimensionen des Protests, die irgendwo mitten im Protest geschahen, die sich im Zwischenraum zwischen Menschen, Themen und Medien ereigneten. Ich stelle sie bewusst ohne Nummerierung zwischen die Kapitel, weil sie sich diesen the-

<sup>143</sup> Siehe auch meine Überlegungen zu visuellen Repräsentationen des Protests in Kapitel 3.2. Was ich als Hypertext bezeichne, lässt sich teilweise auch als *Hypermedia* verstehen. Diese können als „Hypertext, der mit Multimedia angereichert ist oder nur aus verknüpften audiovisuellen Medien besteht“ (Eberl 2003), begriffen werden. Dazu gehören Text-, Bild-, Ton- und Filmelemente oder auch interaktive grafiken, Animationen oder Spiele.

matisch nicht immer eindeutig zuordnen lassen und sich deshalb auch inhaltlich zwischen ihnen befinden. Sie sind als eigenständige Teilkapitel gedacht, die sich nicht allein auf die jeweiligen Hauptkapitel beziehen, zwischen denen sie stehen. Auch wenn es immer konkrete Bezüge zu den jeweiligen einzelnen Kapiteln gibt, beinhalten die Zwischenkapitel einen eigenen inneren Zusammenhang. Sie sind selbst als Querverweise – als Hypertexte – zu verstehen, die sich mit Aspekten aller anderen Kapitel dieser Arbeit verknüpfen lassen und sich dadurch nicht gänzlich in die Chronologie meiner Erzählung einfügen. Um die Zweitrangigkeit der zeitlichen Einordnung zu unterstreichen, stehen die Zwischenkapitel im Präsens. Es sind Collagen, die beispielhaft verschiedene audiovisuelle und digitale Elemente der Protestbewegung darstellen. Gleichzeitig finden digitale Dimensionen des Protests und meiner Forschung auch in den übrigen Teilkapiteln Erwähnung. Gerade weil ich nicht von einer Dichotomie zwischen „real“ und „virtuell“ ausgehe, sollen die verschiedenen, gleichermaßen realen Ebenen des Protests auch den gesamten Text durchziehen.

## #lampedusahh



<https://www.facebook.com/lampedusainhamburg><sup>144</sup>

„Weitere Informationen am Zelt oder unter [www.lampedusa-in-hamburg.org](http://www.lampedusa-in-hamburg.org)“<sup>145</sup>, schreibt *Lampedusa in Hamburg* Anfang Juni 2013 in einem Flyer für die Nachbarschaft in St. Georg/Hamburg-Mitte. Das Zelt und das Internet erscheinen hier nebeneinander als gleichermaßen wichtige Orte des Protests. Während das Zelt auf der Straße zur Sichtbarmachung und Stärkung des Protests dient, geschieht dasselbe auf virtueller Ebene. Die Gruppe stellt Pressemitteilungen, Berichte von vergangenen Aktionen, Hinweise auf kommende Veranstaltungen, Kommentare zu aktuellen Debatten, Presseartikel, Hintergründe der Gruppe, Unterstützungsmöglichkeiten und Kontaktinformationen online auf ihre Homepage.<sup>146</sup> Sie verschickt Demoaufrufe, Protokolle, Hinweise auf Arbeitstreffen und aktuelle Fragen über den E-Mail-Verteiler. In meiner Forschung folge ich dem Protest auch online: über die Homepage der Gruppe, über den E-Mail-Verteiler, über Onlinejournalismus in Form von Onlinepresseartikeln bis zu Fernseh- und Radiobeiträgen in Livestreams und Mediatheken, über die Facebook-Seite von *Lampedusa in Hamburg*, über Twitter und später auch über den SMS-Verteiler, über den spontane Aktionen vorbereitet wurden.<sup>147</sup>

Digitalität ist nicht zuletzt ein wesentlicher Bestandteil von Mobilitäten. Sinnbildlich dafür steht die Wichtigkeit von Mobiltelefonen, die – ähnlich wie Facebook und E-Mail-Verteiler – nicht aus der alltäglichen Kommunikation der Protestbewegung wegzudenken sind. Gerade Smartphones verbinden verschiedene Kommunikationswege, z.B. Telefongespräche, Textnachrichten wie SMS und WhatsApp, E-Mails oder Facebook-Posts, miteinander und vereinen sie in einem

<sup>144</sup> Lampedusa in Hamburg @ lampedusainhamburg 2017.

<sup>145</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2013e.

<sup>146</sup> Vgl. *Lampedusa in Hamburg* online 2013. Zuletzt abgerufen: 01.03.2016.

<sup>147</sup> Siehe dazu Kapitel 5.

einziges Gerät.<sup>148</sup> Der Klang von Handy-Klingeltönen, Menschen, die mit Mobiltelefon am Ohr schnell den Raum verlassen und wenig später wiederkommen, dringende Fragen, die schnell noch mit Menschen, die gerade nicht vor Ort sein können, geklärt werden – all das gehört wie selbstverständlich zu internen Treffen und öffentlichen Veranstaltungen von *Lampedusa in Hamburg* dazu.<sup>149</sup> Auch manches Interview, das ich führe, wird kurz von einem Handyklingeln und dringenden organisatorischen Dingen unterbrochen.<sup>150</sup> Mobiltelefone existieren nicht erst in Hamburg als Element der Mobilität der *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder. Schon auf dem Weg sind sie ein wichtiger Begleiter gewesen. Tino, der einige Gruppenmitglieder unterstützt, als sie eine Ausstellung über die Hintergründe ihrer Flucht und ihres Protests vorbereiten, erzählt mir im Interview von seinen Erfahrungen während dieser Vorbereitungen. Letztere sind ein Raum, in dem die Gruppenmitglieder miteinander über ihre Biografien, ihre Fluchtgeschichten, ihre Erfahrungen sprechen können. Auch hier bekommen die Handys, die sie unterwegs bei sich gehabt haben, eine wichtige Bedeutung: Die Gruppenmitglieder zeigen sich gegenseitig Fotos auf ihren Handys. So werden ihre Geschichten greifbarer – nicht nur mit Worten erzählbar, sondern auch mit Bildern.<sup>151</sup> So wichtig Handys zur Kommunikation untereinander sind, so groß ist offenbar auch die Anspannung, wenn es um die Frage geht, wie die Gruppenmitglieder Telefonkarten bekommen könnten. Auch hier ist *Lampedusa in Hamburg* auf die Unterstützung anderer Menschen angewiesen. Viele Spenden kommen an der St. Pauli-Kirche an. Daher erinnert sich beispielsweise Pastor Martin Paulekun an die Dynamiken bei der Verteilung von Spenden: Die Frage, wer eine Telefonkarte bekommen würde – und die Antwort lautet: alle –, gehört zu den emotionalsten Momenten, die er im Alltag mit *Lampedusa in Hamburg* erlebt.<sup>152</sup> Hier zeigt sich, wie wesentlich es für die Protestbewegung ist, mobil kommunizieren zu können.

Dass die Kommunikation per Handy von existenzieller Bedeutung sein kann, zeigt sich auch Anfang Juni 2013, als eine Nothilfestruktur für den Fall entwickelt wird, dass die Polizei mit Personenkontrollen beginnen würde. Unterstützer\_innen richten zwei Notfall-Handys ein – eines für französischsprachige, eines für englischsprachige Unterstützung. Dort ist rund um die Uhr jemand erreichbar.<sup>153</sup>

148 Zur Bedeutung mobiler Technologien für Aktivismus und politische Mobilisierungsprozesse vgl. auch Postill 2012, Rheingold 2002 und Rafael 2003.

149 Vgl. z.B. Feldtagebuch 2013 und Audioaufnahmen 2013–2014.

150 Vgl. z.B. John, in: Interview 3-2013.

151 Vgl. Tino, in: Interview 13-2014.

152 Vgl. Paulekun, in: Interview 22-2014.

153 Vgl. Feldtagebuch 2013: 05.06.2013.





## 4 Protest. Stadt. Europa: Alltag einer Bewegung

Wir sitzen nebeneinander auf einem der Steine im Kirchgarten und blicken auf den Hafen. Als ich Desmond frage, wie es ihm gehe und was er gemacht habe, antwortet er: „We are waiting. But there is nothing.“

Es folgt ein langer Dialog, vor allem ein schweigender Dialog. Immer wieder entstehen Pausen, teilweise minutenlang – und dann erzählt Desmond wieder ein bisschen von seiner Geschichte oder von dem, was ihn aktuell beschäftigt. „We make a demonstration – and then we don’t hear nothing“, resümiert er. Und er fragt: „Do you think there will be change?“ Wir schauen weiter auf die Hafenkranen und auf Dock 11 auf der anderen Seite der Elbe. „I’m starting to go crazy. My mind is just ... – there is nothing.“ Er erzählt, wie sehr ihn das Warten, das Nichtstun mitnimmt. Und doch versucht er, möglichst beschäftigt zu bleiben. Vorhin war er beim Fußballtraining. Oder er hilft bei der Wäsche, die er im Pastorat wäscht und später zwischen den Bäumen auf eine Leine hängt. Oder er hält mit anderen zusammen den Garten sauber. Er ist froh über alle Ablenkung und doch kann er

nicht immer aktiv sein. „If I wasn't sitting here with you, I wouldn't even get up sometimes. I just eat and sleep. There's just nothing.“ Er zeigt auf den Himmel, wo langsam Wolken über das spätsommerliche Blau ziehen: „Now it's still warm, but next month it will start to get cold.“ Und immer wieder während unseres Gesprächs wiederholt er den Satz: „No one knows.“ Als er mich fragt, ob ich glaube, dass sich etwas ändern wird, antworte ich ebenfalls mit einem nachdenklichen „I don't know“. Und wieder ein „No one knows“ von ihm. Und Tränen in seinen Augen. Dann wieder Schweigen.

Während wir auf dem Stein sitzen, liegen vereinzelt Menschen in Schlafsäcken im Garten. Auf einer Bank neben dem Zelt liegt ein Mann in der Sonne. Hinter einem der Büsche ist eine Decke zu sehen. Sie ragt ungefähr einen halben Meter hinter dem Busch hervor. Einer der jungen Männer lässt sich darauf fallen und sitzt eine Weile dort. Er ist nicht mehr zu sehen, nur noch das Stück Decke. Irgendwann bewegt sich die Decke hinter den Busch. Nun sind weder der junge Mann noch die Decke zu sehen. Vielleicht das einzige bisschen Privatsphäre, das es hier gibt: ab und zu ein Moment hinter der Hecke.

Desmond und ich bleiben noch eine Weile zusammen auf dem Stein sitzen. Wir schweigen.<sup>1</sup>

#### 4.1 Protest der Prekarisierten: Realitäten an Europas Grenzen

„But here it was the worst of all.“  
Omri Abdullah

Im Zusammenhang mit dem Alltag bricht die Chronologie dieser Narration. Die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe erlebte verschiedene Phasen des Alltags. Diese lagen zeitlich sowohl vor als auch nach dem *Höhepunkt der Bewegung* (Kapitel 5) und reichen genau genommen bis zu dem Augenblick, in dem ich diese Zeilen schreibe. Die Momente, die ich hier nachzeichne, habe ich bewusst nicht chronologisch, sondern nach Inhalten zusammengestellt. Für meine Argumentation ist es nicht von Bedeutung, wann genau sie stattfanden. Vielmehr erscheint mir bemerkenswert, dass der hier beschriebene Alltag die Bewegung über Monate und Jahre prägte.

---

<sup>1</sup> Vgl. ebd.: 13.07.2013 und 29.08.2013.

## 4.1.1 Protest an der Grenze

*Lampedusa in Hamburg.* Ein Protest an der Grenze. Immer wieder gingen die Gruppenmitglieder in persönlichen Gesprächen wie auch bei öffentlichen Veranstaltungen explizit auf die Grenzen, die sie überwunden hatten und doch mit sich trugen, ein.<sup>2</sup> Omri Abdullah schilderte seine Erfahrungen wie folgt: „The time I entered Germany, I was very happy, because I have come from war – I did not die, on the sea – I did not die, [in] Italy [...] – I did not die. After I was in Germany, I thought: ‚Oh, maybe here I am going to get myself a life‘ – but here it was the worst of all.“<sup>3</sup> Die prekären Lebensbedingungen, in denen sich die Gruppenmitglieder wiederfanden, lassen sich als konkrete, alltagspraktische Konsequenz aus ihrem ebenso prekären Aufenthaltsstatus deuten.<sup>4</sup>

Der Protest an der Grenze ist ein Protest der Prekarisierten. Der Begriff der Prekarität lässt sich im weitesten Sinne beschreiben als „Unsicherheit und Verletzbarkeit, als Verunsicherung und Gefährdung“<sup>5</sup> und bezieht sich in der Regel auf ungesicherte Arbeits- und Lebensverhältnisse, „d.h. ökonomisch und existenziell nicht gesicherte, entgarantierte Formen der Reproduktion des Lebens“<sup>6</sup>. Der Begriff zielt dabei nicht allein auf spezifische Arbeitsverhältnisse und fehlende Arbeitsplatzgarantien, sondern lässt sich auch „auf komplexe, fragmentierte Verortungen und ungesicherte Existenzweisen sowie auf gestufte bzw. eingeschränkte Zugänge zu Rechten und zu Teilhabechancen an national-staatlichen Sicherungssystemen“<sup>7</sup> und in diesem Sinne auch auf *Lampedusa in Hamburg* anwenden.<sup>8</sup> Darüber hinaus verstehe ich Prekarität nach Pierre Bourdieu als „Teil einer neuartigen *Herrschaftsform*, die auf der Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt und das Ziel hat, die Arbeitnehmer zur Unterwerfung, zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen“<sup>9</sup>. Um diese Herrschaftsform auch begrifflich zu fassen, verwende ich im Folgenden weitestgehend den Begriff der Prekarisierung. Der zentrale Aspekt meiner Analyse ist somit nicht der Zustand der Prekarität, sondern der Prozess und die Regierungstechnik der Prekarisierung.

<sup>2</sup> Siehe auch die in Kapitel 2.3 dargestellten Facetten von Grenzen.

<sup>3</sup> Abdullah, in: Transkribierte Audio- und Videomaterialien 2013–2015: 10.12.2013.

<sup>4</sup> Vgl. auch Gleeson/Paret 2016.

<sup>5</sup> Lorey 2012: 24. Der Begriff entstammt dem französischen *précaire*, das sich übersetzen lässt als „durch Bitten erlangt“, „widerruflich“ oder „auf Widerruf gewährt“ (Pieper 2013: 109). Im römischen Recht existierte bereits ein so genanntes *precarium*, ein „auf eine Bitte hin eingeräumtes Recht“ (ebd.), mit dem allerdings kein Rechtsanspruch einherging.

<sup>6</sup> Pieper 2013: 119.

<sup>7</sup> Ebd.: 111.

<sup>8</sup> Vgl. auch Karakayalı 2013b.

<sup>9</sup> Bourdieu 1998: 100.

Im Zusammenhang mit der Prekarisierung der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe beleuchte ich insbesondere die Dimensionen Abhängigkeit, Verunsicherung, Ungewissheit und Körperlichkeit. Um die Herrschaftsform der Prekarisierung zu analysieren, gehe ich auch hier den Widerständen nach, mit denen sie konfrontiert wird. Ich untersuche dazu die Agency der Prekarisierten und somit die Widerständigkeiten und Subjektivitäten, die durch die Prekarisierung selbst – entgegen den mit ihr verbundenen Objektivierungs- und Viktimisierungsversuchen – hervorgebracht wurden. So wird die Lebenssituation der Prekarisierten – in Anknüpfung an Helen Schwenken und ihre Überlegungen in Bezug auf „in den Transitzonen festsitzende[n] MigrantInnen“ – durch die Prekarisierung „bestimmt, aber nicht determiniert“<sup>10</sup>.

Meine Untersuchungen des *Lampedusa in Hamburg*-Protests stehen in der langen Tradition der Protest- und Bewegungsforschung, deren Konturen ich hier nur grob nachzeichnen kann. Zu lang ist die Geschichte sozialer Bewegungen und zu groß ist der Umfang der Forschungen, die sich mit dieser langen Geschichte beschäftigen und die vielfältigen Bewegungen und Proteste analysieren.<sup>11</sup> Grundsätzlich kann anschließend an Charles Tilly von einer sozialen Bewegung gesprochen werden,

„wenn es zu einer kontinuierlichen und andauernden Artikulation von Protest kommt. Dafür bedarf es der Interaktion von Protestierenden, die die Ziele oder Gründe ihres Protests in einer öffentlichen Kampagne [...] äußern und sich dabei verschiedener Formen von Praktiken der inszenierten sowie ritualisierten Darstellung und Kommunikation bedienen.“<sup>12</sup>

Die Protestbewegung um *Lampedusa in Hamburg* lässt sich in den Kontext neuer sozialer Bewegungen einordnen.<sup>13</sup> Die Themen, mit denen diese Bewegungen sich beschäftigen, sind insbesondere Minderheitenrechte, Frauenrechte, Ökologie, alternative Lebensformen, Frieden, Demokratisierung und internationale Solidarität. „Ihre Wirkung“, so Sebastian Haunss, „entfalten sie nicht in der Eroberung

<sup>10</sup> Schwenken 2006: 54. Sie bezieht sich dabei auf Michel Foucault und sein Verständnis von Macht und Widerstand: „Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand. Und doch oder vielmehr gerade deshalb liegt der Widerstand niemals außerhalb der Macht“ (Foucault 1983 [1977]: 96).

<sup>11</sup> Stattdessen sei an dieser Stelle auf umfassende, übersichtliche Überblicksdarstellungen zu Protestbewegungen und zur bisherigen Bewegungsforschung verwiesen, wie sie sich beispielsweise bei Klein u.a. (Hg.) 1999, Snow u.a. (Hg.) 2004, in Bezug auf den bundesdeutschen Kontext im entsprechenden Handbuch von Roth/Rucht (Hg.) 2008 sowie bei Raschke 1988 finden.

<sup>12</sup> Schönberger/Sutter, in: dies. (Hg.) 2009: 9, in Anknüpfung an Tilly 2004.

<sup>13</sup> Wichtige Studien lieferten in diesem Bereich beispielsweise Brand, Büsser/Rucht 1983, Mayer/Roth 1995 sowie Touraine 1988.

der Macht im Staate, sondern in der Veränderung alltäglicher Lebenspraxen.<sup>14</sup> Die Anfangsphase kann in den 1960er- und 1970er-Jahren verortet werden.<sup>15</sup> Die damaligen Proteste, zu denen vor allem die Studentenbewegung, die Anti-Kriegs-Bewegung, Auseinandersetzungen um Wohnraum sowie Raum für Jugend- und Nachbarschaftszentren, Mietstreiks sowie Kampagnen gegen städtische Erneuerung gehören, läuteten eine erste Phase großer urbaner Proteste ein. In den 1980er-Jahren folgten Proteste gegen wachsende Arbeitslosigkeit und Armut sowie Proteste zum Thema „Wohnraum“, die mitunter in Form von Hausbesetzungen stattfanden. Sie brachten neue Dynamiken hervor, die weniger von Opposition zwischen städtischen Entscheidungsträger\_innen und Protestbewegungen und verstärkt von Kooperation geprägt waren.<sup>16</sup> Eine dritte Phase lässt sich in den 1990er-Jahren festmachen, deren Proteste sich vor allem gegen neue städtische, auf – insbesondere ökonomisches – Wachstum setzende Entwicklungspolitiken richteten, durch die soziale Rechte verloren gingen und die Frage aufgeworfen wurde, wem die Stadt gehören sollte. Dies führte beispielsweise zu einer Vielzahl von Protesten gegen Gentrifizierung. Nach dem durch das Platzen der Dotcom-Blase verursachten Börsencrash begann 2001 eine vierte Phase von Protesten, die im Kontext eines stagnierenden ökonomischen Wachstums standen. Sie richteten sich gegen die zunehmende soziale Spaltung sowie gegen die Auflösung des Wohlfahrtsstaats, in dem „welfare with workfare“<sup>17</sup> ersetzt wurde, gegen die Kommerzialisierung des öffentlichen Raums, gegen Überwachung, gegen Vermarktungsstrategien von Städten und gegen die Vernachlässigung von Nachbarschaften. Nicht zuletzt entstanden zunehmend Proteste gegen die Globalisierung, wie z.B. im Zusammenhang mit dem Weltsozialforum. Immer mehr wurde hier das Lokale als Ort entdeckt, an dem sich die Globalisierung konkretisiert. Die Konsequenzen für Protestbewegungen fasst Margit Mayer wie folgt zusammen:

„[W]hile the neoliberalisation of the city has in many ways created a more hostile environment for progressive urban movements, it has also allowed for a more global articulation of urban protest; and it has brought about a renewed convergence of some of these strands under the umbrella of the Right to the City slogan.“<sup>18</sup>

---

14 Haunss 2009: 32.

15 Vgl. Mayer 2010.

16 Vgl. ebd.: 21f.

17 Ebd.: 25.

18 Mayer 2010: 29.

Diese *Recht auf Stadt*-Netzwerke bringen verschiedene Individuen und Kollektive zusammen und verbinden insbesondere Gruppen von ausgegrenzten Menschen, antikapitalistische Gruppen und Globalisierungsgegner\_innen.<sup>19</sup>

Schließlich sei auf die komplexen Zusammenhänge und die Wichtigkeit des jeweiligen Kontexts von Protestbewegungen hingewiesen, die auch in Verbindung mit *Lampedusa in Hamburg* deutlich werden. Proteste folgen nach Asef Bayat einer eigenen, komplexen Logik: „their own intriguing logic, subject to a highly complex mix of structural, international, coincidental, and psychological factors“<sup>20</sup>. Daran anknüpfend deuten Frances Fox Piven und Richard A. Cloward darauf hin, dass die Bewegungsforschung sich in erster Linie der Frage nach der Beziehung zwischen den Aktivitäten der Protestierenden, dem Kontext, in dem sie protestieren, und den vielfältigen Reaktionen des Staates auf den Protest zuzuwenden habe.<sup>21</sup> Bis Ende der 1970er-Jahre waren diese Zusammenhänge in der Protestforschung allzu sehr vernachlässigt worden. Piven und Cloward setzen hier mit ihrer Studie zum *Unemployed Workers' Movement*, dem *Industrial Workers' Movement*, dem *Civil Rights Movement* und dem *Welfare Rights Movement* – d.h. zu den Bewegungen in den USA während der *Great Depression* und nach dem Zweiten Weltkrieg – ein Zeichen. Die „Armen“, denen sie sich widmen, verstehen sie als Gruppe innerhalb der Arbeiterklasse, die gemessen an den jeweiligen gegenwärtigen gesellschaftlichen Standards arm ist.<sup>22</sup> In meiner Forschung wende ich mich *Lampedusa in Hamburg* ebenfalls als Gruppe von Ausgegrenzten und Armen – bzw. Prekarisierten – zu. Ich untersuche die Protestbewegung anhand der konkreten Alltagspraxen, in ihren vielfältigen Kontexten, hinsichtlich staatlicher Reaktionen und anhand der durch sie ausgelösten Dynamiken. So orientiere ich mich an dem von Bayat wie auch von Piven und Cloward vorgeschlagenen praxeologischen, kontextualisierten und auf Dynamiken fokussierenden Verständnis von sozialen Bewegungen. Dementsprechend liegt mein Hauptaugenmerk auch auf den konkreten Protestformen und somit dem „Element, das eigentlich ihre [die der sozialen Bewegungen; Anm. BN] alltägliche Sichtbarkeit am offensichtlichsten bestimmt“<sup>23</sup>. Auch Sebastian Haunss plädiert für eine solche Schwerpunktsetzung und kritisiert die bislang verhältnis-

<sup>19</sup> Die Entwicklungen der *Recht auf Stadt*-Netzwerke werden beispielsweise von verschiedenen Autor\_innen in dem von Gestring u.a. herausgegebenen Sammelband *Stadt und soziale Bewegungen* nachgezeichnet (vgl. Gestring u.a. (Hg.) 2014; siehe dazu auch Holm/Gebhardt (Hg.) 2011). Auch im Zusammenhang mit *Lampedusa in Hamburg* ist das Hamburger *Recht auf Stadt*-Netzwerk von Bedeutung, wie ich in Kapitel 6 noch näher darstellen werde.

<sup>20</sup> Bayat 2010: 2. Bayat bezieht diese Aussage auf Revolutionen. Meines Erachtens lässt sie sich jedoch auf Proteste im Allgemeinen übertragen.

<sup>21</sup> Vgl. Piven/Cloward 1977: X.

<sup>22</sup> Vgl. ebd.: XIII.

<sup>23</sup> Haunss 2009: 33.

mäßig geringe Beachtung von spezifischen Protestformen in Studien neuer sozialer Bewegungen. Gerade ethnografisch orientierte Forschungen haben seines Erachtens einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, konkrete Aktionsformen in einzelnen Protesten und Bewegungen wahrzunehmen und zu analysieren anstatt Versuche zu unternehmen, allgemeine Aussagen über soziale Bewegungen und ihre Protestformen zu treffen.<sup>24</sup> „Hier wird auch deutlich“, so Haunss, „welche Anstrengungen soziale Bewegungen unternehmen, Protestformen zu entwickeln, die ihrem Selbstverständnis gerecht werden und mit denen sie hoffen, nicht nur in den Medien, sondern auch bei potenziellen UnterstützerInnen auf möglichst große Resonanz zu stoßen.“<sup>25</sup> Das Ziel, öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, sei gerade in der gegenwärtigen, mediatisierten Welt immer schwerer zu erreichen:

„Der Zwang, neue und spektakuläre Formen zu finden, wird dabei nicht nur durch die Phantasie der AktivistInnen, sondern auch durch die jeweils spezifischen kulturellen Normen beschränkt. Protestformen sind so Indikatoren für Akzeptanz- oder Legitimationskorridore einer Gesellschaft. Als Protest müssen sie zwangsläufig das bestehende Regelsystem in Frage stellen. Die Form muss allerdings so gewählt sein, dass sie noch bei einem ausreichend breiten Publikum auf Akzeptanz stößt und damit als legitim angesehen wird.“<sup>26</sup>

Der Protest an der Grenze ist ein Protest der Prekarisierten ist ein Protest in Abhängigkeit. Der Alltag von *Lampedusa in Hamburg* war in besonderer Weise geprägt von ihrem Kampf ums Überleben. Unterkunft, medizinische Versorgung sowie die Versorgung mit Essen, Trinken und sonstigen Dingen des alltäglichen Bedarfs waren unsicher, vorübergehend, nur für einen Teil der Gruppe zugänglich oder gänzlich ungeklärt. Dadurch befand sich die Gruppe in ständiger Abhängigkeit von Einzelpersonen und Institutionen, die sie unterstützten – durch die Bereitstellung von Unterkünften, durch Nahrungsmittel-, Kleider- und sonstige Sachspenden, durch Geldspenden für Essen, für Licht und Heizung am Infozelt, für Fahrkarten.<sup>27</sup> Auch in den Gesprächen über die Unterkünfte, die ihnen zur Verfügung gestellt wurden, zeigten sich immer wieder die Abhängigkeitsverhältnisse, in denen die Gruppe lebte. Efraim erzählte mir einmal von dem Keller, in

<sup>24</sup> Vgl. Haunss 2009: 42. Als Beispiele seien hier Epstein 1991 und Rucht 2003 sowie zahlreiche Forschungen aus der empirischen Kulturwissenschaft und der Kulturanthropologie wie z.B. Schönberger/Sutter (Hg.) 2009, Lipp 1986 und Bausinger u.a. (Hg.) 1991 genannt. Siehe auch Kaspar Maase im Vorwort zu Bausinger u.a. 1999 [1978].

<sup>25</sup> Haunss 2009: 42.

<sup>26</sup> Ebd.: 43.

<sup>27</sup> Siehe beispielsweise den Spendenaufruf, der Ende 2013 durch die *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen* veröffentlicht wurde, in: *Transkribierte Audio- und Videomaterialien 2013–2015*: 12-2013: „Es geht um Essen, Licht, Heizung, Transport“. Der Bedeutung von Fahrkarten und somit von Mobilität werde ich in Kapitel 5.1 und 5.2 noch genauer nachgehen.

dem er schlief, in dem sie zeitweise zu zehnt übernachteten, wenig Platz und einige Kommunikationsschwierigkeiten hatten. „But when someone offers you a sleeping place, it’s important you keep quiet“<sup>28</sup>, stellte er fest. So sehr sie ihre Stimme erhoben und sich im Rahmen ihres politischen Protests äußerten: Im Alltag sahen die Gruppenmitglieder manchmal keine andere Möglichkeit als zu schweigen. Die gesellschaftlichen Strukturen, in denen die Gruppe sich wiederfand, waren ein Spiegel globaler Strukturen. In ihrer Prekarisierung und der daraus folgenden Abhängigkeit und Subalternität nahmen (post-)koloniale Machtverhältnisse Gestalt an. So wie im Fordismus „Prekarität an die Ränder der kapitalistischen Akkumulation gedrängt [wurde]: die kleinen Subunternehmer, die Landwirtschaft und die Länder der Dritten Welt“<sup>29</sup>, wurden hier die Mitglieder von *Lampedusa in Hamburg* an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Oder mehr noch: Sie wurden am Rand, im Grenzraum, gehalten. Ihr täglicher Kampf ums Überleben war die Konkretion der in die Stadt verschobenen Grenzen Europas.

Der Protest an der Grenze ist ein Protest der Prekarisierten ist ein Protest in verunsicherten Verhältnissen. Neben der bleibenden Frage der Unterkunft stellte sich auch immer wieder die Frage, wo die *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder sich tagsüber aufhalten konnten – außer auf der Straße. Auch hier wurden sie von vielen verschiedenen Personen und Organisationen unterstützt, konnten ihre Pressekonferenzen oder Versammlungen mal im Gewerkschaftshaus, mal im Stadtteilzentrum *Kolibri*, im Saal der Kleinkunsthöhle *Polittbüro*, in Kirchen oder im *Zongo*, einer früheren Kapelle in St. Pauli, abhalten. Darüber hinaus war das *Zongo* insbesondere ein Ort, an dem sie einfach ihre Zeit verbringen, an dem sie essen, trinken, gemütlich beisammen sitzen konnten.<sup>30</sup> Doch all diese Orte waren Orte, die ihnen aus der Zivilgesellschaft zur Verfügung gestellt wurden. Die Stadt Hamburg hatte für die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe neben der fehlenden Unterkunft für die Nacht auch keinen Ort vorgesehen, an dem die Mitglieder sich tagsüber hätten aufhalten können. Das einzige, was sie der Gruppe genehmigt hatten, war das Infzelt am Hauptbahnhof. So sehr dieses Zelt zum Symbolort des *Lampedusa in Hamburg*-Protests wurde, wurde es gleichzeitig auch zum Symbolort ihrer Prekarisierung: Es war 3 x 6 m<sup>2</sup> klein, das Übernachten im Zelt war untersagt, es war permanent Wind und Wetter ausgesetzt und wurde regelmäßig von der Polizei kontrolliert, die dadurch symbolkräftig die staatliche Macht unter Beweis stellte. Doch nicht nur den Maßnahmen staatlicher Kontrolle, sondern auch anderen gesellschaftlichen Kräften war die Gruppe Tag und Nacht ausgesetzt. Um offiziell als Mahnwache genehmigt zu bleiben, musste das Zelt rund um die Uhr besetzt

<sup>28</sup> Efraim, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 10.12.2013.

<sup>29</sup> Aglietta 2000: 30, zit. nach: Marchart 2013: 13.

<sup>30</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013 sowie Interview 15-2014.



sein. Gerade die Nächte waren sehr kräftezehrend. Einer meiner Interviewpartner konnte erst verspätet zum Interview kommen und wirkte sehr müde, weil er zuvor spontan die Nachtschicht am Infozelt übernommen hatte. Ihm fielen während unseres Gesprächs immer wieder die Augen zu. Die Nachtschichten waren Teil seines Alltags: Etwa einmal pro Woche wachte er über Nacht am Zelt.<sup>31</sup> Teilweise entstanden während der Nachtschichten herausfordernde und bedrohliche Situationen, von denen Gruppenmitglieder immer wieder berichteten.<sup>32</sup> Einer der Anmelder wurde beispielsweise nachts von einem Mann mit einem Messer angegriffen.<sup>33</sup> Doch auch am hellichten Tag war *Lampedusa in Hamburg* von – meist verbalen – Angriffen am Zelt betroffen. An einem Mittwochnachmittag am Infozelt kam plötzlich ein betrunken wirkender und aggressiver Mann auf uns zugeeilt und rief: „Spricht hier jemand Deutsch? Was ist denn das hier? Was soll denn das: ‚Wir fordern‘?“ Da wir ihn ignorierten, ging er nach vorn an den Zelteingang und beschimpfte dort die Leute: „You black shit! [...] Ich wohne hier schon seit langem. [...] Ihr sitzt hier den ganzen Tag ’rum und macht nichts – und ich bezahl’ dafür!“ Niemand ging näher darauf ein, sodass er irgendwann schimpfend weiterzog. Jona, mit dem ich gemeinsam dort war, fragte nach, was der Mann gesagt hätte und ob er Deutscher wäre. Als ich wiedergab, was er gesagt hatte, lachte Jona nur. Und bedankte sich für die Übersetzung.<sup>34</sup> Wie sehr solche rassistischen Beschimpfungen zum Alltag von *Lampedusa in Hamburg* gehörten, werde ich in Kapitel 4.4 näher thematisieren. An dieser Stelle sei jedoch erneut auf die Bedeutung der Straße für den Protest hingewiesen: Sie ist der Ort, an dem soziale Interaktionen geschehen und kulminieren. Hier zeigen sich Agency und Prekarisierung – und infolge der Prekarisierung: rassistische Ausgrenzungsversuche – als elementare Bestandteile des Protests an den Grenzen Europas.<sup>35</sup>

Diese Erlebnisse am Infozelt, in den Unterkünften, an den verschiedenen Alltagsorten des Protests sind als Teil von „Dispositive[n] der Unsicherheit“<sup>36</sup> zu verstehen, die die Protestbewegung zu kontrollieren und einzuhegen versuchten. Lemke beschreibt diese Unsicherheitsdispositive als Phänomen des Neoliberalismus, das sich in den verschiedensten Sphären der Arbeit und des Lebens in den

<sup>31</sup> Vgl. Interview 3-2013.

<sup>32</sup> Vgl. z.B. Feldtagebuch 2013: 03.06.2013 und 08.07.2013 sowie 05.12.2013.

<sup>33</sup> Gruppensprecher Asuquo Udo schilderte den nächtlichen Vorfall in einem Radiointerview mit FSK (Freies Sendekombinat) und dementierte darin auch Presseberichte, in denen die Attacke der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe selbst zugeschrieben wurde. Asuquo beschrieb dies als „Manipulation“ (in: Transkribierte Audio- und Videomaterialien 2013–2015: 02.07.2013) in den Medien, durch die die Gruppe falsch dargestellt wurde (vgl. ebd.).

<sup>34</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 25.08.2013.

<sup>35</sup> Zur Rolle der Straße siehe auch Kapitel 2.4.2.

<sup>36</sup> Lemke 2004.

gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften Europas niederschlägt. Diese ökonomische Dimension zeigte sich für *Lampedusa in Hamburg* nicht in erster Linie in prekären Arbeitsverhältnissen oder Arbeitslosigkeit, sondern vor allem im Nichtarbeitendürfen. So handelte es sich nicht allein um eine temporäre Arbeitslosigkeit, sondern um eine politisch gewollte Arbeitslosigkeit auf unbestimmte Zeit. Die dadurch erzeugte kollektive Verunsicherung, durch die Menschen leichter regierbar gemacht werden sollen, ist jedoch mitnichten auf die Grenzen beschränkt. Vielmehr sind ganze Gesellschaften transversal durchzogen von Prekarisierungsprozessen und Unsicherheitsdispositiven, was beispielsweise in der Zunahme von befristeten Arbeitsverträgen und dem wachsenden subjektiven Gefühl von Unsicherheit zum Ausdruck kommt.<sup>37</sup> Die Erscheinungen in Grensräumen sind – wie sich an diesem Beispiel besonders deutlich zeigt – als Seismograf dafür zu verstehen, wie die Gesellschaft als Ganze strukturiert ist. Dazu gehört zunächst eine zunehmende Versicherheitlichung, die sich an den hochentwickelten Technologien der europäischen Grenzen zeigt und bis in unterschiedlichste Bereiche des alltäglichen Lebens hineinreicht, wie beispielsweise Sicherheitsmaßnahmen bei Großveranstaltungen jeglicher Art oder sonstige Maßnahmen zum Schutz vor Terrorismus zeigen. Versicherheitlichung und Verunsicherung bedingen sich dabei gegenseitig. Wie Judith Butler aufzeigt, wird Unsicherheit produziert, um Machtformen auszuweiten, die durch Sicherheit legitimiert sind. Dadurch bestimmen nicht mehr Kritik und Widerständigkeit die Bevölkerungen, sondern das Bedürfnis, der eigenen Unsicherheit ein Ende zu setzen.<sup>38</sup> Diese Dynamik ist in der Tat auch im Protest von *Lampedusa in Hamburg* zu sehen. Auch die Protestbewegung ist der Verunsicherung ausgeliefert und versucht umso mehr, diesen Zustand von Unsicherheit und Prekarität zu überwinden. Die Gruppenmitglieder werden durch die Prekarisierung zu verwundbaren, angreifbaren Subjekten und konstituieren sich gleichzeitig als politische Subjekte, um diese Verletzlichkeit und Unsicherheit öffentlich zu machen und zu beenden.<sup>39</sup>

Was zunächst als Aspekt der Grenzen Europas erscheint, erweist sich hier auch als Grenze der politischen Gemeinschaft. Die versicherheitlichten Grenzen der eu-

<sup>37</sup> Auch die Darstellungen von Standing 2011, Kalleberg 2009 und Burawoy 2015 – um nur einige wenige zu nennen – zeigen eine grundsätzlich zunehmende Prekarisierung durch den Neoliberalismus seit den 1970er-Jahren auf. Andere Autor\_innen kritisieren diese Einordnung von Prekarität und betrachten diese vielmehr als Normalfall – nicht nur, aber auch unter Berücksichtigung der Verhältnisse im Globalen Süden (vgl. Gleeson/Paret 2016: 279f.). Zur These, dass Prekarisierung der Normalfall und nicht die Ausnahme sei, vgl. auch Lorey 2012 sowie Bourdieu 1998. Bourdieu formulierte diese These plakativ mit den Worten „Prekarität ist überall“ (Bourdieu 1998: 96).

<sup>38</sup> Butler, in: Lorey 2012: 8f.

<sup>39</sup> Vgl. dazu auch Butler 2004: 20.

ropäischen Staatengemeinschaft markieren so die Grenze des Politischen im Allgemeinen. So bekommen auch migrantische Proteste, die gegen die europäischen Grenzen und die dazugehörigen Grenzsicherungspraktiken aufbegehren, eine größere Dimension:

„If ‚every politics of border control is an attempt to control the borders of the political‘<sup>40</sup>, migrant struggles aimed at transgressing border controls are also at least potentially about new imaginings of political community that disrupts the sovereign imaginings of inside/outside, insiders and outsiders.“<sup>41</sup>

Darüber hinaus kommt hier eine weitere Grenze zum Tragen: die Grenze zwischen den Menschen, denen das Recht zuerkannt wird, sich öffentlich zu äußern und dazuzugehören, und den Menschen, denen dieses Recht vorenthalten wird. Diese grundsätzliche Grenze ist Jacques Rancière zufolge der Ausgangspunkt jeder Politik:

„Es gibt Politik, weil diejenigen, die kein Recht dazu haben, als sprechende Wesen gezählt zu werden, sich dazuzählen und eine Gemeinschaft dadurch einrichten, dass sie das Unrecht vergemeinschaften, das nichts anderes ist als der Zusammenprall selbst, der Widerspruch der zwei Welten, die in einer einzigen beherbergt sind: die Welt, wo sie sind, und jene, wo sie nicht sind, die Welt, wo es etwas gibt ‚zwischen‘ ihnen und jenen, die sie nicht als sprechende und zählbare Wesen kennen, und die Welt, wo es nichts gibt.“<sup>42</sup>

Der Protest an der Grenze ist ein Protest der Prekarisierten ist ein Protest in Ungewissheit. Prekarisierung bedeutet, so Isabell Lorey, „ein Leben mit dem Unvorhersehbaren, mit der Kontingenz“<sup>43</sup>. Ungewissheit lässt sich als zeitliche Dimension der Unsicherheit begreifen. Die Zukunftsperspektiven von *Lampedusa in Hamburg* waren in jeder Hinsicht unklar – sei es bezüglich des Status, der sozialen und ökonomischen Ressourcen oder des Wohnortes. Immer wieder wurde ich von Mitgliedern der Gruppe gefragt, ob ich Neuigkeiten für sie hätte, ob der Senat sich geäußert hätte, was ich ihnen raten würde, wie es weitergehen könnte. Umgekehrt sagten sie meistens, wenn ich nach Neuigkeiten und Strategien fragte, dass es keine gäbe. Erst wochen-, dann monatelang warteten sie auf eine Antwort des Hamburger Senats und auf konkrete Lösungsvorschläge für ihre Situation.<sup>44</sup> Diese ungewisse Zukunft durchzog den gesamten Protest.

<sup>40</sup> Mitropoulos/Neilson 2006.

<sup>41</sup> Rygiel 2011: 7.

<sup>42</sup> Rancière 2002 [1995]: 38. Sein Ausgangspunkt für Politik im Allgemeinen ähnelt somit dem Ausgangspunkt für Bürgerschaft im Speziellen, wie Isin u.a. ihn im Zuge von *Acts of Citizenship* skizzieren (vgl. z.B. Isin/Nielsen (Hg.) 2008 sowie Isin/Saward (Hg.) 2013).

<sup>43</sup> Lorey 2012: 13.

<sup>44</sup> Vgl. z.B. Interview 2-2013.

#### 4.1.2 Prekarisierte Körper

Die Prekarisierung, die die *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder erlebten, schrieb sich nach meiner Wahrnehmung auch in ihre Körper ein. Bereits in den ersten Wochen und Monaten beobachtete ich bei den Mitgliedern der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe eine große Müdigkeit. Sie zeichnete sich schon nach kurzer Zeit ab und erschien mir angesichts des Lebens auf der Straße, der auch darüber hinaus prekären Lebensverhältnisse und der Wege, die hinter den Menschen liegen, als natürliche Konsequenz. Immer wieder erwähnte ich die müden, fast zufallenden Augen, in die ich blickte, die Erschöpfung, die meine Gesprächspartner\_innen ausstrahlten oder sogar verbal äußerten.<sup>45</sup> Es fielen Sätze wie „We are really tired“<sup>46</sup> oder „I am tired“<sup>47</sup>. Auf manchen Interviewaufnahmen hörte ich im Hintergrund das Gähnen derjenigen, die gerade nicht sprachen und die in diesen Momenten ihre Müdigkeit überkam.<sup>48</sup> Doch was die Gruppenmitglieder erlebten, war mehr als körperliche Müdigkeit: Es war eine Müdigkeit, die dem langen, ereignislosen, ungewissen Warten geschuldet war. Eine Erschöpfung, die die fortwährende Prekarisierung mit sich brachte. Sie waren nicht nur müde, sondern sie waren die Situation leid. Im Englischen ist das Wort dasselbe: „to be *tired*“ bedeutet „müde sein“ und „to be *tired* of something“ bedeutet „etwas leid sein“. Wie nah beides beieinander liegt, wurde in der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe sichtbar. „I am tired of my life now“, sagte Paul einmal, als wir uns trafen. Und immer wieder: „I am tired.“ Nein, er war nicht nur müde. Und er war nicht das Leben generell leid – er war *dieses* Leben leid. So konnte es nicht weitergehen.<sup>49</sup>

Die körperliche Prekarität begann bei den meisten Gruppenmitgliedern nicht erst in Hamburg, sondern schon Jahre zuvor. Immer wieder verwiesen sie auf die Belastungen, die ihre Erfahrungen in Libyen und ihre Flucht für sie bedeuteten. Asuquo Udo, einer der Gruppensprecher, beschrieb beispielsweise im Juni 2013 öffentlich die psychischen Belastungen der Gruppenmitglieder: „Remember the effects this war in Libya caused us is so much detrimental [...]: many of us are really psychologically affected, and physically affected, even emotionally – therefore, there is the tendency [...] for us to cry to the authorities to listen to us.“<sup>50</sup> Psychische Belastungen und die Notwendigkeit, diesen zu begegnen und gebe-

<sup>45</sup> Vgl. z.B. Feldtagebuch 2013: Juni 2013.

<sup>46</sup> Salissou, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 11.08.2013, bei einer Pressekonferenz von *Lampedusa in Hamburg*.

<sup>47</sup> Z.B. Jona, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 25.09.2013.

<sup>48</sup> Vgl. z.B. Interview 9-2013.

<sup>49</sup> Vgl. Paul und Jeremiah, in: Feldtagebuch 2013: 25.11.2013.

<sup>50</sup> Zit. nach: Feldtagebuch 2013: 19.06.2013, bei einer Pressekonferenz von *Lampedusa in Hamburg* im *Politbüro*.

nenfalls fachliche Unterstützung zu suchen, gehörten zum Alltag der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe. Einzelne erzählten mir in persönlichen Gesprächen von genau diesen Belastungen. „We need settlement“, brachte Efraim es einmal auf den Punkt, als wir gemeinsam im Infozelt saßen. „It’s been too long. [...] Too much pain.“ Das sagte er Mitte Juni 2013, ungefähr einen Monat nach Beginn des Protests. Während er sprach, wurde er ganz unruhig und kratzte nervös an einem Karton herum, der vor ihm auf einem hohen Stapel stand. Dann und wann holte er unauffällig aus und schlug fast auf den Karton. Es waren keineswegs aggressive Bewegungen. Für mich waren sie ein Ausdruck von Unruhe, als würde er dadurch die Unruhe, Rastlosigkeit, den fehlenden Ruheort – alles, was er verbal äußerte – auch körperlich ausdrücken.<sup>51</sup> Und sie waren ein Anzeichen dafür, wie viele psychische Belastungen unsagbar blieben und sich lediglich in Affekten ausdrücken konnten.

Die Unsagbarkeit der Dinge und ihr Ausdruck in Form von Affekten gilt insbesondere für Traumatisierungen, die vermutlich viele Gruppenmitglieder aufgrund der Erlebnisse von Krieg, des lebensgefährlichen Weges über das Mittelmeer und der prekären Lebensbedingungen in Italien und Hamburg erfahren haben. Traumatisierungen blieben ein weitgehend blinder Fleck der Bewegung. Dann und wann machten die *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder ihre psychischen Belastungen dennoch zum Thema. Im Januar 2014 erwähnte die Gruppe explizit ihre „traumatische [...] Reise“<sup>52</sup>, die sie in Hamburg endlich beenden möchte. Solche ausdrücklichen Hinweise waren jedoch selten, obwohl die Traumatisierungen der Gruppenmitglieder eine der Grundvoraussetzungen des Protests waren. In der Folge kam es teilweise zu paradoxen Forderungen. In ihrer *Öffentlichen Erklärung* vom 19. März 2014 hieß es beispielsweise: „Wir sind hier und müssen unsere Geschichten erzählen.“<sup>53</sup> Genau das war jedoch in konkreten Situationen häufig nicht der Fall. Menschen, die traumatisiert sind, „müssen“, wollen oder können ihre Geschichten oftmals *nicht* erzählen. Ich verbrachte viel Zeit mit den Mitgliedern der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe, aber mit den wenigsten sprach ich über die Details ihrer Fluchtgeschichte. Bei einem Gruppeninterview am 28.11.2013 sprachen wir vor Beginn des Interviews darüber, worum es nun gehen sollte und ob ich eine Audioaufnahme machen dürfe. In dem Zusammenhang fragte Obed, der einer meiner sechs Gesprächspartner war, mit sorgenvollem Gesichtsausdruck und Tonfall: „What is it going to be about? About Libya or before?“ Ich versicherte ihm mehrfach, dass es weder um ihre Situation in Libyen noch um ihre Wege davor, dass es

<sup>51</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 13.06.2013.

<sup>52</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2014a.

<sup>53</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2014d.

also nicht um ihre Fluchtgeschichten ginge. Stattdessen ginge es um die letzten sieben Monate, um den Protest hier in Hamburg. Damit waren alle einverstanden.<sup>54</sup>

Die Schwierigkeit, die eigene Geschichte zu erzählen, kann die Folge einer Traumatisierung sein. Ein Sprechen über traumatisierende Erlebnisse ist oft erst nach langer Zeit und im Rahmen eines langsam aufgebauten, vertrauensvollen Verhältnisses möglich.<sup>55</sup> Die Auseinandersetzung mit einem Trauma und seine Verarbeitung kann nur mit professioneller Hilfe gelingen. Doch diese ist gerade für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus meist undenkbar. Die Angebote in den wenigen Anlaufstellen für eine Traumatherapie in Hamburg, die auch auf die Erfahrungen der Migration spezialisiert sind und in unterschiedlichen Sprachen durchgeführt werden, sind in aller Regel kostenpflichtig. Für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus stehen diese Angebote somit faktisch nicht zur Verfügung.<sup>56</sup> Somit bleibt auch die Frage, welche Rolle Traumatisierungen in der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe spielten, weitestgehend offen. Sie müssten erst von Fachleuten diagnostiziert werden. Allein die Sensibilität dafür, welche Geschichten sich erzählen lassen und welche nicht, erscheint mir jedoch bemerkenswert. Sie zeigte sich in den oben erwähnten persönlichen Gesprächen, nicht aber in den kollektiven, öffentlichen Äußerungen. Stattdessen argumentierte die Gruppe öffentlich mit den eigenen Geschichten und versuchte so immer wieder, potenzielle Unterstützer\_innen, Journalist\_innen und Politiker\_innen zu überzeugen und früher oder später aufgrund ebendieser Geschichten in Deutschland anerkannt zu werden und leben zu dürfen.

Eine weitere körperliche Seite des Protests waren diverse somatische Beschwerden. Nicht zuletzt der Regen, die Kälte und das Leben auf der Straße führten dazu, dass immer mehr Gruppenmitglieder gesundheitlich angeschlagen waren.<sup>57</sup> Immer wieder stellte sich die Frage, wer sie medizinisch versorgen würde. Es gibt in Hamburg ein paar wenige Anlaufstellen, die auch für Menschen ohne Papiere bzw. ohne Krankenversicherung offen stehen, wie z.B. das selbstorganisierte, mit zahlreichen Fachärzt\_innen kooperierende *medibüro*, das vom Diakonischen Werk getragene Projekt *AnDOCKen*, das *westend* des Vereins *hoffnungsorte hamburg*, die *Malteser Migranten Medizin* sowie das *Zahnmobil* und das *Krankenmobil* der *Caritas*. Zu-

<sup>54</sup> Vgl. Interview 10-2013: Gesprächsprotokoll. Einen ähnlichen Dialog führte ich mit Desmond im Vorwege zu einer Konferenz, zu der ich ihn eingeladen hatte (vgl. Feldtagebuch 2014: 07.02.2014).

<sup>55</sup> Vgl. z.B. Koch/Winter 2005.

<sup>56</sup> Eine kritische Stellungnahme zur faktisch weitestgehend fehlenden psychotherapeutischen Behandlung traumatisierter Geflüchteter lieferte beispielsweise der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen im März 2013 (vgl. Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen 2013).

<sup>57</sup> Vgl. dazu auch David, in: Interview 1-2013.

nächst koordinierten zwei Mitglieder der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe die ärztliche Versorgung.<sup>58</sup> Nach einigen Wochen wurde ein Gruppenmitglied allein für diese Koordination zuständig gemacht.<sup>59</sup> Wann immer jemand erkrankte, kümmerte sich Joe darum, dass er oder sie professionell versorgt wurde. Doch auch die genannten Angebote und das zusätzliche große Engagement einzelner Ärzt\_innen und Homöopath\_innen, die die Gruppe an verschiedenen Orten aufsuchten und so gut es ging versorgten, konnte über die fehlende Krankenversicherung der Gruppenmitglieder nicht hinwegtäuschen.<sup>60</sup> In einer eigenen, mit ausführlichen Texten versehenen Fotoausstellung äußerte sich die Gruppe dazu: „23 von uns hätten im Krankenhaus behandelt werden müssen – was faktisch nicht möglich war – mehr als 130 wurden von ehrenamtlichen Ärzten behandelt.“<sup>61</sup>

In der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe und ihrer Prekarisierung wurde das europäische Grenzregime im wahrsten Sinne des Wortes verkörpert. Es nahm als Prekarisierungsregime in den Körpern der Migrant\_innen Gestalt an. Dadurch wurden sie als Menschen wie auch als politische Subjekte geschwächt. Die fehlenden oder zumindest enorm eingeschränkten öffentlichen Angebote der Gesundheitsversorgung für Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus setzen die Logiken des Prekarisierungsregimes und Unsicherheitsdispositivs konsequent fort. Zivilgesellschaftliche Akteur\_innen intervenieren hier oftmals, wie oben beschrieben, um der Prekarisierung der Menschen etwas entgegenzusetzen. Allerdings besteht dadurch auch das Prekarisierungsregime fort: Der Staat kann sich in aller Regel auf das Eingreifen der Zivilgesellschaft verlassen und somit darauf verzichten, selbst eine adäquate Versorgung zu gewährleisten. Doch auch wenn die Unterstützung groß und vielfältig war, war sie gleichzeitig begrenzt und stellte mitnichten einen Ersatz für eine dauerhafte, politische Lösung dar. Es liegt in der Natur der Sache, dass freiwilliges und zivilgesellschaftliches Engagement nicht ausgleichen kann, was der Staat an Versorgung und Anerkennung von Rechten versäumt.

Doch neben den prekarisierten Dimensionen der Körperlichkeit von *Lampedusa in Hamburg* drückte sich diese auch in ihrer körperlichen Präsenz und Sichtbarkeit aus und bildete somit die Grundlage für ihre Performativität und Agency. Die Tatsache, dass sie bereits da waren – schlicht und ergreifend als Menschen –, machte ihre Situation sicht- und greifbar. Es ging nicht um eine theoretische Debatte, sondern um eine konkrete, praktische Situation von Menschen, die eine konkrete, praktische Lösung forderten:

<sup>58</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 28.05.2013.

<sup>59</sup> Vgl. ebd.: 09.07.2013.

<sup>60</sup> Vgl. z.B. ebd.: 03.06.2013 und 16.09.2013.

<sup>61</sup> Ausstellungstext, zit. nach: *Lampedusa in Hamburg* online 2013.

„We have no destination right now and we have no future due to how the Europeans are handling us. And I want them to understand that we are a human being like them and we want to live the way they are living – they like it or not. We are already here. We have been a part of Europe already. They can ignore, but they can never run away from it. They are here and we are their responsibility. They have to face it, because they caused it. Being on the street is not a joke. And we are here *physically*. This is not theory at all. We have been on the street – this is *physical*.“<sup>62</sup>

#### 4.1.3 Agency der Prekarisierten

Prekarisierung erschwert, wie bereits beschrieben, politische Subjektformierungsprozesse. Manche halten Widerständigkeit im Kontext von Prekarisierung für geradezu unmöglich, weil die Ungewissheit dazu führe, dass es den Menschen an Hoffnung und Gestaltungsmacht mangle.<sup>63</sup> Doch selbst Pierre Bourdieu, der zeitweise gegen die Möglichkeit eines kollektiven Widerstands der Prekarisierten argumentiert, skizziert anhand der Arbeitslosenbewegung in Frankreich einen gemeinsamen politischen Kampf, in dem es darum gegangen sei,

„all die gegenwärtig oder potenziell Prekarisierten zu ermutigen, gemeinsam gegen die zerstörerischen Wirkungen der Prekarität anzugehen (indem man ihnen hilft zu leben, ‚durchzuhalten‘, einen aufrechten Gang und Würde zu bewahren, der Zersetzung und dem Verfall ihres Selbstbildes, der Entfremdung zu widerstehen)“<sup>64</sup>.

In diesem Sinne verstehe ich auch *Lampedusa in Hamburg* als plastisches Beispiel dafür, dass eine Bewegung auch in der Prekarisierung Hoffnung in sich tragen und aus dieser Hoffnung heraus Kraft für die politische Auseinandersetzung ziehen kann.<sup>65</sup> Über ihre regulierenden und einschränkenden Aspekte hinaus kann Prekarisierung so vielmehr als Ausgangspunkt und Motor für politische Subjektformierungen betrachtet werden:

„[Sie] fordert [...] uns auf, jene Formen politischer Mobilisierung zu bedenken, die Prekarität den Regimes entgegen[zu]setzen, die ihre Macht zur Lenkung und Verfügung über Bevölkerungen ausweiten wollen – mit anderen Worten: Prekarität als Aktivismus. Neue gouvernementale Formen, welche die Prekarisierung von Bevölkerungen betreiben, funktionieren gerade durch das Ausbilden von eben jenen Subjektivierungsweisen und Handlungsmöglichkeiten, die durch einen Aktivismus der

<sup>62</sup> Emitola, in: Transkribierte Audiomaterialien 2013–2015: 19.03.2014.

<sup>63</sup> Vgl. Bourdieu 1998: 97 sowie der Überblick von Marianne Pieper, in: Pieper 2013.

<sup>64</sup> Bourdieu 1998: 101.

<sup>65</sup> Siehe auch Kapitel 4.3. Ein ebenso lebhaftes Beispiel für kollektiven Widerstand gegen Prekarisierung stellt die *EuroMayDay*-Bewegung dar (vgl. dazu Lorey 2012 und Pieper 2013).



Prekären auseinandergenommen werden können und müssen, durch einen Aktivismus, der die falschen Versprechen der Sicherheit, deren Steuerungstaktiken und deren Ausbeutungen bekämpft.“<sup>66</sup>

Auch *Lampedusa in Hamburg* ließ sich nicht auf ihre verkörperte Prekarisierung reduzieren, sondern steht für einen solchen *Aktivismus der Prekären*. Ihre prekäre Lebenssituation ermöglichte ihnen dabei in mancher Hinsicht überhaupt erst die konkrete Praxis des Protests. Immer wieder sprachen wir beispielsweise im gemeinsamen Plenum darüber, wie schwierig es sei, die Nachtschichten am Infozelt zu besetzen. Doch die Sprecher der Gruppe äußerten, dass dies genau genommen kein Problem sei, weil die Gruppenmitglieder alle unbesetzten Nachtschichten übernehmen könnten. Sie seien genügend Menschen und hätten ja außer der Straße ohnehin keinen Ort zum Bleiben.<sup>67</sup>

Als *Prekäre* wurden die Gruppenmitglieder auch als Andere konstruiert, als Fremde, als Nichtdazugehörige, kurzum: als *Flüchtlinge*. In dem Moment, in dem sie europäischen Boden betreten hatten, waren die Menschen zu *Flüchtlingen* geworden. Dieser Prozess lässt sich als Labelling begreifen, das von Geoffrey Wood wie folgt definiert wird: „Labelling is a way of referring to the process by which policy agendas are established and more particularly the way in which people, conceived as objects of policy are defined in convenient images.“<sup>68</sup> Durch ein solches Labelling als *Flüchtlinge* wird eine stereotypisierende Kategorie erzeugt, die Menschen zu Klient\_innen erklärt, die ihnen bestimmte, vermeintlich kollektiv für alle *Flüchtlinge* geltende Bedürfnisse zuschreibt, die „Geschichten“ zu „Fällen“<sup>69</sup> macht und die staatliche Kontrolle erleichtert.<sup>70</sup> Die Kategorie des *Flüchtlings* wird jedoch, wie Peter Nyers umfassend aufzeigt, nicht nur von den Regierenden, sondern auch von den als *Flüchtlinge* bezeichneten Subjekten konstituiert. Durch die Aneignung der Kategorie des *Flüchtlings* gewinnen sie – mitten in Viktimisierungs- und Prekarisierungsprozessen – Handlungsmacht zurück:

„Refugeeness is, indeed, a social construction, but as such it is constituted not least by those who are experiencing forcible displacement of their political body. [...] The advantage of interpreting refugee situations in terms of refugeeness is that it highlights the very political process of becoming-refugee. This process is not a seamless, sudden,

<sup>66</sup> Butler, in: Lorey 2012: 11.

<sup>67</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 22.06.2013.

<sup>68</sup> Wood (Hg.) 1985, zit. nach: Zetter 1991: 44.

<sup>69</sup> Ebd.: 13. Übersetzung BN. Im Original: „story“ und „case“.

<sup>70</sup> Vgl. Zetter 1991: 44f. Zu den mit dem Begriff des *Flüchtlings* verbundenen Konnotationen vgl. auch Inhetveen 2006.

or otherwise dramatic shift from one static state to another (i.e., from citizen to refugee). Rather it is a site of struggle, a continual process of identity construction, and one that highlights how the activity and practices of refugees are recasting the terms of ethical and political discourse.<sup>71</sup>

*Lampedusa in Hamburg* eignete sich die von außen gegebenen Labels an und erweiterte sie um eigene Bezeichnungen – „Flüchtlinge“, „libysche Kriegsflüchtlinge“, „Kriegsüberlebende“, „Kriegsflüchtlinge der Gruppe *Lampedusa in Hamburg*“<sup>72</sup>, „die Überlebenden des NATO-Kriegs in Libyen“<sup>73</sup>, „Opfer europäischer Flüchtlingspolitik“ oder auch „Victims of Dublin system“ und „Victims of NATO war“<sup>74</sup>. Indem sie sich selbst als Opfer und Prekarisierte positionierten und somit ihre Rolle als *Flüchtlinge*, wie von Nyers beschrieben, lebten, die Begriffe aber gleichzeitig kontextualisierten, entlarvten die Gruppenmitglieder die transnationalen Zusammenhänge, die sie überhaupt erst zu *Flüchtlingen* gemacht hatten – Europa, das *Dublin-System*, die NATO-Intervention in Libyen. Sie wehrten sich auf diese Weise offensiv gegen die Naturalisierung des Flüchtlingsbegriffs.

*Lampedusa in Hamburg* setzte jenen praktischen und diskursiven Prekarisierungs- und Viktimisierungsversuchen einen kollektiven Protest entgegen, durch den die Gruppe eine neue Form europäischer Bürgerschaft konstituierte. Sie ist vor allem deshalb europäisch, weil sie sich gegen das europäische Grenzregime richtet und eine Vision von einem Europa entwirft, das nicht auf Ausschlüssen, sondern auf Zusammenhalt und Zugehörigkeit basiert. Ihr Ausgangspunkt ist der Widerstand gegen ein Europa, dem es an Glaubwürdigkeit mangelt, das sich in der Theorie anders darstellt als in der Praxis – wie beispielsweise die europäischen Binnengrenzen zeigen, die für bestimmte Menschen und für Kapital geöffnet sind, aber für eine Vielzahl von Menschen, die als *Fremde* und *Andere* gelten, geschlossen bleiben. Dass ausgerechnet jene Ausgeschlossenen sich als Protestbewegung formieren und als Bürger\_innen Europas verstehen, weitet den Blick für ein anderes Europa und damit auch eine andere europäische Bürgerschaft. Diese europäische Bürgerschaft wird an neuen Orten, von neuen Subjekten, in neuen Praktiken verhandelt. Wie jede Politik beginnt sie dort, wo der „Anteil der Anteillosen“<sup>75</sup> erkämpft wird. Hier bemisst sich die tatsächliche, für alle geltende Gleichheit<sup>76</sup>:

<sup>71</sup> Nyers 2006: xv. Vgl. dazu auch Zetter 1991: 55ff.

<sup>72</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2013h.

<sup>73</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2014b.

<sup>74</sup> Vgl. *Lampedusa in Hamburg* 2013u und 2014a.

<sup>75</sup> Rancière 2002 [1995]: 24.

<sup>76</sup> Vgl. Rancière 2002 [1995] wie auch Balibar 2005 [2001].

„Es gibt Politik, wenn es einen Anteil der Anteillosen, einen Teil oder eine Partei der Armen gibt. Es gibt nicht einfach deshalb Politik, weil die Armen den Reichen gegenüberreten und sich ihnen widersetzen. Man muss eher sagen, dass es die Politik ist – das heißt die Unterbrechung der einfachen Wirkungen der Herrschaft der Reichen –, die die Armen als Entität zum Dasein bringt. [...] Die Politik existiert, wenn die natürliche Ordnung der Herrschaft unterbrochen ist durch die Einrichtung eines Anteils der Anteillosen. Diese Einrichtung ist das Ganze der Politik als spezifische Bindungsform. Sie definiert das Gemeinsame der Gemeinschaft als politische Gemeinschaft, das heißt als geteilte, auf einem Unrecht gegründet, das der Arithmetik des Tausches und der Verteilungen entwischt. Außerhalb dieser Einrichtung gibt es keine Politik, nur Ordnung der Herrschaft und Unordnung der Revolte.“<sup>77</sup>

„Ich schlage nun vor, den Namen der Politik [...] zu beschränken: [auf] diejenige, die die sinnliche Gestaltung zerbricht, wo die Teile und die Anteile oder ihre Abwesenheit sich durch eine Annahme definieren, die darin *per definitionem* keinen Platz hat: die eines Anteils der Anteillosen.“<sup>78</sup>

Auch in europäischen Grenzräumen ereignet sich diese Form von Politik. Die Brüche, das „Unvernehmen“<sup>79</sup>, die Störungen der politischen Ordnung sind ihre Ausgangspunkte. Die Ankommenden Europas<sup>80</sup> sind die Anteillosen Europas. Sie kämpfen für den Anteil der Anteillosen, für die Rechte der Entrechteten, für die Zugehörigkeit der Ausgeschlossenen, für die Anerkennung der Unerwünschten. An dieses Verständnis von Politik schließt das von Isin u.a. skizzierte Verständnis von Bürgerschaft an. Auch hier geht es um eine Bürgerschaft jenseits des Status, eine Bürgerschaft im Werden, eine Bürgerschaft, die sich in konkreten Akten derjenigen konstituiert, die vor dem Gesetz als statuslos und deren Forderungen als unberechtigt gelten.

Dass *Lampedusa in Hamburg* eine neue Form europäischer Bürgerschaft entwarf, machte die Gruppe auch dadurch deutlich, dass sie sich immer wieder explizit auf europäische und transnationale Zusammenhänge berief. Beispielsweise stellte sie auch Bezüge zum politischen Zentrum der EU her: Brüssel. Einmal, als ich mich mit David am Infozelt unterhielt, berichtete er mir von einer Reise nach Brüssel, die er gemeinsam mit Salissou und ein paar Unterstützer\_innen von *Lampedusa in Hamburg* unternommen hatte. Er war geradezu euphorisch, als er von den dortigen Gesprächen mit EU-Politiker\_innen erzählte: „They listened to us. [...] They didn’t treat us as refugees, but as someone to be taken seriously. [...] They understood that we are playing no game here. This is very serious

<sup>77</sup> Rancière 2002 [1995]: 24.

<sup>78</sup> Ebd.: 41.

<sup>79</sup> Rancière 2002 [1995].

<sup>80</sup> In Anlehnung an das von Brigitta Kuster und Vassilis Tsianos formulierte „Europa der Kommenden“ (Kuster/Tsianos 2013).

and we have a strong point to make.“<sup>81</sup> Erneut kommen hier Dimensionen von *Refugeeness*<sup>82</sup> zum Ausdruck, die die Gruppenmitglieder in ihren Gesprächen in Brüssel ein Stück weit durchbrachen. Doch die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe reduzierte Europa nicht auf Brüssel, sondern betrachtete dies nur als eine Ebene von vielen. Sie stellte Verbindungen zwischen Brüssel, Rom, Berlin und Hamburg her und machte so deutlich, dass sich Europa nicht als *Europa der Anderen* imaginieren und beliebig von einem Ort zum anderen verschieben ließ. Vielmehr geschieht Europa gleichzeitig an unterschiedlichen Orten, die sich nicht voneinander trennen lassen. Die Grenzen zwischen den Politiken und Verantwortlichkeiten dieser verschiedenen Orte sind offen.

#### 4.1.4 Prekarisierung und Affekt, Politik und Menschsein

Der Protest von *Lampedusa in Hamburg* war ebenso wie die Debatte, die dadurch in der ganzen Stadt sowie jenseits der Stadtgrenzen ausgelöst wurde, durchzogen von einer Vielzahl von Affekten und Emotionen. Dies stand in engem Zusammenhang mit der Prekarisierung der Gruppe. Ihr Alltag mutete wenig politisch an. Es ging um das Leben der Protestierenden, um ihr *Überleben*. Prekarisierung und Protest bedingten sich gegenseitig: Die meisten waren erst durch ihre prekäre Lebenssituation zu politischen Aktivist\_innen geworden, doch gleichzeitig erschien die Prekarisierung als wesentliche Begrenzung ihrer politischen Subjektivität.<sup>83</sup> Der Moment der Prekarisierung ist der Moment der Unterbrechung. Hier zeigt sich die menschliche Seite des Protests. Die Protestierenden tauchen hier als Menschen auf, die essen, trinken, schlafen, träumen, hoffen, verzweifeln, lieben und sich eine Zukunft aufbauen möchten. Menschsein ist die Basis jeder Politik. Und so waren es zunächst alltägliche Sorgen um Essen, Trinken und Unterkunft, um Fragen nach Bildung und Arbeit, um die Gründung einer Familie, die sie umtrieben. In dem monate- und jahrelangen Protest fand im Grunde die gesamte Bandbreite menschlicher Empfindungen Raum. Soweit mag das selbstverständlich erscheinen. Dennoch halte ich die Intensität und Gleichzeitigkeit, in der sich diese Affekte und Emotionen zeigten, für bemerkenswert. Sie lassen sich als Dimension der Dichte und Vielschichtigkeit des Protests, seiner Manifestation in konkreten Situationen und Augenblicken wie auch seiner existenziellen Dimension deuten. Auch Hoffnung, Begeisterung und Euphorie gehörten zu diesem Kontinuum menschlicher

<sup>81</sup> Zit. nach: Feldtagebuch 2013: 19.07.2013.

<sup>82</sup> Nyers 2006: xv. Siehe oben.

<sup>83</sup> Zu den Wechselwirkungen zwischen Prekarisierung und Protest vgl. auch Butler 2016.



Abbildung 10: „Embassy of Hope“.

Affekte, die im Protest von *Lampedusa in Hamburg* auftauchten. Sie prägten viele Demonstrationen und den Alltag über diese hinaus. Auch das zivilgesellschaftliche Engagement, das nicht nur in der Anfangszeit, sondern über viele Monate den Alltag prägte, trug etwas Hoffnungsvolles in sich. Im Kirchgarten der St. Pauli-Kirche wurde ein Zelt aufgestellt – die „Embassy of Hope“. Wer die Gruppenmitglieder an der St. Pauli-Kirche besuchen wollte, kam automatisch an dem Zelt vorbei, wurde dort begrüßt, konnte Informationen bekommen, verweilen, die Gruppenmitglieder kennenlernen. Pastor Sieghard Wilm erinnerte sich später an die Entscheidung, das Zelt aufzustellen und ihm, entgegen manchen kritischen Stimmen, genau diesen Namen zu geben. „Das war wirklich total wichtig: dieses dämliche, simple Partyzelt dahin zu stellen, das Ganze ‚Embassy of Hope‘ zu nennen, damit alle Nachbarn, alle Supporter usw. dahin kommen können. Und das wurde zum Sommerfest. Klar.“<sup>84</sup> Immer wieder war die Rede vom „Sommerfest“, vom „African Summer“<sup>85</sup>, es gab große Feste, die Musik war laut und fröhlich, Menschen tanzten. Doch diese Momente waren nicht von Dauer. Bestenfalls machten

<sup>84</sup> In: Interview 22-2014. Die Bezeichnung „Sommerfest“ wählte Sieghard Wilm hier nicht als eigene Formulierung, sondern er griff die Wortwahl der damaligen Leiterin des Einwohnerzentralamts auf, die inkognito an der St. Pauli-Kirche gewesen sei. Im Interview mit den beiden Pastoren zitierte Pastor Martin Paulekun sie mit den Worten „Na ja, bei *Ihnen* ist das ja wie auf einem *Sommerfest*“ (in: Interview 22-2014).

<sup>85</sup> Ebd.

sie das Warten kurzzeitig angenehmer. Manchmal verlief die Hoffnung allerdings auch wie eine – wenn auch durchlässige – Trennlinie zwischen den Gruppenmitgliedern und ihren Unterstützer\_innen.<sup>86</sup> Was für manche hoffnungsvoll erschien und Nachbarschaften mobilisierte, warf in der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe durchaus Fragen auf. Auf dem Nachhauseweg von einem Willkommensfest, das ver.di und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) für die Gruppe organisiert hatten, unterhielt ich mich mit Abeeku. „So, what do you think about the celebration?“, fragte er. „I liked it. It was nice. And how about you?“, antwortete ich. Doch er fragte weiter nach: was der Sinn und Zweck des Festes gewesen wäre. Als ich erwähnte, dass es wohl einfach darum ging, sie als Gewerkschaftsmitglieder willkommen zu heißen, fragte er erneut: „But what exactly was the reason? Do they understand our situation? There is nothing happening at the moment!“<sup>87</sup> Abeeku fand offenbar nicht, dass es einen Grund zum Feiern gegeben hätte. Er schloß schließlich trotzdem schlecht und zerbrach sich ununterbrochen den Kopf über die ungewisse Lebenssituation, in der sie sich als Gruppe befanden.<sup>88</sup>

## 4.2 Alltag in der Stadt: Urbane Sozialitäten und staatliche Kontrolle

„I haven't seen you here yesterday.“  
Abeeku Illah

### 4.2.1 Flüchtige Sozialität in urbanen Grenzräumen

Sei es St. Georg oder St. Pauli, sei es Altona, Billstedt oder Barmbek: Geradezu überall in der Stadt begegnete man der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe. Wir, die wir alle miteinander in dieser Stadt wohnten, begegneten einander, weil wir Nachbar\_innen waren. Teilweise gestaltete *Lampedusa in Hamburg* diese Nachbarschaft ganz bewusst, z.B. indem die Gruppe über ihren Protest informierte und sich als neue Nachbar\_innen vorstellte oder indem sie die Nachbarschaft als Ort künstlerisch mitgestaltete.<sup>89</sup> Sie wiesen auf ihr Infozelt in der Nachbarschaft hin und erläuterten inhaltliche Hintergründe ihres Protests. Begegnungen zwischen *Lampedusa*

<sup>86</sup> Zu den Trennlinien zwischen *Refugees* und ihren *Supportern* siehe auch Kapitel 4.2.1.

<sup>87</sup> Zit. nach: Feldtagebuch 2013: 15.08.2013.

<sup>88</sup> Vgl. ebd.

<sup>89</sup> Ein paar wenige Gruppenmitglieder malten beispielsweise ein sich über eine komplette Hauswand erstreckendes Wandbild in der Hafensstraße in St. Pauli (vgl. Feldtagebuch 2013: 16.09.2013 sowie Feldtagebuch 2014: 07.02.2014).

in Hamburg und den Nachbarschaften entstanden zudem ganz selbstverständlich: durch geteilte Alltagsmomente, durch zufällige Treffen im Kiosk an der Ecke, im Supermarkt oder beim Spaziergang durchs Viertel.<sup>90</sup> Je bekannter die Gruppe wurde, desto häufiger wurde sie von Einzelpersonen oder Gruppen besucht. Mal war es die Schulklasse, die Gruppenmitglieder an der St. Pauli-Kirche besuchte, mal waren es Nachbar\_innen oder Reisende am Hauptbahnhof, die am Zelt Halt machten und sich informierten.<sup>91</sup> Während viele Menschen aus Interesse und Solidarität zu Besuch kamen, betrachteten andere die Gruppe mit Skepsis, Irritation oder sogar Aggression.<sup>92</sup> Manche vehementen, verständnislosen Reaktionen auf den Protest und die um ihn herum entstandene Unterstützung deute ich auch als Neid. Einmal kam ich in der Nähe des Infozelts ins Gespräch mit zwei Männern, die – wie sie mir erzählten – das Leben auf der Straße selbst gut kannten. Einer von ihnen berichtete von den Verhältnissen in der Obdachlosenunterkunft *Pik As*, die seiner Meinung nach bestimmt nicht besser seien als in einer Unterkunft in Italien. Beide fragten nach, was wir denn da am Zelt machen würden, was das für ein Protest sei und warum die Parole laute: „Wir haben nicht den NATO-Krieg in Libyen überlebt, um auf Hamburgs Straßen zu sterben“. Immer wieder wollten sie wissen, was das heißen sollte – wer denn hier auf Hamburgs Straßen sterben würde.<sup>93</sup> Die Mitglieder der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe waren nicht die einzigen Prekarisierten dieser Stadt, die um ein menschenwürdiges Leben kämpften. Sie waren nicht die einzigen Anteillosen, die um ihren Anteil kämpften.

In diesem Aufeinandertreffen auf der Straße, in den unterschiedlichen Kämpfen um einen Anteil der Anteillosen zeigen sich Dimensionen, die nicht mit einer vorhersehbaren, statischen Definition von Stadt zu fassen sind. Vielmehr verstehe ich die Stadt als einen Aushandlungsraum, in dem das Politische konkrete Formen annimmt. „Being political means being of the city“, konstatiert Isin und begreift die Stadt als „an ontologically distinct entity that is simultaneously both the concentration and diffusion of acts that are political“<sup>94</sup>. In der Stadtforschung wie auch in den *Citizenship Studies* werden Stadt und Bürgerschaft längst gleichermaßen als Konfliktfelder begriffen, die historisch eng miteinander verbunden sind. Die Stadt ist demnach der Ort, an dem Bürgerrechte verhandelt werden.<sup>95</sup> Gerade

<sup>90</sup> Vgl. z.B. Interview 14-2014, 22-2014 oder Feldtagebuch 2013: 13.09.2013.

<sup>91</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 23.08.2013.

<sup>92</sup> Siehe auch Kapitel 4.1.1.

<sup>93</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 01.06.2013.

<sup>94</sup> Isin 2005: 377.

<sup>95</sup> Vgl. Isin 2008a sowie Hess/Lebuhn 2014 und Rodatz 2014. In diesem Zusammenhang wird seit einigen Jahren der Begriff der Stadtbürgerschaft bzw. des *urban citizenship* entwickelt und vielfach diskutiert. Vgl. dazu auch den Überblick von Hess/Lebuhn 2014.

in der Stadt werden die spezifischen, komplexen Rahmenbedingungen von Kämpfen um Bürgerrechte und Bürgerschaft sichtbar. Dies skizzieren auch Sabine Hess und Henrik Lebuhn:

„Stadtbürgerschaft selbst wiederum unterlag im historischen Rückblick ganz unterschiedlichen Konstitutionsbedingungen – vom ökonomischen Erwerb über die räumliche Präsenz bis hin zu diversen rassifizierten, religiösisierten Stratifizierungen und Ausschlüssen. Sie ist daher stets als kontingentes Ergebnis von Konflikten um Zugehörigkeit zu bzw. den Ausschluss aus der politischen (städtischen) Gemeinschaft zu verstehen.“<sup>96</sup>

Bürgerschaft und Stadt lassen sich folglich besonders vom Rand – also: von den Grenzen der Zugehörigkeit, vom Ort des Ausschlusses – her zusammendenken. Es sind die – auch – von Marginalisierten geführten Kämpfe um ein „Recht auf Stadt“<sup>97</sup>, in denen die Basis dieser politischen Gemeinschaft hinterfragt und neu geordnet wird. Der Protest der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe, die in erster Linie für Rechte als Bürger\_innen Europas kämpfte, stellt somit gleichermaßen einen Protest für ein Recht auf Stadt dar.<sup>98</sup> Mit Hess und Lebuhn verstehe ich die Begriffe *urban* oder *städtisch* daher nicht lediglich als *lokal*, sondern als Beschreibungen für „spezifische räumliche, soziale, rechtliche und andere Bedingungen und Praxen für Konflikte um Teilhabe“<sup>99</sup>. Die Stadt wird so zum Schauplatz nicht nur lokaler Politiken, sondern auch transnationaler Auseinandersetzungen. Gerade im Zusammenhang mit Migration werden diese transnationalen Dimensionen der Stadt immer wieder sichtbar. Sie betreffen nicht nur die *Politik von unten*, die Momente des Widerstands, sondern auch staatliche Politik und ihre Umsetzung auf Verwaltungsebene. So werden beispielsweise Anspruch und Anträge auf Kinder- und Elterngeld, auf staatlich geförderte Kinderbetreuung oder Integrations- und Sprachkurse auf kommunaler Ebene – und dementsprechend unterschiedlich – geregelt.<sup>100</sup> Der „lokale Staat“<sup>101</sup> zeigt sich hier als wichtiger Akteur des europäischen und bundesdeutschen Migrations- und Grenzregimes.<sup>102</sup> Rechte auf Zugehörigkeit und Teilhabe werden in der Konsequenz in starkem Maße auf städtischer Ebene verhandelt.

<sup>96</sup> Hess/Lebuhn 2014: 17.

<sup>97</sup> Lefebvre 2016 (französische Originalausgabe: *Le droit à la ville* (1968)). Im Anschluss an Henri Lefebvre sowie David Harvey und Don Mitchell haben sich weltweit Bündnisse gegründet, die in Deutschland den Namen *Recht auf Stadt* tragen (vgl. Holm/Gebhardt (Hg.) 2011).

<sup>98</sup> Diese Verbindung zeigte sich auch auf der praktischen Ebene, als das bestehende Hamburger *Recht auf Stadt*-Bündnis sich mit *Lampedusa in Hamburg* zu diversen Demonstrationen zusammenschloss. Mehr dazu, wie bereits erwähnt, siehe Kapitel 6.

<sup>99</sup> Hess/Lebuhn 2014: 22.

<sup>100</sup> Vgl. ebd.: 17f.

<sup>101</sup> Krätke/Schmoll 1987, zit. nach: Hess/Lebuhn 2014: 19.

<sup>102</sup> Siehe auch meine Ausführungen zu *Rescaling*-Prozessen in den Kapiteln 2.2.2 und 2.3.1.



Auch das Bleiben der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe manifestierte sich auf dieser städtischen Ebene: in alltäglichen, urbanen Praktiken. Zu diesen Alltagspraktiken gehörten die beschriebenen zufälligen Begegnungen in der Stadt ebenso wie das bewusste Zeit-miteinander-Verbringen von *Lampedusa in Hamburg* und ihren Unterstützer\_innen. Eine Zeitlang wurde ich, wenn ich mal einen Tag nicht da gewesen war, von manchen Menschen mit den Worten „I haven’t seen you here yesterday“<sup>103</sup> begrüßt. Wir waren oft beisammen und teilten: Zeit, Gedanken, Essen, Trinken, Sprachlosigkeit, Lachanfänge.<sup>104</sup> Als ich Jeremiah, der in der St. Pauli-Kirche untergebracht war, einmal nach dem Zusammenwirken der Gruppenmitglieder mit der Kirche und der Nachbarschaft fragte, antwortete er: „[T]hey are inviting us to a lot of programs, a lot of concerts, parties, their soccer games. And I would say, that the people are kind to us and they are co-operating with us, they like us. Whatever they are doing shows that they want us to stay in the society.“<sup>105</sup> Auch Mona erinnerte sich später an gemeinsame Zeiten, gegenseitiges Kennenlernen, wachsendes Vertrauen. Sie erzählte mir, wie sie die Inhalte des Protests, weitere Strategien, offene Fragen mit den Gruppenmitgliedern und anderen Unterstützer\_innen an der St. Pauli-Kirche diskutierte:

„Man saß immer zusammen und hat darüber geredet. Ich habe auch nie gesagt [...]: Ich finde das alles toll. Sondern man saß hier wirklich und habe [sic] gesagt: Ganz ehrlich – verstehe ich nicht, finde ich auch nicht gut. Du hast Deine Meinung, ich habe meine, aber man redet darüber. Und das fand ich unglaublich angenehm – [...] auch das Gefühl zu haben, man kann diskutieren. Natürlich aber auch erst [...], wenn man eine gewisse [...] persönliche Bindung aufgebaut hat, denn man ist natürlich [...] hier auch sehr familiär miteinander.“<sup>106</sup>

Es gab noch zahlreiche andere Momente, in denen deutlich wurde: Durch den Protest von *Lampedusa in Hamburg* entstanden persönliche, freundschaftliche Beziehungen. Mehr noch: In der Bewegung um *Lampedusa in Hamburg* kamen bestehende Netzwerke zum Tragen, neue Netzwerke entstanden. Nach Castells lassen sich Netzwerke begreifen als „offene Strukturen und in der Lage, grenzenlos zu expandieren und dabei neue Knoten zu integrieren, solange diese innerhalb des Netzwerks zu kommunizieren vermögen, also solange sie die selben Kommunikationscodes besitzen – etwa Werte oder Leistungsziele“<sup>107</sup>. Solche Kommunikationscodes können auch gemeinsame politische Ziele in einer sozialen Bewegung sein. Doch die Offenheit der Strukturen steht einer gleichzeitigen Geschlossenheit gegenüber, die Andreas Hepp wie folgt zusammenfasst:

<sup>103</sup> Abeeku und Yanis, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 16.07.2013.

<sup>104</sup> Vgl. z.B. auch Feldtagebuch 2013: 09.08.2013.

<sup>105</sup> In: Interview 2-2013.

<sup>106</sup> Mona, in: Interview 19-2014.

<sup>107</sup> Castells 2001a: 528f., zit. nach Hepp 2006: 163.

„Auf der einen Seite sind die Strukturen von Netzwerken in dem Sinne ‚offen‘, dass sie (mehr oder weniger) einfach neue ‚Knotengruppen‘ integrieren und wachsen können, ohne deren ‚Stabilität‘ zu verlieren. Hierauf Bezug nehmend sind Netzwerke ‚offen‘. Auf der anderen Seite sind Netzwerke gleichzeitig geschlossen, indem diese Prozesse der Ausdehnung entlang bestimmter ‚Kodes‘ geschehen, die das Spezifische eines Netzwerks und dessen Macht bestimmen. Aber wiederum besteht eine bestimmte ‚Offenheit‘ von Netzwerken, indem ‚Schalter‘ die Möglichkeit bieten, über ‚Kodegrenzen‘ hinweg zu ‚kommunizieren‘.“<sup>108</sup>

Die lange Tradition der Netzwerkforschung lässt sich an dieser Stelle nur in groben Zügen darstellen.<sup>109</sup> Während die ersten soziologischen Netzwerkanalysen vor allem quantitative Studien waren, die Beziehungsstrukturen nachzeichneten, ohne auf die „Bedeutungsproduktion in und durch Alltagspraktiken“<sup>110</sup> einzugehen, stellten Max Gluckman (1961) und die von ihm begründete *Manchester School* bereits in den frühen 1960er-Jahren eine Querverbindung zwischen Netzwerkforschung und ethnografischen Methoden her und verankerten ihre Studien somit in der Analyse konkreter Alltagspraktiken.<sup>111</sup> Erst in den 1990er-Jahren verstärkt sich diese Tendenz auch in der Soziologie, indem vermehrt qualitative Netzwerkforschung<sup>112</sup> betrieben wird und Netzwerke zunehmend auch in ihrer kulturellen Kontextualisierung wahrgenommen werden.<sup>113</sup> Schließlich weist Hannerz darauf hin, wie entscheidend dabei die Analyse von Netzwerken für die Erforschung städtischer Gesellschaften ist:

„[N]etwork notions seem particularly useful as we concern ourselves with individuals using roles rather than roles using individuals, and with the crossing and manipulation rather than the acceptance of institutional boundaries. It is in this light we see the connection of network analysis both to what may be termed anthropological action theory and to the study of urban and other complex societies.“<sup>114</sup>

<sup>108</sup> Hepp 2006: 165.

<sup>109</sup> Für eine umfassendere Übersicht über die Geschichte der Netzwerkanalyse sei auf die frühen Überblickswerke von Barnes 1972, Whitten Jr./Wolfe 1973, Mitchell 1974 und Wolfe 1978 sowie auf das von Christian Stegbauer und Roger Häußling herausgegebene „Handbuch Netzwerkforschung“ (2010) verwiesen, das die historischen Entwicklungen nachzeichnet und den wichtigsten inhaltlichen Richtungen der Netzwerkforschung nachgeht.

<sup>110</sup> Hepp 2010: 227.

<sup>111</sup> Zu den wichtigen frühen Netzwerkanalysen zählen insbesondere John Barnes, Elizabeth Bott, Philip Mayer, Adrian Mayer, Arnold Leonard Epstein und J. Clyde Mitchell (vgl. Hannerz 1980: 164ff. mit Verweis auf Barnes 1954, Bott 1957, P. Mayer 1961, 1962, 1964, A. Mayer 1966, A. L. Epstein 1964, 1967 sowie J. C. Mitchell 1969).

<sup>112</sup> Vgl. z.B. Diaz-Bone 2007 und Hollstein 2006.

<sup>113</sup> Vgl. Hepp 2010: 227.

<sup>114</sup> Hannerz 1980: 175.

Diese Bedeutung kommt Netzwerken gerade deshalb zu, weil Städte selbst, wie Hannerz vorschlägt, als „totales Netzwerk“ bzw. als „Netzwerk von Netzwerken“<sup>115</sup> betrachtet werden können:

„Although one may think of the city as a total network (forgetting for the moment about its outside links), it may often be more practical to think of it [...] as a network of networks. One of these, or a few of them, can make up an urban way of life. Together, they constitute the city as a social order.“<sup>116</sup>

Inzwischen sind zahlreiche Forschungsarbeiten zur Netzwerkförmigkeit urbanen wie auch generell sozialen Zusammenlebens erschienen, von denen Manuel Castells' Trilogie „Das Informationszeitalter“, in der er die „Netzwerkgesellschaft“ im Detail skizziert, hier exemplarisch genannt sei.<sup>117</sup>

In meinen Überlegungen zu den Netzwerken von und um *Lampedusa in Hamburg* orientiere ich mich an jenen Netzwerkanalysen, die qualitativ und ethnografisch vorgehen. Netzwerke lassen sich so anhand konkreter sozialer Praktiken analysieren. In der Analyse der Netzwerke um die Protestbewegung herum dient mir insbesondere der von Andreas Wittel eingeführte Begriff der „Netzwerk-Sozialität“<sup>118</sup> als Inspiration. Wittel bezeichnet diese in Abgrenzung zur Gemeinschaft als sozialen Ausdruck einer „flüchtigen Moderne“<sup>119</sup>, wodurch sie von Flüchtigkeit und somit zeitlicher Begrenztheit geprägt ist. Ihre Flüchtigkeit führt auch dazu, dass soziale Beziehungen kontinuierlich produziert, reproduziert und konsumiert werden.<sup>120</sup> So formuliert Zygmunt Bauman als „bedeutendste Eigenschaft von Netzwerken [...] ihre ungewöhnlich flexible Ausdehnung und die außergewöhnliche Leichtigkeit, mit der man sie modifizieren kann“<sup>121</sup>. Dabei sei das Individuum der „Dreh- und Angelpunkt des Netzwerks“<sup>122</sup>. Daran anknüpfend ist auch der Ausgangspunkt der Netzwerk-Sozialität ein hohes Maß an Individualisierung. Sie entspricht dem, was Bauman als „durch netzwerkartige Zusammenhänge

<sup>115</sup> Ebd.: 201. Übersetzung BN. Hannerz bezieht sich hier auf die von Craven und Wellman verwendete Terminologie der „city as a network of networks“ (Craven/Wellman 1974: 80).

<sup>116</sup> Hannerz 1980: 201.

<sup>117</sup> Castells 2001a, 2002, 2003.

<sup>118</sup> Wittel 2006: 163ff.

<sup>119</sup> Bauman 2008: 12. Als wesentliches Merkmal der „flüchtigen Moderne“ bezeichnet Zygmunt Bauman „einen Zustand, in dem soziale Formen (Strukturen, die individuelle Entscheidungsspielräume begrenzen; Institutionen, die darüber wachen, dass Routineabläufe wiederholt werden; allgemein akzeptierte Verhaltensmuster) ihre Gestalt nur für kurze Zeit behalten (und niemand etwas anderes erwartet), weil sie so schnell zerfallen, dass sie schon geschmolzen sind, während sie noch geformt werden“ (ebd.: 7).

<sup>120</sup> Vgl. Bauman 2000, zit. nach: Wittel 2006: 185.

<sup>121</sup> Bauman 2007: 121.

<sup>122</sup> Ebd.

geschaffene[n] und aufrechterhaltene[n] Beziehungen“ beschreibt, nämlich „leicht zu lösende, eindimensionale und voraussetzungslose Bindungen ohne feste Dauer und langfristige Verpflichtung“<sup>123</sup>. Als Phänomen im Zwischenraum zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen bringt die Netzwerk-Sozialität eine Potenzialität mit sich, die aus Fremden Freund\_innen machen kann. Schließlich ist sie geprägt von einem verhältnismäßig intensiven Einsatz von Technologien, wie sich z.B. in der Verwendung von digitalen Kommunikationsmedien zeigt. Wittel selbst zeigt auf, wie wenig erforscht sein Konzept der Netzwerk-Sozialität bisher ist und dass es ethnografischer Untersuchungen bedarf, die diese Forschungslücken schließen. Er weist insbesondere auf die Notwendigkeit weiterer Forschungen hin, die die „Mikrodynamik von Netzwerkbeziehungen“<sup>124</sup> und somit Aspekte wie Loyalität, Vertrauen, Konflikt und Macht in den Blick nehmen. Im Zusammenhang mit *Lampedusa in Hamburg* konnte ich eine konkrete Form der Netzwerk-Sozialität beobachten, wie sie sich im Kontext einer sozialen Bewegung in Grenzübereichen zeigt und die ich im Folgenden auf Basis meines empirischen Materials skizzieren werde. Sie ist insbesondere durch drei Dimensionen gekennzeichnet: Performativität, Potenzialität und Ungleichheit.<sup>125</sup>

Die Performativität von *Lampedusa in Hamburg* förderte eine zeitlich begrenzte Form der Sozialität zwischen allen Beteiligten. Auch wenn das Infozelt am Hauptbahnhof rund um die Uhr dort stand, waren doch alle übrigen Protestaktionen zeitlich eingeschränkt. Demonstrationen hatten einen – auch – zeitlichen Start- und Endpunkt, Veranstaltungen hatten einen Anfang und ein Ende. In den öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Protestbewegung verdichteten sich Inhalte und Energien. Die Intensität, mit der die Gruppe und ihre Unterstützer\_innen auf die Straße gingen, Parolen skandierten, Forderungen lautstark in die Stadt trugen, konnte jedoch – allein körperlich – unter keinen Umständen permanent gehalten werden. Stattdessen waren es einzelne Momente, in denen gemeinsamer Aktivismus entstand und gelebt wurde – beim Aufbau des Infozelts, bei Demonstrationen, bei Pressekonferenzen, bei Mahlzeiten am Infozelt, im *Afrikanischen Zentrum*, an der St. Pauli-Kirche, im *Zongo* oder andernorts. In Protestbewegungen zeigt sich somit eine spezifische Sozialform, die sich momentweise durch ein enorm hohes Maß an *Commitment* und durch eine schnelle Mobilisierung einer Vielzahl von Menschen auszeichnet. So aktivierte *Lampedusa in Hamburg* inner-

<sup>123</sup> Ebd.: 122.

<sup>124</sup> Wittel 2006: 184.

<sup>125</sup> Mit diesem Verständnis von Netzwerk-Sozialität gehe ich bewusst über die von Wittel verwendete Begrifflichkeit hinaus. Es erscheint mir wichtig und produktiv, den Begriff auf den spezifischen Kontext meiner Forschung zu beziehen und ihn anhand meiner empirischen Erkenntnisse weiterzuentwickeln.

halb weniger Wochen enorm viele Menschen, die ihre politischen Forderungen teilten und sie alltagspraktisch unterstützten. Doch diese Unterstützung war nicht auf Dauer angelegt, sondern geschah in einer Art Notfallmodus, in dem viele Menschen möglichst schnell möglichst viele zeitliche, körperliche und materielle Ressourcen zur Verfügung stellten.<sup>126</sup> Obed begann einmal von sich aus, über den andauernden Wartezustand und über die spezifische Sozialform in der Protestbewegung zu sprechen. „[P]eople change“, sagte er. „We understand each other well now, but I am the one who needs help. When I get rich, I might have other friends as well.“<sup>127</sup> Für ihn stand somit fest, dass das, was uns verband, die spezifische Situation war, in der sich *Lampedusa in Hamburg* befand und die die Gruppe durch ihren Protest publik gemacht hatte. Wie genau sich die Trennung zwischen denjenigen, die in dieser Situation – wie Obed es formulierte – Hilfe brauchten, und denjenigen, die ihnen halfen, darstellte, werde ich unten genauer analysieren.

Die Netzwerke wurden bald so groß, dass sie unübersichtlich wurden und kaum mehr zu überblicken waren. Damit war vor allem eine kaum zu ermessende und nicht zu unterschätzende Potenzialität verbunden. Über Wochen und Monate gelang es der Gruppe, ständig neue Netzwerke zu mobilisieren und dadurch auch stets die gerade notwendige Unterstützung zu erhalten. Der Kreis derer, die den Protest unterstützten, veränderte sich in Teilen immer wieder, während manche Individuen und Bündnisse von Anfang an und bis heute an der Seite des Protests zu finden sind.<sup>128</sup> Die weitverzweigten Netzwerke stehen daher nicht nur für Flüchtigkeit, sondern auch für große Potenziale, durch die sich Kraft, Kreativität und Sichtbarkeit des Protests entfalten konnten. So war der Protest von *Lampedusa in Hamburg*, je mehr er von vielfältigen Netzwerken mit- und weitergetragen wurde, innerhalb weniger Monate in das Zentrum der politischen und medialen Debatte in Hamburg gerückt.<sup>129</sup> Nicht zuletzt stellte die Gruppe durch ihre Netzwerke binnen weniger Monate direkte und indirekte Querverbindungen zu politischen Entscheidungsträger\_innen her und verfolgte damit das Ziel, ihre Forderungen politisch durchzusetzen. Die Größe und Vielfalt der Netzwerke um *Lampedusa in Hamburg* sorgte aufgrund ihrer Weitläufigkeit und Unüberschaubarkeit allerdings auch für Misstrauen – gerade aufgrund der mal mehr, mal weniger sichtba-

<sup>126</sup> Siehe meine Ausführungen zur beginnenden Bewegung und der Affizierung der Zivilgesellschaft in Kapitel 2.5.

<sup>127</sup> Zit. nach: Felddtagebuch 2013: 11.08.2013.

<sup>128</sup> So begegnete ich beispielsweise im Februar 2016 bei der *International Refugee Conference* in Hamburg einigen Menschen, die ich bereits in der Anfangsphase des *Lampedusa in Hamburg*-Protests kennengelernt hatte (vgl. Felddtagebuch 2016: 27.02.2016).

<sup>129</sup> Siehe dazu auch Kapitel 5 und 6. Dabei war auch der Einsatz digitaler Technologien von großer Bedeutung, wie ich auch in den Zwischenkapiteln unter dem Titel *#lampedusabhb* immer wieder aufzeige.

ren Querverbindungen in die Politik. Dadurch kamen beispielsweise manche Interviews, die ich gern mit Vertreter\_innen der Jugendorganisationen verschiedener Gewerkschaften geführt hätte, nicht zustande. Zu unklar war ihnen – trotz meiner offensichtlichen Verbindungen zur Unterstützungsszene des Protests – meine Rolle und damit die Antwort auf die Frage, wie groß meine Nähe zum Staat sei.<sup>130</sup> Diese Klarheit wäre nur durch persönliche Kontakte und dem daraus folgenden Vertrauen gegeben gewesen. Doch selbst wenn ich mehr Menschen in den gewerkschaftlichen Jugendorganisationen gekannt hätte: Es hätten wohl verstetigte Kontakte sein müssen, die längst vor *Lampedusa in Hamburg* entstanden wären, um die Sorge vor Verwobenheiten mit dem Verfassungsschutz oder anderen staatlichen Akteur\_innen zu entkräften.<sup>131</sup>

Schließlich zeigte sich in der Netzwerk-Sozialität der Protestbewegung eine Ungleichheit zwischen der Protestgruppe selbst und ihren Unterstützer\_innen, auch wenn manche Protestbewegungen wie auch deren wissenschaftliche Analysen betonen, dass gerade in migrantischen Protestbewegungen die Differenzierung zwischen *Citizens* und *Non-Citizens* oder zwischen *Refugees* und *Supportern* überwunden werde. Wie Peter Nyers und Kim Rygiel formulieren:

„As some of the most interesting work in the area of critical citizenship studies has revealed, the significance of refugee and migrant activism is that it breaks down the distinction between these two categories (McNevin 2011, Squire 2011b, Bosniak 2008, Dauvergne 2008). [...] The authors look at how groups of non-citizen migrants and migrant rights activists engage, contest, transform, and otherwise resist new ways of regulating mobility and in doing so enact a migrant citizenship ‚from below‘.“<sup>132</sup>

In der Tat etablierten Protestbewegungen wie *Lampedusa in Hamburg* gemeinsame Alltagspraxen, durch die die Trennung zwischen diesen beiden Gruppen für einen Moment aufgehoben schien: von gemeinsamen Plena über Vorbereitungen von Demonstrationen bis hin zu Essensvorbereitungen, Spülaktionen und dem Sortieren von Sachspenden, um nur einige Beispiele zu nennen.<sup>133</sup> Hier im Alltag entstanden persönliche Beziehungen, die auf Gegenseitigkeit beruhten. Auch Mark R. Warren, der im Rahmen einer qualitativen Studie antirassistischen Aktivismus von Weißen in den USA untersucht hat, benennt die Reziprozität von Beziehungen über rassialisierte Grenzen hinweg als entscheidenden Faktor, um zu

<sup>130</sup> Die Gründe dafür, sich nicht auf ein Interview mit mir einzulassen, ähnelten somit der Skepsis, die auch Gruppensprecher David mir gegenüber geäußert hatte (siehe Kapitel 3.2.3). Auch David sah sich staatlicher Gewalt gegenüber, gegen die er bzw. die gesamte Gruppe sich zu schützen versuchte. Und er wollte sichergehen, dass ich nicht Teil dieser staatlichen Machtausübung war.

<sup>131</sup> Vgl. E-Mail-Korrespondenz mit Unterstützer Marco: 27.10.2014.

<sup>132</sup> Nyers/Rygiel 2012b: 9.

<sup>133</sup> Siehe Feldtagebücher 2013 und 2014. Vgl. dazu auch Nyers/Rygiel 2012b.

begreifen, was Rassismus bedeutet und um Rassismen ein Stück weit zu überwinden.<sup>134</sup> Indem sich Menschen gemeinsam für ein Ziel einsetzen, verlassen sie die tradierten, kolonialen Muster des Sich-Einsetzens *für* jemanden, der bloßen Hilfeleistung und damit auch die Rollen des „weißen Retters“ und der „subalternen Hilfeempfängerin“.<sup>135</sup> Auch in den oben analysierten humanitaristischen Praktiken werden so Brüche möglich, durch die die bestehenden Grenzziehungen durchlässiger werden. Wie Warren darlegt, werden Kämpfe um rassialisierte Ungerechtigkeiten stärker, wo sie mit einem persönlichen Interesse an den Menschen einhergehen: „They [white activists; Anm. BN] care about justice more when they are concerned about real people who are being affected by injustice.“<sup>136</sup> Die bereits in Kapitel 2.5 beschriebenen Affizierungen, die die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe in der Nachbarschaft und in der gesamten Stadt auslöste, lassen sich also nicht nur als Ausgangspunkt zivilgesellschaftlicher Unterstützung, sondern vielmehr als Element eines gemeinsamen Kampfes gegen rassialisierte Ungerechtigkeiten deuten.<sup>137</sup> Doch im Kontext verschiedener migrantischer Proteste, die in der jüngeren Vergangenheit in Deutschland stattfanden, zeigt sich dieses Gemeinsame nicht immer. Die Tatsache, dass beispielsweise gemeinsame Plena ein entscheidendes Element der politischen Organisierung waren, ist eine Besonderheit des *Lampedusa in Hamburg*-Protests. An anderen Orten gab es bewusst getrennte Plena von *Refugees* einerseits und *Unterstützern/Supportern* andererseits. So zeichnen Bernd Kasperek und Vassilis Tsianos die Entwicklungen in den verschiedenen migrantischen Protesten, die in Deutschland ab 2012 stattfanden, wie folgt nach:

„Gemeinsame Plena aller Beteiligten finden in der Regel nicht statt, und das Plenum der ‚Supporter‘ beschränkt sich auf die technische Umsetzung politischer Entscheidungen des Plenums der ‚Non-Citizens‘. Diese Form der Arbeitsteilung ist politisch gewollt. Während des Hungerstreiks am Rindermarkt in München kursierte ein sogenannter ‚Supporter Codex‘, der den ‚Supportern‘ untersagte, Entscheidungen der ‚Non-Citizens‘ in Frage zu stellen oder auch eigenständige Solidaritätsaktionen durchzuführen.“<sup>138</sup>

Inmitten einer Bewegung, die sich gegen Rassismen, rassialisierte Trennlinien und damit verbundene Diskriminierungen richtet, zeigt sich hier ein „strategische[r] Separatismus“<sup>139</sup>, durch den gerade die im Protest adressierten Ungleichheiten

<sup>134</sup> Dazu hat Warren 50 Interviews mit Weißen Aktivist\_innen durchgeführt, die er in dem Band „Fire in the Heart. How White Activists Embrace Racial Justice“ (2010) analysiert.

<sup>135</sup> Vgl. Warren 2010: 69–80. Siehe auch Kapitel 2.2.4.

<sup>136</sup> Warren 2010: 80.

<sup>137</sup> Mehr dazu in Kapitel 4.4.

<sup>138</sup> Kasperek/Tsianos 2013.

<sup>139</sup> Ebd.

sichtbar gemacht werden. Diese Strategie des *consciousness raising* sei, so Kasperek und Tsianos, in der Geschichte immer wieder ein Bestandteil von Kämpfen um Teilhabe, Gleichheit und Freiheit gewesen. Das so artikulierte Thematisieren und Problematisieren der Verhältnisse ist ihnen zufolge immer auch ein Teil emanzipatorischer Politik.<sup>140</sup> Allerdings bleibt sowohl in den beschriebenen Praktiken als auch in den Begrifflichkeiten eine Binarität erhalten, die mir in mehrerlei Hinsicht problematisch erscheint. Zum einen stellt sich meines Erachtens die Frage, ob die oben beschriebene radikale Trennung zwischen *Refugees* und *Supporter\_innen* sich eignet, um rassistische Strukturen infrage zu stellen und in Ansätzen eine andere Vision gesellschaftlichen Zusammenlebens aufzuzeigen. Der plakative Ausschluss von Unterstützer\_innen aus inhaltlichen Prozessen kann auch als eine Art Umkehrung der Machtverhältnisse verstanden werden, die produktive Auseinandersetzungen und Reziprozität grundsätzlich verhindert. Dies beraubt die Protestierenden meines Erachtens eher ihrer erkämpften politischen Subjektivität als sie darin anzuerkennen. Zum anderen werden sowohl *Non-Citizens* als auch *Refugees* auf eine vermeintlich gemeinsame Kategorie reduziert, in der jegliche Nuancen verloren gehen. Die Fragmentierung des Rechts, die die Vielzahl verschiedener Aufenthaltsstatus mit sich bringt, zwischen denen sich Menschen hin und her bewegen, sowie die Kämpfe um Recht, die dadurch entstehen, werden auch in der allgemeinen Kategorie der *Refugees* nicht abgebildet.<sup>141</sup> Auch dem Begriff des *Non-Citizens* gelingt es nicht, diese vielschichtigen Kämpfe zu greifen, obwohl er in Deutschland gerade im Kontext der Proteste von Asylsuchenden ab 2012 neue Popularität erlangt hat.<sup>142</sup> Was hier verloren geht, sind nicht zuletzt die komplexen, intersektionellen Ungleichheitsverhältnisse, die sich insbesondere in den Kategorien „Rasse“, Klasse und Gender beschreiben lassen. Vor allem aber ignoriert der Begriff *Non-Citizen* in dem Maße, in dem er sich allein über den Ausschluss von Rechten definiert, die Potenziale von *Acts of Citizenship*, durch die sich Menschen jenseits ihres Status Rechte erkämpfen. Kasperek und Tsianos gehen mit ihrer Kritik noch weiter, indem sie den Rückgriff auf die Kategorie des (*Non-*)*Citizenship* grundsätzlich für unpassend halten.<sup>143</sup> Eine Analyse, die *Acts of Citizenship* ernst nimmt, müsste ihnen zufolge auch mit einer generellen Abkehr vom Begriff *Citizenship* einhergehen:

<sup>140</sup> Vgl. Kasperek/Tsianos 2013.

<sup>141</sup> Vgl. dazu auch Hess/Karakayalı 2007 und Squire (Hg.) 2011a.

<sup>142</sup> Vgl. Kasperek/Tsianos 2013 sowie *Refugee Struggle for Freedom* 2013.

<sup>143</sup> Vgl. dazu auch meine Anmerkungen zu den Begrenztheiten des Begriffs der Bürgerschaft in Kapitel 2.2.4.



„Nicht ‚Citizenship‘, sondern postkoloniale Postnationalität ist heute der Impetus der Migration in Europa. Sie versucht, eine politische Praxis zu etablieren, in der soziale Akteure ihren normalisierten Repräsentationen entfliehen, sich im Akt dieser Flucht rekonstituieren und dabei die Bedingungen ihrer materiellen Existenz verändern.“<sup>144</sup>

Auch wenn die Bewegung um *Lampedusa in Hamburg* das Gegenteil zu erreichen versuchte: Die hier nachgezeichnete begriffliche Trennung ist als Spiegelbild einer faktischen Trennung zu verstehen, die auch die Protestbewegung durchzog – wenn auch nicht ganz so offensichtlich wie durch getrennte Plena. Immer wieder wurde darauf verwiesen, dass die Gruppe für sich selber spreche. Doch immer wieder waren Pressemitteilungen, Posts auf der Homepage und sonstige öffentliche Äußerungen in der dritten Person geschrieben.<sup>145</sup> Die Formulierungen stammten somit eindeutig von ihren Unterstützer\_innen und eben nicht von den Menschen, die immer wieder betonten, eine eigene Stimme zu haben. Hier handelt es sich weniger um einen strategischen Separatismus als um ein unbeabsichtigtes Abbild der politischen Verhältnisse, in denen nicht alle in demselben Maße Zugang zu den materiellen, zeitlichen, sprachlichen und sozialen Ressourcen haben, um sich in Form von Pressemitteilungen etc. öffentlich zu äußern.



Abbildung 11: Facetten des Alltags: Zahnbürste im Flyer-Regal.

<sup>144</sup> Kasperek/Tsianos 2013.

<sup>145</sup> Vgl. z.B. *Lampedusa in Hamburg* online 2013: 24.05.2013 (Bericht über die aktuelle Situation vom 23. Mai 2013).

Hinzu kommen Ungleichheiten, die die alltägliche Lebenssituation betreffen. Bei allen Versuchen, Trennungen zwischen migrantischen Protestbewegungen und ihren Unterstützer\_innen aufzuheben, schimmern die ungleichen politischen Verhältnisse und die daraus folgenden unterschiedlichen Lebensbedingungen in ein und derselben Gesellschaft, in ein und derselben Stadt, in ein und derselben Nachbarschaft immer wieder durch. „For you: it’s action, for us: it’s life“<sup>146</sup>, brachte es ein Aktivist bei einem Workshop im März 2014 auf den Punkt. Für die *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder ging es um ihr Leben, wohingegen der Protest für die Unterstützer\_innen nur ein Teil ihres Lebens war. „Ich weiß gar nicht, was ich vorher die ganze Zeit gemacht habe“<sup>147</sup>, sagte ein Unterstützer einmal scherzhaft. Und doch wussten wir beide nur zu gut, dass es für uns ein Leben jenseits des Protests gab. Als Unterstützer\_innen konnten wir frei entscheiden, wie weit wir uns auf die Protestbewegung einließen oder wann wir uns ihr wieder entzogen.<sup>148</sup> Bereits am ersten Tag meiner Feldforschung kommentierte ich in meinem Feldtagebuch den Regen: „Ich ärgere mich über den Regen. Doch noch auf dem Weg beschließe ich, dass das ziemlicher Blödsinn ist – immerhin fahre ich nachher wieder nach Hause und ich weiß, dass meine Wohnung trocken ist und ich mich dort umziehen und aufwärmen kann. Wer auf der Straße lebt, dem geht es da ganz anders.“<sup>149</sup> Damit meinte ich die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe. Dass ich unter vollkommen anderen Voraussetzungen protestierte als die Gruppenmitglieder von *Lampedusa in Hamburg*, beschäftigte mich immer wieder. Dabei spielte auch die Frage nach Wohnraum eine Rolle. In jener Zeit wohnte einige Monate Marisol bei mir, eine geflüchtete Frau, der ich gemeinsam mit einem kleinen Verein und der Unterstützung des Kirchenkreises Hamburg-West/Südholstein ein Zimmer zur Verfügung stellte. Dies geschah völlig unabhängig vom *Lampedusa in Hamburg*-Protest, der sich erst später formierte. Die sich darin zeigenden Machtverhältnisse und Fragen waren jedoch dieselben. Nach einem halben Jahr, im Herbst 2013, endete die von vornherein befristete Wohngemeinschaft. Marisols Frage, ob sie nicht länger bleiben könnte, stand mal mehr, mal weniger ausgesprochen im Raum.<sup>150</sup> Doch ich war an eine persönliche Grenze gekommen. Ich fühlte mich überfordert und erschöpft und brauchte einen Zuhause-Ort, an dem ich meine Kräfte sammeln konnte und an dem die großen, unbeantworteten Fragen, die mir tagsüber in der Protestbewegung begegneten, nicht erneut auf mich einstürmten. Damit erübrigte sich auch die Frage, ob ich ein Mitglied von *Lampedusa in Hamburg* bei mir auf-

<sup>146</sup> Aktivist aus München, zit. nach: Feldtagebuch 2014: 01.03.2014.

<sup>147</sup> Sven, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 08.10.2013.

<sup>148</sup> Vgl. dazu auch Feldtagebuch 2013: 23.08.2013.

<sup>149</sup> Ebd.: 28.05.2013.

<sup>150</sup> Für sie ergab sich schlussendlich jedoch eine andere Unterkunft.

nehmen würde.<sup>151</sup> Die nicht wegzudenkenden unterschiedlichen Positionalitäten in einem ungleichen, globalen und lokalen Machtgefüge blieben mir jedoch auch im weiteren Alltag präsent und warfen offene Fragen auf. Es fiel mir oft schwer, ebendieses Gefüge in der Praxis auszuhalten. Die Frage, wie weit ich gehen würde, um ein Stück dieser Ungleichheit zu durchbrechen, was und wieviel ich zu teilen bereit war, begleitete mich durch die gesamte Feldforschung.

Nicht zuletzt äußerte sich der Versuch, einen gemeinsamen Alltag zu etablieren, auch in Praktiken der Gastfreundschaft – und in ihren Grenzen. Da war Jona, der mich gern einfach so eingeladen hätte, der aber dort, wo er übernachtete, nicht die Möglichkeit hatte: „You know, I would love to make African food for you. If I had my own apartment. But that’s the situation they put us in – we can’t do something normal like that.“<sup>152</sup> Andere Gruppenmitglieder, die ab Herbst 2013 in Containern untergebracht wurden, hatten dort zum ersten Mal seit langem ein wenig Raum, den sie – gemeinsam mit ihren Mitbewohnern – gestalten und in den sie Gäste einladen konnten. Da war Yanis, der es sich nicht nehmen ließ, besonders köstlichen Tee für mich zuzubereiten, und da war Desmond, der einmal zu mir sagte, als ich eigentlich gerade aufbrechen wollte: „Birgit, please, you have to let me invite you to have something to eat.“ Wir überlegten kurz hin und her. Am Ende beschloss ich, dass ich es zeitlich irgendwie hinbekommen würde. Er freute sich und wirkte fast erleichtert, als ich zusagte. Ich blieb, wir aßen, es schmeckte hervorragend.<sup>153</sup> Da waren Jeremiah und Manu, die mich stets in ihren Container einluden, mir einen Sitzplatz und etwas zu trinken anboten. Oder Abeeku, der mich ebenfalls immer freundlich aufforderte, einzutreten. „Have a seat“, sagte er und setzte sich zu mir. Drei Betten, ein Tisch, drei Stühle, drei Doppelschränke aus Metall, darauf ein Stapel von Koffern. Es war kühl, aber ruhig. Ruhiger als draußen, wo fleißig gebaut wurde, wo direkt neben den Containern der Gruppenmitglieder ein großer Container für Bauarbeiter stand. Ob er wisse, was hier nebenan gebaut werde, fragte ich Obed. Er wusste es ebensowenig wie ich. Die Baustelle war auf jeden Fall groß. Und laut. Hier wurde von sechs Uhr morgens bis acht Uhr abends gebaut, so Obed. Als ich mich langsam auf den Weg machen wollte, erläuterte Abeeku: „This is the third container from that end here“, und ich freute mich, weil ich danach ohnehin noch hätte fragen wollen. Es war gut zu

<sup>151</sup> Hinzu kamen die komplexen Implikationen meiner Rolle als Weiße Frau, die ich im Folgenden noch genauer erläutern werde und durch die mir das Zusammenwohnen in einer Zweier-WG mit einem der männlichen – und somit der meisten – Gruppenmitglieder zu nah gewesen wäre.

<sup>152</sup> Zit. nach: Feldtagebuch 2013: 30.10.2013.

<sup>153</sup> Feldtagebuch 2014: 07.02.2014.

wissen, wo ich bei meinem nächsten Besuch würde klopfen müssen.<sup>154</sup> Die Gastfreundschaft war geradezu rührend und bot den Raum für schöne Begegnungen. Doch die ungleichen Verhältnisse, in denen wir lebten, wurden auch hier allzu deutlich. Die Tatsache, dass viele von ihnen nicht in Häusern wohnten und wir anstelle von Hausnummern die Container selbst abzählen mussten, ist ein plakatives Beispiel für diese Ungleichheit. Dennoch war selbst das Leben im Container in Teilen eine Verbesserung: Im Gegensatz zur herbstkalten St. Pauli-Kirche, in der sie vorher übernachteten hatten, konnten sie im Container wenigstens eine Heizung einschalten und hatten zwei bis drei Mitbewohner – statt 79.

#### 4.2.2 Begegnung und Begehren

In der ausgeprägten Gastfreundschaft der Gruppenmitglieder mir gegenüber schimmerte auch ein weiterer Aspekt durch: Es war die Tatsache, dass ich als Frau mich in einem Feld bewegte, das männlich dominiert war. Mehr noch: Es war die Tatsache, dass ich mich als Weiße Frau in einem (post-)kolonialen Feld bewegte, das männlich dominiert war. Auch wenn die Ausdrucksformen und Bedeutungen von Gender nicht im Fokus dieser Arbeit stehen, ist es dennoch ein Aspekt, den ich nicht unerwähnt lassen kann und möchte und dessen Verflechtungen mit globalen, (post-)kolonialen Machtverhältnissen immer wieder mitschwangen. So individuell die Begegnungen waren, so sehr wiederholten sich darin Muster, die über die individuelle, persönliche Ebene weit hinausgingen. Da waren zahlreiche Einladungen zum Essen, auf eine Tasse Tee oder zum Tanz. Da waren Männer, die mich gerne auch mal allein treffen wollten, Anspielungen und Komplimente in vermeintlich rein freundschaftlichen Beziehungen: „When will you come back? I’d like to see your beautiful face and your smile all the time!“<sup>155</sup> Da waren Männer, die mich beobachteten oder die mir mit ungeahnter Zurückhaltung begegneten, wenn andere Männer dabei waren.<sup>156</sup> Und da waren Männer, deren sonst regelmäßige Anrufe plötzlich aufhörten oder die mich keines Blickes mehr würdigten, nachdem ich ihre Annäherungsversuche auf körperlicher oder verbaler Ebene zurückgewiesen hatte. Es waren Reaktionen, die ich als Ausdruck von vorsichtiger Annäherung oder Unsicherheit, von Verletzung oder Kränkung deute und die mich – vor allem in ihrer Intensität – in den jeweiligen Momenten oftmals überraschten. In den

---

<sup>154</sup> Vgl. ebd.: 08.01.2014.

<sup>155</sup> Zit. nach: Feldtagebuch 2013: 26.07.2013. Aufgrund der Sensibilität der Thematik verzichte ich in diesem Abschnitt gänzlich auf die Nennung von – auch anonymisierten – Namen.

<sup>156</sup> Vgl. z.B. ebd.: 15.08.2013.

angedeuteten Momenten fühlte ich mich mit einer bestimmten Rolle versehen, als Frau behandelt und umworben. Die Hintergründe der Annäherungsversuche, die ich im Verlauf meiner Feldforschung immer wieder wahrnahm, waren komplex und von unterschiedlichen Ebenen durchzogen. Inmitten der beschriebenen, sich wiederholenden Muster gab es eine deutlich spürbare emotionale und somit persönlich-menschliche Ebene, die ich auch bei mir selbst vernahm. So führte ich beispielsweise mit einem Mann, den ich als Freund betrachtete und der mir eines Tages eröffnete, dass er mich liebte und mit mir zusammen sein wollte, an mehreren Tagen stundenlange Gespräche unter Tränen. Ich erwiderte seine Liebe nicht, doch ich mochte ihn als Freund gern und wünschte mir daher, dass er meine Position verstehen würde. Wir sprachen über unsere Freundschaft und über die komplexen Zusammenhänge, in denen wir uns kennenlernten. Es ging nicht nur um uns und unsere Empfindungen, sondern beispielsweise auch um die Frage, welche Rollen wir in der Protestbewegung und in dem (post-)kolonialen Gefüge einnahmen, das sich hier auf lokaler Ebene zeigte.<sup>157</sup> Was dabei sichtbar wird, ist die Tatsache, dass hier auch eine weniger emotionale Dimension von Bedeutung war, die sich nicht allein auf die individuelle, zwischenmenschliche Begegnung bezog. So verabschiedete mich ein Mann bereits nach unserer ersten Begegnung mit den Worten: „Je t’aime.“ Ich liebe dich. Zuvor hatte er mich gefragt, ob ich verheiratet sei oder einen Freund habe. Zu dem Zeitpunkt traf beides nicht zu. Wahrheitsgemäß verneinte ich daher seine Fragen. Nach ein paar weiteren Fragen, die er mir stellte, und Komplimenten, die er mir machte, dann der vermeintlich große Satz: Ich liebe dich.<sup>158</sup> Da ich bereits im Weggehen begriffen war, ignorierte ich damals die *Liebeserklärung*. In dieser Situation war es für mich offensichtlich, dass er nicht von einer tiefempfundenen Liebe sprach, sondern dass hier mehr denn je die Machtverhältnisse, in denen wir uns befanden und in denen ich als Privilegierte auftauchte, zum Tragen kamen. Es war, so interpretiere ich, der Versuch einer Annäherung an mich als Weiße Frau, als Frau mit einem deutschen Pass, als Frau, durch die auch er die Chance bekommen könnte, einen Aufenthaltsstatus in Deutschland zu erhalten. Doch die Machtverhältnisse, in denen meine Forschung stattfand, waren nicht eindimensional. Vielmehr waren sie ein vielschichtiges Gefüge, in denen die Kategorien (Post-)Kolonialität und Gender mal Macht potenzierten, mal Macht in gegenläufigen, einander widersprechenden Richtungen entwickelten und aufzeigten. Die oben beschriebenen Beispiele deuten darauf hin, dass sich meine (post-)koloniale Machtposition auch im Hinblick auf Gender zeigte oder gar verstärkte.

---

<sup>157</sup> Vgl. ebd.: 17. und 18.08.2013.

<sup>158</sup> Feldtagebuch 2013: 14.07.2013.

Doch es gab auch Beispiele für Situationen, in denen sich die Verhältnisse entlang der Kategorie Gender umkehrten. Dies wird insbesondere anhand einer weiteren Dimension meiner Rolle als weibliche Forscherin in einem vorwiegend männlichen Feld sichtbar: verbal und körperlich grenzüberschreitendes Verhalten, dem ich mich in manchen Situationen ausgesetzt sah. Am plastischsten zeigte sich dies in der im Folgenden nachgezeichneten Situation. Es war bei einem von mehreren Gewerkschaften organisierten Fest. Nach dem Tanzen sprach mich jemand aus der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe an. Ob ich einen Freund hätte, fragte er. Nein, sagte ich. Das habe er sich gedacht. Er habe mich schließlich seit Monaten beobachtet. Er beschrieb, wie sich der Körper einer Frau angeblich verändern würde, „when a woman is with a man“. Und diese Veränderungen habe er bei mir nicht gesehen. Stattdessen sei ich so schüchtern und immer allein unterwegs. Es folgte eine Reihe weiterer Fragen. Ob ich in Clubs gehen würde. Ob ich trinken würde. Er würde mich gerne einmal ausführen. „What do you need for someone to make you happy?“, fuhr er fort. „I would really like to do that. I would really like you to feel belonging.“ Er fragte immer weiter, immer indiskreter, immer intimer, übergriffiger und sexualisierter. Begleitet wurden seine Sätze von vielsagenden Blicken, seiner flüsternden Stimme und seiner damit verbundenen körperlichen Nähe. Die Massivität dieses Übergriffs auf verbaler und körperlicher Ebene lässt sich nur schwer wiedergeben. Ich war so perplex, dass ich manchmal kaum antworten konnte, mir lange Zeit nahm, um nach Worten zu suchen, und Schwierigkeiten hatte, die Situation aufzulösen und die für mich zutiefst unangenehme und unangemessene Nähe, die er herzustellen versuchte, abzuwehren. Meine Irritation, Verunsicherung, mein Unbehagen und mein deutliches Gefühl, dass er eine Grenze überschritten hatte, nahm er jedoch anscheinend auch ohne viele Worte wahr: „I’m sorry – I didn’t want to offend you“, fügte er am Ende der Unterhaltung hinzu.<sup>159</sup> Diese anmaßenden und grenzüberschreitenden Äußerungen trafen mich damals so plötzlich, dass ich wie paralysiert war. In meinem Kopf überlagerten sich verschiedene Erklärungsansätze, zwischen denen ich abzuwägen versuchte. Ich relativierte seine Aussagen, bemühte mich darum, sie einzuordnen im Zwischenraum zwischen verschiedenen kulturellen Ordnungssystemen, und war gerade angesichts des komplexen, (post-)kolonialen Kontextes, in dem sich unsere Begegnung ereignete, zunächst vorsichtig mit einer allzu klaren Deutung. Doch als ich später auf meinem Fahrrad saß und nach Hause fuhr, weinte ich. Erst da spürte ich die Übergriffigkeit, fühlte mich verletztlich. Und ich fühlte mich herausgefordert, nicht bei diesem Empfinden stehen zu bleiben, sondern mich emotional und körperlich zu schützen – auch wenn ich mir rückblickend gewünscht hätte,

---

<sup>159</sup> Feldtagebuch 2013: 15.08.2013.

dass ich eine solche selbstbewusste und mich schützende Reaktion nicht so langsam und spät gezeigt, sondern die Situation viel früher beendet hätte. Ich lehnte die Einladung zum gemeinsamen Tanz, auf die derjenige mich Wochen später noch einmal ansprach, explizit ab und wahrte seitdem eine gewisse Distanz zu ihm.<sup>160</sup>

In diesen verschiedenen Dimensionen, die meine Rolle als weibliche Weiße Forscherin mit sich brachten, zeigt sich für mich eine Komplexität, die sich mir erst im Laufe meiner eigenen Feldforschung eröffnete. Ich war konfrontiert mit großen Emotionen – sowohl bei den betreffenden Männern als auch bei mir selbst. Ich war einerseits bemüht, mich emotional abzugrenzen und meine Rollen – vor allem als Forscherin, Aktivistin und Freundin – transparent zu machen. Doch andererseits war ich auch hier ganz Mensch, mit meinen Emotionen und Affekten involviert. Hinzu kamen kulturelle und sprachliche Unsicherheiten und Missverständnisse, durch die meine Rolle als Frau und als Weiße Frau in mir regelmäßig Fragen aufwarf.<sup>161</sup> Hier zeigt sich erneut eine Lücke in meiner Geschichte mit *Lampedusa in Hamburg*: Ich konnte meine Rolle und das, was ich als Weiße Frau im Feld erlebte, nicht in allen Details verstehen. Es blieben Fragen offen. Meine Erfahrungen erwiesen sich einmal mehr als Fragmente, die bestimmte Zusammenhänge andeutungsweise erkennen ließen, aber keine abschließenden oder gar pauschalen Antworten zu Fragen nach Gender bzw. Sexualität und (Post-)Kolonialität in der Feldforschung gaben. Nur wenige Publikationen beschäftigen sich bislang überhaupt mit den Querverbindungen zwischen Gender bzw. Sexualität und anthropologischer Forschung.<sup>162</sup> Auch wenn es bei Kulick und Willson (1995) bereits anklingt: Umfassende Analysen, die diese Zusammenhänge in (post-)koloniale Kontexte übersetzen und somit die sich überlagernden Involviertheiten von Anthropolog\_innen als gegenderte und (post-)koloniale Subjekte im Detail untersuchen, bleiben ein noch zu erschließendes Forschungsfeld. Umgekehrt gibt es Ansätze, Gender Studies und Postkoloniale Theorien zusammenzudenken,<sup>163</sup> denen bislang jedoch weitestgehend ihre Kontextualisierung in der anthropologischen Praxis, im konkreten Feldforschungsalltag fehlt. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit eroti-

<sup>160</sup> Zum Aspekt sexualisierter Grenzüberschreitungen vgl. auch die vielschichtigen Ausführungen von Jean Gearing (1995) zu ihrer Feldforschung in St. Vincent.

<sup>161</sup> Vgl. Kulick 1995: 7. Siehe dazu auch Kapitel 4.5.1.

<sup>162</sup> Eine bemerkenswerte Ausnahme stellt hier der von Don Kulick und Margaret Willson herausgegebene Band „Taboo. Sex, Identity, and Erotic Subjectivity in Anthropological Fieldwork“ (1995) dar. Die beiden Herausgeber\_innen liefern einen detaillierten Überblick über den damaligen Stand der Forschung und ergänzen ihn gemeinsam mit den Autor\_innen der einzelnen Kapitel um ethnografisch dichte Analysen. Außerdem sei auf die in jüngerer Vergangenheit veröffentlichten Beiträge von Powdermaker 2007, Johnson 2007 und Altork 2007 hingewiesen.

<sup>163</sup> Hier sei auf die Überblicksdarstellung von Dietze 2014 verwiesen.

schen Subjektivitäten in der anthropologischen Feldforschung würde ein enormes Potenzial an Erkenntnissen mit sich bringen. Das lassen auch die von mir angeführten Beispiele vermuten. Ebenso formuliert Don Kulick den damit verbundenen möglichen Erkenntnisgewinn:

„[O]ne of the many types of work it [erotic subjectivity; Anm. BN] can perform is to draw attention to the conditions of its own production. That is, for many anthropologists, desire experienced in the field seems often to provoke questions that otherwise easily remain unasked, or that only get asked in a rarefied manner once back home seated comfortably behind one's computer. The questions are basic, quite uncomfortable ones. They are questions about the validity and meaning of the self-other dichotomy, and about the hierarchies on which anthropological work often seems to depend. They are questions about exploitation, racism, and boundaries.“<sup>164</sup>

Die Fragen, die diese komplexe Thematik aufwirft, sind, wie Kulick hier aufzeigt, gleichermaßen grundlegend und unangenehm. Auch ich habe in dem Zusammenhang ein so ausgeprägtes Unbehagen empfunden, dass ich das Thema in meinem Text zunächst verschweigen wollte. Ich ahnte zwar von Anfang an, dass dieser Versuch scheitern würde, doch erst dadurch und durch mein inneres Ringen stellte ich in aller Deutlichkeit fest, wie wichtig und aufschlussreich der Themenkomplex sein würde. Spätestens in dem Moment, in dem ich mich doch für die bewusste Auseinandersetzung mit meiner Rolle als Weiße Frau entschied, war dies unübersehbar: Ich erinnerte mich mit unglaublicher Intensität an einzelne Situationen, fühlte mich in die Zeit meiner Feldforschung zurückversetzt, schlief ein paar Nächte lang unruhig und traumreich. Es war ein Unbehagen auf unterschiedlichen Ebenen, das mich damals wie heute beschäftigte: ein Unbehagen angesichts der Intimität der Thematik einerseits und der hier besonders deutlich spürbaren Machtverhältnisse und folglich Ungleichheiten, in denen meine Forschung stattfand, andererseits. Hinzu kam der Eindruck, dass hier deutlicher denn je die Nähe, die in meiner teilnehmenden Beobachtung entstand, zum Vorschein kam. Mir stellten sich hier Fragen, die meine Rolle als Forscherin und damit auch meine Forschungsethik betrafen. Damit verbunden empfand ich hier eine besonders hohe Verantwortung, die ich als Forscherin trug und der ich durch mein Verhalten gerecht werden wollte. Wie die vielfältigen Dimensionen der Positioniertheit als Forscher\_in im Zusammenhang mit Gender bzw. Sexualität kulminieren, formuliert auch Don Kulick: „[D]esire in the field seems to be one especially poignant means through which anthropologists become aware of themselves as positioned,

---

<sup>164</sup> Kulick 1995: 5.



partial, knowing selves. This is the case regardless of whether the desiring agent is the anthropologist or someone in the field.“<sup>165</sup>

### 4.3 Leben in der Warteschleife: Die Zeitlichkeit der Grenze

„*We are just waiting.*“  
Abeeku Illah

#### 4.3.1 „We are just waiting. What are we doing here? Just waiting.“<sup>166</sup>

„We are waiting“ war wohl einer der häufigsten Sätze, die ich von *Lampedusa in Hamburg* gehört habe, von unterschiedlichen Gruppenmitgliedern in unterschiedlichen Momenten. Schon in der Anfangsphase des Protests wurden in der Gruppe Stimmen laut, dass der Protest sich lange hinziehe, dass er bereits einen Monat andauere, dass sie alle Geduld bräuchten.<sup>167</sup> Mit fortschreitender Zeit wiederholten sich derartige Bemerkungen. Mein Feldtagebuch ist voll von Notizen zum Thema Warten. Was genau tun Menschen, wenn sie warten? Tun sie nichts? Tun sie, was sie tun wollen? Tun sie, was sie tun müssen? Langweilen sie sich? Sorgen sie sich? Immer wieder beobachtete ich eine wartende Protestbewegung. Oft sah ich ähnliche Szenen, wenn ich mich dem Infozelt am Hauptbahnhof näherte: Jemand saß am Steindamm<sup>168</sup> unter einem Baum, tippte etwas in sein Handy. Später setzte sich ein weiterer Mensch dazu, wobei auch er allein sitzen blieb. Auf der anderen Seite vom Zelt saß eine Gruppe von Menschen, die sich unterhielten. Dazwischen immer wieder auch Einzelne, die nicht in Gespräche vertieft waren. Vor dem Zelt stand jemand mit Kopfhörern. Wir kannten uns nicht. Ein Gespräch kam nicht zustande. Aber wir sagten einander freundlich „Hallo“. Im Zelt gab Gruppensprecher David ein Interview. Eine weitere Person saß schweigend daneben. Später kamen weitere Menschen dazu. Manche brachten Essen mit. Es entstanden Gespräche und Diskussionen.<sup>169</sup> Fast täglich sprach ich mit den Gruppenmitgliedern über ihre aktuelle Situation. Die Frage und Sorge, wie es weiterginge, beschäftigte uns

<sup>165</sup> Ebd.: 18f. Mehr zu meinen unterschiedlichen und widersprüchlichen Positionalitäten im Feld siehe Kapitel 3.2.

<sup>166</sup> Abeeku, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 21.07.2013.

<sup>167</sup> Vgl. Gespräch mit Uro, in: Feldtagebuch 2013: 08.07.2013 sowie Versammlung im *Kolibri*, in: ebd.: 02.06.2013.

<sup>168</sup> Name der Straße in der Nähe des Hamburger Hauptbahnhofs, an der sich das Infozelt befindet.

<sup>169</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 12.07.2013.



Abbildung 12: „Nichtstun“.

alle. Doch die Tatsache, dass sie nichts zu tun hatten, sprachen die Gruppenmitglieder in fast jeder Begegnung an, ohne dass ich nachfragte: „We only sleep and eat. And then we run around or just stay here“<sup>170</sup>, sagte Obed einmal. *Lampedusa in Hamburg* tat vor allem eines: warten. Auf eine Antwort des Hamburger Senats. Auf eine Lösung. Auf eine Zukunft in Hamburg.

Doch die ungewisse Zukunft wirkte stets in die Gegenwart hinein. Die Ungewissheit produzierte das Warten, das so zu einer „ewigen Gegenwart“<sup>171</sup> wurde. Die in dieser Gegenwart ausgelösten und verspürten Affekte lassen sich mit Massumi als Intensitäten wie auch als Potenziale und Hoffnungen begreifen:

„In my own work I use the concept of ‚affect‘ as a way of talking about that margin of manoeuvrability, the ‚where we might be able to go and what we might be able to do‘ in every present situation. I guess ‚affect‘ is the word I use for ‚hope‘. One of the reasons it’s such an important concept for me is because it explains why focusing on the next experimental step rather than the big utopian picture isn’t really settling for less. It’s not exactly going for more, either. It’s more like being right where you are – more intensely.“<sup>172</sup>

<sup>170</sup> Obed, zit. nach: ebd.: 26.07.2013.

<sup>171</sup> Anderson u.a. 2009: 7. Übersetzung BN. Im Original: „eternal present“. Siehe auch Kapitel 2.3.2.

<sup>172</sup> Massumi 2015: 3.

Wie in Kapitel 2.5.2 skizziert, sind Affekte als etwas zu verstehen, das gleichermaßen Bewegungen hervorbringt und durch Bewegungen hervorgerufen wird. In diesem Sinne ist auch Hoffnung – in all ihrer Brüchigkeit – als integraler Bestandteil der (Protest-)Bewegung zu verstehen. Es ist eine Hoffnung, die das Potenzial zu mobilisieren hat, ohne dabei die gegenwärtigen und potenziellen Realitäten aus dem Blick zu verlieren. Sie taucht manchmal als durchlässige Grenze zwischen *Lampedusa in Hamburg*-Mitgliedern und ihren Unterstützer\_innen auf und hält in anderen Momenten die Protestbewegung als Ganzes zusammen. Sie denkt die Ungewissheiten mit und kann jenseits von Optimismus oder Pessimismus in der Gegenwart verortet werden.<sup>173</sup> Affekte als Hoffnungen sind laut Massumi und Anderson die Voraussetzung für jedes Handeln. Sie sind der Impuls, der jedem Handeln vorausgeht:

„Hopefulness, therefore, exemplifies a disposition that provides a dynamic imperative to action in that it enables bodies to go on. As a positive change in the passage of affect it opens the space-time that it emerges from to a renewed feeling of possibility: this is a translation into the body of the affects that move between people in processes of intersubjective transmission to make a ‚space of hope‘. Feeling hopeful, in this case, is characterized by a yearning to live and to experiment as part of the tendency without end that is set in motion as one effect of what Bloch (1986) terms a transpersonal ‚hope that hopes‘.“<sup>174</sup>

In diesem Sinne ist Hoffnung als entscheidender Ausgangspunkt politischen Handelns und damit auch als Motor der Bewegung um *Lampedusa in Hamburg* zu sehen. Gerade die Warteschleife, in der sich die Gruppe befand, erscheint hier sozusagen als Raum der Hoffnung, in dem trotz fehlender, greifbarer Zukunftsperspektiven Handlungsmöglichkeiten imaginiert und praktiziert wurden. So wurde das Warten zu einer aktiven Beschäftigung. Aufgrund ihres Status bzw. ihres Nichtstatus in Hamburg war es den Gruppenmitgliedern zwar nicht erlaubt, zu arbeiten, doch sie arbeiteten dennoch auf ihre Art. Sie verbrachten die Tage mit zahlreichen unbezahlten Tätigkeiten, durch die sie ihren Alltag am Laufen hielten. Wenn ich zu den verschiedenen Unterkünften der Gruppenmitglieder kam, sah ich oft an einer Ecke jemanden, der den Hof fegte, an der nächsten Ecke jemanden, der ganz vertieft und fröhlich pfeifend Fahrräder reparierte, und an der nächsten jemanden, der einem anderen die Haare schnitt. Oder ich fand mich am *Afrikanischen Zentrum* mit Jona beim Geschirrspülen wieder.<sup>175</sup> Und dann war da noch Desmond, der mir regelmäßig mit einem großen blauen Müllbeutel voller Wäsche auf

<sup>173</sup> Vgl. auch Anderson 2006: 733 unter Bezugnahme auf Bloch 1998 (Originaltext: Bloch 1993).

<sup>174</sup> Anderson 2006: 744. Ernst Bloch spricht hier im Original von „hoffende[r] Hoffnung“ (Bloch 1976 [1959]: 1624).

<sup>175</sup> Vgl. z.B. Feldtagebuch 2013: 03.08.2013.

der Schulter entgegen kam. Er kümmerte sich, wie bereits erwähnt, um die Wäsche derjenigen, die in der St. Pauli-Kirche übernachteten. Der Keller des Pastorats war sein Waschsalon.<sup>176</sup> Den anderen Gruppenmitgliedern sei das zu langweilig, erzählte er einmal. Das finde er manchmal auch und doch sei er gleichzeitig froh, dass er etwas zu tun habe.<sup>177</sup> Auch mit verschiedenen kreativen Tätigkeiten verbrachte die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe ihre Zeit: Musik, Theater, Bildende Künste.<sup>178</sup> Als ich mich einmal mit Yanis traf, hatte er noch Farbe an Fingern und Hose. Diesmal hatte er nicht an dem Wandbild in der Hafensstraße, sondern einfach nur so auf Papier gemalt. Er hatte mehrere Bilder fertiggestellt und verschenkt. Es war ein schöner Zeitvertreib für ihn – Malen machte ihm Spaß, das erzählte er immer wieder.<sup>179</sup> An einem anderen Tag saß Jamal an einem versteckten Ort im Kirchgarten von St. Pauli, auf einer Art Lichtung im Gebüsch. Er schnitzte dort eine Skulptur aus Lehm, um ihn herum ein paar Zuschauer, im Hintergrund lief leise Musik. Jamal war gut gelaunt und ganz in seinem Element, die Hände und Lippen lehmverschmiert. „Ein schöner Moment“, notierte ich damals.<sup>180</sup> Hinzu kamen auch bezahlte Arbeiten, die jedoch in illegalisierten und folglich prekarierten Verhältnissen stattfanden. Diese Erwerbstätigkeiten stellten einen Versuch dar, jenseits einer gesetzlichen Legitimierung auf eine Zukunft mit Arbeitserlaubnis hinzuleben und diese praktisch in der Gegenwart einzuläuten. Hoffnung im Sinne Massumis zeigt sich hier als prägendes Element der Protestbewegung und lässt sich so mit *Acts of Citizenship* zusammendenken: Indem Hoffnung Handlungen in der Gegenwart auslöst – und dadurch potenziell neue Hoffnung generiert – und doch über ebendiese Gegenwart hinaus weist, ähnelt sie dem Konzept der *Acts of Citizenship*. Eine so verstandene Bürgerschaft zeigt sich, wie beschrieben, als Bürgerschaft im Werden, die ebenso wie Hoffnung die Grenzen der Gegenwart sprengt und sich doch im konkreten, gegenwärtigen Handeln konstituiert.

Zu hoffen beinhaltete für *Lampedusa in Hamburg* auch den täglichen Versuch, geduldig zu warten und bei aller Ungewissheit nicht verrückt zu werden. „I was going towards madness“, schilderte Obed sein Erlebnis bei einer Informationsveranstaltung über ihre aufenthaltsrechtliche Situation. „I didn't know, it was so complicated.“<sup>181</sup> Ihm blieb nichts anderes übrig, als erst einmal abzuwarten. Um das

<sup>176</sup> Vgl. beispielsweise ebd.: 16.07.2013, 22.08.2013, 23.08.2013, 11.09.2013, 07.10.2013 sowie Interview 10-2013: Gesprächsprotokoll.

<sup>177</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 07.10.2013.

<sup>178</sup> Vgl. z.B. Feldtagebücher 2013 und 2014.

<sup>179</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 23.08.2013.

<sup>180</sup> Ebd.: 04.08.2013.

<sup>181</sup> In: ebd.: 26.07.2013.

Warten auszuhalten, entwickelten die Gruppenmitglieder Rituale.<sup>182</sup> Dazu gehörte für Raymond, einmal am Tag zum Infozelt am Hauptbahnhof zu gehen und den Rest des Tages auf dem Gelände der St. Pauli-Kirche zu verbringen, weil er da „some peace of mind“<sup>183</sup> finde. Jeden Tag versuchte er aufs Neue, die Herausforderung des Wartens zu meistern. Auch die übrigen Gruppenmitglieder bemühten sich, als Protestbewegung so sicht- und hörbar wie möglich zu bleiben und gleichzeitig die Ruhe zu bewahren angesichts des zwangsweisen Wartens. Sie bewegten sich ständig zwischen Hoffen und Sorgen. „Je suis vraiment découragé“<sup>184</sup>, sagte Gibril einmal, als wir lange beisammen saßen und größtenteils schweigend auf den Hafen blickten. „Ça doit finir“, fuhr er fort. „Dormir et manger. C’est tout.“<sup>185</sup> Nein, so wolle er auf Dauer nicht leben. Auch wenn er den Unterstützer\_innen sehr dankbar sei: Es könne nicht sein, dass sie auf Dauer von ihnen abhängig seien. Ähnlich erging es Desmond: Die große Unterstützung machte ihm Mut. Sie seien vorbereitet auf den Winter, weil sie viele Spenden erhalten hätten. Und doch äußerte er in demselben Atemzug Sorge: Draußen und in der Kirche, in der er schlief, sei es zwar im Herbst etwas wärmer geworden, „but who knows, what it will be like in the cold?“<sup>186</sup> Die Ungewissheit blieb eine ständige Begleiterin der Protestbewegung: Wie sollte es werden? Und vor allem: Wie sollte es im Winter werden? Niemand konnte es wissen. Für den Moment konnte die Gruppe lediglich abwarten.

Die *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder waren somit immer wieder auf die Gegenwart zurückgeworfen. Der Zeit-Raum, in dem sie sich befanden, lässt sich mit den Charakteristika der von Zygmunt Bauman konzeptualisierten „flüchtigen Moderne“<sup>187</sup> begreifen. Ihm zufolge

„führt das Ende langfristigen Denkens, Planens und Handelns sowie die Auflösung oder Schwächung sozialer Strukturen, in denen solches Denken, Planen und Handeln auf längere Sicht verankert werden könnte, dazu, dass die politische Geschichte wie auch das Leben jedes Einzelnen zu einer Reihe kurzfristiger Projekte und Episoden aneinandergefügt wird, deren Anzahl im Grunde unendlich ist und die sich keineswegs zu Sequenzen verbinden, die mit Konzepten wie ‚Entwicklung‘, ‚Reifung‘, ‚Karriere‘ oder ‚Fortschritt‘ (die alle eine vorgegebene Abfolge implizieren), angemessen etikettiert wären“<sup>188</sup>.

182 Vgl. auch Geschke 2009 in ihrer an Samuel Becketts „Warten auf Godot“ orientierten Analyse des Wartens, wobei hier im Gegensatz zu *Lampedusa in Hamburg* von sinnentleerten Ritualen die Rede ist (Geschke 2009: 189).

183 Zit. nach: Feldtagebuch 2013: 16.06.2013.

184 Ebd.: 18.10.2013. Übersetzung BN: „Ich bin wirklich entmutigt.“

185 Ebd. Übersetzung BN: „Das muss aufhören. Schlafen und essen. Das ist alles.“

186 Zit. nach: ebd.: 07.10.2013.

187 Bauman 2008: 12. Siehe Kapitel 4.2.1.

188 Bauman 2008: 9f.

Während Baumans Ausführungen sich zunächst auf allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen in der flüchtigen Moderne beziehen, ist das Leben von Geflüchteten in besonderer Weise von solch einer Fragmentierung geprägt, wie auch Bauman selbst hervorhebt. Sie leben in zeitlichen Grensräumen, „hängen fest in einem luftleeren Raum, in dem die Zeit stehengeblieben ist. Sie haben sich weder niedergelassen noch sind sie auf der Durchreise; sie sind weder Sesshafte noch Nomaden“.<sup>189</sup> Diesen Zustand beschreibt Michel Agier als „detestable liminality“<sup>190</sup> in „ungewissen Wartezimmern“<sup>191</sup>, am Rande der Welt, in einem Zwischenbereich, von dem niemand weiß, ob er vorübergehend oder dauerhaft besteht. „Wo sie sich auch niederlassen“, konstatiert Bauman unter Bezugnahme auf Agier, „sie werden sich nie ganz von dem quälenden Gefühl des Übergangs, der Unbestimmtheit und der Vorläufigkeit frei machen können.“<sup>192</sup> Darauf folgend stellt er die Eigenschaften von Lagern für Geflüchtete dar, die auf die Lebenssituation von *Lampedusa in Hamburg* ebenso zutreffen, auch wenn die Gruppenmitglieder nicht in einem klassischen Lager lebten. Er beschreibt

„eine ‚erstarrte Vergänglichkeit‘, einen dauerhaft provisorischen Zustand, eine Zeit, die sich aus Einzelmomenten zusammensetzt, von denen keiner als Bestandteil der Dauerhaftigkeit durchlebt wird oder gar als Beitrag dazu. Langfristige Entwicklungen und deren Konsequenzen liegen für Bewohner von Flüchtlingslagern außerhalb ihres Erfahrungsbereichs. Bewohner von Flüchtlingslagern leben, buchstäblich, von Tag zu Tag, und das Bewusstsein, dass Tage sich zu Monaten und Jahren zusammenfügen, findet in die Abläufe des Alltags keinen Eingang. [...] Die Dauerhaftigkeit der Übergangslösung; die Haltbarkeit des Provisorischen; die objektive Determiniertheit, die sich nicht in dem subjektiven Empfinden widerspiegelt, dass Handlungen Folgen haben; das permanente Fehlen einer ausreichend definierten sozialen Rolle (oder besser das Hineingeworfensein in den Fluss des Lebens ohne den Anker einer sozialen Rolle); diese und verwandte Aspekte des Lebens in der flüchtigen Moderne sind allesamt von Michel Agier aufgedeckt und dokumentiert worden.“<sup>193</sup>

Die Liminalität von Grensräumen steht exemplarisch für Lebenswirklichkeiten in der flüchtigen Moderne. So wirft Bauman die Frage auf, ob nicht gerade Lager für Geflüchtete als Laboratorien dienen können, „in denen (möglicherweise ohne Absicht, aber deshalb nicht weniger nachdrücklich) die neue, ‚dauerhaft provisorische‘ Lebensform der flüchtigen Moderne getestet und erprobt wird“<sup>194</sup>. Analog dazu stellt sich die Frage, inwiefern der Alltag der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe und der um sie herum entstandenen Netzwerke Aufschluss geben kann über das

<sup>189</sup> Ebd.: 71.

<sup>190</sup> Agier 2008: 62.

<sup>191</sup> Ebd. Übersetzung BN. Im Original: „vague waiting-rooms“.

<sup>192</sup> Bauman 2008: 59f.

<sup>193</sup> Ebd.: 71ff. unter Bezugnahme auf Agier 2008.

<sup>194</sup> Ebd.

gegenwärtige urbane Zusammenleben im Allgemeinen. Auf die Hinweise, die die Protestbewegung somit über Zusammenhänge jenseits von Grenträumen liefern könnte, werde ich in Kapitel 6.4 noch näher eingehen.



Abbildung 13: Wäscheleine in der Warteschleife.

#### 4.3.2 Warten als Aktivität?

So sehr die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe zum Warten gezwungen war, handelte es sich doch auch, wie oben beschrieben, um einen aktiven Prozess.<sup>195</sup> Ihr Alltag bestand daher nicht bloß aus Stillstand. Das hatte mitunter rein praktische Gründe: Dort, wo sie nachts schliefen, fanden tagsüber Veranstaltungen statt, tranken Studierende Kaffee, wurden Feste gefeiert. Der Alltag der Einzelpersonen, WGs, Initiativen, Hausprojekte oder Kirchengemeinden, die die Schlafplätze zur Verfügung stellten, ging weiter. Es blieb stets spürbar, dass die Unterkünfte lediglich Notlösungen darstellten, die nicht auf Dauer angelegt waren. Sie dauerten zwar dennoch lange an, weil der Gruppe weiterhin der offiziell zugesprochene Status

<sup>195</sup> Hier sei zudem auf Billy Ehn und Orvar Löfgren verwiesen, die mit ihrer Ethnografie „Nichtstun“ (2012) eine ausführliche Analyse dessen liefern, was geschieht, wenn nichts zu geschehen scheint – in „der Welt der Übergangszonen, Zwischenzeiten, Pausen, den Momenten des Wartens und der Unentschiedenheit“ (Ehn/Löfgren 2012: 10).

fehlte, der ihnen erlaubt hätte, eigenständig in Hamburg zu wohnen. Ihre Unterbringung blieb dadurch aber nicht minder provisorisch und entsprach somit den von Michel Agier formulierten dauerhaften Provisorien.<sup>196</sup> Als ich einmal in der St. Pauli-Kirche war, unterhielt ich mich mit Yanis. Wir waren zunächst in der Kirche und sahen in der Mitte bunte Sitzkissen aus Filz liegen. Yanis vermutete, dass später „les enfants“ – also die Kinder – kommen würden. Das sei immer so, wenn die bunten Kissen dort im Kreis lägen. Und er behielt Recht: Wenig später, als ich immer noch in der Kirche und mit Clement im Gespräch war, mussten wir den Raum plötzlich verlassen. Pastor Martin Paulekun kam mit einer Gitarre in der Hand herein und sagte, er bräuchte mal kurz die Kirche „für die Kinder“<sup>197</sup>. Es waren diejenigen aus dem benachbarten Kindergarten, die regelmäßig zum Kinderprogramm in die Kirche kamen. An anderen Tagen waren es Trauungen oder Beerdigungen, für die die Kirche gebraucht wurde. Für die dort übernachtenden *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder war der Effekt der gleiche: Sie mussten jeden Morgen ihre Matratzen samt Bettzeug zusammen rollen und auf der Empore verstauen, die Kirche putzen und alles in den üblichen Zustand zurück versetzen.<sup>198</sup> Selbst der Wartezustand, in dem die Gruppe sich befand, war daher nicht geprägt von Nichtstun oder gar Ruhe oder Kontinuität. Es blieb alles in Bewegung, wenn auch in einer kreisförmigen, sich ständig wiederholenden. Diese Warteschleifen galten für Alltagstätigkeiten, zu denen nicht zuletzt auch die sich ständig wiederholenden, jede Nacht notwendigen Nachtschichten am Infozelt gehörten, wie auch für die regelmäßig wiederkehrenden Demonstrationen und sonstigen Veranstaltungen, die *Lampedusa in Hamburg* organisierte. So unterschiedlich die Veranstaltungsformate und ihre Adressat\_innen gewesen sein mögen: Die Forderungen und Ziele der Gruppe blieben im Wesentlichen dieselben. Sie hatte von vornherein gewusst, wofür sie kämpfte und wurde nicht müde, dies wie in einer Dauerschleife immer wieder zu äußern. *Lampedusa in Hamburg* befand sich in einem von Widersprüchen gekennzeichneten Zwischenraum, in dem (staats-)politischer Stillstand und (bewegungs-)politische Aktion, Wiederholungen und Diskontinuitäten, Aktivität und fehlender Fortschritt koexistierten und sich gegenseitig bedingten. Sie befanden sich in einem Zustand der „split temporality“<sup>199</sup>, wie Sandro Mezzadra es formuliert. Er bezieht seinen Terminus der „gespaltenen Zeitlichkeit“<sup>200</sup> beispielsweise auf die Gleichzeitigkeit von Verhandlung und Aufbegehren, von Aushalten

<sup>196</sup> Vgl. Bauman 2008 sowie Agier 2008.

<sup>197</sup> Zit. nach: Felddtagebuch 2013: 11.09.2013.

<sup>198</sup> Vgl. z.B. NDR: Schiffbruch auf St. Pauli, in: Transkribierte Audio- und Videomaterialien 2013–2015: 04.12.2013 sowie Andreas A., in: Schwarzer/A. 2013.

<sup>199</sup> Mezzadra, zit. nach: Garelli/Tazzioli 2013: 318.

<sup>200</sup> Übersetzung BN.



und Widerstand. Er illustriert seine Konzeption von gespaltener Zeitlichkeit am Beispiel von Lagern für Geflüchtete:

„What I am talking about is *not* a double temporality: let's first reform the detention centre and then, at a later time, we'll close them. It is a *split* temporality in the sense that you are yourself split in the moment in which you negotiate with the municipality in the city where you are living about the conditions of detention in the centre and in the very same moment you are struggling for the abolition of detention.“<sup>201</sup>

Schließlich zeigen sich in den (Un-)Möglichkeiten, wie die Gruppenmitglieder „ihre“ Zeit verbringen konnten, auch die Machtverhältnisse, in denen sie sich bewegten. Mussten sie tagsüber ihre Unterkünfte räumen, spiegelte sich darin ihre Abhängigkeit von denjenigen wider, die ihnen die Unterkünfte zur Verfügung stellten. Nicht zuletzt ist die grundsätzliche Tatsache, dass sie zum Warten gezwungen waren und somit nicht frei über Zeit verfügen konnten, ein Ausdruck fehlender Macht und Freiheit. Auf den Zusammenhang von Temporalität und Macht werde ich im Folgenden genauer eingehen.

#### 4.3.3 Zeit, Macht, Grenze: Wenn die Warteschleife zum Gefängnis wird

„I like to be free! I like to be free to go anywhere, any part of Europe. I don't want to just sit in one place as a prisoner.“<sup>202</sup> Desmond brachte es auf den Punkt: Die Warteschleife, in der die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe wochen-, monate- und inzwischen jahrelang verweilen musste, wurde schon damals zum Gefängnis. Sie mussten warten und durften in dieser Zeit nicht in Hamburg leben, arbeiten, tun, was zu einem vermeintlich normalen Alltag dazugehört. Was ihnen fehlte, war schlicht und ergreifend Freiheit – Freiheit zu wohnen, zu arbeiten, sich zu bewegen, sich selbst zu versorgen, zu leben. In einem der vielen Gespräche, in denen Abeeku und ich uns darüber austauschten, ob es Neuigkeiten gäbe, kamen wir wieder einmal zu dem Schluss, dass die Gruppe noch weiter warten müsse. Wie man Menschen so lange warten und im Ungewissen lassen konnte, war Abeeku ein Rätsel. „Every human has a soul“, sagte er. „Even politicians need to put their mind to rest and enjoy. That's what holidays are for. But there's no holiday here. It's a prison. There's no power to do anything.“<sup>203</sup> Indem sie *Lampedusa in Hamburg* warten ließen, übten die politischen Verantwortungsträger\_innen Macht aus.

<sup>201</sup> Mezzadra, zit. nach: Garelli/Tazzioli 2013: 318.

<sup>202</sup> Desmond, in: Interview 10-2013.

<sup>203</sup> Zit. nach: Feldtagebuch 2013: 23.08.2013.

Je länger sie die Gruppe ohne Antwort und ohne Versorgung ließen, desto deutlicher wurde diese Macht und desto schwieriger wurde es für die Gruppe, ihren Protest aufrecht zu erhalten. Auch Unterstützer\_innen benannten, wie der Hamburger Senat Zeit als Machtmittel einsetzte.

„Also, das Aussitzen – auch – der Politik hat uns total erstaunt“, erzählte Pastor Sieghard Wilm. Sein Kollege Martin Paulekun nickte zustimmend. „Dass wir nämlich die ersten – ich glaube – sieben Wochen *nichts* – aber auch *gar nichts* – gehört haben. Es gab keine politische Reaktion. Und zwar hat der Senat – so war unser Eindruck – die Sache so ausgesessen nach dem Motto: ‚Die St. Pauli-Kirche, die wird schon irgendwann einknicken. Die wird das nicht können, das wird sich chaotisieren und die werden das nicht leisten können.‘ Und das ist natürlich zynisch.“<sup>204</sup>

Der Hamburger Senat übte Macht aus, indem er Zeit verstreichen ließ, indem er die Kräfte der Protestbewegung und ihrer Unterstützer\_innen auf die Probe stellte.

Auch hier zeigt sich Zeit als entscheidende Dimension europäischer Grenzen. Wie Engin Isin betont, sind „Orte“ oder „Schauplätze“<sup>205</sup> nicht rein räumlich zu verstehen, sondern als zugleich temporale und temporäre Entitäten: „To put it another way, sites are places or locations only insofar as social or political struggles invest these places or locations with strategic values or meanings expressed symbolically or materially. [...] Thus sites are always both temporal and temporary.“<sup>206</sup> Die zeitlichen Dimensionen der Grenze haben, wie bereits beschrieben, enorme Auswirkungen auf das Leben derer, die versuchen, sie zu überwinden. Das oben skizzierte „Aussitzen“ eines politischen Konflikts wird ebenso wie die zeitliche Begrenzung von Aufenthaltstiteln als Element einer machtvollen, staatlichen Strategie eingesetzt, um verunsicherte Verhältnisse zu schaffen und Menschen so in bleibende Abhängigkeiten zu drängen. Wie in Kapitel 2.4.3 bereits erwähnt, stellten beispielsweise die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE. in der Hamburgischen Bürgerschaft Anfang Juni 2013 einen Antrag auf ein „Hamburger Moratorium“ für die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe.<sup>207</sup> Sie forderten darin ein mindestens sechsmonatiges Bleiberecht für *Lampedusa in Hamburg*, um dadurch „den Raum zu öffnen für die Suche nach einer Lösung, die den Flüchtlingen und ihrem Anspruch auf die Wahrung der Menschenrechte gerecht wird und die nach der Rechtslage und nach der Rechtsprechung möglich ist“<sup>208</sup>. Doch der

<sup>204</sup> In: Interview 22-2014.

<sup>205</sup> Übersetzung BN. Im Original: „sites“ (Isin 2013: 34).

<sup>206</sup> Isin 2013: 34.

<sup>207</sup> Vgl. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013b.

<sup>208</sup> Ebd.: 4735.

SPD-geführte Hamburger Senat lehnte ab.<sup>209</sup> Er sandte damit ein klares politisches Signal und verhinderte, dass die Gruppe auch nur die minimale Sicherheit eines sechsmonatigen Moratoriums erhalten hätte. Die Praxis der Verunsicherung und Prekarisierung erweist sich hier als wirkungsvolles Machtmittel, das eng verknüpft ist mit dem Faktor Zeit. Dass die Gruppe aufgrund ihres Protests dennoch viel länger als sechs Monate in Hamburg blieb, war nicht nur dem Senat ein Dorn im Auge. Auch die CDU-Fraktion stellte im August 2015 sowie im Januar 2016 Schriftliche Kleine Anfragen an den Senat, in dem sie die Ausreise der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe forderte.<sup>210</sup> *Lampedusa in Hamburg* hielt weiterhin aus, wartete weiterhin ab. Warten beinhaltet hier ein politisches Moment, das sich nicht nur als Regierungstechnik staatlicher Akteur\_innen, sondern auch als eine Form des Widerstands äußert. Über die performativen und öffentlichkeitswirksamen Formen des Protests hinaus wird das Warten von *Lampedusa in Hamburg* hier zum *Act of Citizenship*, durch den sich die Gruppe das Bleiben in Hamburg erkämpft.

In der Temporalität der Grenze liegen auch transnationale Dimensionen, die insbesondere in ihren Auswirkungen auf familiäre Beziehungen Ausdruck finden. Während der Zeit des Wartens auf eine Perspektive schreitet das Leben selbst voran, wie Anderson u.a. nachdrücklich aufzeigen:

„Time, however, does not stop: relatives may die without being visited, children become too old to be granted the right to be with parents and carers, opportunities are missed. Such consequences have intensified as states have fortified their territorial borders and curtailed the ability of people to move out of national states in which they live their lives as ‚illegals‘. There has been an important and largely unrecognized shift by states to exert greater control over these temporal aspects of mobility, in particular through the encouragement of temporary worker programs and the ever increasing obstacles to citizenship.“<sup>211</sup>

Manche Gruppenmitglieder konnten aufgrund ihrer prekären Lebenssituation über Monate und Jahre nicht mit ihren Familien sprechen.<sup>212</sup> Andere hatten zwar regelmäßigen Kontakt, berichteten aber davon, wie sehr sich ihre Familien um sie sorgten.<sup>213</sup> Als ich Desmond einmal vorsichtig fragte, ob er mit seiner Familie in Kontakt sei, antwortete er: „Sometimes.“ Und noch einer kurzen Pause wiederholte er: „Sometimes.“ Er versuchte zu lächeln, doch seine Mundwinkel begannen zu

<sup>209</sup> Dass das Moratorium jedoch in der Altonaer Bezirksversammlung von den Fraktionen CDU, DIE LINKE., FDP und Bündnis 90/Die Grünen unterstützt wurde, sei an dieser Stelle angemerkt (vgl. ALTONA.INFO Digitale Zeitung 2013).

<sup>210</sup> Vgl. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2015b und 2016.

<sup>211</sup> Anderson u.a. 2009: 7.

<sup>212</sup> Vgl. z.B. Abeekus Schilderung, in: Felddagebuch 2014: 08.01.2014.

<sup>213</sup> Vgl. z.B. Gespräche mit Gibril, in: Felddagebuch 2013: 18.10.2013 und mit Desmond, in: ebd.: 07.10.2013.

zucken und seine Augen wurden glasig.<sup>214</sup> An einem anderen Tag fragte ich ihn, ob er zu einem der Deutschkurse ginge, die von Unterstützer\_innen angeboten wurden. Nein, Deutsch hatte er bisher nicht gelernt. Das Leben als Wartender hinderte ihn daran: „I will learn German, when it’s all okay, but why learn a language if they send me back?“ Er wäre sogar trotzdem gern hingegangen, konnte aber nicht lernen: „My mind is always in Africa.“ Und er ergänzte: „I always have to think of my mother and I haven’t heard from her for so long.“<sup>215</sup> Auch für andere Gruppenmitglieder war die Frage nach Zukunftsperspektiven und das Warten auf ein Ankommen in Hamburg eng verknüpft mit ihren Familien, die sie zurückgelassen hatten. An einem Vormittag im August 2013 unterhielt ich mich eine Weile mit Abeeku über die zurückliegende große Demonstration, über ihre bis dahin ausbleibenden, greifbaren Nachwirkungen, über seinen Termin in einer Rechtsberatungsstelle, über dieses und jenes. Er hatte Zettel und Stift vor sich liegen, zeichnete nebenbei ein paar Dinge. Und während er über etwas Anderes sprach, schrieb er die Worte: „*Hello* Dear Mama, how are you doing.“ Er schrieb langsam und deutlich, ohne das Geschriebene zu kommentieren. Später begann er noch einmal, dieselben Worte auf seinen Zettel zu schreiben. Dabei erzählte er weiter von den Fragen, die ihn umtrieben – vor allem von der bleibenden, großen Frage, wie es nun weiterginge.<sup>216</sup> Das Leben im Transit spielte sich irgendwo zwischen dem Herkunftsland, den Beziehungen zu oder Erinnerungen an die eigene Familie und der ungewissen Zukunft ab. Ein Ankommen war hier nicht möglich. Die Gruppe war politisch und körperlich in Bewegung, musste aber gleichzeitig in einem Grenzraum verharren, im Dazwischen, weder dort noch hier.

Eine weitere zeitliche Dimension der Protestbewegung zeigte sich in ihrer Momenhaftigkeit und in Koinzidenzen. Immer wieder geschahen Ereignisse, die unvorhersehbar und nicht kalkulierbar gewesen waren, die aber entscheidenden Einfluss auf den Protest und/oder die öffentliche Aufmerksamkeit, die er auslöste, hatten. Letztere verstärkte sich beispielsweise, als Papst Franziskus im Juli 2013 Lampedusa besuchte<sup>217</sup> oder auf tragische Weise auch, als im Oktober 2013 über 400 Menschen innerhalb weniger Tage vor Lampedusa ertranken.<sup>218</sup> Wie willkürlich und unberechenbar dieses öffentliche Interesse ist und wie groß die Variationen aufgrund der tagespolitischen Situation sein können, zeigt nicht zuletzt die

<sup>214</sup> Vgl. ebd.: 07.10.2013.

<sup>215</sup> In: ebd.: 29.08.2013.

<sup>216</sup> Ebd.: 23.08.2013.

<sup>217</sup> Vgl. Der Heilige Stuhl. Papst Franziskus 2013. Zahlreiche Medien berichteten. Vgl. dazu beispielsweise Spiegel Online 2013a und Frankfurter Allgemeine Zeitung 2013.

<sup>218</sup> Vgl. Watch the Med 2013a und 2013b. Vgl. dazu auch Sieghard Wilms Schilderungen von der Präsenz von Journalist\_innen an der St. Pauli-Kirche, in: Interview 22-2014.

Tatsache, dass in den Medien inzwischen verhältnismäßig wenig Notiz davon genommen wird, wenn Hunderte Menschen im Mittelmeer ertrinken. Mit der wachsenden Zahl derer, die im Jahr 2015 in Europa angekommen sind, relativieren sich in der medialen Darstellung offensichtlich die Zahlen der Opfer, die die europäische Migrationspolitik und die dadurch geschaffenen lebensgefährlichen Wege fordern.<sup>219</sup> Umso deutlicher zeigt sich hier jedoch, dass die Protestbewegung in spezifischen Momenten mit spezifischen Konstellationen von Akteur\_innen und Situationen stattfand, die maßgeblichen Einfluss darauf hatten, welche Reaktionen der Protest hervorrief. Die Gleichzeitigkeit mit anderen Ereignissen und ihrer medialen Verarbeitung brachte den Protest manches Mal voran. Die Bewegung lebte also mitunter von überraschenden Ereignissen, die sie nicht hätte einplanen können und auf die sie nur möglichst schnell reagieren konnte, um ihren politischen Protest zu unterstreichen. So veranstaltete *Lampedusa in Hamburg* am 6. November 2013 als Reaktion auf die über 400 Todesfälle auf dem Mittelmeer eine Gedenkstunde vor dem Hamburger Rathaus.<sup>220</sup> Damit verlieh sie ihren politischen Forderungen besonderen Nachdruck. Einmal mehr wurde deutlich, dass die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe nicht nur für sich selbst, sondern im Kontext einer europäischen Migrationspolitik, die regelmäßig Menschenleben kostete, für ihre eigenen wie auch für die Rechte vieler anderer ankommender Menschen kämpfte.

---

<sup>219</sup> Im Jahr 2016 war die Zahl der Toten im Mittelmeer so hoch wie nie zuvor: Über 5 000 Menschen kamen bei dem Versuch, nach Europa zu gelangen, ums Leben (vgl. International Organization for Migration (IOM) 2017).

<sup>220</sup> Vgl. *Lampedusa in Hamburg* 2013r.

## 4.4 Alltägliche Rassismen: Wechselwirkungen von Rassismus und Neoliberalismus

„*Parce que je suis noir.*“  
Adrien Oku

### 4.4.1 Strukturelle Rassismen

„Deutschland ist hart!“, sagte Nana im Interview im März 2014. Ich fragte nach, was genau sie damit meinte. Daraufhin erläuterte sie den Hintergrund ihrer These:

„Das Leben ist hier hart. [Die], die jetzt gekommen sind, die werden sowieso ganz ganz unten anfangen und vielleicht sogar ganz unten bleiben. Und dann wird es hart sein. Dann werden sie Schwierigkeiten haben, Wohnungen zu finden, weil Leute meinen, sie wollen ihre Wohnung nicht an Afrikaner vermieten. Sie werden Schwierigkeiten [haben], Jobs zu haben, weil sie keine schulischen Zeugnisse haben, und Tellerwäscher und Müllmänner bleiben.“<sup>221</sup>

Nana sprach aus eigener Erfahrung. Was sie als Härte beschrieb, sind rassistische Realitäten, mit denen sie im Laufe ihres Lebens schon häufig konfrontiert worden ist. In ihren Ausführungen weist sie auf strukturelle Rassismen hin, die – nicht nur – in Deutschland in offensichtlichen und versteckten Formen vorkommen.<sup>222</sup> Dabei geht es nicht um individuelle, persönliche Überzeugungen – so z.B. ob etwas „nicht böse gemeint“<sup>223</sup> ist –, sondern um Rassismen, die eingeschrieben sind in Sprache und Praktiken des Alltags. Sie sind so selbstverständlich, dass viele Weiße sie nicht einmal für Rassismus halten – oder halten wollen.<sup>224</sup> Die Nutzung von Begriffen wie Rechtsextremismus oder Fremdenfeindlichkeit anstelle des Begriffs Rassismus sowie die Ignoranz oder aktive Leugnung von Rassismus sind in Deutschland gängige Muster, um rassistische Diskriminierungen unsichtbar zu machen.<sup>225</sup> Dennoch zeigt sich Rassismus alltäglich, ganz greifbar, in spezifischen Ereignissen. Weitere solcher rassistischen Erfahrungen schilderte Nana im Laufe des Interviews immer wieder: dass sie oft einfach so gedutzt werde und Menschen ihr dementsprechend nicht mit Respekt, auf Augenhöhe, als erwachsenem Menschen begegneten; dass Menschen sie oft nicht als Deutsche wahrnehmen würden

<sup>221</sup> Nana, in: Interview 15-2014.

<sup>222</sup> Ich beziehe mich zwar auf das Beispiel Deutschland und insbesondere Hamburg, folge aber einem Verständnis von Rassismus als transnationalem Phänomen, auch wenn dessen konkrete Ausprägungen in verschiedenen Ländern durchaus unterschiedlich aussehen können (vgl. Balibar, in: Balibar und Wallerstein (Hg.) 1992: 23ff.).

<sup>223</sup> Nana, in: Interview 15-2014.

<sup>224</sup> Vgl. dazu Sow 2009.

<sup>225</sup> Vgl. Attia 2014: 11.

und deshalb konsequent Englisch statt Deutsch mit ihr sprächen, selbst wenn sie akzentfrei auf Deutsch antwortete.<sup>226</sup> Da Rassismus in konkreten gesellschaftlichen Zusammenhängen unterschiedliche Formen annimmt, spreche ich im Folgenden immer wieder von Rassismen statt von Rassismus. So sollen die Vielfalt der rassistischen Diskurse und Praktiken und ihre historisch-spezifischen Ausformungen in den jeweiligen sozialen Verhältnissen hervorgehoben werden.<sup>227</sup> Grundsätzlich verstehe ich Rassismus mit Stuart Hall als

„soziale Praxis, bei der körperliche Merkmale zur Klassifizierung bestimmter Bevölkerungsgruppen benutzt werden, etwa wenn man die Bevölkerung nicht in Arme und Reiche, sondern z.B. in Weiße und Schwarze einteilt. Kurz gesagt, in rassistischen Diskursen funktionieren körperliche Merkmale als Bedeutungsträger, als Zeichen innerhalb eines Diskurses der Differenz.“<sup>228</sup>

Dieser Diskurs bildet die Basis eines „rassistische[n] Klassifikationssystem[s]“<sup>229</sup>. Dessen Funktionsweise führt Hall weiter aus: „Wenn dieses Klassifikationssystem dazu dient, soziale, politische und ökonomische Praxen zu begründen, die bestimmte Gruppen vom Zugang zu materiellen oder symbolischen Ressourcen ausschließen, dann handelt es sich um rassistische Praxen.“<sup>230</sup> Rassismen sind somit grundsätzlich eng verknüpft mit Machtverhältnissen bzw. Machtstrategien. Ihr Ziel ist der beschriebene Ausschluss bestimmter Gruppen von bestimmten Ressourcen, wie beispielsweise Bildung, Gesundheit, Wohnen oder Arbeit. Doch, wie Annita Kalpaka und Nora Rätzhel es formulieren: „Nur wenn die Gruppe, die eine andere als minderwertige ‚Rasse‘ konstruiert, auch die Macht hat, diese Konstruktion durchzusetzen, kann von Rassismus gesprochen werden.“<sup>231</sup> Diese Machtverhältnisse und rassialisierenden Konstruktionen sind historisch gewachsen und als Resultat jahrhundertelanger Prozesse zu verstehen. Susan Arndt stellt fest:

„Jede Historisierung des Rassismus muss bei der Antike ansetzen, da bereits die Theorie zur Sklaverei von Aristoteles auf der Grundannahme basiert, Menschen ließen sich nach biologischen Kriterien unterteilen, was wiederum Rückschlüsse auf mentale Verfasstheiten und eine Hierarchisierung von Kulturen und Religionen erlauben würde.“<sup>232</sup>

In den Eroberungen, Kolonisierungen und Ausbeutungen des globalen Nordens gegenüber den Ländern des globalen Südens seit dem 16. Jahrhundert setzen

<sup>226</sup> Nana, in: Interview 15-2014.

<sup>227</sup> Vgl. beispielsweise Balibar 1992.

<sup>228</sup> Hall 2000: 7.

<sup>229</sup> Ebd.

<sup>230</sup> Ebd.

<sup>231</sup> Kalpaka/Rätzhel, in: dies. (Hg.) 1990: 14.

<sup>232</sup> Arndt, in: Arndt/Ofuatey-Alazard (Hg.) 2011: 39.

sich diese rassialisierenden Praxen und die damit verbundenen Ausschlussprozesse fort.<sup>233</sup> Ihre logische Grundlage bilden „rassialisierende Otheringprozesse“<sup>234</sup>, durch die Menschen aufgrund von Kategorien wie „Rasse“, Kultur, Ethnie und/oder Religion zu Anderen, zu Fremden, zu Nichtzugehörigen gemacht werden. Welche Diskurse als Wissen durchgesetzt werden, welche Positionalitäten zu dieser Durchsetzung führen und ob es zu einer Institutionalisierung der Diskurse in Form von Regeln oder Gesetzen kommt, wird in machtvollen Prozessen entschieden.<sup>235</sup> Dadurch wird immer wieder neu das Verhältnis zwischen *uns* und *den Anderen* festgelegt. Dabei ist das verbindende Element von Rassismen die dadurch vorgenommene Homogenisierung („alle gleich“), Essenzialisierung („weil ihre Natur so ist“) und Dichotomisierung („ganz anders als wir“) von Menschen.<sup>236</sup> Auf diese Weise werden unterschiedliche Lebensrealitäten zwischen den Marginalisierten und den Profiteur\_innen des Klassifikationssystems geschaffen.<sup>237</sup>

#### 4.4.2 „Neoliberale Rassismen“ und „rassialisierter Neoliberalismus“<sup>238</sup>

Auch der Protest von *Lampedusa in Hamburg* lieferte zahlreiche Beispiele für solche strukturellen Rassismen, durch die die Gruppenmitglieder systematisch diskriminiert wurden. Immer wieder schilderten sie mir ihre Erfahrungen. Es war ein Dienstagvormittag im Juni 2013, an dem ich mit Adrien verabredet war, um ein bisschen Bambara zu lernen, seine Muttersprache. Wir trafen uns an der St. Pauli-Kirche und setzten uns, um Ruhe zum Lernen zu haben, auf die Treppe am *Park Fiction*. Vor dem Hafenpanorama brachte Adrien mir mit viel Geduld einige Wörter bei. Später unterhielten wir uns weiter auf Französisch. Adrien begann von sich aus, dieses und jenes zu erzählen. Es ging zunächst um den Rassismus, den er in Italien erlebt hatte. Er berichtete, wie er seinen Job verlor, nachdem er schon vorher kein Geld für seine Arbeit bekommen hatte – „parce que je suis noir“<sup>239</sup>, sagte er. Immer wieder war dies seine Erklärung für die erfahrene Ungleichbehandlung und Diskriminierung im Alltag: „Weil ich Schwarz bin.“<sup>240</sup> Auch in Deutschland

<sup>233</sup> Vgl. beispielsweise Kalpaka/Räthzel, in: dies. (Hg.) 1990: 14 und Rommelspacher 2011: 46. Zur geschichtlichen Entwicklung von Rassismen vgl. auch Allen 1998.

<sup>234</sup> Attia 2014: 9.

<sup>235</sup> Vgl. z.B. Attia 2014 wie auch Broden/Mecheril 2010b.

<sup>236</sup> Attia 2014: 9.

<sup>237</sup> Vgl. Karakayalı/Tsianos 2014: 36f.

<sup>238</sup> Übersetzung BN. Im Original: „neoliberal racisms“ bzw. „racial neoliberalism“ (Lentin/Titley 2011: 160 und 165).

<sup>239</sup> Adrien, zit. nach: Felddagebuch 2013: 11.06.2013.

<sup>240</sup> Übersetzung BN.



erlebte er derartige Ausschlüsse. Er hätte gern wieder gearbeitet und ärgerte sich darüber, wie sinnlos es sei, dass sie – die Mitglieder der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe – hier nicht arbeiten dürften. „Wenn wir arbeiten dürften, würden wir Steuern bezahlen“, sagte Adrien sinngemäß. „Aber so bezahlt ihr alles!“<sup>241</sup> Adrien hatte in der Vergangenheit bereits auf dem Bau gearbeitet. Das würde er auch hier gern wieder tun. Aber er durfte nicht. Darin, dass er gesamtgesellschaftliche, ökonomische Aspekte – Steuern vs. ökonomische Belastung aufgrund von *Hilfeleistungen* – als Argumentationsgrundlage wählte, lässt sich unter anderem das Paradox neoliberaler Gouvernementalität lesen, also: der Rationalität bzw. Technik neoliberalen Regierens. Gouvernementalität umfasst nach Foucault nicht nur die Regierungstechnik des Staats, sondern auch die „Regierung des Selbst“<sup>242</sup>. Im Zusammenhang mit neoliberaler Gouvernementalität werden so vermeintlich freie Subjekte konstruiert, die ihr eigenes Handeln anhand von Kosten und Nutzen beurteilen. Wie Alana Lentin und Gavan Titley in ihren Analysen des „Rassismus in einem neoliberalen Zeitalter“<sup>243</sup> aufzeigen, gehört zu dieser Logik beispielsweise auch, dass Individuen möglichst zeigen sollen, dass sie aktiv dazu beitragen, der Allgemeinheit nicht zur Last zu fallen.<sup>244</sup> Diese Dynamiken „neoliberaler Rassismen“ bzw. des „rassialisierten Neoliberalismus“<sup>245</sup> wurden im Protest von *Lampedusa in Hamburg* immer wieder deutlich. Sie zeigten sich zum einen als Regierungstechnik des Staats – in diesem Fall: des Hamburger Senats –, der beispielsweise stets auf die Kosten der Versorgung der Gruppenmitglieder hinwies und damit die fehlende ökonomische Verwertbarkeit der Subjekte beklagte.<sup>246</sup> Zum anderen kam auch die neoliberale Regierung des Selbst immer wieder zum Ausdruck, wie meine Gespräche mit Adrien und zahlreichen anderen Gruppenmitgliedern sowie die Argumentation der Gruppe im Zusammenhang mit dem Projekt *Lampedusa in Hamburg Professions* beispielhaft verdeutlichen.<sup>247</sup> Darin betonten sie immer wieder, dass sie „hard-working guys“<sup>248</sup> seien, dass sie arbeiten könnten und wollten, dass sie sich selbst versorgen und nicht auf Kosten der Steuerzahler\_innen hier leben wollten. Eine andere Dimension neoliberalen Rassismus zeigte sich in der Darstellung der Gruppenmitglieder als „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „Arbeitsmi-

241 Sinngemäße Übersetzung BN. Vgl. Feldtagebuch 2013: 11.06.2013.

242 Foucault 2012.

243 Lentin/Titley 2011. Übersetzung BN. Im Original trägt der betreffende Band den Untertitel „Racism in a Neoliberal Age“.

244 Vgl. ebd.: 163.

245 Übersetzung BN. Im Original: „neoliberal racism“ bzw. „racial neoliberalism“ (Lentin/Titley 2011: 160 und 165).

246 Vgl. z.B. Scholz 2014.

247 Vgl. Feldtagebücher 2013 und 2014 sowie Kapitel 6.2.2.

248 Omri, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 28.05.2013.

granten“.<sup>249</sup> In diesem Fall wurden sie zwar als arbeitende Menschen gelabelt, doch gerade damit wurde wiederum ihr Ausschluss begründet. Als „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „Arbeitsmigranten“ fehlte ihnen die Legitimierung, diesseits der Grenzen zu leben. Auch hier wird deutlich, dass Grenzen mitnichten auf einen Ort beschränkt sind, sondern überall dort entstehen, wo ausgegrenzte und rassialisierte Menschen sind: „The border is everywhere, and because, as A. Sivanandan reminds us, the subjects of xeno-racism wear their passports on their faces, the border follows them.“<sup>250</sup> In der Aufrechterhaltung der Grenzen zeigt sich der rassialisierte Neoliberalismus als effektive Möglichkeit, Grenzen, Rechte, Bürgerschaft und die Regierbarkeit der Menschen miteinander zu verbinden:

„Dabei erfordert die Abstufung von Rechten ein engmaschiges Monitoring der unterschiedlichen ausländerrechtlichen Statusgruppen und die Herstellung permanenter ‚Grenzsituationen‘. Städtische Ämter und Behörden, aber auch private Dienstleister in den Städten und Nachbarschaften werden dazu angehalten, Ausweis- und Aufenthaltspapiere permanent zu überprüfen, um festzustellen, wer welche Leistungen und Güter in Anspruch nehmen darf und wer nicht; citizenship und (Grenz-)Kontrolle werden untrennbar miteinander verknüpft (Lebuhn 2012).“<sup>251</sup>

Durch die enge Verknüpfung von Rassismen und Neoliberalismus ergibt sich eine notwendige Verbindung von Rassismuskritik und Kapitalismuskritik, wie Verena Namberger vorschlägt. Sie regt an,

„Rassismuskritik wieder verstärkt mit einer Gesellschaftskritik an gegenwärtigen kapitalistischen (Krisen-)Verhältnissen, Neoliberalismus und den materiellen Lebensbedingungen und täglichen Erfahrungen der Menschen zu verbinden und ‚Rasse‘ als Effekt und Gegenstand fortdauernder Kämpfe um soziale und ökonomische Gerechtigkeit zu analysieren“<sup>252</sup>.

Auch Stuart Hall weist darauf hin, dass Rassismus eine „andere Geschichte des Kapitalismus“ sichtbar mache, nämlich

„nicht die Geschichte der bürgerlichen Revolution in Europa, die den Kapitalismus aus den feudalen Strukturen geschaffen hat, sondern den Kapitalismus der Eroberungen, des Weltmarktes, der Besetzung der Peripherien, des Imperialismus. Denn genau dort, wo die expandierende Herrschaft des kapitalistischen Imperiums auf andere ‚Rassen‘ getroffen ist, hat sich der Rassismus als eine Form der Ausschließungspraxis entwickelt.“<sup>253</sup>

Rassismus lässt sich somit genauso wenig ohne Kapitalismus denken wie sich Kapitalismus ohne Rassismus denken lässt. Wie sehr rassistische Ausschlüsse mit öko-

<sup>249</sup> So auch durch Bürgermeister Olaf Scholz, in: Scholz 2014.

<sup>250</sup> Lentin/Titley 2011: 165f unter Bezugnahme auf Sivanandan 2003.

<sup>251</sup> Hess/Lebuhn 2014: 19.

<sup>252</sup> Namberger 2013: 147.

<sup>253</sup> Hall 2000: 10.

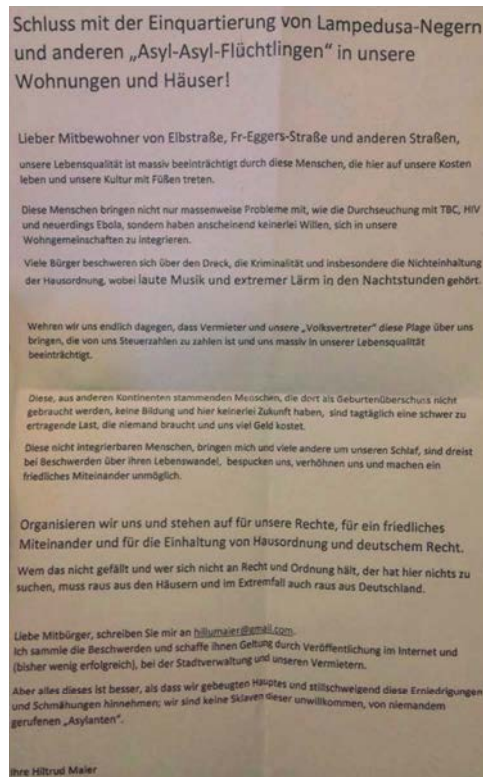


Abbildung 14: Aushang von „Hiltrud Maier“.

nomistischen Logiken verwoben sind, wurde auch in offenkundig rassistischen Äußerungen gegen *Lampedusa in Hamburg* deutlich, die einzelne Menschen in die Öffentlichkeit trugen. Sie nannten sich „Hiltrud Maier“ und „Armin Schmidt“. <sup>254</sup> Sie waren beileibe nicht die Einzigen, die die Protestbewegung mit rassistischen Parolen diffamierten. Doch sie taten es in besonders plastischer Weise. „Herr Schmidt“ startete eine Onlinepetition an die Innenbehörde der Stadt Hamburg, in der er die „sofortige Abschiebung der sich illegal in Hamburg aufhaltenden

<sup>254</sup> Die Tatsache, dass beide Namen – vor allem *Nachnamen* – trugen, die in Deutschland weit verbreitet sind und in der Umgangssprache oft als *typisch deutsche* Namen auftauchen, lässt mich vermuten, dass es sich dabei um Pseudonyme handelte. Dadurch unterstrichen beide ihre Zugehörigkeit als *Deutsche* und sorgten durch die Anonymisierung gleichzeitig dafür, dass sie unerkant blieben und die strafbaren Handlungen, die sie begingen (vgl. § 130 Absatz 1 StGB: „Volksverhetzung“ (Bundesrepublik Deutschland 2017 [1998]), nicht geahndet werden konnten.

Lampedusa-Flüchtlingen [sic]<sup>255</sup> forderte. In seine Petition auf [www.change.org](http://www.change.org) hatte er ein Bild mit dem Schriftzug „Das Boot ist voll! Schluss mit Asylbetrug“ eingebettet. In einer Nachricht an die E-Mail-Adresse von *Lampedusa in Hamburg* schrieb er, dass er „gegen Asylmissbrauch durch Afrikaner, die in ihrer Heimat Ghana u. Westafrika nicht verfolgt werden“, sei und dass Deutschland „nicht länger das Sozialamt für Afrika spielen“ dürfe. Er echauffierte sich darüber, dass „die Hamburger Lampedusa-Scheinasyllanten“ eine eigene Homepage hätten – „wie krass ist das denn...“ – und kam zu dem schlichten Schluss: „Armutsfüchtlinge haben weder eine Homepage, geschweige denn Mobiltelefone“ und vermutete, dass sie „als Gaddafi-Söldner sehr gut verdient“ hätten.<sup>256</sup> Seine Behauptungen entsprachen in keiner Weise den Tatsachen, verknüpften Kriminalität und Migration kausal und pauschal miteinander, bedienten Stereotypen und rassistische Schuldzuschreibungen gegenüber als anders oder fremd konstruierten Menschen und waren – das sei nur am Rande bemerkt – in fehlerreichem Deutsch geschrieben. Selbiges galt für die von ihm formulierte Petition. Als Reaktion auf den von ihm als illegal bezeichneten Aufenthalt der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe drohte er damit, ab sofort Gegendemonstrationen zu organisieren und gegen die Gruppe zu mobilisieren. Er forderte die Lesenden dazu auf, die Gruppenmitglieder telefonisch zu kontaktieren und sie bei ihren Demonstrationen „freundschaftlich‘ [zu] begleiten“<sup>257</sup>. Sowohl seine E-Mail als auch seine Petition wirkten wie eine einzige Drohgebärde, die anscheinend ohne weitere Resonanz im weltweiten Netz versickerte. „Hiltrud Maier“ veröffentlichte ihre Drohungen in Form von Aushängen bzw. Flugblättern, die sie in Briefkästen in Wedel, westlich von Hamburg, verteilte. Auch ihre Äußerungen waren von grammatikalischen Fehlern durchzogen und von einem aggressiven Tonfall geprägt. „Schluss mit der Einquartierung von Lampedusa-Negern und anderen ‚Asyl-Asyl-Flüchtlingen‘ [sic] in unsere Wohnungen und Häuser!“, lautete die Überschrift ihres Pamphlets.<sup>258</sup> Sie versuchte, ihre Nachbarschaft gegen „diese Menschen, die hier auf unsere Kosten leben und unse-

<sup>255</sup> Vgl. Schmidt 2013: 03.12.2013.

<sup>256</sup> Zit. nach: E-Mail-Verteiler [*Lampedusa in Hamburg*]: 03.12.2013.

<sup>257</sup> Zit. nach: ebd.

<sup>258</sup> Maier 2014. Mit der Bezeichnung der Gruppenmitglieder als „Neger“ verwendet „Frau Maier“ ein Wort, das die jahrhundertelange Geschichte systematischer Diskriminierungen Schwarzer Menschen widerspiegelt. Seinen etymologischen Ursprung hat der Begriff im lateinischen *niger*, dem spanischen und portugiesischen *negro* und dem französischen *nègre*, das sich jeweils mit „schwarz“ übersetzen lässt. Diese „Farbbezeichnung“ bildet die Grundlage für rassialisierende Konstruktionen: „Aus der simplen Farbbezeichnung wurde ein rassifizierendes, sich sprachübergreifend etablierendes Konzept, als im Zuge des kolonialen Großmachtstrebens europäische Mächte Millionen Afrikaner\_innen versklavten und zur Legitimierung ihrer Gewaltexzesse den Mythos einer Existenz von ‚Rassen‘ kreierten. Da-

re Kultur mit Füßen treten“, zu mobilisieren, warnte vor der „Durchseuchung mit TBC, HIV und neuerdings Ebola“, die von der Gruppe ausginge und beschwerte sich über deren fehlenden „Willen, sich in unsere Wohngemeinschaften zu integrieren“. Angeblich beschwerten sich Menschen über ihren „Dreck, die Kriminalität und insbesondere die Nichteinhaltung der Hausordnung, wobei [sic] laute Musik und extremer Lärm in den Nachtstunden gehört“. Wie auch „Herr Schmidt“ beklagte sie, dass das alles „von uns Steuerzahlern zu zahlen“ sei. Sie bezeichnete die Gruppenmitglieder als „Geburtenüberschuss“, der in den Herkunftsländern „nicht gebraucht“ werde – hier jedoch, so „Frau Maier“, auch nicht. Auch sie rief dazu auf, sich zu organisieren, Beschwerden zur Veröffentlichung und Weiterleitung an Stadtverwaltung und Vermieter\_innen an sie zu schicken und gemeinsam aufzustehen „für unsere Rechte, für ein friedliches Miteinander und für die Einhaltung von Hausordnung und deutschem Recht“. Auch ihre Aussagen entbehrten jeder sachlichen Grundlage und waren eine lose Sammlung gängiger Vorurteile und rassistischer Anschuldigungen. Der Staatsschutz ermittelte damals.<sup>259</sup> Von „Hiltrud Maier“ und „Armin Schmidt“ hörte ich nie wieder. Ihre Drohungen scheinen keine allzu weiten Kreise gezogen zu haben – zumindest keine sichtbaren. Wie viele Sympathisant\_innen sie dennoch für ihre Äußerungen fanden und wie weit verbreitet ihre Überzeugungen waren bzw. sind, bleibt offen. „Hiltrud Maier“ und „Armin Schmidt“ verwendeten eine Vielzahl von Vorurteilen, lieferten plakative Beispiele für rassistischen Sprachgebrauch und fühlten sich in besonderer Weise durch die Anderen in ihrer Sicherheit, Gesundheit wie auch ihrer ökonomischen Existenz bedroht. Ihre Äußerungen spiegeln unterschiedliche rassistische Diskurse wider, stehen jedoch in besonderer Weise für eine radikale Ausformung neoliberaler Rassismen. Aus der Herkunft der *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder folgern „Hiltrud Maier“ und „Armin Schmidt“ deren Nichtzugehörigkeit, deren Ausschluss von ökonomischen und sozialen Ressourcen wie Wohnraum oder Nachbarschaft wie auch die Notwendigkeit, dass Deutschland die Menschen als „Sozialamt“ versorgen müsse – und genau das gelte es ihrer Meinung nach unbedingt zu vermeiden. Rassialisierte Menschen werden durch ihren Ausschluss entweder unsichtbar gemacht – z.B. indem sie illegalisiert werden und das Nichtauffallen somit zur zentralen Überlebensstrategie wird – oder sie werden – wie in der Wahrnehmung von „Frau Maier“ und „Herrn Schmidt“ – als diejenigen konstruiert, die überall seien und eine ständige Bedrohung von Sicherheit, Ordnung und Ökonomie darstellten. Wie Lentin und Titley treffend zusammenfassen: „The racialized are either nowhere, and thus insignificant and ultimately disposable, or irritatingly

---

bei wurde ‚Hautfarbe‘ zu einer prominenten Erklärungsgrundlage für damit einhergehende biologistische Konstrukte“ (Arndt 2011: 653).

259 Vgl. Wedel-Schulauer Tageblatt 2014: 15.10.2014.

everywhere and thus requiring management. It is this balance between disposability and management which structures racial neoliberalism.“<sup>260</sup>

#### 4.4.3 Rassismuskritik nach dem *material* bzw. *affective turn*

Auch Sprecher David ging im Interview im Juli 2013 auf rassistische Diskriminierungen ein, die er hier in Deutschland erlebte und beobachtete. Er erwähnte die Kolonialgeschichte Deutschlands und den Rassismus, den er bis heute hier sah und selbst zu spüren bekam. Als Beispiel nannte er die restriktiven Gesetze für Geflüchtete – z.B. die Residenzpflicht, durch die Menschen keine Bewegungsfreiheit haben und bis zu einer Gesetzesänderung 2015 oftmals jahrelang an einem Ort bleiben mussten.<sup>261</sup> Das sei erbärmlich.<sup>262</sup> Wenige Tage zuvor hatte der Sprecher Asuquo Udo ebenfalls das Thema „Rassismus“ in einem Radiointerview aufgebracht. Er kommentierte, dass Europäer\_innen und Deutsche seinem Eindruck nach oft Angst hätten, Menschen mit „schwarzer Haut“<sup>263</sup> wären aggressiv: „If anybody is afraid of black skin, that may be specific, because these are the things these Europeans or the Germans, they are afraid of – I mean: Blacks or Africans, they are aggressive – it is *not true!*“ Er selbst lebe schließlich mit Deutschen zusammen: „And *they* enjoy *my* company, I enjoy *their* company.“<sup>264</sup> Auch hier zeigt sich Rassismus als Diskurs der Differenz, der auf der Vorstellung einer homogenen, essenzialisierten, dichotomisierten Gruppe von „Afrikaner\_innen“ beruht. Asuquo deutet mit seinem Verweis auf „schwarze Haut“ auf die körperlichen Dimensionen von Rassismen hin. Körper stellen eine wichtige Grundlage für eine differenzierte Analyse und Kritik von Rassismus dar. So argumentiert beispielsweise Verena Namberger, dass auch Rassismuskritik an den *material turn* bzw. *affective turn* anknüpfen müsse, um umfassende Analysen zu liefern. Der *material* bzw. *affective turn* wurde insbesondere von feministischen Theoretiker\_innen vorangetrieben, die die mit dem *linguistic turn* einhergehende Vernachlässigung der materiellen Existenz des Körpers kritisierten, durch die die sprachliche und symbolische Ebene und somit auch die Diskurse über den Körper meist wichtiger wurden als der Körper selbst. Wie Namberger zusammenfasst:

„So waren es zum einen Feminist\*innen, welche die metaphorische Verknüpfung von Körper, Affekten und Emotionen mit dem weiblichen Prinzip (vgl. Merchant

<sup>260</sup> Lentin/Titley 2011: 175.

<sup>261</sup> Vgl. Bundesministerium des Innern (BMI) 2015.

<sup>262</sup> Vgl. Interview 1-2013.

<sup>263</sup> Übersetzung BN. Im Original: „black skin“.

<sup>264</sup> Udo, in: Radiointerview mit FSK, zit. nach: Transkribierte Audiomaterialien 2013–2015: 02.07.2013.

1987; Plumwood 1996) sowie den rassialisierten ‚Anderen‘ (vgl. Alaimo 2008: 239; Tuana 1996: 54f.) und die damit einhergehende abwertende Abgrenzung zum Ideal der männlichen, *Weiß*en Ratio in der ‚westlichen‘ Denktradition und Ideengeschichte herausgearbeitet haben.“<sup>265</sup>

Im Anschluss an Deleuze und Guattari wie auch an Latour geht Namberger dabei von einem fluiden und kontingenten Körper als *Assemblage* aus, der als „fluide[r] Knotenpunkt prä-individueller, menschlicher und nicht-menschlicher, diskursiver und materieller Kräfte und als Effekt zirkulierender Affekte“ zu verstehen sei. Wichtig sei demnach nicht, „was ein Körper *ist*, sondern was er in einem konkreten zeit-räumlichen Kontext zu tun vermag (vgl. Deleuze/Guattari [1980] 1987: 257f; Latour 2004)“<sup>266</sup>. Gerade hier liegt die entscheidende Verbindung zwischen Rassismen und Affekten: Rassialisierung lässt sich demnach „im Sinne einer körperlichen Materialisierung von ‚Rasse‘“ verstehen, „als Verringerung (bzw. Erhöhung) der Handlungsfähigkeit oder affektiven Kapazitäten eines Körpers“<sup>267</sup>. Die Fähigkeit, zu affizieren und affiziert zu werden, wird Menschen durch rassistische Zuschreibungen abgesprochen, indem sie stattdessen als minderwertige, weniger befähigte Wesen dargestellt oder faktisch daran gehindert werden, ihre affektiven Kapazitäten zu entfalten. Die *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder hingegen wehrten sich durch die in den Kapiteln 2.5 und 4.1 eingehend beschriebenen Affizierungen gegen rassistische Ausschlüsse, durch die ihnen beispielsweise das Recht zu bleiben und das Recht für sich zu sprechen hätte verwehrt werden sollen. Die durch Rassismen produzierte Trennung zwischen Menschen, die dazugehören, und Menschen, die ausgeschlossen werden, ist und bleibt jedoch die paradoxe Grundlage jeglicher Kämpfe gegen ebendiese Trennung. Um es mit Juliane Karakayalı und Vassilis Tsianos zu formulieren:

„Einerseits werden die Teilungslinien, die der Rassismus in die Gesellschaft einzieht, zum konstitutiven Ausgangspunkt der Politik gegen den Rassismus; andererseits kann rassistische Diskriminierung nur dann thematisiert werden, wenn das Kriterium, entlang dessen der rassistische Ausschluss erfolgt, benannt wird. Hannah Arendt brachte es zur berühmten Formel: ‚dass man sich immer nur als das wehren kann, als was man angegriffen ist‘.“<sup>268</sup>

In diesem Widerspruch zeigt sich auch die enge Verbindung und durchlässige Grenze zwischen antirassistischen und Anti-Viktimisierungs-Kämpfen<sup>269</sup>. *Lampedusa in*

<sup>265</sup> Namberger 2013: 135f.

<sup>266</sup> Ebd.: 143f.

<sup>267</sup> Ebd.: 144.

<sup>268</sup> Karakayalı/Tsianos 2014: 38 unter Bezugnahme auf Arendt 1960: 30.

<sup>269</sup> Siehe auch meine Ausführungen zu Viktimisierungen und widerständigen Reaktionen darauf in Kapitel 2.1.4.

*Hamburg* begehrt auf gegen rassistische Diskriminierungen, greift dabei aber die Mittel ebendieser Rassismen auf: ihre Rolle als *Opfer*, ihre Prekarisierung, ihren fehlenden Rechtsstatus.

Über die Dimension der Affekte hinaus lässt sich durch den Einbezug körperlicher Dimensionen laut Namberger die Vielschichtigkeit und parallele Wirkmächtigkeit unterschiedlicher Formen von Rassismus greifen sowie „die Mehrdimensionalität des Körpers als materielles, diskursives, affektives und technologisches Phänomen berücksichtigen“<sup>270</sup>. Wie sich verschiedene Rassismen materialisieren, lässt sich somit im Fall der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe beispielsweise daran aufzeigen, wie ihre Mitglieder aufgrund phänotypischer, äußerer Merkmale an nationalen Grenzen und in der Stadt Hamburg gezielt Personenkontrollen unterzogen wurden, wie an ihren Körpern digitalisierte Technologien der Grenze<sup>271</sup> in Form von erkennungsdienstlichen Maßnahmen etc. wirksam wurden – und wie durch diese rassialisierenden Praktiken ihr Handlungsvermögen in Form ihrer Bewegungsfreiheit radikal eingeschränkt wurde.<sup>272</sup> Die Ebene des Körpers eignet sich somit vor allem dafür zu zeigen, wie sich rassialisierende Praxen an lebendigen Menschen konkretisieren.

Dass Rassismen ein prägendes Element des Alltags von *Lampedusa in Hamburg* waren, ging nicht zuletzt aus zahlreichen Gesprächen mit den Gruppenmitgliedern hervor. Sie erzählten mir regelmäßig von rassistischen Diskriminierungen, die sie selbst erlebt oder bei anderen miterlebt hatten.<sup>273</sup> Darüber hinaus kamen rassistische Zuschreibungen gegen Mitglieder von *Lampedusa in Hamburg* auch in unmittelbaren Reaktionen zum Ausdruck, die manche Unterstützer\_innen auf ihr Engagement erhielten. So berichtete beispielsweise Sieghard Wilm, Pastor der St. Pauli-Kirche, von „ganz fromme[n] Vorwürfe[n]: Wir hätten den Raum entheiligt. All solche Sachen. [...] Wir haben natürlich auch viel gelernt über innerkirchlichen Rassismus. Nicht nur von außen.“ Ich fragte nach: „Wurde das konkretisiert, wie ihr den Raum entheiligt habt?“ Und Sieghard Wilm antwortete: „Ja: Muslime sind in der Kirche.“<sup>274</sup> Es folgte ein kurzes Schweigen in unserer Interviewrunde. Wir waren einen Augenblick lang sprachlos. Erneut zeigt sich Rassismus hier als Diskurs der Differenz, dessen logische Folge Ausschlussprozesse sind. Musli-

<sup>270</sup> Namberger 2013: 144.

<sup>271</sup> Zum Zusammenhang zwischen digitalisierten und verkörperten Grenzen sei insbesondere auf Kuster/Tsianos 2013 und 2016 verwiesen.

<sup>272</sup> Auf polizeiliche Personenkontrollen als prägnantes Beispiel für institutionalisierten Rassismus werde ich in Kapitel 5.2.3 näher eingehen.

<sup>273</sup> Vgl. z.B. mein Gespräch mit John am Infozelt, in: Feldtagebuch 2013: 12.07.2013; David, in: Interview 1-2013; Gespräche mit Benjamin, wie etwa am Infozelt, vgl. Feldtagebuch 2013: 09.07.2013.

<sup>274</sup> In: Interview 22-2014.



me gehören nach dieser Logik nicht in eine Kirche. Muslime gehören nach dieser Logik, so lässt sich der Gedanke fortsetzen, nicht nach Deutschland. Eine solche Sicht auf die Gesellschaft in Deutschland ignoriert und leugnet die jahrhundertelange Geschichte von Migrationen, die Deutschland längst zu einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft gemacht haben. Wer Muslime als *Fremde* konstruiert, lässt sich von dem Bild einer imaginierten kulturellen und religiösen Homogenität auf Kosten gesellschaftlicher Realitäten täuschen. In der zitierten Äußerung zeigt sich eine Lücke, die es Stück für Stück zu schließen gilt. Sie ist ein Hinweis auf die von Stuart Hall formulierte zentrale Aufgabe Europas: zu lernen, mit Unterschieden zu leben:

„Mit Unterschieden leben“, das lässt sich einfach sagen, aber für die heutigen europäischen Gesellschaften ist es die schwerste Sache der Welt, praktisch mit Unterschieden zu leben. Denn es bedeutet, fähig zu werden zu einer Gemeinschaft, die es nicht nötig hat, alle anderen zu vernichten, um sie selbst zu sein. In der Sprache des Rassismus sind alle anderen ethnische Gruppen, und es geht jetzt darum, ob weiße Europäer es lernen können, eine ethnische Gruppe unter anderen zu sein.“<sup>275</sup>

#### 4.5 Sprachen schaffen Wirklichkeiten<sup>276</sup>: Sprachen, Macht und Medien als Elemente des Protests

„When you're gone, people talk in their languages and you don't understand.“  
Abeeku Illah

##### 4.5.1 Sprache als „machtvoll handeln“<sup>277</sup>

Jona fand es anstrengend: Sein Weg hatte in den letzten Jahren viele Sprachen mit sich gebracht. Er hatte in Nigeria Englisch, in Libyen Arabisch, in Italien Italienisch gelernt und begann nun in Deutschland, Deutsch zu lernen. Die vielen Sprachen in seinem Kopf bereiteten ihm langsam Mühe.<sup>278</sup> Offiziell durfte die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe an keinem Deutschkurs teilnehmen. Kein Status – kein

<sup>275</sup> Hall 2000: 16.

<sup>276</sup> Mit dieser Formulierung knüpfe ich an Ludwig Wittgensteins Überlegungen in seinem „Tractatus logico-philosophicus“ an. Dort erörtert er, wie Sprache Wirklichkeit schafft, und bringt diese These beispielsweise in der prägnanten Formulierung: „Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt“ (Wittgenstein 1984: 67; Tractatus logico-philosophicus: 5.6) auf den Punkt.

<sup>277</sup> Arndt/Hornscheidt 2009 [2004]: 24.

<sup>278</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 25.08.2013.

Sprachkurs. Der fehlende Zugang zu Bildung war Teil ihrer prekären Lebenssituation. Doch zahlreiche Unterstützer\_innen boten unentgeltlich Kurse an. Und so lernten die Gruppenmitglieder nach und nach Deutsch. Die Kurse, die an verschiedenen Orten über ganz Hamburg verteilt stattfanden, gehörten zum Alltag vieler Gruppenmitglieder. Das Deutschlernen gehörte auch zu meinem Alltag mit *Lampedusa in Hamburg*. Im Laufe der Zeit begannen immer mehr Gruppenmitglieder, mich zwischendurch auf Deutsch anzusprechen, mitten in einer Unterhaltung auf Französisch ins Deutsche zu wechseln oder mich zu fragen, wie man dieses oder jenes Wort ausspreche.<sup>279</sup> Über die Deutschkurse hinaus nutzten viele ihre persönlichen Kontakte, um weiter Deutsch zu lernen. Einmal traf ich Desmond zufällig in der Stadtteilbücherei: Als ich gerade auf dem Weg nach Hause war, kam er mir mit einer freundlichen älteren Dame entgegen, die ihm regelmäßig beim Deutschlernen half. Wir freuten uns beide über das überraschende Wiedersehen. Wie so oft begegneten wir uns in unseren jeweiligen Alltags, vor der Haustür, in der Nachbarschaft.<sup>280</sup> Wie wichtig es für die Gruppe war, Deutsch zu lernen, betonte David schon zu Beginn des Protests. Viele würden sich in Deutschland sehr wohlfühlen, hätten Beziehungen geknüpft und wollten deshalb auch gern in Deutschland bleiben. Und dafür sei es wichtig, dass sie die deutsche Sprache lernten.<sup>281</sup> Mit dem Spracherwerb verfolgten viele Gruppenmitglieder somit das Ziel, hier in Deutschland zurechtzukommen und unabhängiger zu werden.<sup>282</sup>

Bis die Gruppenmitglieder Deutsch gelernt hatten, war – und ist bis heute – das Dolmetschen und Übersetzen in verschiedene Sprachen ein selbstverständlicher Bestandteil des Protests. Bei den gemeinsamen Plena besprachen wir stets zuerst, in welcher Sprache wir unser Treffen abhalten würden. Oft sprachen wir Englisch und übersetzten zwischendurch ins Deutsche. Manchmal war es umgekehrt. Selten sprachen wir sowohl Deutsch als auch Englisch und Französisch. Auch Veranstaltungen wie Pressekonferenzen fanden immer mehrsprachig statt. Die Frage, wer in welcher Sprache sprechen würde, wer dolmetschen würde und wieviel Zeit dafür

<sup>279</sup> Vgl. v.a. ebd., z.B. 04.08.2013 im Gespräch mit Yanis und Azar.

<sup>280</sup> Vgl. Feldtagebuch 2014: 14.01.2014.

<sup>281</sup> Vgl. David, in: Interview 1-2013.

<sup>282</sup> Darüber hinaus lässt sich der Spracherwerb auch als Teil einer Strategie begreifen, durch die die Gruppenmitglieder den allgegenwärtigen Integrationsimperativ erfüllten und sich dadurch längerfristig eine zusätzliche Chance eröffneten, in Deutschland zu bleiben. Der Erfolg dieser Strategie zeigte sich beispielsweise in den ersten positiven Entscheidungen der Härtefallkommission im Jahr 2016 (siehe dazu auch Kapitel 5.4.2). Für eine solche Entscheidung der Härtefallkommission sind die nachgewiesenen „Integrationsleistungen“ oftmals eines der ausschlaggebenden Kriterien (vgl. Schwantner 2012). Kritische Reflexionen zum Konzept der Integration finden sich beispielsweise in dem von Hess, Binder und Moser herausgegebenen Sammelband „No integration?!“ (2009).

eingepplant werden müsste, gehörte zu allen Veranstaltungsvorbereitungen dazu. Die organisatorischen Herausforderungen, die dies mit sich brachte, ließen sich nicht immer ohne ein gewisses Maß an Chaos oder Unruhe meistern.<sup>283</sup> Außerdem gelang es längst nicht immer, alles vollständig in alle vereinbarten Sprachen zu übersetzen. Bei den regelmäßigen Treffen von *Lampedusa in Hamburg* im *Afrikanischen Zentrum* wurde beispielsweise in der Regel Englisch gesprochen und ins Französische gedolmetscht. Allerdings gingen dabei immer wieder wichtige Informationen verloren. Ich notierte bei einem der Treffen, dass eine Unterstützerin diverse Informationen auf Englisch bekannt gab, darunter auch der Hinweis auf ein geplantes Treffen mit Vertreter\_innen der Innenbehörde am 07.08.2013. Dazu sagte sie u.a. sinngemäß: „It doesn't mean, there will be a decision after that, but [...] it is a sign that they feel the pressure.“ Diese Informationen bezüglich des politischen Prozesses waren wichtig für alle. Nur so konnten sie auf dem aktuellen Stand bleiben und gemeinsam Strategien weiterentwickeln. Die französische Übersetzung begann jedoch erst später. Die Information bezüglich des anstehenden Treffens mit der Innenbehörde wurde nicht übersetzt. Am Ende wusste also nur ein Bruchteil der Gruppe über den tatsächlichen Stand des politischen Prozesses Bescheid.<sup>284</sup> Sprache wurde so zum Ausschlusskriterium für Informationen über den Protest und umso mehr für die aktive Beteiligung daran. Nur wer verstand, konnte sich eine eigene Meinung bilden und den Protest eigenständig mitgestalten.<sup>285</sup> Mit der Mehrsprachigkeit tauchten somit mehrere grundsätzliche Phänomene und Herausforderungen auf. Übersetzen bedeutet immer auch Interpretieren – das zeigt nicht zuletzt auch das englische Wort für „Dolmetscher\_in“ an: „interpreter“. Längst wird in den *Translation Studies* darauf hingewiesen, dass Übersetzen weit über das traditionelle Verständnis hinausgehe, nach dem es lediglich „the replacement of text in a source language by text in a target language *equivalent* in meaning“<sup>286</sup> sei. Vielmehr wird Übersetzung in ihrer Komplexität und Kontextualität analysiert und an sich als politischer Akt begriffen.<sup>287</sup> Jenseits eines rein linguistischen Verständnisses von Übersetzung wird diese so in ihrer politisch-historischen Situiertheit betrachtet. Bereits seit den 1990er-Jahren hat sich der Fokus der *Translation Studies* dementsprechend verschoben von Fragen textueller Differenz hin zu

283 Vgl. z.B. Notizen von der *Lampedusa in Hamburg*-Pressekonferenz im *Polittbüro* am 19.06.2013, in: Feldtagebuch 2013.

284 Vgl. ebd.: 03.08.2013.

285 Vgl. beispielweise Feldtagebuch 2013 sowie Interview 4-2013.

286 Müller 2007: 207.

287 Vgl. z.B. Baker 2006, Gentzler 2002, Tymoczko 2000, Venuti 1998 sowie Yajima/Toyosaki 2015.



Abbildung 15: Alltag mit Wörterbüchern.

„questions to do with cultural difference, including racial, ethnic, gender or sexual difference. This is because the questions that are now asked by theory no longer have to do with a priori conditions of translatability, but with a posteriori ideological and cultural factors that affect not just translation, but also the translator.“<sup>288</sup>

Wird Übersetzung als politischer Akt begriffen, rückt also auch der/die Übersetzer\_in und damit ihre Positioniertheit in den Blick – oder wie Peter Newmark es in Bezug auf die Übersetzung von politischen Texten formuliert: „[T]he translator’s neutrality is a myth [...].“<sup>289</sup> Übersetzung zeigt sich in diesem Sinne als vielschichtiger Prozess, in dem der Person der Übersetzerin oder des Übersetzers eine entscheidende, machtvollere Rolle zukommt: Sie legt fest, was und wie und wie genau sie in eine andere Sprache übersetzt. Ihr politisches Hintergrundwissen sowie ihr

<sup>288</sup> Kuhlczak/Littau, in: dies. (Hg.) 2007: 5.

<sup>289</sup> Newmark 1991: 161. An dieser Stelle sei auch auf Christina Schäffner hingewiesen, die sich in ihren Übersetzungsstudien mit politischem Text im Kontext staatlicher – oder wie sie formuliert: institutioneller – Politik beschäftigt. Damit meint sie sowohl gesprochenen als auch geschriebenen Text, der beispielsweise in Parlamentsdebatten oder Reden von Politiker\_innen entsteht (vgl. Schäffner 2007: 143). Meines Erachtens lassen sich ihre Analysen ebenso auf Texte, die in aktivistischen Kontexten entstehen, übertragen.

Verständnis und ihre Interpretation der sprachlichen Mittel von politischem Text wie z.B. politischem Jargon, Euphemismen, Metaphern, Neologismen, Akronymen oder Kollokationen entscheiden darüber, wie sie die zu übersetzenden Zusammenhänge auffasst und in der anderen Sprache rekonstruiert.<sup>290</sup> Wie politisch Übersetzung ist, zeigte sich so z.B. auch im Zusammenhang mit einem Treffen zwischen *Lampedusa in Hamburg*-Gruppensprechern, Unterstützer\_innen und Vertreter\_innen von Innenbehörde und Kirche, bei dem sich an der Frage, wer sich für die Übersetzung eigne, eine ausgeprägte Debatte entzündete. An der Tatsache, dass die Gruppe sich explizit eine professionelle Dolmetscherin wünschte, die bisher nicht in den politischen Protest involviert war, zeigte sich die politische Brisanz der Übersetzungsfrage und die unbedingte Notwendigkeit sprachlicher Exaktheit.<sup>291</sup>

Doch trotz der Bemühungen um Übersetzungen war es im Protest von *Lampedusa in Hamburg* unmöglich, dass wirklich alle Gruppenmitglieder gleichberechtigt verstehen und sich beteiligen konnten. Die einzigen Sprachen, in denen bei größeren Versammlungen überhaupt gesprochen wurde, waren die früheren Kolonialsprachen. Und so konnten immer nur diejenigen mitreden, die überhaupt über die entsprechenden Sprachkenntnisse verfügten. Sowohl der Prozess des Dolmetschens und Übersetzens als auch die Präsenz der Kolonialsprachen weisen in aller Deutlichkeit darauf hin: Sprache ist Macht. Sie ist zunächst ein Symptom bestehender – in diesem Fall: (post-)kolonialer – Machtverhältnisse.<sup>292</sup> Sie ist im Sinne Pierre Bourdieus als Teil des „kulturelle[n] Kapital[s]“<sup>293</sup> zu verstehen, über das nicht alle Beteiligten verfügten. Es eröffnete sich nur denjenigen, die sich die Kenntnisse der jeweiligen Kolonialsprache(n) angeeignet hatten, und blieb denjenigen, die sich in ihren Muttersprachen oder anderen genuin afrikanischen Sprachen verständigten, vorenthalten. Durch die Kolonialzeit hindurch waren ihre Sprachen bis heute unhörbar gemacht worden. Wie Brigitte Schlieben-Lange ausführt, hat der Kolonialismus

„die Sprachenlandschaft unserer Erde gründlich verändert. [...] Die Zahl der Sprachen, die endgültig vernichtet wurden oder nur mehr eine kümmerliche Randexistenz führen, geht in die Tausende. [...] Die Sprachräume, die wir heute vorfinden, die Verbreitung des Englischen, des Französischen, des Spanischen und des Portugiesischen als großer Weltsprachen sind ein Ergebnis des kolonisatorischen Zugriffs.“<sup>294</sup>

<sup>290</sup> Vgl. Schöffner 2007: 142 in Rückgriff auf Newmark 1991.

<sup>291</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 07.08.2013 und 11.08.2013.

<sup>292</sup> Vgl. dazu z.B. Arndt/Hornscheidt 2009 [2004].

<sup>293</sup> Bourdieu 2001.

<sup>294</sup> Schlieben-Lange 1992: 8f.

Auch bell hooks fasst es zusammen: „Standard English is not the speech of exile. It is the language of conquest and domination.“<sup>295</sup> So hinterlässt der Kolonialismus seine Spuren in Form von Einschränkungen sprachlicher und damit auch politischer Artikulationsmöglichkeiten. Außerdem strukturierte Sprache die Verhältnisse innerhalb der Protestbewegung. Diejenigen, die zwischen Englisch bzw. Französisch und Deutsch übersetzten, die die deutschen Versionen von Pressemitteilungen schrieben und die bei Pressekonferenzen für das deutschsprachige Publikum sprachen, waren in keinem Fall die Mitglieder von *Lampedusa in Hamburg*, sondern notwendigerweise Unterstützer\_innen der Gruppe. Die bereits – insbesondere in Kapitel 4.1 – beschriebene Abhängigkeit zeigt sich hier, auf sprachlicher Ebene, als direkte Auswirkung der Kolonialgeschichte und als Repräsentation globaler Hegemonien.

Doch Sprache spiegelt nicht nur Machtverhältnisse wider, sondern produziert selbst machtvolle Wirklichkeiten:<sup>296</sup>

„Die Annahme, Sprache sei einfach eine simple Beschreibungsformel, verliert im Lichte des geografischen und historischen Kontextes ihrer Produktions- und Reproduktionsbedingungen den Anschein der Objektivität. Ihre Wirkungsmächtigkeit in der Produktion von Wirklichkeit setzt ein asymmetrisches Verhältnis fort, das koloniale Bedingungen hervorruft, die eigentlich historisch und politisch obsolet erscheinen. [...] Sprache, so die postkolonialen TheoretikerInnen, stellt ein Repräsentationssystem dar, auf deren [sic] Grundlage Räume der Performativität und Akte der Intelligibilität initiiert und fundiert werden. Die Fragen danach, wer wie spricht, was gesehen und wie etwas gesehen wird, berühren daher nicht nur die Ebene der Darstellung im Sinne der Sichtbarmachung, sondern auch die des Sprechens und des Gehörtwerdens.“<sup>297</sup>

Im Kontext von *Lampedusa in Hamburg* waren diejenigen, die die Kolonialsprachen Englisch und/oder Französisch beherrschten, diejenigen, die sprachen und gehört wurden. Sie wurden zu Sprechern und somit Repräsentanten der Gruppe. Innerhalb der Protestbewegung führten so die Sprachen, die in der Kolonialzeit die Sprachen der Macht waren, zu einer inneren Hierarchisierung. Gleichzeitig waren die Gruppensprecher wiederum eingebunden in die Abhängigkeitsverhältnis-

<sup>295</sup> hooks 1994, zit. nach: Hornscheidt 2009 [2005]: 485.

<sup>296</sup> Dieses Grundverständnis von Sprache steht in engem Zusammenhang mit dem *linguistic turn*, dessen Beginn in den Geisteswissenschaften oftmals in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verortet wird, wobei insbesondere die späten Analysen von Ludwig Wittgenstein und seine „Philosophische[n] Untersuchungen“ (Wittgenstein 1984: 225ff.; von Wittgenstein verfasst zwischen 1945 und 1949) genannt werden. Zu den komplexen Zusammenhängen zwischen Macht und Sprache lieferte später vor allem Michel Foucault wichtige Analysen (vgl. z.B. Foucault 1987 [1974]). Eine zusammenfassende Darstellung der vielfältigen Facetten des *linguistic turn* findet sich beispielsweise bei Hornscheidt 1997.

<sup>297</sup> Gutiérrez Rodríguez 2003: 18.

se mit ihren Unterstützer\_innen, die als Vermittler\_innen zur deutschen Sprache und somit zu ihren deutschsprachigen Verhandlungspartner\_innen in Politik und Zivilgesellschaft benötigt wurden. Dadurch wurden auf mehreren Ebenen koloniale Strukturen durch Sprache reproduziert. Wie Sprache gleichermaßen als Spiegel und als (Re-)Produzentin von Machtverhältnissen fungiert, werde ich in Kapitel 4.5.2 am Beispiel medialer Diskurse genauer untersuchen.

Schließlich wurden durch Sprache – neben der Ermöglichung von Kontakten und sozialen Beziehungen – Grenzen der Verständigung und des Verständnisses gezogen. Nicht alle Gruppenmitglieder konnten miteinander sprechen, nicht alle Unterstützer\_innen konnten sich mit allen Gruppenmitgliedern verständigen, niemand konnte alles verstehen, was im Kontext der Protestbewegung gesprochen wurde. Einmal wies mich Abeeku darauf hin, dass er mich öfter gesehen, mich aber bewusst nicht angesprochen habe, weil ich jeweils ins Gespräch mit anderen vertieft gewesen wäre. „And you know“, fügte er hinzu, „I didn’t want to get into trouble. You’re white. It’s not easy. When you’re gone, people talk in their languages and you don’t understand.“<sup>298</sup> Ich betonte, dass ich mich gern mit ihm unterhielt und mich keineswegs von ihm gestört fühlte. Doch Abeeku berichtete mir daraufhin von Schwierigkeiten, die es einmal im Zusammenhang mit einer Weißen Frau gegeben habe. Es ging um sie, um ihre Telefonnummer, um Neid. Er deutete all das nur an und äußerte, dass er nicht in Schwierigkeiten kommen wollte. Ich konnte nur erahnen, was er meinte. Damit hatte ich aber womöglich den Kern dessen, was er mir sagen wollte, verstanden: Abeeku hatte mich deutlich darauf hingewiesen, wie begrenzt meine eigene Perspektive war. Weder konnte ich zu allen Gruppenmitgliedern unbeschwerten Kontakt pflegen noch konnte ich alles verstehen, was passierte. Vieles blieb mir sprachlich unverständlich, ich war dabei beschränkt auf die wenigen früheren Kolonialsprachen, die ich sprechen konnte. Vieles konnte ich auch nonverbal nicht verstehen. Abeeku deutete die Grenzen meines Verstehens als geradezu logische Konsequenz meines *Weißseins*. Hier zeigte sich somit eine Art umgekehrtes *Othering*, durch das ich als Andere konstruiert wurde, als Nichtzugehörige. Es unterscheidet sich vom *Othering* insofern, als dass es nicht – wie im Fall rassialisierender Praxen – aus einer (post-)kolonialen Machtposition heraus geschieht, sondern sozusagen in entgegengesetzter Richtung. Zudem ist es verschränkt mit der Kategorie Gender und prägt so die Rolle der Weißen Frau, wie sie mir während meiner Feldforschung zugeschrieben wurde.<sup>299</sup>

Sprachen und sprachliche Übersetzungsprozesse haben jedoch nicht nur Anteil an globalen, hegemonialen Verhältnissen, sondern tragen auch das Potenzial in

<sup>298</sup> Abeeku, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 15.08.2013.

<sup>299</sup> Siehe dazu Kapitel 4.2.2.

sich, gegenhegemoniale Bewegungen zu unterstützen, indem sie die bestehenden Verhältnisse sichtbar machen. Um es mit Yusaku Yajima und Satoshi Toyosaki zu formulieren:

„In other words, translation perpetuates the global hegemony of languages; while doing so, translation can make the global hegemony of languages visible, demystify it, and challenge it from within. The relationships between translators and the translated locally function locally [sic] as a site both for perpetuation and challenge.“<sup>300</sup>

Globale Macht- und Dominanzverhältnisse können ihnen zufolge vor allem durch eine dialogische Praxis der Übersetzung herausgefordert und unterbrochen werden. Ein so verstandener Dialog kann Räume schaffen, in denen die Marginalisierten von den Privilegierten gehört werden und gegenseitiges Verständnis wie auch kollektive Aktion entstehen.<sup>301</sup> Solche Räume eröffnete der *Lampedusa in Hamburg*-Protest zuhauf.

#### 4.5.2 „What’s on the news?“ – Mythen und Medien

Die zentrale Rolle von Sprache zeigte sich auch bei der Entwicklung politischer Strategien. Für alle strategischen Überlegungen war es unerlässlich, die aktuellen Debatten und Diskurse zu verstehen. Um die Stimmungen und Argumentationslinien im Kontext der Stadt Hamburg zu begreifen, spielte vor allem die mediale Berichterstattung eine entscheidende Rolle. „What’s on the news?“ – das war Obeds erster Satz nach dem höflichen „How are you?“, als ich ihn am 11. August 2013 traf. „You mean, regarding your situation?“, fragte ich nach. Obed bejahte. Auch andere Gruppenmitglieder stellten mir regelmäßig Fragen wie: „Is there any news for us?“<sup>302</sup> Immer wieder fragten sie nach, was die Zeitungen aktuell über sie schrieben, und warteten unentwegt auf Neuigkeiten von den politischen Entscheidungsträger\_innen. Meine Antworten fielen unterschiedlich aus, da die Medienberichterstattung während des Protests sehr unterschiedliche Phasen durchlief. Manchmal konnte ich nichts sagen, weil es medial tage- oder wochenlang ruhig gewesen war. Manchmal hatte ich jedoch viel zu erzählen, wenn ich nach aktuellen Medienberichten gefragt wurde. Im Sommer 2013 wurde der Protest von *Lampedusa in Hamburg* zum Gesprächsthema in der ganzen Stadt – in der U-Bahn, beim

<sup>300</sup> Yajima/Toyosaki 2015: 106.

<sup>301</sup> Vgl. ebd.: 105.

<sup>302</sup> Abecku, zit. nach: Felddtagebuch 2013: 09.09.2013. Vgl. auch Clement, in: ebd.: 02.09.2013 und Abecku, in: ebd.: 23.08.2013 und Jona, in: ebd.: 18.07.2013.



„Krämer an der Ecke“<sup>303</sup>, auf der Straße oder in der Kabine des *FC St. Pauli*.<sup>304</sup> Und so berichteten auch die Zeitungen, Radio- und Fernsehsender regelmäßig über die Protestbewegung. Es wäre wohl eine gezielte, medientheoretische Forschung notwendig, um den Verflechtungen von Medien, Macht und Politik im Zusammenhang mit *Lampedusa in Hamburg* tatsächlich auf den Grund zu gehen. Die schiere Masse der Medienberichte über den Protest war insbesondere zwischen Juni und Oktober 2013 enorm. Über Wochen wurde täglich in mehreren Zeitungen über die Aktivitäten der Gruppe berichtet. In zahlreichen Beiträgen wurden ihre Aktionen dokumentiert und kommentiert. Teilweise setzte die Gruppe Medien bewusst ein, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erhalten.<sup>305</sup> Teilweise wurden seitens der Medien jedoch auch Stimmungen geschürt und Mythen verbreitet, die jenseits der Realitäten der Protestbewegung lagen. So versuchte beispielsweise die *Hamburger Morgenpost* am 05.06.2013, unter dem Titel „Nachtsyl für 80 libysche Flüchtlinge. Eine Kirche als XXL-Schlafzimmer“ die St. Pauli-Kirche – und deren „spürbare Menschlichkeit“ – gegen Unterstützer\_innen der *Karawane* – die der Gruppe angeblich „eine [sic] Maulkorb [...] verpasst“ hatten – auszuspielen.<sup>306</sup> Am selben Tag berichtete ein Unterstützer im gemeinsamen Plenum, dass einer der Sprecher aus einer Zeitungsredaktion angerufen worden sei. Man fragte, ob es stimme, dass die Gruppenmitglieder größtenteils Söldner Gaddafis gewesen seien.<sup>307</sup> Damals kursierten zahlreiche Gerüchte, die von den Medien teils produziert, teils aufgegriffen und weiter transportiert wurden. Sprache zeigte sich hier erneut als machtvoll handelnd, durch das Wirklichkeiten geschaffen und transformiert wurden. Die medialen Diskurse beeinflussten die lesende, zuhörende und zuschauende Öffentlichkeit.<sup>308</sup> Bestimmte Perspektiven wurden im Radio, im Fernsehen oder in der Zeitung als einzig wahre Tatsachen dargestellt und dadurch bestimmte Reaktionen produziert – wie z.B. Zustimmung für die fehlende Legitimität eines Bleiberechts für *Lampedusa in Hamburg* aufgrund ihrer Stigmatisierung als vermeintliche Söldner Gaddafis. Die Macht der Medien zeigte sich hier als „power in discourse“<sup>309</sup>, wie Norman Fairclough es in Abgrenzung zu „power behind discourse“<sup>310</sup> formuliert. Durch die medial verbreiteten Diskurse – insbesondere des

<sup>303</sup> Marie, in: Interview 16-2014.

<sup>304</sup> Vgl. Transkribierte Audio- und Videomaterialien 2013–2015: Herbst 2013: „Die Einweihung des Bauwagens für die Lampedusa-Flüchtlinge“.

<sup>305</sup> Siehe dazu auch Kapitel 2.1.4.

<sup>306</sup> *Hamburger Morgenpost* 2013: 05.06.2013.

<sup>307</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 05.06.2013.

<sup>308</sup> Vgl. Foucaults Diskursbegriff wie auch Gramscis Analyse von „Grammatiken“, in: Ives 2004.

<sup>309</sup> Fairclough 1989: 43.

<sup>310</sup> Ebd. Ähnlich analysiert auch Antonio Gramsci Sprache – als „both an element in the exercise of power and a metaphor for how power operates“ (Ives 2004: 101).

Humanitarismus und der Kriminalisierung – wurde Macht ausgeübt. Fairclough macht diese Macht insbesondere daran fest, dass im Rahmen medialer Kommunikation keine unmittelbare Reziprozität existiert, sondern es sich um eine gewissermaßen einseitige Form der Kommunikation handelt. Analoge wie digitalisierte Medien produzieren somit – sprachlichen und visuellen – Text, der nicht von den Rezipient\_innen mitgestaltet werden kann. Darin unterscheidet sich mediale von persönlicher und somit unmittelbarer Kommunikation:

„In face-to-face interaction, participants alternate between being the producers and the interpreters of text, but in media discourse, as well as generally in writing, there is a sharp divide between producers and interpreters – or, since the media ‚product‘ takes on some of the nature of a commodity, between producers and ‚consumers‘.“<sup>311</sup>

Die Möglichkeit, auf mediale Texte zu reagieren, ist nur zeitversetzt gegeben. Doch selbst dadurch kann der Text nicht modifiziert, sondern nur kommentiert werden. Geschichten, die einmal medial erzählt worden waren, kursierten in der Stadt und konnten nicht zurückgenommen werden. Durch mediale Prozesse wird somit Macht ausgeübt oder wie Fairclough formuliert: „We can say that producers exercise power over consumers in that they have sole producing rights and can therefore determine what is included and excluded, how events are represented [...]“.<sup>312</sup> Gleichzeitig wird die Macht der alleinigen Produzent\_innen von Text, die Fairclough benennt, durch digitale Medien relativiert. Das Spektrum an Möglichkeiten, sich öffentlich zu äußern, ist hier deutlich größer und vielfältiger als in analogen Medienformen.<sup>313</sup>

In den ereignisreichen ersten Monaten des Protests war es den Mitgliedern von *Lampedusa in Hamburg* nicht möglich, den Medienberichten selbst zu folgen und sich eine unabhängige, eigene Meinung zu bilden. Zu der von Fairclough beschriebenen Einseitigkeit medialer Sprache kam daher auch noch die Tatsache hinzu, dass die Gruppenmitglieder nicht selbst als Rezipient\_innen medialer Botschaften agieren konnten, sondern von Übersetzungen abhängig waren. So waren nicht nur ihre Gestaltungs-, sondern auch ihre Interpretationsmöglichkeiten medialer Diskurse eingeschränkt. An dieser Stelle zeigten sich die Machtverhältnisse, die den medialen Diskursen zugrunde lagen: „power behind discourse“<sup>314</sup>. Die Gruppenmitglieder waren davon abhängig, dass wir Unterstützer\_innen ihnen die Berichte übersetzten und zusammenfassten. Das Bild, das durch unsere Übersetzungen

<sup>311</sup> Fairclough 1989: 49.

<sup>312</sup> Ebd.: 50.

<sup>313</sup> Siehe dazu auch die Ausführungen zum „Bürgerjournalismus“ (Übersetzung BN; im Original: „citizen journalism“, in: Goins 2015: 9 unter Bezugnahme auf Antony/Thomas 2010) in Kapitel 3.3.2.

<sup>314</sup> Fairclough 1989: 43.

entstand, war von unseren jeweiligen Interpretationen gefärbt. Dennoch war es der Versuch der Gruppenmitglieder, durch Menschen, denen sie vertrauten, mehr von den aktuellen Debatten in der Stadt zu hören und wenigstens durch die Wahl der Übersetzer\_innen ein Minimum an Gestaltungsspielraum innerhalb der gesellschaftlichen Machtverhältnisse auszuschöpfen. Die persönlichen Einschätzungen ihrer Unterstützer\_innen waren für sie offenbar wichtig, um daraus eine eigene Einschätzung zu entwickeln. Trotzdem führten Gerüchte und Halbwissen häufig zu Verunsicherung in der Gruppe. „I’ve heard, things will be worse after the elections. [...] That’s what people say“, sagte Efraim einmal im September 2013, als wir uns am Infozelt trafen. Meine Nachfrage, wer das sage – ob Gruppenmitglieder, Unterstützer\_innen oder andere Menschen –, beantwortete er mit den Worten: „It’s just what we hear. Also from people outside of the group.“ Daraufhin fragte er mich, wie ich die Wahlen einschätzen würde. Ich antwortete zurückhaltend, dass ich es auch nicht wüsste und wie schwer es sei, eine passende Prognose abzugeben. Ich ergänzte, dass es durchaus sein könnte, dass die Politiker\_innen nach den Bürgerschaftswahlen in Hamburg – und somit vor allem: nach dem Wahlkampf – schneller eine Entscheidung treffen würden und dass diese auch zu ihren Ungunsten ausfallen könnte. Doch das Einzige, was ich sicher sagen könnte, sei, dass ich ihn auf dem Laufenden halten würde. Ich versprach ihm, spätestens in der darauffolgenden Woche zu berichten, falls ich irgendetwas Neues hören würde. „You know, it’s been confusing“, ergänzte er noch. Sein Blick wirkte besorgt.<sup>315</sup> An Efraims Verwirrung konnte ich nichts ändern, ebenso wenig wie an den Machtverhältnissen, in denen wir uns bewegten. So sehr ich versuchte, meinen Einfluss gering und mich mit persönlichen Einschätzungen zurückzuhalten: Allein in meinen Übersetzungen, Zusammenfassungen und somit zwangsweise meinen Verkürzungen der öffentlichen Diskurse lag, wie bereits dargelegt, Macht. Die Gruppenmitglieder vertrauten sicherlich am ehesten den Menschen, die ihnen wohlgesonnen waren. An der Existenz der Abhängigkeit änderte dies dennoch nichts. Es vergrößerte vielmehr die Macht, die in unseren Händen lag.

<sup>315</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 03.09.2013.

## #lampedusahh



[https://www.youtube.com/watch?v=T5a\\_xK8kMHY](https://www.youtube.com/watch?v=T5a_xK8kMHY)<sup>316</sup>

So sehr der Protest von verschiedensten Klängen geprägt ist, so sehr gehört auch die Stille zum Alltag der Bewegung. Und auch Stille ist hier viel mehr als die Abwesenheit von akustischen Reizen. So kann Stille verstanden werden als Raum, in dem besonders viel geschieht, als Raum, in dem „alle Dinge ihren Platz finden dürfen“<sup>317</sup>, auch das Unsagbare. Immer wieder besteht die Zeit, die ich mit *Lampedusa in Hamburg*-Mitgliedern verbringe, aus Schweigen. Die Stille wird so zu einem Klang des Alltags. Wir teilen unsere Sprachlosigkeit. Unsere Dialoge sind durchzogen von langen Pausen, in denen wir kein Wort wechseln. Gerade in diesen Augenblicken und Stunden bekomme ich eine Ahnung davon, wie existenziell der Protest ist, wie groß die Ungewissheit, wie ausgeprägt die Ratlosigkeit und wie brüchig die Hoffnung. Gleichzeitig setzt *Lampedusa in Hamburg* die Stille auch bewusst als Mittel ihres Protests ein. Dies tut die Gruppe beispielsweise beim 100-jährigen Jubiläum der renommierten *Hochschule für bildende Künste* (HFBK) Hamburg. Das Jubiläum ist ein hochoffizielles, festliches Ereignis, über das später in den Medien berichtet wird. Während eines Grußwortes von Bürgermeister Olaf Scholz räumen ein paar Studierende ihre Plätze für Mitglieder der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe. Diese stellen sich schweigend an deren Plätze, während der Bürgermeister weiter spricht. Am Ende hinterlassen sie Olaf Scholz ein symbolkräftiges Geschenk: eine kleine Galionsfigur.<sup>318</sup> *Lampedusa in Hamburg* hat nicht nur in der Aula der HFBK, sondern auch in der Stadt eigene Plätze eingenommen. *Spiegel Online* berichtet später über den stillen Protest. Er wird somit nicht

<sup>316</sup> Spiegel TV 2013.

<sup>317</sup> Nach LaBelle 2010: 2. Übersetzung BN. LaBelle spricht hier von „silence allowing all things to find their place“.

<sup>318</sup> Vgl. Spiegel TV 2013 und Hochschule für bildende Künste Hamburg (HFBK) 2013: Bild 26 und 27 von 78.

nur von den Jubiläumsgästen miterlebt, sondern über das Internet auch einem viel größeren Publikum zugänglich gemacht. Diese vermeintlich kleine Protestaktion im Alltag, die durch das Internet innerhalb kurzer Zeit in der weltweiten Öffentlichkeit wahrnehmbar wird, zeigt einmal mehr, wie der Protest auch auf digitaler Ebene stattfindet und verbreitet wird. Auch hinsichtlich der Vernetzung mit der Zivilgesellschaft sind verschiedene Onlinepraxen von Bedeutung. Beispielsweise werden viele Spendengelder über die Onlineplattform *Kiezhelden des FC St. Pauli*, die wiederum auch über *Betterplace.org* verlinkt ist, akquiriert. Mitte August 2013 gehen dort innerhalb von vier Tagen 2 200,- Euro ein.<sup>319</sup> Das Internet erweist sich hier – wie auch in Zusammenhang mit sozialen Medien<sup>320</sup> – erneut als wirkungsvolles Medium zur Gewinnung von praktischer Unterstützung.

Neben Fragen nach Klängen und Stille, nach Stimmen und Bildern, nach Netzwerken und Partizipation erscheint der Faktor *Zeit* regelmäßig als wesentlicher Bestandteil von Digitalität. Durch das Internet erhöht sich das Tempo, in dem die Distribution von Informationen geschieht, um ein Vielfaches. Während früher die *Zeitung von gestern* der Inbegriff einer überholten Information war, geht es heute um Minuten. Was bei Facebook gepostet wurde, kann wenige Minuten später dort schon wieder revidiert werden. Was getwittert wird, wird binnen Minuten oder gar Sekunden weitergegeben. Nicht selten werden dabei mehrere Medien gleichzeitig verwendet. Informationen werden so parallel per Twitter, Facebook, E-Mail und WhatsApp in die Welt getragen. Auch in Situationen, in denen Schnelligkeit lebenswichtig wird, setzt die Gruppe entsprechende Medien ein. So wird im Oktober 2013 ein SMS-Verteiler eingerichtet, durch den Informationen über Kontrollen, Festnahmen oder gar drohende Abschiebungen unmittelbar an möglichst viele Menschen gleichzeitig geschickt werden können. Auf diese Weise werden innerhalb von Minuten große Netzwerke erreicht und für praktische Unterstützung und Demonstrationen mobilisiert. Unabhängig von solchen akuten Momenten werden auf digitalem Wege auch Interaktionen wie Liken, Kommentieren, Beantworten, Korrigieren innerhalb kürzester Zeit möglich. Die Möglichkeiten des Internets und die damit verbundene Schnelligkeit fördern Partizipation und somit kollektive Prozesse inmitten sich überschlagender Ereignisse. Auch die digitale Informationsverbreitung im Zusammenhang mit *Lampedusa in Hamburg* findet in enorm hohem Tempo und Ausmaß statt. In Windeseile und in ständig aktualisierter Form kann die Gruppe so auf sich aufmerksam machen, in der ganzen Stadt und weltweit sicht- und hörbar werden. Bereits Ende Mai 2013 wird im Plenum neben Arbeitsgruppen zur Organisation von Schlafplätzen, Essen, medi-

<sup>319</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 20.08.2013.

<sup>320</sup> Siehe dazu auch #lampedusahh am Ende der Kapitel 2 und 5.

zinischer Versorgung und Finanzen eine AG für Social Media gegründet.<sup>321</sup> Im Laufe des Protests verlagern sich die Schwerpunkte. Mal wird die Homepage überarbeitet und ausgebaut, mal werden mehr Videos bei Youtube hochgeladen, mal werden Texte wie Pressemitteilungen kollektiv produziert und im Prozess via E-Mail-Verteiler geteilt, gegengelesen und korrigiert wieder verschickt, mal gibt es ständig aktualisierte Informationen via Facebook und Twitter, mal wird ein neuer E-Mail-Verteiler zur internen Koordination eingerichtet.<sup>322</sup> Soziale Medien und digitale Vernetzung werden schnell zu einem unverzichtbaren Bestandteil des Protests und des Aufbaus möglichst großer Netzwerke.

---

<sup>321</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 28.05.2013. Siehe auch Kapitel 2.5.1.

<sup>322</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 06.08.2013.

## 5 Dynamiken. Bündnisse. Brüche: Bewegung auf dem Höhepunkt

9. Oktober 2013. Heute ist der Tag von Yanis' Abreise. Er möchte nach Italien, um die Gültigkeit seiner Papiere zu verlängern. Eigentlich bin ich krank und fühle mich nicht danach, überhaupt das Haus zu verlassen. Doch die Gelegenheit, ihn noch einmal zu sehen, ihm gute Wünsche mit auf den Weg zu geben und mich von ihm zu verabschieden, möchte ich auf keinen Fall verpassen. Yanis ist in den vergangenen Monaten längst zu einem Freund geworden. Dass er nach Italien fährt, dass er dafür mehrmals die Grenze passieren muss und dass niemand so genau weiß, wie es ihm in Italien ergehen wird, macht mir Sorgen. Wird er es wirklich schaffen, innerhalb von zwei Wochen wieder nach Hamburg zurückzukehren? Heute sehen Yanis und ich uns also zum vorerst letzten Mal. Bei einer denkwürdigen Demonstration, die deutlich anders ist als die sonstigen *MittwochsDemonstrationen*. Sie steht – symbolisch bestärkt durch schwarze Flaggen – ganz im Zeichen der

jüngsten Katastrophe vor Lampedusa und der Trauer um die dort ertrunkenen mehreren Hundert Menschen.

Es folgen Wochen, in denen wir per E-Mail in Kontakt bleiben, uns gegenseitig auf dem Laufenden halten. Yanis schreibt von seinen Rückkehrplänen nach Hamburg, ich schreibe von den Polizeikontrollen in Hamburg. Wir tauschen uns darüber aus, wie seine Rückkehr am besten gelingen könnte. Ich frage einen erfahrenen Rechtsanwalt nach seinen Empfehlungen und gebe diese an Yanis weiter. Wir sind in ständigem Kontakt und in gemeinsamer Sorge, ob alles gut gehen würde.

6. November 2013. Yanis ist wieder da! Ich traue meinen Augen kaum. Wir sind beide unglaublich erleichtert und begrüßen uns mit einer herzlichen Umarmung. Ich habe mir in den letzten Tagen Sorgen gemacht, wo er bleibt. Es sind einige Wochen vergangen. Mehr als zwei, wie ursprünglich geplant. Gestern sei er zurückgekommen, erzählt er. Seine Papiere sind voraussichtlich in ein paar Monaten fertig. Seit wir uns das letzte Mal gesehen haben, ist viel passiert hier in Hamburg. Wir sprechen über den vielfach diskutierten Verfahrensvorschlag des Hamburger Senats. Yanis ist im Bilde. Er findet den Vorschlag nicht gut, möchte sich nicht in ein Einzelverfahren begeben und mit einer Duldung leben. Doch seine Überlegungen sind noch nicht abgeschlossen. Er fragt mich nach meiner Meinung.<sup>1</sup>

## 5.1 „United we stand“? Vielfach verwobene Bündnisse

*„We have to continue this struggle, so that our voices can be heard from all angles.“*

Asuquo Udo

Um von verschiedenen Seiten gehört und gesehen zu werden, kämpfte die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe nicht für sich allein, sondern suchte sich verschiedene Bündnispartner\_innen. So erreichte die Bewegung ihren Höhepunkt, den ich im Zeitraum von Juni bis Dezember 2013 lokalisierere. Im Folgenden gehe ich den Fragen nach, welche strategischen Bündnisse die Gruppe in dieser Zeit schloss, in welche Strukturen und Machtverhältnisse die jeweiligen Bündnispartner\_innen eingebettet waren und welche Wechselwirkungen dadurch entstanden: zwischen den Organisationen und *Lampedusa in Hamburg*, zwischen ihnen und politischen Ak-

<sup>1</sup> Vgl. ebd.: 09.10.213 und 06.11.2013, E-Mail-Korrespondenz vom 14.10.2013 bis 23.10.2013.



teur\_innen, innerhalb der Organisationen sowie zwischen ihnen und wiederum anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen.<sup>2</sup>

### 5.1.1 Zwischen *Lampedusa in Hamburg* und der Zivilgesellschaft

„We have to continue this struggle, so that our voices can be heard from all angles, so that [...] our demands can be achieved“, sagte Gruppensprecher Asuquo Udo bei einer Pressekonferenz am 26.07.2013.<sup>3</sup> Sie blieben sicht- und hörbar und wandten sich im öffentlichen Raum sowie in persönlichen Gesprächen an Akteur\_innen auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen und fokussierten ihre Forderungen jeweils entsprechend. Neben den dargestellten Anfängen jener Kooperationen zeichne ich an dieser Stelle genauer nach, wie sich diese Bündnisse in der weiteren Praxis darstellten und wie die Gruppe dadurch versuchte, sich mehr Gehör zu verschaffen und direkte Verhandlungen mit den politischen Akteur\_innen zu erreichen. Dabei lege ich nach wie vor den Schwerpunkt auf Kirchen und Gewerkschaften.

Schon zu Beginn des Protests hatte *Lampedusa in Hamburg* die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) als Bündnispartnerin angefragt und nach einigen Wochen dafür gewinnen können. Darüber hinaus hatte die Gruppe seit Juni 2013 die St. Pauli-Kirche als praktische Unterstützerin an ihrer Seite.<sup>4</sup> Doch das Bündnis zwischen Kirche und Protestbewegung schwankte schon bald zwischen Vertrauen und Misstrauen, zwischen Begeisterung und Kritik.

An der Schnittstelle von Protestbewegung und Kirche entstanden neue Netzwerke, die in dieser Form vermutlich weder allein durch die Protestbewegung noch durch die Kirche erschlossen worden wären. Sie entstanden auf der Basis von Vertrauen, das sich erneut als wesentlicher Affekt erwies, der Engagement zu ermöglichen oder zu verhindern vermochte. Durch diese neuen Netzwerke wurden auch

<sup>2</sup> Dadurch, dass die institutionellen Zusammenhänge der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen in dieser Phase enorm wichtig waren, erschlossen sich mir viele Dinge erst im Nachhinein. Meine teilnehmende Beobachtung hatte mir in dieser Hinsicht – wenn überhaupt – lediglich eingeschränkte Innenansichten ermöglicht. Zwar hatte meine Feldforschung maßgeblich dazu beigetragen, Kontakte zu späteren Interviewpartner\_innen zu knüpfen, doch ich war zu wenig in die jeweiligen Organisationen eingebunden, um die genauen Hintergründe aus nächster Nähe mitzuerleben. Umso mehr gewannen die Interviews hier an Bedeutung. Statt auf meinem eigenen, unmittelbaren Erleben liegt der Fokus daher insbesondere in Kapitel 5.1 verstärkt auf den Schilderungen meiner Interviewpartner\_innen sowie auf den Interviewsituationen.

<sup>3</sup> Zit. nach: Feldtagebuch 2013: 26.07.2013.

<sup>4</sup> Vgl. Kapitel 2.1.2 und 2.6.

neue Zugehörigkeiten produziert, die sich nicht mehr pauschal einordnen ließen in *Protestbewegung*, *Kirche* oder *Nichtkirche*. Erneut werden hier die Potenziale zu affizieren sichtbar, die *Lampedusa in Hamburg* mit sich brachte. Die Gruppe schuf ein „Netzwerk von Netzwerken“<sup>5</sup> und sprengte dadurch bisher dagewesene institutionelle Grenzen, die beispielsweise durch formale Mitgliedschaften – wie in der Kirche oder auch in Gewerkschaften – gezogen worden waren. Dadurch, dass sie ein eigenes Netzwerk um sich herum aufbauten, zu dem sie originär dazugehörten, schafften die Gruppenmitglieder für sich wie auch für alle anderen Beteiligten neue Möglichkeiten der Zugehörigkeit und der Teilhabe, die unabhängig von formalen Status wie Mitgliedschaften oder Staatsbürgerschaften Bestand hatten.

Doch neben dem Vertrauen, das den Kirchen zukam, gab es auch Misstrauen, offene Fragen und Kritik. Besonders häufig wurde die Frage aufgeworfen, welche Aufgaben einer Kirche eigentlich zukämen. Für Johannes, der den Protest fotografierend begleitete und viel Zeit an der St. Pauli-Kirche verbrachte, war klar: „Wer bei der Kirche landet, hat es gut. [...] Die Kirche kümmert sich – das ist ihr Auftrag. Diesen Auftrag haben sie von A bis Z erfüllt.“<sup>6</sup> Dieser Auftrag wurde immer wieder mit dem Begriff der Nächstenliebe in Verbindung gebracht und begründet.<sup>7</sup> Das daraus folgende Handeln wird – sowohl im Zusammenhang mit Nächstenliebe als auch in säkularen Kontexten – getragen von einer größeren Vision von gesellschaftlichem Zusammenleben, in dem auch marginalisierte Menschen mit in den Blick genommen werden.<sup>8</sup> Bezogen auf *Lampedusa in Hamburg* lässt sich das Netzwerk von Netzwerken, das sie aufbauten und etablierten, ebenfalls und insbesondere als Vision eines gesellschaftlichen Zusammenlebens lesen, das sowohl marginalisierten und rassistisch und/oder anderweitig diskriminierten Menschen als auch denen, „die selbst nicht von Rassismus betroffen sind beziehungsweise von Rassismus in Form von Privilegien profitieren“<sup>9</sup>, Zugehörigkeit ermöglichte. Das so entstehende Netzwerk hebt auch allzu klare Trennungslinien zwischen *Lampedusa in Hamburg* und ihren Unterstützer\_innen auf, „[d]enn wer und auf welche Weise durch Rassismus marginalisiert und wer privilegiert wird, ist angesichts einer Vielzahl rassistischer Diskurse und Ausschlüsse, die oft quer (aber nicht unabhängig) zu Fragen von Staatsangehörigkeit oder Hautfarbe liegen, nicht leicht zu entscheiden“<sup>10</sup>. Darüber hinaus sind Biografien oft genug so viel-

<sup>5</sup> Hannerz 1980 mit Bezug zu Craven/Wellman 1974. Siehe auch Kapitel 4.2.1 und *#lampedusabb* im Anschluss an Kapitel 2.

<sup>6</sup> Johannes, in: Interview 11-2013.

<sup>7</sup> Vgl. z.B. Interview 19-2014.

<sup>8</sup> Vgl. Warren 2010: 87.

<sup>9</sup> Karakayalı/Tsianos 2014: 38.

<sup>10</sup> Karakayalı/Tsianos 2014: 38.

schichtig und ambivalent, dass Menschen sich nicht eindeutig in Kategorien wie *of colour* oder *Weiß* einordnen lassen oder lassen wollen.<sup>11</sup> Diese Mehrdimensionalitäten und Widersprüchlichkeiten spiegelten sich auch in der Protestbewegung von und um *Lampedusa in Hamburg* wider. Immer wieder zeigte sich, dass Erfahrungen mit Alltagsrassismen nicht beschränkt waren auf die Gruppenmitglieder<sup>12</sup>, sondern eine Vielzahl von Menschen betrafen und noch betreffen, die in den Protest involviert waren und sind, wie z.B. die Unterstützer\_innen von *Lampedusa in Hamburg*.<sup>13</sup> Vor allem aber waren hier Menschen mit unterschiedlichsten persönlichen Erfahrungen, die sich nicht auf Rollen von „Opfern“ und „Profiteur\_innen“ reduzieren ließen, im gemeinsamen antirassistischen Protest miteinander verbunden.<sup>14</sup> Die Protestbewegung machte somit den größeren Kontext sichtbar und bekehrte gemeinsam gegen Rassismen und die Strukturen, die diese ermöglichten, auf.

Zurück zur Rolle der Kirche: Ihr Handeln lässt sich, wie bereits in Kapitel 2.6 dargelegt, nicht trennen von Politik. In der Tat wurde über die Monate deutlich, dass sich die politischen Forderungen offensichtlich nicht direkt zwischen Protestbewegung und politischen Gremien verhandeln ließen, sodass *Lampedusa in Hamburg* durchaus politische Partner\_innen brauchte. Die Kirche wiederum pflegt grundsätzlich institutionalisierte Kontakte in politische Gremien hinein. Sie war von vornherein mit Vertreter\_innen dieser Gremien im Gespräch und versuchte, ihre Kontakte zur Unterstützung von *Lampedusa in Hamburg* zu nutzen.<sup>15</sup> Während *Lampedusa in Hamburg* wie zahlreiche ihrer Unterstützer\_innen die Kirche und ihre eigene – machtvolle – Positioniertheit kritisierten, wünschten sie sich gleichzeitig eine Kirche, die zwischen ihnen und den politischen Entscheidungsträger\_innen im Sinne der Protestbewegung vermittelte. Gerade im Zusammenhang mit der Unterbringung einiger Gruppenmitglieder in der St. Pauli-Kirche wurde deutlich: Die Kirche konnte nur aufgrund ihrer machtvollen Position so agieren, wie sie es tat. Diese Position war die notwendige Voraussetzung dafür, dass der Staat nicht in die Kirche eindrang, sondern sie als Schutzraum anerkannte und davon absah, die Gruppenmitglieder dort aufzugreifen und abzuschieben.

---

11 Vgl. Karakayalı/Tsianos 2014.

12 So auch in den rassistischen Polizeikontrollen im Oktober 2013 – siehe Kapitel 5.2.3.

13 Siehe auch Kapitel 4.4.

14 Vgl. auch die kritischen Reflexionen von Juliane Karakayalı, Vassilis Tsianos, Serhat Karakayalı und Aida Ibrahim (2012) zur gegenwärtigen Debatte um *Critical Whiteness*.

15 Vgl. beispielsweise die Ausführungen von Sieghard Wilm und Martin Paulekun, in: Interview 22-2014.



Abbildung 16: Transparent am Gewerkschaftsbaus.

Wie bereits dargestellt, nahmen auch Gewerkschaften eine wichtige Rolle in der Protestbewegung ein. Im Juni 2013 nahm ver.di knapp 200 *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder in die Gewerkschaft auf. Dies geschah gegen den Willen der Landesbezirksleitung und sorgte intern für viel Aufruhr.<sup>16</sup> Dennoch war mit der Aufnahme in die Gewerkschaft eine starke Symbolwirkung verbunden: „[Ü]berall werden Leute abgeschoben und eine Gewerkschaft *nimmt* Leute *auf*, so heißt ja auch der Sprachgebrauch einer Mitgliedschaft – das war eine besondere, finde ich, auch gelungene Note darin, das ’rüberzubringen. Also: Überall geschlossene Türen – hier ein offenes Haus.“<sup>17</sup> Nach der Aufnahme in die Gewerkschaft verfasste *Lampedusa in Hamburg* einen offenen Brief „an die Gewerkschaft ver.di und alle Arbeiter\_innen, die offen dafür sind uns zuzuhören“<sup>18</sup>. Darin kam deutlich zum Ausdruck, dass die Gruppenmitglieder sich durch das Bündnis mit ver.di nicht mehr ausschließlich als Opfer und Überlebende eines Kriegs positionierten, sondern

<sup>16</sup> Allerdings hatte Peter Bremme, Leiter des ver.di-Fachbereichs 13, der sich maßgeblich für die Aufnahme der Gruppenmitglieder in die Gewerkschaft eingesetzt hatte, dies durchaus abgesprochen – jedoch urlaubsbedingt mit der *stellvertretenden* ver.di-Landesbezirksleitung – und den damaligen DGB-Vorsitzenden, Uwe Grund, in Kenntnis gesetzt (vgl. Bremme, in: Interview 18-2014). Wie genau es zur Aufnahme der Gruppenmitglieder in die Gewerkschaft kam und welcher Wirbel in dem Zusammenhang entstand, werde ich in Kapitel 5.1.3 näher erläutern.

<sup>17</sup> Bremme, in: Interview 18-2014.

<sup>18</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2013g.

auch als Arbeiterinnen und Arbeiter. Sie ergänzten ihren Gruppennamen dementsprechend und sprachen von „unserer Gruppe ‚Lampedusa in Hamburg – Arbeiter\_innen und Kriegsüberlebende aus Libyen‘“<sup>19</sup>. Sie ordneten ver.di und ihre Mitglieder in den größeren Kontext der Arbeiterbewegung ein. So stellten sie erneut transnationale Bezüge her und verstanden die Unterstützung der Gewerkschaft „im Sinne einer internationalen Solidarität“<sup>20</sup>, die seit der Arbeiterbewegung Mitte des 19. Jahrhunderts als politischer Begriff kursiert und sich grundsätzlich durch den Zusammenhalt der Arbeiter\_innen untereinander auszeichnet, wobei diese Solidarität schon damals Grenzen überwand – zwischen gelernten und ungelernten Arbeiter\_innen, zwischen Handwerker\_innen und anderen Arbeiter\_innen.<sup>21</sup> In Anknüpfung daran formulierten sie in diesem Brief erstmals den Slogan „United we stand, divided we fall“<sup>22</sup>, der in den folgenden Monaten noch vielfach zitiert wurde und auf zahlreichen Demo-Transparenten zu lesen war. Schon damals versuchte die Gruppe, ihre Geschlossenheit – als Gruppe und gemeinsam mit ihren Unterstützer\_innen – zu signalisieren und dadurch stark genug zu sein, um ihre Rechte durchzusetzen. Im Sommer 2013 gelang es *Lampedusa in Hamburg*, ebendieses „vereinte“ Netzwerk um sich herum aufzubauen. Gleichzeitig äußerten sie in dem Slogan auch die Gefahr, die schon damals im Raum stand: dass ihre Gruppe irgendwann an Einigkeit und dadurch auch an Stärke verlieren könnte.<sup>23</sup>

Die Gewerkschaften in Hamburg, insbesondere ver.di, GEW und DGB, unterstützten die Gruppe in vielfältiger Weise. Obwohl ich selbst – wenn auch nicht aktiv engagiertes – Gewerkschaftsmitglied bin, kam ich damals so häufig wie nie zuvor mit Gewerkschaften in Berührung: Ich nahm an diversen von Gewerkschafter\_innen organisierten Veranstaltungen teil, begegnete Gewerkschafter\_innen im Plenum von *Lampedusa in Hamburg* und ihren Unterstützer\_innen sowie bei Demonstrationen. Gewerkschaften waren im Netzwerk um *Lampedusa in Hamburg* offensichtlich präsent. Neben der Aufnahme in die Gewerkschaft ver.di geschah die Unterstützung beispielsweise durch Diskussions- und durch andere Veranstaltungen wie das bereits erwähnte Willkommensfest, durch Räume, die sie regelmäßig für Besprechungen und Workshops zur Verfügung stellten, durch logistische Unterstützung bei Demonstrationen – z.B. durch Lautsprecherwagen und Soundanlagen –, durch das Sammeln von Spenden, durch ein Spendenkonto, das von Gewerkschaften zur Verfügung gestellt und verwaltet wurde. Hinzu kamen Solidaritätserklä-

---

<sup>19</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2013g.

<sup>20</sup> Ebd.

<sup>21</sup> Vgl. z.B. Radtke 2008.

<sup>22</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2013g.

<sup>23</sup> Mehr dazu in Kapitel 5.3.

rungen und Aufrufe zu den großen Demonstrationen von *Lampedusa in Hamburg*, in denen sich teilweise auch verschiedene Gewerkschaften zusammen an die Öffentlichkeit wandten.<sup>24</sup>

Im gewerkschaftlichen Kontext bestand die Unterstützung oftmals auch aus Aktionen Einzelner<sup>25</sup>, die nicht von offizieller Seite oder nicht geschlossen von einer gesamten Gewerkschaft getragen wurden. Das kritisierten auch Unterstützer\_innen innerhalb der Gewerkschaften, wie beispielsweise Peter Bremme: „[W]enn ich das jetzt mal so sagen darf: Die Gewerkschaft bleibt unterhalb ihrer Möglichkeiten.“ Er führte die Widersprüchlichkeit des gewerkschaftlichen Engagements im Interview weiter aus: „Die Gruppe ‚Lampedusa in Hamburg‘ tagt einfach im Gewerkschaftshaus – ganz oft. Also, insofern gibt es einfach eine mindestens geduldete, wenn nicht sogar gewollte Situation von Zusammenarbeit. Die könnte aber von offizieller Seite aus verstärkt werden.“<sup>26</sup> Die Anwesenheit und politische Arbeit von *Lampedusa in Hamburg* waren im Gewerkschaftshaus zunächst nicht vorgesehen. Doch dadurch, dass die Protestierenden dennoch einen Teil ihres Alltags dort lebten, dafür auch die Unterstützung einzelner Gewerkschafter\_innen gewannen und für eine „mindestens geduldete [...] Zusammenarbeit“<sup>27</sup> sorgten, setzten sie sich über diese Gegebenheit hinweg und nahmen auf diese Weise einen faktischen, wenn auch umkämpften Platz in der Gewerkschaft ein. Sie taten dies unabhängig von ihrem zunächst fehlenden Status als Mitglieder und erkämpften sich so eine Präsenz in der Gewerkschaft, die später sogar zur formalen – wenn auch weiterhin umkämpften – Mitgliedschaft führte.<sup>28</sup> Ihre Praktiken im gewerkschaftlichen Kontext können daher als *doing membership* und mehr noch als *Acts of Membership* – in Analogie zu *Acts of Citizenship* – verstanden werden. Dabei ist die Debatte um die Gewerkschaftsmitgliedschaft von Menschen ohne Papiere alles andere als neu. Seit Jahren gibt es neben den entsprechenden Beratungsstellen auch *Arbeitskreise Undokumentierte Arbeit*, die sich für ein Recht auf Gewerkschaftsmitgliedschaft stark machen. Unter dem Slogan „Du hast Rechte, auch ohne Pa-

<sup>24</sup> So veröffentlichten der ver.di Landesbezirk Hamburg und der GEW Landesverband Hamburg gemeinsame Aufrufe, am 17.08.2013 und 02.11.2013 an den Demonstrationen von *Lampedusa in Hamburg* teilzunehmen (vgl. ver.di Hamburg/GEW Hamburg 2013a und 2013b). Als Beispiel einer gewerkschaftlichen Solidaritätserklärung sei auch auf die GEW Studierenden Hamburg (vgl. dies. 2013) verwiesen.

<sup>25</sup> So nahmen beispielsweise einige Gewerkschaftsmitglieder Menschen aus der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe auf, auch wenn von offizieller Seite keine Unterbringung zur Verfügung gestellt wurde (vgl. Interview 18-2014).

<sup>26</sup> Bremme, in: Interview 18-2014.

<sup>27</sup> S.o.

<sup>28</sup> Weitere Details siehe Kapitel 5.1.3.

piere“<sup>29</sup> kämpfen sie dafür, dass die faktische Berufstätigkeit von Migrant\_innen jenseits von ihrem Aufenthaltsstatus anerkannt wird und sich auch in ihrer Interessenvertretung – also: in der Gewerkschaft – widerspiegelt. Auch hier wirkt das, was im Hinblick auf Mitgliedschaft diskutiert wird, wie ein Abbild der Debatte um Bürgerschaft. Während es dabei immer wieder um die Frage geht, inwieweit Bürgerschaft von den Papieren abhängig ist oder im Handeln, durch *doing citizenship*, entsteht, steht auch hier zur Debatte, inwiefern eine tatsächlich ausgeübte Berufstätigkeit im Sinne eines *doing membership* zu deuten ist und so eine Zugehörigkeit zur Gewerkschaft mit sich bringen sollte.

Neben den genannten Unterstützungsformen, die die Gewerkschaften leisteten, blieb das Thema „Arbeit“ im Fokus der Kooperation zwischen Gewerkschaften und Protestbewegung. Es ist das Thema, das in Verbindung mit Gewerkschaften auf der Hand liegt. *Lampedusa in Hamburg* versuchte durch die Kooperationen mit Gewerkschaften, sich selbst verstärkt als Arbeiterinnen und Arbeiter zu positionieren. Dies tat die Gruppe beispielsweise in dem zitierten offenen Brief. Danach wurde es einige Wochen in der Öffentlichkeit stiller um das Thema „Arbeit“. Doch in persönlichen Gesprächen war es von Anfang an präsent und verlor nie an Aktualität. Regelmäßig sprachen mich Gruppenmitglieder auf die fehlende Möglichkeit zu arbeiten an.<sup>30</sup> Faktisch arbeiteten manche bereits, doch unter äußerst prekären Bedingungen.<sup>31</sup> Nachdem die Aufnahme als ver.di-Mitglieder schon im Juni 2013 erfolgt war, thematisierte *Lampedusa in Hamburg* im Frühjahr 2014 wieder öffentlich die Notwendigkeit, als Arbeitskräfte anerkannt zu werden. Damals rief die Gruppe das Projekt *Lampedusa in Hamburg Professions* gemeinsam mit Unterstützer\_innen ins Leben.<sup>32</sup>

### 5.1.2 Zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Akteur\_innen

Seit Beginn des Protests hatte sich *Lampedusa in Hamburg* explizit an die politischen Entscheidungsträger\_innen in Hamburg gewandt, so z.B. mit der „Öffentliche[n] Erklärung und Aufforderung zum ernsthaften Gespräch“ an die Hamburgische Bürgerschaft und Bürgermeister Olaf Scholz im Mai 2013.<sup>33</sup> Die Gruppe be-

<sup>29</sup> DGB Hamburg 2015.

<sup>30</sup> Vgl. z.B. Feldtagebuch 2013: 23.08.2013 und 27.08.2013 sowie Interview 2-2013 und 10-2013.

<sup>31</sup> Siehe Kapitel 4.3.1.

<sup>32</sup> Genauere Hintergründe zum Projekt *Lampedusa in Hamburg Professions* sowie kritische Reflexionen zur damit verbundenen Argumentationslinie siehe Kapitel 6.

<sup>33</sup> Vgl. auch Kapitel 2.1.

mühte sich auf verschiedenen Ebenen um Kontakte zu politischen Akteur\_innen, insbesondere aber auf lokaler Ebene, in Hamburg. Wie bereits beschrieben, wurde *Lampedusa in Hamburg* zwar zum Gesprächsthema in der Aktuellen Stunde der Hamburgischen Bürgerschaft, zu direkten Gesprächen zwischen dem Senat oder dem Bürgermeister und der Protestbewegung kam es jedoch zunächst nicht.

Erst am 7. August 2013 fanden sich Vertreter\_innen der Innenbehörde, der Nordkirche und der Protestbewegung zu einem Gespräch zusammen. Nachdem die drohende Abschiebung der Gruppe immer wieder im Raum gestanden und die Protestbewegung wochen- und monatelang vergeblich auf eine konstruktive Reaktion der politischen Verantwortungsträger\_innen gewartet hatte, war das Gespräch mit der Innenbehörde ein Hoffnungsschimmer.<sup>34</sup> Die Innenbehörde stand zu jenem Zeitpunkt durchaus unter Druck: Eine Rückführung der Protestierenden nach Italien war bisher nicht gelungen. Gleichzeitig wuchs die Unterstützung des Protests in der ganzen Stadt.<sup>35</sup> Eine konkrete Lösung boten die Behördenvertreter\_innen damals dennoch nicht an. Im Zusammenhang mit einer Einzelfallprüfung, aus Behördensicht die einzig denkbare Möglichkeit, standen allerdings erste Ideen im Raum, die auch in Verhandlungen im Oktober 2013 wieder aufgenommen wurden – z.B. die Einrichtung eines Sonderschalters für Mitglieder der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe in der Ausländerbehörde und das Angebot einer „wohlwollenden“ Prüfung der Anträge.<sup>36</sup> Dass es überhaupt zu einem Gespräch zwischen Protestbewegung und Senat kam, hatte seinen Grund: Nachdem ein solches Gespräch bis dato nicht möglich gewesen war, hatten nun Vertreter\_innen von Nordkirche und Diakonischem Werk zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen. Die Kirche spielte somit eine zentrale Rolle für das Zustandekommen des Dialogs: Sie vermittelte zwischen den verschiedenen Akteur\_innen, führte im Vorwege Gespräche mit der Innenbehörde einerseits und mit Vertreter\_innen von *Lampedusa in Hamburg* andererseits und verstand sich als Moderatorin.<sup>37</sup> Anfang September 2013 erklärte sich die Innenbehörde dann bereit, mehrere „Musterfälle“ anzunehmen, die sie prüfen würde, um eine genauere Einschätzung zu den Bleibeperspektiven der *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder geben zu können. Thomas Kärst, der theologische Referent der Bischöfin, brachte damals die Musterfälle persönlich von der Bischofskanzlei zur Innenbehörde. Erneut zeigte sich hier die zentrale Rolle der Kirche als Vermittlerin zwischen Protestbewegung und Behörde. Doch die Antwort kam schneller als erwartet: Innerhalb weniger Tage lehnte die

<sup>34</sup> Vgl. z.B. John, in: Interview 3-2013.

<sup>35</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 08.08.2013.

<sup>36</sup> Ebd. Darauf werde ich in Kapitel 5.4 näher eingehen.

<sup>37</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 08.08.2013.



Innenbehörde die eingereichten Musterfälle ab. Die Verhandlungen waren vorerst gescheitert.<sup>38</sup>

Die Verbindungen zwischen Kirche und Senat und generell zwischen Kirche und Staat sind historisch gewachsen. Erst in den Interviews, die ich einige Monate nach dem Höhepunkt des Protests führte, begannen sich mir die Zusammenhänge in all ihrer Komplexität zu erschließen. Dabei entdeckte ich auch, wie ausdifferenziert die Reflexionen innerhalb der Kirche waren. Die Pastoren der St. Pauli-Kirche formulierten es später im Interview wie folgt: „[I]rgendwo muss ja auch noch eine kritische Instanz demgegenüber sein, was hier sonst passiert“, begann Martin Paulekun. Und Sieghard Wilm ergänzte: „Also, es gibt fast keine anderen Social Player, die tatsächlich auch mal ein klares Gegenüber sein können – gegenüber dem Staat, der Behörde, einem Senat.“<sup>39</sup> Dieses Gegenüber ist die Nordkirche bzw. die Bischofskanzlei mitnichten nur in Zusammenhang mit *Lampedusa in Hamburg* gewesen. Es gibt institutionalisierte Verbindungen zwischen Kirche und Senat, die insbesondere durch die Landeskirchliche Beauftragte für die Stadt Hamburg, Dr. Elisabeth Chowaniec, gepflegt werden. Sie war auch an den Verhandlungen zwischen *Lampedusa in Hamburg*, Nordkirche und Senat beteiligt. Zudem wurde für die Verhandlungen bezüglich *Lampedusa in Hamburg* Hans-Peter Strengé als Ombudsmann eingesetzt. Er ist einerseits SPD-Mitglied und war früher gut elf Jahre lang Bezirksamtsleiter in Hamburg-Altona, danach sechs Jahre Staatsrat für Justiz und Bezirksverwaltung beim Hamburger Senat und andererseits Präses der Nordelbischen Landeskirche.<sup>40</sup> Da er folglich an beiden Stellen die Beteiligten kennt, wurde Hans-Peter Strengé zu einer wichtigen Vermittlungsperson.<sup>41</sup> Doch *Lampedusa in Hamburg* war nur eines von vielen Themen, die Stadt und Kirche bewegten. Und es war nur eines von mehreren Themen, die in der jüngeren Vergangenheit zu kontroversen Debatten zwischen dem Senat einerseits und der Nordkirche – insbesondere der Bischofskanzlei und der Landeskirchlichen Beauftragten – andererseits geführt hatten: „Und das muss man auch noch mal auf dem Tableau sehen. Es gab den Clash ‚Rückkauf der Netze‘, es gibt im Moment den Clash ‚Reli-

<sup>38</sup> Vgl. ebd.: 17.09.2013.

<sup>39</sup> Paulekun/Wilm, in: Interview 22-2014. Auch wenn die Nordkirche hier als Gegenüber für staatliche Akteur\_innen erscheint, sei zumindest darauf hingewiesen, dass es sich dabei nicht immer um ein *klares* Gegenüber handelt, da die Kirche selbst ein vielfältiges Gefüge ist (vgl. Kapitel 5.1.3).

<sup>40</sup> Als solcher war er ab 2003 tätig. Seine Amtszeit endete, als die Nordelbische Landeskirche 2012 mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche Mecklenburgs und der Pommerschen Evangelischen Kirche zur Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) fusionierte (vgl. Strengé, in: E-Mail-Interview 2016).

<sup>41</sup> Vgl. Strengé, in: E-Mail-Interview 2016.

gionsunterricht/Schule‘ und on the top *Lampedusa in Hamburg*.<sup>42</sup> Diese anderen Themen stehen im Kontext einer institutionellen Abhängigkeit der Kirche vom Staat: bei der Finanzierung von Kindertagesstätten, Pflegeheimen, anderen sozialen Einrichtungen<sup>43</sup> und kirchlichen Großprojekten. „Also, Kirche ist ja immer zwischen Baum und Borke“, kommentierte Pastor Sieghard Wilm. „Das ist zum Beispiel so: Da wird eine Katharinenkirche gerade saniert, das kostet 13 Millionen. Und da braucht man schlichtweg auch öffentliche Gelder. Und da kann man es sich ganz ganz schlecht leisten, sich jetzt zu verkrachen mit der hiesigen Politik [...].“<sup>44</sup> Angesichts dieses größeren Kontextes war die Tatsache, dass Bischöfin Fehrs sich überhaupt persönlich – über die sonstigen, institutionalisierten Kontakte der Nordkirche zu Behörden und Senat hinaus – in die Unterstützung von *Lampedusa in Hamburg* einbrachte, durchaus bemerkenswert. Auch andere kirchliche Akteur\_innen hatten offenbar die grundsätzlichen Kontakte zum Senat im Blick und entschieden sich deshalb gegen ein offensives, öffentliches Engagement für die Gruppe: „Nun ja, also, wir haben in der Zeit eben schon auch deutlich gemerkt, dass unsere Nachbargemeinden da wesentlich zurückhaltender sind, um das *ganz vorsichtig* auszudrücken“, erinnerte sich Sieghard Wilm an den Sommer 2013. Und Martin Paulekun ergänzte: „Ja, die sind sehr von uns abgerückt, hatten große Bedenken, dass wir den Senat vergraulen.“<sup>45</sup>

Ebenso wie zwischen Kirchen und Senat besteht auch zwischen Gewerkschaften und Senat eine enge, seit langem gewachsene Verbindung. Für Peter Bremme, Fachbereichsleiter Besondere Dienstleistungen im ver.di-Landesbezirk Hamburg, basiert die Verbindung zwischen ver.di und Senat insbesondere auf einzelnen Personen, die er als „politisches Personal“<sup>46</sup> bezeichnet:

„Es gab diesen symbolischen Ort der Kirche [...] und wenn zu diesem Zeitpunkt sich die Gewerkschaft quasi in der gleichen Art und Weise engagiert hätte wie die Kirche das gemacht hat, dann hätten wir ein anderes Verhältnis hier. Und das war eine Möglichkeit, wo wir versucht haben, darauf hinzuarbeiten. Und das hat mit dem politischen Personal hier nicht geklappt, [*kleine Pause*] aber: viel bewegt. [...] Und es war klar, dass eine Organisation, deren Köpfe größtenteils ein Parteibuch haben,

<sup>42</sup> Leiß, in: Interview 9-2013.

<sup>43</sup> Vgl. auch entsprechende Hinweise von Carina Leiß, in: Felddtagebuch 2013: 21.06.2013.

<sup>44</sup> In: Interview 22-2014.

<sup>45</sup> Ebd.

<sup>46</sup> Auch in der Nordkirche war solches „politisches Personal“ zu finden. So war beispielsweise eine enge Freundin von Bürgermeister Olaf Scholz im Kirchengemeinderat der St. Pauli-Kirche. Sie war darüber hinaus sowohl Mitglied der Kirchenleitung der Nordkirche als auch der SPD und persönliche Referentin des Schulsenators. Dies führte durchaus zu internen Diskussionen und Dissensen, hinderte die St. Pauli-Kirche jedoch nicht an ihrem Engagement (vgl. die Schilderungen der Pastoren Paulekun und Wilm, in: ebd.).

und zwar das der regierenden Partei hier, aus diesen Gründen nicht so ansprechbar war auf das Thema, aber wir haben es auf jeden Fall doch versucht.“<sup>47</sup>

Während die Gewerkschaften argumentierten, dass die Unterstützung von *Lampedusa in Hamburg* nicht zu ihren Aufgaben gehörte<sup>48</sup>, deuten die beschriebenen Darstellungen meiner gewerkschaftlichen Interviewpartner\_innen darauf hin, dass in erster Linie der politische Wille fehlte, in die Protestbewegung involviert zu sein. Die enge Verbindung zwischen ver.di und Senat erklärte Peter Bremme im Interview nicht zuletzt anhand des früheren Landesbezirksleiters von ver.di:

„Von der Konstruktion her ist es so, dass der alte Landesbezirksleiter, Wolfgang Rose, Mitglied in der Bürgerschaft ist. Und ist in dieser Funktion neben den Sachen, die er in der Bürgerschaft macht, von der Partei auserkoren, der Verbindungsmensch zwischen Gewerkschaftshaus und Rathaus zu sein [...].“<sup>49</sup>

Dass eine Gewerkschaft derart enge Verbindungen zur Regierung pflegt, basiert in der Praxis also nicht auf formalen Strukturen, sondern auf dem Handeln einzelner Menschen, die diese Verbindung aufrecht erhalten bzw. die selbst die Verbindung sind. Im Fall von Wolfgang Rose führte dies zu offensichtlichen Widersprüchen zwischen seinen früheren Äußerungen als Gewerkschafter und Oppositionspolitiker und seinen aktuellen Äußerungen als Gewerkschafter und Mitglied der regierenden Partei. Noch wenige Jahre zuvor hatte er sich eindeutig an der Seite von Menschen ohne Papiere positioniert. In einer Rede bei der Parade *Recht auf Stadt* im Jahr 2009 – als er als Abgeordneter der SPD, zu dem Zeitpunkt in der Opposition, in der Hamburgischen Bürgerschaft tätig war – trat er für die Rechte von Illegalisierten ein.<sup>50</sup> Anders als mit der veränderten politischen Rolle von Wolfgang Rose lässt sich dieser Wandel nicht erklären – oder wie Peter Bremme es formulierte: damit, „dass 'ne politische Position 'ne Verfallszeit von Machtopportunität hat“<sup>51</sup>.

Darüber hinaus lässt sich bei ver.di – wie schon bei der Nordkirche – beobachten, dass es in der Auseinandersetzung mit politischen Akteur\_innen nicht allein um die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe ging. Auch bei der Gewerkschaft reihte sich, wie Nadja Rakowitz feststellt,

„dieser Konflikt nämlich ein in andere politische Auseinandersetzungen innerhalb von ver.di, wie beispielsweise die Position zur Elbvertiefung („Fahrrinnenanpassung“)

<sup>47</sup> Bremme, in: Interview 18-2014. Auf die hier angedeutete Bewegung innerhalb der Gewerkschaften werde ich in Kapitel 5.1.3 näher eingehen.

<sup>48</sup> Siehe unten.

<sup>49</sup> Bremme, in: Interview 18-2014.

<sup>50</sup> Vgl. Rose 2009.

<sup>51</sup> Bremme im Anschluss an Interview 18-2014, zit. nach: Interview 18-2014: Gesprächsprotokoll.

oder zum vollständigen Rückkauf der Energienetze durch die Freie und Hansestadt Hamburg. In beiden Fällen hatte der Landesbezirksleiter Wolfgang Abel die Position des SPD-Senats unterstützt und dies damit begründet, dass ver.di ‚Arbeitnehmerinteressen‘ vertrete. [...] In beiden Konflikten wurden – mit bisweilen populistischen Sprüchen – schlichtweg die unterstellten Interessen der ‚Kernbelegschaften‘ zu den maßgeblichen von ver.di erklärt. Prekär Beschäftigte, Menschen, die nicht in deutsche arbeits-, sozial- und aufenthaltsrechtliche Normen passen, oder gar Illegal(isiert)e passen nicht in diese enge Politikvorstellung, wenn sie nicht sogar gleich als Konkurrenz wahrgenommen werden.“<sup>52</sup>

Auch zwischen DGB und Senat lässt sich eine enge Verbindung nachweisen. Der frühere DGB-Vorsitzende, Uwe Grund, war früher SPD-Fraktionsvorsitzender der Hamburgischen Bürgerschaft.<sup>53</sup> Diese personelle Nähe zum Senat relativierte sich, als Katja Karger im Dezember 2013 neue Vorsitzende des DGB Hamburg wurde. Diese betonte im Gespräch immer wieder, dass der DGB kein politischer Akteur sei. Dennoch wies auch Katja Karger auf die bestehenden Verbindungen zu politischen Gremien hin. Die Rolle des DGB sei die, die er eigentlich immer habe:

„Wir sind der *Dachverband*. Das heißt, wir sind die Schnittstelle der Interessen der Gewerkschaften hin in die Öffentlichkeit und hin in die Politik. [...] [N]atürlich gibt es eine *politische* Verantwortung der *politisch Handelnden*, die dafür sorgen müssen, dass es hier eine humanitäre Lösung gibt und auch einen Umgang mit Würde, auch gegenüber allen Menschen, die in dieser Stadt sind. Und das ist sozusagen die Ansage. Der Rest ist *nicht* unsere Aufgabe.“<sup>54</sup>

Die Beziehungen, die der DGB in politische Gremien hinein pflegt, äußerten sich beispielsweise darin, dass er seinen „Informationsbedarf [...] natürlich“ über

„unsere jeweiligen Ansprechpartner a) beim Senat und b) natürlich auch bei der Politik [deckte], was in diesem Fall ja quasi fast identisch ist – also, wir haben genauso mit der Fraktion gesprochen wie dann auch mit dem Senat, wie denn die Haltung ist, wie die Grundlagen sind, wie der Senat das einschätzt, welche Bewegungsmöglichkeiten er hat. Also, es gab eine[n] ganz große[n] [...] Informationsaustausch und das wird dann wiederum zurückgespielt in den Vorstand. Und dann ist das ein Teil der – sozusagen – Diskussionsgrundlage: Welche Position nehmen *wir* ein?“<sup>55</sup>

Grundsätzlich stehe der DGB selbstverständlich für eine „würdevolle Politik“<sup>56</sup> für Geflüchtete, aber konkrete Handlungsmöglichkeiten zur Unterstützung der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe sah Katja Karger nicht. Sie zog hier insbesondere

<sup>52</sup> Rakowitz 2013.

<sup>53</sup> Vgl. DGB Hamburg 2009.

<sup>54</sup> Karger, in: Interview 17-2014.

<sup>55</sup> Karger, in: ebd.

<sup>56</sup> Karger, in: ebd.

auch eine Grenze zwischen den Möglichkeiten von Kirchen und denen von Gewerkschaften:

„Die Kirche kann das aus ihrem kirchlichen Auftrag heraus sagen, aus Menschlichkeit und Mitgefühl usw. haben die einen anderen Auftrag, zu sagen: Wir können auch Unterbringung organisieren oder uns dafür einsetzen oder wie auch immer. [...] Wir können nur sagen: Politik, ihr müsst da 'was tun! *Das* ist unser Job.“<sup>57</sup>

Die neue DGB-Vorsitzende unterschied zwischen „Asylpolitik“ im Allgemeinen – verbunden mit einer klaren, jedoch letztlich rein verbalen Position *für* Geflüchtete – und *Lampedusa in Hamburg* im Speziellen – verbunden mit einer unklaren Position und der ihres Erachtens fehlenden Möglichkeit, sich praktisch zu engagieren. Ähnlich hatte auch ihr Vorgänger, Uwe Grund, argumentiert. Er bettete den Protest in den größeren Kontext ein und verschob auf diese Weise die Debatte. Er drängte so die konkrete Situation von *Lampedusa in Hamburg* in den Hintergrund und ging folglich auch nicht auf die konkrete Frage ein, die sich sonst aufgedrängt hätte: Wie positioniert und engagiert sich der DGB in diesem Zusammenhang? „Hamburgs DGB-Vorsitzender Uwe Grund macht im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion um Flüchtlinge in der Stadt darauf aufmerksam, dass die Probleme in Hamburg viel breiter und gravierender sind, als aktuell am Beispiel der Gruppe ‚Lampedusa‘ diskutiert“<sup>58</sup>, hieß es in einer Pressemitteilung des DGB Hamburg vom 16.10.2013. Bereits einige Monate zuvor hatten verschiedene zivilgesellschaftliche Akteur\_innen einen Aufruf unter dem Titel „Sie sind unsere Nachbarn – weltweit und nebenan. Für einen zivilgesellschaftlichen Umgang mit Flüchtlingen in Hamburg“<sup>59</sup> veröffentlicht, in dem die Notwendigkeit einer „menschenwürdige[n] Unterkunft“ für Geflüchtete hervorgehoben wurde. „Verbände, Vereine, Gemeinden, Organisationen und Institutionen“ sowie „alle Menschen, die guten Willens sind“, wurden aufgefordert, die Ankommenden willkommen zu heißen, bei der Suche nach Unterkünften zu helfen, etc. Es wurde an ihre „Solidarität“ und ihren „Bürgersinn“ appelliert. Der Aufruf war von Wolfgang Rose und Kazim Abaci initiiert worden. Beide positionierten sich als zivilgesellschaftliche Akteure, indem sie als „ehem. Gewerkschaftsvorsitzender“ und als „Geschäftsführer Unternehmer ohne Grenzen e.V.“ unterschrieben. Beide sind jedoch auch SPD-Politiker. Kazim Abaci war als Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft unmittelbar mit dem Thema befasst. Auch hier sind die Verbindungen zwischen Politik und Zivilgesellschaft nicht zu übersehen. Sie sind durch einzelne Personen gegeben, die gleichzeitig politische und zivilgesellschaftliche Rollen ein-

<sup>57</sup> Karger, in: ebd.

<sup>58</sup> DGB Hamburg 2013: 16.10.2013.

<sup>59</sup> Rose/Abaci 2013.

nehmen. Der Aufruf wurde von weiteren hochrangigen zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen mitgetragen. Hamburgs DGB-Vorsitzender Uwe Grund und Bischöfin Kirsten Fehrs gehörten zu den Erstunterzeichnenden. In diesem Aufruf blieben der Protest und die aktuelle Situation der Gruppe gänzlich unerwähnt. Während sich der Protest der Geflüchteten auf dem Höhepunkt befand, diskutierten hier zivilgesellschaftliche Akteur\_innen die Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland und in Hamburg – „besonders in unserer reichen Stadt“ – im Allgemeinen. So wichtig der Blick auf das große Ganze sein mag: Der Appell ignorierte dabei die Perspektive eines aktuellen und andauernden Protests von Menschen, die die im Appell kritisierten Politiken konkret erlebten und herausforderten.

### 5.1.3 Innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen

Die Rollen der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen waren vielschichtig und ambivalent, handelt es sich dabei doch um große Organisationen mit komplexen Strukturen und unterschiedlichsten Menschen, die diese ausgestalten. *Lampedusa in Hamburg* hat diese Institutionen in Bewegung versetzt, hat für Wirbel gesorgt, für interne und öffentliche Diskussionen und für Uneinigkeit.

Wenn in der Öffentlichkeit von „der Kirche“ die Rede war, geriet die Tatsache, dass es nicht *die eine Kirche* gibt, allzu oft in den Hintergrund. Es war die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland (Nordkirche), die sich engagierte, die jedoch selbst aus vielen einzelnen Arbeitsbereichen und Menschen besteht. Dazu gehörten insbesondere das Diakonische Werk (Hauptbereich 7), die Synode – sozusagen das Parlament – der Nordkirche, die Bischofskanzlei für den Sprengel Hamburg-Lübeck, die Landeskirchliche Beauftragte für die Stadt Hamburg, die Kirchenkreise Hamburg-West/Südholstein und Hamburg-Ost inklusive der darin ansässigen Kirchengemeinden, die für Unterkünfte und Essen sorgten, sowie der kirchlichen Beratungsstelle *fluchtpunkt* im Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein und die Beauftragte für Migrations-, Asyl- und Menschenrechtsfragen der Nordkirche (Hauptbereich 4).<sup>60</sup> Außerdem wurden ab Mai 2013 im Hauptbereich 4 nach und nach mehrere befristete Voll- und Teilzeit-Stellen eingerichtet, durch die die Unterstützung der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe koordiniert wurde.

Zwischen den unterschiedlichen Beteiligten gab es zahlreiche Zusammenkünfte und Debatten. Obwohl ich mich auch beruflich in kirchlichen Kontexten bewegte und mit vielen Mitarbeitenden informell in Kontakt war, war es für mich

<sup>60</sup> Vgl. auch Interview 9-2013 sowie Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland 2017.

schwer, den Überblick zu behalten: Wer macht was? Wer möchte was? Wer positioniert sich wie? Eine *Kirchliche Koordinierungsrunde* wurde eingerichtet, durch die die verschiedenen Akteur\_innen kontinuierlich in Kontakt blieben und ihre Aktivitäten aufeinander abstimmten.<sup>61</sup> Auch auf kirchenpolitischer Ebene wurde die Situation von *Lampedusa in Hamburg* – im Kontext der generellen Situation von Geflüchteten in Europa – diskutiert. Eine Stellungnahme der Nordkirchen-Synode vom 20.09.2013 bildete einen Meilenstein: Ohne Gegenstimme verabschiedete sie eine Erklärung, in der sie sich dafür einsetzte, die „Flüchtlingsaufnahme in Europa solidarisch [zu] gestalten“<sup>62</sup>. In der Erklärung nahm das Kirchenparlament auch Bezug auf *Lampedusa in Hamburg*. Zudem wurde die Pressemeldung mit einem gemeinsamen Foto von Bischöfin Kirsten Fehrs, dem Präses der Nordkirche, Andreas Tietze, und Mitgliedern von *Lampedusa in Hamburg* versehen. Die Forderung nach einem Bleiberecht für die Gruppe war unmissverständlicher Bestandteil der Erklärung:

„Am Beispiel von Hamburg erleben wir zurzeit, wie die verzweifelte Lage von Flüchtlingen die Menschen einer Stadt dazu bringt, sich einzusetzen. [...] Mit ihnen fordern wir, dass sie gehört werden und hier ein Leben in Würde führen können. [...] Im Blick auf die ‚Lampedusa-Gruppe‘ in Hamburg erwarten wir, dass die politisch Handelnden eine Lösung herbeiführen, die unter Ausnutzung aller rechtlichen Möglichkeiten Lebenschancen für diese Menschen in Deutschland eröffnet.“<sup>63</sup>

Diese Rückendeckung des Kirchenparlaments stellte auch eine wichtige Grundlage für das weitere Engagement der St. Pauli-Kirche dar. Nach Ansicht der dortigen Pastoren war diese sogar notwendig, um die Unterbringung der Gruppenmitglieder in der Kirche überhaupt fortzusetzen: „Und ehrlich gesagt, wenn das *nicht* so gewesen wäre, hätten die uns hier so *eingemacht* als kleine Kirchengemeinde. Da wollen wir uns mal echt nicht überschätzen. Die hätten hier geräumt, die hätten sonstwas gemacht und wir hätten überhaupt nichts mehr gemacht.“<sup>64</sup> In Interviews, bei verschiedenen Veranstaltungen und in informellen Gesprächen erhielt ich widersprüchliche Aussagen, wer in der Nordkirche welche Aufgabe und Verantwortung habe und welche Rolle sich daraus im Zusammenhang mit *Lampedusa in Hamburg* ergebe. Übereinstimmend berichteten jedoch Bischöfin Fehrs, ihr theologischer Referent, Thomas Kärst, und die Pastoren der St. Pauli-Kirche

<sup>61</sup> Vgl. z.B. Kärst, in: Interview 23-2014.

<sup>62</sup> Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland 2013b. Einzig ein Satz, in dem für *free choice* – also: für eine freie Wahl des Wohnortes durch Geflüchtete – plädiert wurde, wurde aus dem vorliegenden Entwurf gestrichen. Dafür konnte keine Mehrheit gewonnen werden (vgl. Feldtagebuch 2013: 20.09.2013).

<sup>63</sup> Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland 2013b.

<sup>64</sup> Paulekun, in: Interview 22-2014.

von der engen Abstimmung, die im Endeffekt zwischen der Bischofskanzlei und der St. Pauli-Kirche stattgefunden habe.<sup>65</sup> Ebenso deckungsgleich waren die Darstellungen von *Lampedusa in Hamburg* und kirchlichen Vertreter\_innen, dass die Protestbewegung von sich aus sowohl auf die Bischöfin als auch auf die St. Pauli-Kirche zugegangen war.<sup>66</sup> Nicht zuletzt brachte also das eigenständige Agieren der Protestbewegung und ihre Entscheidung, bestimmte kirchliche Akteur\_innen anzusprechen und anzufragen, die bestehenden Strukturen und damit die üblichen Abläufe in der Nordkirche durcheinander. *Lampedusa in Hamburg* hatte die Rollen geradezu umgekehrt. Es war nicht wie sonst die Kirche, die entschied, um wen sie sich in welcher Form *kümmern* wollte, sondern es war die Protestgruppe, die selbst auf sich aufmerksam machte und eine konkrete Anfrage formulierte. Die Kirche, die sich als „humanitäre HelferIn“ positionierte<sup>67</sup>, sah sich einer wachsenden, sich emanzipierenden Protestbewegung gegenüber, der nicht nur „geholfen“ werden wollte, sondern die politische Ziele verfolgte und die umso irritierter reagierte, je mehr sich die Kirche als Akteurin eines zivilgesellschaftlichen und staatlichen Humanitarismus zeigte. Dieser Humanitarismus vernachlässigte die globalen, (post-)kolonialen Zusammenhänge, die die Gruppe in diese prekäre Lebenssituation brachten, und reduzierte die Protestbewegung stattdessen auf einzelne Menschen in individuellen Notsituationen, in denen ihnen geholfen werden musste. „Jeder von ihnen hat ein persönliches Schicksal“<sup>68</sup>, so Bischöfin Kirsten Fehrs. Doch gerade hier liegt der grundlegende Dissens: Die Gruppenmitglieder artikulierten in aller Deutlichkeit, dass sie eben kein „persönliches Schicksal“ erlebten, sondern dass sie kollektiv prekariisiert wurden und dass Europa – auf transnationalen, nationaler und lokaler Ebene – für diese Situation verantwortlich war.

Auch innerhalb der Gewerkschaften brachte *Lampedusa in Hamburg* viel in Bewegung. Im ver.di-Landesbezirk Hamburg waren die ausgelösten Konflikte besonders groß. Dies ging damals sowohl aus der medialen Berichterstattung als auch aus Informationen hervor, die dann und wann in das Plenum von *Lampedusa in Hamburg* und ihrer Unterstützer\_innen hineingetragen wurden. Wie groß die entstandene Unruhe war, begriff ich jedoch erst Monate später, als ich Interviews mit gewerkschaftlichen Mitarbeiter\_innen führte. Im Mittelpunkt der damaligen Debatte stand die Frage, ob Mitglieder der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe ver.di-Mitglieder werden konnten und durften. Zunächst waren, wie bereits erwähnt,

<sup>65</sup> Vgl. Interviews 22-2014 und 23-2014. Dennoch blieb dabei die beschriebene Autonomie der St. Pauli-Kirche und der dort untergebrachten Gruppenmitglieder erhalten (vgl. ebenfalls Interview 23-2014).

<sup>66</sup> Siehe auch Kapitel 2.

<sup>67</sup> Siehe Kapitel 2.6.

<sup>68</sup> Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland 2013a.



ca. 200 Gruppenmitglieder in die Gewerkschaft aufgenommen worden. Sowohl die Praxiserfahrung von ver.di in der Unterstützung von Menschen ohne Papiere<sup>69</sup> als auch eine Grundsatzerklärung von ver.di aus dem Jahr 2010 schienen eine klare inhaltliche Grundlage für die Aufnahme der Geflüchteten zu liefern. So verweist die Grundsatzerklärung, wie ver.di Hamburg in einer Pressemitteilung zur Aufnahme von *Lampedusa in Hamburg*-Mitgliedern aufzeigt, explizit auf „das Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit, auf menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen, auf Anerkennung und Respekt“<sup>70</sup>, das allen Menschen gelte. Doch trotz dieser positiven Vorzeichen wurde die Aufnahme der Geflüchteten von der ver.di-Landesleitung weder unterstützt noch akzeptiert. Sie gab eine Stellungnahme bei der ver.di-Bundesverwaltung in Auftrag, um zu eruieren, ob die Mitgliedschaft überhaupt möglich wäre. Diese „massive Gegenwehr“<sup>71</sup> war angesichts der Praxis der vorangegangenen Jahre durchaus überraschend. Dennoch schien es dafür eine einfache Erklärung zu geben. Als ich Peter Bremme im Interview danach fragte, verwies er erneut auf die Querverbindungen zwischen Gewerkschaft und politischer Regierung<sup>72</sup>: „Also, mein Erklärungsansatz ist relativ einfach. Denn hier gibt es eine Alleine-Regierung einer Partei, es gibt viele Agenten der Partei in diesem Haus und die haben nicht im Sinne der Gewerkschaftspolitik reagiert, sondern im Sinne der doppelten Loyalität zu ihrer Partei [...]“<sup>73</sup>

Die Verantwortlichen des *Ressorts 2 Organisationspolitik* der ver.di-Bundesverwaltung, die die Stellungnahme zur „Aufnahme von Flüchtlingen als Mitglieder in ver.di“<sup>74</sup> erarbeiteten, kamen zu dem Schluss, dass die Aufnahme nicht möglich sei. Offiziell begründeten sie dies mit „satzungs- und organisationspolitische[n]“<sup>75</sup> Argumenten. Sie verwiesen auf die vermeintlich größeren politischen Zusammenhänge, in denen Lobbyarbeit für Menschen ohne Papiere geschehen müsste, ohne in Erwägung zu ziehen, dass auch in der konkreten, gewerkschaftlichen Praxis Politik gemacht wird – und sie somit sehr wohl die Möglichkeit gehabt hätten, mit ihrer Stellungnahme ein entsprechendes Zeichen zu setzen. Stattdessen leiteten sie ihre Stellungnahme wie folgt ein:

<sup>69</sup> Seit vielen Jahren setzt sich ver.di gezielt für deren Rechte ein und hat in Hamburg beispielsweise die Beratungsstelle *MigrAr* ins Leben gerufen, die inzwischen in Trägerschaft des DGB und zum Vorbild für zahlreiche Beratungsstellen bundesweit geworden ist (vgl. DGB Hamburg 2015).

<sup>70</sup> ver.di 2010.

<sup>71</sup> Bremme, in: Interview 18-2014.

<sup>72</sup> Siehe auch Kapitel 5.1.2.

<sup>73</sup> Bremme, in: Interview 18-2014.

<sup>74</sup> ver.di Ressort 2 Organisationspolitik 2013: 1.

<sup>75</sup> Ebd.

„Unabhängig von der Notwendigkeit der politischen Unterstützung der Personen und den entsprechenden Beschlüssen des Bundeskongresses, die zum Beispiel eine politische Einflussnahme für Personen ohne Papiere oder eine Verbesserung der Lebensbedingungen für Asylsuchende einfordern (1203/A201/A205), stellt sich jedoch insbesondere die satzungs- und organisationspolitische Frage, ob diese Personen auch Mitglied in ver.di werden können.“<sup>76</sup>

Es folgte eine Erörterung, unter welchen Umständen eine Aufnahme in ver.di möglich wäre. Wenn überhaupt, wäre die Aufnahme von *Lampedusa in Hamburg* demnach als Erwerbslose denkbar gewesen. In diese Kategorie wären sie jedoch aufgrund ihrer fehlenden Arbeitserlaubnis nicht einzuordnen. Darüber hinaus hätte es eine Zuordnung zum Fachbereich 13 gebraucht. Diese wiederum sahen die Autor\_innen nicht als gegeben an. Um ihre Argumentation zu stützen, bezogen sie sich zum Schluss auf die „bisherige Praxis in ver.di“<sup>77</sup> und nannten andere Gruppen, die auch nicht Mitglieder werden konnten und „systematisch vergleichbar“<sup>78</sup> seien: Rentner\_innen und Gefängnisinsassen, für die weder das Kriterium der Beschäftigung noch der Erwerbslosigkeit gälte, sowie Studierende ohne Bezug zum jeweiligen Organisationsbereich. Diese Vergleiche unterstreichen die explizit verwaltungstechnische und nicht an Inhalten orientierte Analyse, die die Bundesverwaltung vorgenommen hatte. Am Ende stand die Schlussfolgerung: „Nach der derzeitigen Satzung ist eine Aufnahme der libyschen Flüchtlinge aufgrund der fehlenden Mitgliedschaftsvoraussetzungen – soweit erkennbar – nicht möglich.“<sup>79</sup>

Der Wirbel bei ver.di zeigte sich auch an der Basis der Organisation. Es gab viele Stimmen von Mitgliedern, die sich ausdrücklich für die Aufnahme von *Lampedusa in Hamburg*-Mitgliedern aussprachen. „Jetzt weiß ich, warum ich noch in der Gewerkschaft bin, vorher war mir das nicht klar und jetzt ist das ein Akt, wo klar ist: Ich möchte weiterhin Mitglied bleiben.“<sup>80</sup> So oder ähnlich klangen die Stimmen der Fürsprecher\_innen. Auch der Migrationsausschuss von ver.di im Landesbezirk Hamburg drückte am 10.07.2013 in einer Pressemitteilung seine Rücken- deckung für die Aufnahme der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe in ver.di und für eine dauerhafte Bleibeperspektive der Gruppe in Hamburg aus.<sup>81</sup> Ver.di-Mitglieder nahmen in einem Offenen Brief an den Bundesvorstand unter dem Titel „Migrationskontrolle ist nicht unser Geschäft! – Für eine ver.di-Mitgliedschaft unabhängig

<sup>76</sup> Ebd.

<sup>77</sup> Vgl. ebd.: 3.

<sup>78</sup> Vgl. ebd.

<sup>79</sup> Ebd.: 4.

<sup>80</sup> Zit. nach: Bremme, in: Interview 18-2014. Laut Peter Bremme gab es aus demselben Grund allerdings ebenso – wenn auch nur wenige – Austritte.

<sup>81</sup> Vgl. Migrationsausschuss ver.di Landesbezirk Hamburg 2013.

vom Aufenthaltsstatus!“<sup>82</sup> gemeinsam Stellung. Sie kritisierten die Einschätzung der ver.di-Bundesverwaltung, dass die Aufnahme satzungswidrig und somit nicht möglich sei: „ver.di sollte sich an der Realität orientieren: die Geflüchteten leben hier und sie arbeiten hier.“<sup>83</sup> Wenn die Satzung dieser Realität nicht gerecht werde, müsse die Satzung entsprechend verändert werden. Dieser Hinweis liest sich wie eine Übersetzung dessen, was *Lampedusa in Hamburg* stets zu bedenken gab: „[L]aw was made for man and not man was made for law. Therefore, it can be abolished or amended.“<sup>84</sup> Mehr als 500 Mitglieder unterzeichneten den Brief, der am 16.12.2013 übergeben wurde.<sup>85</sup>

Neben der oben erwähnten Stellungnahme der ver.di-Bundesverwaltung, die die Landesbezirksleitung in Auftrag gegeben hatte, erteilte sie Peter Bremme eine Ermahnung wegen formaler Fehler, die er beim Einreichen der Mitgliedschaftsanträge begangen habe. Zwar hatte der Landesbezirksvorstand am 05.08.2013 einen Beschluss gefasst, in dem er die Landesbezirksleitung aufforderte, „in Zusammenhang mit ‚Lampedusa‘ arbeitsrechtliche Maßnahmen jeglicher Art zu unterlassen“<sup>86</sup>. Doch dieser Aufforderung kam die Landesbezirksleitung nicht nach. Peter Bremme erläuterte mir im persönlichen Gespräch die Einzelheiten der Vorwürfe gegen ihn. Es gab damals ein Gewerkschaftsmitglied, das die *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder geworben hatte. Die werbende Person ist in der Regel auf dem jeweiligen Eintrittsformular zu nennen. Da es in diesem Fall eine einzige Werberin war, die die Aufnahme der betreffenden 185 Menschen aus der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe angestoßen hatte, vermerkte sie ihren Namen lediglich auf den ersten 10 Formularen. Sie reichte alle Formulare gesammelt in einem Karton ein und verfasste für die übrigen Formulare einen „Beipackzettel“, aus dem hervorging, dass sie in allen 185 Fällen die Werberin war. Peter Bremme betonte im Interview zudem, dass sie „eine solidarische Frau“ sei, die auch die ihr zustehende Werbepremie „sehr wahrscheinlich nicht für sich behalten hätte“<sup>87</sup>. Was folgte, war der Vorwurf des Betrugs, den Herr Bremme gedeckt habe, indem er die Eintrittsformulare mit dem Hinweis, alle Eintritte stünden in Verbindung mit derselben Werberin, weitergereicht habe. Der „Beipackzettel“ sei damals, so Peter Bremme, nicht mehr auffindbar gewesen:

---

82 ver.di-Mitglieder 2013.

83 Ebd.

84 Udo, zit. nach: Felddagebuch 2013: 19.06.2013 und 18.10.2013 (Pressekonferenzen).

85 Vgl. z.B. Nowak 2013.

86 ver.di Landesbezirksvorstand Hamburg 2013. Zudem wies der Landesbezirksvorstand in seinem Beschluss auf einen Antrag an den darauffolgenden Bundeskongress hin, durch den der Mitgliederstatus der betroffenen Geflüchteten „konkretisiert“ (ebd.) werden sollte.

87 In: Interview 18-2014.

„Und daraus wurde gemacht: Nur durch das beherzte Eingreifen der Landesbezirksleitung ist der Organisation ein Schaden von so und soviel Tausend Euro *nicht* entstanden [...]. Und das war quasi eine echte Kampfansage hier [...]. Und für mich war klar: Ich kann mir das aus den verschiedensten Gründen nicht bieten lassen. Außerdem entsteht hier ein politisches Klima [...], was ich nicht tragen möchte. Und habe deswegen zum ersten Mal gegen meine eigene Organisation geklagt. Und daraus hat sich dann ein Schriftwechsel ergeben, mit ein paar Terminverschiebungen, der letztendlich dann bis in dieses Jahr hinein gereicht hat, sodass dann der Gerichtsprozess – oder dieser Güetermin, der im Raum stand – zu einem Zeitpunkt, wo letztendlich die Neuwahl [...] der Landesbezirksleitung – oder eines [...] wichtigen Teils: des Vorsitzenden – vor der Tür stand [*bricht den Satz ab*]. Und dann ist es anders gelöst worden, nämlich: dass es letztendlich zurückgezogen wurde [...]. Ja, und derjenige, der das politisch zu verantworten hat, ist nicht mehr im Amt.“<sup>88</sup>

Auch die – am Ende aufgehobene – Ermahnung blieb damals nicht ohne Wirbel innerhalb von ver.di. Die Landesfachbereichsleiter\_innen und Sekretär\_innen des Fachbereich 13 von ver.di aus dem ganzen Bundesgebiet wandten sich in einem Brief an den damaligen Landesbezirksleiter, Wolfgang Abel, und an den Bundesvorsitzenden, Frank Bsirske. Sie schrieben über ihr „völliges Unverständnis“ darüber, „dass das Engagement unseres Kollegen Peter Bremme für die Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg arbeitsrechtlich sanktioniert werden soll“. Des Weiteren argumentierten sie ähnlich, wie es später auch die Mitglieder in ihrem offenen Brief an den Bundesvorstand taten und plädierten für eine inhaltliche Debatte und eine gegebenenfalls notwendige Satzungsänderung:

„Es handelt sich also primär um eine (gewerkschafts-)politische Debatte und allenfalls sekundär um eine satzungsrechtliche Fragestellung. Wenn wir mehrheitlich meinen, dass es politisch zielführend ist, die Kolleginnen und Kollegen in ver.di aufzunehmen, muss die Satzung der politischen Beschlusslage folgen.“<sup>89</sup>

Der Konflikt um *Lampedusa in Hamburg* wurde zum Katalysator interner Struktur- und Machtdebatten. Es ging um die grundlegende Frage, wer in der Gewerkschaft was mit wessen Erlaubnis tut und tun darf.<sup>90</sup> Nach monatelangen „Spannungen“, auch mit dem Landesbezirksvorstand, erklärte Wolfgang Abel am 28.04.2014 schließlich seinen Rücktritt. In seiner mit „Notwendige Konsequenzen“ überschriebenen Mitteilung begründete er seine Entscheidung und bezog sich als erstes auf die Uneinigkeiten rund um *Lampedusa in Hamburg*: „Die Spannungen, ausgelöst durch nicht abgestimmte Handlungen und öffentliche Erklärungen zur Lampedusa-Thematik, haben nicht nur zu zahlreichen Austritten, sondern

<sup>88</sup> Bremme, in: Interview 18-2014. Mit Letzterem ist der frühere Landesbezirksvorsitzende, Wolfgang Abel, gemeint. Mehr zu den Umständen seines Rücktritts siehe unten.

<sup>89</sup> Zit. nach: Rakowitz 2013.

<sup>90</sup> Vgl. auch ebd.

auch zu bisher nicht gekannten Intrigen, Illoyalitäten und Zerwürfnissen in ver.di-Hamburg geführt.“<sup>91</sup> Er führte noch weitere inhaltliche Differenzen an und endete schließlich damit, dass er auf ärztliches Anraten hin sein Amt niederlege. Die Betonung des Konflikts um *Lampedusa in Hamburg* fällt dennoch auf und zeigt einmal mehr, wie sehr sich der Protest in die Gewerkschaft und ihre internen Debatten eingeschrieben hat. In der verkürzten Formulierung des Gruppennamens wurde so der Begriff *Lampedusa* nicht nur zum Synonym für die Grenzen Europas, sondern auch für ihre Umkämpftheit.

Zwischen dem, was in den Gesamtgewerkschaften intensiv diskutiert wurde, und der Selbstverständlichkeit dessen, was die Jugendorganisationen tun, entzündet sich eine grundlegende Frage: Was genau sind eigentlich die Aufgaben einer Gewerkschaft? Dazu gab es sehr verschiedene Meinungen, die die Argumentation für oder gegen eine Unterstützung von *Lampedusa in Hamburg* maßgeblich beeinflussten. Grundsätzlich argumentierten die einen, dass es bei den Gewerkschaften um Arbeit und Arbeitnehmer\_innen und nur am Rande um andere Themen ginge. Was bei dieser Position in den Hintergrund gerät, ist jedoch nicht zuletzt die Tatsache, wie eng aufenthaltsrechtliche Fragen mit Fragen der Entlohnung verbunden sind. Gerade prekäre Aufenthaltsstatus führen zu prekären Beschäftigungsverhältnissen. Dass sie prekär beschäftigt sind, macht die Menschen jedoch nicht weniger zu Arbeitnehmer\_innen, sondern macht sie umso mehr zu denjenigen Arbeitnehmer\_innen, für die die Unterstützung durch eine Gewerkschaft besonders wichtig ist. Dem engen Verständnis von Gewerkschaften stand ein Verständnis von „bedingungsgebundener Gewerkschaftsarbeit“<sup>92</sup> gegenüber, das bei den Arbeitsbedingungen der Gewerkschafter\_innen ansetzt und demzufolge auch prekär Beschäftigte und Lohnabhängige, die aktuell nicht arbeiten bzw. nicht arbeiten dürfen, Teil der Gewerkschaften seien.<sup>93</sup>

Doch so wie die Aufnahme der *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder in ver.di die Gewerkschaft durcheinandergebracht hat, so würde auch eine generelle Öffnung für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus die Gewerkschaften notwendigerweise verändern. Die Prekarität der Arbeitsverhältnisse, in denen sich beispielsweise Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere befinden, würde den Alltag und die Debatten in der Gewerkschaft verschieben. Doch der gewerkschaftliche „Normalfall“ scheint in den Augen vieler Mitglieder nach wie vor losgelöst zu sein von

---

<sup>91</sup> Abel 2014.

<sup>92</sup> Mehring, zit. nach: Transkribierte Audio- und Videomaterialien 2013–2015: 14.04.2014 (Veranstaltung der „Gewerkschafter\_innen für *Lampedusa in Hamburg*“).

<sup>93</sup> Vgl. auch ver.di Hamburg/Aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter/ver.di Perspektive U35 Hamburg 2013.

der Lebensrealität geflüchteter Menschen. Das zeigte auch die Situation bei ver.di im Herbst 2014, die Peter Bremme wie folgt beschrieb:

„Nach diesen hohen Wellen, die der Rücktritt [von Wolfgang Abel; Anm. BN] im Vorfeld und danach verursacht hat, gibt es, glaube ich, so eine Art von Haltung: Lass uns mal zur Normalität zurückkommen. Und Normalität heißt: Betriebliche Kernthemen in der Öffentlichkeit darstellen und dann mal gucken, was man sonst noch so machen kann.“<sup>94</sup>

Im DGB führten die internen Debatten dazu, dass er sich in der Praxis nicht für *Lampedusa in Hamburg* einsetzte. Er *engagierte* sich lediglich in der in Kapitel 5.1.2 beschriebenen Weise, d.h. rein verbal – durch öffentliche, aber allgemein gehaltene Äußerungen und durch Veranstaltungen, in denen die Situation der Gruppe diskutiert wurde. Die *Uneinigkeit* zwischen den verschiedenen DGB-Mitgliedern ging somit einher mit der *Untätigkeit* des gewerkschaftlichen Dachverbands:

„Und das, was wir aushalten müssen, und das muss der DGB häufiger aushalten, ist: Wenn sich die Mitgliedsgewerkschaften nicht einig werden, werden sie sich halt nicht einig. [*kleine Pause*] Und das ist in Ordnung. Denn das ist Demokratie. [...] Und wenn es innerhalb der Mitgliedsgewerkschaften und der Ehrenamtlichen eine Diskussion darüber gibt – und die einen sagen: ‚rechtsrum‘ und die anderen sagen: ‚linksrum‘ – und wir werden uns nicht einig, dann muss man das aushalten, dass man *nichts* sagt.“<sup>95</sup>

Diese Uneinigkeit ließ sich teilweise auf die strukturellen Hintergründe einzelner Gewerkschaften zurückführen. Die Mitglieder der GEW haben beispielsweise seit Jahren in ihrem Alltag mit dem Thema *Flucht* zu tun. Durch die Lebenssituation ihrer Schüler\_innen kommen die Lehrer\_innen, die sich in der GEW organisieren, in selbstverständlicher Weise mit drohenden Abschiebungen und mit sonstigen Themen, die ein Leben ohne gesicherten Aufenthaltsstatus oder ohne Papiere mit sich bringt – beispielsweise auch Fragen nach Wohnraum oder medizinischer Versorgung – in Kontakt.<sup>96</sup> Die GEW setzt sich somit seit Jahren für die Rechte von geflüchteten Schüler\_innen ein und übertrug dieses Engagement nun auch auf erwachsene Geflüchtete. Andere Gewerkschaften wiederum nahmen naturgemäß eine andere Position ein, z.B. in Bezug auf die Aufnahme von Geflüchteten in Gewerkschaften: „Klar, da [im DGB; Anm. BN] waren viele Leute, die in den Einzelgewerkschaften [...] auch beruflicherseits schon auf der anderen Seite stehen – [...] die Gewerkschaft der Polizei zum Beispiel hat ja [...] dazu eine andere Haltung.“<sup>97</sup> Auch die Dissense *innerhalb* einzelner Gewerkschaften ließen sich teilweise auf verschiedene berufsbedingte Positionen zurückführen, wie z.B. im Fall

<sup>94</sup> In: Interview 18-2014.

<sup>95</sup> Karger, in: Interview 17-2014.

<sup>96</sup> Vgl. Mescher, in: Interview 14-2014.

<sup>97</sup> Bremme, in: Interview 18-2014.

von Mitarbeitenden der Ausländerbehörde, die sich fragten, ob es eine gewerkschaftliche Intervention geben könnte, die ihren Arbeitsbereich betreffen könnte. Teilweise können sie aber auch schlichtweg als Abbild gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse gesehen werden, in denen sich manche mit der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe solidarisierten und viele sich vehement dagegen wehrten:

„[D]as hat aber auch viel in diesem Bereich bewirkt bei ganz normalen Betriebsräten, die sich plötzlich – ohne jetzt zu sagen, in welchem Unternehmen das war – den Reaktionen ihrer Mitglieder oder ihrer Kollegen ausgesetzt sahen, die z.B. die Betriebsratstür mit den Artikeln vollgenagelt hat [sic] und gar nicht so sehr im Sinne von Anerkennung: ‚Toll, dass ich in dieser Organisation bin‘, sondern genau mit dem Gegenteil: ‚Was ist denn da los?‘ Und: ‚Habt ihr ’ne Macke?‘ Und: ‚Wieso macht ihr sowas?‘ Und: ‚Erklärt mir das mal! Wie kommt jetzt eine Organisation dazu, diese Schwarzen aufzunehmen?‘“<sup>98</sup>

#### 5.1.4 Zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen

Auch zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen entstanden Bündnisse, um gemeinsam die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe zu unterstützen. Dies geschah beispielsweise in Zusammenhang mit Spenden. So sammelte die St. Pauli-Kirche Spenden – worauf z.B. auch ver.di verwies und somit eine erste Querverbindung herstellte<sup>99</sup> –, sorgte aber dafür, dass die Geld- und Sachspenden allen Gruppenmitgliedern zukamen und nicht ausschließlich denjenigen, die in der St. Pauli-Kirche untergebracht waren. Aufgrund des enorm hohen Spendenaufkommens, das in der Summe größer war als der Jahreshaushalt der St. Pauli-Kirche, konnten dadurch zwei andere Unterkünfte bzw. Essensausgaben – in einer Initiative und einer Moschee – mehrere Monate lang komplett finanziert werden.<sup>100</sup> Darüber hinaus gaben die Pastoren die Information, dass alle Gruppenmitglieder ihre Quittungen zur Kirche bringen könnten, um Ausgaben dort abzurechnen, an das Plenum weiter.<sup>101</sup> Diese Möglichkeit wurde rege genutzt.<sup>102</sup> Auch das Thalia Theater sammelte auf seinem Konto Spenden, die dann der St. Pauli-Kirche zur Verfügung gestellt wurden, die sie wiederum *Lampedusa in Hamburg* zukommen ließ. Auf Nachfrage einer Unterstützerin äußerte sich eine Mitarbeiterin des Thalia Theaters per E-Mail zur Verwendung der Spenden:

<sup>98</sup> Bremme, in: Interview 18-2014.

<sup>99</sup> Siehe Kapitel 2.5.1.

<sup>100</sup> Vgl. Paulekun/Wilm, in: Interview 22-2014.

<sup>101</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 13.08.2013.

<sup>102</sup> Vgl. Paulekun/Wilm, in: Interview 22-2014.

„Insgesamt sind Spenden in Höhe von 45 842,65 Euro gesammelt worden, die auf das Spendenkonto der Kirche St. Pauli überwiesen worden sind. Die Spenden sind für alle, die sich Hilfe suchend an die St. Pauli-Kirche wenden. Sie werden für die Finanzierung der Unterbringung, für Fahrkarten, die Suppenküche mit bis zu 200 Portionen Essen täglich, für die medizinische Versorgung und für Deutschkurse verwendet.“<sup>103</sup>

Eine Kooperation zwischen St. Pauli-Kirche und Thalia Theater war zunächst bereits im September 2013 entstanden, als in der Kirche die Uraufführung von Elfriede Jelineks „Die Schutzbefohlenen“ stattfand. Mehrere Gruppenmitglieder wirkten mit. Seitdem waren sie an zahlreichen Aufführungen im Thalia Theater und an anderen Orten beteiligt. Allerdings entzündete sich gerade an diesem Bündnis ein großer Konflikt. Gruppenmitglieder, die nicht in der St. Pauli-Kirche untergebracht waren, und einige Unterstützer\_innen vermuteten, dass nicht alle gleichermaßen von den Spenden des Thalia Theaters und der St. Pauli-Kirche profitierten. Entsprechende Kommentare hörte ich immer wieder im Plenum oder las davon in Nachrichten, die über den E-Mail-Verteiler verschickt wurden. Doch sie waren nur leise Vorboten für den Eklat, zu dem es Anfang Februar 2014 nach einer der Aufführungen von „Die Schutzbefohlenen“ kam, die im Rahmen der Lessingtage am Thalia Theater stattfanden. Mehrere Gruppenmitglieder und Unterstützer\_innen protestierten gegen die aus ihrer Sicht stattfindende Veruntreuung von Spenden. Wie ich später in einem meiner Interviews erfuhr, hatte es immer wieder Gespräche gegeben, um die Situation aufzuklären.<sup>104</sup> Am Ende standen die beiden Sichtweisen einander jedoch ungeklärt gegenüber. Schon lange, bevor es im Februar 2014 zur öffentlich sichtbaren Auseinandersetzung kam, hatten einzelne Unterstützer\_innen Anwälte\_innen eingeschaltet, die eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Pastoren der St. Pauli-Kirche wegen der Veruntreuung von Spendengeldern einreichten. Diese blieb jedoch ohne Folgen. Die Pastoren hatten die Spenden so eingesetzt, wie sie es von Anfang an kommuniziert hatten: Es ging um „humanitäre[...] Nothilfe für Flüchtlinge“<sup>105</sup>. Das hatten sie auch den Gruppenmitgliedern immer wieder mitgeteilt. Diese Information erreichte auch mich damals im Plenum und wurde von den Pastoren der St. Pauli-Kirche später im Interview bestätigt: „Was wir ihnen klar gemacht haben: Wir können sie nur unterstützen, wenn das humanitäre Nothilfe für Flüchtlinge zukommt. Wir können z.B. keine Fahrkarten nach Italien von diesen Geldern bezahlen.“<sup>106</sup> In diesem Konflikt um Spenden zeigte sich erneut die Trennung zwischen *humanitärer Hilfe* und *politischem Protest*. Dadurch, dass die Nordkirche sich gezielt dafür

<sup>103</sup> E-Mail an Sonja, in: E-Mail-Verteiler [*Lampedusa in Hamburg*]: 28.02.2014.

<sup>104</sup> Vgl. Interview 22-2014.

<sup>105</sup> Paulekun, in: ebd.

<sup>106</sup> Paulekun, in: ebd.



entschieden hatte, *humanitäre Hilfe* zu leisten, waren auch alle Spenden an diesen Verwendungszweck gebunden. Die Mitteilung des Thalia Theaters, dass es „Spenden für die Gruppe Lampedusa in St. Pauli“<sup>107</sup> gesammelt habe, verstärkte diese Trennlinie, die vermeintlich zwischen den verschiedenen Orten des Protests – vor allem zwischen der St. Pauli-Kirche und dem Infozelt am Hauptbahnhof – verlief. Der Eindruck, dass die Gruppenmitglieder an der St. Pauli-Kirche als eigene Gruppe betrachtet und bevorzugt behandelt würden, schien sich somit zu bestätigen. Dass die Gelder in der Praxis der gesamten Gruppe zugutekamen, wenngleich die St. Pauli-Kirche sich aus spendenrechtlichen Gründen an bestimmte Formen der Abrechnung hielt, fand in der Argumentation der Kritiker\_innen jedoch keine Erwähnung. Dass die Zusammenarbeit verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteur\_innen, wie hier deutlich wird, nicht immer reibungslos verlief, lässt sich als natürliche Begleiterscheinung des weit verzweigten Netzwerks von Netzwerken, das *Lampedusa in Hamburg* um sich herum aufgebaut hatte, begreifen.<sup>108</sup> Dieses hatte sich in enorm hohem Tempo entwickelt und erweitert und umfasste viele einzelne Personen, Initiativen und Organisationen mit jeweils eigenen Strukturen, Entscheidungsprozessen und Traditionen. Es war nicht möglich, sich in allen Aktivitäten abzusprechen. Das Netzwerk von Netzwerken hatte eine Eigendynamik entwickelt, die immer mehr Menschen in Bewegung versetzte und versuchte, mit den sich überschlagenden Ereignissen Schritt zu halten.

## 5.2 Bewegung macht mobil: Protest zwischen Mobilität und staatlicher Kontrolle

*„We are not accepting any more to be pushed around from one corner to the other.“*<sup>109</sup>

David Amoya

### 5.2.1 Sommer 2013: Agency und Unterstützung auf dem Höhepunkt

Ca. 3 000 Menschen zogen am Samstag, dem 17.08.2013, durch die Hamburger Innenstadt. Die Stimmung empfand ich – und mit mir auch zahlreiche Gruppenmitglieder und Unterstützer\_innen – als ausgesprochen positiv.<sup>110</sup> Aktivist\_innen,

<sup>107</sup> E-Mail an Sonja, in: E-Mail-Verteiler [*Lampedusa in Hamburg*]: 28.02.2014.

<sup>108</sup> Vgl. dazu auch Kapitel 2.5 und 4.2.

<sup>109</sup> Amoya, zit. nach: Felddagebuch 2013: 18.10.2013.

<sup>110</sup> Vgl. z.B. ebd.: 20.08.2013 (Plenum).

die aus Lüneburg angereist waren, trugen kunterbunte Schilder, die den Buttons der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe nachempfunden waren. „§ 23“, „Aufenthalt“, „Lampedusa in Hamburg“ war darauf zu lesen. Diese auffälligen, großen, farbenfrohen Schilder übergaben sie der Gruppe anschließend. Sie waren später noch auf vielen Demonstrationen zu sehen. Ich traf damals zahlreiche Bekannte auf der Stra-



Abbildung 17: Demonstration am 17.08.2013.

ße wieder: Menschen, die ich teilweise jahrelang nicht gesehen hatte und die nicht alle aus dem direkten *Lampedusa in Hamburg*-Umfeld kamen – nicht zuletzt, weil sie nicht alle in Hamburg lebten. An dieser Stelle wurde nicht zum ersten Mal deutlich: Der Protest hatte Menschen in der ganzen Stadt und darüber hinaus in Bewegung versetzt.<sup>111</sup> Auch in der Vielfalt der Redebeiträge der Demo spiegelte sich die weitreichende Unterstützung wider. Zu den Redner\_innen gehörten Vertreter\_innen von ver.di und GEW, von der St. Pauli-Kirche, Aktivist\_innen aus Choucha – die inzwischen in Berlin lebten – und Karlsruhe, Vertreter\_innen von VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes), AGIF (Föderation der ArbeitsimmigrantInnen in Deutschland e.V.) und Voz Latina.<sup>112</sup> Menschen aus unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Initiativen, Protestgruppen und Organisationen sprachen ihre Unterstützung der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe aus.

<sup>111</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 17.08.2013 sowie *Lampedusa in Hamburg* 2013i.

<sup>112</sup> Vgl. Claudia, in: E-Mail-Verteiler [*Lampedusa in Hamburg*]: 16.08.2013.

Monatelang wurden immer mehr Veranstaltungen organisiert, die in irgendeiner Form Bezug nahmen auf *Lampedusa in Hamburg* und die weitere Menschen für die Unterstützung der Gruppe mobilisieren wollten. Von Partys über Filmabende bis hin zu Informationsständen bei Straßenfesten und Sportveranstaltungen – der Fantasie schienen keine Grenzen gesetzt zu sein. Unterschiedlichste Veranstaltungen wurden mit den Begriffen „Soli“, „Refugee“ oder „Lampedusa“ versehen und drückten so Unterstützung für die Gruppe aus.<sup>113</sup> Der Protest gewann an Präsenz – auch, indem er sich in geradezu selbstverständlicher Weise und innerhalb weniger Monate in die Alltagssprache einschrieb. Doch auch im Sommer 2013, als die Bewegung ihren ersten Höhepunkt erreichte, befand sie sich weiterhin auf dem schmalen Grat zwischen Agency und Prekarisierung.<sup>114</sup>

### 5.2.2 Mobilitäten

Als sich die Bewegung – beispielsweise in Form der Demonstration am 17.08.2013 – auf dem Höhepunkt befand, tat sie dies auch in anderer Weise: Die Bewegung zwischen Hamburg und Italien hatte ebenfalls ihren Zenit erreicht. Immer mehr Menschen reisten zurück nach Italien, um dort die Gültigkeit ihrer Papiere zu verlängern.<sup>115</sup> Diese „Pendelbewegungen“, wie Giulia Borri und Elena Fontanari sie bezeichnen, „können sich über die Grenzen auf lokaler, nationaler und supranationaler Ebene hinwegsetzen oder mit diesen kollidieren, wodurch sichtbar wird, wie das Grenzregime innerhalb Europas aktiviert wird.“<sup>116</sup> Die sinkende Zahl der demonstrierenden Gruppenmitglieder von *Lampedusa in Hamburg*, die ich ab Spätsommer 2013 beobachtete, kam folglich nicht von ungefähr. Während der Protest einerseits besonders stark war und von vielen Unterstützer\_innen mitgetragen wurde, wurde er gleichzeitig durch die wachsende Mobilität zwischen Hamburg und Italien bestimmt. Zum einen waren dadurch faktisch weniger Aktivist\_innen vor Ort in Hamburg. Wenn ich mich beispielsweise wunderte, dass nur relativ

<sup>113</sup> Z.B. „Soli-Partys“ im Gängeviertel, „Refugee Film Night“ an der Universität oder „Dancing for Lampedusa“ in einer Bar in St. Pauli (vgl. Feldtagebuch 2013: 20.08.2013).

<sup>114</sup> Siehe Kapitel 4.1. Dort beziehe ich mich in meiner Analyse sowohl auf frühere Phasen des Protests als auch auf den hier dargestellten *Höhepunkt der Bewegung*.

<sup>115</sup> Dies galt insbesondere für diejenigen, die einen Aufenthaltsstatus aus humanitären Gründen zuerkannt bekommen hatten. Ihre Papiere waren jeweils ein Jahr lang gültig und konnten immer wieder um ein weiteres Jahr verlängert werden. So blieb deren Gültigkeit bestehen und die Geflüchteten erhielten erneut die damit verbundene eingeschränkte Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union. Die Verlängerung der Gültigkeit ihrer Papiere musste persönlich vor Ort bei den zuständigen italienischen Behörden beantragt werden.

<sup>116</sup> Borri/Fontanari 2015: 198.

wenige Gruppenmitglieder an den *Mittwochs*demos teilnahmen, und fragte, wo die anderen seien, erhielt ich als Begründung regelmäßig dieselbe Antwort: „They’re in Italy.“<sup>117</sup> Zum anderen war mit den Fahrten nach Italien koordinatorischer und finanzieller Aufwand verbunden. So berichtete mir Desmond Anfang Oktober 2013, dass er nun zur erweiterten Sprechergruppe gehören würde. Sie würden sich immer montagabends treffen, um unter anderem die Rückfahrten nach Italien zu koordinieren. Er machte sich Sorgen, weil so viele Gruppenmitglieder zu der Zeit in Italien waren. Damit war er nicht der Einzige. Viele merkten an, dass die Sichtbarkeit der Gruppe darunter leiden könnte. Darüber hinaus befürchtete Desmond, dass es für die Polizei leichter werden würde, Kontrollen durchzuführen, wenn die Gruppe kleiner – und somit auch: schwächer – war. „But there will be another big demonstration in November“, fügte Desmond hinzu. Das schien ihm ein Hoffnungsschimmer zu sein. Dennoch könnte es so nicht weitergehen: „We can’t go back, renew our papers, come back again – and then nothing happens for one year and we’ll renew the papers again.“<sup>118</sup> Die Fahrten nach Italien waren für die Protestbewegung zu einem Teil des Alltags geworden. Als ich einmal mit Jeremiah und einer weiteren Aktivistin nach einer Demonstration beisammen stand, verabschiedete sich Jeremiah sehr bald mit den Worten: „I have to go buy a ticket to Italy for one of the guys.“<sup>119</sup> Im Plenum versuchten wir, uns gegenseitig über Anlaufstellen in Italien zu informieren und die entsprechenden Kontakte an die Gruppenmitglieder weiterzugeben. Ziel war es, dass sie ein wenig Unterstützung erhielten, während sie sich in Italien aufhielten.<sup>120</sup>

Am Ende gelang es der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe tatsächlich, sich die Mobilität zwischen Deutschland und Italien zu ermöglichen. Doch diese blieb unkämpft: Immer wieder erzählten Gruppenmitglieder, dass ihnen die Wiedereinreise nach Deutschland verwehrt wurde, wenn sie nicht einen bestimmten Betrag an Bargeld bei sich trugen.<sup>121</sup> Bei einer *Mittwochs*demo erzählte mir ein Gruppen-

<sup>117</sup> Jeremiah, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 20.11.2013. Ähnlich auch Yanis, in: ebd.: 13.11.2013 und Efraim, in: ebd.: 10.12.2013 und Gespräche am 21.12.2013, in: ebd.

<sup>118</sup> Desmond, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 07.10.2013.

<sup>119</sup> Zit. nach: ebd.: 20.11.2013.

<sup>120</sup> Vgl. ebd.: 08.10.2013.

<sup>121</sup> Vgl. ebd.: 03.09.2013. Vermutlich basierte diese Praxis auf Art. 5 (1) des Schengener Durchführungsübereinkommens (Königreich Belgien/Bundesrepublik Deutschland/Französische Republik/Großherzogtum Luxemburg/Königreich der Niederlande 2000): „Für einen Aufenthalt von bis zu drei Monaten kann einem Drittausländer die Einreise in das Hoheitsgebiet der Vertragsparteien gestattet werden, wenn er die nachstehenden Voraussetzungen erfüllt“ (Art. 5 (1), Satz 1). „Er muss gegebenenfalls die Dokumente vorzeigen, die seinen Aufenthaltzweck und die Umstände seines Aufenthalts belegen, und über ausreichende Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts sowohl für die Dauer des Aufenthalts als auch für die

mitglied, dass einer seiner Freunde aus der Gruppe just an jenem Tag aus Italien zurückgekommen sei. Im Zug habe man ihn kontrolliert und ihm alle Papiere abgenommen.<sup>122</sup>

Durch den zeitlich begrenzten Aufenthaltsstatus in Italien einerseits und den gänzlich fehlenden Aufenthaltsstatus in Deutschland andererseits blieb den Gruppenmitgliedern von *Lampedusa in Hamburg* nichts anderes übrig, als sich immer wieder auf den Weg nach Italien zu machen. So blieben sie mobil, aber in höchst prekärer Form. Weder in Italien noch in Deutschland führte ihr Status bzw. Nichtstatus zu irgendeiner Form von faktischer staatlicher Unterstützung oder Arbeitslaubnis. Es mangelte ihnen daher an finanziellen Mitteln für die Reise wie auch für den – mehr oder weniger – kurzzeitigen Aufenthalt in Italien. Die Gruppenmitglieder waren somit auch hier entweder von Spenden oder von prekären Arbeitsverhältnissen abhängig. Sobald sie in Italien waren, waren sie ebenso prekären Lebensbedingungen ausgesetzt: „The problem is: If we go back to Italy now, we don't have a *residence*. We don't have any place to stay. That is the problem. There is [...] no house for us to stay. People going to renew [their papers in Italy; Anm. BN] now, [...] most of them are on the streets.“<sup>123</sup> Die Pendelbewegungen der Gruppenmitglieder basierten darauf, dass Hamburg für sie zum Wohnort geworden war und unterschiedliche italienische Städte zu den Orten, an denen sie Verwaltungsangelegenheiten regelten. Diese erkämpften und prekären Mobilitäten unterliegen einem grundsätzlichen Paradoxon: Ihr Ziel ist das Bleiben an einem Ort. So werden viele Menschen nicht um der Mobilität, sondern um des Bleibens willen mobil. Katarzyna Marciniak und Imogen Tyler weisen dabei auf den erzwungenen Charakter hin, der ein nicht zu vernachlässigender Aspekt dieser Mobilitäten sei, und führen diesen unter Bezugnahme auf Nick Gill wie folgt aus: „As Nick Gill argued, many migrants desire not mobility, but *stillness*. As he writes: ‚the pursuit of stillness among asylum seekers is both a human and political response to their situations – stillness becomes a metric in the struggle between abject migrants and the state‘ (Gill 2009: 6).“<sup>124</sup>

---

Rückreise in den Herkunftsstaat oder für die Durchreise in einen Drittstaat, in dem seine Zulassung gewährleistet ist, verfügen oder in der Lage sein, diese Mittel auf legale Weise zu erwerben“ (Art. 5 (1) c)).

<sup>122</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 23.10.2013.

<sup>123</sup> Jacob, in: Interview 8-2013.

<sup>124</sup> Marciniak/Tyler 2013: 149 unter Bezugnahme auf Gill 2009.

### 5.2.3 Mobilisierung. Wut. Eskalation.

Im Oktober 2013 eskalierte die Situation in der Stadt. Diese Eskalation geschah durch verstärkte Polizeikontrollen oder konkreter: durch *racial profiling*, das sich als gängige Form von institutionellem Rassismus begreifen lässt.<sup>125</sup> Grundsätzlich werden mit institutionellem Rassismus

„Diskurse, Politiken und Praktiken von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen bezeichnet, die systematisch Ausgrenzung und Diskriminierung produzieren, ohne sich explizit und vorsätzlich rassistischer Begründungs- und Deutungsmuster zu bedienen. Die Hegemonie der Dominanzgesellschaft wird so sichergestellt, obwohl die Zuschreibungen und Verfahrensweisen als angemessen oder wertneutral erscheinen.“<sup>126</sup>

Bei *racial profiling* handelt es sich um systematische, verdachtsunabhängige Polizeikontrollen von Menschen allein auf Basis „phänotypischer Erscheinung oder vermuteter Herkunft“<sup>127</sup>. Wie das Deutsche Institut für Menschenrechte festhält, verstoßen „bestehende Regelungen zu anlasslosen Personenkontrollen zur Bekämpfung illegaler Migration wie in Paragraph 22 Absatz 1 a) Bundespolizeigesetz [...] gegen das grund- und menschenrechtliche Diskriminierungsverbot“<sup>128</sup>. Das Institut forderte deshalb im Jahr 2013 von der Bundesregierung, „die Abschaffung rassistischer Personenkontrollen durch die Bundespolizei im Koalitionsvertrag zu verankern“<sup>129</sup>. Während die Bundesregierung die Existenz von *racial profiling* stets gelehnt hatte, bestätigte der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, „dass die Bundespolizei auf Grundlage ihres gesetzlichen Auftrags Menschen wegen unveränderlicher Merkmale wie der Hautfarbe überprüft“<sup>130</sup>. Diese Praxis wurde durch das Bundespolizeigesetz ermöglicht und erlaubt. Dennoch waren die Polizeikontrollen in Hamburg in mehrfacher Hinsicht rechtswidrig – von der Personalienfeststellung der betreffenden Menschen, die beispielsweise durch eine notwendige „Gefahrenabwehr“<sup>131</sup> hätte begründet sein müssen, über erkennungsdienstliche Behandlungen, die in zahlreichen Fällen nur mündlich und

<sup>125</sup> Vgl. dazu z.B. Sow 2009: 131ff. und Karakayalı/Tsianos 2014.

<sup>126</sup> Karakayalı/Tsianos 2014: 35 unter Bezugnahme auf Gomolla/Radtke 2009. Siehe dazu auch Kapitel 4.4.

<sup>127</sup> Karakayalı/Tsianos 2014: 35.

<sup>128</sup> Rudolf, in: Deutsches Institut für Menschenrechte 2013. In seinen Einschätzungen beruft sich das Institut unter anderem auf eine damals quasi tagesaktuelle Studie von Hendrik Cremer (2013) unter dem Titel „Racial Profiling‘ – Menschenrechtswidrige Personenkontrollen nach § 22 Abs. 1 a Bundespolizeigesetz. Empfehlungen an den Gesetzgeber, Gerichte und Polizei“.

<sup>129</sup> Deutsches Institut für Menschenrechte 2013.

<sup>130</sup> Zit. nach: ebd.

<sup>131</sup> § 12 Absatz 1 SOG (Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2016 [1966]).

nicht, wie in § 80 Abs. 3 VwGO vorgeschrieben, schriftlich erfolgten, bis hin zu unbegründetem Freiheitsentzug.<sup>132</sup> Rechtsanwalt Claudius Brenneisen kommentierte die Unrechtmäßigkeit derartiger Polizeikontrollen und Zwangsregistrierungen damals wie folgt:

„Ich finde das unmenschlich, auch rechtsstaatlich fragwürdig. Wenn der Senat wirklich an einer Lösung des Problems interessiert wäre, würde er das nicht tun – z.B. Leute zehn Stunden ohne richterlichen Beschluss in Gewahrsam zu nehmen und danach zu behaupten: Wir *müssen* das machen, damit die Leute sich registrieren, um ihnen zu helfen. Die Hilfe, die wir bisher mitbekommen und die wir auch angekündigt bekommen haben, ist die, dass die Leute Deutschland verlassen müssen.“<sup>133</sup>

Die staatliche Machtausübung in Form von *racial profiling* stand in engem Zusammenhang mit der wachsenden Protestbewegung, mit dem entsprechend zunehmenden politischen Druck, unter dem der Hamburger Senat im Sommer 2013 stand, mit der spezifischen Rolle der Nordkirche und ihrer verschiedenen Akteur\_innen. Hier zeigte sich einmal mehr, was für starke Dynamiken der *Lampedusa in Hamburg*-Protest ausgelöst hatte und wie sehr es ein spezifischer Moment, ein spezifischer Kontext war, der diese Dynamiken ermöglichte. Gibril erzählte mir in jenen Wochen, er sei in Kontakt mit Menschen, die ebenfalls über Lampedusa nach Europa gekommen waren und inzwischen in Berlin – wo sie sich als Protestgruppe *Lampedusa in Berlin* und gemeinsam mit migrantischen Protesten am Oranienplatz organisierten –, in der Schweiz, Norwegen, Belgien und Frankreich lebten. Und nirgendwo gäbe es solche Kontrollen. Nur in Hamburg.<sup>134</sup>

*Lampedusa in Hamburg* reagierte aktiv und kollektiv auf die gegen sie gerichteten Polizeikontrollen. In einem offenen Brief an den Senat der Stadt Hamburg skizzierte die Gruppe den Verlauf ihres in hohem Maße öffentlichen Protests, in dem sie – entgegen den Vorwürfen des Senats – ihre Identitäten nicht versteckten. Sie legten erneut dar, warum sie eine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 23 AufenthG für sinnvoll und möglich hielten, und erneuerten ihr Gesprächsangebot mit Verweis auf die bekannten Telefonnummern der Sprecher und Anwält\_innen der Gruppe.<sup>135</sup> In einer Pressekonferenz am 18.10.2013 erläuterten sie den offenen Brief und gingen auf die aktuelle Situation und die „Rechtswidrigkeiten im Rahmen der jüngsten Polizeimaßnahmen“ ein.<sup>136</sup> Bei der Pressekonferenz wurde deutlich, dass sie als Gruppe sich nicht von den Polizeikontrollen einschüchtern lassen, sondern

<sup>132</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 18.10.2013.

<sup>133</sup> Brenneisen, zit. nach: Transkribierte Audio- und Videomaterialien 2013–2015 (NDR Panorama: „Hardliner machen mobil“): 15.10.2013.

<sup>134</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 16.10.2013.

<sup>135</sup> Vgl. *Lampedusa in Hamburg* 2013m.

<sup>136</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2013n.

als Protestbewegung umso stärker werden wollten. „We just started the fight now, for *they* start arresting us without us doing any harm – it’s against the law“<sup>137</sup>, machte Sprecher John Adetoba deutlich. Auch David Amoya unterstrich die Stärke und Agency der Gruppe: „We are not accepting any more to be pushed around from one corner to the other.“<sup>138</sup>

Die Polizeikontrollen hatten vor allem eines in der Stadt ausgelöst: Wut. Die staatliche Eskalation fand über die Polizeikontrollen hinaus auch in dem verstärkten Einsatz staatlicher Machtsymbole Ausdruck. Polizist\_innen mit Helmen und Schlagstöcken an unterschiedlichsten Orten und in großer Zahl, die Hunde- wie auch die Pferdestaffel der Polizei waren in jener Zeit regelmäßige Motive auf meinen Fotoaufnahmen wie auch in diversen Youtube-Videos und tauchten oft in meinen Feldtagebüchern auf. In Reaktion auf die staatliche Eskalation gingen immer mehr Menschen auf die Straße, sodass die ohnehin schon große Unterstützung für die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe weiter wuchs. Diese Unterstützung ging weit über die vielen geplanten Demonstrationen, die damals stattfanden, hinaus. Zeitweise fanden täglich Spontandemonstrationen statt.<sup>139</sup> Die Stimmung wurde angespannter. Die Ereignisse überschlugen sich. Eine vermeintlich alltägliche SPD-Bürgersprechstunde, die Olaf Scholz im Oktober 2013 abhielt, wurde begleitet von unterschiedlichsten Protesten, die die Veranstaltung durcheinander brachten: Menschen, die Transparente mit der Aufschrift „Olaf Scholz – Zeigen Sie endlich Menschlichkeit“ trugen, Zwischenrufe wie „Du bist ein unerträglicher Bürgermeister!“ und Femen-Aktivistinnen, die die Worte „Lampedusa is everywhere“, „Right to stay“ und „Stop racism“ auf ihren Körpern trugen.<sup>140</sup> Im Anschluss an ein Fußballspiel zwischen dem *FC St. Pauli* und dem SV Sandhausen zog eine Demonstration mit über 10 000 Menschen zur St. Pauli-Kirche.<sup>141</sup> Demo-Aufrufe und Solidaritätserklärungen enthielten explizite Kritik an den Polizeikontrollen.<sup>142</sup>

Der Affekt der Wut prägte jene Wochen. Er betraf alle Beteiligten. Auf staatlicher Seite wie auch aufseiten der Protestbewegung und der unterschiedlichsten zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen. Aktion und Reaktion folgten aufeinander in atemberaubendem Tempo. Wut wurde zum Motor für eine Vielzahl von Aktionen der verschiedenen Beteiligten – von Polizeikontrollen über Spontandemonstrationen bis hin zu emotional aufgeladenen Bürgerschaftsdebatten. Brian Massumi formuliert die produktive Kraft von Wut wie folgt:

<sup>137</sup> Adetoba, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 18.10.2013.

<sup>138</sup> Amoya, zit. nach: ebd.

<sup>139</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: Oktober und November 2013 sowie SMS-Liste.

<sup>140</sup> Transkribierte Audio- und Videomaterialien 2013–2015: 10-2013\_Spiegel-Video-Chronologie.

<sup>141</sup> Vgl. Interview 22-2014.

<sup>142</sup> Vgl. z.B. GewerkschafterInnen Hamburg 2013.



„An outburst of anger brings a number of outcomes into direct presence to one another – there could be a peace-making or a move towards violence, there could be a breaking of relations, all the possibilities are present, packed into the present moment. It all happens [...] before there is time for much reflection, if any.“<sup>143</sup>

Entscheidend für die Produktivität von Wut und von Affekten im Allgemeinen ist nach Massumi die Unterbrechung, die durch sie entsteht.<sup>144</sup> Dadurch, dass sie eine Situation unterbrechen, eröffnen sie das Potenzial einer Rekonfiguration der Situation. Einmal mehr wird hier deutlich: Wo es zum Bruch kommt, können sich Dinge neu ordnen. Für politischen Aktivismus bedeutet das laut Massumi: „[A]lternative political action does not have to fight against the idea that power has become affective, but rather has to learn to function itself on that same level – meet affective modulation with affective modulation.“<sup>145</sup> Dabei seien performative, theatrale oder ästhetische Zugänge zur Politik von entscheidender Bedeutung. Massumi zufolge sei es insbesondere Gruppen am Rande der Gesellschaft nicht möglich, auf den üblichen Kommunikationswegen auf sich aufmerksam zu machen. Überzeugend zu argumentieren und damit an die Öffentlichkeit zu gehen genüge nicht, da öffentliche Diskurse nicht derart rational funktionierten. Als Beispiel führt Massumi die Anti-Globalisierungsproteste an, die erst durch die radikalen Proteste von Seattle 1999 öffentliche Aufmerksamkeit erlangt hätten:

„Unfortunately the kind of theatrical or performative intervention that is the easiest and has the most immediate effect is often a violent kind. If windows hadn't been broken and cars hadn't been overturned in Seattle, most people wouldn't have heard of the anti-globalization movement by now. That outburst of anger actually helped create networks of people working around the world trying to address the increasing inequalities that accompany globalization. It was able to shake the situation enough that people took notice. It was like everything was thrown up in the air for a moment and people came down after the shock in a slightly different order and some were interconnected in ways that they hadn't been before.“<sup>146</sup>

In der Tat erhöhten diese Wochen der Wut auch die öffentliche Aufmerksamkeit für *Lampedusa in Hamburg* weit über die Stadtgrenzen hinaus und führten zunächst zu einer enormen und in ihrem Ausmaß neuen Mobilisierung. Doch wie Massumi im Hinblick auf globalisierungskritische Proteste analysiert, kann Gewalt gerade dann kontraproduktiv werden, wenn sie vorhersehbar wird: „The violence was overused by certain elements of the movement and under-strategized – it got predictable, it became a refrain, it lost its power.“<sup>147</sup> Möglicherweise trug die

<sup>143</sup> Massumi 2015: 9.

<sup>144</sup> Siehe auch Kapitel 2.5.2.

<sup>145</sup> Massumi 2015: 34.

<sup>146</sup> Ebd.: 34f.

<sup>147</sup> Ebd.: 36.

alltäglich gewordene Aggression dazu bei, dass der *Lampedusa in Hamburg*-Protest sein Überraschungsmoment und dadurch seine politische Überzeugungskraft verlor. Schließlich war es gerade der Bruch mit dem Bestehenden, Vorgesehenen und Vorhersehbaren gewesen, der der Gruppe zu öffentlicher Aufmerksamkeit verholfen und ihr das faktische Bleiben in Hamburg bis dahin ermöglicht hatte. Ab Oktober 2013 jedoch wurde in der Hamburgischen Bürgerschaft vermehrt über „politisch motivierte Straftaten“ aus dem „linksextremistischen Spektrum“<sup>148</sup> in der Stadt debattiert statt über die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe selbst. Die wütenden, teilweise auch gewaltvollen Reaktionen auf die Polizeikontrollen führten somit zu einem Bruch, durch den nicht zuletzt eine neue Phase des Protests eingeleitet wurde.

### 5.3 Brüchige Momente: *Acts of Citizenship* und ihre Grenzen

*„The group has definitely not split up.  
The group structures are still functioning, even  
though there is a lot of pressure on the group.“*  
Lampedusa in Hamburg

#### 5.3.1 Die Vorgeschichte

Schon im Sommer 2013 hatte *Lampedusa in Hamburg* oftmals geäußert, wie wichtig es für die Gruppe sei, als solche zusammenzubleiben. Doch spätestens ab August 2013 zeichnete sich ab, dass der Hamburger Senat lediglich zu einer „Einzelfalllösung“ bereit sein würde.<sup>149</sup> Am 16. Oktober 2013 verfasste *Lampedusa in Hamburg* dann, wie beschrieben, einen offenen Brief an den Senat der Stadt Hamburg. Zwischen der Veröffentlichung dieses Schreibens, der dazugehörigen Pressekonferenz und der großen Demonstration am 02. November 2013 lagen entscheidende Tage. Noch am 21. Oktober 2013 trafen sich die Gruppensprecher erneut mit städtischen und kirchlichen Vertreter\_innen, um weiter nach einer aufenthaltsrechtlichen Lösung für die Gruppe zu suchen. Die Voraussetzungen waren schwierig: Die bis dahin geführten Gespräche waren erfolglos geblieben, die sogenannten „Musteranträge“ waren abgelehnt worden, wochenlang hatte es massive Polizeikontrollen gegeben. Das Gespräch fand in der Bischofskanzlei statt. Wieder

<sup>148</sup> Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2014. Vgl. auch Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013f.

<sup>149</sup> Feldtagebuch 2013: 09.08.2013.

einmal zeigten sich hier die Bemühungen von Bischöfin Kirsten Fehrs und ihrem theologischen Referenten, Thomas Kärst, zu einer Lösung beizutragen.<sup>150</sup> Diesmal ging es jedoch nicht allein um die aufenthaltsrechtliche Perspektive von *Lampedusa in Hamburg*, sondern um die durch die Polizeikontrollen ausgelöste, enorm angespannte Stimmung in der Stadt.

Was sich im Sommer 2013 angebahnt hatte, wurde nun konkret: Die Behörde für Inneres bot der Gruppe ein Verfahren an, das insbesondere folgende Aspekte beinhaltete und schriftlich vereinbart wurde:

- Alle Gruppenmitglieder können einen Antrag auf Aufenthaltserlaubnis nach § 25 AufenthG stellen, sofern sie in der Zeit von Februar bis Oktober 2011 von Libyen aus geflohen sind, bis mindestens Herbst 2012 in Italien gelebt haben, im Besitz gültiger italienischer Aufenthaltspapiere und bis April 2013 in Hamburg angekommen sind.<sup>151</sup>
- Die Hamburger Behörden behalten im Fall von *Lampedusa in Hamburg* die Zuständigkeit für die Durchführung des aufenthaltsrechtlichen Verfahrens. Die Antragsteller\_innen werden nicht, wie sonst üblich, umverteilt.
- Die Antragsteller\_innen erhalten für die Dauer ihres Verfahrens eine Duldung, keine Aufenthaltsgenehmigung.
- Die Antragsteller\_innen aus der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe bekommen feste Ansprechpersonen in der Ausländerbehörde zugewiesen, um die Antragstellung zu vereinfachen und beschleunigen.
- Bis ihr Verfahren in letzter Instanz – d.h. gegebenenfalls bis zum Petitionsausschuss der Hamburger Bürgerschaft und zur Härtefallkommission – abgeschlossen ist, werden die Antragsteller\_innen nicht abgeschoben.<sup>152</sup>

Für die Vertreter\_innen von *Lampedusa in Hamburg* – sowohl die Gruppenmitglieder als auch die anwesenden Unterstützer\_innen – war zunächst unklar, wie positiv dieses sogenannte Angebot einzuschätzen sei. Die Gruppe hielt Kontakt zu ihren Anwälten\_innen und versuchte so, möglichst schnell eine eigene Position zu entwickeln.<sup>153</sup> Doch die bereits seit Monaten geführten Diskussionen um die

---

<sup>150</sup> Vgl. ebd.: 22.10.2013.

<sup>151</sup> Hier wurden die Formulierungen so gewählt, dass das Verfahren für möglichst viele Mitglieder von *Lampedusa in Hamburg* offenstand. Nach allen Informationen, die ich von Gruppenmitgliedern, Unterstützer\_innen und Personen, die an den Verhandlungen mit dem Senat beteiligt waren, erhielt, traf diese Fallkonstellation auf fast alle Gruppenmitglieder zu.

<sup>152</sup> Vgl. *fluchtpunkt* 2013. Siehe auch Feldtagebuch 2013: 22.10.2013.

<sup>153</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 22.10.2013.

Frage nach einer kollektiven oder individuellen Lösung und der nun hinzu gekommene Druck, der durch die Polizeikontrollen entstanden war, sowie die damit verbundene, vielfach diskutierte Frage, durch welche strategischen Schritte die Kontrollen am ehesten beendet werden könnten, verunsicherten die Gruppe und ihre vielfältigen Unterstützer\_innen. Die komplexen Dynamiken stellten hohe Anforderungen an die Einigkeit und damit auch an die Stärke der Protestbewegung als Ganzes dar. An die Stelle der einstigen Entschlossenheit und Einigkeit der Gruppe samt ihrer Unterstützer\_innen aus unterschiedlichsten Kontexten traten nun Diskussionen, verschiedene Fraktionen, Unklarheit und Unsicherheit.

Während *Lampedusa in Hamburg* nachdachte, sich mit verschiedenen Unterstützer\_innen beratschlagte und versuchte, zu einer kollektiven Klarheit zu finden und parallel dazu den Protest auch über Hamburg hinaus lebendig zu halten, sorgte die Nordkirche ihrerseits für Klarheit. Sie veröffentlichte am 22. Oktober 2013 eine Pressemitteilung, in der Bischofin Fehrs sich ausdrücklich für das vom Senat vorgeschlagene Verfahren aussprach. Auch wenn sie zunächst betonte, dass sie „mit allen Kräften dabei [sind], zwischen Flüchtlingen und Senat zu vermitteln“<sup>154</sup>, forderte sie die Gruppenmitglieder später dazu auf, das Angebot des Senats anzunehmen: „Ich appelliere daher an die Flüchtlinge, die immer wieder geforderte Chance auf ein faires Verfahren auch zu nutzen. Es gibt aus meiner Sicht keinen anderen Weg.“<sup>155</sup> In ihrer Stellungnahme blieb offen, wie gut oder schlecht die Aussichten auf ein erfolgreiches aufenthaltsrechtliches Verfahren waren. Schließlich ging es nicht nur um ein formal korrektes Verfahren, sondern um eine tatsächliche Perspektive in Hamburg. „Inzwischen bin ich zuversichtlich, dass der Senat eine Lösung finden wird, die den Lampedusa-Flüchtlingen den vorgeschriebenen Gang in ein behördliches Verfahren erleichtert“<sup>156</sup>, wurde die Bischöfin zitiert. Monate später jedoch äußerte sich die kirchliche Rechtsberatungsstelle *fluchtpunkt* in einem Informationsblatt für die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe deutlich skeptischer:

„Da aber die Erfolgsaussichten der Verfahren derzeit gering sind und die Duldung über Jahre den Menschen keine Perspektive bietet, sehen wir in diesem Angebot [des Hamburger Senats; Anm. BN] keine Lösung des eigentlichen Problems. Die Situation dieser Gruppe belegt anschaulich, dass das europäische Asylsystem effektiven Flüchtlingsschutz verhindert. Europa hat zudem für die Opfer des Krieges in Libyen

<sup>154</sup> Fehrs, in: Stabsstelle Presse und Kommunikation der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland 2013. Dabei blieb offen, wer genau dieses „Wir“ sei. Vermutlich sprach sie sowohl für die Bischofskanzlei im Sprengel Hamburg und Lübeck als auch für die anderen Beteiligten der Nordkirche, da die Pressemitteilung im Namen der Stabsstelle Presse und Kommunikation der Nordkirche veröffentlicht wurde.

<sup>155</sup> Fehrs, in: ebd.

<sup>156</sup> Fehrs, in: ebd.

besondere Verantwortung übernommen und wird dieser nicht gerecht. Wir werden uns deshalb auch weiterhin für ein echtes Bleiberecht für diese Gruppe einsetzen.“<sup>157</sup>

Erneut erweist sich *die Kirche* hier als komplexe, vielfältige Organisation. Die Rollen der verschiedenen Akteur\_innen innerhalb der Kirche waren von außen nicht immer klar zu erkennen. Nicht zuletzt dadurch wurde das Vertrauen erschwert. Viele Gruppenmitglieder waren unsicher, wofür die Kirche kämpfte: dafür, dass die Gruppenmitglieder ein individualisiertes, behördliches Verfahren mit ungewissem Ausgang durchlaufen konnten oder – möglicherweise in Verbindung mit einem individualisierten Verfahren – dafür, dass die Gruppe tatsächlich hier bleiben konnte?

Die politische Wirkung, die die Äußerungen von Bischöfin Fehrs mit sich brachten, war eindeutig: Einen Tag später, am 23. Oktober 2013, wurden die Aussagen der Bischöfin in der Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft vielfach kommentiert. Abgeordnete der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion stimmten ihrer Einschätzung zu. Sie „begrüß[t]e[n]“ ihre Stellungnahme, dankten der Bischöfin oder sprachen gar davon, dass „es klug ist, was *unsere* [Hervorhebung BN] Bischöfin sagte, nämlich sich jetzt in die Einzelfallprüfung zu begeben“<sup>158</sup>. Die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe hatte sich eine Woche Bedenkzeit erbeten und nutzte diese für umfangreiche Überlegungen und Beratungen.<sup>159</sup> Doch der Druck, unter dem sie dabei stand, war und blieb durch diese Gemengelage enorm. Erneut wurde der Faktor Zeit hier zu einem wirkungsvollen Element staatlicher Machtausübung. Während diese zuvor in zeitlicher Unbestimmtheit – und somit Ungewissheit –, in der zeitlichen Ausdehnung eines Zustands der Prekarität – und somit Verunsicherung – gelegen hatte<sup>160</sup>, bestand die Machtausübung diesmal in der radikalen zeitlichen Begrenzung. Für die Kirche war es zwar in erster Linie darum gegangen, den Polizeikontrollen ein Ende – d.h. eine zeitliche Grenze – zu setzen und dadurch die permanente Abschiebungsbedrohung der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe zu beenden. Doch faktisch entstand dadurch auch ein zeitlicher Grenzraum, der für die Gruppe die Möglichkeiten interner Absprachen und umfassender Beratungen mit Fachleuten verringerte. Der Zeitdruck machte eine durchdachte, kollektive Entscheidung enorm schwierig, wenn nicht sogar unmöglich.

---

<sup>157</sup> *fluchtpunkt* 2013.

<sup>158</sup> Innensenator Neumann (SPD), in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013e: 5338.

<sup>159</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 22.10.2013 sowie Interview 23-2014.

<sup>160</sup> Siehe dazu Kapitel 4.3.

### 5.3.2 Die Spaltung

Bischöfin Fehrs hatte in der Pressemitteilung vom 22.10.2013 erwähnt, dass „die Flüchtlinge [...] derzeit sehr verunsichert“ wären. Sie fuhr fort: „Damit sie sich auf Einzelfallprüfungen einlassen können [...], müssen sie darauf vertrauen, dass ihre Fälle sorgfältig und genau geprüft werden.“<sup>161</sup> Die erwähnte Verunsicherung wurde jedoch gerade nach dem Verfahrensvorschlag des Senats, der klaren Positionierung der Bischöfin und Pressemeldungen, die „eine vermeintliche Entscheidung“<sup>162</sup> der Gruppe behaupteten, verstärkt. Ihre Unsicherheit erwähnte und kommentierte die Gruppe auch in ihrer Einladung zur Pressekonferenz, die am 29.10.2013 stattfinden sollte.<sup>163</sup> Auch bei der wöchentlichen *Mittwochsdemo* am 23.10.2013 sowie in diversen persönlichen Gesprächen hörte ich kaum Antworten und viele Fragen zu dem Vorschlag des Senats. Und immer wieder fiel der Satz „We are tired“. Oder: „Nous sommes fatigués.“<sup>164</sup> Und Sätze wie diese: „We are frustrated, you know? We can't just eat and sleep.“<sup>165</sup> Auch hier, wo die Gruppe körperlich geschwächt wurde, erhöhte sich die *Spaltbarkeit* der Gruppe und wurde so zu einem entscheidenden Bestandteil eines sich im Prozess befindenden Bruchs. Damit verbunden zeigte sich hier erneut die Zeitlichkeit der Grenze. Viele äußerten die Sorge, dass die vorgeschlagenen Einzelverfahren noch Jahre dauern könnten. Viele kannten Menschen, die seit Jahr und Tag eine Duldung haben und weit entfernt sind von einem sicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland.

Die Frage, was ich von dem Vorschlag des Senats hielt, die mir mehrere Gruppenmitglieder – nicht zum letzten Mal – stellten, konnte ich nicht beantworten. Auch ich war verunsichert. Und ich war nicht die Einzige, der es an einer klaren Einschätzung der Situation mangelte – sowohl während der erwähnten einwöchigen Bedenkzeit als auch darüber hinaus. „I asked some lawyers the same question“, schilderte Obed später im Interview. „And they said: I don't know. But they are all *German*, and ‚Duldung‘ is *their language*. But they already said: I don't know.“ Und auch Clement kommentierte in demselben Interview die unklaren Aussagen von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten: „You collect this Duldung, you'll be sitting down waiting for it, and they say [...] – even the lawyers, when I spoke with them – they said, they are not sure. [...] They said, maybe or not. Maybe. And that they are not sure with 100 %.“<sup>166</sup> Hier zeigt sich zum einen die Komplexität der Zu-

<sup>161</sup> Fehrs, in: Stabsstelle Presse und Kommunikation der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland 2013.

<sup>162</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2013p.

<sup>163</sup> Vgl. ebd.

<sup>164</sup> Dabo, zit. nach: Felddagebuch 2013: 22.10.2013.

<sup>165</sup> Ebd.: 23.10.2013.

<sup>166</sup> Obed und Clement, in: Interview 10-2013.

sammenhänge, in denen sich die Gruppenmitglieder wiederfanden. So sehr sie sich als Kollektiv organisierten, so heterogen war die Gruppe und so vielfältig waren die individuellen Lebenssituationen, in denen die Gruppenmitglieder weitreichende Entscheidungen für ihr Leben und den weiteren Protest treffen mussten. Zum anderen wird an dieser Stelle einmal mehr deutlich: Recht ist nie statisch. Recht wird praktiziert. Und diese Rechtspraxis befindet sich in Bewegung und lässt sich somit nicht vorhersehen. Der Hamburger Senat hatte ein Verfahren beschlossen, das von dessen ausführenden Behörden – der Innenbehörde und der ihr untergeordneten Ausländerbehörde – umgesetzt werden würde. Hier wurden politische Spielräume ausgenutzt, deren praktische Konsequenzen nicht zu ermessen waren, zumal es sich um ein eigens für die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe geschaffenes Verfahren handelte. Es basierte zwar auf rechtsstaatlichen Vorgaben, war in seiner konkreten Umsetzung jedoch an spezifische politische Zusagen gebunden, die speziell für die Gruppe galten.<sup>167</sup> Wenn sich die Gruppenmitglieder für ein Einzelverfahren entschieden, entschieden sie sich zwangsläufig für eine erneute, nicht abschätzbare Ungewissheit. In Italien hatten sie Aufenthaltspapiere erhalten. Diese Papiere waren alles, was sie an greifbarer Sicherheit besaßen. Doch deren Gültigkeit war begrenzt. Sie zu verlängern, würde mit beginnendem Einzelverfahren in Hamburg voraussichtlich nicht mehr möglich sein. Es schien ein riskantes Unterfangen zu sein. In dem Moment, in dem sie sich in das Verfahren begeben würden, das der Hamburger Senat ihnen vorgeschlagen hatte, würden sie dieses bisschen Sicherheit aufgeben müssen.<sup>168</sup> Die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe hatte ihre Entscheidung noch nicht getroffen. Fragen und Skepsis kamen auf. Ob sich das Risiko lohnen würde, ihre italienischen Papiere aufzugeben, war unklar.

Woher sollte die Gruppe das Vertrauen nehmen, von dem Bischöfin Fehrs gesprochen hatte – nachdem der Senat allen Gruppenmitgliedern über Monate mit der Abschiebung nach Italien gedroht sowie Recht und Gesetz *gegen* die Gruppe ausgelegt hatte und mit massiven Polizeikontrollen gegen sie vorging? Konnte die Gruppe diesem Senat vertrauen? Und konnte sie einer Kirche vertrauen, die sich so eng an die Seite dieses Senats stellte? Einmal mehr war der Affekt des Vertrauens ausschlaggebend dafür, ein bestimmtes, kollektives Handeln – in diesem Fall: eine positive Reaktion auf den Senatsvorschlag – auszulösen oder zu verhindern. Es war das infrage stehende Vertrauen der Gruppe in den Senat und in die Kirche, das sich nicht nur als Ausdruck einer verringerten *Bindungsstärke* begreifen lässt, sondern so entscheidend war, dass es selbst als Störung verstanden werden kann, als wichtiger Bestandteil des Brechens. In diesem Prozess begann sich innerhalb

---

<sup>167</sup> Siehe auch Kapitel 5.4.

<sup>168</sup> Vgl. dazu auch Clement, in: Interview 10-2013.

der Protestbewegung etwas zu verschieben: Es gab diejenigen, die auf die Einzelfalllösung – und die daran beteiligten Akteur\_innen – vertrauten, und diejenigen, die es nicht taten; also diejenigen, die sich in ein individualisiertes Verfahren begeben, und diejenigen, die es nicht tun würden. So kam es zu einer Verwerfung, durch die sich unterschiedliche Teile der Protestbewegung – sowohl aus der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe selbst als auch aus dem Kreis ihrer Unterstützer\_innen – voneinander entfernten. Wie genau die Einzelnen jeweils zu ihrer Entscheidung kamen, war für mich in der damaligen Situation kaum ersichtlich. Ich war mit vielen Menschen im Gespräch, nahm viele Überlegungen wahr. Doch die Entscheidungen trafen die Gruppenmitglieder oftmals im Stillen und zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Erst nach und nach begann ich die Entscheidungs- und Verwerfungsprozesse der Gruppe zu verstehen.

Eine weitere Bruchlinie entstand dabei zwischen Unklarheit und Klarheit, zwischen Verunsicherung, die noch keine Antwort ermöglichte, und einer klaren Antwort auf den Vorschlag des Senats. Während die Gruppe sich Bedenkzeit erbat, war die Situation aus Sicht der kirchlichen Vertreter\_innen bereits klar: Das Angebot des Senats erschien ihnen als einzige Chance, die Kontrollen zu beenden, die Situation zu deeskalieren und daraufhin mit der Stadt eine Winterunterbringung für diejenigen auszuhandeln, die bis dahin in der St. Pauli-Kirche übernachtet hatten.<sup>169</sup> In der Tat beruhigte sich die Lage in der Stadt. Die Polizeikontrollen wurden nach der kirchlichen Pressemitteilung zunächst für wenige Tage ausgesetzt.<sup>170</sup> Der Hamburger Senat rühmte in jener Zeit in Person des Innensenators Neumann das „Gewaltmonopol in Händen des Staates“ als „große Errungenschaft“<sup>171</sup> und hatte durch die gewaltvolle Eskalation eine Situation geschaffen, durch die er die Kirche zum Handeln drängte. Was vordergründig wie eine Deeskalation wirkte, waren Praktiken, die weiterhin durchzogen waren von staatlicher Macht. Der Senat deeskalierte die Situation zum Preis der Ungewissheit. Zwar hatte er davon abgesehen, die Gruppenmitglieder umgehend nach Italien abzuschicken, doch die weitere Perspektive blieb ungewiss. Zu der Ungewissheit innerhalb der von da an beginnenden individualisierten Verfahren kam die Verunsicherung durch weiterhin drohende Polizeikontrollen. Zum damaligen Zeitpunkt stand nicht fest, ob die Kontrollen erneut beginnen würden und wenn ja, wann. In gewisser Weise hält dieser Zustand, wenn auch in deutlich abgeschwächter Form, bis heute an. Immer wieder kommt es – nicht nur – in Hamburg zu *racial profiling*.<sup>172</sup>

<sup>169</sup> Siehe oben. Vgl. auch Kärst, in: Interview 23-2014.

<sup>170</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 24.10.2013.

<sup>171</sup> Neumann, in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013e: 5337.

<sup>172</sup> Vgl. z.B. Nachbarschaftsinitiative Balduintreppe 2017.



Neben der temporären Beendigung der Polizeikontrollen wurde im Zuge der Einigung zwischen Kirche und Senat auch das Aufstellen von Containern über die Wintermonate möglich. Dadurch wurde die Kirche umso mehr zur Kooperationspartnerin des Senats.<sup>173</sup> Dabei wurde deutlich, dass es der Stadt ohnehin an Unterbringungsmöglichkeiten gemangelt hatte und die Container auf Kirchengelände eine praktische, von der Kirche mitfinanzierte Lösung darstellten. Die „humanitäre Hilfe“ der Nordkirche erwies sich erneut als Bestandteil eines Humanitarismus, der die Grenzen zwischen dem Staatlichen und dem Nichtstaatlichen verschwimmen ließ. Er war explizit verknüpft mit staatlicher Regierung wie auch mit ökonomischen Aspekten. Die Kosten jener Containerunterkünfte teilten sich BASFI (Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration) und Kirche. Auf diese Weise wird Humanitarismus zu einer von ökonomischen Logiken durchdrungenen Regierungsform, die gleichzeitig behauptet, unpolitisch zu sein.<sup>174</sup> Der Preis für das Ende der Polizeikontrollen war somit auch bares Geld. Der Senat beendete die Kontrollen – die Kirche kümmerte sich um die Menschen. Der Senat stellte finanzielle Mittel zur Verfügung – die Kirche tat es ebenso. Dabei ist die Unterbringung von obdachlosen Menschen eine genuin staatliche Aufgabe. Der Staat band somit die Kirche in staatliche Aufgaben ein, bewahrte sich aber durch die Kofinanzierung seine Machtposition. Letztere baute er nicht zuletzt dadurch aus, indem er dafür sorgte, dass die mediale Aufmerksamkeit an der St. Pauli-Kirche deutlich zurückging – eine weitere Gegenleistung für die Beendigung der Polizeikontrollen. Während der Kontrollen hatte es eine umfangreiche Medienberichterstattung gegeben, in die die St. Pauli-Kirche vielfach involviert war.<sup>175</sup> Doch mit dem Ende der Polizeikontrollen endete auch dieses starke Ausmaß an Medienpräsenz. Dies hing zum einen damit zusammen, dass die Menschen dadurch „einfach mal Ruhe haben“<sup>176</sup> würden. Zum anderen war diese Ruhe politisch gewollt, wie ich später in einem informellen Gespräch mit einem kirchlichen Unterstützer erfuhr.<sup>177</sup> Durch diese Bedingung erreichte der Hamburger Senat, dass es um den Protest stiller wurde und er somit auch an Stärke verlor. Sowohl die Eskalation als auch die Deeskalation der Situation stellten wirkungsvolle Praktiken zur Schwä-

<sup>173</sup> Dass die Entscheidungen rund um die Installation der Container höchst politisch waren, wurde nicht zuletzt dadurch deutlich, dass sich Bürgermeister Olaf Scholz immer wieder in die Verhandlungen einschaltete, obwohl Baugenehmigungen eigentlich von den *Fachämtern Bauprüfung* auf Bezirksebene erteilt werden (vgl. Interview 22-2014 sowie Freie und Hansestadt Hamburg 2015).

<sup>174</sup> Vgl. Ticktin 2006: 35. Siehe auch Kapitel 2.6.

<sup>175</sup> Vgl. z.B. NDR Panorama: „Hardliner machen mobil“, in: Transkribierte Audio- und Videomaterialien 2013–2015: 15.10.2013.

<sup>176</sup> Mona, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 22.10.2013.

<sup>177</sup> Vgl. Feldtagebuch 2015: 05.04.2015.

chung der Protestbewegung dar. Die staatliche Macht erwies sich jedoch gerade im Kontext der Polizeikontrollen ebenfalls als brüchig: Immer wieder berichteten mir Menschen, die direkt mit Polizist\_innen und der Polizeigewerkschaft in Kontakt waren, dass im Oktober 2013 Polizist\_innen remonstriert und sich bewusst nicht an den Kontrollen beteiligt hätten.<sup>178</sup> Auch zwischen staatlichen Akteur\_innen kam es hier somit zu einer Verwerfung, bei der sich die Wege derer, die der Anordnung der Innenbehörde Folge leisteten, und derer, die es nicht taten, trennten. Die



Abbildung 18: Polizei bei einer Mittwochsdemo.

oben geschilderte Debatte um die Unterbringung in Containern betraf nicht die gesamte *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe. Diese Unterbringung wurde nur für diejenigen möglich, die schon vorher kirchlich untergebracht waren. Die Lebensbedingungen für die restliche Gruppe blieben die ganze Zeit über gleichermaßen prekär. Doch auch die Container bedeuteten eine Unterbringung in beengten Verhältnissen und wurden nur für eine begrenzte Zeit auf verschiedenen Kirchengrundstücken aufgestellt. Auch hier blieb die Prekarität somit erhalten. Spätestens mit dem Ende der Container-Unterbringung, das im Endeffekt im Juni 2014<sup>179</sup> erfolg-

<sup>178</sup> Vgl. z.B. Feldtagebuch 2013: 24.10.2013 wie auch Interview 22-2014: Gesprächsprotokoll.

<sup>179</sup> Vgl. Unterstützer-Kreis St. Pauli 2014.

te, würden die Gruppenmitglieder sich entscheiden müssen: Entweder sie würden sich in ein individuelles Verfahren begeben und auf diesem Wege Sozialleistungen beziehen können und untergebracht werden oder sie würden abhängig bleiben von Einzelpersonen, Hausprojekten und Initiativen, die sie aufnahmen. Wie schon in Kapitel 4 aufgezeigt, war eine der Bruchlinien, die durch die Gruppe verlief, somit die Unterbringung. Oder wie Obed es im Interview formulierte, als er von einer möglichen Spaltung sprach:

„So, the situation now is not the ‚Duldung‘, not the politicians, but where you live. So, where we live now can separate us, because we don’t have a place to stay. And politicians are not going to decide *now*, it’s a matter of years, days, months – we don’t know. So, everything being put aside: the situation and the weather *may* separate the group, I think.“<sup>180</sup>

Am 28.10.2013, nach Ablauf der erbetenen Bedenkzeit von einer Woche, verfasste *Lampedusa in Hamburg* dann eine schriftliche „Antwort an den Senat und Vorschlag zur Lösung im Sinne von Menschenwürde und Menschenrecht“<sup>181</sup>. Darin stellten die Protestierenden erneut ihre bisherigen Wege und ihre aktuelle Situation dar und begrüßten die Tatsache, dass der Senat mit ihnen ins Gespräch gekommen war. Doch den Vorschlag des Senats nahmen sie als Kollektiv in dieser Form nicht an. Sie verwiesen auf die hohen Kosten, die mit Einzelverfahren verbunden seien und argumentierten damit, dass eine zügig erteilte Arbeitserlaubnis für alle Beteiligten erstrebenswerter wäre, auch für die Behörden. Zudem schlugen sie vor, eine „Kommission zur konkreten Ausarbeitung und Umsetzung einer praktikablen Lösung“<sup>182</sup> einzurichten, in die auch Vertreter\_innen verschiedener zivilgesellschaftlicher Institutionen einbezogen werden könnten. Am 29.10.2013 organisierte *Lampedusa in Hamburg* dann, wie bereits erwähnt, eine Pressekonferenz, um die Antwort an den Senat vorzustellen und zu kommentieren. Darin machten die Gruppensprecher gemeinsam mit ihren Anwälten\_innen und Unterstützer\_innen erneut deutlich, dass sie bei ihrer Forderung nach einer kollektiven Anerkennung blieben – wie es beispielsweise in § 23 AufenthG vorgesehen sei. Auch bei der *Mittwochsdemo* am darauffolgenden Tag zeigte sich die Gruppe kämpferisch. Jona, mit dem ich zusammen dort war, kommentierte dies auch im persönlichen Gespräch. Sie würden weiter kämpfen, auch wenn es gerade keine klare Strategie gäbe: „You know, it’s a fight – you win, you lose.“<sup>183</sup>

<sup>180</sup> Obed, in: Interview 10-2013. Mehr dazu in Kapitel 5.3.3.

<sup>181</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2013o.

<sup>182</sup> Ebd.: 4.

<sup>183</sup> Jona, zit. nach: Felddagebuch 2013: 30.10.2013.

Während manche Gruppenmitglieder von der Spaltung der Gruppe sprachen,<sup>184</sup> betonten andere, dass die Gruppe nicht gespalten sei. Sie versuchten, die Geschlossenheit – und damit auch: Stärke – der Gruppe zu unterstreichen. Dies war auch die offizielle Linie der Gruppe. Dazu veröffentlichte sie am 31.10.2013 ein offizielles „Short statement by the group ‚Lampedusa in Hamburg‘ regarding the situation at the St Pauli Church“, in dem sie klarstellte: „The group has definitely not split up. The group structures are still functioning, even though there is a lot of pressure on the group.“ Abschließend wurde darin der Sprecher Asuquo Udo zitiert: „The struggle of the group ‚Lampedusa in Hamburg‘ continues, we stand together and demand our rights!“<sup>185</sup> Auch in Interviews und informellen Gesprächen bestätigten einzelne Gruppenmitglieder diese Einschätzung: „We are all together: those who have ‚Duldung‘ sleep in the container, those who don’t have ‚Duldung‘ sleep in the container. So, I think we are together – [...] we *must* be together!“<sup>186</sup>

Immer mehr bestätigte sich, dass die Bruchlinie, entlang derer sich die Störung in der Protestbewegung ereignete, das Vertrauen war: Die einen vertrauten *der Kirche*, die anderen nicht. Die einen vertrauten dem Senat – teilweise auch als Konsequenz des Vertrauens in die Kirche –, die anderen nicht. Diejenigen, die der Kirche vertrauten, taten dies beispielsweise, weil sie in der St. Pauli-Kirche untergebracht und über Monate gut versorgt worden waren.<sup>187</sup> Diejenigen, die dem Senat nicht vertrauten, taten dies vor allem aufgrund von Vorerfahrungen. Zum einen hatte *Lampedusa in Hamburg* selbst schlechte Erfahrungen mit diesem Senat gemacht, der seit Monaten mit ihrer Abschiebung drohte. Zum anderen vertrauten sie ihren Unterstützer\_innen, die ihrerseits oft negative Erfahrungen mit dem Senat und dessen Innenbehörde bzw. der Ausländerbehörde gemacht hatten. Dazu gehörten insbesondere Menschen, die selbst seit Jahren eine Duldung haben und auf einen dauerhaften Aufenthaltsstatus in Deutschland warten. „With a Duldung, you’re with one leg here in Germany and with one leg in your home country. You don’t know if you will be deported or if you will stay“, kommentierte ein Gruppenmitglied bei einer *Mittwochsdemo*. Als ich nachfragte, wie er zu dieser Einschätzung käme, ergänzte er: „That’s what our brothers say, who have lived here for a long time.“<sup>188</sup> Auch die Unterstützer\_innen, die seit vielen Jahren nach Deutschland geflohene Menschen begleiteten, beriefen sich auf diese Erfahrungen.<sup>189</sup>

<sup>184</sup> Vgl. ebd.: 30.10.2013 und 06.11.2013.

<sup>185</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2013q.

<sup>186</sup> Raymond, in: Interview 10-2013.

<sup>187</sup> Vgl. z.B. ebd.

<sup>188</sup> Feldtagebuch 2013: 27.11.2013.

<sup>189</sup> Vgl. dazu z.B. auch Interview 12-2013.

Die offizielle Reaktion von *Lampedusa in Hamburg* zeigte, dass dem Großteil der Gruppe das nötige Vertrauen in den Senat fehlte. Auch dem Hamburger Senat schien dieser Zusammenhang klar zu sein. Die erneute Antwort des Senats ließ nicht lange auf sich warten und nahm explizit Bezug auf das Thema „Vertrauen“. Noch am 29.10.2013, dem Tag der entscheidenden Pressekonferenz der Gruppe, gab Innensenator Neumann eine Pressemitteilung heraus, in der er erneut an die Gruppenmitglieder appellierte, „nun ihre Identität und ihre Fluchtgeschichte offenzulegen, um in ein klares, transparentes Verfahren zu kommen, wie es für Hunderte andere Flüchtlinge obligatorisch ist. Auch die Nordkirche wirbt für dieses Vertrauen in den Rechtsstaat. Dieses Vertrauen ist berechtigt.“<sup>190</sup> Wie schon in der Bürgerschaftssitzung eine Woche vorher nutzte der Innensenator auch diesmal die Position der Nordkirche als Rechtfertigung für seine politische Linie. Doch dieses Vertrauen in den Rechtsstaat scheiterte nicht zuletzt am Vertrauen in den Senat, das vielen der *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder fehlte und sie somit – zumindest zunächst – davon abhielt, sich in ein individualisiertes Verfahren zu begeben.<sup>191</sup>

Hier zeigt sich die Komplexität von Brüchen, die als unregelmäßige Erscheinungen ohne eindeutige Richtung auftreten. Die Bruchlinien in der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe verliefen, wie ich im Folgenden weiter zeigen werde, nicht entlang der Grenzen zwischen sakralem und säkularem Raum, zwischen den kirchlich untergebrachten und den übrigen Gruppenmitgliedern, zwischen kirchlichen und anderen Unterstützer\_innen, sondern quer durch die Protestbewegung. So gab es mehrere Bruchlinien, die sich nicht automatisch mit bestimmten Orten oder bestimmten Unterstützer\_innen in Verbindung bringen ließen. Ich spreche deshalb auch im Plural von den Brüchen in der Protestbewegung und nicht von der einen Spaltung, die in jenen Wochen und Monaten immer wieder beschworen oder gezeugnet wurde. Nur so lassen sich meines Erachtens die komplexen und widersprüchlichen Geschehnisse greifen, die sich in jener Phase des Protests ereigneten.

### 5.3.3 Widersprüchliche Realitäten

In der Tat waren die Ereignisse rund um den Oktober 2013 in erster Linie eines: widersprüchlich. Auch wenn in den Medien und in öffentlichen und internen Debatten immer wieder vermeintlich klare Trennlinien zwischen *der Kirche* und *dem Rest*, zwischen *der Nordkirche* und *der St. Pauli-Kirche*, zwischen *den Spre-*

<sup>190</sup> Behörde für Inneres und Sport (BIS) Hamburg 2013.

<sup>191</sup> Letztendlich begaben sich ca. 100 Gruppenmitglieder in ein Einzelverfahren (vgl. Kohnert, in: Felddagebuch 2017: 27.02.2017).

*chern am Hauptbahnhof* und den Sprechern an der St. Pauli-Kirche, zwischen den Anglophonen und den Frankophonen, zwischen den Linken und den Realist\_innen gezeichnet wurden:<sup>192</sup> *Lampedusa in Hamburg* zeigte sich gerade in jenen ereignisreichen Wochen als vielfältige Bewegung. Die Bruchlinien, entlang derer sich Standpunkte und Affekte trennten und verschoben, unterlagen eigenen Dynamiken. Meinungen und Entscheidungen wurden von Individuen unterschiedlich vertreten, kombiniert oder verworfen. Manche Gruppenmitglieder, die kirchlich untergebracht waren, entschieden sich für ein individuelles Verfahren. Andere, die ebenfalls kirchlich untergebracht waren, entschieden sich dagegen. Manche, die anderweitig untergebracht waren, entschieden sich für ein individuelles Verfahren. Andere, die ebenfalls anderweitig untergebracht waren, entschieden sich dagegen. Zudem verschoben sich die Entscheidungen bezüglich des individuellen oder kollektiven Verfahrens auch im Laufe der Zeit: Viele Gruppenmitglieder, die sich zunächst gegen ein individuelles Verfahren entschieden hatten, stellten viele Monate später doch einen Antrag.

In der Individualität der Entscheidungen zeigt sich letzten Endes – trotz aller kollektiven Ziele und Bemühungen – die Eigenständigkeit der *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder. Doch die Herausforderung, zu einer solchen eigenständigen Entscheidung zu kommen, war groß. Als das vom Senat vorgeschlagene Verfahren bekannt wurde, war die Abhängigkeit der Gruppenmitglieder von ihren Unterstützer\_innen besonders stark. Die widersprüchlichen Aussagen, die unterschiedliche Unterstützer\_innen machten, waren für die Gruppe sehr verwirrend. Im November 2013 hatte ich sechs *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder zu einem Gruppeninterview eingeladen. Als ich fragte, was zu dem Zeitpunkt das Hauptthema in ihren Diskussionen sei, sagten sie, es sei „the group and the Duldung“<sup>193</sup>. Es blieb auch das Hauptthema unserer damaligen Runde. Aaron erwähnte in diesem Zusammenhang die Verwirrung, die er erlebte und die sich auch in seiner Ausdrucksweise widerspiegelte. Er sprach in fragmentarischen Sätzen, unterbrach sich selbst immer wieder, machte viele kleine Pausen:

„So, those people in the church, some of them accepted this Duldung. So, the leaders in the Hauptbahnhof, they just came out, they can be confusing, because they say that: no, we are supposed to be one! [...] If [...] some people go and take this Duldung, and later on, they don't know what is going to happen to them, because we have struggled from Libya and Italy, and we are still struggling. And can we continue to take this Duldung – let's say, for example, six years or five years – without a survival in life? [...] Because some of them have their parents and their children in

<sup>192</sup> Vgl. insbesondere Feldtagebücher 2013 und 2014, Interview 10-2013 und Interview 22-2014.

<sup>193</sup> Obed, in: Interview 10-2013.

Africa. They are supposed to help them in the financial problem. So, this issue has become so confusing to Lampedusa people. There's a division in the group.<sup>194</sup>

Das einzige, worauf sich die Gruppe in dem Moment verlassen konnte, war, wie bereits dargestellt, ihr Vertrauen zu ihren Unterstützer\_innen – seien sie aus politisch-aktivistischen Initiativen, aus kirchlichen Zusammenhängen, aus anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen –, doch ebendiese Unterstützer\_innen widersprachen sich oftmals gegenseitig. Außerdem warfen sich manche von ihnen gegenseitig vor, die protestierenden Geflüchteten für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. So wurde im Plenum immer wieder die Kirche der Machtausübung beschuldigt und – umgekehrt – in kirchlichen Kontexten derselbe Vorwurf den linkspolitischen Aktivist\_innen gemacht.<sup>195</sup> Beide Perspektiven deuten darauf hin, dass die Protestbewegung in ihren historischen Verwobenheiten zu betrachten ist. In der Tat war der Protest durchzogen von (post-)kolonialen Abhängigkeiten und Machtverhältnissen.<sup>196</sup> Jede Unterstützung des Protests, die sich dessen Kontextualität und Historizität nicht bewusst war, riskierte, die Protestbewegung für die jeweils eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Eine Kritik (post-)kolonialer Verhältnisse ist nur dann ernst zu nehmen, wenn diejenigen, die sie äußern, sich selbst innerhalb ebendieser Verhältnisse verorten und sich darin kritisch reflektieren. Eine Kritik, die sich darauf reduziert, dass die Kirche wie immer Macht ausübe,<sup>197</sup> greift ebenso zu kurz wie eine Kritik, die nicht kirchlichen und kirchenkritischen Aktivismus pauschal als Instrumentalisierung von Geflüchteten und als „Weltrevolution“<sup>198</sup> einordnet. Was sich in diesen verkürzten, gegenseitigen Vorwürfen zeigt, ist vor allem zweierlei: Affekte und lokale Geschichten. Spätestens mit den Polizeikontrollen standen alle Beteiligten enorm unter Druck. Der Protestalltag war damals, wie in Kapitel 5.2 beschrieben, geprägt von einer Vielzahl von Affekten – von Wut, Verzweiflung, Angst, Solidarität –, die einerseits mobilisierend wirkten, andererseits auch zu einseitigen Einschätzungen führten. Durch die affektiven Intensitäten jener Phase des Protests war es umso schwieriger, besonnen zu agieren und dabei verschiedene Perspektiven einzubeziehen. In der Konsequenz nahmen lokale Geschichten der Vergangenheit großen Einfluss auf das aktuelle Geschehen. Zwar war es der Protestbewegung gelungen, dass Menschen aus unterschiedlichsten Kontexten wieder an einem Tisch saßen und gemeinsame Ziele verfolgten, obwohl sie seit vielen Jahren nicht mehr miteinander

---

<sup>194</sup> Aaron, in: ebd.

<sup>195</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013 sowie Interview 22-2014.

<sup>196</sup> Siehe auch Kapitel 4.

<sup>197</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 05.06.2013.

<sup>198</sup> Ebd.: 23.10.2013.

gesprochen hatten.<sup>199</sup> Doch gerade in dem Moment, in dem vor allem Emotionen und Affekte die Situation in Hamburg prägten, traten die ungelösten Konflikte der vergangenen Jahrzehnte erneut zutage und teilten die Unterstützungsszene in unterschiedliche Lager. Eine breite, gemeinsame Unterstützung von *Lampedusa in Hamburg* wurde dadurch immer schwieriger.

Gerade an der Schnittstelle zur konstituierten Bürgerschaft wurden diese komplexen, konfliktiven, von Störungen geprägten Zusammenhänge sichtbar. So auch an der St. Pauli-Kirche: Am 29.10.2013, wenige Stunden nach der Pressekonferenz von *Lampedusa in Hamburg*, veröffentlichte die St. Pauli-Kirche gemeinsam mit den Sprechern der dort untergebrachten Gruppe eine eigene Pressemitteilung. Darin unterstützten der Kirchengemeinderat und die Pastoren das Angebot des Senats, wenn auch mit Verständnis für alle Unsicherheiten gegenüber dem darin vorgeschlagenen Prozedere. Die Pastoren, Sieghard Wilm und Martin Paulekun, und ich saßen zum Interview am selben Tisch, an dem sie damals mit den Sprechern der an der St. Pauli-Kirche untergebrachten Gruppenmitglieder zusammengesessen und die Pressemitteilung beschlossen hatten. Wie es dazu gekommen sei, fragte ich die beiden an jenem symbolträchtigen Ort. Sie erinnerten sich an die damalige Stimmung im Stadtteil, den „Belagerungszustand von der Polizei“<sup>200</sup> und die Pressekonferenz von *Lampedusa in Hamburg* am 29. Oktober 2013, die, wie Sieghard Wilm rekapitulierte, „sehr lange dauerte, aber dann eben mit dem [...] für mich *überraschenden* Ergebnis [...], dass die Lampedusa-Bewegung dann eben sagte: ‚Wir erkennen das Angebot des Senats nicht an. Wir nehmen das nicht an.‘“<sup>201</sup> Aus dieser Situation heraus trafen die beiden Pastoren ihre Entscheidung: „Und dann [...] war damals unser Gedanke: Wenn *jetzt* klar wird, wir lehnen das Angebot der Innenbehörde, das ja offensichtlich als ganz gut wahrgenommen worden ist [...], mit ab, dann verlieren wir *sämtliche* bürgerliche Unterstützung hier. Und aus dieser Klemme wollten wir ’raus.“<sup>202</sup> Überzeugt waren die Pastoren von dem Angebot des Senats keineswegs. Wenige Tage später sprach Martin Paulekun beim Treffen der Unterstützer\_innen an der St. Pauli-Kirche darüber und betonte: „Mit einer Lösung hat das wirklich gar nichts zu tun, sondern mit der aktuellen Situation“ – also mit den „unerträglichen“ Polizeikontrollen „auch direkt vor der Tür“<sup>203</sup>. Die konstituierte Bürgerschaft – in Form der St. Pauli-Kirche und der von ihren Pastoren benannten „bürgerlichen Unterstützung“ – setzte im Angesicht der eskalierenden Situation des Oktobers 2013 auf den Senatsvorschlag und dadurch

<sup>199</sup> Siehe auch Kapitel 2.5.

<sup>200</sup> Wilm, in: Interview 22-2014.

<sup>201</sup> Ebd.

<sup>202</sup> Paulekun, in: ebd.

<sup>203</sup> Zit. nach: Feldtagebuch 2013: 04.11.2013.



der verhandelten Bürgerschaft eine Grenze. Ihre Strategie war, auf diese Weise eine individuelle Regularisierung der Gruppenmitglieder herbeizuführen. Die Widersprüche einer solchen Strategie formuliert Kim Rygiel wie folgt:

„So in this case I think the question is one of always thinking in terms of multipronged approaches, where regularization can open up opportunities for some but exclude others, it can never be an end position in and of itself. Yet this does not mean it is not a valuable political strategy. I am reminded of Foucault’s (1980: 142) point here in which he notes that power is both constraining and productive and that while there is no position outside of power, there are also ‚no relations of power without resistances‘. Every citizenship struggle, which gains new freedoms for an individual also further intertwines that person within the power of the state. Yet, by the same token, it is precisely in oppressive moments of power that new openings for resistance can be found. It is in these new political openings, sites, forms of action, and identities that a politics of citizenship as resistance emerges.“<sup>204</sup>

Verhandelte Bürgerschaft, die sich durch *Acts of Citizenship* konstituiert, kann nach Rygiel also durchaus in regularisierte Formen der Bürgerschaft übergehen, verstärkt dadurch jedoch ihre Verwobenheiten mit staatlicher Macht.<sup>205</sup> Genau das lässt sich an den Gruppenmitgliedern beobachten, die sich auf das vom Senat vorgeschlagene Verfahren einließen. Sie vertrauten der Kirche als Akteurin und ihren Verbindungen zum Staat, begaben sich daraufhin in explizit staatliche Strukturen und setzten ihren Kampf um Bürgerschaft somit in veränderter Form fort. Sie kämpften weiterhin als Kollektiv und versuchten nach wie vor, durch performative Akte öffentlich wahrnehmbar zu bleiben. Sie kämpften aber auch als Individuen und versuchten, im Rahmen regularisierter Verfahren ihr Ziel – also: die Anerkennung ihrer Rechte – zu erreichen. Viele der Gruppenmitglieder entschieden sich jedoch gegen eine solche Strategie und führten ihren Widerstand losgelöst von der staatlichen Macht und dem von dieser vorgegebenen Verfahren fort.

Doch die Bruchlinien, entlang derer sich die aufenthaltsrechtlichen Wege der einzelnen Gruppenmitglieder nun trennten, waren nicht nur durch verschiedene Strategien und Entscheidungen, sondern auch auf unfreiwilliger Basis entstanden. Ca. 50 Gruppenmitglieder hatten durch die widerrechtliche erkennungsdienstliche Behandlung, die mit den Polizeikontrollen verbunden war, eine Duldung erhalten.<sup>206</sup> Dadurch tauchte immer wieder die Frage auf, wie es für diese 50 Menschen weitergehen könne, welche Chancen sie in ihrem individuellen Verfahren haben würden und ob es von Vorteil wäre, wenn alle anderen sich nun freiwillig

<sup>204</sup> Rygiel, in: Rygiel u.a. 2015: 9.

<sup>205</sup> Siehe auch meine Reflexionen zur grundsätzlichen Kritik am Konzept der Bürgerschaft in Kapitel 2.2.4.

<sup>206</sup> Siehe auch Kapitel 5.2.3.

in ein Einzelverfahren begäben. Dadurch wären zumindest alle wieder in derselben aufenthaltsrechtlichen Situation gewesen.<sup>207</sup> So war die Gruppe jedoch aufenthaltsrechtlich gespalten, bevor sie selbst irgendeine Entscheidung treffen konnte. In der widerrechtlichen Vermischung von Ordnungsrecht und Aufenthaltsrecht, von Ordnungspolitik und Migrationspolitik, die in der Praxis des *racial profiling* liegt, äußerten sich rassistische Strukturen, die für die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe existenzielle Konsequenzen hatten.

Gleichzeitig eröffnet sich hier, wo die Protestbewegung Brüche und Störungen erfährt, Raum für Neues. Nachdem die Protestbewegung im Oktober 2013 von Klüften und Spalten durchzogen worden war, versuchte sie nun, diese wieder zu füllen. Sie suchte mehr denn je nach Gemeinsamkeiten und besann sich zurück auf das, was sie als Kollektiv verband. So erhob die Gruppe weiterhin die Stimme dafür, dass ihre Entrechtung wahrgenommen und ihre Rechte anerkannt werden würden. Gerade die Brüche des Herbstes 2013 und die damit verbundenen staatlichen Versuche, den Protest zum Schweigen zu bringen, brachten neue Protest- und Unterstützungsformen hervor, auf die ich in Kapitel 6 genauer eingehen werde. Parallel dazu begaben sich einige Gruppenmitglieder in ein individuelles aufenthaltsrechtliches Verfahren und erhielten dadurch die Chance auf eine Zukunftsperspektive in Deutschland. Auch wenn der Vorschlag des Senats zu Verwerfungen innerhalb der Gruppe geführt hatte, entstand hier doch auch die potenzielle, jedoch lediglich individuell zu verwirklichende Möglichkeit auf Zugehörigkeit und Teilhabe.

---

<sup>207</sup> Vgl. auch Feldtagebuch 2013: 23.10.2013.

## 5.4 Endlich eine Lösung? Komplexitäten und Widersprüche rechtsstaatlichen Regierens

„*And we know, it's not easy to be a member in this Germany, to get your freedom here in this country, to have your real documents, unless you stay 25 years, before you get this passport or be a member.*“<sup>208</sup>

Desmond Dirie

### 5.4.1 Lesarten des Rechts

Der Hamburger Senat verwies stets auf den Rechtsstaat, wenn er die vermeintliche Notwendigkeit von Einzelverfahren zu rechtfertigen versuchte. Dabei ging er nie auf die faktische, rechtliche Möglichkeit einer kollektiven Lösung für die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe ein, wie sie beispielsweise durch § 23 AufenthG gegeben ist. Diese Leugnung eines gesetzlich möglichen, kollektiven Weges widersprach der gleichzeitigen Kollektivierung, die der Hamburger Senat seinerseits monatelang vorgenommen hatte, indem er stets darauf hinwies, dass es für die gesamte Gruppe lediglich eine Perspektive in Italien geben könnte.<sup>209</sup> Der Hamburger Senat ließ nun weiterhin den Eindruck einer rechtlichen Eindeutigkeit entstehen, der jedoch weder der Gesetzeslage noch der Rechtspraxis entsprach. Unterstützerin Marie, die seit vielen Jahren das politische Geschehen in Hamburg beobachtet und mitgestaltet, kommentierte dieses Vorgehen:

„Das ist aber, finde ich, immer dieses Problem mit der Juristerei [...], denn die meisten Leute betrachten das immer als so etwas Festes, [...] etwas Statisches [...], dabei ist das eigentlich auch nur ein Feld, was ständig umkämpft ist. Und so ein [...] § 23 ist ja im Grunde auch ein Ausdruck davon. Denn es stimmt ja: Der passt mit den anderen Sachen nicht zusammen. Aber das zeigt halt, dass in den Prozessen eben auch verschiedene soziale Widersprüche und Auseinandersetzungen geführt werden. [...] Und natürlich versuchen die, die an der Macht sind, das immer glattzubügeln [...] – auf das, was gerade sozusagen *ihre* Position dann befördert, das ist ja logisch.“<sup>210</sup>

In der Tat hielt der Hamburger Senat und mit ihm die Innenbehörde sowie andere politische Entscheidungsträger\_innen an der Auffassung fest, dass die Rechtslage klar und eindeutig sei und allein Einzelverfahren erlaube. Diese stellte er stets als Inbegriff einer rechtsstaatlichen Lösung dar. Innensenator Neumann sowie weitere SPD-Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft warben immer wieder für

<sup>208</sup> Desmond, in: Interview 10-2013.

<sup>209</sup> Siehe auch Kapitel 2.

<sup>210</sup> Marie, in: Interview 16-2014.

„Vertrauen in den Rechtsstaat“<sup>211</sup>. Dabei unterstellte er den Mitgliedern von *Lampedusa in Hamburg*, dass ihnen aufgrund ihrer Herkunft eine natürliche Unwissenheit über rechtsstaatliche Verhältnisse zueigen sei und dass es daher Aufgabe aller Beteiligten sei, ihnen diesen Rechtsstaat zu erklären:

„Natürlich ist es für Menschen, die aus den Verhältnissen Afrikas über Libyen und Italien den Weg nach Hamburg gefunden haben, schwierig, Vertrauen zum Rechtsstaat zu finden. [...] Wenn sie aus Diktaturen stammen und autoritären Regimen, dann kennen sie ein rechtsstaatliches Verfahren, wie wir es Gott sei Dank unser eigen nennen dürfen, nicht. Deswegen ist es notwendig und wichtig, das auch zu erklären.“<sup>212</sup>

Die Aussagen des Innensensors lassen sich in kolonialen Diskursen verorten, die die Anderen als *die weniger Entwickelten* konstruieren. Das Sendungsbewusstsein, mit dem der Rechtsstaat auch diesen Anderen vermittelt werden soll, wird dabei kombiniert mit der Überzeugung von der eigenen Überlegenheit und mit Herrschaftspraxen, durch die die Trennung zwischen dem *Eigenen* und dem *Fremden* bestehen bleibt und die Überlegenheit des Rechtsstaats bestätigt wird.<sup>213</sup> So beschreibt auch Andreas Eckert, wie „die Vorstellung vom Rechtsstaat ein Beleg für die Annahme [zu sein schien], dass die Anwesenheit der Europäer in Afrika im Interesse der Afrikaner sei – und war damit ein wichtiges Element der Rechtfertigung kolonialer Herrschaft“<sup>214</sup>. Durch die Verteidigung und Überhöhung des Rechtsstaats trug auch Innensensor Neumann unmittelbar zur Aufrechterhaltung bestehender, (post-)kolonialer Machtverhältnisse bei. Immer wieder diente ihm die Maxime der Rechtsstaatlichkeit als Kontrastmittel, um eine hierarchische Trennung zwischen der Protestbewegung von *Lampedusa in Hamburg* und der politischen Praxis des Hamburger Senats herzustellen. Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit setzte Neumann in Gegensatz zum Verhalten der Gruppenmitglieder, die seiner Ansicht nach „dauerhaft gegen Recht und Gesetz des Landes“ verstießen, „von dem man erwartet, dass es einen aufnimmt“<sup>215</sup>. Er kriminalisierte den Protest von *Lampedusa in Hamburg* auf diese Weise bei unterschiedlichen öffentlichen Auftritten und skandalisierte, dass die Gruppe dann auch noch erwarte, dass er mit ihnen Verhandlungen führe. Diese Ausführungen schloss er bei einer Veranstaltung mit der rhetorischen Frage an das – daraufhin in Unruhe geratende – Publikum: „Erwarten Sie das bei anderen Straftätern auch?“<sup>216</sup> So stellte er den Protest der Gruppe

<sup>211</sup> Neumann, in: Behörde für Inneres und Sport (BIS) Hamburg 2013. Vgl. auch Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013e sowie Kapitel 5.3.

<sup>212</sup> Neumann, in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013e: 5339.

<sup>213</sup> Vgl. z.B. Conrad 2012.

<sup>214</sup> Eckert 2012: 22.

<sup>215</sup> Neumann, in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013e: 5339.

<sup>216</sup> Neumann, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 29.10.2013.

als gleichermaßen illegal und illegitim dar. Er sprach ihnen auf diese Weise jedes Recht und jede Berechtigung, die von ihnen formulierten Forderungen zu stellen, ab.



Abbildung 19: Kurz vor einer unangemeldeten Demonstration.

Wie bereits ausführlich beschrieben, gibt es durchaus rechtliche Möglichkeiten, als Gruppe Aufnahme in Deutschland zu finden. Im November 2013 solidarisierten sich Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte mit *Lampedusa in Hamburg* und veranstalteten eine Pressekonferenz, in der sie über die rechtliche Situation der Gruppe informierten und den Hamburger Senat zum Handeln aufforderten:

„Es gibt nicht nur eine politische, sondern auch eine *juristische* Verpflichtung, sich um diese Menschen zu kümmern, die da kommen. [...] Wir können in Deutschland unsere Verantwortung nicht damit abgeben, indem wir sagen: ‚Na ja, Italien ist zuständig.‘ Italien kommt dieser Verpflichtung nicht nach. Und damit können *wir* nicht so tun, als würde uns das Ganze nichts mehr angehen. Wir als Anwälte wollen deshalb nochmal klar machen, dass diese *Dublin II*-Regelung *keine* Lösung ist für das Flüchtlingsproblem in Europa. Es ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, diesen Leuten zu helfen, sondern wir sind auch juristisch dazu verpflichtet, weil Italien ihnen die Rechte, die ihnen zustehen, nicht gewährt.“<sup>217</sup>

Der Protest der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe warf die grundlegende Frage auf, was Recht sei. Dem Hamburger Senat war, wie beschrieben, an einer rechtsstaatlichen Lösung gelegen. Dabei machte er jedoch deutlich, dass Recht nicht statisch

<sup>217</sup> Graefe, zit. nach: Feldtagebuch 2013: 15.11.2013.

ist und dass es Interpretationsspielräume bereithält. Diese wurden schlussendlich – wenn auch nicht im Sinne einer kollektiven Lösung – durchaus zugunsten der *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder ausgeschöpft. So machte der Hamburger Senat Zusagen über ein geplantes aufenthaltsrechtliches Verfahren und sorgte dafür, dass die Freie und Hansestadt Hamburg für die Situation der Gruppe zuständig wird, obwohl diese eigentlich im Zuständigkeitsbereich des Bundes, namentlich des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), gelegen hätte.<sup>218</sup>

#### 5.4.2 Die Praxis des Rechts(staats): Widersprüche und Verunsicherungen

Wie sehr das vom Senat vorgeschlagene Verfahren vom politischen Willen geprägt war, zeigte sich auch an den unterschiedlichen Akteur\_innen, die an der Vereinbarung beteiligt waren. Es stand, wie in Kapitel 5.3 beschrieben, in Zusammenhang mit dem Aufbau von Wohncontainern, um den vormals in der St. Pauli-Kirche untergebrachten Gruppenmitgliedern weiterhin eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen. In die Verhandlungen war somit nicht nur Innensenator Neumann, sondern auch Sozialsenator Scheele involviert. Es galt nun also, auch seine Vorstellungen in den Verhandlungen zu berücksichtigen. Mit dem Aufstellen der Wohncontainer, die von der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) mitfinanziert und von den betreffenden Kirchengemeinden in der Praxis begleitet werden sollten, schaffte man wiederum ein Sonderverfahren. Solch eine Unterbringung war gesetzlich nicht vorgesehen und somit auch nicht klar geregelt. Dementsprechend lange dauerte es, bis die Bauanträge für die Container genehmigt wurden.<sup>219</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass hier auf politischer Ebene ein Verfahren geschaffen wurde, das zwar im Rahmen bestehender Gesetze umgesetzt wurde, das aber in dieser Form neu war und deshalb immer wieder zu praktischen Herausforderungen führte. So gab es einerseits die Zusagen der politischen Entscheidungsträger\_innen, d.h. des Senats und der Innenbehörde, und andererseits die Praxis der ausführenden Behörde, d.h. der Ausländerbehörde. Diese handelte zunächst nicht immer im Sinne des vereinbarten Verfahrens. In diesen Momenten kam die Kirche und insbesondere der von ihr eingesetzte Ombudsmann Hans-Peter Strenge ins Spiel, wie er schildert: „Einzelfälle, bei denen sich die Ausländerbehörde hartleibig zeigte, [wurden] an mich herangetragen und ich habe in mehre-

<sup>218</sup> Vgl. auch die Ausführungen eines Rechtsanwalts zu § 34a AsylVfG (heute: AsylG (Deutscher Bundestag 2016 [1992])) bei der erwähnten Veranstaltung am 15.11.2013, in: Feldtagebuch 2013: 15.11.2013.

<sup>219</sup> Vgl. z.B. Interview 22-2014.

ren Gesprächsrunden mit Vertretern der Behörde für Inneres – von der Abteilungsleiterenebene bis zum Staatsrat – Gespräche geführt und vermittelt.<sup>220</sup> Dass sich das ausgehandelte Verfahren erst in der Praxis konkretisiert und verfestigt und dass dazu ein Prozess fortlaufender Verhandlungen gehört, ist ein gängiger Bestandteil derartiger Vereinbarungen, wie von Benda-Beckmann feststellt: „[R]egulations and contracts are often incomplete when drawn up and obtain their final form over time. This requires negotiations over a protracted period of time.“<sup>221</sup> Inzwischen habe sich, so Strenge, das Verfahren jedoch bewährt. Die „Fachleute aus Behörde und Kirche“ trafen sich „in lockeren Abständen regelmäßig“, berichtet er abschließend. „Ich bin gar nicht mehr dabei, weil es läuft.“<sup>222</sup>

An dem ausgehandelten Verfahren zeigt sich einmal mehr, dass die Herausforderung für die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe nicht nur darin bestand, das Aufenthaltsrecht zu verstehen und zu interpretieren, sondern vor allem darin, die konkrete Rechtspraxis einzuschätzen. Mit dem eigens geschaffenen Verfahren wurde dessen Ausgang noch unvorhersehbarer als jedes andere aufenthaltsrechtliche Verfahren ohnehin schon gewesen wäre. In den Tagen, Wochen und Monaten nach dem 21. Oktober 2013 veränderten sich außerdem immer wieder die konkreten Details des Verfahrens. So wurden beispielsweise Aussagen über die Gewährung einer Arbeitserlaubnis immer wieder verändert. Zunächst hieß es, dass die Antragsteller\_innen erst 15 Monate nach Antragstellung eine Arbeitserlaubnis erhalten würden. Wenige Tage später kursierte die Information, dass doch alle Monate, die die Antragsteller\_innen bereits in Deutschland verbracht hatten, angerechnet werden würden.<sup>223</sup> Wiederum drei Tage später war erneut die Rede davon, dass die Frist erst am Tag der Antragstellung beginnen, es aber eventuell noch Verhandlungsmöglichkeiten geben würde.<sup>224</sup> Das geschaffene Verfahren blieb somit vor allem in der Anfangsphase ein Konstrukt voller Unberechenbarkeiten. Gerade in der Frage nach der Arbeitserlaubnis waren im Endeffekt jedoch auch Veränderungen bundesdeutscher Gesetze entscheidend: Am 06.11.2014 trat die *Zweite Verordnung zur Veränderung der Beschäftigungsverordnung* in Kraft, nach der Migrant\_innen die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme erhielten, sofern sie „sich seit 15 Monaten ununterbrochen erlaubt, geduldet oder mit einer Aufenthaltsgestattung im Bundesgebiet“<sup>225</sup> aufhielten. Mit solch einer Gesetzesänderung hatte niemand

220 Strenge, in: E-Mail-Interview 2016.

221 Von Benda-Beckmann 2014: 12.

222 Strenge, in: E-Mail-Interview 2016.

223 Vgl. Feldtagebuch 2013: 29.10.2013.

224 Vgl. ebd.: 01.11.2013.

225 Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2014: 1683. Art. 1 zu § 32 der Beschäftigungsverordnung, Abs. 5, Satz 2.

im Vorfeld rechnen können. Einmal mehr zeigte sich hier, dass Recht sowohl in der Rechtspraxis als auch in der Gesetzgebung in ständiger Bewegung begriffen ist. Umso schwieriger ist es, ein rechtliches Verfahren im Vorfeld einzuschätzen und sich dazu zu positionieren, wie auch von Benda-Beckmann konstatiert:

„Anticipating compliance with a law that is not even in place becomes more of a hazard, for not only is the precise content of the expected law unknown and it is uncertain whether the law will be passed or not; it is also unknown how this will become entangled with other regulations [...]. Instead of certainty, hyper-regulation creates legal plurality, ambiguity, and uncertainty in which quite often not even the experts know their way.“<sup>226</sup>

So bedeutete auch das vom Senat vorgeschlagene Verfahren für die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe eine große Verunsicherung. Die Zustimmung dazu erwies sich für die Gruppe – allein, weil es ein in dieser Form neues Verfahren war – als riskant. Diese Unsicherheit war insbesondere an den konkreten Moment gekoppelt. Inzwischen haben mehrere Gruppenmitglieder durch positive Entscheidungen der Härtefallkommission eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.<sup>227</sup> Für viele weitere Gruppenmitglieder, die sich auch in dieses Verfahren begeben haben, bleibt der Ausgang jedoch bis heute ungewiss. Sie befinden sich nach wie vor im Verfahren, warten und hoffen auf eine ebenfalls positive Entscheidung.

## 5.5 Gebremste Bewegung: Wie sich Agency mit der Zeit verändert

„Wir können gewinnen oder verlieren, aber wir werden nicht aufgeben.“<sup>228</sup>

Lampedusa in Hamburg

### 5.5.1 Potenziale und Verwerfungen im veränderten Alltag

„The struggle of the group ‚Lampedusa in Hamburg‘ continues, we stand together and demand our rights!“<sup>229</sup>, hatte Asuquo Udo am 31. Oktober 2013 gesagt. Und in der Tat: Am 2. November 2013 fand die größte Demonstration der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe statt. Rund 15 000 Menschen gingen auf die Straße.<sup>230</sup> Die

<sup>226</sup> Von Benda-Beckmann 2014: 14.

<sup>227</sup> Vgl. z.B. DIE WELT 2016 und taz. die tageszeitung 2016b.

<sup>228</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2013u.

<sup>229</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2013q.

<sup>230</sup> Vgl. Spiegel Online 2013b.



Protestbewegung gab sich kämpferisch und geschlossen und war so groß wie nie – weder davor noch danach hatten sich so viele Menschen öffentlich sichtbar der Gruppe angeschlossen. Gerade die in Kapitel 5.3 beschriebenen Brüche hatten somit ein neues Ausmaß an Entschlossenheit und Unterstützung der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe hervorgebracht. Die Notwendigkeit, beisammenzubleiben und sich kollektiv zu äußern, schien offensichtlicher denn je. Unabhängig von der Frage, ob die Demonstration Anfang November zu einer tatsächlichen kollektiven Lösung beitrug oder nicht, erreichten hier doch die Sicht- und Hörbarkeit der Protestbewegung, das öffentliche Bewusstsein für und der gemeinsame Widerstand gegen die Entrechtung von Geflüchteten einen weiteren Höhepunkt. Die *Lampedu-*



Abbildung 20: Demonstration am 02.11.2013.

*sa in Hamburg*-Gruppe blieb offiziell bei ihrer Forderung nach einer kollektiven Lösung – wie z.B. in § 23 AufenthG vorgesehen – und nach einer Kommission, in der das weitere Vorgehen ausgearbeitet werden würde. In dem Aufruf zur Demonstration wurde Sprecher Asuquo Udo zitiert. Er begann sein Statement mit folgenden Worten: „Die Gruppe hat sich, wie zuletzt in der Presse veröffentlicht, nicht gespalten. Unter dem übermächtigen Druck und Drohungen mögen einige das Angebot des Senats annehmen, aber die Gruppe bleibt weiter stark und vereint.“<sup>231</sup> Die Frage nach der Spaltung der Gruppe war weiterhin das große Thema,

<sup>231</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2013r.

das *Lampedusa in Hamburg* in der Öffentlichkeit klarzustellen versuchte, um als Gruppe stark zu bleiben.

Auch wenn die Demonstration am 2. November 2013 bemerkenswerte Ausmaße hatte: Die Auseinandersetzungen der vorangegangenen Wochen und Monate waren nach wie vor spürbar. Die Frage, welche Rolle die Nordkirche in dem Gefüge hatte, blieb weiterhin präsent. Bischöfin Fehrs verschickte am 05.11.2013 einen Brief an alle evangelischen Kirchengemeinden in Hamburg, in dem sie die Verhandlungen zwischen Nordkirche und Hamburger Senat darstellte, das bisherige Engagement aller beteiligten Kirchengemeinden lobte und dafür warb, als Kirchengemeinde eine Winterunterkunft für Geflüchtete bereitzustellen – auch unabhängig von *Lampedusa in Hamburg*. „Ich bin einerseits erleichtert, dass die Situation der Lampedusa-Flüchtlinge sich nun etwas entspannt“, schrieb sie. „Doch das ist nur die eine Seite. Auf der anderen Seite sehe ich nach wie vor, dass es auf politischer Ebene Änderungen geben muss. Hierüber wird nicht allein in Hamburg entschieden.“<sup>232</sup> Sie bettete ihr Anliegen in den größeren Kontext ein,<sup>233</sup> bezog sich bewusst nicht allein auf *Lampedusa in Hamburg* und machte deutlich, dass aus ihrer Sicht ein Meilenstein erreicht war und die Verhandlungen mit dem Senat im Wesentlichen beendet waren.

*Lampedusa in Hamburg* selbst befand sich jedoch noch in einer gänzlich anderen Phase. Sowohl bei der großen Demonstration am 2. November als auch in den darauffolgenden Wochen kommentierte die Gruppe weiterhin das vom Senat vorgeschlagene Prozedere und versuchte, dagegen zu argumentieren. Am 02.12.2013 veröffentlichte die Gruppe erneut einen „Kommentar zum Angebot des Senats“<sup>234</sup> auf ihrer Homepage. Wesentlich neue Aspekte kamen darin jedoch nicht mehr zur Sprache. Der Höhepunkt der Bewegung und damit auch der Höhepunkt der Debatte schien langsam überschritten zu sein. Die mediale Aufmerksamkeit nahm sichtbar ab. Der Hamburger Senat reagierte längst nicht mehr auf die öffentlichen Äußerungen und Anfragen der Protestbewegung. Mit der Antwort des Senats vom 29.10.2013<sup>235</sup> war die Sache von deren Seite offenbar erledigt. Ähnlich verhielt es sich mit den Beziehungen zur Nordkirche, die – wie beschrieben – die entscheidende Phase des Protests ebenfalls für beendet erklärt hatte. Doch die Gruppe versuchte, wieder stark zu werden, öffentlich präsent zu bleiben, sich nicht mit dem bestehenden Vorschlag des Senats zufriedenzugeben, sondern weiter für ihre Rechte zu kämpfen. Sie blieb offiziell zusammen und demonstrierte nach wie vor regelmäßig.

<sup>232</sup> Fehrs, in: Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland 2013c.

<sup>233</sup> Zu den damit verbundenen Implikationen siehe auch Kapitel 5.1 in Bezug auf den DGB Hamburg und weitere zivilgesellschaftliche Akteur\_innen.

<sup>234</sup> *Lampedusa in Hamburg* online 2013: 02.12.2013.

<sup>235</sup> Siehe Kapitel 5.3.2.

Die wöchentlichen *MittwochsDemonstrationen* fanden weiterhin statt. Ab Ende November 2013 wurden sie von *Adventsdemonstrationen*, die jeden Samstagmittag um 12 Uhr durch die Einkaufsstraßen der Hamburger Innenstadt führten, abgelöst. Die Strategie von *Lampedusa in Hamburg* war: nicht aufgeben. Sichtbar bleiben. Hörbar bleiben. Die Gruppe bewahrte sich in dieser Zeit viel Aufmerksamkeit in der Stadt, nicht zuletzt dadurch, dass sie offenbar die Weihnachtsstimmung – und das Weihnachtsgeschäft – störte. Die ursprünglich beantragte Demonstrationroute der wöchentlichen *Adventsdemonstration* wurde nicht genehmigt. Die Demonstration durfte nicht durch die von Einkäufer\_innen hoch frequentierte Mönckebergstraße führen. Die Gruppe reichte Widerspruch ein, doch das Hamburgische Obergericht lehnte diesen ab.<sup>236</sup> Somit musste die Demonstration sich mit einer Alternativroute begnügen, auf der sich deutlich weniger Geschäfte und somit auch deutlich weniger Passant\_innen befanden. Als offizielle Begründung für das Verbot der ursprünglichen Route galten die „unmittelbaren Gefahren für die öffentliche Sicherheit“ und ein „Nutzungskonflikt“<sup>237</sup> mit den vom Citymanagement Hamburg veranstalteten *Weihnachtsparaden* durch die Innenstadt. Die *Weihnachtsparaden* hingegen sollten, wie geplant, stattfinden und „den Interessen der Gewerbetreibenden und der Stärkung der Attraktivität der Stadt als Reise- und Ausflugsziel in der Weihnachtszeit dienen“<sup>238</sup>.

Doch bei aller Einigkeit und Kollektivität, die die Gruppe weiterhin demonstrierte, gab es Bruchlinien, die sich im Oktober 2013 – und teilweise schon lange vorher – durch die Gruppe gezogen hatten und die sich nicht mehr rückgängig machen ließen. Die Frage nach der Spaltung der Gruppe blieb ein Thema in Plenumsitzungen und bei Demonstrationen. Während das Thema bei Demonstrationen immer wieder aufgegriffen und von Gruppenmitgliedern die Einigkeit der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe beschworen wurde, zeigten die Diskussionen im Plenum regelmäßig, wie drängend die *Frage* nach der Spaltung blieb. Tatsache war: Es gab immer noch *eine* Gruppe, die gemeinsam demonstrierte, die gemeinsam an die Öffentlichkeit ging, die gemeinsam für ihre Rechte kämpfte. Doch die aufenthaltsrechtlichen Wege der Gruppenmitglieder hatten sich faktisch getrennt. Auch im Jahr 2014 kam das Thema *Spaltung* regelmäßig intern und in der Öffentlichkeit auf. In persönlichen Gesprächen mit mir kamen einzelne Gruppenmitglieder ebenfalls immer wieder auf das Thema zu sprechen. Sie erwähnten – ohne Nachfrage –, dass die Gruppe immer noch *eine* sei, als müssten sie sich permanent

<sup>236</sup> Vgl. OVG Hamburg 2013.

<sup>237</sup> *Lampedusa in Hamburg* online 2013: Aktuelles zu den Adventsdemos, 28.11.2013. Vgl. auch OVG Hamburg 2013.

<sup>238</sup> Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Inneres und Sport, zit. nach: OVG Hamburg 2013: 5.

dafür rechtfertigen oder als müssten sie sich dessen selbst immer wieder vergewissern.<sup>239</sup> Jene Phase des Protests und somit auch meiner Feldforschung Anfang 2014 ist mir lebhaft in Erinnerung geblieben. Meine Notizen aus dem Januar und Februar 2014 waren geprägt von den langen Diskussionen in den damaligen Plenumsitzungen. Als ich Ende 2014 an meinem Feldtagebuch arbeitete und alle verbleibenden handschriftlichen Notizen abtippte, stellte ich fest, wie sehr sich mir diese Zeiten ins Gedächtnis geschrieben hatten und wie lebendig die Erinnerungen nach wie vor waren.<sup>240</sup> Die Affekte und Emotionen jener Protestphase waren mir noch besonders präsent. Ich konnte mich problemlos wieder in diese Zeit und ihre Intensitäten hineinversetzen. Für mich kündigte sich damals, Anfang 2014, zugleich das Ende meiner Feldforschung an. Der Protest selbst schien in eine weniger dynamische Phase überzugehen. Ich persönlich spürte dabei vor allem, wie meine eigenen Kräfte zu schwinden begannen, dass ich erschöpft und regelmäßig krank war. Auch ich fühlte mich gebremst. Die vorangegangenen Monate hatten an meinen Kräften und Nerven gezehrt. Ich würde dem Protest noch ein paar wenige Monate als Aktivistin erhalten bleiben, doch ich begann damals, an weniger Treffen teilzunehmen und mich allmählich zurückzuziehen. Bei allen Versuchen,



*Abbildung 21: Gespendete Fahrräder.*

<sup>239</sup> Vgl. beispielsweise Transkribierte Audio- und Videomaterialien 2013–2015: 25.01.2014 und Feldtagebuch 2014: 31.01.2014 und 22.10.2014.

<sup>240</sup> Vgl. Feldtagebuch 2014: 16.12.2014.

kämpferisch und stark zu bleiben: Die Störungen und Verwerfungen in der Gruppe im Herbst 2013 und ihre bleibende bzw. wieder zunehmende Prekarisierung zeigten Wirkung. „Heute stehen nur sechs bis acht Leute ‚verstreut‘ um das Zelt herum“, notierte ich im Dezember 2013 in meinem Feldtagebuch.

„Ich spreche mit Joe, der sagt, wie kalt ihm sei, aber dass sie im Zelt wenigstens zwei Heizungen stehen hätten. Dennoch sei es kalt: ‚We have to prepare.‘ Für den Winter. In der Hoffnung, dass auch wirklich alle über den Winter hier bleiben. ‚The police wanted to start controlling on the 27th [November]‘, erzählt er. Und ergänzt nachdenklich: ‚No one knows.‘ Bisher sei niemand wieder kontrolliert oder verhaftet worden. Nach unserem kleinen Gespräch verlasse ich das Zelt. Der Platz unter dem einen großen Baum links vor der Apotheke, unter dem im Sommer immer Leute saßen, ist leer.“<sup>241</sup>

Es war ruhiger geworden um *Lampedusa in Hamburg*. Mit den Brüchen des Herbstes 2013 veränderte sich auch die Struktur des Netzwerks um den Protest herum. Viele Unterstützer\_innen, die von Anfang an dabei gewesen waren, blieben ihnen erhalten. Andere Unterstützer\_innen kamen seltener oder gar nicht mehr. Schon immer unterlag das Netzwerk der Unterstützer\_innen einer gewissen Fluktuation. Wie in Kapitel 4.2.1 beschrieben, war es eine flüchtige Sozialität. In unregelmäßigen Zyklen entstand sie und veränderte sich, verschwand und entstand immer wieder neu. Auffällig war allerdings vor allem, dass in den Wochen der Polizeikontrollen enorm viele neue Unterstützer\_innen zu Demonstrationen und zum Plenum gekommen waren.<sup>242</sup> Kurz nachdem sich die Lage in der Stadt wieder verhältnismäßig beruhigt hatte, waren jedoch auch jene Unterstützer\_innen nicht mehr im Plenum anzutreffen. Der Herbst 2013 hatte enorme Dynamiken mit sich gebracht. Danach kehrte *Lampedusa in Hamburg* wieder zu einer Art Alltag zurück. Doch auch dieser hatte sich verändert.

### 5.5.2 Vernetzte Proteste

Zum Jahresende 2013 hin verbanden sich mehrere Protestbewegungen in Hamburg. Diese Entwicklung hatte sich schon seit einigen Monaten angebahnt. Das *Recht auf Stadt*-Bündnis hatte sich bereits Ende Mai 2013 solidarisch mit der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe erklärt. Einzelne waren seit jeher aktiv in die Unterstützung des Protests involviert gewesen. Mit einer großen Demonstration am 21.12.2013, für die bundesweit mobilisiert worden war und bei der wir gemeinsam

<sup>241</sup> Feldtagebuch 2013: 03.12.2013.

<sup>242</sup> Vgl. auch Kapitel 5.2.

für den Erhalt der Roten Flora, den Erhalt der *Esso*-Häuser und die Rechte von Geflüchteten auf die Straße gingen, verbanden sich unterschiedliche Themenstränge und Protestgruppen. Die Unterstützung von *Lampedusa in Hamburg* gehörte dabei ebenfalls zu den Anliegen dieser Demonstration. Auch wenn die Gruppe nicht aktiv an der Vorbereitung oder Durchführung der Demo beteiligt war: Sie erhielt dadurch erneut besondere öffentliche Aufmerksamkeit. Gleichzeitig wurde es hier, wo sich die verschiedenen Protestbewegungen verbanden, für Außenstehende unübersichtlicher. Wer genau hinter der Demonstration am 21.12.2013 stand, war nicht für alle transparent und wurde in manchen Medien verzerrt dargestellt.<sup>243</sup> Das *Recht auf Stadt*-Bündnis war maßgeblich an jener Demonstration im Dezember beteiligt. Eine noch explizitere und umfangreichere Unterstützung und Zusammenarbeit mit *Lampedusa in Hamburg* folgte jedoch einige Monate später, im Mai 2014. Darauf werde ich in Kapitel 6 näher eingehen.

Mit dem nahenden Winter wurde die Frage nach der Unterbringung dringlicher denn je. Einige wurden, wie beschrieben, durch die Kirche unterstützt und konnten in Containern übernachten. Doch die Containerplätze reichten nur für einen Bruchteil der Gruppe aus. Für alle anderen Gruppenmitglieder wurde ein „Solidarisches Winternotprogramm“ organisiert. Über 40 Wohnprojekte nahmen Menschen auf.<sup>244</sup> In einer Pressekonferenz informierte *Lampedusa in Hamburg* im Februar 2014 über diese monatelange, unverzichtbare Unterstützung. Sowohl die praktische Unterstützung als auch der gemeinsame Versuch, in der Öffentlichkeit präsent zu bleiben, war für die Gruppe enorm wichtig. Nachdem der Hamburger Senat die Situation für gelöst erklärt hatte, setzte die Gruppe dem etwas entgegen. Sie zeigte, dass ihr Protest immer noch wach war und ihre politischen Forderungen weiterhin bestanden. Auch wenn der Höhepunkt überschritten war: Die Bewegung war noch längst nicht am Ende.

---

<sup>243</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 21.12.2013 sowie Hamburger Abendblatt 2013b und Süddeutsche.de 2013.

<sup>244</sup> Vgl. Feldtagebuch 2014: 27.02.2014.

## #lampedusahh



*<http://lampedusa-in-hamburg-professions.blogspot.de/>*<sup>245</sup>

Das enorme Tempo, mit dem sich die Protestbewegung in der Stadt ausbreitet, zeigt sich immer wieder und in besonderer Weise auch online: In der Woche vor der großen Demonstration am 17.08.2013 verzeichnet die Facebook-Seite der Gruppe rund 22 000 Klicks sowie vom Monatsanfang bis zum 20. August rund 400 Likes.<sup>246</sup> Wie bereits beschrieben, setzt die Protestbewegung soziale Medien bewusst ein, um auf sich aufmerksam zu machen und zu mobilisieren.<sup>247</sup> Diese bieten ihnen umfangreiche und nahezu unbegrenzte Möglichkeiten, sich zu äußern und zu organisieren – trotz technischer Begrenzungen durch maximale Zeichenzahlen, Bandbreite etc. Soziale Medien gewinnen so immer mehr an Bedeutung für die politische Transformationskraft von Protestbewegungen. Darauf weist auch Tim Markham hin:

„There is no suggestion in the literature that the majority of tweets are politically or culturally transformative in themselves, but there is a strong vein in academic writing on this topic emphasizing the unchecked flow of communication, notwithstanding the constraints of character limits, bandwidth and literacy, as productive of something – whether it be freer discourse, more creative activism or a different way of inhabiting mediated worlds. This only makes sense if subjectivity is seen as something which emerges naturally from a vacuum, and the phenomenological position this article takes is that subjectivity exists not in spite of constraint, but because of it.“<sup>248</sup>

Die Nutzung von sozialen Medien wird so auch im Zusammenhang mit *Lampedusa in Hamburg* zu einem wichtigen Mittel der politischen Subjektformierung.

<sup>245</sup> Stroux/*Lampedusa in Hamburg* 2014–2016.

<sup>246</sup> Vgl. Feldtagebuch 2013: 20.08.2013 (Plenum).

<sup>247</sup> Siehe insbesondere #lampedusahh am Ende von Kapitel 2 und 4.

<sup>248</sup> Markham 2014: 91f.

Dennoch bleiben die Protestierenden eingebunden in komplexe politische Prozesse und Machtverhältnisse. So warnt auch Markham vor einer Idealisierung solcher neuer politischer Subjektivitäten:

„[I]f western projections of idealized political subjectivity are naïve, so too are nativist perspectives that assume the spontaneous emergence of freer, more creative subjectivities once the constraints of authoritarian regimes, as well as those of western discourse, have been removed. Each is based on the possibilities opened up by perceived structurelessness, of unpredictable and irresistible new political forms emerging from a void and going viral. Each is an abnegation of understanding what it means to be continually thrown into a world full of pasts and futures demanding critical engagement and cool assessment of what is at stake.“<sup>249</sup>

Auch jenseits von sozialen Medien zeigen sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse immer wieder in Online- bzw. in kombinierten Online- und Offlinepraxen. Dabei werden die politischen Entscheidungsträger\_innen teilweise explizit adressiert. Dies geschieht beispielsweise durch Petitionen. Als die Gruppe im Frühsommer 2013 beginnt, einen kollektiven Aufenthalt nach § 23 AufenthG zu fordern, bereitet sie auch eine Petition vor, an der sich alle Unterstützer\_innen beteiligen können. Sie richtet sich an den Senat und den Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg sowie an das Bundesministerium des Innern und schließt sich den Forderungen der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe an. Die unterzeichneten Schreiben können sowohl analog – postalisch oder per Fax – als auch digital – per E-Mail – eingereicht werden. Im Oktober 2013 starten Schüler\_innen der Klasse 10b der Stadtteilschule am Hafens/St. Pauli ebenfalls eine Petition.<sup>250</sup> Auch wenn sie die Petition als Onlinepetition bei *openPetition* formulieren, kombinieren auch sie Offline- und Onlinepraxen. Sie sammeln zunächst Unterschriften an ihrer Schule und können daraufhin mit dem Wissen, dass die meisten Schüler\_innen die Aktion unterstützen, die Petition online stellen. Damit argumentieren sie auch in ihrem Schreiben, das sie mit folgenden Worten beenden: „Wir haben eine Unterschriftensammlung an unserer Schule gemacht und der Großteil der Schülerinnen und Schüler unterstützt uns in diesem Vorhaben.“<sup>251</sup> Konkret fordern sie von der Freien und Hansestadt Hamburg unter dem Titel „Macht die Turnhalle für die Flüchtlinge aus der St. Paulikirche auf!“, dass die Turnhalle ihrer Schule als Unterkunft für die bis dahin in der St. Pauli-Kirche untergebrachten *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder genutzt werde. Was im Jahr 2015 angesichts der großen Zahl ankommender Geflüchteter geradezu zum Normalfall wird,<sup>252</sup> ist im Jahr 2013

<sup>249</sup> Ebd.: 102.

<sup>250</sup> Vgl. Berens (Hg.) 2013.

<sup>251</sup> Vgl. ebd.

<sup>252</sup> Vgl. z.B. PRO ASYL 2017.



noch ein neuer Vorschlag, der keine Resonanz findet. Die Schüler\_innen bringen zahlreiche Argumente vor, nach denen die Unterbringung in der Turnhalle bessere Rahmenbedingungen mit sich bringe als die Übernachtung in der St. Pauli-Kirche. Doch die Stadt bewegt sich nicht auf die Schüler\_innen zu. Die *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder leben weiterhin in unverändert prekarierten Verhältnissen.



Neben der Tatsache, dass Petitionen jeweils politische Akteur\_innen als Adressat\_innen haben, ist ein weiterer wichtiger Aspekt ihre Möglichkeit, breite öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen. An dieser Stelle weisen sie eine Ähnlichkeit mit Onlinekampagnen auf, wie sie ebenfalls im Rahmen des *Lampedusa in Hamburg*-Protests ins Leben gerufen werden. Unterstützer\_innen veröffentlichen im Oktober 2013 unter dem Titel „Wir sind mehr“<sup>253</sup> ein „St. Pauli-Manifest“, das analog wie auch online unterzeichnet werden kann

und dadurch der großen Unterstützung, die *Lampedusa in Hamburg* bereits für sich gewinnen konnte, Ausdruck verleiht. Es soll ein Beispiel für nachbarschaftliche Solidarität statuieren und Menschen in anderen Stadtteilen ermutigen, die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe ebenfalls zu unterstützen. In ähnlicher Weise ist auch das „Manifest für Lampedusa in Hamburg“, das Unterstützer\_innen im Juni 2014 veröffentlichen, eine Form, öffentlich auf die Situation der Protestierenden hinzuweisen und gemeinsam dafür aufzustehen, dass die Gruppe hierbleiben darf. Es wird ebenfalls online auf unterschiedlichsten Kanälen zirkuliert und kann auf der eigens dafür eingerichteten Homepage unterzeichnet werden.<sup>254</sup>

Des Weiteren nutzt *Lampedusa in Hamburg* das Internet, um über nationale Grenzen hinweg auf ihren Protest aufmerksam zu machen und Unterstützung zu erhalten. Dazu gehört auch ein transnationaler Appell, den die Gruppe am 23. Oktober 2013 online stellt. Die Unterzeichner\_innen sind Menschen aus unterschiedlichsten Ländern und gesellschaftlichen Kontexten, Künstler\_innen und Wissenschaftler\_innen, bekannte und weniger bekannte Persönlichkeiten. Der Appell wird zudem in Papierform persönlich zu den Mitgliedern aller Hamburgischen Bürgerschaftsfraktionen sowie zur Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft und zum Bürgermeister gebracht. Erneut verbinden sich hier Offline- und Onlinepraxen sowie Lokales und Globales.

<sup>253</sup> Bewohner\_innen und Freund\_innen von St. Pauli 2013.

<sup>254</sup> Manifest für Lampedusa 2014. Siehe auch Kapitel 6.3.1. Beide Manifeste sind inzwischen nicht mehr online verfügbar. Deshalb verzichte ich an dieser Stelle auf Querverweise in Form von QR-Codes.



## 6 Spuren. Splitter. Aussichten: Was bleibt?

Es ist ein regnerischer Tag. Ich laufe in Gummstiefeln über die große Wiese auf die Container an der Christianskirche zu. Von weitem sehe ich jemanden, der an einem Fahrrad herumwerkelt. Ich winke, auch wenn ich auf die Entfernung noch nicht sehen kann, wer es ist. Er winkt fröhlich zurück. Ich komme näher. Es ist Obed. Es ist schön, ihn wiederzusehen, zumal seit unserem letzten Treffen einige Wochen vergangen sind. Er versucht gerade, einen kaputten Sattel auszupressen, weil dieser sich mit Regenwasser vollgesogen hat. „Is this your bike?“, frage ich. „It’s for everybody.“ Ich frage, wie es ihm gehe und wie es inzwischen hier in den Containern sei. „It’s okay.“ Er fragt zurück, wie es mir gehe, und erzählt mir dann von ihrer kleinen Unterkunft. Sie haben einen Dusch- und Toilettencontainer und einen Küchencontainer. Ich frage, ob sie ab und zu zusammen kochen würden. Nein, eher nicht. „Me, for example, I don’t eat meat. Everyone has his favourite food“, sagt er und lacht. In die „Küche“ geht er selten. „There are so many people. It’s a lot of noise and sometimes there is trouble.“

Auch Abeeku, den ich später treffe, erwähnt beides – die vielen Leute und den Ärger, den es manchmal gebe. Auch er geht selten dorthin. „And that one is for school.“ Er zeigt auf den ersten Container in der Reihe. Da finde der Deutschkurs statt und da könnten sie sich auch sonst aufhalten, es gebe auch einen Fernseher. Ich frage Obed nach der aktuellen Situation: „Nothing special“, erwidert er. „We’re just waiting.“ Er wirkt müde. Ob es aktuell Pläne oder Strategien gebe, frage ich. Nein, er sehe gerade keine Möglichkeiten mehr. Als ich ihn auf die Demonstrationen seit Ende Dezember anspreche, sagt er sinngemäß: Ja, das habe er mitbekommen. Ein bisschen. Aber er fügt hinzu: „That’s politics. We have nothing to do with that.“ Er erzählt, dass er nicht verstehe, was die Politiker\_innen gerade machen. „What it is, is what it is.“ Sie hätten alles ausgeschöpft in Sachen Demonstrationen. Und auch die Unterstützer\_innen seien müde: „I can see it in their faces.“ Letzten Endes könne ihnen niemand sagen, welcher Plan funktionieren würde. Trotzdem sei er dankbar für alle Unterstützung. In Kürze muss er nach Italien, um seine Papiere zu verlängern. Ob er wiederkommt, weiß er nicht. „No one knows what’s going to happen. You know, people keep on travelling. Not only to Germany.“ Er wird schauen, was passiert und wo er für sich einen Weg findet. Er fragt sich auch, wie es hier weitergehen könnte. Nach dem Winter. Er hatte gedacht, dass sich vielleicht im Winter etwas bewegen würde – „but nothing changed“.<sup>1</sup>

## 6.1 Vom Rand ins Zentrum: Wie sich Grenzen verschieben

*„Europa durchziehen noch trennende Grenzen,  
aber in der Europäischen Union sind sie aufgehoben.*

[Zwischenruf!]“

Olaf Scholz<sup>2</sup>

### 6.1.1 „Flucht“ in öffentlichen Diskursen

Jahre- oder gar jahrzehntelang schien das Thema „Flucht“ und die Situation von Geflüchteten in Deutschland und Europa eher ein ausgewähltes Fachpublikum zu interessieren. Obgleich Tausende von Menschen in Europa ankamen oder auf dem Weg dorthin im Mittelmeer ertranken, rangierte das Thema eher am Rande des öffentlichen Interesses. Anders in den Jahren 2013 und 2014 in Hamburg: Der anhaltende Protest von *Lampedusa in Hamburg* brachte auch eine anhaltende Aufmerk-

<sup>1</sup> Feldtagebuch 2014: 08.01.2014.

<sup>2</sup> Scholz 2014: 3 und Feldtagebuch 2014: 19.03.2014.

samkeit für die Situation von Geflüchteten in der Stadt mit sich.<sup>3</sup> Sicherlich lässt sich diese öffentliche Aufmerksamkeit nicht allein und eindeutig in kausalen Zusammenhang mit der Protestbewegung bringen. Dass sie an der anhaltenden Auseinandersetzung mit dem Thema maßgeblich beteiligt war, ist jedoch unstrittig. Immer wieder wurde explizit auf ihren Protest Bezug genommen. Wie schon 2013 fanden auch im darauffolgenden Jahr unzählige Veranstaltungen in Hamburg statt, die sich in Form von Podiumsdiskussionen, Gesprächsrunden, Filmvorführungen oder künstlerischen Performances unterschiedlichster Art mit Migration, Fluchtursachen und der konkreten Situation von Geflüchteten in Hamburg, Deutschland, Europa und weltweit beschäftigten.<sup>4</sup>

Die Veranstaltungen wurden oft von kleinen Initiativen, oft auch von den großen zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen der Stadt organisiert. Letzteren sei an dieser Stelle mehr Aufmerksamkeit geschenkt, da es weitaus schwieriger erscheint, Organisationen mit einem relativ hohen Institutionalierungsgrad in Bewegung zu versetzen. Die weitreichenden Auswirkungen des Protests werden deshalb hier besonders deutlich. Zu diesen Akteur\_innen, die nach wie vor mit der Debatte um *Lampedusa in Hamburg* beschäftigt waren, gehörten beispielsweise die Gewerkschaften. Im Interview mit Dirk Mescher, Geschäftsführer der GEW Hamburg, berichtete dieser von Versuchen der GEW, das Thema verstärkt auf der DGB-Ebene, d.h. auf gewerkschaftsübergreifender Ebene, zu platzieren – „also, in Form von Ausstellungen, Veranstaltungen, 1. Mai-Unterstützung, [...] da soll es ja einen Block geben auf der Mai-Demonstration. Und das hat auch ganz viel [*bricht ab*] – also, das wird bestimmt nicht einfach [...] am Donnerstag [dem 1. Mai; Anm. BN]. Das muss man mal sehen.“<sup>5</sup> Tatsächlich bot der DGB Hamburg *Lampedusa in Hamburg* immer wieder – mal direkt, mal indirekt – Plattformen, um ihren Protest zu äußern. Dazu gehörte die erwähnte 1. Mai-Demonstration 2014, bei der es zur Konfrontation zwischen Bürgermeister Olaf Scholz und Demonstrant\_innen kam, die sich für die Forderungen der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe einsetzten und denen der Zutritt zur DGB-Zentrale, wo Olaf Scholz später zu hören sein sollte, verwehrt wurde. Hier sei allerdings angemerkt, dass es sich dabei nicht um Mitglieder der Gruppe handelte und auch nicht um eine Aktion, die mit ihr vereinbart

<sup>3</sup> Eine so konstante und starke Präsenz im öffentlichen Diskurs erreichten das Thema „Flucht“ und die Aufnahme von Geflüchteten erst wieder im Jahr 2015. Spätestens mit den mehreren Hundert *Transitgeflüchteten*, die ab September 2015 täglich am Hamburger Hauptbahnhof ankamen, die in der Nähe des Bahnhofs oder an anderen Orten in der Stadt übernachteten und für die Zelte zur medizinischen Versorgung am Hauptbahnhof aufgestellt wurden, waren Menschen auf ihren Migrationsrouten in der Stadt unübersehbar geworden (vgl. Flüchtlingshilfe am Hamburger Hauptbahnhof 2015).

<sup>4</sup> Vgl. auch Feldtagebuch 2014.

<sup>5</sup> Mescher, in: Interview 14-2014.

gewesen wäre. Die spannungsgeladene Situation, die auf allen Seiten hochkochenden Emotionen, das aggressive Auftreten der Polizei und die nachfolgenden kontroversen Diskussionen darum, was an jenem 1. Mai *wirklich* passiert sei, zeigen in jedem Fall eines: Die Protestbewegung, ihre Forderungen und ihre weiterhin prekäre Situation blieben *das* Thema der Stadt und sorgten immer wieder für Zündstoff. Zu der vom DGB Hamburg geführten und geförderten Debatte gehörte auch eine Abendveranstaltung, die am 15. April 2014 in der Reihe „Im Gespräch“ unter dem Titel „Ursachen von Flucht und Migration und die Europäische Politik“ stattfand. Zum Gespräch waren die damalige Beauftragte für Migrations-, Asyl- und Menschenrechtsfragen der Nordkirche, Fanny Dethloff, und der Staatsrat und Bevollmächtigte Hamburgs beim Bund, der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten, Wolfgang Schmidt, eingeladen. Die Veranstaltung nahm nicht explizit Bezug auf *Lampedusa in Hamburg*. Die Einladung machte sogar den Anschein, als wäre diese Querverbindung bewusst ausgeblieben. Der Einladungstext begann mit dem Satz: „Nicht erst seit der Rede des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz im Thalia Theater ist deutlich, dass die europäische Asylpolitik verändert und stärker humanistisch ausgerichtet werden muss.“<sup>6</sup> Der Rede des Bürgermeisters wurde hier allein dadurch, dass sie als Referenzpunkt fungierte, eine große Bedeutung beigemessen. Die Tatsache, *dass* Olaf Scholz diese Rede überhaupt hielt, lässt sich allerdings durchaus in Verbindung mit der Protestbewegung bringen.<sup>7</sup> Die bewusst allgemein gehaltene Ausrichtung der Veranstaltung schloss an die bereits beschriebene Tendenz des DGB an, sich eher grundsätzlich mit dem Thema Flucht zu beschäftigen und sich in der konkreten Auseinandersetzung mit *Lampedusa in Hamburg* zurückhaltend zu geben. Dennoch: Die Zusammenhänge waren unübersehbar. Dass ich bei der Veranstaltung mehrere Vertreter\_innen und Unterstützer\_innen der Gruppe im Publikum antraf, überraschte mich nicht. Es schien geradezu selbstverständlich zu sein, dass *Lampedusa in Hamburg* präsent war.<sup>8</sup>

### 6.1.2 Grenzen im Zentrum der Debatte

Die Rede im Thalia Theater war nur eines von vielen Beispielen: Bei zahlreichen öffentlichen Auftritten wurde Olaf Scholz auf *Lampedusa in Hamburg* angesprochen oder für seinen Umgang mit der Protestgruppe kritisiert oder angegriffen.<sup>9</sup> Unterstützerin Marie fasste diese Situation im Mai 2014 im Interview wie folgt zusammen:

<sup>6</sup> DGB Hamburg 2014.

<sup>7</sup> Mehr dazu siehe Kapitel 4.4.2 sowie *#lampedusabb* zwischen Kapitel 2 und 3.

<sup>8</sup> Vgl. Transkribierte Audio- und Videomaterialien 2013–2015: 15.04.2014.

<sup>9</sup> Siehe Kapitel 5.2.3. Vgl. auch Feldtagebuch 2014: 27.02.2014.

„300 Leute oder mehr oder weniger – egal –, die sich aufmachen und die hier eine Forderung stellen, die zum Rathaus gehen, sozusagen zur ... [lacht] Keimz ... [sucht nach einem Wort], Repräsentation, jedenfalls: Zentrale der Macht hier gehen, die es irgendwie schaffen, eine Situation herzustellen, dass der Bürgermeister eigentlich fast nirgends mehr öffentlich auftreten kann, ohne dass die Frage ständig Thema ist [...]. Das ist eine Herausforderung, eine politische Herausforderung, die ist einfach unglaublich. Und damit können die auch ganz schwer umgehen. Das hat man dann ja auch gemerkt. Nach wie vor. Es ist gerade auch ein bisschen so etwas wie [...] ein Patt.“<sup>10</sup>

Das Thalia Theater, das in diesem Fall vor allem eine Bühne für den Bürgermeister bot, engagierte sich in den darauffolgenden Monaten verstärkt für die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe. Neben den in Kapitel 5.1.4 erwähnten Spenden ermöglichte es Gruppenmitgliedern, bei der Aufführung von Elfriede Jelineks „Die Schutzbefohlenen“ als Schauspieler mitzuwirken – zunächst bei der Urlesung am 21. September 2013 und in den darauffolgenden Monaten bei vielen weiteren Aufführungen in einer am 12. September 2014 uraufgeführten Inszenierung von Nicolas Stemann.<sup>11</sup> Dabei blieb unklar, wie nah das Thalia Theater Hamburger Politiker\_innen stand. Fest stand, dass es eine Vereinbarung mit der Hamburger Innen- bzw. der Ausländerbehörde gegeben haben musste, durch die die betreffenden *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder eine eingeschränkte Arbeitserlaubnis erhielten, die eigens für die Aufführungen von „Die Schutzbefohlenen“ galt. Sogar eine temporäre Reiseerlaubnis für die Teilnahme am Theatertreffen in Berlin wurde ihnen ausgestellt. Diese Ausnahmeregelungen sind insbesondere angesichts der Vehemenz, mit der der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe öffentlich eine Arbeitserlaubnis verwehrt geblieben war, bemerkenswert. Sie sind nicht anders zu erklären als mit politischen Verhandlungen und Absprachen zwischen Thalia Theater und den politischen Verantwortlichen, wovon mir andeutungsweise von einem Unterstützer im persönlichen Gespräch berichtet wurde.<sup>12</sup> *Lampedusa in Hamburg* und deren Engagement bei „Die Schutzbefohlenen“ hatte auch im Alltag des Thalia Theaters für bleibenden Wirbel gesorgt. Eine entsprechende Innenansicht ergab sich für mich völlig überraschend an einem Abend auf dem Kiez. Im April 2014 ging ich mit Florian, einem Freund von mir, zum Konzert in der *Hasenschaukel*. Dort spielte an dem Abend ein Bekannter von Florian. Er hatte einige Leute eingeladen mitzukommen. Und so lernte ich auch eine Bekannte von ihm kennen, mit der ich mich angeregt unterhielt. Wir stellten uns gegenseitig vor und kamen irgendwann darauf zu sprechen, was wir beruflich machten. Dabei stellte sich heraus, dass sie beim Thalia Theater arbeitete und kurz vorher die Koordination von

<sup>10</sup> Marie, in: Interview 16-2014.

<sup>11</sup> Vgl. Thalia Theater 2017.

<sup>12</sup> Vgl. Feldtagebuch 2015: 05.04.2015.

„Die Schutzbefohlenen“ übernommen hatte. Als ich nachfragte, wie sie das fände, begann sie zu erzählen: Dass ihr überhaupt nicht klar gewesen sei, worauf sie sich da eingelassen habe. Dass da total viele Dinge hochkämen und Diskussionen und Dynamiken, von denen sie keine Ahnung habe. Das wunderte mich nicht. Auch ich erlebte manches als ausgesprochen komplex und reibungsvoll, obwohl ich nah dran war und nicht so sehr davon überrascht wurde wie diese Mitarbeiterin des Theaters. Einmal mehr zeigte sich, wie sehr *Lampedusa in Hamburg* zum Stadtgespräch geworden war. Selbst wenn ich dachte, dass ich einfach so mit Freundinnen und Freunden auf ein Konzert gehen würde, begegnete mir das Thema.<sup>13</sup>

Neben dem Thalia Theater mischten sich auch andere Kulturinstitutionen in die Debatte ein. Sie sorgten dafür, dass die Gruppe in der Stadt präsent blieb und für Diskussionsstoff sorgte. Im Mai 2015 erstattete der Vorstand der AfD Hamburg Strafanzeige gegen Amelie Deuffhard, die Intendantin von *Kampnagel*, einer Kulturinstitution, die Konzerte, Ausstellungen, Theateraufführungen, Performances unterschiedlichster Art veranstaltet. Ihr wurde für das Projekt *EcoFavela* die „Beihilfe zum Verstoß gegen das Aufenthaltsrecht für Ausländer“<sup>14</sup> vorgeworfen, wie beispielsweise DIE WELT unter Bezugnahme auf Oberstaatsanwältin Nana Frombach berichtete. Amelie Deuffhard selbst beschrieb in einer Radiosendung das, was sie – in Anlehnung an das sonst lediglich von Kirchen praktizierte Kirchenasyl – als „Kunstasyl“ bezeichnete, wie folgt:

„Was wir hier gemacht haben auf *Kampnagel* [...] ist eine soziale Skulptur, denn es geht in keinster Weise nur um Wohnen. Sonst hätte ich den Flüchtlingen ja einfach eine 3-Zimmer-Wohnung angemietet und da hätten sie mal schön – und viel weniger aufwändig auch für uns – wohnen können. Sondern es geht ja genau darum, dass man eine Installation baut, wo auch klar wird, wo Defizite liegen – nämlich in Massenunterkünften, in der Geschichte, dass Flüchtlinge nicht arbeiten dürfen, in der Desintegration, also sprich: in einer mangelnden Einbindung in die Gesamtgesellschaft, in einer ganz schwachen Mobilität nur – an all diesen Dingen haben wir in den letzten sechs Monaten gearbeitet. Es gab einen intensiven Austausch mit Nachbarn, mit unseren Mitarbeiter\_innen, mit Technikern, die ständig Aktionen gemacht haben, es gab einen Austausch mit unterschiedlichsten Kunstprojekten, es gab offene Küchen, Deutschkurse usw., also sprich: Wir haben eigentlich versucht, so ein kleines Modell zu machen, dass es eigentlich auch ganz anders gehen könnte. Das ist Kunst als soziale Skulptur, daran gibt es für mich überhaupt keinen Zweifel.“<sup>15</sup>

Die entscheidende Frage schien zu sein, ob die Geflüchteten auf *Kampnagel* wohnen oder ausschließlich Kunst machten. Die Debatte blieb jedoch etwas vage, weil

<sup>13</sup> Vgl. Feldtagebuch 2014: 05.04.2014.

<sup>14</sup> DIE WELT 2015.

<sup>15</sup> Deuffhard, zit. nach: Transkribierte Audio- und Videomaterialien 2013–2015: Deutschlandradio Kultur\_Warum ist Ihre Kunst kriminell?: 04.05.2015.





Abbildung 22: Jesusfigur und karierte Bettwäsche in der St. Pauli-Kirche.

die Staatsanwaltschaft sich zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht direkt an Frau Deuffhard gewandt hatte. Auch ihre Äußerungen im Mai 2015 bezogen sich daher auf Presseberichte und nicht auf Aussagen der Staatsanwaltschaft. Ihre Argumentation für die Rechtmäßigkeit des Kunstasyls fasste sie folgendermaßen zusammen:

„Denn – mal ganz ehrlich – wenn das die Frage ist, die die Staatsanwaltschaft am meisten interessiert, wäre meine Gegenfrage: Sollen wir denn Flüchtlinge, die noch nicht im Verfahren sind, im Winter erfrieren lassen oder sollen wir ihnen Unterkunft geben? Wir haben zwar gerade nicht Weihnachten, aber ich finde das trotzdem – unter humanen Aspekten – die einzig richtige Frage.“<sup>16</sup>

Auch in den Kirchen hielt sich die Debatte um *Lampedusa in Hamburg* auf der Tagesordnung. Anfang Januar 2014 verschickte Bischöfin Kirsten Fehrs erneut einen Brief an alle Kirchengemeinden, in dem sie sich zur aktuellen Situation von *Lampedusa in Hamburg* äußerte. Es gab also anscheinend nach wie vor internen Klärungsbedarf innerhalb der Nordkirche.<sup>17</sup> Währenddessen wurden im Hintergrund

<sup>16</sup> Deuffhard, zit. nach: ebd.

<sup>17</sup> Vgl. Feldtagebuch 2014: 17.01.2014.

die Verhandlungen zwischen Nordkirche und Innenbehörde fortgeführt, in denen die kirchlichen Vertreter\_innen sich dafür einsetzten, dass die Vereinbarung wirklich in die Praxis und zugunsten der Geflüchteten umgesetzt würde.<sup>18</sup>

Wie schaffte es *Lampedusa in Hamburg* darüber hinaus, im Gespräch zu bleiben? Nicht zuletzt wurden durch die Gruppe Bilder geschaffen, die in den Köpfen der Menschen fortbestanden.<sup>19</sup> Manche Fotos tauchten immer wieder auf, seien es die Aktivist\_innen mit bunten § 23-Schildern und Vuvuzelas<sup>20</sup> oder das Nachtlager mit 80 rot-weiß-karierten Bettbezügen und daneben die Jesusfigur in der St. Pauli-Kirche.<sup>21</sup> Und das Infozelt am Hauptbahnhof schaffte es auch drei Jahre, nachdem es aufgestellt wurde, noch in die Zeitung.<sup>22</sup> Der Wiedererkennungswert ist groß. Es sind Bilder mit großer Symbolkraft. Bilder, die sich einprägen. Bilder, die nicht so schnell in Vergessenheit geraten. Auch im Stadtteil St. Pauli hinterließ die Gruppe im wahrsten Sinne des Wortes bleibende Bilder: Das große Wandbild in der Hafensstraße und ein kleineres Bild an einer Mauer am *Park Fiction* – zwischen St. Pauli-Kirche und Hafen – weisen bis heute auf den Protest der Gruppe hin.<sup>23</sup> In die Bilder sind Parolen des Protests eingeflochten: „we are here to stay“, ist dort beispielsweise zu lesen. Vor blauem Hintergrund, der das Mittelmeer symbolisiert. Auf der blauen Fläche eine kleine Insel. Sie ist beschriftet. LAMPEDUSA. Daneben der Schriftzug „WE NEED HELP“. Doch die Bitte um Hilfe steht nicht allein. Sie wird ergänzt um den Begriff „rights“. In dem Bild auf der Mauer am *Park Fiction* verdichten sich somit die Forderungen von *Lampedusa in Hamburg* und die damit verbundenen Diskurse. Hier wird deutlich: Es geht um Europas Grenzen, um Prekarisierung, um Rechte und vor allem um das eine Recht: zu bleiben. Die Wandbilder sind physisch sichtbare Einschreibungen des Protests in die Stadt, in den Alltag, in den urbanen Raum.

*Lampedusa in Hamburg* blieb im Gespräch und in Bewegung. Während es um die Gruppe ruhiger zu werden schien und der Höhepunkt der Bewegung bereits vergangen war, kam doch dann und wann neue Dynamik auf. Immer wieder gab es Momente, die viele Unterstützer\_innen erneut in Alarmbereitschaft versetzten. Am 19. September 2014 schrieb ein Unterstützer über den E-Mail-Verteiler: „Freitag 19.09. Stand 11.40h: die gruppe lampedusa in hamburg hat gerade die spd-

<sup>18</sup> Vgl. Strenge, in: E-Mail-Interview 2016.

<sup>19</sup> Siehe auch *#lampedusahh* zwischen Kapitel 1 und 2.

<sup>20</sup> In zahlreichen Presseartikeln sowie in dem eigenen Material der Gruppe – v.a. Pressemitteilungen, Demo-Flyer und Homepage – wurden diese Bilder verwendet.

<sup>21</sup> Noch drei Jahre nach der Unterbringung in der St. Pauli-Kirche begegnete mir eines der Fotos in Zusammenhang mit einem aktuellen Kirchenasyl (vgl. Focus online 2016: 19.02.2016).

<sup>22</sup> Vgl. taz, die tageszeitung 2016a. Zum Infozelt als Symbolort des Protests und dessen Prekarisierung siehe auch Kapitel 4.1.1.

<sup>23</sup> Siehe Titelbild wie auch Kapitel 4.2.1.

parteizentrale besetzt. Kommt vorbei und zeigt Solidarität! Bitte weiterleiten!“<sup>24</sup> Die Nachricht erreichte mich gemeinsam mit Mona, einer Unterstützerin, die ich just am 19.09.2014 interviewt hatte. Wir waren gerade mit unserem Interview fertig gewesen, als ihr Smartphone eine eingegangene E-Mail meldete. Auch wenn wir über viele Dinge in der Retrospektive gesprochen hatten: Der Protest war noch nicht vorbei. Er war nach wie vor aktuell.

## 6.2 Der alltägliche Kampf: Prekarisierung als Beschränkung des Protests

„516 days have gone since the first protest-tent [...] was set up on May 22, 2013. Today it is the third tent. ‚We are not weak, but the old tent was weak.‘“<sup>25</sup>

Lampedusa in Hamburg

### 6.2.1 *Acts of Citizenship* und die Grenzen des Unerwarteten

Der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe war mit ihrem Protest etwas Einmaliges gelungen: Sie hatte sich in der gesamten Stadt und auch bei den politischen Entscheidungsträger\_innen Gehör verschafft, hatte ihre Situation als Kollektiv sichtbar gemacht. Doch seit Herbst 2013 kämpften ihre Mitglieder erneut genau darum: um ihre Hör- und Sichtbarkeit. Spätestens ab Jahresanfang 2014 leugneten Bürgermeister Olaf Scholz und Innensenator Michael Neumann die Existenz und Prekarität von *Lampedusa in Hamburg*.<sup>26</sup> Das „Problem“ sei „gelöst“<sup>27</sup>, hieß es im Januar 2014 seitens der Innenbehörde nach einem Bericht der Hamburger Morgenpost. Darin berief sich die Zeitung auf Aussagen des Pressesprechers der Innenbehörde, Frank Reschreiter, demzufolge sich ca. 80 Gruppenmitglieder in ein Einzelverfahren begeben hätten. Er gehe davon aus, dass darüber hinaus nur noch wenige Geflüchtete, die zu *Lampedusa in Hamburg* gehören, in Hamburg seien. „Diese Zahl [von 300 Gruppenmitgliedern; Anm. BN] haben wir nie geglaubt. Wir gehen von höchstens 150 aus“, wird Reschreiter dort zitiert.

„Davon sei ein Teil wieder aus Hamburg verschwunden. ‚Die Personen, die sich der Lampedusa-Gruppe zugehörig fühlen, sind alle versorgt.‘ Zwar gebe es immer eine

<sup>24</sup> Zit. nach: E-Mail-Verteiler [*Lampedusa in Hamburg*]: 19.09.2014.

<sup>25</sup> *Lampedusa in Hamburg* online 2013–2017: 01.11.2014.

<sup>26</sup> Vgl. dazu auch Scholz 2014.

<sup>27</sup> Hamburger Morgenpost 2014: 17.01.2014.

Dunkelziffer an ‚Illegalen‘ in der Stadt. Das könnten aber nur noch eine Handvoll dieser Gruppe sein. Daher gebe es keinen Handlungsbedarf mehr.“<sup>28</sup>

Mit seiner Formulierung, dass sie „diese Zahlen nie geglaubt“ hätten, suggeriert Frank Reschreiter, dass die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe falsche Tatsachen vorgespiegelt hätte. Mit der daraus resultierenden, vermeintlich mangelnden Glaubwürdigkeit der Gruppe rechtfertigt er indirekt das behördliche Handeln bzw. das Nichthandeln und die Ignoranz des faktischen Fortbestehens der Protestbewegung.



Abbildung 23: Flyer.

Auf politischer Ebene wurde auf diese Weise versucht, *Lampedusa in Hamburg* der öffentlichen Wahrnehmung zu entziehen und diskursiv Realitäten zu schaffen, die dem politischen Willen, nicht jedoch den praktischen Realitäten der Protestbewegung entsprachen. Doch diese wehrte sich gegen den Versuch der Leugnung und Unsichtbarmachung ihrer Existenz und ihres fortdauernden Protests. Indem sie weiterhin Demonstrationen, Kundgebungen, Konferenzen, *Lampedusa*

<sup>28</sup> Ebd.

*Action Days* und einen *Lampedusa Emancipation Day* veranstaltete, blieb die Gruppe im urbanen Alltag präsent.<sup>29</sup> Sie schloss somit an die Strategien des Vorjahres an, zeigte sich nach wie vor kämpferisch, setzte ihren Akt des Bleibens fort. Was einige Monate zuvor noch für Aufruhr und außergewöhnliches Engagement in der Stadt sowie für enormes Medieninteresse gesorgt hatte, wurde inzwischen jedoch in der Öffentlichkeit kaum noch aufgegriffen. Die Gruppe war bekannt, die Argumente ebenfalls. Auch wenn sich die Praktiken der Gruppenmitglieder nicht wesentlich verändert hatten, verloren ihre *Acts of Citizenship* an Kraft. Was sie im Laufe der Zeit eingebüßt hatten, war – wie sich beim Überschreiten des Höhepunkts der Bewegung bereits angekündigt hatte –<sup>30</sup> das Moment des Unerwarteten. Gerade dadurch hatten sie anfangs auf sich aufmerksam gemacht. Sie hatten durch ihren Protest nicht nur die Grenzen ihres Status, sondern auch die Grenzen der öffentlichen Erwartung und der Berechenbarkeit gesprengt. Angesichts dieser Gewöhnungsprozesse in der öffentlichen Wahrnehmung versuchte *Lampedusa in Hamburg* die Stille, die sie umgab, zu durchbrechen: „Let’s break the silence!“<sup>31</sup>, lautete der Slogan des *Lampedusa Emancipation Day* im Oktober 2014. Mit den Konferenzen im Februar und den Emanzipationstagen im Oktober 2014 eröffnete die Gruppe Räume, in denen debattiert, reflektiert, analysiert werden konnte. Eine tiefgehende inhaltliche Auseinandersetzung mit den Zusammenhängen ihrer Flucht und ihres Protests wurde hier möglich. Damit unterschieden sich die Veranstaltungen deutlich von den sonstigen Demonstrationen, bei denen die Gruppe naturgemäß auf kurze, plakative Slogans und Forderungen setzte. Sie waren der Versuch, nach den Brüchen des Herbstes wieder an Stärke zu gewinnen und andere Zeiten einzuläuten – „eine neue Phase in unserem Kampf!“<sup>32</sup>, wie *Lampedusa in Hamburg* den Flyer zu den Konferenzen im Februar und der darauffolgenden großen Demonstration am 1. März 2014 betitelte. Doch auch diese „neue Phase“ fand nicht so viel öffentliche Beachtung wie von der Gruppe erhofft.

### 6.2.2 Bleibender Protest zwischen Prekarisierung und Hoffnung

Mehr denn je zeigte die Prekarisierung in jener Phase des Protests Wirkung. Sie wurde durch die staatliche Leugnung der Protestbewegung auf die Spitze getrieben. Je weniger die Gruppe in der Öffentlichkeit wahrnehmbar war, desto schwerer

<sup>29</sup> Vgl. z.B. Feldtagebücher 2014 und 2015.

<sup>30</sup> Siehe auch Kapitel 5.2.3.

<sup>31</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2014f.

<sup>32</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2014b.

war es, Unterstützung zu erhalten und so der Prekarisierung entgegenzuwirken. Inmitten der weiteren Bemühungen, als Protestgruppe präsent zu bleiben, machte sich vor allem Müdigkeit breit. Je müder die Gruppenmitglieder wurden, desto mühsamer wurde es für sie, ihren Protest überhaupt aktiv fortzusetzen. Und desto mehr übernahmen dies ihre Unterstützer\_innen. Am 10.01.2014 notierte ich im Plenum: „Bis März sind keine Demos geplant; aus Kräftemangel.“<sup>33</sup> Doch gerade an jenem Tag waren drei Menschen aus einem Stadtteilprojekt gekommen, die ihre Hilfe beim Mobilisieren und Organisieren von Demonstrationen anboten. Eine Woche später stand fest: Am 25.01.2014 würde es erneut eine Demonstration geben. Alle waren sich einig, dass dies wichtig sei, um zu zeigen, dass die Gruppe nach wie vor in Hamburg sei und dass es mitnichten eine Lösung für ihre Situation gebe.<sup>34</sup> Um die Vorbereitungen kümmerten sich die Unterstützer\_innen aus dem erwähnten Stadtteilprojekt in Rücksprache mit dem Plenum der Mitglieder und Unterstützer\_innen von *Lampedusa in Hamburg*. Immer wieder zeichneten einzelne Unterstützer\_innen verantwortlich für die Vorbereitung bestimmter Aktionen und Veranstaltungen. Dadurch bestimmten sie auch maßgeblich den inhaltlichen Kurs mit. Je mehr die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe ermüdete, desto mehr verstärkte sich die Abhängigkeit von ihren Unterstützer\_innen.

Auch die Suche nach Unterkünften blieb ein wesentlicher Bestandteil des Alltags. Im April 2014 gab es Gerüchte über die Besetzung eines Gebäudes,<sup>35</sup> am 1. Mai 2014 fand die symbolische Besetzung einer leerstehenden Schule statt,<sup>36</sup> Ende April 2014 begann die Gruppe, Wohlfahrtsorganisationen um Unterstützung bei der Unterbringung zu bitten. Sie richtete einen Brief an diverse Organisationen, fragte hier und da an, doch zu einem gemeinsamen Treffen erschien lediglich eine Person – ein Mitarbeiter der Caritas. Er konnte zwar keine Unterkunft zur Verfügung stellen, bot jedoch an, zur medizinischen Versorgung der Gruppe beizutragen. Seitdem lässt er der Gruppe regelmäßig den Tourenplan des *Medimobils* und des *Zahnmobils* zukommen und bot zudem an, auf Wunsch regelmäßig eine zusätzliche Station für die beiden Mobile zu organisieren.<sup>37</sup> Diese Unterstützung hält bis heute an.<sup>38</sup> Dennoch mangelte es weiterhin an Unterkünften. *Lampedusa in Hamburg* war und blieb auch hier abhängig von der Unterstützung der Zivilgesellschaft. Doch die Möglichkeiten, etablierte zivilgesellschaftliche Akteur\_innen

<sup>33</sup> Felddtagebuch 2014: 10.01.2014.

<sup>34</sup> Vgl. ebd.: 17.01.2014.

<sup>35</sup> Vgl. Felddtagebuch 2014: 11.04.2014.

<sup>36</sup> Mehr dazu in Kapitel 6.3.

<sup>37</sup> Vgl. Felddtagebuch 2014: 22.05.2014.

<sup>38</sup> Vgl. E-Mail-Verteiler [*Lampedusa in Hamburg*] 2014–2017.

zu mobilisieren, schienen inzwischen ausgeschöpft zu sein. Wer bisher noch nicht in Bewegung versetzt worden war, tat es nun offensichtlich auch nicht mehr.

Auch das Infozelt am Hauptbahnhof blieb ein Symbolort der Prekarisierung. Die Tatsache, dass die Gruppenmitglieder auf der Straße Wind und Wetter, den Jahreszeiten, Rassismus und anderen Bedrohungen ausgesetzt waren, war dort nach wie vor besonders sichtbar. Als *Lampedusa in Hamburg* Anfang November 2014 das inzwischen dritte Zelt aufstellte, veröffentlichte die Gruppe einen Unterstützungsaufruf auf ihrer Homepage:

„516 days have gone since the first protest-tent of the war refugees from Libya ‚Lampedusa in Hamburg‘ was set up on May 22, 2013. Today it is the third tent. ‚We are not weak, but the old tent was weak‘. The ‚Lampedusa tent‘ near the main station is a permanent protest against state abuses of refugee rights. It is the first selforganised meeting point and information center in Hamburg where refugees get useful information to orient themselves – 24 hours [a] day, 7 days a week. In the situation of the racist persecution in the streets the tent is a call for solidarity.“<sup>39</sup>

Der Ruf nach Solidarität war vor allem ein Ruf nach *praktischer* Solidarität: nach Unterkunft und nach Spenden. Einen großen Spendenaufruf verschickte die Gruppe auch im Winter 2014/2015 über die gemeinsame E-Mail-Liste der Gruppe und ihrer Unterstützer\_innen. Sie brauchte Geld, Sachspenden und Schlafplätze – „jetzt + konkret“<sup>40</sup>. Marie fasste diese existenzielle Dimension des Protests aus Sicht der Unterstützer\_innen im Interview zusammen:

„[F]ür alle, die da jetzt das ganze Jahr etwas gemacht haben [...], hat es natürlich auch die Seiten, die irgendwie – weiß ich nicht – zermürend und frustrierend sind. [...] Dann stehst du immer wieder vor der gleichen Frage: Jetzt stehen die wieder auf der Straße [...]. Oder du stehst wieder vor der Frage: Das Geld ist gerade wieder zu Ende. Oder so. Das sind so die ganz kleinen Dinge, aber die sind ja natürlich notwendig. Also, [...] es ist ja nicht nur ein politischer Kampf zusammen zu entwickeln, sondern [...] auch diese Überlebensfragen müssen irgendwie gelöst werden. [...] Das ist oft auch sehr zäh.“<sup>41</sup>

Als wesentlicher und neuer Versuch, aus diesem Kreislauf von Unsicherheit und Abhängigkeit auszubrechen und gleichzeitig neue Dynamik in die Protestbewegung zu bringen, diente das bereits erwähnte Projekt *Lampedusa in Hamburg Professions*.<sup>42</sup> Schon im Januar 2014 begannen die ersten Überlegungen für eine Fotoausstellung, die *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder in Verbindung mit ihren Berufen darstellen sollte.<sup>43</sup> Am 05.02.2014 veröffentlichte die Gruppe dann

<sup>39</sup> *Lampedusa in Hamburg* online 2013–2017: 01.11.2014 sowie Feldtagebuch 2014: 01.11.2014.

<sup>40</sup> *Lampedusa in Hamburg* online 2013–2017: Spendenaufruf Winter 2014/15, 02.01.2015.

<sup>41</sup> In: Interview 16-2014.

<sup>42</sup> Vgl. Kapitel 5.1.1.

<sup>43</sup> Vgl. Feldtagebuch 2014: 10.01.2014.

eine Pressemitteilung, in der Menschen zum Mitmachen eingeladen wurden. In der Pressemitteilung bezeichneten die Gruppenmitglieder sich selbst erstmals als „Wanderarbeiter“<sup>44</sup>, als die sie in ver.di eingetreten seien. Damit legitimierten sie erneut ihre Mitgliedschaft und versuchten, ihrer Ausgrenzung durch viktimisierende Labels – wie in der 2013 geführten Debatte um die Gewerkschaftsmitgliedschaft von *Flüchtlingen* oder *Personen ohne Papiere*<sup>45</sup> – entgegenzuwirken. Dabei verwiesen sie indirekt auf international formulierte Rechte, die ihnen in der UN-Wanderarbeiterkonvention<sup>46</sup> zuerkannt werden. Als „Wanderarbeiter“ bzw. „Wanderarbeitnehmer“ gilt ihrzufolge „jede Person, die in einem Staat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht hat, eine Tätigkeit gegen Entgelt ausüben wird, ausübt oder ausgeübt hat“<sup>47</sup>. Dadurch wären die Mitglieder von *Lampedusa in Hamburg* eindeutig auch geschützt. Allerdings haben zahlreiche Staaten die UN-Wanderarbeiterkonvention nicht ratifiziert – so auch die Bundesrepublik Deutschland. In ihrer Begründung beruft sich die Bundesrepublik insbesondere darauf, dass „die grundlegenden Menschenrechte bereits im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte niedergelegt“<sup>48</sup> seien. Die fehlende Ratifizierung richtet sich zudem jedoch vor allem gegen die Tatsache, dass dadurch auch Wanderarbeitnehmer\_innen geschützt wären, die sich illegalisiert im Land aufhalten. Dies widerspricht dem im deutschen Zuwanderungsgesetz verankerten Ziel der „Bekämpfung der illegalen Migration“<sup>49</sup>. Mit einer Ratifizierung ist daher auch in Zukunft nicht zu rechnen.

Die Idee des Projekts *Lampedusa in Hamburg Professions* lautete:

„Wir suchen Kolleg\_innen in Hamburg, die in den gleichen Berufen arbeiten und ihren ‚Lampedusa in Hamburg‘-Kolleg\_innen ihren Arbeitsplatz für ein Foto zur Verfügung stellen, das als Beispiel veröffentlicht werden kann. Der Austausch spielt dabei genau so eine wichtige Rolle wie das Foto. Auch ein gemeinsames Foto ist geplant als ‚danke schön‘ [sic] für die Bereitschaft, mitzumachen.“<sup>50</sup>

Zusätzlich zu den Fotos wurden Interviews mit den jeweiligen *Lampedusa in Hamburg*-Mitgliedern geführt, in denen sie von ihrer Arbeit erzählten. Aline, die

<sup>44</sup> *Lampedusa in Hamburg* online 2013–2017: 05.02.2014.

<sup>45</sup> Vgl. ver.di Ressort 2 Organisationspolitik 2013.

<sup>46</sup> „UN-Wanderarbeiterkonvention“ ist die umgangssprachliche Abkürzung für die am 1. Juli 2003 in Kraft getretene „Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“ (Vereinte Nationen 1990).

<sup>47</sup> Vereinte Nationen 1990.

<sup>48</sup> Netzwerk Menschenrechte 2017.

<sup>49</sup> Ebd.

<sup>50</sup> *Lampedusa in Hamburg* online 2013–2017: 05.02.2014.



das Projekt mit entwickelt und aufgebaut hat, erläuterte mir die Hintergrundüberlegungen, die zu dem Projekt geführt hatten:

„Die hatten alle Berufe: Die haben Berufe in ihren Heimatländern gehabt, die haben Berufe in Libyen gehabt, deswegen sind sie nach Libyen gegangen. Und sobald sie über das Mittelmeer gekommen sind, fing das Arbeitsverbot an und sie wurden Flüchtlinge. [...] Und das [...] ist etwas, was mich seit Jahren sowieso beschäftigt – nicht nur mit *Lampedusa in Hamburg*, sondern generell dieses Arbeitsverbot, was die Leute zu Menschen zweiter Klasse macht. [...] Das haben wir dann gesehen, als wir das Projekt angefangen haben [...], und wir die Interviews angefangen haben zu machen – über ihre Berufe zu Hause und in Libyen: Da [...] werden sie zu anderen Menschen, wenn sie darüber erzählen [...].“<sup>51</sup>

Nachdem bereits viele Interviews geführt und Fotos gemacht worden waren, wurde das Projekt im Juni 2014 in einem Pressegespräch einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dort wurde auch die politische Strategie, die darin lag, einmal mehr deutlich. Die Gruppe bezog sich insbesondere auf den Arbeitskräftemangel in Deutschland, auf ihre Forderung einer europaweit anerkannten Arbeitserlaubnis und auf ihre eigenständigen Versuche, „ihre Chancen in den Arbeitsmarkt integriert zu werden, zu prüfen“<sup>52</sup>.

Das Thema *Arbeit* blieb im Protest von *Lampedusa in Hamburg* besonders präsent. Zu Demonstrationen am 31.05.2014 und am 05.07.2014 riefen sie mit dem Slogan „We demand our work permit“<sup>53</sup> auf. Es gehörte in fast schon selbstverständlicher Weise zu ihrem Alltag dazu, denn „alle arbeiten irgendwie“<sup>54</sup>. Ebenso selbstverständlich fanden sich die Gruppenmitglieder aufgrund der fehlenden Aufenthaltserlaubnis jedoch, wie bereits erwähnt, in prekären, ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen wieder. Immerhin fanden sie in den Gewerkschaften immer wieder Verbündete, um sich für das Thema „Arbeit“ bzw. ihr Recht zu arbeiten stark zu machen. Neben den oben beschriebenen Veranstaltungen gab es am 14.04.2014 ein Austauschtreffen der *Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für Lampedusa in Hamburg*, bei dem gemeinsam mit Gruppenmitgliedern weitere Perspektiven und Strategien besprochen wurden. Am 28.02.2015 brachte sich ein gewerkschaftliches Bündnis in die Kundgebung *Arbeitserlaubnis für die Kolleg\*innen der Gruppe Lampedusa in Hamburg* ein, die das *Recht auf Stadt – Never mind the papers*-Bündnis vor der großen *Jobmesse Hamburg* organisiert hatte.<sup>55</sup> Am selben Tag veröffentlichten die Teilnehmer\_innen der ver.di-Landesbezirkskonferenz eine Solidaritätserklärung, in der es hieß:

<sup>51</sup> Aline, in: Interview 16-2014.

<sup>52</sup> Stroux/*Lampedusa in Hamburg* 2014–2016: 23.06.2014.

<sup>53</sup> *Lampedusa in Hamburg* online 2013–2017: 21.05.2014 und 29.06.2014.

<sup>54</sup> Mescher, in: Interview 14-2014.

<sup>55</sup> Vgl. *Recht auf Stadt – Never mind the papers* 2015.

„Zusammen mit dem wiedergewählten Landesbezirksleiter Berthold Bose wurde in der Mittagspause der Konferenz ein gemeinsames Foto mit einigen Flüchtlingen auf dem Campus der Universität Hamburg gemacht. [...] ‚Ohne Arbeitserlaubnis werden Menschen in die Illegalität gedrängt und damit leichtes Ziel für Ausbeuterjobs‘, so Bose. ‚Das Recht auf legale Arbeitsaufnahme und Ausbildung muss für alle hier lebenden Menschen gelten.“<sup>56</sup>

Im März 2015, parallel zu den Koalitionsverhandlungen in Hamburg, erschien unter dem Titel: „Die Chance für eine solidarische Lösung für die Gruppe *Lampedusa in Hamburg* nutzen. Mindestlohn durchsetzen heißt auch Arbeitserlaubnisse für alle, die hier leben“<sup>57</sup> ein gewerkschaftlicher Appell, der von über 450 Menschen unterzeichnet wurde.<sup>58</sup> Die abschließende Forderung an den Hamburger Senat lautete: „Finden Sie eine Regelung, die es unseren aus Libyen geflohenen KollegInnen erlaubt, in Hamburg legal arbeiten zu können. Schaffen Sie Möglichkeiten, allen in Drittstaaten anerkannten und hier lebenden Geflüchteten eine legale Arbeitserlaubnis zu gewähren.“<sup>59</sup> Auch *Lampedusa in Hamburg* selbst stellte angesichts der Koalitionsverhandlungen eine entsprechende Stellungnahme online:

„Wir wollen nichts weiter als endlich das Recht, hier zu bleiben und zu arbeiten, um uns und unsere Familien wieder versorgen zu können. Wir fordern die europaweite Anerkennung unserer italienischen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Ist Italien nicht ein Mitglied der Europäischen Union? Oder gelten die europäischen Rechte nicht für alle?“<sup>60</sup>

*Lampedusa in Hamburg* nutzte das Thema *Arbeit* immer wieder, um die Absurdität ihrer Situation zu verdeutlichen. Einerseits schufen sie damit einen bleibenden Ausgangspunkt für gemeinsame Kämpfe mit Gewerkschafter\_innen. Letztere trugen weit über den Höhepunkt der Bewegung hinaus mit dazu bei, dass die Forderungen der Gruppe wachgehalten wurden. Andererseits knüpften sie dadurch an neoliberale Diskurse an, die Migrant\_innen aufgrund ihrer ökonomischen Verwertbarkeit ein Recht zu bleiben zu- oder absprechen. Wie schon im Zusammenhang mit ihrer Viktimisierung lag die Strategie der Gruppenmitglieder darin, nicht außerhalb, sondern innerhalb des bestehenden Diskurses aufzubegehren. Sie folgten der Logik ökonomischer Verwertbarkeit, ließen aber nicht zu, dass diese als Ausschlusskriterium gegen sie gerichtet wurde. So leisteten sie in gewisser Weise Widerstand dagegen, dass sie infolge neoliberaler Argumentationslinien entrechtet

<sup>56</sup> ver.di Hamburg 2015.

<sup>57</sup> LabourNet Germany (Hg.) 2015.

<sup>58</sup> Vgl. ebd.

<sup>59</sup> Ebd.

<sup>60</sup> *Lampedusa in Hamburg* online 2013–2017: Februar 2015.

werden sollten. Gleichzeitig implizierten ökonomistische Diskurse nach wie vor den Ausschluss all derer, die keinen ökonomischen Nutzen vorweisen konnten.<sup>61</sup>

Für *Lampedusa in Hamburg* stellte sich ihr Alltag weiterhin als eine Zeit des Wartens dar. Auch nach über einem Jahr – und inzwischen mehreren Jahren – des Protests hatte sich daran nichts geändert. Diejenigen, die sich in ein Einzelverfahren begaben, konnten zwar nach 15 Monaten beginnen zu arbeiten. Doch bis dahin würden sie noch einige Monate des *Nichtstuns* überstehen müssen. Auch danach blieb es ein Wartezustand mit ungewissem Ausgang, denn die aufenthaltsrechtliche Perspektive war für die gesamte Gruppe nach wie vor ungeklärt. Der Satz „We are just waiting“, der den Protest von Anfang an begleitet hatte, fiel auch in dieser Phase sehr häufig.<sup>62</sup> Die Zukunft sei weiterhin völlig ungewiss, sagte Akwasi einmal. Er wollte einfach glücklich sein und sein Leben leben, aber: „I don't know my right.“<sup>63</sup> Er wusste nicht, wie er dieses Leben erreichen sollte. Die Ratlosigkeit wuchs. In vielen Gesprächen mit einzelnen Gruppenmitgliedern wurde das deutlich. Es schien keine neuen Strategien zu geben. Auch Monate und Jahre später veränderte sich dieser Eindruck nicht. Als ich Yanis überraschend nach langer Zeit am 01.05.2015 wiedertraf, begrüßten wir uns mit einer herzlichen Umarmung. Wir freuten uns riesig, uns wiederzusehen. Er erzählte, wie er zuletzt wieder einmal zweieinhalb Monate in Italien verbracht hatte, um die Gültigkeit seiner Papiere erneut um ein Jahr zu verlängern. Ich fragte nach, ob diese Situation für ihn in Ordnung sei – das Leben mit italienischen Papieren, ohne Duldung, mit der Ungewissheit. Ja, das sei für ihn in Ordnung und allemal besser als ein Leben mit Duldung. Davor habe er Angst. Die gefühlte Unsicherheit war für ihn mit einer Duldung noch größer als mit einem italienischen Aufenthaltstitel. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass Einzelne inzwischen erfolgreich ein individuelles aufenthaltsrechtliches Verfahren durchlaufen und einen Aufenthaltstitel für die Bundesrepublik Deutschland erhalten hatten. Stattdessen hatte er sich arrangiert, lebte in einer großen WG, in der er sich wohlfühlte. Was er momentan machte, fragte ich ihn. „Nichts“, sagte er.<sup>64</sup> Was ihm und den anderen Gruppenmitgliedern blieb, war lediglich eine leise und doch irgendwie unterschütterliche Hoffnung, dass sich irgendetwas ändern würde. „Just hoping“, sagte Jojo einmal.<sup>65</sup> Nur warten – nur hoffen. Immer wieder schimmerte diese Hoffnung, die viele in sich trugen, durch. Auch Abeeku hoffte, dass sich in den darauffolgenden Monaten alles klären würde und er Ende 2014 würde reisen können. „Then I will go to see my mother. It's

<sup>61</sup> Vgl. z.B. Ong 2006.

<sup>62</sup> Vgl. z.B. Feldtagebuch 2014: 08.01.2014.

<sup>63</sup> Zit. nach: Feldtagebuch 2013: 28.11.2013.

<sup>64</sup> Zit. nach: Feldtagebuch 2015: 01.05.2015.

<sup>65</sup> Zit. nach: Feldtagebuch 2014: 01.04.2014.

been seven years now“<sup>66</sup>, sagte er voller Hoffnung und mit einem Lächeln im Gesicht. Seit über einem Jahr hatte er noch nicht einmal mehr mit ihr gesprochen. Ich habe Abeeku seit Langem nicht gesehen. Wahrscheinlich konnte er seine Mutter bis heute nicht besuchen. Nach wie vor ist Hoffnung hier als Affekt im Sinne Massumis zu verstehen, als Motor, als intensives In-der-Gegenwart-Leben.<sup>67</sup> Diese Hoffnung bewirkt, dass die Gruppe nicht aufgibt und selbst ohne erkennbare neue Strategien weitermacht, Schritt für Schritt, sich nicht abschieben lässt und den Akt des Bleibens weiterhin vollzieht. Letzterer fand und findet nach wie vor auf unterschiedliche Arten und Weisen Ausdruck: auf stille Art im urbanen Alltag wie auch in Form kämpferischen und entschlossenen, kollektiven Auftretens bei – wenn auch seltener gewordenen – Demonstrationen und Veranstaltungen.

So sehr die Gruppe in der Gegenwart lebte, so sehr dachte sie über diese hinaus. Erneut zeigt sich hier das Konzept der Hoffnung in der Praxis.<sup>68</sup> Die Gruppe arrangierte sich mitnichten mit der Warteschleife, in der sie tagein, tagaus lebte. Vielmehr stellte die Tatsache, dass viele das vom Senat vorgeschlagene Verfahren ablehnten, einen konkreten Versuch dar, diese zu beenden. Die Gruppe strebte nach einer Lösung und nicht nach der erneuten Aussicht auf jahreslanges Warten. Noch im Dezember 2014 – und somit über ein Jahr nach der Vereinbarung zwischen Senat und Nordkirche – befand sich das Verfahren ganz am Anfang.<sup>69</sup> Genau das hatten viele Gruppenmitglieder befürchtet und sich deshalb gegen das Verfahren und dadurch auch gegen eine Duldung entschieden. Die grundsätzliche Ungewissheit, die ihres Erachtens gegen eine Duldung gesprochen hatte, schien sich ebenfalls zu bestätigen. Sprecher John, der Bürgermeister Olaf Scholz im Februar 2014 bei einer Veranstaltung an einer Schule traf, suchte dort das Gespräch mit ihm. Auf die Frage nach der Situation der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe hatte Herr Scholz ihm zufolge damals sinngemäß geantwortet: „[S]ome will stay, some will leave“<sup>70</sup>. Diese Ungewissheit liegt in der Natur der Duldung, die keinen Aufenthaltsstatus, sondern lediglich eine „vorübergehende Aussetzung der Abschiebung“<sup>71</sup> darstellt.

Das Wesen des Wartens zeigte sich auch in kreativen Protestformen, die teilweise bis heute fortbestehen. Ein wichtiger Aspekt war und ist die Fußballmannschaft *FC Lampedusa*, die seit Sommer 2013 bei diversen Turnieren in Hamburg und darüber hinaus spielte. Ich erinnere mich noch an das erste Spiel, das am 01.08.2013 zwischen dem *FC Lampedusa* und der 8. Herren des *FC St. Pauli* stattfand. „Ein

<sup>66</sup> Zit. nach: ebd.: 08.01.2014.

<sup>67</sup> Siehe auch Kapitel 4.3 sowie Massumi 2015.

<sup>68</sup> Vgl. Massumi 2015: 3. Siehe auch Kapitel 4.3.1.

<sup>69</sup> Vgl. Interview 21-2014.

<sup>70</sup> Zit. nach: Feldtagebuch 2014: 27.02.2014.

<sup>71</sup> § 60a AufenthG (Deutscher Bundestag 2016 [2004]).

echtes Highlight“, notierte ich damals. „5:2 für den *FC Lampedusa* [...]. Die *Lampedusa*-Spieler haben sich riesig gefreut über ihren Sieg und hatten eindeutig den größeren und begeisterteren Fanblock.“<sup>72</sup> Seit diesen Anfängen hat die Mannschaft sich ständig weiterentwickelt. Mit Mona, einer der Koordinatorinnen, sprach ich im September 2014 über die Bedeutung der Fußballmannschaft, durch die Sport als Protestform eingesetzt wurde und die Gruppe – aller Prekarisierung zum Trotz – erneut auf sich aufmerksam machte:

„Die hat sich ja neu formiert, aber die startet auch voll durch. [...] Das ist presstechnisch in der Öffentlichkeit jetzt auch wieder total hoch angekommen. [...] Die Sache ist ja auch: Dieses ganze ‚Politische-Keule-Rausholen‘, das wollen wir halt nicht, weil wir [...] denken, dass es halt mittlerweile nichts mehr bringt. [...] Dann spielt man lieber Fußball und redet dann aber über politische Themen und sagt, man kickt hier für ein Bleiberecht, um die Flüchtlingspolitik präsent zu machen, anzuprangern. Aber das ist halt eine ganz andere *Form* [...]. Und wir haben bewusst diese andere Form gewählt.“<sup>73</sup>

Wie existenziell, vielschichtig und groß der alltägliche Kampf der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe angesichts ihrer Prekarisierung war und ist, fällt mir auch heute, Jahre später, beim Sortieren meines Materials wieder auf: Der Stapel mit Nachweisen für den alltäglichen Kampf ist mehrere Zentimeter dick. Er ist mit Abstand der größte Materialstapel für Kapitel 6. Spuren, Splitter, Aussichten. Was bleibt also? Nicht zuletzt der Kampf um Sicht- und Hörbarkeit, um das Überleben, um das Recht, Rechte zu haben. Mal mehr, mal weniger laut. Mal mehr, mal weniger sichtbar. Jeden Tag. Nach wie vor.

---

<sup>72</sup> Feldtagebuch 2013: 01.08.2013.

<sup>73</sup> Mona, in: Interview 19-2014.

### 6.3 Netzwerke von Netzwerken *reloaded*: Über *Lampedusa in Hamburg* hinaus

„We have no destination right now and we have no future due to how the Europeans are handling us.“<sup>74</sup>  
Friday Emitola

#### 6.3.1 Transnationale und lokale Vernetzungen

„Wir leisten jeden Tag Widerstand, genauso wie zahllose andere Geflüchtete und Migrant\_innen in ganz Europa“<sup>75</sup>, schrieb die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe am 19. März 2014 in einer öffentlichen Erklärung. Ihr Protest steht im Kontext zahlreicher weiterer Proteste in Deutschland und in Europa. Immer mehr Migrant\_innen stehen dagegen auf, dass ihnen Rechte verwehrt werden, dass sie ungleich behandelt und diskriminiert werden. *Lampedusa in Hamburg* hat sich europäisch und international vernetzt. So weist die Gruppe auf die transnationale Bedeutung ihres Protests hin, gewinnt an Gewicht und an Unterstützung. Sei es die Teilnahme an gemeinsamen Protesten der *Coalition Internationale des Sans-Papiers et Migrants (CISPM)*, an einem Marsch nach Brüssel oder an einer Konferenz auf der Insel, die der Gruppe ihren Namen gab: *Lampedusa*.<sup>76</sup> Sei es der Austausch mit Protestierenden in Berlin, Calais, *Lampedusa*, Liverpool, in Griechenland und Marokko oder die Organisation einer internationalen Konferenz gemeinsam mit anderen Migrant\_innen.<sup>77</sup> Auch auf lokaler Ebene baute *Lampedusa in Hamburg* weitere Netzwerke auf, um die neue Phase des Protests mit gesammelter Unterstützung bestreiten zu können. Aus dem wöchentlichen Plenum heraus wurden die sogenannten *Friends of Lampedusa in Hamburg* gegründet. Zum einen bestand dadurch die Möglichkeit, sich auf die Liste der Freundinnen und Freunde setzen zu lassen, dadurch symbolisch Solidarität auszudrücken und gleichzeitig mit regelmäßigen Informationen versorgt zu werden. Zum anderen fanden regelmäßige Treffen statt, bei denen über die aktuelle Situation von *Lampedusa in Hamburg* informiert wurde, gemeinsame Demonstrationen und sonstige Aktionen geplant wurden sowie nach weiteren Unterstützungsmöglichkeiten gesucht wurde.<sup>78</sup> Für entscheidende Veränderungen sorgte jedoch vor allem die Unterstützung durch

<sup>74</sup> Emitola, in: Transkribierte Audio- und Videomaterialien 2013–2015: 19.03.2014.

<sup>75</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2014d.

<sup>76</sup> Vgl. Transkribierte Audio- und Videomaterialien 2013–2015: 14.11.2014, Koulou 2014, Siciliamigrants 2014.

<sup>77</sup> Vgl. Koulou 2014, Feldtagebuch 2014: 28.03.2014, International Conference of Refugees and Migrants 2016.

<sup>78</sup> Vgl. Feldtagebuch 2014.



Abbildung 24: Refugee Welcome Center von außen.

Mitglieder des *Recht auf Stadt*-Bündnisses, die – wie bereits erwähnt –<sup>79</sup> insbesondere durch die Parade *Recht auf Stadt kennt keine Grenzen* und die im Zuge dessen erfolgte Besetzung einer leerstehenden Schule im Hamburger Karolinenviertel am 1. Mai 2014 ins Spiel kamen. Infolge eines Polizeieinsatzes wurde die Besetzung jedoch bereits am selben Tag wieder beendet und die Schule wenig später von der Polizei verbarrikadiert. In der Schule war bei einer ersten Vollversammlung die Gründung eines *Refugee Welcome Center* beschlossen worden. Im Gegensatz zu dem bereits erwähnten *Hamburg Welcome Center*, das nur für bestimmte Migrant\_innen offen ist, sollte das *Refugee Welcome Center* für alle Menschen offen sein. Während manche Unterstützer\_innen klärten, wem genau die Schule gehörte und welche Möglichkeiten es geben könnte, eine offizielle Genehmigung für ein *Refugee Welcome Center* zu bekommen, entwickelten andere gemeinsam mit *Lampedusa in Hamburg* eine Vision für die Nutzung des *Refugee Welcome Center*. In einer Presseerklärung am 06.06.2014 hieß es:

---

<sup>79</sup> Siehe vor allem Kapitel 6.2.

„Das Gebäude ist ungenutzt, in bewohn- und benutzbarem Zustand und alles, was wir fordern, kann hier umgesetzt werden: Wohnungen, Versammlungsräume, Lernwerkstätten, Büros für Beratung und Austausch, ein Café und mehr. Das Haus heißt ‚Lampedusa in Hamburg-Haus – Refugee Welcome Center‘.“<sup>80</sup>

In jenen Wochen fanden diverse Vollversammlungen und Aktionen – vor allem so genannte *Friday Welcome Clubs* – direkt vor der Schule unter freiem Himmel statt.<sup>81</sup> Auch das bereits erwähnte „Manifest für Lampedusa in Hamburg“ mit dem Titel „Hier eine Zukunft!“ wurde in diesem Zusammenhang verfasst. Zahlreiche Prominente, Künstler\_innen und Nachbar\_innen unterzeichneten die Erklärung, durch die der Protest von *Lampedusa in Hamburg* einmal mehr öffentliche Unterstützung erfahren sollte.<sup>82</sup> Die Ant-



Abbildung 25: Refugee Welcome Center von innen.

wort der Behörde auf die Frage nach einer Nutzungserlaubnis kam einige Wochen später. Sie fiel negativ aus.<sup>83</sup> Das Haus gehörte dem Landesbetrieb *Schulbau Hamburg* und war nicht für die Nutzung als *Refugee Welcome Center* vorgesehen – allerdings zum damaligen Zeitpunkt auch nicht als Schule oder

<sup>80</sup> Refugee Welcome Center 2014.

<sup>81</sup> Vgl. Kein Mensch ist illegal Hamburg 2014: 17.05.2014 und Refugee Welcome Center 2014.

<sup>82</sup> Vgl. per E-Mail verbreitete Pressemitteilung, in: E-Mail-Verteiler [*Lampedusa in Hamburg*]: 15.06.2014.

<sup>83</sup> Vgl. E-Mail eines Unterstützers, der an der Korrespondenz mit der zuständigen Behörde beteiligt gewesen war, in: E-Mail-Verteiler [*Refugee Welcome Center*]: 04.08.2014.



für eine ersichtliche andere Nutzung.<sup>84</sup> Das Haus stand weiterhin leer. An der Vision und dem Namen für das Haus – *Lampedusa in Hamburg-Haus – Refugee Welcome Center* – zeigte sich auch ein Teil der damaligen Debatte. Der Name drückte einen Kompromiss aus: Einerseits war es vielen Menschen wichtig, das Haus explizit für *alle* Geflüchteten zu öffnen – daher der Untertitel *Refugee Welcome Center* –, andererseits drangen Mitglieder von *Lampedusa in Hamburg* darauf, dass ihr Gruppenname in der Bezeichnung für das Haus auftauchte – daher der Name *Lampedusa in Hamburg-Haus*. Sie wollten durch den Wiedererkennungswert ihres Namens explizit als Gruppe in der Stadt sichtbar bleiben.<sup>85</sup> Diese Verbindung zwischen ihrem eigenen, namentlich erkennbaren Protest und dem anderer Geflüchteter stellte die Gruppe auch in den darauffolgenden Monaten immer wieder her. In einer Pressemitteilung im September 2014 schrieb sie:

„Wir sind solidarisch mit allen Geflüchteten, die in den Lagern in Hamburg und Deutschland mit unmenschlichen Lebensbedingungen konfrontiert sind. Montag Nacht hat eine Gruppe von Geflüchteten spontan vor der Zentralen Erstaufnahme in Alsterdorf protestiert. Wir unterstützen ihre Forderung ausdrücklich. Wir werden keinen Versuch akzeptieren, kämpfende Geflüchtete gegeneinander auszuspielen.“<sup>86</sup>

Durch das *Recht auf Stadt*-Bündnis bekam der Protest neue Unterstützer\_innen und Ideen. Mehr noch: Er wurde dadurch auch in einen größeren Zusammenhang eingebunden – in die „Kämpfe um Stadt, gegen Verdrängung und Zwangsräumung“<sup>87</sup>. Umgekehrt legten die *Recht auf Stadt*-Proteste durch die Verbindung mit *Lampedusa in Hamburg* – nicht zum ersten Mal – einen besonderen Schwerpunkt auf die Rechte von Menschen ohne Papiere, von Geflüchteten, von Migrant\_innen, von Menschen, denen das Recht auf Stadt aufgrund ihrer aufenthaltsrechtlichen Situation abgesprochen wurde.<sup>88</sup> Die folgenden Großdemonstrationen drückten diese Zusammenhänge, wie schon die Parade am 01.05.2014, bereits in ihren Namen aus: „Recht auf Stadt – never mind the papers“ am 31.01.2015 sowie „Recht auf Stadt kennt keine Grenzen“ am 01.05.2015.<sup>89</sup> Einmal mehr wurde deutlich, dass es um das Zusammenleben *aller* Menschen in der Stadt geht. Dieses Zusammenleben wurde für mich auch immer wieder im Alltag spürbar. Nicht nur in der Anfangs- und Hochphase des Protests traf ich regelmäßig Gruppenmitglieder und Unterstützer\_innen in meiner Nachbarschaft. Auch in den darauffolgenden Monaten

<sup>84</sup> Vgl. Feldtagebuch 2014: 09.05.2014.

<sup>85</sup> Vgl. ebd.: 09.05.2014 (Plenum) und 22.05.2014 (7. Vollversammlung des *Refugee Welcome Center*).

<sup>86</sup> *Lampedusa in Hamburg* 2014e.

<sup>87</sup> *Recht auf Stadt* 2015a.

<sup>88</sup> Siehe auch Kapitel 5.1. Vgl. auch Buckel 2011.

<sup>89</sup> *Recht auf Stadt* 2015a und 2015b.

und Jahren begegneten wir einander beim Einkaufen, Spaziergehen oder in der Bibliothek, auf den Straßen von St. Pauli und Altona. Einfach so. Unvermittelt. Im Alltag.<sup>90</sup> Es war ein geteilter urbaner Alltag im doppelten Sinne: Einerseits teilten wir ihn miteinander, andererseits waren unsere Alltage durch rechtliche Grenzen und daraus folgende Ausgrenzungen geteilt und somit getrennt voneinander. Diese Trennungen entsprachen den Grenzziehungen, die die Kategorie Bürgerschaft und somit die Anerkennung oder Aberkennung von Rechten auf Zugehörigkeit und Teilhabe mit sich brachten. Doch das Teilen des urbanen Alltags überwand diese Grenzen. Der gemeinsame Alltag fand trotz der ungleichen Verhältnisse statt. Ihm gehörte zwar nicht immer die öffentliche oder gar mediale Aufmerksamkeit, aber er geschah doch in aller Öffentlichkeit. Die in Kapitel 4.2.1 skizzierte Flüchtigkeit der Netzwerk-Sozialität in Grensräumen wurde hier erweitert um eine Sozialität von längerer Dauer. Unabhängig von der spezifischen Phase des Protests blieb doch gerade der gemeinsame urbane Alltag – und sei er noch so zufällig und unverbindlich – über Monate und Jahre erhalten. Es gab keine erkennbare zeitliche Grenze. Er würde so lange bestehen, wie die Gruppenmitglieder in der Stadt blieben.

### 6.3.2 Potenziale für zukünftige Netzwerke

Durch die Unterstützung, die *Lampedusa in Hamburg* im Zusammenhang mit dem *Refugee Welcome Center* im Karolinenviertel mobilisierte, wurde die Protestbewegung auch über ihren eigenen Kampf hinaus zur Vorreiterin. Die Potenziale der Netzwerke, die sie hervorgebracht hatte, reichten weit über *Lampedusa in Hamburg* hinaus. Anderthalb Jahre später, im August 2015, gründete sich dort im Karolinenviertel innerhalb kürzester Zeit eine große Initiative, die unter dem Namen *Refugees Welcome Karo*viertel Unterstützungsstrukturen unterschiedlichster Art für über 1 000 Geflüchtete aufbaute, die damals in den benachbarten Messehallen untergebracht worden waren: von einer Kleiderkammer über Deutschunterricht, Kinderprogramm und psychologische sowie psychotherapeutische Betreuung – um nur ein paar von anfangs über 16 Arbeitsgruppen zu nennen – bis hin zu gemeinsamen politischen Forderungen, die in einer Resolution festgehalten und veröffentlicht wurden.<sup>91</sup> Dabei griff die Initiative mindestens indirekt auf Strukturen zurück, die durch *Lampedusa in Hamburg* entstanden waren. Diese Querverbindung zeigte sich beispielsweise Ende September 2015, als ich an einer Konferenz in Hamburg teilnahm, bei der auch eine Vertreterin von *Refugees Welcome*

<sup>90</sup> Vgl. Feldtagebücher 2014, 2015 und 2016.

<sup>91</sup> Vgl. Stadtteilversammlung St. Pauli Nord 2015, *Refugees Welcome Karo*viertel (RW Karo) 2015 sowie taz. die tageszeitung 2015.

*Karoviertel* referieren sollte. Ich wusste schon im Voraus, dass sie kommen würde und kannte ihren Namen noch. Aber das Gesicht hatte ich nicht mehr vor Augen. Bis sie den Raum betrat. Da erkannte ich sie sofort. Und beim Vorstellen sagte sie ebenfalls zu mir: „Sag’ mal, wir kennen uns doch auch irgendwoher?!“ Ich bejahte: von *Lampedusa in Hamburg*. Sie war 2014 sehr aktiv im Zusammenhang mit dem *Refugee Welcome Center* gewesen. Wie sich bei der Konferenz herausstellte, war sie nun, im Jahr 2015, eine der Initiator\_innen von *Refugees Welcome Karoviertel*.<sup>92</sup> Das Thema war mit *Lampedusa in Hamburg* in das Viertel gekommen. Seitdem gab es ein verstärktes Bewusstsein für die Situation von Migrant\_innen. Und Menschen, die sich engagierten. *Lampedusa in Hamburg* hatte gewissermaßen den Grundstein gelegt für eine große, praktische Solidarität, die im Jahr 2015 erneut unmittelbar zum Zuge kam.

Auch auf digitaler Ebene hatte *Lampedusa in Hamburg* Spuren hinterlassen und bleibende Netzwerke aufgebaut. Selbst wenn die Gruppe ab 2014 nicht mehr so sehr im Fokus einer breiten Öffentlichkeit stand, wie es im Sommer 2013 der Fall gewesen war, ist sie doch ein geradezu selbstverständlicher Teil politischer Bewegungen in Hamburg und darüber hinaus geworden. Der E-Mail-Verteiler, der einst für die akute Unterstützung der auf der Straße lebenden *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe eingerichtet wurde, ist in der Hochphase der Bewegung beständig gewachsen. Die Größe des Verteilers spiegelt die Größe des Netzwerks wider, das die Gruppe um sich herum aufgebaut hat. Die Zeiten, in denen über diesen Verteiler interne Protokolle des gemeinsamen Plenums von *Lampedusa in Hamburg* und ihren Unterstützer\_innen verschickt wurden, sind längst vergangen. Vielmehr ist er zu einer Plattform geworden, über die bis heute Informationen über das migrationspolitische Tagesgeschehen, Aufrufe zu Demonstrationen, Veranstaltungshinweise etc. verschickt werden. *Lampedusa in Hamburg* hat ein Netzwerk um sich herum aufgebaut hat, das Bestand hat – nicht nur, aber auch in digitaler Form. Es reicht somit weit über den spezifischen Moment hinaus, in dem es entstanden ist.

Auch in anderer Form nutzte *Lampedusa in Hamburg* in jener ruhiger werdenden Phase des Protests digitale Möglichkeiten, um ihre Stimme weiterhin zu erheben und ihre Netzwerke aufrechtzuerhalten und zu erweitern. Mitglieder der Gruppe riefen das *Refugee Radio Network* ins Leben. Dabei blieben sie nicht unter sich, sondern wollten gemeinsam „die Stimme der Flüchtlinge, Asylsuchenden und schutzbedürftigen Migranten [...] verstärken“<sup>93</sup>. Sie vernetzten sich mit anderen Migrant\_innen in Hamburg und weltweit. Dadurch, dass es sich um einen Onlineradiosender handelt, bekamen und bekommen ihre Stimmen eine enorme

<sup>92</sup> Vgl. Feldtagebuch 2015: 25.–27.09.2015.

<sup>93</sup> Refugee Radio Network 2015.

Reichweite. Nach wie vor lässt die Gruppe dadurch im wahrsten Sinne des Wortes von sich hören. Während sie in der öffentlichen Wahrnehmung auf lokaler Ebene an Sicht- und Hörbarkeit verloren hat, hat sie durch das *Refugee Radio Network* eine neue, bleibende Ausdrucksform gefunden, deren Basis die vielen vorangegangenen Monate des Protests – und somit auch: der Vernetzung – sind.

#### 6.4 Leerstellen einer Erzählung: Ein Fazit

„There is no change here. [...] I cannot live like this any more.“<sup>94</sup>

Efraim Idowu

Meine Geschichte mit *Lampedusa in Hamburg* begann im Mai 2013, als die Gruppe erstmals öffentlich in Erscheinung trat. Seitdem ist viel passiert. Wie ich in Kapitel 2 aufgezeigt habe, wandte sich die Gruppe mit kollektiven, performativen Akten gegen die europäische Migrationspolitik, deren Kern ein *Europa der Anderen* ist: Darin schieben sich zum einen die europäischen Staaten die Verantwortung für die Aufnahme geflüchteter Menschen gegenseitig zu; zum anderen erkennt es Menschen, die als *Andere* und damit als *Nichtzugehörige* kategorisiert werden, weniger Rechte zu als den formalen Bürger\_innen der Europäischen Union. Durch *Rescaling*-Prozesse zeigt sich dieses Europa mit seinen Grenzen vor allem auch auf lokaler Ebene. Dazu gehörten im Zusammenhang mit *Lampedusa in Hamburg* zum einen die politischen Entscheidungsträger\_innen der Stadt Hamburg, die die sofortige Rückreise der Geflüchteten nach Italien forderten. Zum anderen gehörten dazu die Gruppenmitglieder von *Lampedusa in Hamburg*, die sich durch *Acts of Citizenship*, insbesondere durch den Akt des Bleibens, als Bürger\_innen verhielten. So schufen sie einen Moment des Unerwarteten und brachten dadurch – im Sinne eines *doing border*, das sich hier mit einem *doing citizenship* verschränkte – die europäischen Grenzen und ihre Aushandlungsprozesse nach Hamburg und die Regierenden und die Zivilgesellschaft der Stadt in Bewegung. Die Zivilgesellschaft wurde dabei in besonderer Weise affiziert. Wie ich herausgestellt habe, waren es die performativen Akte von *Lampedusa in Hamburg* in Verbindung mit staatlichen Prekarisierungsprozessen, die vielfältige zivilgesellschaftliche Akteur\_innen auf den Plan riefen und zu Solidaritäten mit der Protestgruppe führten.

In dem so entstehenden geteilten Alltag von Gruppenmitgliedern und Unterstützer\_innen, den ich in Kapitel 4 nachgezeichnet und analysiert habe, zeigte sich auch die Zeitlichkeit der Grenze, die sich vor allem als liminaler Zwischenraum äußerte. *Lampedusa in Hamburg* war darin zum Warten gezwungen. Zeit erwies

<sup>94</sup> Efraim, zit. nach: Felddagebuch 2013: 10.12.2013.

sich als zentrales Element staatlicher Machtausübung, wodurch den Gruppenmitgliedern die Möglichkeit, in Hamburg anzukommen, konsequent verwehrt wurde. Gleichzeitig ließ sich die Gruppe nicht zum Nichtstun zwingen, sondern füllte die Zeit mit unterschiedlichsten Aktivitäten, insbesondere mit politischer Aktion. So brachte der Grenz-Zeit-Raum ein ständiges Pendeln zwischen Bewegung und Stillstand, Diskontinuität und Wiederholung, Aktivität und fehlendem Fortschritt, Widerstand und Aushalten mit sich. In diesem Alltag von *Lampedusa in Hamburg* waren Rassismuserfahrungen und (post-)koloniale Machtverhältnisse ständige Begleiterinnen. Dabei wurden, so meine Analyse, insbesondere die Verwobenheiten von rassistischen und neoliberalen Strukturen sichtbar: Im rassialisierten Neoliberalismus werden Ausschlüsse mit ökonomischer (Nicht-)Verwertbarkeit legitimiert. Während die *Lampedusa in Hamburg*-Mitglieder Widerstand leisteten gegen die rassistischen Diskriminierungen, die ihnen widerfuhren, griffen sie die darin implizierten Logiken auf. Der Fokus ihrer Kritik lag auf ihrer Rolle als *Opfer*, ihrer Prekarisierung, ihrem fehlenden Rechtsstatus und der folglich fehlenden Möglichkeit, auch ökonomisch eigenständig zu leben. Hier wurde deutlich, wie durch neoliberale Gouvernementalität Subjekte hervorgebracht werden, die nur vermeintlich frei sind und dabei ihr eigenes Handeln anhand von Kosten und Nutzen bewerten.

In Kapitel 5 bin ich den Dynamiken und Verwerfungen nachgegangen, die die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe und ihre *Acts of Citizenship* in Hamburg und darüber hinaus auslösten. Dabei habe ich herausgearbeitet, wie sich an der Schnittstelle zwischen der konstituierenden Bürgerschaft der Protestgruppe einerseits und der konstituierten Bürgerschaft zivilgesellschaftlicher Organisationen andererseits die Potenziale und – durch staatliche wie nicht staatliche Regierungstechniken produzierten – Begrenzungen von *Acts of Citizenship* zeigten. Auf diesen Aspekt meiner Analyse werde ich unten noch näher eingehen. Die unerwarteten, kollektiven, performativen Akte der Gruppe sorgten für Bündnisse und Brüche zwischen *Lampedusa in Hamburg* und zivilgesellschaftlichen Organisationen, zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Akteur\_innen, innerhalb dieser sowie zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen selbst. *Lampedusa in Hamburg* deckte hier bestehende Querverbindungen zwischen zivilgesellschaftlichen, sich folglich als unabhängig verstehenden Organisationen einerseits und politischen Entscheidungsträger\_innen andererseits auf. Außerdem wurden auf dem Höhepunkt der Bewegung die Widersprüche des europäischen Grenzregimes, das gleichzeitig Mobilitäten zu verhindern versucht und prekäre Mobilitäten produziert, besonders deutlich. Die Chronologie meiner Narration wurde immer wieder unterbrochen von Zwischenkapiteln, in denen ich unter dem Titel *#lampedusabh* die digitalen Dimensionen der Protestbewegung dargestellt habe.

Digitalität erwies sich hier als wesentliches Element des Protests. Sie ist eine von vielen Formen, durch die der Protest hör- und sichtbar wurde. Mediale Vielfalt, ein hohes Tempo und die Widersprüchlichkeit der Zugangsmöglichkeiten zum Internet, durch die gesellschaftliche Machtverhältnisse widerspiegelt und reproduziert wurden, wurden dabei zu prägenden Aspekten des Protestalltags. Auch wenn sich die digitalen Facetten des Protests nicht von den nicht digitalen trennen lassen und daher in allen Kapiteln immer wieder Erwähnung fanden, habe ich mich bewusst dafür entschieden, ihnen durch die Zwischenkapitel mehr Raum zu geben. Die Verlinkung mit multimedialen Ausdrucksformen des Protests erzeugte ein vielschichtigeres Bild von der Protestbewegung, als es geschriebener Text vermag.

In den komplexen, widersprüchlichen Ereignissen des Herbstes 2013 kam es zu Verwerfungen innerhalb der Protestbewegung, die eine neue Phase des Protests einläuteten. Diese habe ich in den ersten Teilkapiteln von Kapitel 6 skizziert und analysiert. Zwar ist es seitdem stiller geworden um *Lampedusa in Hamburg*, doch ihr Protest hat sich eingeschrieben in den urbanen Alltag der Stadt Hamburg, er hat bleibende Spuren hinterlassen. Besonders interessant erscheinen mir die damit verbundenen Leerstellen, die sich in meiner Geschichte mit *Lampedusa in Hamburg* in doppelter Hinsicht gezeigt haben: Es ist eine Geschichte, die von Lücken – in Debatten, in der Gesetzgebung, im Bewusstsein – erzählt und die selbst Lücken aufweist – offene Fragen oder Fragen ohne vollständige Antworten. Die entscheidenden Leerstellen stehen als Fazit am Ende dieses Textes und beziehen sich insbesondere auf die Sichtbarmachung von Entrechtung an den Grenzen Europas, auf das Konzept der *Acts of Citizenship* und seine Begrenzungen und schließlich auf Fragen einer europäischen Bürgerschaft im Werden. Zudem benenne ich mögliche und meines Erachtens notwendige Anknüpfungspunkte zukünftiger Forschung. Nicht zuletzt schließe ich hier an die im Titel formulierten Bewegungen der Bürgerschaft an, die *Lampedusa in Hamburg* sichtbar gemacht und selbst praktiziert hat. Es sind Bewegungen in mehrerlei Hinsicht: im Sinne einer Protestbewegung, im Sinne von innereuropäischer *Mobilität* und im Sinne von *Veränderungen* für das Konzept der Bürgerschaft.

Der *Lampedusa in Hamburg*-Protest fand an den Grenzen Europas statt, mitten in der Stadt Hamburg. Diese Grenzen waren und sind allgegenwärtig. Sie legen gesellschaftliche Zusammenhänge offen, die weit über die Grenzen selbst hinaus gehen. Umso wichtiger erscheint mir, die Grensräume im Blick zu behalten und aus ihnen heraus Erkenntnisse zu schöpfen, die grundsätzliche Mechanismen des gesellschaftlichen Zusammenlebens betreffen. Die Gruppe kämpfte in jenen Grensräumen für ihre Rechte und setzte sich dabei über die Grenzen, wem welche Rechte zugesprochen wurden, hinweg. Jenseits ihres Status positionierten sie sich als Ak-

tivist\_innen und gestalteten die Stadt, in der sie leben, radikal um. Die Geschichte von *Lampedusa in Hamburg* ist die Geschichte einer politischen Subjektivität, die angesichts einer allgegenwärtigen Viktimisierung von Migrant\_innen auffällt. Sie fordert dazu auf und auch dazu heraus, die Gruppe und ihre Mitglieder in ihrer Eigenständigkeit und Handlungsmacht anzuerkennen, ihnen ihre eigenen Analysen und Entscheidungen zuzugestehen. In den gegenseitigen Vorwürfen von Unterstützer\_innen, die Gruppe für die jeweils eigenen Zwecke zu instrumentalisieren, ging diese Dimension oftmals verloren. Diejenigen, die die Gruppe angeblich *paternalistisch* behandelten oder *instrumentalisierten*, waren in diesen Debatten die jeweils *Anderen*. Wie sehr sie selbst Teil ungleicher Machtstrukturen sind, thematisierten diejenigen, die die Schuld bei *den Anderen* suchten, in dem Moment nicht. Dabei bestehen diese globalen Machtstrukturen seit Jahrhunderten und werden immer wieder reproduziert – nicht zuletzt auf lokaler Ebene, wie der *Lampedusa in Hamburg*-Protest gezeigt hat. Marie und Aline reflektierten im Interview diese machtvollen Dynamiken. In unserem Gespräch ging es konkret um die Frage, wer sich letzten Endes in ein Einzelverfahren begab und wie diese Entscheidungen zustande kamen:

„Ich finde es ein bisschen schwierig, weil ich finde, man kann auch nicht gewissen Leuten absprechen, dass die auch ihre eigene Entscheidung treffen über ihr Leben. Man muss da ein bisschen vorsichtig sein, finde ich. Weil ich habe manchmal ein Problem mit dem, wenn dann nur gesagt wird: ‚Die sind alle so unter Druck gesetzt worden‘ – es *haben* Leute sich dafür entschieden und andere nicht, obwohl sie zum Teil in der *haargenau* identischen Situation sind. Also, es ist auch immer irgendwie, glaube ich, so ein bisschen eine eigene Geschichte und was man dazu im Kopf hat. Und manchmal haben Leute auch was dazu im Kopf, was uns überrascht wahrscheinlich – also: warum die denken, warum das ’ne gute Idee ist. Und was man darüber klären kann oder sonstwie.“<sup>95</sup>

Marie bezog sich gleichzeitig auf die Machtverhältnisse, die hier zum Tragen kamen, und kritisierte die Nordkirche für das in Kapitel 5 beschriebene Handeln. Doch innerhalb dieser ungleichen Machtverhältnisse, innerhalb der großen Fragen nach Abhängigkeiten und Vertrauen besaßen die Gruppenmitglieder die Autonomie zu entscheiden, ihren eigenen Weg zu gehen. Und das taten sie. Als Individuen und als Kollektiv. In aller Widersprüchlichkeit.

Auch die vorgeschlagene Einzelfalllösung, für die sich die Mitglieder von *Lampedusa in Hamburg* entscheiden konnten, wirft Fragen auf. Es sind Fragen, die nur indirekt mit der Protestbewegung zusammenhängen und vielmehr mit grundlegenden Logiken aufenthaltsrechtlicher Verfahren in Deutschland verbunden sind. Individuelle Integrationsleistungen werden hier zu einem der entscheidenden Kriterien für Teilhabe und Zugehörigkeit in Form einer kurz- oder mittelfristigen und

<sup>95</sup> Marie, in: Interview 16-2014.

später möglicherweise auch dauerhaften Aufenthaltserlaubnis. Diese Integrationsleistungen lassen sich mit dem Konzept der neoliberalen Ausnahme, wie Aihwa Ong es formuliert, begreifen:

„I conceptualize the exception more broadly, as an extraordinary departure in policy that can be deployed to include as well as to exclude. As conventionally understood, the sovereign exception marks out excludable subjects who are denied protections. But the exception can also be a positive decision to include selected populations and spaces as targets of ‚calculative choices and value-orientation‘<sup>96</sup> associated with neoliberal reform.“<sup>97</sup>

Die neoliberale Ausnahme kann somit gleichermaßen eine Möglichkeit und einen Ausschluss darstellen: Wer arbeitet und der Gesellschaft somit von Nutzen ist, darf dazugehören – wer es nicht tut, wird ausgeschlossen. In diesem Sinne versteht Ong jede Individualisierung als Element neoliberaler Logiken.<sup>98</sup> Auch die Einzelfalllösung, die den Mitgliedern von *Lampedusa in Hamburg* vorgeschlagen wurde, erscheint in diesem Licht als neoliberale Praktik, die die *Nützlichen* von den *Unnützen*, die *Erwünschten* von den *Unerwünschten* zu trennen vermag.

Darüber hinaus machte *Lampedusa in Hamburg* weitere Lücken in der Gesetzgebung und in der Rechtspraxis sichtbar. Sie wurden immer wieder als Gruppe, die „durch alle Raster“<sup>99</sup> fiel, bezeichnet. Und in der Tat: Drittstaatsangehörige, die einen aufenthaltsrechtlichen Status in einem anderen EU-Land haben, sind nicht vorgesehen: Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union inklusive freier Wohnortwahl (Art. 21 AEUV) und des Rechts zu arbeiten (Art. 45 AEUV) gilt für sie nicht. Auch das Recht auf Asyl, das im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Art. 16a) verankert ist, wird durch den Schengener Grenzkodex und die *Dublin*-Verordnung faktisch ausgehebelt. Die im AEUV festgehaltene „Arbeitsweise der Europäischen Union“<sup>100</sup>, der Schengener Grenzkodex und die *Dublin*-Verordnung produzieren – auf Kosten der Migrant\_innen – überforderte Staaten an den Rändern Europas. Die Nichtversorgung von Migrant\_innen ist ein unübersehbarer Bestandteil europäischer Migrationspolitik. Damit legt die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe den Finger in eine Wunde, die sich bereits seit Jahren zeigte und doch nicht in dieser Deutlichkeit öffentlich sichtbar gemacht wurde. Das Konzept der *Acts of Citizenship* hat sich dabei grundsätzlich als ergiebig erwiesen. Es hat den Blick gelenkt auf die Alltagspraktiken

<sup>96</sup> Collier 2005.

<sup>97</sup> Ong 2006: 5.

<sup>98</sup> Vgl. Ong 2006.

<sup>99</sup> Schneider (DIE LINKE.), in: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013b: 4736. Siehe auch Kapitel 2.2.1.

<sup>100</sup> Europäische Union 2009.





Abbildung 26: Gedenken an die verstorbenen Geflüchteten im Mittelmeer.

der Protestbewegung, auf ihre widerständigen und transformativen Potenziale. So ist sichtbar geworden, dass es der Gruppe gelungen ist, sich über ihren aufenthaltsrechtlichen Status hinwegzusetzen und durch den Akt des Bleibens tatsächlich in Deutschland zu bleiben. Die Gruppenmitglieder haben es jahrelang geschafft, nicht nach Italien „rücküberstellt“<sup>101</sup> zu werden.<sup>102</sup> „Es ist schlimm genug, dass sie [die politischen Entscheidungsträger\_innen in Hamburg; Anm. BN] sie immer noch von den Forderungen her ignorieren“, kommentierte dazu Marie. „Auf der anderen Seite muss man sagen: Sie haben sich auch nicht getraut, sie bislang abzuschieben. Immerhin ist das jetzt ein *Jahr*. Und das, finde ich, drückt schon etwas aus.“<sup>103</sup> Auch durch andere Akte innerhalb des Protests ist deutlich geworden: Die transformative Kraft von *Acts of Citizenship* lässt sich anhand der *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe zeigen. Doch das Konzept allein ermöglicht keine umfassende Analyse der Protestbewegung. Neben den grundsätzlichen Kritikpunkten an ihrem Ansatz in Kapitel 2.2.4 können *Acts of Citizenship* durch verschiedene Regierungstechniken effektiv eingeschränkt und durchbrochen werden. Dies geschieht insbesondere durch Praktiken der Prekarisierung und des Huma-

<sup>101</sup> Europäisches Parlament/Rat der Europäischen Union 2013: L 180/47 (Art. 30, Abs. 2).

<sup>102</sup> Inzwischen ist es in einem Fall zur Rücküberstellung gekommen. Alle anderen Mitglieder wurden nicht abgeschoben. Von denjenigen, die sich in ein individuelles Verfahren begeben haben, wurde bislang niemand abgeschoben (vgl. Kohnert, in: *Feldtagebuch 2017*: 27.02.2017 sowie Unterstützerin Claudia, in: E-Mail, 25.02.2017).

<sup>103</sup> Marie, in: Interview 16-2014.

nitarrismus. Wie diese Einhegung von *Acts of Citizenship* in der Praxis aussieht, habe ich in den Kapiteln 2 und 4 ausführlich dargestellt. Es wäre meines Erachtens eine wichtige Aufgabe künftiger Forschungen, diese Aspekte näher zu beleuchten und das Konzept der *Acts of Citizenship* auf diese Weise weiterzudenken und zu aktualisieren. Dabei wäre auch der Frage nachzugehen, ob es weitere Regierungstechniken oder sonstige Aspekte gibt, die *Acts of Citizenship* wirkungsvoll einschränken und brechen, die jedoch aus meiner Analyse des *Lampedusa in Hamburg*-Protests nicht hervorgehen. Ein auf diese Weise weiterentwickeltes Konzept von *Acts of Citizenship* würde diese nicht für sich betrachten, sondern durch den Einbezug staatlicher und nicht staatlicher Regierungstechniken eine Kritik der sozialen Verhältnisse ermöglichen. So würde es gleichermaßen seine Stärken – die Perspektive des Widerstands, des Sich-Widersetzens, des Über-das-Bestehende-Hinausdenkens – behalten und doch den widersprüchlichen Realitäten verhandelter Bürgerschaft Rechnung tragen.

Diese Widersprüche zeigen sich bis heute in den Lebensrealitäten der Gruppenmitglieder, die trotz aller *Acts of Citizenship* geprägt bleiben von den beschriebenen Lücken im System, von den Grenzen Europas und von der Entrechtung, die sie mit sich bringen. Die europäische Bürgerschaft, die die *Lampedusa in Hamburg*-Gruppe fordert und die sie im Rahmen ihres Protests lebt, wird offiziell nicht anerkannt und findet sich nicht in einem rechtlichen Status wieder. Die Strategien, damit umzugehen, sind inzwischen, wie bereits erwähnt, individuell verschieden. Manche Gruppenmitglieder haben sich in ein individuelles aufenthaltsrechtliches Verfahren begeben, manche von ihnen haben auf diesem Wege inzwischen einen dauerhaften Aufenthalt erlangt,<sup>104</sup> viele warten noch auf die Entscheidung über ihren Antrag, manche haben ihre deutsche Partnerin geheiratet, manche leben illegalisiert und somit – trotz mancher öffentlicher Auftritte – im Alltag klandestin in Hamburg und manche sind vermutlich zurückgekehrt nach Italien oder in andere Länder weitergewandert.<sup>105</sup> Viele bleiben in einem Zustand prekärer Mobilität und reisen nach wie vor regelmäßig zwischen Italien und Deutschland hin und her, um dort die Gültigkeit ihrer Aufenthaltspapiere zu verlängern. Die rechtlichen Lücken in den EU-Verordnungen zur Aufnahme von Migrant\_innen und zur Freizügigkeit und die daraus folgende fehlende Möglichkeit, sich eine Lebensgrundlage in Italien oder Deutschland aufzubauen, bleiben für diese Gruppenmitglieder bestehen. Ihre Lebensumstände sind weiterhin durchzogen von Prekarisierung auf allen Ebenen, die dazugehören – Abhängigkeit, Verunsicherung, Ungewissheit und Körperlichkeit. Für fast alle Gruppenmitglieder – mit Ausnahme der

<sup>104</sup> Vgl. z.B. DIE WELT 2016 und taz. die tageszeitung 2016b. Siehe dazu auch Kapitel 5.4.

<sup>105</sup> Vgl. Feldtagebücher 2015 und 2016.

wenigen, die auf verschiedenen Wegen inzwischen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben – zeigt sich hier nach wie vor die Temporalität der Grenze, die sich als lange Warteschleife von ungewisser Dauer und ungewissem Ausgang erweist.

In ihrem Protest kämpft *Lampedusa in Hamburg* für weit mehr als für ihre eigenen Rechte und die Verbesserung ihrer eigenen Lebenssituationen. Die Protestierenden erweiterten und transformierten bestehende Konzeptionen einer europäischen Bürgerschaft, indem sie auf ihre Entrechtung hinwiesen und durch ihre performative Präsenz aufzeigten, dass ihr Aufenthaltsstatus in Italien sie nicht zu gleichberechtigten Bürger\_innen Europas machte. Ihre Forderungen und ihre verhandelte Bürgerschaft sprengten nationale und begriffliche Grenzen. Um es mit den Worten von Isin und Saward zu formulieren:

„If European citizenship was born of bourgeois revolutions of the eighteenth and nineteenth centuries, a new European citizenship is struggling to be born alongside the struggle to invent and foster new ways of becoming and acting like Europeans as members of an open assemblage that differs markedly from more strictly defined nation-states.“<sup>106</sup>

Wenn Bürgerschaft durch migrantische Agency gelesen wird, verändert sich der Blick auf Bürgerschaft. Sie wird auch ohne den dazugehörigen Status im Handeln möglich. So werden einerseits die Ausschlüsse des Konzepts der institutionalisierten Bürgerschaft sichtbar, andererseits entstehen hier und heute Räume, in denen eine Bürgerschaft im Werden entsteht, die wiederum auf institutionalisierte Formen von Bürgerschaft zurückwirken kann. Engin F. Isin spricht hier von einem „shift from citizenship as arrangements to citizenship as enactments and back to citizenship as arrangements“<sup>107</sup>. Bewegungen der Bürgerschaft, die sich – wie *Lampedusa in Hamburg* – in den Grensräumen Europas ereignen, bringen eine Bürgerschaft hervor, die durch die Perspektiven und Erfahrungen der Mobilität, des Mobil-Seins geprägt ist. Eine so verstandene Bürgerschaft in Bewegung<sup>108</sup> bietet die Chance, gängige Dichotomien zu überwinden, wie z.B. „Sesshaftigkeit/Mobilität, citizen/noncitizen, Zugehörigkeit/Exil, insider/outsider, legal/illegal, dokumentiert/undokumentiert und Status (rechtliche Stellung)/Nicht-Status“<sup>109</sup>. So ließe sich Mobilität anstelle von Sesshaftigkeit als Voraussetzung für Zugehörigkeit, Status, Identität und Rechte denken.<sup>110</sup>

*Lampedusa in Hamburg* fordert auf, eine transnationale Form von europäischer Bürgerschaft zu denken: über innereuropäische wie auch interkontinentale Gren-

<sup>106</sup> Isin/Saward 2013: 7.

<sup>107</sup> Isin 2013: 20f.

<sup>108</sup> Nyers/Rygiel 2014: 204: „citizenship ,in Bewegung“.

<sup>109</sup> Ebd.

<sup>110</sup> Vgl. ebd.

zen hinaus. Mehr noch: Die Gruppe fordert dazu auf, überhaupt eine *europäische* Bürgerschaft zu denken. *Lampedusa in Hamburg* macht deutlich, dass ihre Situation nicht das „Flüchtlingsproblem“<sup>111</sup> ist, sondern eine alltägliche Realität Europas darstellt. Was Étienne Balibar für die kriegesischen Auseinandersetzungen im Jugoslawien der frühen 1990er-Jahre beschrieb, lässt sich auch auf die gegenwärtige Situation an den Grenzen Europas übertragen:

„Entweder Europa erkennt, daß die Situation auf dem Balkan keine ihm aufgepfropfte Abnormität ist, kein pathologisches ‚Relikt‘ der Unterentwicklung oder des Kommunismus, sondern ein Abbild und eine Auswirkung seiner eigenen Geschichte, und es setzt sich mit dieser Situation auseinander, um sie zu lösen, das heißt: Es stellt sich in Frage, um sich zu verändern. Dann wird Europa zweifellos wieder *möglich*. Oder es verweigert sich dieser Selbstkonfrontation, es behandelt das Problem weiter als ein äußeres Hindernis, das mit selbst wiederum äußerlichen Mitteln – auch denen der Kolonisierung – zu überwinden ist. Das heißt, es setzt der europäischen Staatsbürgerschaft eine innere Grenze, die für seine *eigenen* Bevölkerungen unüberwindlich ist, indem es sie dauerhaft zu *Metöken* stempelt. Dann reproduziert es seine eigene Unmöglichkeit.“<sup>112</sup>

Diejenigen, die durch *Acts of Citizenship* ein „Citizenship-to-come“<sup>113</sup> praktizieren, verweisen damit auch auf ein „Europe-to-come“<sup>114</sup>. Wo es um europäische Bürgerschaft geht, geht es somit um Europa als Ganzes, um die Zukunft des Politischen in Europa, um grundlegende Fragen von Zugehörigkeit, Teilhabe und Zusammenhalt. Die Protestbewegung hat gezeigt, wie ein Zusammenleben in Europa aussehen kann. Gemeinsam mit den Netzwerken von Menschen, die sie mobilisiert haben, haben sie Alltagspraxen entwickelt, deren transformative Potenziale auch über die Hochphase des Protests hinaus von besonderer Bedeutung sind. Hier entstand eine spezifische Form der Netzwerk-Sozialität<sup>115</sup>, deren Performativität, Potenzialität und – durch das Aufzeigen von Ungleichheiten – implizite Kritik globaler sozialer Verhältnisse einen Gegenentwurf zu einem Europa darstellen, das seine Grenzen immer radikaler zu schließen versucht. Während der Protest immer wieder vor der Herausforderung stand, durch humanitaristische Praxen gebremst und gebrochen zu werden, entwickelten sich somit gleichzeitig Praktiken der Solidarität, die sich gewissermaßen als das Andere des Humanitarismus lesen lassen. Diese Praktiken der Solidarität basieren – anders als Humanitarismus und das darin implizierte Mitleid – auf Gegenseitigkeit. Eine solche auf Gegenseitigkeit beruhende

<sup>111</sup> Der Umgang mit und die Situation von Geflüchteten wird in zahlreichen öffentlichen Äußerungen und Medienberichten auf die betroffenen Menschen projiziert und als „Flüchtlingsproblem“ (De Maizière, in: DIE WELT 2014, um nur ein Beispiel zu nennen) bezeichnet.

<sup>112</sup> Balibar 2005 [2001]: 24.

<sup>113</sup> Isin 2013: 20 unter Bezugnahme auf Derrida 1992.

<sup>114</sup> Ebd.

<sup>115</sup> Siehe auch Kapitel 4.2.1.

Sozialität und Solidarität lässt sich als zentrales Element und als besondere Stärke migrantischer Proteste begreifen, da sie das Potenzial in sich trägt, die begriffliche und faktische Trennung zwischen *citizens* und *non-citizens* – wenigstens temporär – zu überwinden.<sup>116</sup> Dabei werden gerade Städte zu wichtigen Orten: Diese, wie Bauman pointiert zum Ausdruck bringt, „Abladeplätze für global verursachte Probleme“ können als „Laboratorien“ verstanden werden, „in denen tagtäglich Mittel und Wege erfunden, erprobt, memoriert und verarbeitet werden, die dazu dienen, mit der Differenz zu leben“<sup>117</sup>. Diese urbanen Laboratorien des Zusammenlebens in Differenz gilt es auch in Zukunft in der Forschung zu berücksichtigen und zu analysieren.

Gerade hier, wo Mehrheiten und Minderheiten aufeinandertreffen und in Beziehung zueinander treten, äußert sich eine „kommende Gemeinschaft“<sup>118</sup>. Ihr Ausgangspunkt ist nicht die Nächstenliebe, sondern die „Fernstenliebe“<sup>119</sup>, die das Sich-in-Beziehung-Setzen zu Angehörigen von Minderheiten in der jeweiligen Gesellschaft beschreibt. „Solidarität mit den ‚Anderen‘ statt den Ähnlichen, den Fernen statt den Nahen“, so lässt sich mit Serhat Karakayalı zusammenfassen,

„ist so gesehen weder multikulturalistische Überforderung noch moralisches Gebot, sondern genau umgekehrt: Erst mit dem Verlassen der engen Grenzen der Gemeinschaft, vermittelt durch die Hereinnahme des ‚Anderen‘, gelingt die Herausbildung einer genuinen, weil kosmopolitischen Bürgerschaft.“<sup>120</sup>

Eine so verstandene Solidarität und eine darauf basierende Bürgerschaft hat *Lampedusa in Hamburg* vorgelebt. Es ist eine Bürgerschaft in Bewegung, die das Potenzial in sich trägt, Zugehörigkeiten zu denken und zu schaffen, die nicht an den Grenzen Europas aufhören, sondern dort beginnen.

---

<sup>116</sup> Zum Aspekt der Überwindung von Grenzen zwischen *citizens* und *non-citizens* in migrantischen Protesten vgl. auch Johnson 2012: 117 sowie Nyers/Rygiel 2014.

<sup>117</sup> Bauman 2008: 137.

<sup>118</sup> Agamben 2003.

<sup>119</sup> Deleuze/Guattari 1976, Bezug nehmend auf den Begriff von Friedrich Nietzsche, zit. nach: Karakayalı 2013a: 26.

<sup>120</sup> Karakayalı 2013a: 26.



## 7 Anhang

### 7.1 Literatur

- Abel, Wolfgang (2014): Notwendige Konsequenzen. Pressemitteilung ver.di. 28.04.2014.
- Abels, Gabriele (2012): Zivilgesellschaft. In: Bergmann, Jan (Hg.): Handlexikon der Europäischen Union. 4., neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Abu-Lughod, Lila (1996): Gegen Kultur Schreiben. In: Lenz, Ilse/Germer, Andrea/Hasenjürgen, Brigitte (Hg.): Wechselnde Blicke. Frauenforschung in internationaler Perspektive. Opladen: Leske + Budrich. 14–46.
- Agamben, Giorgio (2003): Die kommende Gemeinschaft. Berlin: Merve Verlag.
- Agier, Michel (2008): On the Margins of the World. The Refugee Experience Today. Cambridge/Malden: Polity Press.

- (2011): *Managing the Undesirables. Refugee Camps and Humanitarian Government*. Cambridge/Malden: Polity Press.
- Aglietta, Michel (2000): *Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand*. Hamburg: VSA.
- Agnew, John (1999): *Mapping Political Power Beyond State Boundaries. Territory, Identity, and Movement in World Politics*. In: *Millennium. Journal of International Studies* 28 (3). 499–521.
- Ahmed, Sara (2010): *Happy Objects*. In: Gregg, Melissa/Seigworth, Gregory J. (Hg.): *The Affect Theory Reader*. Durham/London: Duke University Press. 29–51.
- AK Kirchen und Religionsgemeinschaften der SPD Hamburg (2013): *Flüchtlinge zwischen Staat, Gewerkschaften und Kirche. Veranstaltungs-Flyer*. 22.08.2013.
- Alaimo, Stacy (2008): *Trans-corporeal Feminisms and the Ethical Space of Nature*. In: Alaimo, Stacy/Hekman, Susan (Hg.): *Material Feminisms*. Bloomington/Indianapolis: Indiana University Press. 237–264.
- Allen, Theodore W. (1998): *Die Erfindung der weißen Rasse. Rassistische Unterdrückung und soziale Kontrolle. Band 1*. Berlin: ID Verlag.
- ALTONA INFO (2013): *Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Altonaer Dialog“ – Flüchtlingssituation St. Pauli/Altona*. 13.06.2013.
- ALTONA.INFO. *Digitale Zeitung* (2013): *Altonaer Lokalpolitik beschließt „Moratorium“ für Flüchtlinge – Nordkirche begrüßt Entscheidung*. <http://www.altona.info/?p=59109>. 13.06.2013. Zuletzt abgerufen: 11.02.2017.
- Altork, Kate (2007): *Walking the Fire Line: The Erotic Dimension of the Fieldwork Experience*. In: Robben, Antonius C.G.M./Sluka, Jeffrey A. (Hg.): *Ethnographic Fieldwork. An Anthropological Reader*. Malden/Oxford/Carlton: Blackwell Publishing. 92–107.
- Anderson, Ben (2006): *Becoming and Being Hopeful: Towards a Theory of Affect*. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 24. 733–752.
- Anderson, Bridget/Sharma, Nandita/Wright, Cynthia (2009): *Editorial: Why No Borders?* In: *Refuge* 26 (2). 5–18.
- Anderson, Elijah (1978): *A Place on the Corner*. Chicago: University of Chicago Press.
- Andrijasevic, Rutvica (2013): *Acts of Citizenship as Methodology*. In: Isin, Engin F./Saward, Michael (Hg.): *Enacting European Citizenship*. New York: Cambridge University Press. 47–65.
- Antony, Mary Grace/Thomas, Ryan J. (2010): *„This is Citizen Journalism at its Finest“: YouTube and the Public Sphere in the Oscar Grant Shooting Incident*. In: *New Media/Society* 12 (8). 1280–1296 .



- Arendt, Hannah (1955): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Teil II: Imperialismus. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt.
- (1958): *The Human Condition*. Chicago: University of Chicago Press.
- (1960): *Von der Menschlichkeit in finsternen Zeiten. Rede über Lessing*. München: Piper.
- Arndt, Susan (Hg.) (2006): *AfrikaBilder. Studien zu Rassismus in Deutschland*. Studienausgabe. Münster: UNRAST-Verlag.
- (2011): *>Neger\_in<*. In: Arndt, Susan/Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.): *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk*. Münster: UNRAST-Verlag. 653–657.
- Arndt, Susan/Hornscheidt, Antje (2009 [2004]): „Worte können sein wie winzige Arsendosen.“ *Rassismus in Sprache und Gesellschaft*. In: dies. (Hg.): *Afrika und die deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk*. 2. Auflage. Münster: UNRAST-Verlag. 11–74.
- Arndt, Susan/Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.) (2011): *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk*. Münster: UNRAST-Verlag.
- ATESH *Für eine sozialrevolutionäre Perspektive* (2013): *Lampedusa in Hamburg: Flüchtlingsprotest während der Kirchentage*. <https://www.youtube.com/watch?v=rL6RFnWhkn4>. 10.05.2013. Zuletzt abgerufen: 15.12.2015.
- Attia, Iman (2014): *Rassismus (nicht) beim Namen nennen*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 64 (13–14). 24.03.2014. 8–14.
- Austin, John L. (2002 [1962/1975]): *Zur Theorie der Sprechakte (How to do Things with Words)*. Stuttgart: Philipp Reclam jun.
- Baker, Mona (2006): *Translation and Conflict: A Narrative Account*. London/New York: Routledge.
- Balibar, Étienne (1992): *Rassismus und Nationalismus*. In: ders./Wallerstein, Immanuel (Hg.): *Rasse – Klasse – Nation. Ambivalente Identitäten*. 2. Auflage. Hamburg/Berlin: Argument Verlag. 49–84.
- (2005 [2001]): *Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Lizenzausgabe der deutschen Ausgabe 2003).
- (2009): *Klassenkampf um die Demokratie? Zur historischen Dialektik von Demokratie und Bürgerschaft*. In: *polar. Politik. Theorie. Alltag* (Nr. 7). [http://www.polar-zeitschrift.de/polar\\_07.php?id=315](http://www.polar-zeitschrift.de/polar_07.php?id=315). Zuletzt abgerufen: 27.01.2017.
- Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel (Hg.) (1992): *Rasse – Klasse – Nation. Ambivalente Identitäten*. 2. Auflage. Hamburg/Berlin: Argument Verlag.

- Barnes, John A. (1954): Class and Committees in a Norwegian Island Parish. In: *Human Relations* 7 (1). 39–58.
- (1972): *Social Networks*. Reading, Massachusetts: Addison-Wesley.
- Basham, Richard (1978): *Urban Anthropology: The Cross-cultural Study of Complex Societies*. Palo Alto, CA: Mayfield.
- Bauman, Zygmunt (2000): *Liquid Modernity*. Cambridge: Polity Press.
- (2007): *Leben in der Flüchtigen Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- (2008): *Flüchtige Zeiten. Leben in der Ungewissheit*. Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlagsgesellschaft mbH.
- Bausinger, Hermann u.a. (1991): *Arbeiterkultur seit 1945: Ende oder Veränderung?* 76. Band. Tübingen: Tübinger Vereinigung für Volkskunde e.V.
- Bausinger, Hermann u.a. (1999 [1978]): *Grundzüge der Volkskunde*. 4. Auflage. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Bayat, Asef (2010): *Life as Politics. How Ordinary People Change the Middle East*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Baym, Nancy K. (1999): *Tune In, Log Out: Soaps, Fandom, and Online Community*. Thousand Oaks, CA: Sage.
- (2010): *Personal Connections in the Digital Age*. Cambridge/Malden: Polity Press.
- Behörde für Inneres und Sport (BIS) Hamburg (2013): Innensenator Michael Neumann: „Vertrauen in den Rechtsstaat ist notwendig und berechtigt“. Pressestelle des Senats. Pressemitteilung. 29.10.2013.
- Benda-Beckmann, Franz von (1991): Unterwerfung oder Distanz: Rechtssoziologie, Rechtsanthropologie und Rechtspluralismus aus rechtsanthropologischer Sicht. In: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 12. 97–119.
- (1993): Citizens, Strangers and Indigenous Peoples: Multiple Constructions and Consequences of Rights, Resources and Peoples. Paper presented at the 13th IUAES Conference of the Commission on Folk Law and Legal Pluralism, Mexico. 29.07.–05.08.1993.
- (1994): Rechtspluralismus. Analytische Begriffsbildung oder politisch-ideologisches Programm? In: *Zeitschrift für Ethnologie* 119. 1–16.
- (2001): On the Reproduction of Law: Micro and Macro in the Time-Space Geography of Law. In: Fikentscher, Wolfgang (Hg.): *Begegnung und Konflikt. Eine kulturanthropologische Bestandsaufnahme*. München: Verlag der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. 119–131.
- Benda-Beckmann, Franz von/Keebet von (2006): The Dynamics of Change and Continuity in Plural Legal Orders. In: *The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law* 38 (53–54). 1–44.

- Benda-Beckmann, Keebet von (2001): Transnational Dimensions of Legal Pluralism. Introduction. In: Fikentscher, Wolfgang (Hg.): *Begegnung und Konflikt. Eine kulturanthropologische Bestandsaufnahme*. München: Verlag der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. 33–48.
- (2014): Trust and the Temporalities of Law. In: *The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law* 46 (1). 10.03.2014. 1–17.
- Benigni, Federica/Pierdicca, Marika (2014): Migrationspolitik made in Italy. Aspekte von Souveränität und Bürger\*innenschaft anhand von Lampedusa in Hamburg. In: Aced, Miriam u.a. (Hg.): *Migration, Asyl und (post-)migranti-sche Lebenswelten in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven migrationspolitischer Praktiken*. Berlin: LIT Verlag Dr. W. Hopf. 29–46.
- Benz, Arthur (2006 [1996]): Mehrebenenverflechtung in der Europäischen Union. In: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Europäische Integration*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 317–351.
- Berens, Christoph (Hg.) (2013): Macht die Turnhalle für die Flüchtlinge aus der St. Paulikirche auf! <https://www.openpetition.de/petition/online/macht-die-turnhalle-fuer-die-fluechtlinge-aus-der-st-paulikirche-auf> [sic]. 18.10.2013. Zuletzt abgerufen: 13.12.2013.
- Bernard, William S. (1998): Immigration: History of U.S. Policy. In: Jacobson, David (Hg.): *The Immigration Reader: America in a Multidisciplinary Perspective*. Oxford/Malden: Blackwell Publishers. 48–71.
- Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (2013): Stellungnahme des BDP. [http://www.bdp-verband.org/bdp/politik/2013/130408\\_fluechtlinge.pdf](http://www.bdp-verband.org/bdp/politik/2013/130408_fluechtlinge.pdf). 19.03.2013. Zuletzt abgerufen: 10.02.2017.
- Bewohner\_innen und Freund\_innen von St. Pauli (2013): wir sind mehr. Das St. Pauli-Manifest. [www.wirsindmehr.de](http://www.wirsindmehr.de). Zuletzt abgerufen: 14.11.2013.
- Beyer, Franz-Heinrich (1994): *Eigenart und Wirkung des reformatorisch-polemischen Flugblatts im Zusammenhang der Publizistik der Reformationszeit*. Frankfurt a.M.: Peter Lang. Europäischer Verlag der Wissenschaften.
- Bhabha, Homi K. (2000): *Die Verortung der Kultur*. Tübingen: Stauffenburg Verlag.
- Bigo, Didier (2000): When Two Become One: Internal and External Securitisations in Europe. In: Kelstrup, Morten/Williams, Michael C. (Hg.): *International Relations Theory and the Politics of European Integration. Power, Security, and Community*. London/New York: Routledge. 171–204.
- Bild.de (2013): Afrika-Flüchtlinge: Kirchen-Asyl auf St. Pauli. <http://www.bild.de/regional/hamburg/flucht/afrikanische-fluechtlinge-die-ueber-italien-nach-hamburg-kamen-30660456.bild.html>. 03.06.2013. Zuletzt abgerufen: 09.05.2017.

- Binder, Beate (2009): Die Anderen der Stadt. Überlegungen zu Forschungsperspektiven im Grenzgebiet von Europäischer Ethnologie und Geschlechterstudien. In: Zeitschrift für Volkskunde. Halbjahresschrift der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde 2. 233–254.
- Bischoff, Christine/Oehme-Jüngling, Karoline/Leimgruber, Walter (Hg.) (2014): Methoden der Kulturanthropologie. Bern: Haupt Verlag.
- Bloch, Alice (2010): The Right to Rights? Undocumented Migrants from Zimbabwe Living in South Africa. In: Sociology 44 (2). 233–250.
- Bloch, Ernst (1976 [1959]): Das Prinzip Hoffnung. Dritter Band. 3. Auflage. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag. 1087-1628.
- (1986): The Principle of Hope. Volumes 1–3. Übersetzung: Plaice, Neville/Plaice, Stephen/Knight, Paul. Oxford: Blackwell Publishing.
- (1993): Kann Hoffnung enttäuscht werden? In: Ueding, Gert (Hg.): Zutrauen zur Wahrheit. Große Tübinger Reden aus fünf Jahrzehnten. Tübingen: Attempo Verlag. 167–172.
- (1998): Can Hope Be Disappointed? In: Bloch, Ernst: Literary Essays. Übersetzung: Joron, Andrew. Stanford, CA: Stanford University Press. 339–345.
- Böhm, Karoline/Mischerikow, Andrej/Schack, Alexander (2009): Reclaim the Wall! Zur Archäologie des plakativen Mauer-Anschlags. In: Schönberger, Klaus/Sutter, Ove (Hg.): Kommt herunter, reißt euch ein ... Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen. Berlin/Hamburg: Assoziati-on A. 234–239.
- Boellstorff, Tom (2012): Rethinking Digital Anthropology. In: Horst, Heather A./Miller, Daniel (Hg.): Digital Anthropology. London/New York: Berg. 39–60.
- Bohannan, Paul (1965): The Differing Realms of the Law. In: American Anthropologist 67 (6). 33–42.
- Bojadžijev, Manuela (2011): Das Spiel der Autonomie der Migration. In: Zeitschrift für Kulturwissenschaften 5 (2). 139–146.
- (2012 [2008]): Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. 2. Auflage. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Booth, Charles (1969 [1902]): Life and Labour of the People in London. New York: AMS Press.
- bordermonitoring.eu e.V. (2013): Italien: Vai via! Zur Situation der Flüchtlinge in Italien. Ergebnisse einer einjährigen Recherche. <http://bordermonitoring.eu/wp-content/uploads/reports/bm.eu-2013-italien.de.pdf>. Zuletzt abgerufen: 28.01.2017.
- Borri, Giulia/Fontanari, Elena (2015): Lampedusa in Berlin: (Im)Mobilität innerhalb des europäischen Grenzregimes. In: Peripherie 138/139. 193–211.

- Bosniak, Linda (2004): Human Rights, State Sovereignty and the Protection of Undocumented Migrants Under the International Migrant Workers' Convention. In: Bogusz, Barbara u.a. (Hg.): *Irregular Migration and Human Rights: Theoretical, European and International Perspectives*. Leiden/Boston: Martinus Nijhoff Publishers. 311–344.
- (2008): *The Citizen and the Alien: Dilemmas of Contemporary Membership*. Princeton: Princeton University Press.
- Bott, Elizabeth (1957): *Family and Social Network*. London: Tavistock.
- Bourdieu, Pierre (1991): *Language and Symbolic Power*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.
- (1998): *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*. Konstanz: UVK Universitätsverlag.
- (2001): *Wie die Kultur zum Bauern kommt. Über Bildung, Schule und Politik*. Hamburg: VSA Verlag.
- Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter (1983): *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- Brenner, Neil (2004): Urban Governance and the Production of New State Spaces in Western Europe, 1960–2000. In: *Review of International Political Economy* 11 (3). 447–488.
- Brighenti, Andrea Mubi (Hg.) (2013): *Urban Interstices. The Aesthetics and the Politics of the In-between*. Farnham: Ashgate Publishing Ltd.
- Brodén, Anne/Mecheril, Paul (Hg.) (2007): *Re-Präsentationen: Dynamiken der Migrationsgesellschaft*. Düsseldorf: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW).
- (Hg.) (2010a): *Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft*. Bielefeld: transcript Verlag.
- (2010b): *Rassismus bildet. Einleitende Bemerkungen*. In: dies. (Hg.): *Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft*. Bielefeld: transcript Verlag. 7–23.
- (2014): *Solidarität in der Migrationsgesellschaft: Befragung einer normativen Grundlage*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Brown, Steven D./Stenner, Paul (2001): Being Affected: Spinoza and the Psychology of Emotion. In: *International Journal of Group Tensions* 30 (1). 81–105.
- Bryman, Alan (2008 [2001]): *Social Research Methods*. 3. Auflage. New York/Oxford: Oxford University Press.
- Buckel, Simone (2011): Ein Recht auf Stadt für irreguläre Migrantinnen. Städtische Politik als Handlungsraum im Konfliktfeld irreguläre Migration. In: Holm, An-

- drej/Gebhardt, Dirk (Hg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA Verlag. 165–186.
- Buckel, Sonja/Christensen, Ralph/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.) (2006): Neue Theorien des Rechts. Stuttgart: Lucius/Lucius.
- Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.) (2007): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Bündnis *Gegen Rassismus und Ausgrenzung* (2013): Pressemitteilung. Über 3000 demonstrieren in Hamburg gegen Rassismus und Ausgrenzung und in Solidarität mit dem Protestcamp der Geflüchteten in Berlin. [http://hamburggegenrassismus.blogspot.de/images/Pressemitteilung\\_Demonstration.pdf](http://hamburggegenrassismus.blogspot.de/images/Pressemitteilung_Demonstration.pdf) 06.04.2103. Zuletzt abgerufen: 20.05.2017.
- Bündnis 90/Die Grünen/DIE LINKE. Hamburg (2013a): Aufschub für Flüchtlinge aus Libyen. Hamburger Moratorium jetzt – SPD muss humanitäre Lösung zulassen. <http://www.gruene-fraktion-hamburg.de/innenpolitik-fluechtlinge/11-06-2013/hamburger-moratorium-jetzt-spd-muss-humanitaere-loesung>. 11.06.2013. Zuletzt abgerufen: 29.05.2017.
- (2013b): Aufschub für Libyen-Flüchtlinge – Hamburger Moratorium jetzt – SPD muss humanitäre Lösung zulassen. <https://www.openpetition.de/petition/online/aufschub-fuer-libyen-fluechtlinge-hamburger-moratorium-jetzt-spd-muss-humanitaere-loesung-zulassen>. 11.06.2013. Zuletzt abgerufen: 29.05.2017.
- Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2013a): Plenarprotokoll 20/61. 20. Wahlperiode. 29.05.2013.
- (2013b): Plenarprotokoll 20/62. 12.06.2013.
- (2013c): Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Kai Voet van Vormizeele (CDU) vom 05.09.13 und Antwort des Senats. Ausgabe von „Identitätskarten“ durch die Kirchengemeinde St. Pauli. Drucksache 20/9230. 13.09.2013.
- (2013d): Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Christiane Schneider (DIE LINKE) vom 14.10.2013 und Antwort des Senats. Polizeieinsätze gegen „Lampedusa in Hamburg“-Flüchtlinge und Protestaktionen. Drucksache 20/9594. 22.10.2013.
- (2013e): Plenarprotokoll 20/71. 23.10.2013.
- (2013f): Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Kai Voet van Vormizeele (CDU) vom 31.10.13 und Antwort des Senats. Unterstützerguppen der Lampedusa-Flüchtlinge – Wer steht im Fokus des Verfassungsschutzes? Drucksache 20/9792. 08.11.2013.

- (2014): Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Kaesbach (FDP) vom 30.12.13 und Antwort des Senats. Politisch motivierte Straftaten in Hamburg vom 01.10.2012 bis 30.11.2013. Drucksache 20/10359. 07.01.2014.
  - (2015a): Parlamentsdatenbank. <https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/>. Zuletzt abgerufen: 21.12.2015.
  - (2015b): Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Dennis Gladiator und Karin Prien (CDU) vom 13.08.15 und Antwort des Senats. „Gruppe Lampedusa“ (2). Drucksache 21/1289. 21.08.2015.
  - (2016 [1966]): Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG) Hamburg. <http://www.landesrecht-hamburg.de/jportal/portal/page/bshaprod.psm1?showdoccase=1&st=null&doc.id=jlr-SOGHArahmen&doc.part=X&doc.origin=bs>. Zuletzt abgerufen: 14.02.2017.
  - (2016): Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Dennis Gladiator (CDU) vom 29.01.16 und Antwort des Senats. „Gruppe Lampedusa“ (3). Drucksache 21/3075. 05.02.2016.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2014): Aufnahmeverfahren syrischer Flüchtlinge. <http://www.bamf.de/DE/Migration/AufnahmeSyrien/aufnahmeverfahren-syrien-node.html>. 30.10.2014. Zuletzt abgerufen: 28.01.2017.
- Bundesministerium des Innern (BMI) (2013): Schengen-Governance-Mechanismus beschlossen. <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2013/10/schengen.html>. 08.10.2013. Zuletzt abgerufen: 28.01.2017.
- (2015): Pressemitteilung. Bessere Rechtsstellung für asylsuchende und geduldete Ausländer. <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/01/gesetz-zur-verbesserung-der-rechtsstellung-von-asylsuchenden-auslaendern.html>. 02.01.2015. Zuletzt abgerufen: 11.02.2017.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2014): Zweite Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung. Vom 6. November 2014. In: Bundesgesetzblatt. Jahrgang 2014. Teil I Nr. 50.
- Bundesrepublik Deutschland (2017 [1998]): Strafgesetzbuch (StGB). <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/stgb/gesamt.pdf>. Hg. von dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Zuletzt abgerufen: 26.04.2017.
- Bundesverfassungsgericht (BVerfG) (1992): Beschluss vom 20.10.1992. 1 BvR 698/89. BVerfGE 87, 209–233. [https://www.jurion.de/urteile/bverfg/1992-10-20/1-bvr-698\\_89/](https://www.jurion.de/urteile/bverfg/1992-10-20/1-bvr-698_89/). Zuletzt abgerufen: 20.05.2017.
- (2012): Urteil des Ersten Senats vom 18.07.2012. 1 BvL 10/10. BVerfGE 132, 134. [https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2012/07/ls20120718\\_1bvl001010.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2012/07/ls20120718_1bvl001010.html) Zuletzt abgerufen: 20.05.2017.

- Burawoy, Michael (2015): Facing an Unequal World. In: *Current Sociology* 63 (1). 5–34.
- Burgess, Robert G. (1984): *In the Field. An Introduction to Field Research*. London/New York: Routledge.
- Butler, Judith (1999): Performativity's Social Magic. In: Shusterman, Richard (Hg.): *Bourdieu. A Critical Reader*. Oxford/Malden: Blackwell Publishers. 113–128.
- (2004): *Precarious Life. The Powers of Mourning and Violence*. London/New York: Verso.
- (2016): Rethinking Vulnerability and Resistance. In: Butler, Judith/Gambetti, Zeynep/Sabsay, Leticia (Hg.): *Vulnerability in Resistance*. Durham/London: Duke University Press. 12–27.
- Butler, Judith/Spivak, Gayatri Chakravorty (2007): *Sprache, Politik, Zugehörigkeit*. Zürich/Berlin: diaphanes.
- Castells, Manuel (2001a): *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Teil 1 der Trilogie Das Informationszeitalter*. Opladen: Leske + Budrich.
- (2001b): *The Internet Galaxy. Reflections on the Internet, Business, and Society*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- (2002): *Die Macht der Identität. Teil 2 der Trilogie Das Informationszeitalter*. Opladen: Leske + Budrich.
- (2003): *Jahrtausendwende. Teil 3 der Trilogie Das Informationszeitalter*. Opladen: Leske + Budrich.
- (2009): *Communication Power*. Oxford: Oxford University Press.
- Celikates, Robin (2010): Die Demokratisierung der Demokratie. Étienne Balibar über die Dialektik von konstituierender und konstituierter Macht. In: Bröckling, Ulrich/Feustel, Robert (Hg.): *Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen*. Bielefeld: transcript Verlag. 59–76.
- Chouliaraki, Lilie (2013): Cosmopolitanism as Irony: a Critique of Post-Humanitarianism. In: Braidotti, Rosi/Hanafin, Patrick/Blaagaard, Bolette (Hg.): *After Cosmopolitanism*. New York: Routledge. 77–96.
- Clifford, James (1986): Introduction: Partial Truths. In: Clifford, James/Marcus, George (Hg.): *Writing Culture. The Poetics and Politics of Ethnography*. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press. 1–26.
- (Hg.) (1986): *Writing Culture. The Poetics and Politics of Ethnography*. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.
- Clough, Patricia T. (2010): The Affective Turn. Political Economy, Biomedicine, and Bodies. In: Gregg, Melissa/Seigworth, Gregory J. (Hg.): *The Affect Theory Reader*. Durham/London: Duke University Press. 206–226.



- Code, Lorraine (1993): Taking Subjectivity into Account. In: Alcoff, Linda/Potter, Elizabeth (Hg.): *Feminist Epistemologies*. New York/London: Routledge. 15–48.
- Cohn, Miriam (2014): Teilnehmende Beobachtung. In: Bischoff, Christine/Oehme-Jüngling, Karoline/Leimgruber, Walter (Hg.): *Methoden der Kulturanthropologie*. Bern: Haupt Verlag. 71–85.
- Colectivo Situaciones (2003): On the Researcher-Militant. <http://eipcp.net/transversal/0406/colectivosituaciones/en>. 09/2003. Zuletzt abgerufen: 15.03.2017.
- Coleman, E. Gabriella (2010): Ethnographic Approaches to Digital Media. In: *Annual Review of Anthropology* 39. 487–505.
- Collier Jr., John/Collier, Malcolm (1986 [1967]): *Visual Anthropology. Photography as a Research Method*. Albuquerque: University of New Mexico Press.
- Collier, Stephen J. (2005): The Spatial Forms and Social Norms of „Actually Existing Neoliberalism“: Toward a Substantive Analytics. *International Affairs Working Paper 2005 – 04*. Juni 2005. New York: The New School University.
- Collins, Randall (1992): The Romanticism of Agency/Structure Versus the Analysis of Micro/Macro. In: *Current Sociology* 40 (1). 77–97.
- Conrad, Sebastian (2012): Kolonialismus und Postkolonialismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 62 (44–45). 29.10.2012. 3–9.
- Correll, Shelley (1995): The Ethnography of an Electronic Bar. The Lesbian Cafe. In: *Journal of Contemporary Ethnography* 24 (3). 270–298.
- Couldry, Nick (2004): The Digital Divide. In: Gauntlett, David/Horsley, Ross (Hg.): *Web.Studies. Rewiring Media Studies for the Digital Age*. 2. Auflage. London: Arnold. 185–194.
- Craven, Paul/Wellman, Barry (1974): The Network City. In: Effrat, Marcia Pelly (Hg.): *The Community: Approaches and Applications*. New York: The Free Press. 57–88.
- Cremer, Hendrik (2013): Studie „Racial Profiling“ – Menschenrechtswidrige Personenkontrollen nach § 22 Abs. 1 a Bundespolizeigesetz. Empfehlungen an den Gesetzgeber, Gerichte und Polizei. [http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/\\_migrated/tx\\_commerce/Studie\\_Racial\\_Profiling\\_Menschenrechtswidrige\\_Personenkontrollen\\_nach\\_Bundespolizeigesetz.pdf](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/_migrated/tx_commerce/Studie_Racial_Profiling_Menschenrechtswidrige_Personenkontrollen_nach_Bundespolizeigesetz.pdf). Zuletzt abgerufen: 02.06.2017.
- Cresswell, Tim (2006): *On the Move. Mobility in the Modern Western World*. London/New York: Routledge.
- Curzon, Lord George Nathaniel (1908): *Frontiers. The Romanes Lecture 1907*. Oxford: Clarendon.

- Dauvergne, Catherine (2008): *Making People Illegal: What Globalization Means for Migration and Law*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dave, Naisargi N. (2012): *Queer Activism in India. A Story in the Anthropology of Ethics*. Durham/London: Duke University Press.
- Davis, Jenny/Jurgenson, Nathan (2015): Introduction. In: *Interface 1 (1) (Theorizing the Web 2014 [Special Issue])*. 04.08.2015. 1–7.
- De Genova, Nicholas (2002): Migrant „Illegality“ and Deportability in Everyday Life. In: *Annual Review of Anthropology* 31. 419–447.
- (2013): *Citizenship’s Shadow: Obscene Inclusion, Abject Belonging, or, the Regularities of Migrant ‚Irregularity‘*. Vortrag bei der Konferenz: *Within and Beyond Citizenship. Lived Experiences of Contemporary Membership*. Oxford. 11.–12.04.2013.
- Deleuze, Gilles/Guattari, Félix (1976): *Kafka: Für eine kleine Literatur*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- (1987 [1980]): *A Thousand Plateaus*. London/Minneapolis: University of Minnesota Press.
- (1992): *Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie*. Berlin: Merve Verlag.
- (1994): *What is Philosophy?* New York: Columbia University Press.
- Der Heilige Stuhl. Papst Franziskus (2013): *Besuch auf der Flüchtlingsinsel Lampedusa*. Predigt von Papst Franziskus. [http://w2.vatican.va/content/francesco/de/homilies/2013/documents/papa-francesco\\_20130708\\_omelia-lampedusa.html](http://w2.vatican.va/content/francesco/de/homilies/2013/documents/papa-francesco_20130708_omelia-lampedusa.html). 08.07.2013. Zuletzt abgerufen: 11.02.2017.
- Der Paritätische Wohlfahrtsverband Hamburg e.V. (2016): *Hilfe für Geflüchtete am Hamburger Hauptbahnhof*. <http://www.paritaet-hamburg.de/index.php?id=925>. Zuletzt abgerufen: 09.05.2017.
- Derrida, Jacques (1992): *The Other Heading: Reflections on Today’s Europe*. Bloomington: Indiana University Press.
- Deutscher Anwaltverein u.a. (Hg.) (2015): *Memorandum: Für die freie Wahl des Zufluchtslandes in der EU – Die Interessen der Flüchtlinge achten*. [https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/12/PRO\\_ASYL\\_Memorandum\\_freie\\_Wahl\\_des\\_Zufluchtsortes\\_deutsch\\_Juni\\_2015.pdf](https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/12/PRO_ASYL_Memorandum_freie_Wahl_des_Zufluchtsortes_deutsch_Juni_2015.pdf). Zuletzt abgerufen: 27.01.2017.
- Deutscher Bundestag (2014 [1949]): *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*. <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/gg/gesamt.pdf>. Hg. von dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Zuletzt abgerufen: 30.05.2017.

- (2016 [1991]): Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/vwgo/gesamt.pdf>. Hg. von dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Zuletzt abgerufen: 22.05.2017.
  - (2016 [1992]): Asylgesetz (AsylG). [http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/asylvfg\\_1992/gesamt.pdf](http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/asylvfg_1992/gesamt.pdf). Hg. von dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Zuletzt abgerufen: 28.01.2017.
  - (2016 [1993]): Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). <https://www.gesetze-im-internet.de/asylblg/BJNR107410993.html>. Hg. von dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Zuletzt abgerufen: 28.01.2017.
  - (2016 [2004]): Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG). [http://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg\\_2004/BJNR195010004.html](http://www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/BJNR195010004.html). Hg. von dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Zuletzt abgerufen: 28.01.2017.
  - (2016): Drucksache 18/9556. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dağdelen, Frank Tempel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/9302 – Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge zum Stand 30. Juni 2016. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/095/1809556.pdf>. 06.09.2016. Zuletzt abgerufen: 28.01.2017.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (2011): einblick. Gewerkschaftlicher Info-Service vom 31.10.2011, 19/11.
- Deutsches Institut für Menschenrechte (2013): Pressemitteilung: Institut fordert Verankerung der Abschaffung rassistischer Personenkontrollen durch die Bundespolizei im Koalitionsvertrag. 29.10.2013.
- DGB Hamburg (2009): Lebenslauf Uwe Grund. [hamburg.dgb.de/presse/++co++98835cd8-bc33-11e0-635d-00188b4dc422?t=1](http://hamburg.dgb.de/presse/++co++98835cd8-bc33-11e0-635d-00188b4dc422?t=1). Zuletzt abgerufen: 13.02.2017.
- (2013): PM 64. Senat muss rechtliche Möglichkeiten kreativ anwenden. Das Flüchtlingsproblem ist größer als viele vermuten. <http://hamburg.dgb.de/presse/++co++a80c08a0-363c-11e3-8424-00188b4dc422>. 16.10.2013. Zuletzt abgerufen: 23.03.2016.
  - (2014): Ursachen von Flucht und Migration und die Europäische Politik. Einladungsflyer. April 2014.
  - (2015): Anlaufstelle Migration und Arbeit beim DGB. MigrAr: Gewerkschaftliche Anlaufstelle für MigrantInnen ohne gesicherten Aufenthalt beim DGB Hamburg. <http://hamburg.dgb.de/themen/++co++1d7b0f40-1599-11e5-86d2-52540023ef1a>. 18.06.2015. Zuletzt abgerufen: 13.02.2017.
- Diaz-Bone, Rainer (2007): Gibt es eine qualitative Netzwerkanalyse? Review Essay: Betina Hollstein/Florian Straus (Hg.) (2006): Qualitative Netzwerkanalyse.

- lyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen. In: Forum: Qualitative Sozialforschung/Social Research 8 (1). <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/224/493>. Zuletzt abgerufen: 11.02.2017.
- Dicks, Bella/Mason, Bruce (1999): The Digital Ethnographer. In: Cybersociology No. 6: The Virtual Ethnographer. Research Methodology Online. [http://www.cybersociology.com/files/6\\_1\\_virtualethnographer.html](http://www.cybersociology.com/files/6_1_virtualethnographer.html). Zuletzt abgerufen: 20.07.2016.
- Die Bundesregierung (2017): Die Anspruchseinbürgerung. <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatistischeSeiten/Breg/IB/Einbuengerung/ae-anspruchseinbuengerung.html?nn=400114#doc133996bodyText2>. Zuletzt abgerufen: 20.05.2017.
- Dietze, Gabriele (2014): Decolonizing Gender – Gendering Decolonial Theory: Crosscurrents and Archaeologies. In: Broeck, Sabine/Junker, Carsten (Hg.): Postcoloniality – Decoloniality – Black Critique: Joints and Fissures. Frankfurt a.M.: Campus Verlag. 245–268.
- DIE WELT (2013): Flüchtlinge: Bischöfin schreibt Brief. Fehrs bittet Kirchen um Unterstützung. [http://www.welt.de/print/die\\_welt/hamburg/article117146639/Fluechtlinge-Bischoefin-schreibt-Brief.html](http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article117146639/Fluechtlinge-Bischoefin-schreibt-Brief.html). 15.06.2013. Zuletzt abgerufen: 22.12.2014.
- (2014): De Maizière: Flüchtlingsproblem nicht erst in EU angehen. <https://www.welt.de/newsticker/news1/article129909924/De-Maiziere-Fluechtlingsproblem-nicht-erst-in-EU-angehen.html>. 08.07.2014. Zuletzt abgerufen: 11.01.2017.
- (2015): Ermittlungen gegen Kampnagel-Intendantin. <http://www.welt.de/140418989>. 02.05.2015. Zuletzt abgerufen: 02.05.2015.
- (2016): Zwei Flüchtlinge von Lampedusa dürfen bleiben. Härtefallkommission honoriert Integration. <https://www.welt.de/156843500>. 06.07.2016. Zuletzt abgerufen: 22.11.2016.
- Dinan, Desmond (2005): Ever Closer Union. An Introduction to European Integration. Boulder/London: Lynne Rienner Publishers.
- Doomernik, Jeroen/Jandl, Michael (2008): Modes of Migration Regulation and Control in Europe. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Douzinas, Costas (2007): Human Rights and Empire: The Political Philosophy of Cosmopolitanism. Abingdon/New York: Routledge-Cavendish.
- Eberl, Matthias (2003): Multimedia als Mittel der ethnologischen Darstellung. Theoretische Überlegungen und ein praktisches Beispiel aus dem Journalismus. [http://rufposten.de/daten/eberl\\_multimedia\\_ethnologie\\_oeff.html](http://rufposten.de/daten/eberl_multimedia_ethnologie_oeff.html). Zuletzt abgerufen: 10.03.2017.

- Eckert, Andreas (2012): Rechtfertigung und Legitimation von Kolonialismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 62 (44–45). 29.10.2012. 17–22.
- Eddy, Elizabeth (1968): *Urban Anthropology. Research Perspectives and Strategies*. Athens, GA: University of Georgia Press.
- Edwards, Elizabeth (1997): *Beyond the Boundary: a Consideration of the Expressive in Photography and Anthropology*. In: Banks, Marcus/Morphy, Howard (Hg.): *Rethinking Visual Anthropology*. New Haven/London: Yale University Press. 53–80.
- Eggers, Maureen Maisha u.a. (Hg.) (2009 [2005]): *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*. Münster: UNRAST-Verlag.
- Ehn, Billy/Löfgren, Orvar (2012): *Nichtstun. Eine Kulturanalyse des Ereignislosen und Flüchtigen*. Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH.
- Epstein, Arnold Leonard (1964): *Urban Communities in Africa*. In: Gluckman, Max (Hg.): *Closed Systems and Open Minds: the Limits of Naïvety in Social Anthropology*. Edinburgh/London: Oliver/Boyd. 83–102.
- (1967): *Urbanization and Social Change in Africa*. In: *Current Anthropology* 8 (4). 275–284.
- Epstein, Barbara (1991): *Political Protest and Cultural Revolution: Nonviolent Direct Action in the 1970s and 1980s*. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.
- Erdmann, Julius (2014): *Symbolischer Protest im Internet. Über die Aktualität des Protestbegriffes angesichts internetbasierter Handlungsformen mediatisierten Widerstandes*. In: Balint, Iuditha/Dingeldein, Hannah/Lämmle, Kathrin (Hg.): *Protest, Empörung, Widerstand. Zur Analyse von Auflehnungsbewegungen*. Konstanz/München: UVK Verlagsgesellschaft. 157–171.
- Eudaily, Seán Patrick (2004): *The Present Politics of the Past. Indigenous Legal Activism and Resistance to (Neo)Liberal Governmentality*. New York: Routledge.
- Europäische Kommission (2001): *Europäisches Regieren. Ein Weißbuch (KOM(2001) 428 endgültig)*. In: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (2001/C 287/01)*. 12.10.2001.
- (2011): *Common European Asylum System: Better Protection and Solidarity for People Seeking International Protection (IP/11/665)*. Press Release.
- (2014a): *Durchführungsverordnung (EU) Nr. 118/2014 der Kommission vom 30. Januar 2014 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1560/2003 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist*. [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX)

- 32014R0118&qid=1450277266563&from=EN*. 30.01.2014. Zuletzt abgerufen: 16.12.2015.
- (2014b): Das Gemeinsame Europäische Asylsystem. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. [https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/e-library/docs/ceas-fact-sheets/ceas\\_factsheet\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/e-library/docs/ceas-fact-sheets/ceas_factsheet_de.pdf). Zuletzt abgerufen: 06.07.2018.
- Europäisches Parlament/Rat der Europäischen Union (2004): Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32004L0038&qid=1485526839521&from=DE>. Zuletzt abgerufen: 16.12.2015.
- (2006): Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex). <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32006R0562&qid=1450257661507&from=DE>. Zuletzt abgerufen: 16.12.2015.
  - (2013): Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung) [Dublin III-Verordnung; Anm. BN]. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013R0604&qid=1450276896397&from=EN>. Zuletzt abgerufen: 16.12.2015.
- Europäische Union (1998–2017): EUR-Lex. Der Zugang zum EU-Recht. <http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>. Zuletzt abgerufen: 20.05.2017.
- (2002): Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union. In: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (2002/C 325). 24.12.2002. 5–32.
  - (2009): Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union. <http://www.aewv.de/>. 01.12.2009. Zuletzt abgerufen: 17.02.2017.
- Euskirchen, Markus/Lebuhn, Henrik/Ray, Gene (2007): From Borderline to Borderland: The Changing European Border Regime. In: Monthly Review 59 (6). 42–53. <https://monthlyreview.org/2007/11/01/from-borderline-to-borderland-the-changing-european-border-regime/>. Zuletzt abgerufen: 27.01.2017.
- (2009): Wie Illegale gemacht werden. Das neue EU-Grenzregime. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 7. 72–80.

- Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland (2013a): Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge. Die Nordkirche informiert. Flyer. Juni 2013.
- (2013b): Landessynode der Nordkirche fordert gerechtes und humanitäres Bleiberecht. [www.nordkirche.de/pressestelle/pressemitteilungen/detail/landessynode-der-nordkirche-fordert-gerechtes-und-humanitaeres-bleiberecht.html?printDetail=1](http://www.nordkirche.de/pressestelle/pressemitteilungen/detail/landessynode-der-nordkirche-fordert-gerechtes-und-humanitaeres-bleiberecht.html?printDetail=1). 20.09.2013. Zuletzt abgerufen: 21.09.2013.
- (2013c): Brief an die Kirchengemeinden in Hamburg. [http://www.nordkirche.de/nordkirche/leitung/bischoefinnen-und-bischoefe-im-sprengel/bischoefin-kirsten-fehrs/texte/detail.html?tx\\_news\\_pi1%5Bnews%5D=2313&printDetail=1](http://www.nordkirche.de/nordkirche/leitung/bischoefinnen-und-bischoefe-im-sprengel/bischoefin-kirsten-fehrs/texte/detail.html?tx_news_pi1%5Bnews%5D=2313&printDetail=1). 05.11.2013. Zuletzt abgerufen: 06.11.2013.
- (2017): Aufbau und Struktur – Organigramm der Nordkirche. <https://www.nordkirche.de/nordkirche/a-z/nordkirche-aufbau-und-struktur.html>. Zuletzt abgerufen: 24.01.2017.
- Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland/Erzbistum Hamburg/DGB Nord (2013): Spitzengespräch der norddeutschen Bischöfe und des DGB Bezirk Nord in Lübeck. Pressemitteilung. 10.06.2013.
- Fairclough, Norman (1989): *Language and Power*. Essex/New York: Longman Limited.
- Faist, Thomas/Häußermann, Hartmut (1996): Immigration, Social Citizenship and Housing in Germany. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 20 (1). 83–98.
- Fassin, Didier (2001): The Biopolitics of Otherness: Undocumented Foreigners and Racial Discrimination in French Public Debate. In: *Anthropology Today* 17 (1). 3–7.
- (2007): Humanitarianism: A Nongovernmental Government. In: Feher, Michel/Krikorian, Gâlle/McKee, Yates (Hg.): *Nongovernmental Politics*. New York: Zone Books. 149–160.
- Fikentscher, Wolfgang (2009): *Law and Anthropology. Outlines, Issues, and Suggestions*. München: Verlag der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.
- fluchtpunkt (2013): Info für die Lampedusa-Gruppe. Informationsblatt. 06.11.2013.
- Flüchtlingshilfe am Hamburger Hauptbahnhof (2015): Homepage. <http://www.fluechtlingshilfe-hamburg-hauptbahnhof.de/>. Zuletzt abgerufen: 17.02.2017.
- Flüchtlingszentrum Hamburg (2012): Clearingstelle für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge. Flyer. <http://www.fz-hh.de/download/flyer-clearingstelle.pdf>. Zuletzt abgerufen: 27.01.2017.
- Focus online (2016): Migration. Kirchenasyl-Fälle nur leicht gestiegen. [http://www.focus.de/regional/muenchen/migration-kirchenasyl-faelle-nur-leicht-gestiegen\\_id\\_5298494.html](http://www.focus.de/regional/muenchen/migration-kirchenasyl-faelle-nur-leicht-gestiegen_id_5298494.html). 19.02.2016. Zuletzt abgerufen: 17.02.2017.

- Fontanari, Elena (2013): Confined to the Threshold. The Experience of Asylum Seekers in Germany. Paper Presented at the International RC21 Conference 2013. Session N. 24: Urban Camps from a Global Perspective: Resources, Livelihoods and Governance.
- (2018): Looking for Neverland. The experience of the group „Lampedusa in Berlin“ and the refugee protest of Oranienplatz. In: Römhild, Regina/Schwanhäußler, Anja/zur Nieden, Birgit/Yurdakul, Gökçe (Hg.): Witnessing the Transition: Moments in the Long Summer of Migration. E-Book Project of Humboldt University Students. Berlin: Berlin Institute for empirical Integration and Migration Research (BIM). <https://edoc.hu-berlin.de/bitstream/handle/18452/19415/witnessing-the-transition.pdf?sequence=1&isAllowed=y>. Zuletzt abgerufen: 07.06.2018. 15–33.
- Foucault, Michel (1971): Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- (1980): Power/Knowledge: Selected Interviews and Other Writings 1972–1977. New York: Vintage Books.
- (1983 [1977]): Sexualität und Wahrheit. Erster Band: Der Wille zum Wissen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- (1987 [1974]): Von der Subversion des Wissens. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag. Ungekürzte Ausgabe. Lizenzausgabe mit freundlicher Genehmigung des Carl Hanser Verlags, München.
- (1994 [1973]): Archäologie des Wissens. 6. Auflage. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- (1994): Das Subjekt und die Macht. In: Dreyfus, Hubert L./Rabinow, Paul (Hg.): Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Weinheim: Beltz Athenäum Verlag. 241–261.
- (2012): Die Regierung des Selbst und der anderen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2013): Papst auf Lampedusa. Franziskus erschüttert über Flüchtlingsschicksale. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/papst-auf-lampedusa-franziskus-erschuettert-ueber-fluechtlingsschicksale-12275123.html>. 08.07.2013. Zuletzt abgerufen: 11.02.2017.
- Freie und Hansestadt Hamburg (2011 [1957]): Gesetz über Grün- und Erholungsanlagen (GrAnlG HA). Vom 18. Oktober 1957. <http://www.landesrecht-hamburg.de/jportal/portal/page/bshaprod.psm?showdoccase=1&st=null&doc.id=jlr-GrAnlGHArahmen&doc.part=X&doc.origin=bs>. 15.02.2011. Zuletzt abgerufen: 06.05.2017.



- (2015): Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen. Die Ansprechpartner. <http://www.hamburg.de/start-ansprechpartner/>. 03.07.2015. Zuletzt abgerufen: 16.02.2017.
  - (2016): Stadtportal hamburg.de. Zentraler Koordinierungsstab Flüchtlinge. Übersicht. Standorte im Bezirk Hamburg-Nord. <http://www.hamburg.de/fluechtlinge-unterbringung-standorte/4373126/unterbringung-nord/>. 29.12.2016. Zuletzt abgerufen: 27.01.2017.
  - (2017): Stadtportal hamburg.de. Altona-Altstadt: Wissens- und Sehenswertes. Buntes Viertel mit wechselhafter Vergangenheit. <http://www.hamburg.de/sehenswertes-altona-altstadt/>. Zuletzt abgerufen: 28.01.2017.
- Friebertshäuser, Barbara (1997): Feldforschung und teilnehmende Beobachtung. In: dies./Prenzel, Annedore (Hg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim/München: Juventa Verlag. 503–534.
- Garelli, Glenda/Tazzioli, Martina (2013): Double Opening, Split Temporality, and New Spatialities: an Interview with Sandro Mezzadra on ‚Militant Research‘. In: *Postcolonial Studies* 16 (3). 309–319.
- Gearing, Jean (1995): Fear and Loving in the West Indies: Research from the Heart (as well as the Head). In: Kulick, Don/Willson, Margaret (Hg.): *Taboo. Sex, Identity, and Erotic Subjectivity in Anthropological Fieldwork*. London/New York: Routledge. 186–218.
- Gellner, Winand/Glatzmeier, Armin (2005): Die Suche nach der europäischen Zivilgesellschaft. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 36/2005. 29.08.2005. 8–15.
- Gentzler, Edwin (2002): Translation, Post-Structuralism, and Power. In: Tymoczko, Maria/Gentzler, Edwin (Hg.): *Translation and Power*. Amherst, MA: University of Massachusetts Press. 195–218.
- Georgi, Fabian (2016a): Zur politischen Ökonomie von Migrationsregimen. Die Geschichte der Internationalen Organisation für Migration (IOM) 1951–2015. Unveröffentlichtes Dissertations-Manuskript. Eingereicht: Januar 2016. Berlin: Freie Universität Berlin.
- (2016b): Widersprüche im langen Sommer der Migration. Ansätze einer materialistischen Grenzregimeanalyse. In: *PROKLA* 183 (2), 46. Jahrgang. 183–203.
- Germanisches Nationalmuseum Nürnberg (Hg.) (1983): *Ohn’ Ablass von Rom kann man wohl selig werden. Streitschriften und Flugblätter der frühen Reformationszeit*. Nördlingen: Verlag Dr. Alfons Uhl.
- Geschke, Sandra Maria (2009): Zwischen Stillstand und Aufbruch. Medial gestützte Überlegungen zum produktiven Umgang mit dem Warten als straßenräumliche Aktionsform. In: dies. (Hg.): *Straße als kultureller Aktionsraum*. Interdiszi-

- plinäre Betrachtungen des Straßenraumes an der Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 183–199.
- Gestring, Norbert/Ruhne, Renate/Wehrheim, Jan (Hg.) (2014): Stadt und soziale Bewegungen. Wiesbaden: Springer VS.
- GewerkschafterInnen Hamburg (2013): GewerkschafterInnen für die Gruppe Lampedusa in Hamburg. Solidaritätserklärung. Oktober 2013.
- GEW Hamburg (2013): Welcome to Hamburg, Welcome to the Union! <https://www.gew-hamburg.de/themen/hamburg-politik/welcome-to-hamburg-welcome-to-the-union>. 12.08.2013. Zuletzt abgerufen: 09.05.2017.
- GEW Studierende Hamburg (2013): Welcome to Hamburg, Welcome to the Union! Solidaritätserklärung. 22.07.2013.
- Giddens, Anthony (1984): The Constitution of Society. Oxford: Polity Press.
- Giebeler, Cornelia/Meneses, Marina (2012): Geben und Nehmen im Forschungsprozess. Reflexionen über trans-, inter- und intrakulturelle Räume im Forschungsprojekt „Juchitán – die Stadt der Frauen: Vom Leben im Matriarchat“. Eine Retrospektive nach 20 Jahren. In: Kaltmeier, Olaf/Corona Berkin, Sarah (Hg.): Methoden dekolonialisieren. Eine Werkzeugkiste zur Demokratisierung der Sozial- und Kulturwissenschaften. Münster: Westfälisches Dampfboot. 145–169.
- Gill, Nicholas (2009): Longing for Stillness. The Forced Movement of Asylum Seekers. In: M/C Journal 12 (1). <http://journal.media-culture.org.au/index.php/mcjournal/article/viewArticle/123>. Zuletzt abgerufen: 11.03.2017.
- Ginsburg, Faye D./Abu-Lughod, Lila/Larkin, Brian (Hg.) (2008): Media Worlds. Anthropology on New Terrain. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.
- Gleeson, Shannon/Paret, Marcel (2016): Precarity and Agency Through a Migration Lens. In: Citizenship Studies 20 (3–4). 277–294.
- Gluckman, Max (1961): Anthropological Problems Arising From the African Industrial Revolution. In: Southall, Aidan (Hg.): Social Change in Modern Africa. London: Oxford University Press.
- Goins, Leigh-Anne (2015): You Should Call it Shaunadra or Lekeisha: Making Movies into Politics, Online Comments and Constrained Citizenship. In: Interface 1 (1) (Theorizing the Web 2014 [Special Issue]). 04.08.2015. 1–39.
- Gomolla, Mechtild/Radtke, Frank-Olaf (2009): Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gramsci, Antonio (1996 [1975]): Heft 13 (XXX) 1932–1934. Anmerkungen zur Politik Machiavellis. In: Bochmann, Klaus/Haug, Wolfgang Fritz/Jehle, Peter

- (Hg.): Gefängnishefte. Band 7. Hefte 12 bis 15. Hamburg: Argument Verlag. 1533–1622.
- Gray, Chris H./Driscoll, Mark (1992): What's Real About Virtual Reality? Anthropology of, and in, Cyberspace. In: *Visual Anthropology Review* 8 (2). 39–49.
- Gregg, Melissa/Grossberg, Lawrence/Seigworth, Gregory J. (2010): Affect's Future: Rediscovering the Virtual in the Actual. In: Gregg, Melissa/Seigworth, Gregory J. (Hg.): *The Affect Theory Reader*. Durham/London: Duke University Press. 309–338.
- Gregg, Melissa/Seigworth, Gregory J. (Hg.) (2010a): *The Affect Theory Reader*. Durham/London: Duke University Press.
- (2010b): An Inventory of Shimmers. In: dies. (Hg.): *The Affect Theory Reader*. Durham/London: Duke University Press. 1–25.
- Grillo, Ulrich (2015): Ulrich Grillo im Gespräch mit Thielko Griebel. BDI-Chef Grillo zur Flüchtlingssituation. „Es gibt Chancen, es gibt Risiken“. [http://www.deutschlandfunk.de/bdi-chef-grillo-zur-fluechtlingssituation-es-gibt-chancen.694.de.html?dram:article\\_id=335763](http://www.deutschlandfunk.de/bdi-chef-grillo-zur-fluechtlingssituation-es-gibt-chancen.694.de.html?dram:article_id=335763). 03.11.2015. Zuletzt abgerufen: 17.02.2017.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (1999): *Intellektuelle Migrantinnen – Subjektivitäten im Zeitalter von Globalisierung: eine postkoloniale dekonstruktive Analyse von Biographien im Spannungsverhältnis von Ethnisierung und Vergeschlechtlichung*. Opladen: Leske + Budrich.
- (2003): Repräsentation, Subalternität und postkoloniale Kritik. In: dies./Steyerl, Hito (Hg.): *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*. Münster: UNRAST-Verlag. 17–37.
- (2004): ‚We Need Your Support, but the Struggle is Primarily Ours‘: On Representation, Migration and the Sans Papiers Movement, ESF Paris, 12th–15th November 2003. In: *Feminist Review* 77, *Labour Migrations: Women on the Move*. 152–156.
- Gutkind, Peter C.W. (1974): *Urban Anthropology. Perspectives on Third World Urbanisation and Urbanism*. Assen: Van Gorcum.
- Ha, Kien Nghi (2009): The White German's Burden. Multikulturalismus und Migrationspolitik aus postkolonialer Perspektive. In: Hess, Sabine/Binder, Jana/Moser, Johannes (Hg.): *No Integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*. Bielefeld: transcript Verlag. 51–72.
- (2014): Identität, Repräsentation und Community-Empowerment. Essay. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 64 (13–14). 24.03.2014. 27–33.
- Hakken, David (1999): *Cyborgs@Cyberspace? An Ethnographer Looks to the Future*. New York/London: Routledge.

- Hall, Stuart (2000): Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Rätzkel, Nora (Hg.): Theorien über Rassismus. Hamburg: Argument Verlag. 7–16.
- Hamburger Abendblatt (2013a): Afrikaner in Not. Libysche Flüchtlinge müssen Hamburg verlassen. <http://www.abendblatt.de/hamburg/article116591633/Libysche-Fluechtlinge-muessen-Hamburg-verlassen.html>. 28.05.2013. Zuletzt abgerufen: 09.05.2017.
- (2013b): Demonstration eskaliert. CDU: „Bürgerkriegsähnliche Attacken auf unsere Polizei“. 21.12.2013.
- Hamburger Morgenpost (2013): Nachtsyl für 80 libysche Flüchtlinge. Eine Kirche als XXL-Schlafzimmer. <http://www.mopo.de/hamburg/nachtsyl-fuer-80-libysche-fluechtlinge-eine-kirche-als-xxl-schlafzimmer-4018294>. 05.06.2013. Zuletzt abgerufen: 17.02.2016.
- (2014): „Problem“ gelöst? Wo sind eigentlich die Lampedusa-Flüchtlinge? <http://www.mopo.de/hamburg/-problem--geloest--wo-sind-eigentlich-die-lampedusa-fluechtlinge-3716058>. 17.01.2014. Zuletzt abgerufen: 09.05.2017.
- Hamm, Marion (2013): Engagierte Wissenschaft zwischen partizipativer Forschung und reflexiver Ethnographie. Methodische Überlegungen zur Forschung in sozialen Bewegungen. In: Binder, Beate u.a. (Hg.): Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnographisch und gendertheoretisch. Münster: Westfälisches Dampfboot. 55–72.
- Hands, Joss (2011): @ is for Activism. Dissent, Resistance and Rebellion in a Digital Culture. New York: Pluto Press.
- Hannerz, Ulf (1969): Soulside. Inquiries into Ghetto Culture and Community. New York: Columbia University Press.
- (1980): Exploring the City. Inquiries Toward an Urban Anthropology. New York/Chichester: Columbia University Press.
- Haraway, Donna (1995): Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive. In: dies. (Hg.): Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag. 73–97.
- Harding, Sandra (2004): Introduction. Standpoint Theory as a Site of Political, Philosophic, and Scientific Debate. In: Harding, Sandra (Hg.): The Feminist Standpoint Theory Reader: Intellectual and Political Controversies. New York/London: Routledge. 1–16.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- (2004): Multitude. Krieg und Demokratie im Empire. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.

- Haunss, Sebastian (2009) Die Bewegungsforschung und die Protestformen sozialer Bewegungen. In: Schönberger, Klaus/Sutter, Ove (Hg.): Kommt herunter, reiht euch ein ... Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen. Berlin/Hamburg: Assoziation A. 30–45.
- Hauser-Schäublin, Brigitta (2008): Teilnehmende Beobachtung. In: Beer, Bettina (Hg.): Methoden ethnologischer Feldforschung. Berlin: Dietrich Reimer Verlag. 37–58.
- Hedlund-de Witt, Nicholas (2013): Coding. An Overview and Guide to Qualitative Data Analysis for Integral Researchers. IRC Resource Paper No. 1.
- Heimeshoff, Lisa-Marie u.a. (Hg.) (2014): Grenzregime II. Migration, Kontrolle, Wissen. Transnationale Perspektiven. Berlin: Assoziation A.
- Hepp, Andreas (2006): Konnektivität, Netzwerk und Fluss: Perspektiven einer an den Cultural Studies orientierten Medien- und Kommunikationsforschung. In: Hepp, Andreas/Winter, Rainer (Hg.): Kultur – Medien – Macht. Cultural Studies und Medienanalyse. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 155–174.
- (2010): Netzwerk und Kultur. In: Stegbauer, Christian/Häußling, Roger (Hg.): Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 227–234.
- Herbold, Nick (2015): Sehenswürdigkeiten in Hamburg. <http://www.sehenswuerdigkeiten-in.hamburg/2015/04/bismarck-denkmal.html>. Zuletzt abgerufen: 19.12.2015.
- Herriger, Norbert (2014): Empowerment-Landkarte: Diskurse, normative Rahmung, Kritik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 64 (13–14). 24.03.2014. 39–46.
- Hess, Sabine (2015): Movements of Migration – Neue Perspektiven im Feld von Stadt, Migration und Repräsentation – Eine Hinleitung. In: Hess, Sabine/Näser, Torsten (Hg.): Movements of Migration. Neue Perspektiven im Feld von Stadt, Migration und Repräsentation. Berlin: Panama Verlag. 10–29.
- Hess, Sabine/Binder, Jana/Moser, Johannes (Hg.) (2009): No Integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: transcript Verlag.
- Hess, Sabine/Karakayalı, Serhat (2007): New Governance oder: Die imperiale Kunst des Regierens. Asyldiskurs und Menschenrechtsdispositiv im neuen EU-Migrationsmanagement. In: TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Rändern Europas. Bielefeld: transcript Verlag. 39–56.
- Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hg.) (2010): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Berlin/Hamburg: Assoziation A.

- Hess, Sabine/Kasperek, Bernd/Schwertl, Maria (2018): Regime ist nicht Regime. Zum theoriepolitischen Einsatz der ethnografischen (Grenz-) Regimeanalyse. In: Pott, Andreas/Rass, Christoph/Wolff, Frank (Hg.): Was ist ein Migrationsregime? What Is a Migration Regime? Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. 257–283.
- Hess, Sabine/Lebuhn, Henrik (2014): Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und *citizenship*. In: s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung 2 (3). 11–32.
- Hess, Sabine/Schwertl, Maria (2013): Vom „Feld“ zur „Assemblage“? Perspektiven europäisch-ethnologischer Methodenentwicklung – eine Hinleitung. In: Hess, Sabine/Moser, Johannes/Schwertl, Maria (Hg.): Europäisch-ethnologisches Forschen. Neue Methoden und Konzepte. Berlin: Dietrich Reimer Verlag. 13–38.
- Hess, Sabine/Tsianos, Vassilis (2010): Ethnographische Grenzregimeanalysen. Eine Methodologie der Autonomie der Migration. In: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hg.): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Berlin/Hamburg: Assoziation A. 243–264.
- Hine, Christine (2000): Virtual Ethnography. London/Thousand Oaks/New Delhi: SAGE Publications.
- Hochschule für bildende Künste Hamburg (HFBK) (2013): 100 Jahre Lerchenfeld. Festakt. <http://www.hfbk-hamburg.de/de/aktuell/projekte/100-jahre-am-lerchenfeld/festakt/>. 09.10.2013. Zuletzt abgerufen: 13.02.2017.
- Holland-Cunz, Barbara (2003): Die alte neue Frauenfrage. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Hollingsworth, J. Rogers/Boyer, Robert (1997): From National Embeddedness to Spatial and Institutional Nestedness. In: dies. (Hg.): Contemporary Capitalism: The Embeddedness of Institutions. Cambridge: Cambridge University Press. 433–484.
- Hollstein, Betina (2006): Qualitative Methoden und Netzwerkanalyse – ein Widerspruch? In: dies./Straus, Florian (Hg.): Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 11–35.
- Holm, Andrej/Gebhardt, Dirk (Hg.) (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA Verlag.
- hooks, bell (1994): Language. Teaching New Worlds/New Words. In: dies. (Hg.): Teaching to Transgress. Education as the Practice of Freedom. London/New York: Routledge. 167–175.
- Hornscheidt, Antje (1997): Der ‚linguistic turn‘ aus der Sicht der Linguistik. In: Henningsen, Bernd/Schröder, Stephan Michael (Hg.): Vom Ende der

- Humboldt-Kosmen. Konturen von Kulturwissenschaft. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. 175–206.
- (2009 [2005]): (Nicht)Benennungen: Critical Whiteness Studies und Linguistik. In: Eggers, Maureen Maisha u.a. (Hg.): Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland. Münster: UNRAST-Verlag. 476–490.
- Horst, Heather A. (2012): New Media Technologies in Everyday Life. In: Horst, Heather A./Miller, Daniel (Hg.): Digital Anthropology. London/New York: Berg. 61–79.
- Horst, Heather A./Miller, Daniel (Hg.) (2012a): Digital Anthropology. London/New York: Berg.
- (2012b): The Digital and the Human: A Prospectus for Digital Anthropology. In: dies. (Hg.): Digital Anthropology. London/New York: Berg. 3–35.
- Houtum, Henk van/Naerssen, Ton van (2002): Bordering, Ordering and Othering. In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie 93 (2). 125–136.
- Hruschka, Constantin (2016): Dublin ist tot! – Lang lebe Dublin! Anmerkungen zum Kommissionsvorschlag vom 4. Mai 2016. <http://fluechtlingsforschung.net/dublin-ist-tot-lang-lebe-dublin/>. 28.06.2016. Zuletzt abgerufen: 24.03.2017.
- Informationsverbund Asyl und Migration (2017): Rechtsprechungsdatenbank. <http://www.asyl.net/index.php?id=rechtsprechungsdatenbank>. Zuletzt abgerufen: 27.01.2017.
- Inheteven, Katharina (2006): „Because We Are Refugees“: Utilizing a Legal Label. Research Paper No. 130. Oktober 2006. Siegen: University of Siegen.
- International Conference of Refugees and Migrants (2016): International Conference of Refugees and Migrants. 26.–28.02.2016. hamburg/germany, kampnagel. <http://refugeeconference.blogspot.eu/>. Zuletzt abgerufen: 17.02.2017.
- International Organization for Migration (IOM) (2013): 2013 United Nations General Assembly High Level Dialogue on International Migration and Development. IOM Activities and Possible „High Road Scenarios“ for the Four Round-Table Themes. <http://www.iom.int/files/live/sites/iom/files/What-We-Do/docs/IOM-activities-and-possible-high-road-scenarios-for-the-four-round-table-themes.pdf>. Zuletzt abgerufen: 10.01.2017.
- (2017): Mediterranean. Recorded Deaths in the Mediterranean Sea by Migrants’ Region of Origin. 2016. <http://missingmigrants.iom.int/mediterranean>. Zuletzt abgerufen: 11.02.2017.
- Isin, Engin F. (2005): Engaging, Being, Political. In: Political Geography 24 (3). 373–387.
- (2008a): Recasting the Social in Citizenship. Toronto: University of Toronto Press.

- (2008b): *Theorizing Acts of Citizenship*. In: ders./Nielsen, Greg M. (Hg.): *Acts of Citizenship*. London/New York: Zed Books. 15–43.
- (2009): *Citizenship in Flux. The Figure of the Activist Citizen*. In: *Subjectivity* 29. 367–388.
- (2013): *Claiming European Citizenship*. In: ders./Saward, Michael (Hg.): *Enacting European Citizenship*. New York: Cambridge University Press. 19–46.
- Inis, Engin F./Nielsen, Greg M. (Hg.) (2008): *Acts of Citizenship*. London/New York: Zed Books.
- Inis, Engin F./Saward, Michael (2013): *Questions of European Citizenship*. In: dies. (Hg.): *Enacting European Citizenship*. New York: Cambridge University Press. 1–18.
- Ito, Mizuko (1997): *Virtually Embodied: The Reality of Fantasy in a Multi-User Dungeon*. In: Porter, David (Hg.): *Internet Culture*. New York/London: Routledge. 87–109.
- Ives, Peter (2004): *Language and Hegemony in Gramsci*. London/Ann Arbor, MI: Pluto Press.
- Jansen, Jan C./Osterhammel, Jürgen (2014): *Dekolonisation. Das Ende der Imperien*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Lizenzausgabe).
- Jessop, Bob (2002): *The Future of the Capitalist State*. Cambridge: Polity Press.
- Johnson, Heather (2012): *Moments of Solidarity, Migrant Activism and (Non)Citizens at Global Borders. Political Agency at Tanzanian Refugee Camps, Australian Detention Centres and European Borders*. In: Nyers, Peter/Rygiel, Kim (Hg.): *Citizenship, Migrant Activism and the Politics of Movement*. London/New York: Routledge. 109–128.
- Johnson, Norris Brock (2007): *Sex, Color, and Rites of Passage in Ethnographic Research*. In: Robben, Antonius C.G.M./Sluka, Jeffrey A. (Hg.): *Ethnographic Fieldwork. An Anthropological Reader*. Malden/Oxford/Carlton: Blackwell Publishing. 76–91.
- Kalleberg, Arne L. (2009): *Precarious Work, Insecure Workers: Employment Relations in Transition*. In: *American Sociological Review* 74 (1). 1–22.
- Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora (Hg.) (1990): *Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. 2., völlig überarbeitete Auflage*. Leer: Mundo Verlag.
- Kaltmeier, Olaf (2012): *Methoden dekolonialisieren: Reziprozität und Dialog in der herrschenden Geopolitik des Wissens*. In: ders./Corona Berkin, Sarah (Hg.): *Methoden dekolonialisieren. Eine Werkzeugkiste zur Demokratisierung der Sozial- und Kulturwissenschaften*. Münster: Westfälisches Dampfboot. 18–44.



- Kaltmeier, Olaf/Corona Berkin, Sarah (Hg.) (2012a): Methoden dekolonialisieren. Eine Werkzeugkiste zur Demokratisierung der Sozial- und Kulturwissenschaften. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- (2012b): Einleitung. Im Dialog: Methodologische Überlegungen zu Horizontalität und Reziprozität in den Sozial- und Kulturwissenschaften. In: dies. (Hg.): Methoden dekolonialisieren. Eine Werkzeugkiste zur Demokratisierung der Sozial- und Kulturwissenschaften. Münster: Westfälisches Dampfboot. 7–17.
- Karakayalı, Juliane u.a. (2012): Decolorise it! Die Rezeption von Critical Whiteness hat eine Richtung eingeschlagen, die die antirassistischen Politiken sabotiert. In: ak – analyse/kritik – zeitung für linke Debatte und Praxis Nr. 575. 21.09.2012. 11–12.
- Karakayalı, Juliane/Tsianos, Vassilis (2014): Rassismus und Repräsentationspolitik in der postmigrantischen Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 64 (13–14). 24.03.2014. 33–39.
- Karakayalı, Serhat (2008): Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld: transcript Verlag.
- (2013a): Kosmopolitische Solidarität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 13–14/2013. 25.03.2013. 21–26.
- (2013b): Von Ausschluss zu Ausschluss. Migration und die Transformation politischer Subjektivität. In: Marchart, Oliver (Hg.): Facetten der Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Verhältnisse. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Prekarisierung von Arbeit und Leben. Bielefeld: transcript Verlag. 147–154.
- Karakayalı, Serhat/Tsianos, Vassilis (2005): Mapping the Orders of New Migration. Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration. In: Peripherie 25 (97/98). 35–64.
- (2007): Movements that Matter. Eine Einleitung. In: TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas. Bielefeld: transcript Verlag. 7–17.
- Kasperek, Bernd/Speer, Marc (2015): Of Hope. Ungarn und der lange Sommer der Migration. <http://bordermonitoring.eu/ungarn/2015/09/of-hope/>. 07.09.2015. Zuletzt abgerufen: 26.01.2017.
- Kasperek, Bernd/Tsianos, Vassilis (2013): Too Much Love. Von „Non-Citizens“ und ihren „Supportern“. Über problematische neue Begriffe im deutschen antirassistischen Diskurs. In: Jungle World 30. 25.07.2013.
- Kein Mensch ist illegal Hamburg (2014): Lampedusa in Hamburg: Beitrag zu Rassismus in der Antike mit Zitate [sic] von Platon und Aristoteles unter Polizeischutz. <http://kein-mensch-ist-illegal-hh.blogspot.de/2014/05/lampedusa-in-hamburg-beitrag-zu.html>. 17.05.2014. Zuletzt abgerufen: 19.12.2014.

- Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hg.) (1999): Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kleinen, Dominik/Kühn, Cornelia (2015): Urbane Aushandlungen. Die Stadt als Aktionsraum. In: Kaschuba, Wolfgang/Kleinen, Dominik/Kühn, Cornelia (Hg.): Urbane Aushandlungen. Die Stadt als Aktionsraum. Berliner Blätter: Ethnographische und ethnologische Beiträge. Heft 69/2015. Berlin: Panama Verlag. 7–12.
- Koch, Dietrich F./Winter, Deirdre (2005): Psychische Reaktionen nach Extrembelastungen bei traumatisierten Kriegsflüchtlingen. Hg. von XENION. <http://xenion.org/wp-content/uploads/Psychische-Reaktionen-nach-Extrembelastungen.pdf>. Zuletzt abgerufen: 10.02.2017.
- Königreich Belgien u.a. (2000): Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen. Amtsblatt Nr. L 239 vom 22.09.2000. 0019 - 0062. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:42000A0922%2802%29:DE:HTML>. Zuletzt abgerufen: 20.05.2017.
- Köster-Eiserfunke, Anna/Reichhold, Clemens/Schwiertz, Helge (2014): Citizenship zwischen nationalem Status und aktivistischer Praxis – eine Einführung. In: Heimeshoff, Lisa-Marie u.a. (Hg.): Grenzregime II. Migration, Kontrolle, Wissen. Transnationale Perspektiven. Berlin: Assoziation A. 177–196.
- Koulou, Zimri (2014): Für die Freiheit. Rede auf der Demo von Lampedusa in Hamburg am 5. Juli 2014. Gruppenmitglied von Lampedusa in Hamburg. Übersetzung: Conni Gunßer.
- Krätke, Stefan/Schmoll, Fritz (1987): Der lokale Staat. „Ausführungsorgan“ oder „Gegenmacht“? In: PROKLA 68. 30–72.
- Kuhiwczak, Piotr/Littau, Karin (Hg.) (2007): A Companion to Translation Studies. Clevedon/Buffalo/Toronto: Multilingual Matters Ltd.
- Kulick, Don (1995): Introduction. The Sexual Life of Anthropologists: Erotic Subjectivity and Ethnographic Work. In: ders./Willson, Margaret (Hg.): Taboo. Sex, Identity, and Erotic Subjectivity in Anthropological Fieldwork. London/New York: Routledge. 1–28.
- Kulick, Don/Willson, Margaret (Hg.) (1995): Taboo. Sex, Identity, and Erotic Subjectivity in Anthropological Fieldwork. London/New York: Routledge.

- Kuster, Brigitta/Tsianos, Vassilis (2013): Erase them! Eurodac und die digitale Deportabilität. <http://eipcp.net/transversal/0313/kuster-tsianos/de/print.01/2013>. Zuletzt abgerufen: 11.03.2017.
- (2016): How to Liquefy a Body on the Move: Eurodac and the Making of the European Digital Border. In: Bossong, Raphael/Carrapico, Helena (Hg.): EU Borders and Shifting Internal Security. Technology, Externalization and Accountability. Academic workshop, held at the Europe University Viadrina, Frankfurt/Oder 2014. Cham u.a.: Springer. 45–63.
- LaBelle, Brandon (2010): Sound as Hinge. In: Esemplasticism: The Truth is a Compromise (Exhibition Catalogue). Berlin: TAG, DISK/CTM – Club Transmediale. 40–42.
- LabourNet Germany (Hg.) (2015): Gewerkschaftlicher Appell: Die Chance für eine solidarische Lösung für die Gruppe Lampedusa in Hamburg nutzen. Mindestlohn durchsetzen heißt auch Arbeitserlaubnisse für alle [sic] die hier leben. [http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2015/03/hblampedusa\\_arbeitsappell2.pdf](http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2015/03/hblampedusa_arbeitsappell2.pdf). März 2015. Zuletzt abgerufen: 09.05.2017.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2000): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien: Passagen Verlag.
- Lampedusa in Hamburg (2013a): Lampedusa in Hamburg (Rathaus) – Calling for Serious Conversations/22th of May 2013. 22.05.2013. <https://www.youtube.com/watch?v=dgIFn-EDzoY>. Zuletzt abgerufen: 11.03.2017.
- (2013b): Öffentliche Erklärung und Aufforderung zum ernsthaften Gespräch. An die Hamburger Bürgerschaft und den Bürgermeister Olaf Scholz. 14.05.2013.
- (2013c): Einladung zur Pressekonferenz am 17. Mai 2013. 15.05.2013.
- (2013d): Pressemitteilung. 01.06.2013.
- (2013e): Information an die Menschen in St. Georg/Hamburg-Mitte. Flyer. Juni 2013.
- (2013f): Als Libysche Kriegsflüchtlinge fordern wir: Ein Aufenthaltsrecht gemäß § 23 Aufenthaltsgesetz. 20.06.2013.
- (2013g): Brief von Lampedusa in Hamburg an die Gewerkschaft ver.di. Offener Brief. 10.07.2013.
- (2013h): Einladung zur Pressekonferenz der Kriegsflüchtlinge der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“. 26.07.2013.
- (2013i): Demonstration, 17. August. Flyer. 17.08.2013.
- (2013j): Pressemitteilung: Erste Mittwochsdemo zum Rathaus – entscheidende Entwicklungen erwartet. 12.09.2013.
- (2013k): Senat eskaliert die Situation und setzt auf menschenverachtende Erpressung. Pressemitteilung. 01.10.2013.

- (2013l): Lampedusa in Hamburg – Recht zu bleiben! Transnationaler Appell. 15.10.2013.
- (2013m): Offener Brief der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ an den Senat der Stadt Hamburg und Erneuerung unseres Gesprächsangebots. 16.10.2013.
- (2013n): Einladung zur Pressekonferenz 18.10.2013. 17.10.2013.
- (2013o): Antwort an den Hamburger Senat und Vorschlag zur Lösung im Sinne von Menschenwürde und Menschenrecht. 28.10.2013.
- (2013p): Einladung zur Pressekonferenz 29.10.2013. Pressekonferenz zu den jüngsten Vorschlägen des Hamburger Senats. 28.10.2013.
- (2013q): Short Statement by the Group ‚Lampedusa in Hamburg‘ Regarding the Situation at the St Pauli Church. 31.10.2013.
- (2013r): Aufruf. Was moralisch falsch ist, kann politisch nicht richtig sein. Kommt zusammen gegen Unmenschlichkeit, Ungerechtigkeit und Rassismus. Demo-Flyer. 02.11.2013.
- (2013s): Demonstration „Aufenthaltsrecht für Lampedusa in Hamburg“. Pressemitteilung. 02.11.2013.
- (2013t): Offener Brief an die Nordkirche und die christlichen Gemeinden. 17.11.2013.
- (2013u): Adventsdemonstrationen 30.11., 7.12., 14.12., 21.12. Plakat. November 2013.
- (2013v): Lampedusa in Hamburg auf Twitter. [https://twitter.com/Lampedusa\\_HH/with\\_replies](https://twitter.com/Lampedusa_HH/with_replies). Online gegangen: 26.11.2013. Zuletzt abgerufen: 26.07.2016.
- (2014a): Demo-Aufruf. 25.01.2014.
- (2014b): Zwei Konferenzen (01. und 08. Februar)/Großdemonstration am 01. März 2014. Eine neue Phase in unserem Kampf! Flyer. Februar 2014.
- (2014c): „Lampedusa in Hamburg“ und ihre Berufe zu Besuch bei Hamburger Kolleg\_innen. Pressemitteilung. 05.02.2014.
- (2014d): Öffentliche Erklärung März 2014. 19.03.2014.
- (2014e): Erinnert euch daran, dass wir das Produkt, der Beweis und die Opfer eures NATO-Krieges in Libyen 2011 sind. Pressemitteilung. 19.09.2014.
- (2014f): Lampedusa Emancipation Day. Flyer. 10./11. Oktober 2014.
- Lampedusa in Hamburg online (2013): Homepage. <http://www.lampedusa-in-hamburg.org>. Zuletzt abgerufen: 01.03.2016.
- (2013–2017): Homepage. <http://lampedusa-hamburg.info/de/>. Zuletzt abgerufen: 25.01.2017.
- Lampedusa in Hamburg @ lapedusainhamburg (2017): We Are Here to Stay. Lampedusa in Hamburg. <https://www.facebook.com/lapedusainhamburg>. Zuletzt abgerufen: 28.02.2017.

- Lanz, Stephan (2015): Über (Un-)Möglichkeiten, hiesige Stadtforschung zu postkolonialisieren. In: *sub \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung* 3 (1). 75–90.
- Latour, Bruno (1993): *We Have Never Been Modern*. Cambridge: Harvard University Press.
- (2004): How to Talk About the Body? The Normative Dimension of Science Studies. In: *Body/Society* 10 (2–3). 205–229.
- (2005): *Reassembling the Social. An Introduction to Actor-Network-Theory*. New York: Oxford University Press.
- Law, John (2004): *After Method: Mess in Social Science Research*. London: Routledge.
- Lea, Jennifer/Woodward, Keith (2010): Geographies of Affect. In: Smith, Susan J. u.a. (Hg.): *The SAGE Handbook of Social Geographies*. Los Angeles: SAGE. 154–175.
- Lebuhn, Henrik (2010): Drinnen und Draußen. Die EU-Grenzen verschieben sich. In: *Iz3w* Nr. 318. 24–25.
- (2012): Bürgerschaft und Grenzpolitik in den Städten Europas. Perspektiven auf die Stadt als Grenzraum. In: *Peripherie* 126/127. 350–362.
- Lefebvre, Henri (1972): *Die Revolution der Städte*. München: List Verlag.
- (2016): *Das Recht auf Stadt*. Französische Originalausgabe: *Le Droit à la Ville* (1968). Hamburg: Edition Nautilus.
- Lefebvre, Henri/Levich, Christine (1987): The Everyday and Everydayness. In: *Yale French Studies* 73. 7–11.
- Lemke, Thomas (2004): „Eine Kultur der Gefahr“ – Dispositive der Unsicherheit im Neoliberalismus. In: *Widerspruch*. 24. Jahrgang. Nr. 46. 89–98. <http://www.thomaslemkeweb.de/publikationen/EineKulturderGefahr.pdf>. Zuletzt abgerufen: 10.02.2017.
- Lentin, Alana/Titley, Gavan (2011): *The Crises of Multiculturalism: Racism in a Neoliberal Age*. London: Zed Books London.
- Lewis, Matthew Themba (2006): Nothing Left to Lose? An Examination of the Dynamics and Recent History of Refugee Resistance and Protest. Paper presented at the 4th Annual Forced Migration Post-Graduate Student Conference. 18.–19.03.2006. London: University of East London.
- Lindlof, Thomas R./Shatzer, Milton J. (1998): Media Ethnography in Virtual Space. Strategies, Limits, and Possibilities. In: *Journal of Broadcasting and Electronic Media* 42 (2). 170–189.
- Lindner, Rolf (2004): *Walks on the Wild Side. Eine Geschichte der Stadtforschung*. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.

- Lipp, Carola (1986): Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49. Moos/Baden-Baden: Elster Verlag.
- Lorey, Isabell (2012): Die Regierung der Prekären. Wien/Berlin: Verlag Turia + Kant.
- Lorimer, Hayden (2008): Cultural Geography: Non-Representational Conditions and Concerns. In: *Progress in Human Geography* 32 (4). 551–559.
- Loxley, James (2007): *Performativity*. London/New York: Routledge.
- Lyman, Peter/Wakeford, Nina (1999): Going Into the (Virtual) Field. In: *American Behavioral Scientist* 43 (3). 359–376.
- Maier, Hiltrud (2014): Schluss mit der Einquartierung von Lampedusa-Negern und anderen „Asyl-Asyl-Flüchtlingen“ [sic] in unsere Wohnungen und Häuser! Flugblatt. 14.10.2014.
- Malkki, Liisa H. (1996): Speechless Emissaries: Refugees, Humanitarianism, and Dehistoricization. In: *Cultural Anthropology* 11 (3). 377–404.
- Manifest für Lampedusa (2014): Hier eine Zukunft! Manifest für Lampedusa. <http://manifest-fuer-lampedusa-hh.de>. 16.06.2014. Zuletzt abgerufen: 19.12.2014.
- Marchart, Oliver (2013): Auf dem Weg in die Prekarisierungsgesellschaft. In: Marchart, Oliver (Hg.): *Facetten der Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Verhältnisse. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Prekarisierung von Arbeit und Leben*. Bielefeld: transcript Verlag. 7–20.
- Marciniak, Katarzyna/Tyler, Imogen (2013): Immigrant Protest: an Introduction. In: *Citizenship Studies* 17 (2). 143–156.
- Marcus, George (1995): Ethnography in/of the World System. The Emergence of Multi-sited Ethnography. In: *Annual Review of Anthropology* 24. 95–117.
- Markham, Tim (2014): Social Media, Protest Cultures and Political Subjectivities of the Arab Spring. In: *Media, Culture/Society* 36 (1). 89–104.
- Marrus, Michael R. (2002): *The Unwanted. European Refugees from the First World War Through the Cold War*. Philadelphia: Temple University Press.
- Marshall, Thomas H. (1992): *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Massumi, Brian (2002): *Parables for the Virtual. Movement, Affect, Sensation*. Durham/London: Duke University Press.
- (2015): *Politics of Affect*. Cambridge: Polity Press.
- Mau, Steffen (2010): Mobility Citizenship, Inequality, and the Liberal State. In: *International Political Sociology* 4 (4). 339–361.
- Mayer, Adrian (1966): The Significance of Quasi-Groups in the Study of Complex Societies. In: Banton, Michael (Hg.): *The Social Anthropology of Complex Societies*. London: Tavistock. 97–122.

- Mayer, Margit (2010): *Civic City Cahier 1: Social Movements in the (Post-)Neoliberal City*. London: Bedford Press.
- (2013): Was können urbane Bewegungen, was kann die Bewegungsforschung bewirken? Replik zu den fünf Kommentaren. In: *s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung*. Heft 75. 193–204.
- Mayer, Margit/Roth, Roland (1995): *New Social Movements and the Transformation to Post-Fordist Society*. In: Darnovsky, Marcy/Epstein, Barbara/Flacks, Richard (Hg.): *Cultural Politics and Social Movements*. Philadelphia: Temple University Press. 299–319.
- Mayer, Philip (1961): *Townsmen or Tribesmen. Conservatism and the Process of Urbanization in a South African City*. Cape Town: Oxford University Press.
- (1962): *Migrancy and the Study of Africans in Towns*. In: *American Anthropologist* 64 (3). 576–592.
- (1964): *Labour Migrancy and the Social Network*. In: Holleman, J.F. u.a. (Hg.): *Problems of Transition: Proceedings of the Social Sciences Research Conference 1962*. Pietermaritzburg: Natal University Press. 21–51.
- McNevin, Anne (2011): *Contesting Citizenship: Irregular Migrants and New Frontiers of the Political*. New York: Columbia University Press.
- Mecheril, Paul (2004): *Einführung in die Migrationspädagogik*. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.
- Merchant, Carolyn (1987): *Der Tod der Natur. Ökologie, Frauen und neuzeitliche Naturwissenschaft*. München: C.H. Beck.
- Messerschmidt, Astrid (2006): *Solidarität unter postkolonialen Bedingungen*. [http://www.mangoes-and-bullets.org/wp-content/uploads/2015/11/Messerschmidt\\_2006\\_Solidarit%C3%A4t-unter-poko-Bedingungen\\_vortrag\\_esgiena.pdf](http://www.mangoes-and-bullets.org/wp-content/uploads/2015/11/Messerschmidt_2006_Solidarit%C3%A4t-unter-poko-Bedingungen_vortrag_esgiena.pdf). Hg. von global e.V. Zuletzt abgerufen: 20.12.2016.
- Mezzadra, Sandro (2007): *Kapitalismus, Migration, soziale Kämpfe. Vorbemerkungen zu einer Theorie der Autonomie der Migration*. In: Pieper, Marianne u.a. (Hg.): *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag. 179–193.
- (2011a): *The Gaze of Autonomy. Capitalism, Migration and Social Struggles*. In: Squire, Vicki (Hg.): *The Contested Politics of Mobility: Borderzones and Irregularity*. London: Routledge. 121–143.
- (2011b): *Keine Freiheit ohne Bewegungsfreiheit*. In: Koch, Lars/Petersen, Christer/Vogl, Joseph (Hg.): *Störfälle. Zeitschrift für Kulturwissenschaften* 5 (2). Bielefeld: transcript Verlag. 154–157.
- Mezzadra, Sandro/Neilson, Brett (2012): *Borderscapes of Differential Inclusion: Subjectivity and Struggles on the Threshold of Justice's Excess*. In: Balibar,

- Étienne/Mezzadra, Sandro/Samaddar, Ranabir (Hg.): *The Borders of Justice*. Philadelphia: Temple University Press. 181–203.
- (2013): *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*. Durham/London: Duke University Press.
- Mignolo, Walter D. (2002): *The Geopolitics of Knowledge and the Colonial Difference*. In: *The South Atlantic Quarterly* 101 (1). 57–96.
- Migrationsausschuss ver.di Landesbezirk Hamburg (2013): *Pressemitteilung*. 10.07.2013.
- Mitchell, J. Clyde (1969): *The Concept and Use of Social Networks*. In: ders. (Hg.): *Social Networks in Urban Situations: Analyses of Personal Relationships in Central African Towns*. Manchester: Manchester University Press. 1–50.
- Mitchell, J. Clyde (1974): *Social Networks*. In: *Annual Review of Anthropology* 3 (1). 279–299.
- Mitropoulos, Angela/Neilson, Brett (2006): *Exceptional Times, Non-Governmental Spacings, and Impolitical Movements*. In: *Vacarme* 34. [www.vacarme.org/article484.html](http://www.vacarme.org/article484.html). Zuletzt abgerufen: 10.02.2017.
- Moore, Sally F. (2001): *Certainties Undone: Fifty Turbulent Years of Legal Anthropology, 1949–1999*. In: *Journal of the Royal Anthropological Institute* 7 (1). 95–116.
- Mossberger, Karen/Tolbert, Caroline J./McNeal, Ramona S. (2008): *Digital Citizenship. The Internet, Society, and Participation*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Mouffe, Chantal (2005): *On the Political*. London: Routledge.
- Moulier Boutang, Yann (2002): *Nicht länger Reservearmee*. In: *Jungle World* Nr. 15. <http://jungle-world.com/artikel/2002/14/24171.html>. 03.04.2002. Zuletzt abgerufen: 22.06.2016.
- Moulier Boutang, Yann (2007): *Europa, Autonomie der Migration, Biopolitik*. In: Pieper, Marianne (Hg.): *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag. 169–178.
- Moulin, Carolina/Nyers, Peter (2007): *„We Live in a Country of UNHCR“ – Refugee Protests and Global Political Society*. In: *International Political Sociology* 1 (4). 356–372.
- Muckel, Petra (2007): *Die Entwicklung von Kategorien mit der Methode der Grounded Theory*. In: *Historical Social Research, Supplement* 19. 211–231.
- Müller, Martin (2007): *What’s in a Word? Problematizing Translation between Languages*. In: *Area* 39 (2). 206–213.
- Muslimischer Familienverein e.V. Masjid Rahma/African Christian Church Hamburg/Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde St. Georg-Borgfelde



- (2013): Spendenaufruf „Moschee und Kirche gemeinsam für afrikanische Flüchtlinge“. Pressemitteilung. Juli 2013.
- Nachbarschaftsinitiative Balduintreppe (2017): deadbylaw. Wieso starb Jaja Diabi? Manifestation in Remembrance of Jaja Diabi 19.02.2017. <https://deadbylaw.blackblogs.org>. Zuletzt abgerufen: 16.02.2017.
- Nader, Laura (1965): The Anthropological Study of Law. In: *American Anthropologist* 67 (6). 3–32.
- (1972): Up the Anthropologist – Perspectives Gained from Studying Up. In: Hymes, Dell (Hg.): *Reinventing Anthropology*. New York: Random House. 284–311.
- (1997 [1969]): Preface to the Paperback Edition. In: dies. (Hg.): *Law in Culture and Society*. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press. v–vii.
- Nader, Laura/Yngvesson, Barbara (1973): On Studying the Ethnography of Law and Its Consequences. In: Honigmann, John J. (Hg.): *Handbook of Social and Cultural Anthropology*. Chicago: Rand McNally and Company. 883–921.
- Namberger, Verena (2013): Rassismustheorien und die Materialität des Körpers. In: Goll, Tobias/Keil, Daniel/Telios, Thomas (Hg.): *Critical Matter. Diskussionen eines neuen Materialismus*. Münster: edition assemblage. 134–150.
- Nardi, Bonnie A. (2010): *My Life as a Night Elf Priest. An Anthropological Account of World of Warcraft*. Ann Arbor, Michigan: University of Michigan Press.
- NDR (2013a): Stadt und Kirche streiten über Flüchtlinge. 28.05.2013. [www.ndr.de](http://www.ndr.de). Regional. Hamburg. Zuletzt abgerufen: 14.07.2013.
- (2013b): Schiffbruch auf St. Pauli. <https://www.youtube.com/watch?v=2PrAQZW0538>. 04.12.2013. Zuletzt abgerufen: 19.05.2015.
- Netzwerk Menschenrechte (2017): Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen. Die deutsche Verweigerung der Ratifizierung. <https://www.wanderarbeiterkonvention.de/die-deutsche-verweigerung-der-ratifizierung-3118/>. Zuletzt abgerufen: 11.01.2017.
- Neubert, Harald (2001): *Antonio Gramsci: Hegemonie – Zivilgesellschaft – Partei. Eine Einführung*. Hamburg: VSA Verlag.
- Neumann, Michael (2013): Blog Innensenator Michael Neumann. Zur Lage afrikanischer Flüchtlinge in Hamburg. <http://www.neumann-hamburg.de>. 04.11.2013. Zuletzt abgerufen: 05.11.2013.
- Newman, David/Paasi, Anssi (1998): Fences and Neighbours in the Postmodern World: Boundary Narratives in Political Geography. In: *Progress in Human Geography* 22 (2). 186–207.

- Newmark, Peter (1991): *About Translation*. Clevedon/Philadelphia/Adelaide: Multilingual Matters Ltd.
- Nieden, Birgit zur (2009): „... und deutsch ist wichtig für die Sicherheit!“ Eine kleine Genealogie des Spracherwerbs Deutsch in der BRD. In: Hess, Sabine/Binder, Jana/Moser, Johannes (Hg.): *No Integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*. Bielefeld: transcript Verlag. 123–136.
- Nowak, Peter (2013): *Eingeschränkte Solidarität. Ver.di hat in Hamburg 300 Flüchtlinge aufgenommen – nun gibt es Ärger in der Organisation*. In: *neues deutschland* (Hg.): <https://www.neues-deutschland.de/artikel/918085.eingeschraenkte-solidaritaet.html>. 14.12.2013. Zuletzt abgerufen: 10.09.2014.
- Nyers, Peter (2006): *Rethinking Refugees. Beyond States of Emergency*. London/New York: Routledge.
- Nyers, Peter/Rygiel, Kim (Hg.) (2012a): *Citizenship, Migrant Activism, and the Politics of Movement*. London/New York: Routledge.
- (2012b): *Introduction. Citizenship, Migrant Activism, and the Politics of Movement*. In: dies.: *Citizenship, Migrant Activism, and the Politics of Movement*. London/New York: Routledge. 1–19.
- (2014): *Citizenship, migrantischer Aktivismus und Politiken der Bewegung*. Übersetzung: Nisha Gamgee. In: Heimeshoff, Lisa-Marie u.a. (Hg.): *Grenzregime II. Migration, Kontrolle, Wissen. Transnationale Perspektiven*. Berlin: Assoziation A. 197–216.
- Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V. (2016): *So viele Kirchenasyle wie noch nie: Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Asyl in der Kirche e.V. veröffentlicht Jahresstatistik 2015*. Pressemitteilung. <http://www.kirchenasyl.de/portfolio/pm-so-viele-kirchenasyle-wie-noch-nie/>. 03.06.2016. Zuletzt abgerufen: 09.05.2017.
- Ong, Aihwa (2006): *Neoliberalism as Exception. Mutations in Citizenship and Sovereignty*. Durham/London: Duke University Press.
- O’Reilly, Karen (2005): *Ethnographic Methods*. London: Routledge.
- OVG Hamburg (2013): *4 Bs 327/13*. <http://justiz.hamburg.de/contentblob/4148240/data/4bs327-13.pdf>. 29.11.2013. Zuletzt abgerufen: 10.01.2017.
- Papadopoulos, Dimitris/Tsianos, Vassilis (2011): *Die Autonomie der Migration. Die Tiere der undokumentierten Mobilität*. In: Bal, Gülsen (Hg.): *Open Space. Schnittpunkte aktueller Kunstpraxis*. Wien: Open Space. Zentrum für Kunstprojekte. 116–124.
- (2013): *After Citizenship: Autonomy of Migration, Organisational Ontology and Mobile Commons*. In: *Citizenship Studies* 17 (2). 178–196.
- Parker, Noel u.a. (2009): *Lines in the Sand? Towards an Agenda for Critical Border Studies*. In: *Geopolitics* 14 (3). 582–587.

- Pellegrina, Lucia dalla/Saraceno, Margherita/Suardi, Mattia (2014): Migration Policy: An Assessment on the North Africa Emergency Provisions. In: *Procedia Economics and Finance* 17. 156–164.
- Perkmann, Markus/Sum, Ngai-Ling (Hg.) (2002): *Globalization, Regionalization and Cross-Border Regions*. London: Palgrave Macmillan.
- Peters, Michael (1999): Neoliberalism. In: *Encyclopedia of Philosophy of Education*. London: Routledge.
- Pieper, Marianne (2013): Prekarität aus post-operaistischer Perspektive. In: Marchart, Oliver (Hg.): *Facetten der Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Verhältnisse. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Prekarisierung von Arbeit und Leben*. Bielefeld: transcript Verlag. 109–135.
- Pieper, Marianne u.a. (Hg.) (2007): *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Pink, Sarah (2001): *Doing Visual Ethnography. Images, Media and Representation in Research*. London/Thousand Oaks/New Delhi: SAGE Publications.
- (2006): *The Future of Visual Anthropology. Engaging the Senses*. London/New York: Routledge.
- Pink, Sarah u.a. (2016): *Ethnography in a Digital World*. In: dies.: *Digital Ethnography. Principles and Practice*. Los Angeles u.a.: SAGE Publications. 1–18.
- Pink, Sarah/Postill, John (2012): *Social Media Ethnography: The Digital Researcher in a Messy Web*. In: *Media International Australia* 145 (1). 123–134.
- Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A. (1977): *Poor People's Movements. Why They Succeed, How They Fail*. New York: Pantheon Books.
- Plumwood, Val (1996): *Nature, Self, and Gender: Feminism, Environmental Philosophy, and the Critique of Rationalism*. In: Warren, Karen J. (Hg.): *Ecological Feminist Philosophies*. Bloomington: Indiana University Press. 155–180.
- Pospíšil, Leopold (1958): *Kapauku Papuans and Their Law*. New Haven: Yale University, Department of Anthropology.
- (1971): *Anthropology of Law. A Comparative Theory*. New York: Harper/Row.
- Postill, John (2011): *Localizing the Internet. An Anthropological Account*. New York: Berghahn.
- (2012): *Digital Politics and Political Engagement*. In: Horst, Heather A./Miller, Daniel (Hg.): *Digital Anthropology*. Oxford: Berg. 165–184.
- Powdermaker, Hortense (2007): *A Woman Going Native*. In: Robben, Antonius C.G.M./Sluka, Jeffrey A. (Hg.): *Ethnographic Fieldwork. An Anthropological Reader*. Malden/Oxford/Carlton: Blackwell Publishing. 65–75.

- Pressestelle der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) (2013): Obdachlosigkeit. Winternotprogramm – Chance zur Beratung. <http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/4128128/2013-10-28-basfi-winternotprogramm/>. 28.10.2013. Zuletzt abgerufen: 10.03.2017.
- Pressestelle der Bischofskanzlei Hamburg und Lübeck (Nordkirche) (2013): Presseinformation: Hamburger Flüchtlinge aus Libyen. Kirche und Diakonie: Keine Verknüpfung von Unterbringung und Abschiebung. 01.06.2013.
- Pressestelle des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg (Hg.) (2017): Hamburg Welcome Center. Wir unterstützen Sie bei Ihrem Neuanfang in Hamburg! <http://welcome.hamburg.de/welcome-center/>. Zuletzt abgerufen: 20.05.2017.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2015): Mitschrift Pressekonferenz. Im Wortlaut. Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel. Thema: Aktuelle Themen der Innen- und Außenpolitik. <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/08/2015-08-31-pk-merkel.html>. 31.08.2015. Zuletzt abgerufen: 10.03.2017.
- PRO ASYL (2013): Aufkeimende Asyldebatte: Rassismus entgegentreten, Flüchtlinge schützen! <https://www.proasyl.de/pressemitteilung/aufkeimende-asyldebatte-rassismus-entgegentreten-fluechtlinge-schuetzen/>. 22.08.2013. Zuletzt abgerufen: 27.01.2017.
- (2015): Wir treten ein! Für Flüchtlingsschutz. Gegen Dublin III. Fair verfahren: Analysen und Vorschläge für eine gerechte Flüchtlingspolitik. [https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/12/Dublin\\_Broschuere\\_Fair\\_Verfahren\\_2015.pdf](https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/12/Dublin_Broschuere_Fair_Verfahren_2015.pdf). Zuletzt abgerufen: 28.01.2017.
  - (2016): Sagt man jetzt Flüchtlinge oder Geflüchtete? <https://www.proasyl.de/hintergrund/sagt-man-jetzt-fluechtlinge-oder-gefluechtete/>. 01.06.2016. Zuletzt abgerufen: 26.01.2017.
  - (2017): Ein Leben ohne Privatsphäre? Sammelunterbringung darf nicht zum Dauerzustand werden! <https://www.proasyl.de/news/ein-leben-ohne-privatsphaere-sammelunterbringung-darf-nicht-zum-dauerzustand-werden/>. 10.01.2017. Zuletzt abgerufen: 15.02.2017.
- Radtke, Katrin (2008): Die Entgrenzung der Solidarität. Hilfe in einer globalisierten Welt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 21/2008. 19.05.2008. 27–32.
- Rafael, Vicente L. (2003): The Cell Phone and the Crowd: Messianic Politics in the Contemporary Philippines. In: Public Culture 15 (3). 399–425.
- Rakowitz, Nadja (2013): Vom Elend und Nutzen der Schutzbefohlenen – Nadja Rakowitz über Lampedusa in Hamburg und ver.di. Erschienen in: express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 10/2013. 1–4.

- <http://www.labournet.de/interventionen/asyl/antirassistische-ini/vom-elend-und-nutzen-der-schutzbefohlenen-nadja-rakowitz-uber-lampedusa-in-hamburg-und-ver-di/>. 06.11.2013. Zuletzt abgerufen: 20.04.2016.
- Rancière, Jacques (2002 [1995]): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- (2011): Der Hass der Demokratie. Berlin: August Verlag.
- Raschke, Joachim (1988): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. 2. Auflage der Studienausgabe. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Rat der Europäischen Union (2003): Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist [*Dublin II*-Verordnung; Anm. BN]. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32003R0343&qid=1450277127231&from=EN>. Zuletzt abgerufen: 16.12.2015.
- Rat für Migration (RfM) (2013): Für eine Neuordnung der Migrations- und Integrationsbelange auf der Bundesebene. Offener Brief des bundesweiten Rates für Migration (RfM) an die neue Bundesregierung und die politischen Parteien im Deutschen Bundestag. 01.10.2013. [http://www.rat-fuer-migration.de/pdfs/Offener\\_Brief.pdf](http://www.rat-fuer-migration.de/pdfs/Offener_Brief.pdf). Zuletzt abgerufen: 24.03.2017.
- Recht auf Stadt (2015a): Nehmt das Recht auf Stadt – Never Mind the Papers! 31.01.2015.
- (2015b): Recht auf Stadt kennt keine Grenzen. Demo-Aufruf. 01.05.2015.
- Recht auf Stadt – Never Mind the Papers (2015): Kundgebung: „Arbeitserlaubnis für die Kolleg\*innen der Gruppe Lampedusa in Hamburg“. 28.02.2015. <http://nevermindthepapers.noblogs.org>. Gepostet: 26.02.2015. Zuletzt abgerufen: 14.04.2015.
- Refugee Radio Network (2015): Für Freiheit und Menschenrechte, jederzeit! Flyer. Januar 2015.
- Refugee Struggle for Freedom (2012): Bundesweiter Streik der Asylsuchenden. Über uns. <http://refugeestruggle.org/de/ueber-uns>. Zuletzt abgerufen: 19.11.2014.
- (2013): Offizielle Erklärung der Protestmärsche auf der Pressekonferenz in München (Neunte Pressemitteilung). <https://refugeestruggle.org/de/content/offizielle-erklaerung-der-protestmaersche-auf-der-pressekonferenz-muenchen-neunte>. 03.09.2013. Zuletzt abgerufen: 11.02.2017.
- Refugee Welcome Center (2014): Refugee Welcome Center. „Lampedusa in Hamburg“-Haus. Pressemitteilung. 06.06.2014.

- Refugees Welcome Karoiviertel (RW Karo) (2015): Homepage. St. Pauli ist so-  
lidarisch mit Flüchtlingen – in den Messehallen/in ganz Hamburg. [https://  
refugeeswelcome20357.wordpress.com/](https://refugeeswelcome20357.wordpress.com/). Zuletzt abgerufen: 28.01.2017.
- Reinhold, Susan (1994): Local Conflict and Ideological Struggle: „Positive Images“  
and Section 28. University of Sussex: PhD Thesis (unveröffentlicht).
- Rheingold, Howard (2002): Smart Mobs. The Next Social Revolution. Cambridge,  
Massachusetts: Perseus.
- Rheinische Post (2013): „Wiedereinreisesperre für Armutsflüchtlinge“. Innen-  
minister Friedrich im Interview. [http://www.rp-online.de/politik/eu/  
wiedereinreisesperre-fuer-armutsfluechtlinge-aid-1.3445022](http://www.rp-online.de/politik/eu/wiedereinreisesperre-fuer-armutsfluechtlinge-aid-1.3445022). 05.06.2013. Zuletzt  
abgerufen: 16.12.2015.
- Riegel, Christine (2016): Bildung – Intersektionalität – Othering. Pädagogisches  
Handeln in widersprüchlichen Verhältnissen. Bielefeld: transcript Verlag.
- Rodatz, Mathias (2014): Migration ist in dieser Stadt eine Tatsache. Urban polit-  
ics of citizenship in der neoliberalen Stadt. In: s u b \ u r b a n. zeitschrift für  
kritische stadtforschung 2 (3). 35–58.
- Rommelspacher, Birgit (2011): Rassismen. In: Arndt, Susan/Ofuatey-Alazard,  
Nadja (Hg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus  
im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster:  
UNRAST-Verlag. 46–50.
- Rose, Nikolas/Miller, Peter (1992): Political Power Beyond the State: Problematics  
of Government. In: The British Journal of Sociology 43 (2). 173–205.
- Rose, Wolfgang (2009): Redebeitrag bei der Parade „Recht auf Stadt“. 18.12.2009.
- Rose, Wolfgang/Abaci, Kazim (2013): Sie sind unsere Nachbarn – weltweit und  
nebenan. Für einen zivilgesellschaftlichen Umgang mit Flüchtlingen in Ham-  
burg. Aufruf. 11.07.2013.
- Rosenthal, Gabriele (2014 [2005]): Interpretative Sozialforschung. Eine Einfüh-  
rung. 4. Auflage. Weinheim/Basel: Beltz Juventa Verlag.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.) (2008): Die Sozialen Bewegungen in Deutsch-  
land seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- Rouland, Norbert (1994): Legal Anthropology. London: The Athlone Press.
- Routledge, Paul (1996): The Third Space as Critical Engagement. In: Antipode 28  
(4). 399–419.
- Rucht, Dieter (2003): Berlin, 1. Mai 2002. Politische Demonstrationsrituale. Opla-  
den: Leske + Budrich.
- Ruder, Karl-Heinz (2015): Grundsätze der polizei- und ordnungsrechtlichen Un-  
terbringung von (unfreiwillig) obdachlosen Menschen unter besonderer Be-  
rücksichtigung obdachloser Unionsbürger. Rechtsgutachten aus Anlass der  
Bundestagung der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. in Berlin vom 9.–11. No-

- vember 2015 „Solidarität statt Konkurrenz – entschlossen handeln gegen Wohnungslosigkeit und Armut“. Heft 64 – Reihe Materialien zur Wohnungslosenhilfe. November 2015.
- Rufer, Mario (2012): Sprechen, zuhören, schreiben. Postkoloniale Perspektiven auf Subalternität und Horizontalität. In: Kaltmeier, Olaf/Corona Berkin, Sarah (Hg.): Methoden dekolonialisieren. Eine Werkzeugkiste zur Demokratisierung der Sozial- und Kulturwissenschaften. Münster: Westfälisches Dampfboot. 45–71.
- Rumford, Chris (2006): Theorizing Borders. In: *European Journal of Social Theory* 9 (2). 155–169.
- Ruoff, Michael (2013 [2007]): Foucault-Lexikon. Entwicklung – Kernbegriffe – Zusammenhänge. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage. Paderborn: Wilhelm Fink.
- Rygiel, Kim (2011): Bordering Solidarities: Migrant Activism and the Politics of Movement and Camps at Calais. In: *Citizenship Studies* 15 (1). 1–19.
- Rygiel, Kim u.a. (2015): Governing through Citizenship and Citizenship from Below. An Interview with Kim Rygiel. In: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1 (2).
- Said, Edward (1978): *Orientalism. Western Concepts of the Orient*. New York: Vintage.
- Samaddar, Ranabir (2012): The Justice-Seeking Subject. In: Balibar, Étienne/Mezzadra, Sandro/Samaddar, Ranabir (Hg.): *The Borders of Justice*. Philadelphia: Temple University Press. 145–166.
- Sartre, Jean-Paul (1957): *Being and Nothingness: An Essay on Phenomenological Ontology*. London: Methuen.
- Sassen, Saskia (1999): *Guests and Aliens*. New York: The New Press.
- Saunders, Doug (2011): *Arrival City. Über alle Grenzen hinweg ziehen Millionen Menschen vom Land in die Städte. Von ihnen hängt unsere Zukunft ab*. München: Karl Blessing Verlag.
- Schäffner, Christina (2007): Politics and Translation. In: Kuhlweiczak, Piotr/Littau, Karin (Hg.): *A Companion to Translation Studies*. Clevedon/Buffalo/Toronto: Multilingual Matters Ltd. 134–147.
- Schammann, Hannes/Kühn, Boris (2016): Kommunale Flüchtlingspolitik in Deutschland. Hg. von der Friederich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/pdf/files/wiso/12763.pdf>. Zuletzt abgerufen: 08.11.2016.
- Scheel, Stephan (2015): Das Konzept der Autonomie der Migration überdenken? Yes, please! In: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1 (2).

- Scheffer, Thomas (2002): Das Beobachten als sozialwissenschaftliche Methode. Von den Grenzen der Beobachtbarkeit und ihrer methodischen Bearbeitung. In: Schaeffer, Doris/Müller-Mundt, Gabriele (Hg.): Qualitative Gesundheits- und Pflegeforschung. Bern: Huber Verlag. 351–374.
- Scherr, Albert (2013): Agency – ein Theorie- und Forschungsprogramm für die Soziale Arbeit? In: Graßhoff, Gunther (Hg.): Adressaten, Nutzer, Agency. Akteursbezogene Forschungsperspektiven in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: Springer VS. 229–242.
- Schlehe, Judith (2003): Formen qualitativer ethnografischer Interviews. In: Beer, Bettina (Hg.): Methoden und Techniken der Feldforschung. Berlin: Dietrich Reimer Verlag. 71–94.
- Schlieben-Lange, Brigitte (1992): Einleitung: Die Kolonisierung der Sprachen und Diskurse. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 85. 7–11.
- Schmidt, Armin (2013): Innenbehörde der Stadt Hamburg: Sofortige Abschiebung der sich illegal in Hamburg aufhaltenden Lampedusa-Flüchtlingen [sic]. <https://www.change.org/de/petitionen/innenbehoerde-der-stadt-hamburg-sofortige-abschiebung-der-sich-illegal-in-hamburg-aufhaltenden-lampedusa-fluechtligen>. 03.12.2013. Zuletzt abgerufen: 04.12.2013.
- Schmidt-Lauber, Brigitta (2007): Feldforschung. Kulturanalyse durch teilnehmende Beobachtung. In: Göttsch, Silke/Lehmann, Albrecht (Hg.): Methoden der Volkskunde. Positionen, Quellen, Arbeitsweisen der Europäischen Ethnologie. Berlin: Dietrich Reimer Verlag. 219–248.
- Schmoll, Camille/Semi, Giovanni (2013): Shadow Circuits: Urban Spaces and Mobilities across the Mediterranean. In: Identities: Global Studies in Culture and Power 20 (4). 377–392.
- Scholz, Olaf (2014): „Hamburg, Europa und die Grenzen“. Grundsatzrede im Thalia-Theater. 19.03.2014.
- Scholz, Sally J. (2008): Political Solidarity. University Park, PA: The Pennsylvania State University Press.
- Schönberger, Klaus/Sutter, Ove (Hg.) (2009): Kommt herunter, reißt euch ein ... Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen. Berlin/Hamburg: Assoziation A.
- Schoneville, Holger (2010): An ein Zelt lässt sich nicht gut anklopfen. Der Feldzugang als soziale Aufführung und Kampf um Deutungen. In: Heinzl, Friederike u.a. (Hg.): „Auf unsicherem Terrain“. Ethnographische Forschung im Kontext des Bildungs- und Sozialwesens. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 95–105.



- Schott, Rüdiger (1982): Main Trends in German Ethnological Jurisprudence and Legal Ethnology. In: *The Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law* 14 (20). 37–68.
- Schütze, Fritz (1976): Zur Hervorlockung und Analyse von Erzählungen thematisch relevanter Geschichten im Rahmen soziologischer Feldforschung – dargestellt an einem Projekt zur Erforschung von kommunalen Machtstrukturen. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hg.): *Kommunikative Sozialforschung. Alltagswissen und Alltagshandeln, Gemeindemachtforschung, Polizei, politische Erwachsenenbildung*. München: Fink Verlag. 159–260.
- (1977): Die Technik des narrativen Interviews in Interaktionsfeldstudien: dargestellt an einem Projekt zur Erforschung von kommunalen Machtstrukturen. *Arbeitsberichte und Forschungsmaterialien Nr. 1 der Universität Bielefeld: Fakultät für Soziologie*.
- Schwantner, Andreas (2012): Die Härtefallkommissionen der Bundesländer. [http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/HFK\\_Laenderuebersicht.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/HFK_Laenderuebersicht.pdf). Stand Zahlenstatistiken: 31.12.2011. Stand HFK-Informationen: Oktober 2012. Zuletzt abgerufen: 11.02.2017.
- Schwarzer, Anke/A., Andreas (2013): „Wir möchten, dass man uns hier leben lässt“. In: *Hinterland* 23. Hg. vom Bayerischen Flüchtlingsrat. Oktober 2013. 69–71.
- Schweizerische Flüchtlingshilfe (2013): Italien: Aufnahmebedingungen. Aktuelle Situation von Asylsuchenden und Schutzberechtigten, insbesondere Dublin-Rückkehrenden. <https://www.fluechtlingshilfe.ch/assets/asylrecht/rechtsgrundlagen/italien-aufnahmebedingungen.pdf>. Zuletzt abgerufen: 28.01.2017.
- (2016): Aufnahmebedingungen in Italien. Zur aktuellen Situation von Asylsuchenden und Schutzberechtigten, insbesondere Dublin-Rückkehrenden in Italien. August 2016. <https://www.fluechtlingshilfe.ch/assets/news/2016/160815-sfb-bericht-italien-aufnahmebedingungen-final.pdf>. Zuletzt abgerufen: 24.03.2017.
- Schwenken, Helen (2006): *Rechtlos, aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Seifert, Dirk (2014a): Rücktritt von Hamburgs Verdi-Chef Wolfgang Abel: „Notwendige Konsequenzen“ wegen „Mehrheit ist Wahrheit“. <http://umweltfairaendern.de/2014/04/ruecktritt-von-hamburgs-verdi-chef-wolfgang-abel-notwendige-konsequenzen-wegen-mehrheit-ist-wahrheit/>. 29.04.2014. Zuletzt abgerufen: 30.04.2014.

- (2014b): Hintergründe zum Rücktritt von Hamburgs Verdi-Chef Wolfgang Abel. <http://umweltfairaendern.de/2014/04/hintergruende-zum-ruecktritt-von-hamburgs-verdi-chef-wolfgang-abel/>. 30.04.2014. Zuletzt abgerufen: 30.04.2014.
- Shachar, Ayelet (2007): Against Birthright Privilege: Redefining Citizenship as Property. In: Benhabib, Seyla/Shapiro, Ian/Petranović, Danilo (Hg.): Identities, Affiliations and Allegiances. New York: Cambridge University Press. 257–281.
- (2009): The Birthright Lottery. Citizenship and Global Inequality. Cambridge: Harvard University Press.
- Sheller, Mimi/Urry, John (2006): The New Mobilities Paradigm. In: Environment and Planning A 38. 207–226.
- Shirky, Clay (2009): Here Comes Everybody. The Power of Organizing Without Organizations. London/New York: Penguin Books.
- Shore, Chris/Wright, Susan (1997): Policy: A New Field of Anthropology. In: dies.: Anthropology of Policy. Critical Perspectives on Governance and Power. London/New York: Routledge. 3–39.
- Siciliamigrants (2014): Tagebuch auf Lampedusa[InFestival]: Solidarität muss praktisch werden. <http://siciliamigrants.blogspot.de/2014/10/tagebuch-auf-lampedusainfestival.html>. 01.10.2014. Zuletzt abgerufen: 09.05.2017.
- Simon, Karl (Hg.) (1980): Deutsche Flugschriften zur Reformation (1520–1525). Stuttgart: Philipp Reclam Jun.
- Sivanandan, Ambalavaner (2003): Racism and the Market-State: An Interview with A. Sivanandan. In: Race/Class 44 (4). 71–76.
- Snow, David A./Soule, Sarah Anne/Kriesi, Hanspeter (Hg.) (2004): The Blackwell Companion to Social Movements. Malden, Massachusetts: Blackwell Publishing.
- Snyder, Francis (1993): Law and Anthropology: A Review. Badia Fiesole: European University Institute.
- Southall, Aidan (1973): Urban Anthropology. Cross-Cultural Studies of Urbanization. New York: Oxford University Press.
- Sow, Noah (2009): Deutschland Schwarz Weiß. Der alltägliche Rassismus. 4. Auflage. München: Goldmann Verlag.
- Speer, Marc (2016): Gänzlich unerwünscht. Entrechtung, Kriminalisierung und Inhaftierung von Flüchtlingen in Ungarn. [http://bordermonitoring.eu/wp-content/uploads/2016/07/Web\\_Ungarn\\_Bericht-2016.pdf](http://bordermonitoring.eu/wp-content/uploads/2016/07/Web_Ungarn_Bericht-2016.pdf). Hg. von bordermonitoring.eu e.V./PRO ASYL. Zuletzt abgerufen: 28.01.2017.
- Spiegel Online (2013a): Dramatischer Appell auf Lampedusa. Papst fordert mehr Solidarität mit Flüchtlingen. <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/>

- papst-franziskus-betet-auf-lampedusa-fuer-fluechtlinge-a-909960.html*. 08.07.2013. Zuletzt abgerufen: 11.02.2017.
- (2013b): Proteste gegen Abschiebung. Wie Hamburg den Lampedusa-Flüchtlingen helfen kann. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/hamburg-hat-drei-optionen-mit-lampedusa-fluechtlingen-umzugehen-a-931955.html>. 07.11.2013. Zuletzt abgerufen: 17.02.2017.
- Spiegel TV (2013): Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg: Protest beim Festakt. [https://www.youtube.com/watch?v=T5a\\_xK8kMHY](https://www.youtube.com/watch?v=T5a_xK8kMHY). 11.10.2013. Zuletzt abgerufen: 07.03.2017.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1985): The Rani of Sirmur. An Essay in Reading the Archives. In: *History and Theory* 24 (3). 247–272.
- Squire, Vicki (Hg.) (2011a): *The Contested Politics of Mobility. Borderzones and Irregularity*. London/New York: Routledge.
- (2011b): *The Contested Politics of Mobility. Politicizing Mobility, Mobilizing Politics*. In: dies. (Hg.): *The Contested Politics of Mobility. Borderzones and Irregularity*. London/New York: Routledge. 1–25.
- Stabsstelle Presse und Kommunikation der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (2013): Flüchtlingshilfe in Hamburg: Bischöfin Fehrs: „Besonnen bleiben und Chancen nutzen!“ Pressemitteilung. 22.10.2013.
- Stadtteilversammlung St. Pauli Nord (2015): Resolution. Die Stadtteilversammlung St. Pauli Nord und rundum sagt: Refugees welcome! [http://stimmen-von-st-pauli.net/wp-content/uploads/2015/08/Resolution\\_Stadtteilversammlung\\_StPauli-rundum\\_15-08-2015.pdf](http://stimmen-von-st-pauli.net/wp-content/uploads/2015/08/Resolution_Stadtteilversammlung_StPauli-rundum_15-08-2015.pdf). 15.08.2015. Zuletzt abgerufen: 11.01.2017.
- Standing, Guy (2011): *The Precariat: The New Dangerous Class*. London/New York: Bloomsbury Academic.
- Stegbauer, Christian/Häußling, Roger (Hg.) (2010): *Handbuch Netzwerkforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Strauss, Anselm/Corbin, Juliet (1996): *Grounded Theory. Grundlagen Qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Beltz PsychologieVerlagsUnion.
- Stroux, Marily/Lampedusa in Hamburg (2014–2016): LAMPEDUSA IN HAMBURG – Professions. Blog. <http://lampedusa-in-hamburg-professions.blogspot.de>. Zuletzt abgerufen: 25.02.2017.
- Süddeutsche.de (2013): Debatte um Rote-Flora-Proteste. Den Krawallen folgen die Wortgefechte. [www.sz.de/1.1850664](http://www.sz.de/1.1850664). 23.12.2013. Zuletzt abgerufen: 24.12.2013.
- (2017): „Die Gesetzlosigkeit des Netzes wird kaltblütig ausgenützt“. Lorraine Daston, Direktorin am MPI für Wissenschaftsgeschichte in Berlin, plädiert für eine Regulierung von Informationen – damit Lügen

- und Propaganda nicht weiter überhandnehmen. Interview von David Hesse. <http://www.sueddeutsche.de/wissen/wissenschaftshistorikerin-die-gesetzlosigkeit-des-netzes-wird-kaltbluetig-ausgenutzt-1.3406904>. 07.03.2017. Zuletzt abgerufen: 15.03.2017.
- taz. die tageszeitung (2013a): „Zeichen der Solidarität“. Widerstand gegen Umgang mit Flüchtlingen. taz.hamburg. 06./07.04.2013. 44.
- (2013b): Herr Udo läuft. <http://www.taz.de/!5068502/>. 28.04.2013. Zuletzt abgerufen: 20.05.2017.
- (2013c): Ein Camp auf der Verkehrsinsel. taz.hamburg. 22.05.2013. 24.
- (2013d): Doch ein Dach. taz.hamburg. 28.05.2013. 24.
- (2015): Flüchtlinge in Hamburg. Versammlung vor Messehalle. <http://www.taz.de/!5225022/>. 19.08.2015. Zuletzt abgerufen: 17.02.2017.
- (2016a): Lampedusa-Flüchtlinge im Abseits. „Wir interessieren nicht mehr“. <http://taz.de/!5304876/>. 29.05.2016. Zuletzt abgerufen: 22.11.2016.
- (2016b): Lampedusa-Flüchtling über Bleiberecht. „Ich wollte selbstbestimmt leben“. <http://taz.de/Lampedusa-Fluechtling-ueber-Bleiberecht/!5319240/>. 15.07.2016. Zuletzt abgerufen: 22.11.2016.
- Terada, Rei (2001): *Feeling in Theory: Emotion After the „Death of the Subject“*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.
- Thalia Theater (2014): Pressemitteilung. 25.02.2014.
- (2017): Spielplan. Repertoire. Die Schutzbefohlenen. <https://www.thalia-theater.de/de/spielplan/repertoire/die-schutzbefohlenen/>. Zuletzt abgerufen: 10.01.2017.
- The Caravan for the Rights of Refugees and Migrants (2003): *Self Description*. Zuletzt abgerufen: 19.11.2014.
- The VOICE Refugee Forum Network (2013): *Lampedusa in Hamburg – Interview with Affo Tchassei*. <https://vimeo.com/66114512>. Zuletzt abgerufen: 25.02.2017.
- Ticktin, Miriam (2006): *Where Ethics and Politics Meet: The Violence of Humanitarianism in France*. In: *American Ethnologist* 33 (1). 33–49.
- (2011): *Casualties of Care: Immigration and the Politics of Humanitarianism in France*. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.
- Tilly, Charles (2004): *Social Movements, 1768–2004*. Boulder, CO: Paradigm Publishing.
- Titon, Jeff T. (1995): *Common Ground: Keywords for the Study of Expressive Culture*. In: *The Journal of American Folklore* 108 (430). 432–448.
- Tomkins, Silvan (1995): *What Are Affects?* In: Kosofsky Sedgwick, Eve/Frank, Adam (Hg.): *Shame and Its Sisters. A Silvan Tomkins Reader*. Durham/London: Duke University Press. 33–74.

- Touraine, Alain (1988): *Return of the Actor: Social Theory in Postindustrial Society*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hg.) (2007): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Rändern Europas*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Tsianos, Vassilis (2007): *Imperceptible Politics. Rethinking Radical Politics of Migration and Precarity Today*. [http://ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2010/4665/pdf/Tsianos2007\\_ImperceptiblePolitics.pdf](http://ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2010/4665/pdf/Tsianos2007_ImperceptiblePolitics.pdf). Zuletzt abgerufen: 20.05.2017.
- Tsing, Anna Lowenhaupt (2005): *Friction. An Ethnography of Global Connection*. Princeton/Oxford: Princeton University Press.
- Tuana, Nancy (1996): *Fleshing Gender, Sexing the Body: Refiguring the Sex/Gender Distinction*. In: *The Southern Journal of Philosophy* 35 (Supplement). 53–71.
- Tymoczko, Maria (2000): *Translation and Political Engagement: Activism, Social Change and the Role of Translation in Geopolitical Shifts*. In: *The Translator* 6 (1). 23–47.
- Unger, Hella von/Narimani, Petra/M'Bayo, Rosaline (Hg.) (2014): *Forschungsethik in der qualitativen Forschung. Reflexivität, Perspektiven, Positionen*. Wiesbaden: Springer VS.
- UNHCR. The UN Refugee Agency (1951): *Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 [„Genfer Flüchtlingskonvention“; Anm. BN]*. In Kraft getreten am 22. April 1954. [http://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/GFK\\_Pocket\\_2015\\_RZ\\_final\\_ansicht.pdf](http://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/GFK_Pocket_2015_RZ_final_ansicht.pdf). Zuletzt abgerufen: 30.05.2017.
- Unterstützer-Kreis St. Pauli (2013): *Der Newsletter. Humanitäre Hilfe für Afrikanische Flüchtlinge*. Ausgabe 2/9. 17.09.2013.
- (2014): *Der Newsletter. Humanitäre Hilfe für Afrikanische Flüchtlinge*. Ausgabe 4/5. 29.05.2014.
- Uzzell, J. Douglas/Provencher, Ronald (1976): *Urban Anthropology*. Dubuque, Iowa: Wm.C. Brown.
- Venuti, Lawrence (1998): *The Scandals of Translation: Towards an Ethics of Difference*. London: Routledge.
- ver.di (2010): *Grundsatzklärung der ver.di*. <https://www.verdi.de/++file++5073a213deb5011af9001b43/download/Grundsatzklaerung-der-ver.di-vom-18.-Maerz-2010-1.pdf>. 18.03.2010. Zuletzt abgerufen: 20.04.2016.
- ver.di Hamburg (2013): *Unterstützung von Flüchtlingen aus Libyen*. Pressemitteilung. 05.06.2013.

- (2015): Solidarität mit den Flüchtlingen der „Lampedusagruppe“. Pressemitteilung. 28.02.2015. <http://hamburg.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++53248952-c27c-11e4-a77c-52540059119e>. Zuletzt abgerufen: 02.06.2017.
- ver.di Hamburg/Aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter/ver.di Perspektive U35 Hamburg (2013): Which Side Are You On? Solidarität mit „Lampedusa in Hamburg“! 17.08.2013.
- ver.di Hamburg/GEW Hamburg (2013a): Willkommen in Hamburg – Solidarität in der Gewerkschaft. Einladung zum Willkommensfest ver.di und GEW für die Gruppe „Lampedusa“ in Hamburg und Aufruf zur Demonstration „Lampedusa in Hamburg“, Samstag, 17. August 2013.
- (2013b): Aufruf zur Teilnahme an Demonstration Lampedusa in Hamburg. Oktober 2013.
- ver.di Landesbezirk Hamburg (2014): Neuer Landesleiter für ver.di Hamburg gewählt. Pressemitteilung. 30.06.2014.
- ver.di Landesbezirksvorstand Hamburg (2013): Beschluss „ver.di Hamburg und die libyschen Flüchtlinge“. 05.08.2013. <http://umweltfairaendern.de/2013/08/verdi-hamburg-die-fluechtlinge-und-der-volksentscheid-unser-hamburg-unser-netz/>. Gepostet: 07.08.2013. Zuletzt abgerufen: 20.04.2016.
- ver.di-Mitglieder (2013): Offener Brief von ver.di-Mitgliedern an den Bundesvorstand: Migrationskontrolle ist nicht unser Geschäft! – Für eine ver.di-Mitgliedschaft unabhängig vom Aufenthaltsstatus! Dezember 2013.
- ver.di Ressort 2 Organisationspolitik (2013): Stellungnahme: Aufnahme von Flüchtlingen als Mitglieder in ver.di. [http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2013/11/lampedusa\\_bh\\_verdi.pdf](http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2013/11/lampedusa_bh_verdi.pdf). 12.07.2013. Zuletzt abgerufen: 20.04.2016.
- Vereinte Nationen (1948): Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. 10.12.1948. <http://www.un.org/Depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>. Zuletzt abgerufen: 11.03.2017.
- (1990): Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen. 18.12.1990. Hg. vom Netzwerk Menschenrechte. [www.wanderarbeiterkonvention.de](http://www.wanderarbeiterkonvention.de). Zuletzt abgerufen: 11.01.2017.
- VG Bremen (2014): 3 V 52/14. [http://www.asyl.net/fileadmin/user\\_upload/dokumente/21575.pdf](http://www.asyl.net/fileadmin/user_upload/dokumente/21575.pdf). 10.02.2014. Zuletzt abgerufen: 01.06.2017.
- Wallerstein, Immanuel (2006 [2004]): World-Systems Analysis. An Introduction. 4. Auflage. Durham/London: Duke University Press.
- Walliczek, Klaus (2016): Italien +. Liste von Gerichtsentscheidungen. Stand: 09.08.2016. <https://www.nds-fluerat.org/infomaterial/dublin-verordnungen/attachment/italien-30-06-2016-stand-31/>. Zuletzt abgerufen: 24.03.2017.

- Walters, William (2002): Mapping Schengenland. Denaturalizing the Border. In: Environment and Planning D: Society and Space 20 (5). 561–580.
- Walzer, Michael (1984): Spheres of Justice: A Defense of Pluralism and Equality. New York: Basic Books.
- Warren, Mark R. (2010): Fire in the Heart. How White Activists Embrace Racial Justice. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Watch the Med (2013a): At Least 366 People Dead in Wreck 1 km from Lampedusa. <http://watchthemed.net/index.php/reports/view/31>. 03.10.2013. Zuletzt abgerufen: 11.02.2017.
- (2013b): Over 200 Die After Shooting by Libyan Vessel and Delay in Rescue. <http://watchthemed.net/index.php/reports/view/32>. 11.10.2013. Zuletzt abgerufen: 11.02.2017.
- Wedel-Schulauer Tageblatt (2014): Ein Pamphlet mit rechtem Gedankengut sorgt für Aufruhr – der Staatsschutz ermittelt. <http://www.shz.de/lokales/wedel-schulauer-tageblatt/ein-pamphlet-mit-rechtem-gedankengut-sorgt-fuer-aufruhr-der-staatsschutz-ermittelt-id7938081.html>. 15.10.2014. Zuletzt abgerufen: 23.02.2016.
- Wehling, Hans-Georg (2009): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg. In: Frech, Siegfried u.a. (Hg.): Handbuch Kommunalpolitik. Stuttgart: Kohlhammer. 9–30.
- Welz, Gisela (1991): StreetLife. Alltag in einem New Yorker Slum. Frankfurt a.M.: Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Universität Frankfurt (Karben: fm-druck).
- Whitten, Norman E., Jr./Wolfe, Alvin W. (1973): Network Analysis. In: Honigmann, John J. (Hg.): Handbook of Social and Cultural Anthropology. Chicago: Rand McNally.
- Winter, Rainer (2010): Widerstand im Netz. Zur Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit durch netzbasierte Kommunikation. Bielefeld: transcript Verlag.
- Wittel, Andreas (2006): Auf dem Weg zu einer Netzwerk-Sozialität. In: Hepp, Andreas u.a. (Hg.): Konnektivität, Netzwerk und Fluss. Konzepte gegenwärtiger Medien-, Kommunikations- und Kulturtheorie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 163–188.
- Wittgenstein, Ludwig (1984): Werkausgabe Band 1. Tractatus logico-philosophicus. Tagebücher 1914–1916. Philosophische Untersuchungen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Wolcott, Harry F. (2005): The Art of Fieldwork. Walnut Creek u.a.: AltaMira Press.

- Wolfe, Alvin W. (1978): The Rise of Network Thinking in Anthropology. *Social Networks* 1 (1). 53–64.
- Wolfrum, Sophie/Brandis, Nikolai Frhr. von (Hg.) (2015): *Performative Urbanism. Generating and Designing Urban Space*. Berlin: Jovis Verlag.
- Wood, Geoffrey (Hg.) (1985): *Labelling in Development Policy. Essays in Honour of Bernard Schaffer*. London: SAGE Publications.
- Yajima, Yusaku/Toyosaki, Satoshi (2015): Bridging for a Critical Turn in Translation Studies: Power, Hegemony, and Empowerment. In: *Connexions: International Professional Communication Journal* 3 (2). 91–125.
- Zetter, Roger (1991): Labelling Refugees: Forming and Transforming a Bureaucratic Identity. In: *Journal of Refugee Studies* 4 (1). 39–62.
- Zeugen des Krieges (2014): YOU MUST WIN. <https://www.youtube.com/watch?v=sKtSN-z2dgo>. 29.03.2014. Zuletzt abgerufen: 19.06.2015.

## 7.2 Feldforschungsmaterial

### Feldtagebücher

- Feldtagebuch 2013: 27.05.2013 bis 23.12.2013.
- Feldtagebuch 2014: 07.01.2014 bis 16.12.2014.
- Feldtagebuch 2015: 31.01.2015 bis 05.11.2015.
- Feldtagebuch 2016: 27.02.2016 bis 17.07.2016.
- Feldtagebuch 2017: 27.02.2017 bis 24.03.2017.

### Interviewtranskripte und Gesprächsprotokolle

- Interview 1-2013: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit *Lampedusa in Hamburg*-Sprecher David Amoya. 12.07.2013.
- Interview 2-2013: Transkript des Interviews mit *Lampedusa in Hamburg*-Mitglied Jeremiah Mensah. 13.07.2013.
- Interview 3-2013: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit *Lampedusa in Hamburg*-Sprecher John Adetoba und Unterstützer Christian Würth. 16.09.2013.
- Interview 4-2013: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit Martin Link (Geschäftsführer Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein). 23.09.2013.
- Interview 6-2013: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit den Unterstützer\_innen Kyara und Tim. 26.09.2013.



- Interview 8-2013: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit *Lampedusa in Hamburg*-Mitglied Jacob Hayes und Unterstützerin Isabell. 02.10.2013.
- Interview 9-2013: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit den Nordkirchen-Mitarbeiterinnen Carina Leiß, Marianne Henze und Leyla Münch. 21.11.2013.
- Interview 10-2013: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit den *Lampedusa in Hamburg*-Mitgliedern Desmond, Aaron, Obed, Clement, Raymond und Paul. 28.11.2013.
- Interview 11-2013: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit Elisabeth, Michael und Johannes (Unterstützer\_innen und Protestbeobachter\_innen als Fotograf\_innen bzw. Filmemacher\_innen). 04.12.2013.
- Interview 12-2013: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit Unterstützerin Judith. 12.12.2013.
- Interview 13-2014: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit Unterstützer Tino Rieken. 14.04.2014.
- Interview 14-2014: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit Dirk Mescher (Geschäftsführer GEW Hamburg). 29.04.2014.
- Interview 15-2014: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit Unterstützerin Nana. 30.03.2014.
- Interview 16-2014: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit den Unterstützerinnen Aline und Marie. 05.05.2014.
- Interview 17-2014: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit Katja Karger (Vorsitzende DGB Hamburg). 13.05.2014.
- Interview 18-2014: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit Peter Bremme (Leiter des Fachbereichs 13 / Besondere Dienstleistungen, ver.di Hamburg). 11.09.2014.
- Interview 19-2014: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit Unterstützerin Mona. 19.09.2014.
- Interview 20-2014: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit Unterstützer Jonas (ver.di-Jugend). 14.10.2014.
- Interview 21-2014: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit Annika Kohnert und Maren Lüders (*fluchtpunkt*). 17.10.2014.
- Interview 22-2014: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit Martin Paulekun und Sieghard Wilm (Pastoren der St. Pauli-Kirche). 05.12.2014.
- Interview 23-2014: Transkript und Gesprächsprotokoll des Interviews mit Bischöfin Kirsten Fehrs und Thomas Kärst (theologischer Referent der Bischöfin). 15.12.2014.

### Korrespondenzen

- E-Mail-Antwort: Pressestelle des Bezirksamts Hamburg-Mitte. AW: Nachfrage Doktorarbeit. 15.12.2015.
- E-Mail-Interview 2016: Hans-Peter Strenge. 24.08.2016.
- E-Mail-Verteiler [*Lampedusa in Hamburg*]: ab 06.06.2013.
- E-Mail-Verteiler [*Refugee Welcome Center*]: ab 05.05.2014.
- E-Mail-Korrespondenz mit kirchlichen Mitarbeitenden. 30.05.2013.
- E-Mail-Korrespondenz mit *Lampedusa in Hamburg*-Mitglied Yanis. 14.10.2013 bis 23.10.2013.
- E-Mail-Korrespondenz mit Unterstützer Marco. 27.10.2014.
- E-Mail-Korrespondenz mit Unterstützerin Claudia. 25.02.2017.
- SMS-Liste: Vernetzung der Unterstützer\_innen von *Lampedusa in Hamburg* ab 22.10.2013.
- SMS von Unterstützerin Monika. 02.06.2013.

### Sonstiges

- Transkribierte Audio- und Videomaterialien 2013–2015: vom 03.05.2013 bis 04.05.2015.
- Audioaufnahmen 2013–2014: eigene Aufnahmen inkl. Interviewaufnahmen vom 02.06.2013 bis 15.12.2014.

## 7.3 Abbildungen

- Titelbild: 09.09.2013. Wandbild im *Park Fiction*, St. Pauli.
- Abbildung 1: 12.07.2013. Gruppenmitglied neben dem Infozelt, Steindamm, Hamburg Hauptbahnhof.
- Abbildung 2: 15.07.2013. Flyer (S. 1 von 4) zur Demonstration am 17.08.2013.
- Abbildung 3: 11.07.2013. Ausstellung von *Lampedusa in Hamburg*, St. Pauli-Kirche.
- Abbildung 4: 09.07.2013. Infozelt von innen, Steindamm, Hamburg Hauptbahnhof.
- Abbildung 5: 11.07.2013. An der St. Pauli-Kirche.
- Abbildung 6: 13.07.2013. In der St. Pauli-Kirche.
- Abbildung 7: 24.11.2015. Work in progress. Vorbereitung der Analyse meines Feldforschungsmaterials.
- Abbildung 8: 02.12.2015. Materialkiste.

- Abbildung 9: 25.02.2017. Screenshot der Twitter-Seite von *Lampedusa in Hamburg*.
- Abbildung 10: 13.07.2013. „Embassy of Hope“, St. Pauli-Kirche.
- Abbildung 11: 26.08.2013. Facetten des Alltags: Zahnbürste im Flyer-Regal, St. Pauli-Kirche.
- Abbildung 12: 13.07.2013. „Nichtstun“, St. Pauli-Kirche.
- Abbildung 13: 13.07.2013. Wäscheleine in der Warteschleife, St. Pauli-Kirche.
- Abbildung 14: 19.12.2014. Aushang von „Hiltrud Maier“.
- Abbildung 15: 26.08.2013. Alltag mit Wörterbüchern, St. Pauli-Kirche.
- Abbildung 16: 15.08.2013. Transparent am Gewerkschaftshaus, Innenhof, Besenbinderhof 60, Hamburg.
- Abbildung 17: 17.08.2013. Demonstration am 17.08.2013.
- Abbildung 18: 13.11.2013. Polizei bei einer *Mittwochsdemo*.
- Abbildung 19: 17.10.2013. Jungfernstieg. Kurz vor einer unangemeldeten Demonstration am Gänsemarkt, Hamburg.
- Abbildung 20: 02.11.2013. Demonstration am 02.11.2013.
- Abbildung 21: 23.08.2013. Gebremste Bewegung. Gespendete Fahrräder an der St. Pauli-Kirche.
- Abbildung 22: 26.08.2013. Jesusfigur und karierte Bettwäsche in der St. Pauli-Kirche.
- Abbildung 23: 10.10.2014. Flyer für den *Lampedusa Emancipation Day*.
- Abbildung 24: 01.05.2014. *Refugee Welcome Center* von außen. Laeiszstraße, Karolinenviertel, Hamburg.
- Abbildung 25: 01.05.2014. *Refugee Welcome Center* von innen. Laeiszstraße, Karolinenviertel, Hamburg.
- Abbildung 26: 06.11.2013. Gedenken an die verstorbenen Geflüchteten im Mittelmeer. Rathausmarkt, Hamburg.

## 7.4 Zeittafel

### 2013

15.04.2013	Ende des Winternotprogramms
01. und 03.05.2013	Erste öffentliche Protestaktionen von <i>Lampedusa in Hamburg</i> beim Deutschen Evangelischen Kirchentag
17.05.2013	Erste Pressekonferenz von <i>Lampedusa in Hamburg</i>
21.05.2013	Gescheiterter Versuch von Unterstützer_innen, ein Camp in der Nähe des ZOB aufzubauen
23.05.2013	Aufbau des Infozelts am Hamburger Hauptbahnhof
01.06.2013	Erstes Scheitern der Gespräche zwischen Nordkirche/Diakonischem Werk und Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI)
02.06.2013	Aufnahme von ca. 80 Gruppenmitgliedern in der St. Pauli-Kirche
19.06.2013	Pressekonferenz im <i>Polittbüro</i>
26.07.2013	Pressekonferenz im <i>Polittbüro</i> mit Jürgen Klute (damals MEP)
01.08.2013	Erstes Spiel des <i>FC Lampedusa</i> gegen die <i>8. Herren</i> des <i>FC St. Pauli</i>
07.08.2013	Gespräch von Vertreter_innen der Behörde für Inneres und Sport (BIS) Hamburg, der Nordkirche und des Diakonischen Werks sowie Mitgliedern und Unterstützer_innen von <i>Lampedusa in Hamburg</i>
17.08.2013	Demonstration mit ca. 3 000 Demonstrant_innen
11.09.2013	Erste <i>Mittwochs demonstration</i> (wöchentlich bis 27.11.2013)
03. bis 11.10.2013	Über 400 Geflüchtete ertrinken im Mittelmeer
Ab 11. Oktober 2013	Zahlreiche Personenkontrollen ( <i>racial profiling</i> ) durch die Polizei
18.10.2013	Pressekonferenz im <i>Kolibri</i>

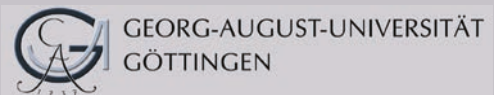
- 21.10.2013 Gespräch von Vertreter\_innen der Behörde für Inneres und Sport (BIS) Hamburg, der Nordkirche und des Diakonischen Werks sowie Mitgliedern und Unterstützer\_innen von *Lampedusa in Hamburg* mit anschließender Bitte der Gruppe um einwöchige Bedenkzeit
- 22.10.2013 Pressemitteilung der Nordkirche mit Stellungnahme von Bischöfin Kirsten Fehrs
- 23.10.2013 Veröffentlichung eines transnationalen Appells zur Unterstützung von *Lampedusa in Hamburg*
- 28.10.2013 Schriftliche „Antwort an den Senat und Vorschlag zur Lösung im Sinne von Menschenwürde und Menschenrecht“ von *Lampedusa in Hamburg* nach Ablauf der erbetenen einwöchigen Bedenkzeit
- 29.10.2013 Pressekonferenz im *GEW-Haus* sowie Pressemitteilung der St. Pauli-Kirche und der Sprecher der dort untergebrachten Gruppenmitglieder
- 02.11.2013 Demonstration mit ca. 15 000 Demonstrant\_innen
- 06.11.2013 *Mittwochsdemo* und Gedenken auf dem Hamburger Rathausmarkt
- 15.11.2013 Pressekonferenz von Rechtsanwält\_innen im *Nachtasyl*
- 30.11.2013 Erste *Adventsdemonstration* (wöchentlich bis 21.12.2013)
- 21.12.2013 Kundgebung *Lampedusa in Hamburg* am Infozelt, anschließend Demonstration eines großen Bündnisses im Schanzenviertel (Esso-Häuser, Rote Flora, *Lampedusa in Hamburg*)

## 2014

- 25.01.2014 Demonstration durch Hamburg-Altona mit mehr als 1 000 Demonstrant\_innen
01. und 08.02.2014 Konferenzen zu den Themen „Warum verlassen Menschen ihre Heimatländer – Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“ und „Der Europäische Krieg gegen Flüchtlinge – Das stille Sterben in den Lagern“
- 27.02.2014 Pressekonferenz im *Kolibri* zum solidarischen Winternotprogramm
- 01.03.2014 Demonstration: *Parade for Our Rights – We Are Here to Stay* mit ca. 7 000 Demonstrant\_innen
- 19.03.2014 Rede von Bürgermeister Olaf Scholz im Thalia Theater: „Hamburg, Europa und die Grenzen“ mit *Lampedusa in Hamburg*-Kundgebung vor dem Theater
- 14.04.2014 Veranstaltung „Gewerkschafter\_innen für *Lampedusa in Hamburg*“
- 15.04.2014 Veranstaltung des DGB Hamburg: „Ursachen von Flucht und Migration und die Europäische Politik“ mit der Beauftragten für Migrations-, Asyl- und Menschenrechtsfragen der Nordkirche, Fanny Dethloff, und dem Staatsrat der Senatskanzlei Hamburg, Wolfgang Schmidt
- 01.05.2014 *Recht auf Stadt*-Parade und Besetzung einer Schule als *Refugee Welcome Center*
- 22.05.2014 Treffen mit Wohlfahrtsorganisationen
- 31.05.2014 Demonstration: *Wir fordern unsere Arbeiterlaubnis*
- 24.06.2014 Pressegespräch zu *Lampedusa in Hamburg Professions*
- 05.07.2014 Demonstration mit ca. 1 000 Demonstrant\_innen
10. und 11.10.2014 *Lampedusa Emancipation Day*

**L**ampedusa in Hamburg: Im Mai 2013 gingen über 300 Migrant\_innen auf Hamburgs Straßen, um ihre Rechte einzufordern und ihre zwangsweise Rückführung nach Italien zu verhindern. Ihr Protest versetzte die Stadt, ihre Bürger\_innen, ihre Debatten und Grenzen in Bewegung. Die Protestierenden machten die europäische Migrationspolitik und ihr Scheitern sichtbar und stellten bestehende Konzepte von Bürgerschaft grundsätzlich infrage. Vor allem aber überraschten sie durch ihr Handeln als Bürger\_innen Europas – ein Handeln, das in gängigen Bildern von leidenden, an den Rand gedrängten Migrant\_innen nicht vorgesehen ist.

Birgit Niess begleitet in dieser Ethnografie den Alltag der beginnenden Protestbewegung und stellt dabei immer wieder die Perspektiven der Lampedusa in Hamburg-Mitglieder in den Vordergrund. Wie sah ihr Alltag in der Warteschleife aus? Welche Bündnisse und welche Brüche entstanden dort, wo sich die Protestbewegung und zivilgesellschaftliche Organisationen wie Kirchen und Gewerkschaften begegneten? Wie wurden hier Rechte verhandelt? Mit vielen Alltagserlebnissen, Begegnungen und Originaltönen zeichnet sie ein vielschichtiges, widersprüchliches Bild einer gleichermaßen dynamischen und brüchigen Bewegung, die sich eher mit Fragen als mit Antworten greifen lässt.



ISBN: 978-3-86395-393-5  
eISSN: 2512-7055

Universitätsverlag Göttingen